Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Hamburg

vom 3. bis 9. Oktober 1897.

Preis 35 Pfennig.

Berlin 1897.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Wichtig für Arbeiter!

Soeben erschien im Verlage der

Buchhandlung Vorwärts Berlin

Arbeiter-Notizkalender

1898.

17 Bogen kl. 8°. In Calico gebunden **60** Pfg., Porto 10 Pfg.

Inhaltsverzeichniß: Kalendarium u. Geschichtskalender. — **Reichstagswahlgesetz** und Reglement. — **Praktische Winke zur Wahlrechtsausübung.** — **Ergebniß der letzten Reichstagswahlen** (fortgeführt bis zu den letzten Nachwahlen mit Angabe der gewählten Abgeordneten und der in jedem Wahlkreise auf jede einzelne Partei abgegebenen Stimmenzahl, sowie des Prozentsatzes der sozialdemokratischen Stimmenzahl für jeden Wahlkreis.) — Wachsthum der Sozialdemokratie seit 1871. — Zusammensetzung und Befugnisse des Reichstags. — **Adressen** sämmtlicher deutscher **Gewerkschaftsorganisationen** und sämmtlicher **Fabrikinspektoren** unter genauer Angabe des Inspektionsbezirkes. — **Rechte und Pflichten der gewerblichen Arbeiter;** Schutzbestimmungen für Minderjährige und Arbeiterinnen. — Was ist beim Arbeiter unpfändbar? — Unterstützung der Familienangehörigen der zu Uebungen Einberufenen. — Post-, Telegramm- und Packettarif für In- und Ausland. — Militärausgaben seit 1872, Wachsthum der Reichsschulden seit 1870; wieviel Zinsen wir für Reichsschulden seit 1874 zahlten. — **Erste Hilfe bei Unglücksfällen.** — Wissenswerthe Kleinigkeiten. — Wochen-Einnahme- u. Ausgabe-Tabellen. — Notiz-Kalendarium für jeden Tag.

Wir können den überaus reichhaltigen Kalender, der gerade für die nächstjährigen **Wahlen** ein **unentbehrliches Nachschlagebuch** ist und durch die Adressenangaben sämmtlicher Fabrikinspektoren, Gewerkschaftsorganisationen und die populäre Darlegung Stadthagens über Rechte und Pflichten der Arbeiter für alle Arbeiterkreise an praktischem Werth gewonnen hat, allen Arbeitern bestens empfehlen.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Hamburg

vom 3. bis 9. Oktober 1897.

Berlin 1897.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).



Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

§ 17a. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf. Einwände der Preßkommission sind dem Parteivorstande zur Erledigung zu unterbreiten. Von Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition ist der Preßkommission vor der Entscheidung Mittheilung zu machen und ihre Ansicht einzuholen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zuläßig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 3. Oktober 1897, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitages.
Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung.
Wahl einer Komission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 4. Oktober 1897 und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses. Berichterstatter: A. Gerisch und W. Pfannkuch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: M. Schippel.
4. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. Bebel.
5. Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Berichterstatter: J. Auer. Korreferent W. Liebknecht.
6. Die Maifeier 1898. Berichterstatter: H. Förster.
7. Bericht über den Arbeiterschutz-Kongreß in Zürich: Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
8. Organisation. Berichterstatter: J. Auer.
9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
10. Sonstige Anträge.
11. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Lesche, Altona. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Fräul. Baader, Berlin.
Börner, Berlin.
Feldmann, Langenbielau.
Hug, Bant.
Knapp, Stettin.
Sindermann, Dresden.
Sperka, Stuttgart.
Stolten, Hamburg.
Ullenbaum, Elberfeld.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Arons, Berlin. Böhle, Straßburg. Frau Jäger, Leipzig. Katzenstein, Mainz. Michaelis, Waldenburg. Sittig, Hannover. Weinheber, Hamburg.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteileitung.

Allgemeines. Dem vorjährigen Parteitag in Gotha präsentirte sich der von der Fraktion eingesetzte geschäftsführende Ausschuß als Neuschöpfung im Rahmen unserer Organisation. Da die Umstände, die zur Einsetzung des geschäftsführenden Ausschusses in Hamburg geführt hatten, noch fortbestanden, bestätigte der Parteitag die Neueinrichtung als Provisorium für ein weiteres Geschäftsjahr. Der Parteitag betraute durch Neuwahl dieselben Genossen, die seinerzeit von der Fraktion dazu eingesetzt waren, mit der Führung der Geschäfte. Nach Schluß des Parteitags trat der neugewählte Ausschuß zu einer Sitzung zusammen. Das Resultat seiner Berathung ist den Genossen in der Bekanntmachung, datirt vom 19. Oktober, enthalten in Nr. 246 des „Vorwärts" vom 20. Oktober v. J. zur Kenntniß gebracht.

In der Natur des mit dem geschäftsführenden Ausschuß geschaffenen Provisoriums ist es begründet, daß der Parteitag sich wiederum mit der Frage der Organisation zu beschäftigen hat. Im Vorjahre lagen die Verhältnisse noch so, daß in Gotha eine Debatte darüber, ob das Provisorium fortzubestehen habe oder aufzuheben sei, nicht beliebt wurde. Einmüthig stimmte der Parteitag dem Vorschlag des Referenten auf Fortbestand des Provisoriums zu. Inzwischen haben sich die Verhältnisse verändert. Erinnert sei nur an die Freisprechung sämmtlicher Angeklagten in dem Prozeß gegen Auer und Genossen. Das Erkenntniß des Landgerichts Berlin I vom 8. März dieses Jahres führt aus: „Nach dem Ergebniß der Hauptverhandlung .... ist nicht festzustellen: „Daß die Angeklagten in den Jahren 1893, 1894 und 1895 zu Berlin als Vorsteher, Ordner oder Leiter von Vereinen, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten sind." Einer Wiederaufnahme der Thätigkeit des früheren Parteivorstandes, bezw. eines nach den Satzungen des Organisationsstatuts neuzuwählenden Parteivorstandes, steht ein Hinderniß nicht mehr entgegen. Die Berathung über die Organisation wird deshalb auf dem bevorstehenden Parteitag einen breiteren Raum einnehmen.

Neben der Klarheit unseres Programms beruht die Stärke der Partei auf dem festen Gefüge der Organisation und der dadurch bedingten Parteidisziplin der Genossen. Anzuerkennen ist, daß die Genossen in der Bearbeitung der einzelnen Kreise nach ihren Kräften das Beste leisten. Zu tadeln ist jedoch, daß bei aller Rührigkeit im Wohnort oder Wahlkreis die Genossen die Fühlung mit der Parteileitung vernachlässigen. Was in letzterer Beziehung das Organisationsstatut vorschreibt und in den Parteitagsbeschlüssen festgelegt ist, auf dessen Erfüllung muß die Parteileitung bestehen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen hat alljährlich im Anschluß an den Parteitag stattzufinden. Die Anzeige der Wahl unter genauer Adressenangabe des Gewählten ist der Parteileitung bekannt zu machen. Alljährlich wird diese Organisationsbestimmung in der ersten Bekanntmachung der neugewählten Parteileitung den Genossen in Erinnerung gebracht. Aber ebenso regelmäßig wird von dem Gros der Parteiorte in der gröbsten Weise gegen die angezogene Organisationsbestimmung gesündigt.

Auf Antrag des Genossen Gewehr hat der Parteitag in Gotha folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Vertrauensleute der einzelnen Orte resp. Reichstagswahlkreise sind verpflichtet, in jedem Jahre mindestens einmal über den Stand der Partei und die wichtigsten, die Partei interessirenden Vorkommnisse ihres Bezirkes Bericht zu erstatten."

Dem Beschluß hat ein verschwindend kleiner Theil der Vertrauenspersonen entsprochen. Der geschäftsführende Ausschuß nahm an, daß bei den Betreffenden nicht böser Wille vorlag, sondern, daß man sich des Parteitagsbeschlusses nicht mehr erinnerte. Um nun dem Einwand der Vergeßlichkeit der Genossen zu begegnen, hat der Ausschuß ein Formular den Vertrauenspersonen zugestellt, dessen Ausfüllung die Berichterstattung auf ein Mindestmaß erleichtert. Soweit die Vertrauenspersonen die Rücksendung der Formulare vor dem Parteitag bewirken, wird die Inhaltsangabe bei der mündlichen Berichterstattung Verwendung finden. Es steht zu erwarten, daß die Genossen mit der getroffenen Neuerung sich rasch befreunden. Sie wird wesentlich dazu beitragen, die zentralistische Grundlage unserer Organisation zu stärken, ohne daß der anderweiten selbständigen Bethätigung der Genossen Eintrag geschieht.

Außer der Pflege der Parteiorganisation im Allgemeinen, stellen die Vorbereitungen für die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen hohe Anforderungen an die Organisationsarbeit der Genossen. Bis auf wenige Ausnahmen haben die Genossen auf Landes- und Provinzialparteitagen sich mit der Errichtung von Zentral-Wahl-Komitees für die nächsten Reichstagswahlen einverstanden erkärt, theilweise auch die Kandidatenfrage geregelt. In Bezug auf die Abgrenzung der den Zentral-Komitees unterstehenden Gebiete haben die Genossen auf geschehene Umfrage von Seiten des geschäftsführenden Ausschusses sich im Großen und Ganzen mit den bei den Wahlen im Jahre 1893 getroffenen Abgrenzungen einverstanden erklärt. Ausstellungen, deren Berechtigung anerkannt werden mußte, haben Erledigung gefunden. Die Partei ist für den Wahlkampf gerüstet, der Aufmarsch kann stündlich beginnen. Wo noch eine Lücke vorhanden sein sollte, wird dieselbe in Ausführung der Beschlüsse des Parteitages ausgefüllt werden.

Die Anwendung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts setzt die uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit voraus, soll der Volkswillen unbeeinflußt und unverfälscht zum Ausdruck gelangen. Wie wenig erfreulich es in Deutschland in dieser Beziehung noch bestellt ist, dafür lieferte die Inszenirung des erst am 8. März d. J. zum Abschluß gekommenen Prozesses Auer und Genossen den besten Beweis. Der Versuch unserer Fraktion bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches, den eines politisch reifen Volkes unwürdigen Zustand zu beseitigen, scheiterte an der Vertrauensseligkeit des Zentrums gegenüber den Versprechungen der Regierung.

Der Reichskanzler erklärte am 27. Juni v. J. unter Anderem: „Wie bereits bei der dritten Berathung des sogenannten Nothvereinsgesetzes erklärt worden ist, besteht die begründete Zuversicht, daß das von den verschiedenen Bundesstaaten für politische Vereine erlassene Verbot, mit andern Vereinen in Verbindung zu treten, außer Wirksamkeit werde gesetzt werden." Er fügte

hinzu: „Ich kann auf Grund der inzwischen unter den betheiligten Regierungen gepflogenen Erörterungen diese Erklärung dahin ergänzen, daß es in der Absicht dieser Regierungen liegt, die Beseitigung des durch das Verbot geschaffenen Rechtszustandes herbeizuführen."

Wie gerechtfertigt die von unsern Rednern bei dieser Gelegenheit ausgedrückten Zweifel an der Einlösung des gegebenen Versprechens waren, hat durch den Verlauf der Thatsachen Bestätigung erhalten. Zwei von den in Betracht kommenden Regierungen, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß j. L., haben die gegebene Zusage eingelöst. Letzteres glatt ohne jede Kompensation. In Schwarzburg ging es ohne eine solche nicht ab, „indem Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten unter Theilnahme von Personen beiderlei Geschlechts erörtert werden sollen, von der Ortspolizeibehörde verboten werden sollen, wenn dies im Interesse der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit erforderlich erscheint." Immerhin ist der jetzige Zustand ein Vortheil gegen den frühern, indem neben dem Verbot des Inverbindungtretens für politische Vereine noch die Bestimmung in Kraft war, daß „Arbeitervereine und -Verbrüderungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten," verboten waren.

Unter welchen schweren Geburtswehen der Wechselbalg der preußischen Vereinsgesetznovelle zur Welt kam, ist noch in allgemeiner frischer Erinnerung. Dem am 20. Mai d. J. erschienenen Aufruf der Fraktion folgend, entfalteten die Genossen eine umfangreiche Protestbewegung, die ihren Einfluß bis weit in die bürgerlichen Kreise hineintrug.

Diese Agitation unterstützte der geschäftsführende Ausschuß mit der Herausgabe eines Flugblattes, betitelt „Das Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht," das in einer Auflage von 2 Millionen Exemplaren zur Verbreitung gelangte. Die Thatsache, daß die Versuche sich wiederholt haben, den preußischen Landtag gegen den Reichstag auszuspielen, und das Schicksal einer für das gesammte öffentliche Leben hochwichtigen Gesetzesvorlage nur von einigen Stimmen abhing, hat die Frage, ob wir uns an den preußischen Landtagswahlen betheiligen sollen, in den Vordergrund gedrängt. Der Parteitag wird darüber Entscheidung treffen.

* * *

Wenn auch im Tempo des Schneckengangs, ein Fortschritt ist auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes doch zu verzeichnen. In dem laufenden Etat des Großherzogthums Hessen sind auf Drängen unserer Genossen im Landtag die Stellen von 2 weiblichen Fabrikinspektoren vorgesehen. Ebenso ist dem Fabrikinspektor für das Großherzogthum Weimar ein weiblicher Assistent beigegeben. Des Weiteren sind am 31. Mai und am 31. Juli d. J. Verordnungen des Bundesraths erlassen, wovon die letztere Vorschriften giebt über die Beschaffenheit und Einrichtung der Buchdruckereien und Schriftgießereien, während die erstere neben denselben Bestimmungen noch die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den Betrieben der Kleider- und Wäschekonfektion regelt. Die vom 4. März 1896 datirte Bäckereiverordnung hatte wiederum die verschiedensten Anfechtungen zu bestehen. Der parlamentarische Sturmlauf dagegen ist an anderer Stelle erörtert. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß seitens der Arbeitgeber in 2 Fällen der Versuch gemacht wurde, die Rechtsgiltigkeit der Verordnungen vor den ordentlichen Gerichten anzufechten. Am 7. Februar hat das Kammergericht in Berlin und am 6. April das Oberlandesgericht in Hamburg die Rechtsgiltigkeit der Bäckereiverordnung anerkannt.

* * *

In den Verhältnissen begründet, war das Jahr reich an Ausständen. Der bedeutendste unter denselben war der Hamburger Hafenarbeiterstreik. Die Bedeutung desselben lag weniger in der Eigenart der dabei in Betracht kommenden Arbeiterkategorien, auch nicht in der Zahl der Betheiligten und der 12wöchentlichen Dauer desselben, sondern in der Solidaritätsbekundung der deutschen Arbeiterschaft, wie sie bisher in solchem Maße noch nicht erfolgt war. Es war Hamburg, das Hilfe heischte, Hamburg, dessen klassenbewußte Arbeiterschaft so oft den bedrängten Klassengenossen hilfsbereit zur Seite gestanden hatte. Die Sympathie und Unterstützung, die der Hamburger Hafenarbeiterstreik bei den deutschen Arbeitern gefunden hat, ist die gereifte Frucht der Saat, für die Hamburgs Arbeiter reichlich den Boden beackert haben. In der Anregung für die Arbeiter, die Solidarität schon in Erwartung der Wiedervergeltung üben zu müssen, liegt die Bedeutung des Hamburger Hafenarbeiterstreiks. Nach der Abrechnung des Streikkomitees betrug die Einnahme die Summe von 1 618 600 Mark. Unter Anderem haben aufgebracht:

Aachen 1062,— M. Altenburg 1156,10. Augsburg 1605,62. Berlin 166 525,38. Bochum 2240,75. Bremen 12 064,30. Bremerhaven 6150,—. Brandenburg 2920,—. Bant 3895,50. Bielefeld 5480,—. Breslau 5929,—. Chemnitz 6776,90. Kassel 2868,65. Dortmund 3705,05. Dresden 24 078,71. Düsseldorf 4751,84. Elberfeld 12 683,87. Essen 2316,27. Elmshorn 1480,—. Eßlingen 1010,—. Erfurt 1800,—. Flensburg 4160,60. Forst 1482,85. Frankfurt a. M. 18 406,12. Gera 2312,25. Geestemünde 1400,—. Görlitz 1173,—. Gotha 1087,06. Greiz 1035,08. Halberstadt 1513,71. Hannover 16 099,57. Hastedt und Hemelingen 1086,05. Halle a. S. 5065,—. Kiel 11 108,25. Lüdenscheid 1126,60. Leipzig 52 552,74. Neumünster 5200,—. Nürnberg 18 820,51. Offenbach 1184,69. Ronsdorf 1397,32. Rostock 6996,35. Stuttgart 16 343,09. Stettin 4682,10. Solingen 5041,16. Wilster 1805,32. Zwickau 1212,65. 2. oldenburgischer und 2. hannöverscher Wahlkreis 2000,—. Die drei Hamburger Wahlkreise 171 227,61 M. Altona-Ottensen 62 500 M. Wandsbeck 11 500 M. Wilhelmsburg 3217,27 M. Harburg 1000 M.

Von den Hafenarbeitern wurden im Streikgebiet auf Listen gesammelt 90 285,77 M.; von Privatleuten auf Listen 22 290,71 M.; ferner wurden von Privatleuten, Klubs, Vereinen 2c. aufgebracht 95 244,48 M.

Das Ausland betheiligte sich mit 69 529,72 M., darunter England mit 35 254,53 M.

* * *

Den die Landagitation betreibenden Genossen bietet die Behandlung des Gesindes seitens der Gutsbesitzer und Pächter reiches Material. Ein besonderer Anlaß eine gegen die Gesindeordnungen gerichtete Agitation zu entfalten, lag nicht vor. Die in einzelnen Provinzen ausgeführte diesbezügliche Agitation fand von der Parteileitung kräftige Unterstützung.

Zur Ergänzung der Illustrationen über die rechtliche Stellung der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und des Gesindes, wie solche in dem parlamentarischen Bericht gegeben sind, sei noch erwähnt, daß für Mecklenburg das Züchtigungsrecht über die auf dem Gute verdingten Kinder bis zum 14. Jahre durch Urtheil des Oberlandesgerichts in Rostock in einem Fall dem Arbeitsgeber zugesprochen worden ist. Im Gothaer Landtag bezeichnete Genosse Hildebrandt die Gesindeordnung als ein Denkmal der Schande und stellte fest, daß ein geschlagenes Mädchen in Gotha einen Anwalt zur Führung ihrer Klage nicht finden konnte. Im Anschluß an die lebhaft geführte Debatte setzten unsere Genossen folgenden Antrag durch:

Der Landtag wolle beschließen, die herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Gesindes zu ihren Arbeitgebern bezw. zu ihrer Dienstherrschaft in der Weise durchgeführt wird, daß die aus dem Jahre 1797 stammende Gesindeordnung als unzeitgemäß und modernen Rechtsanschauungen hohnsprechend, aufgehoben wird.

Die Mehrheit der Verwaltungskommission unter Führung des Herrn Liebetrau, Oberbürgermeister in Gotha, wünschte nur eine zeitgemäße Umgestaltung der Gesindeordnung, blieb im Plenum jedoch in der Minderheit.

* * *

In dem vorjährigen Bericht führten wir einzelne eklatante Fälle an, um zu zeigen, welchen Plackereien die Parteigenossen sowohl in der Ausübung der Agitation wie auch dann ausgesetzt sind, wenn sie sich in Gemeinschaft mit ihren Familien im Kreise Gleichgesinnter einige Stunden der Erholung und der Freude gönnen wollen. Wir registriren auch diesmal ein paar solcher Fälle. In Hildesheim wurde nicht geduldet, in einer Versammlung den Fall „Brüsewitz“ zu erörtern. Die Versammlung wurde auf Grund des § 10 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts verboten und dem Einberufer eröffnet, das Verbot werde erst dann zurückgenommen, wenn er genügende Gewähr für die Tagesordnung gebe. Im Januar wurde in Hannover ein Tanzvergnügen des Gesangvereins „Ferdinand“ dadurch verhindert, daß der Verein als politischer erklärt wurde, an dessen „Versammlungen“ Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge nicht theilnehmen dürfen. Der politische Charakter des Gesangvereins wurde dadurch als erwiesen erachtet, daß der Verein dem als politischen Verein bekannten Verband „Bund der vereinigten Liedertafeln von Hannover und Umgegend“ angehöre, und in den Vereinsversammlung Lieder mit ausgesprochen politischer Tendenz zum Vortrag gebracht habe. Die Behandlung der Gewerkschaften bewegte sich in gleicher Richtung. In Roßwein, im Musterland Sachsen, wurde die Abhaltung eines Balles des Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins verboten, weil der Verein nur 6 weibliche Mitglieder besitze, und somit der Ball als öffentliches Tanzvergnügen im Sinne des Roßweiner Tanzregulativs anzusehen sei. — Der Vorsitzende des Vereins der Packer, Kutscher und Markthelfer in Dresden erhielt ein Strafmandat in Höhe von 30 Mark, weil an einem in einem Gartenrestaurant abgehaltenen Gartenfest des Vereins Eltern sich erdreistet hatten, ihre schulpflichtigen Kinder theilnehmen zu lassen, ohne die hohe obrigkeitliche Erlaubniß dazu eingeholt zu haben.

So zahlreich nun auch die existirenden Verordnungen und sonstigen polizeilichen Handhaben sind, Vergnügungen oder gesellige Zusammenkünfte der Arbeiter zu beeinträchtigen, für alle Fälle reichen dieselben nicht aus. Aber das Gebot der Sozialistentödterei macht erfinderisch. Der Landrath des holsteinischen Kreises Steinberg hat zu dem Auskunftsmittel der „freiwilligen Gerichtsbarkeit und Strafvollzugs“ seine Zuflucht genommen. Das Auskunftsmittel besteht darin, daß die Wirthe sich „freiwillig“ unterschriftlich verpflichten, für jeden Fall, daß in ihren Lokalitäten die Arbeiter-Marseillaise gesungen wird, eine Geldbuße von 50 Mk. zu entrichten. Aber an den Wohn- und Amtssitz dieses erfindungsreichen Landraths, in Itzehoe öffneten sich zu gleicher Zeit den Arbeitern die Hallen eines der größten Lokale der Stadt, das ihnen unter dem Druck der Androhung des Militärboykotts mehrere Jahre nicht zur Verfügung gestanden hatte.

Die Infizirung des Heeres mit sozialdemokratischen Tendenzen erfüllt die Vertreter der Theorie des „blinden Gehorsams“ fortgesetzt mit banger

Sorge. Periodisch kehren die Veröffentlichungen der Kriegsministerien der Einzelstaaten wieder, in denen „das Verbot des Haltens und Verbreitens sozialdemokratischer Druckschriften, jede Dritten erkennbare Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnung, und jede Betheiligung an Versammlungen, Festlichkeiten oder Geldsammlungen, wozu die besondere dienstliche Erlaubniß nicht ertheilt ist, in Erinnerung gebracht wird". — Genossen, die als solche in das Heer eintreten, bedürfen der Warnung nicht. In den bis zum Eintritt in das Heer indifferent gebliebenen jungen Leuten werden solche Verordnungen die Neugierde rege machen und wacherhalten, bis sie ungestraft dieselbe befriedigen können.

* * *

Agitation. Wie immer, so auch im Berichtsjahr liefen die Wünsche von den Genossen zahlreich ein, beliebte Redner und Parlamentarier zur Unterstützung der Agitation zu erhalten. So auch bei Gelegenheit der Abhaltung des vorjährigen Parteitags. Soweit als angängig wurde den Wünschen der Genossen entsprochen. Während des vergangenen Winters machte der geschäftsführende Ausschuß den Versuch, die Agitation durch nicht mit einem Mandat belastete Genossen zu unterstützen. Dieser Versuch wurde seitens der Genossen nicht in wünschenswerther Weise unterstützt. Wie alljährlich, so auch in diesem Jahr, fanden sich nach Schluß des Reichstags eine Anzahl unserer Abgeordneten bereit, größere Agitationstouren zu übernehmen. Dieselben sind theils zur Ausführung gelangt, theils noch in der Ausführung begriffen. Die Agitation in großen Partei- und Volksversammlungen wird immer mehr beeinträchtigt. Beeinflussungen der Lokalinhaber seitens der Behörden und der Unternehmer ergänzen sich gegenseitig. In zahlreichen Wahlkreisen stehen den Genossen keine größeren Lokale, in denen Agitationsversammlungen abgehalten werden können, zur Verfügung. Der Erfolg der Saalabtreiberei beruht nicht immer in dem Mangel energischer Gegenwehr seitens der Genossen, sondern in dem Bestreben der Wirthe, es mit den Behörden und der „honetten Gesellschaft" nicht zu verderben. In Garnisonstädten haben die Saalbesitzer die Wahl zwischen dem Militärboykott und der Lokalsperre seitens der Arbeiter. Wirthe, die charakterschwach genug waren, das den Arbeitern gegebene Versprechen, ihr Lokal zu Versammlungszwecken zur Verfügung zu stellen, zu brechen, haben oft zu ihrem Schaden erkennen müssen, daß sie eine schlechte Wahl getroffen hatten. War die von den Arbeitern verhängte Lokalsperre nicht immer von augenblicklichem Erfolg, so führte Beharrlichkeit und konsequente Durchführung der Maßregel meistens zum Ziel. So noch jüngst in Itzehoe, wo mehrere Jahre ein großer Saal den Genossen nicht zur Verfügung stand.

Je mehr den Genossen die Agitation in Versammlungen erschwert wurde, desto mehr wandten dieselben der Verbreitung der Presse und der Verbreitung von Druckschriften, Flugblättern 2c. ihr Augenmerk zu. Orte und Kreise, die aus eigenen Mitteln die erhöhten Agitationskosten, welche die Druckschriften-Verbreitung erforderte, nicht bestreiten konnten, erhielten entweder einen entsprechenden Zuschuß aus der Parteikasse oder aus dem Verlag der Buchhandlung Vorwärts einen größeren Posten der gewünschten Agitationsschriften. Einem Antrag der Genossen in Memel entsprechend, fand eine größere Auflage von „Nieder mit den Sozialdemokraten" in lithauischer Uebersetzung Verbreitung in dem dortigen Landgebiet.

Die schon im vorjährigen Bericht erwähnten Plackereien und Verfolgungen der Druckschriftenverbreiter spielten sich stets von Neuem für die Betheiligten mit wechselndem Glück ab. So lange im lieben, geeinten Deutschland die partikularen buntscheckigen Gesetze und Verordnungen über die Verbreitung

von Druckschriften bestehen, so lange noch die theils über und an 100 Jahre alten Sabbathverordnungen noch existiren, und Absatz 11 des § 360 des R. St. G., handelnd vom „groben Unfug“, richterliche Anwendung auf Verbreiter sozialdemokratischer Flugblätter und Druckschriften findet, so lange müssen die Genossen mit diesem Zustand sich so gut abzufinden suchen, wie es eben geht.

In der Parteipresse wurde über ein paar größere und ältere Parteiorte Klage geführt, in denen das vom Ausschuß herausgegebene Flugblatt „das Attentat auf das Vereinsrecht“, nicht mit der in der Partei gewohnten Präzision zur Vertheilung gelangte. Wir wollen die Orte nicht namhaft machen. Die Genossen mögen aber bedenken, daß von der peinlichsten Beobachtung getroffene Anordnungen der Erfolg abhängt, oder unter Umständen eine große Schädigung der Partei abgewendet wird. Es genügt nicht, daß wir agitiren, sondern es muß auch mit der Agitation auch zur rechten Zeit eingesetzt werden.

Die Landes- bezw. Provinzial-Organisation zur Leitung der Agitation in den betreffenden Landestheilen ist die alte geblieben. Nur die rheinischen Genossen haben auf dem am 17. Januar d. J. in Essen abgehaltenen rheinischen Parteitag eine Aenderung getroffen, indem sie die Rheinprovinz in zwei Agitationsbezirke, den nieder- und den oberrheinischen, zerlegten. Sitz des Agitationskomitees des ersteren ist Elberfeld geblieben; der Sitz des andern ist nach Köln verlegt.

Eine der wunderlichsten, dem § 8 des preußischen Vereinsgesetzes entsprossene Erscheinung, zeitigte die vorjährige rheinische Agitationstour des Genossen Molkenbuhr. Das aus 3 Personen bestehende Agitationskomitee war insoweit an der Sache betheiligt, als es die Anmeldungen der Wünsche der Genossen bezüglich der Versammlungen entgegennahm, also nur die Reihenfolge der Versammlungen ordnete. Die Versammlungen selbst wurden von den örtlichen Vertrauenspersonen einberufen. Nichtsdestoweniger wurden die Versammlungen von den die Aufsicht führenden Organen, als Versammlungen des Vereins „Rheinisches Agitations-Komitee“ betrachtet, an denen Schüler, Lehrlinge und Frauen nicht theilnehmen dürften. Im Bereich des Agitations-Komitees für das westliche Westfalen spielten sich die gleichen Vorgänge ab. Das rheinische Agitationskomitee führte nach Erledigung des Beschwerdewegs die Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren herbei. Jedoch ohne den erhofften Erfolg. Durch Erkenntniß vom 20. Oktober v. J. trat das Oberverwaltungsgericht der Ansicht bei, daß das Komitee ein politischer Verein im Sinne des preußischen Vereinsgesetzes sei. Um in diesem Jahr den Frauen die Theilnahme an den Versammlungen zu ermöglichen, ordnete der Referent, Genosse Molkenbuhr, die Reihenfolge der Versammlungen selbst.

Die „Perle“ der deutschen Vereinsgesetze, ist bekanntlich das sächsische Juwel. § 20 desselben bestimmt: „Vereine, in deren Zweck es liegt, Gesetzesübertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen, sind verboten.“ Diesen Paragraph soll der Agitationsverein des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises verletzt haben dadurch, daß Mitglieder im Jahre 1895 und der Vorsitzende in einer Versammlung Aeußerungen gethan haben, die bei den Mitgliedern Haß und Erbitterung gegen andere Volksschichten und mit diesen unsittliche Leidenschaften zugleich die von ihnen unzertrennliche Geneigtheit zu unsittlichen, ja vielleicht gesetzwidrigen Handlungen erwecken. Das Verbot des Chemnitzer Stadtraths fand die Bestätigung durch die Kreishauptmannschaft. Nun, die Chemnitzer Genossen werden auch ohne den Agitationsverein bei den bevorstehenden Land- und Reichstagswahlen ihren Mann zu stehen wissen.

Die Gesammtsumme der Agitationszuschüsse an die einzelnen Kreise ersehen die Genossen aus dem Kassenbericht. Sie wurden da gegeben, wo die Erhaltung des Einzelnen im Interesse der Agitation von den Betheiligten für nothwendig erachtet wurde, oder da, wo der Agitationsbezirk ein so umfangreicher war, daß die Aufbringung der Mittel die Kräfte der zahlungsfähigen Parteiorte überstieg. Der Natur der Sache entsprechend, ist ein Theil der Zuschüsse ein laufender.

* * *

Wahlen. Im verflossenen Berichtsjahr war die Partei bei 9 Nachwahlen zum Reichstag betheiligt, und zwar in den Wahlkreisen: Westhavelland, Gießen, Mainz, dem 13. württembergischen und 2. badischen Wahlkreis, Torgau-Liebenwerda, Bergheim-Euskirchen, Wiesbaden und Königsberg. Die im vorjährigen Bericht ausgesprochene Hoffnung, auf Eroberung des Kreises Westhavelland, ist in Erfüllung gegangen. Dagegen ist es uns nicht gelungen, das infolge der Mandatsniederlegung des Genossen Jöst erledigte Mandat in Mainz zu behaupten. Das Minus betrug 175 Stimmen, das in Verbindung mit den am 5. Oktober erfochtenen Sieg bei den hessischen Landtagswahlen zu der Hoffnung berechtigt, daß die Mainzer Genossen bei den nächsten allgemeinen Wahlen die erlittene Schlappe wett zu machen verstehen werden. — Die am 5. November v. J. vollzogene Wahl in Gießen brachte uns gegen die Wahl von 1893 einen Gewinn von rund 500 Stimmen, womit wir an die 2. Stelle rückten und den 2. Wahlgang in einer Stichwahl ausfechten mußten. Die Genossen gingen mit gleichem Eifer wie bei der Hauptwahl an die Arbeit, in dem Bewußtsein, Vorarbeit für die nächsten allgemeinen Wahlen zu verrichten. Unsere Stimmenzahl erhöhte sich auf 5256 gegen 2852 Stimmen bei der Hauptwahl. — Ein Rückgang von fast 1100 Stimmen im Kreise Wiesbaden brachte die Partei bei der Wahl am 9. Juni d. J. an 3. Stelle. Die Hauptschuld an der erlittenen Schlappe fällt mit 800 Stimmen der Stadt Wiesbaden zu. Die Ursache davon, daß die Schlappe eintreten mußte, bezeichnet der Schluß eines Artikels unseres Frankfurter Organs recht treffend. Derselbe lautet: „Eine bittere Lehre — aber hoffentlich eine heilsame Lehre! Wir empfangen sie gerade noch zeitig genug, ein Jahr vor den allgemeinen Wahlen, um sie bis dahin gründlich zu beherzigen. Das kommende Jahr wird zeigen, ob die Wiesbadener Arbeiter den Ernst und die Kraft besitzen, sich eine stramm-politische Organisation zu schaffen, um die Scharte von 1897 im Jahre 1898 auszuwetzen." Die Mahnung, der Schaffung einer stramm-politischen Organisation, dürften die Genossen auch in manch anderen Kreisen sich recht zu Herzen nehmen. — Die Nachwahl in Königsberg war bedingt durch den schmerzlichen Verlust, den die Partei durch den am 1. April erfolgten Tod unseres unvergeßlichen Genossen Schultze erlitten. In der am 10. Juni erfolgten Wahl des Genossen Haase ist mit die schönste und höchste Anerkennung enthalten für die Thätigkeit, die der so früh verstorbene Schultze auf dem äußersten östlichen Vorposten bei Lebzeiten entwickelt hat. Die Wahl vom 10. Juni brachte den Genossen gegenüber der Wahl vom 15. Juni 1893 ein Mehr von 944 Stimmen und damit eine Mehrheit von 696 Stimmen über die drei gegnerischen Kandidaten. — Die Wahlen im 13. württembergischen und zweiten badischen Wahlkreis, desgleichen in Torgau-Liebenwerda und Bergheim-Euskirchen kamen nur vom agitatorischen Gesichtspunkt in Betracht. In allen 4 Kreisen wurde mit geringfügigen Schwankungen die Stimmenzahl der Wahl von 1893 gehalten. Im Wahlkreis Torgau hielten die Genossen das Zünglein der Waage bei der Entscheidung zwischen dem Freisinnigen und dem Konservativen. Das Liebeswerben der letzteren wurde gebührend abgewiesen. Der Wahlkreis ging den Konservativen verloren. — In 2 Wahl-

kreisen, Westpriegnitz und dem fünften oberpfälzischen, zu dem Fuchsmühl berüchtigten Angedenkens gehört, steht Nachwahl bevor. Im ersteren kandidirt unserseits Genosse Hintze-Stendal und im letzteren Genosse Breder-Nürnberg.

Die im September vorigen Jahres vollzogenen Wahlen zum Gothaer Landtag brachten der Partei einen Gewinn von 7 Mandaten, sodaß jetzt 8 Sitze sich in unserem Besitz befinden. — Am 5. Oktober v. J. fanden die Neuwahlen zum hessischen Landtag statt. Dieselben brachten uns, neben der Behauptung der alten Sitze, den Gewinn eines Mandats — Offenbach Stadt. Unsere Partei ist nunmehr durch vier Abgeordnete im hessischen Landtag vertreten. In Offenbach wurde die Wahlmännerliste der bürgerlichen Parteien durch die unsere mit einem Mehr von 221 Stimmen geschlagen. — Das in unserem Besitz befindliche Mandat für den Landtag von Schwarzburg-Sondershausen wurde bei der am 30. Oktober vorigen Jahres vollzogenen Neuwahl behauptet. Genosse Appel siegte in Frankenhausen. Der Sieg der Genossen im Kreis Königssee wurde dadurch hinfällig, daß der Erwählte dem Programm unserer Partei untreu wurde. — Am 20. November v. J. hatten die Cannstätter Genossen das durch den Tod des wackeren Genossen Glaser erledigte Mandat zum württembergischen Landtag zu vertheidigen. Durch die Haltung der Volksparteiler unterlag Genosse Tauscher in der Stichwahl am 8. Dezember. — Glücklicher waren die Geraer Genossen, die mit 728 gegen 325 Stimmen den Genossen Vetterlein in den Landtag von Reuß j. L. sandten. Das Mandat war durch den Tod des Genossen Hahn erledigt. — Der vorjährige Versuch der Oldenburger Genossen, in den Landtag einzudringen, scheiterte zwar, jedoch unterlagen wir in Delmenhorst mit nur 7 Stimmen, was hoffen läßt, daß der zweite Ansturm von Erfolg begleitet sein wird. — Bei den vorjährigen Wahlen zum Lippe-Detmolder Landtag brachten die Genossen des Kreises Lemgo-Blomberg ihren Kandidaten in die Stichwahl mit dem Freisinnigen, der Sieger blieb. — Zu erwähnen ist noch, daß die württemberger Genossen außer im Cannstätter Kreis sich an der Wahl im Kreis Gmünd betheiligten, in dem Genosse Blos 892 Stimmen erzielte. Im Gothaer und Altenburger Landtag brachten die Genossen Initiativ-Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ein, die zwar eine Mehrheit nicht fanden, ihre agitatorische Wirkung aber zweifellos nicht verfehlen werden. Diesen Herbst finden die Ergänzungswahlen zum Landtag im Königreich Sachsen, in Baden, Meiningen und Sachsen-Weimar statt. In den 4 Staaten sind die Genossen bereits in voller Thätigkeit bei der Wahlarbeit. Die badischen Genossen nähren die begründete Hoffnung, den seitherigen unheilvollen Einfluß der Nationalliberalen im „Musterländle" zu brechen.

Vor wie nach wenden die Genossen ihre Aufmerksamkeit der Betheiligung an den Gemeindewahlen zu. Bei dem Ende v. J. in Sachsen in zahlreichen Gemeinden bethätigten Ergänzungswahlen haben die Genossen ihren Besitzstand behauptet, so arg auch der gesammte Ordnungsklüngel Sturm lief, die Genossen aus den seitherigen Positionen zu werfen. In der Verlegenheit über ihren Mißerfolg tröstete sich die kartellirte Ordnungssippe mit der Phrase Stillstand sei Rückschritt. Ebenso haben die Genossen in Baden da wo der Besitzstand zu vertheidigen war, diesen behauptet, als wie auch z. B. in Hornberg im Schwarzwald, wo 4 Genossen gewählt wurden, vielfach neues Terrain erobert. Das Gleiche ist von den verschiedensten Gegenden Preußens, wir führen z. B. an Köpenick bei Berlin, Elmshorn in Holstein, Gräfrath bei Solingen, Grabow und Bredow in Pommern 2c., zu sagen. Auch in den beiden Reußenländern haben die Genossen ihren Einfluß in den Gemeindevertretungen erweitert. Possirlich war das Mannöver, das die Nationalliberalen in Mannheim wohl als letzten Versuch machten, die gehaßten Sozialdemokraten zu werfen.

Eine Kandidatenliste des „Verbandes nicht sozialdemokratischer Arbeitervereine" war der Trik, der ziehen sollte, aber schmählich Fiasko machte. Die Gegner brachten es auf 2323 Stimmen, während die sozialdemokratische Liste 3728 Stimmen auf sich vereinigte. Bei den Wahlen zu den Bezirkstagen in den Reichslanden haben wir das Mandat des Genossen Böhle in Straßburg behauptet und einen neuen glänzenden Sieg in dem Kanton Markirch erfochten. Genosse Bueb siegte mit 1343 gegen 788 Stimmen.

Während die Versuche der Hamburger Genossen in die „Bürgerschaft" — die gesetzgebende Versammlung — einzudringen, bisher scheiterten, gelang es den Bremer Genossen, wiederum 2 Mandate, ein städtisches und eins im Landgebiet, zu erobern.

Soweit wir aus dem Verfolg der Presse ermitteln konnten, haben im Berichtsjahr die Genossen in 23 Städten sich mit Erfolg an den Gewerbegerichtswahlen betheiligt. In allen Fällen wurden die Kandidaten der Genossen in der Klasse der Arbeitnehmer gewählt. Einen vollen, glatten Erfolg in der Klasse der Arbeitgeber erzielten die Genossen in Frankfurt a. M. mit 429 Stimmen. Weitere Erfolge in der Arbeitgeberklasse erzielten die Genossen in Berlin, die 10, in Göppingen, die 2, und in Sonneberg, die 4 — die Hälfte der zu Wählenden — durchbrachten. Bemerkenswerth ist, daß die Anstrengungen des Zentrums in München vollständig belanglos blieben. Die klerikale Liste brachte es auf 1985 Voten gegenüber 6602 Stimmen, die auf die Liste des Gewerkschaftsvereins entfielen. Als recht erfreulich ist die Thatsache zu begrüßen, daß die Betheiligung der klassenbewußten Arbeiter an den Gewerbegerichtswahlen sich in aufsteigender Linie bewegt. Doch ist unsere Mahnung im vorjährigen Bericht, die Genossen hätten bei allen Aktionen die volle Thatkraft einzusetzen, um sich vor Ueberrumpelungen zu schützen, nicht in dem Maße beherzigt worden, wie wir es gewünscht hätten. In Leipzig hat die Zahl der Wähler gegen 1894 zwar einen Zuwachs von 463 Stimmen zu verzeichnen, aber die Zahl der Wählenden — 4051 — steht zu der Ziffer der Wahlberechtigten — 9000 — doch in einem großen Mißverhältniß. Lässig, ja fast fahrlässig, war die Betheiligung der Genossen in Kassel bei der Gewerbegerichtswahl zu nennen. Von 5000 eingetragenen Wählern übte noch nicht einmal der 5. Theil sein Wahlrecht aus. Anzuerkennen ist die Rührigkeit der thätigen Genossen, die eine kräftige Agitation dafür entwickeln, den Landkreis Kassel in die Jurisdiktion des Gewerbegerichts Kassel einzubeziehen, eine Forderung, die bei dem Bestreben der Industriellen, die Etablissements in die umliegenden Ortschaften zu verlegen, volle Berechtigung hat. Als Einigungsamt ist unseres Wissens ein Gewerbegericht im Berichtsjahr nicht in Aktion getreten. Wo es als solches von den Arbeitern angerufen wurde, wie z. B. bei dem Hamburger Hafenarbeiterausstand und dem Streik der Tischler in Stettin, erfolgte die Ablehnung seitens des Unternehmerthums, dessen protzenhaftes Bestreben jede Lohnbewegung unter der Aufwerfung der „Machtfrage" zu behandeln, immer unverhüllter hervortritt. Die schnöde ablehnende Haltung des Unternehmerthums mit den Arbeitern über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln, muß den Arbeitern die Ueberzeugung aufdrängen, daß sie einmüthig Theil nehmen müssen an der Eroberung der politischen Macht.

Ein Theil der im Kassenbericht für die Wahlagitation aufgeführten Kosten entfällt auf das Konto der praktischen Bethätigung der internationalen Solidarität. Die Parteileitung erachtete es als selbstverständlich, den diesbezüglichen Anträgen der Genossen in Oesterreich, Italien und Holland entsprechen zu sollen. Die Genossen eroberten in Oesterreich 14, in Italien 12 und in Holland 2 Mandate.

Maifeier. Nach den uns zugegangenen Berichten, sowie den Feststellungen der Parteipresse gehörte die diesjährige Maifeier zu den imposantesten von den Arbeitern veranstalteten Demonstrationen. Alle gehegten Bedenken, die Demonstration könne durch den Umstand, daß der 1. Mai auf einen Sonnabend fiel, Einbuße erleiden, haben sich als hinfällig erwiesen. Auch das in einem großen Theil Deutschlands vorherrschende Regenwetter vermochte nicht die Feststimmung und Festfreude zu beeinträchtigen. Durchweg waren die Morgenversammlungen stärker wie im Vorjahr besucht. Der beseelende Gedanke der Maidemonstration hat fest und unausrottbar in den Herzen auch der deutschen Arbeiter Wurzel geschlagen.

Der Weisung der Preßorgane der Scharfmacherklique entsprechend, hatten verschiedene Unternehmerkoalitionen den Arbeitern die Aussperrung angedroht für den Fall, daß sie die Arbeit am 1. Mai ruhen ließen. Zu einem Ernstfall in der angedrohten Richtung, hat nur die Aussperrung der Former in Leipzig geführt. Andere Aussperrungen, die bei den Holzarbeitern und den Metallarbeitern in Berlin vorkamen, konnten durch vorhandene Arbeitsgelegenheit ausgeglichen werden.

Andere Versuche mit Aussperrungen die Arbeiter zu bestrafen, scheiterten an deren Einmüthigkeit und Geschlossenheit. So bei den Maurern in Magdeburg, und den Pianomechanikarbeitern von Morgenstern & Kotrade in Leipzig. Eine andere Gruppe der Arbeiter nahm die Aussperrung zum Anlaß in eine Lohnbewegung einzutreten, womit der von den Unternehmern mit der Aussperrung beabsichtigte Zweck hinfällig wurde. Der berührte Streitfall der Leipziger Former endigte nach achttägiger Dauer, nachdem die Unternehmer die angedrohte 10prozentige Lohnreduktion hatten fallen lassen. Wirkte auf das deutsche Unternehmerthum nicht der unheilvolle Einfluß der Stumm, Bueck, Muhle, Laiszt rc., die Maidemonstration böte weniger Anlaß zu einem Zerwürfniß zwischen den Arbeitern und Unternehmern.

Im nächsten Jahre fällt der 1. Mai auf einen Sonntag. Es erübrigt sich somit für die nächste Maifeier den Genossen eine Richtschnur bezüglich der Arbeitsruhe zu geben. Nichts destoweniger dürfen wir wohl die Erwartung aussprechen, daß allenthalben die Feier eine würdige, die Grundlagen der Demonstration scharf und prägnant heraushebende sein wird, sein muß. Dies kann und wird am besten durch Abhaltung von Massenversammlungen am Morgen des Tages geschehen, während der Nachmittag den anderweiten Veranstaltungen zu widmen ist. Der Ernst, die Ruhe, die Würde und die Gründlichkeit, womit die Arbeiter bei allen ihren Aktionen zu Werke gehen, haben unsere Machtstellung begründet, so auch der Maidemonstration siegreich Bahn gebrochen.

* * *

Die Parteipresse. Aus Parteikreisen geäußerten Wünschen entgegenkommend, fand auf Einladung des Fraktionsvorstandes am 8. und 9. November v. J. in Berlin eine Preßkonferenz statt, an der Vertreter unserer gesammten Parteipresse Theil nahmen. Da die Konferenz sich zweckmäßig erwiesen und eine Wiederholung derselben in Aussicht genommen ist, sah sich der geschäftsführende Ausschuß veranlaßt, dem Uebelstand, der einen Verhandlungstag in Anspruch nehmenden Aussprache über den geschäftlichen Stand der Presse zu begegnen, eine Unterlage für weitere ersprießliche Verhandlungen zu schaffen. Zu diesem Behufe ist jedem Verlag unserer politischen Blätter ein Formular zugestellt, dessen gewissenhafte Ausfüllung und Rücksendung, die Bearbeitung durch die Parteileitung ermöglichen und sie in den Stand setzen wird, geeignete Vorschläge der späteren Konferenz zur Berathung zu unterbreiten.

Ueber den Stand der Parteipresse giebt folgende vergleichende Tabelle Aufschluß:

Es erschienen: a) Politische Blätter:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897
wöchentlich 6 mal	27	32	32	37	39	41	39
„ 3 „	23	20	25	20	20	17	15
„ 2 „	7	6	7	9	8	9	9
„ 1 „	10	12	11	8	9	6	5
alle 14 Tage „	1	—	—	—	—	—	—
monatlich 1 „	—	—	—	—	—	—	1
	68	70	73	74	76	73	69

b) Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897
wöchentlich 3 mal	1	1	1	1	1	1	1
„ 2 „	—	1	—	—	—	—	—
„ 1 „	24	28	28	27	27	27	28
monatlich 3 „	3	3	2	2	2	—	1
alle 14 Tage	22	20	19	19	18	19	22
alle 3 Wochen	—	—	—	—	—	1	—
monatlich 1 „	4	3	5	4	5	2	3
	54	56	55	53	53	50	55

Wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich ist, hat eine Verschiebung in der Erscheinungsart, wie auch eine Verminderung der politischen Organe, hingegen eine Zunahme der gewerkschaftlichen Organe stattgefunden. Die Verminderung der politischen Organe entspringt lediglich den auf der Preßkonferenz gepflogenen Erörterungen. Sie kann nur als im Interesse der Partei liegend bezeichnend werden. Die Reduzirung der täglich erscheinenden Organe ist durch das Eingehen der „Augsburger Volks-Zeitung“ und der „Bamberger Volks-Zeitung“ bedingt. Letztere war nur Kopfblatt der „Unterfränkischen Volks-Tribüne“, während die „Augsburger Volks-Zeitung“ noch einen selbstständigen lokalen Theil aufwies. In Augsburg ist die „Münchener Post“ eingeführt, und in Bamberg die im Verlag der „Fränkischen Tagespost“ erscheinende „Fränkische Volkstribüne“.

Von den dreimal erscheinenden Blättern wurde die „Freie Presse“, Apolda, durch die „Thüringer Tribüne“ und der „Meißener Volksfreund“ durch den in Dresden vom Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ herausgegebenen „Volksfreund“ ersetzt. Beide Parteiorte haben durch die Aenderung nur Vortheile zu verzeichnen. Als wirkliche Einbuße kann nur das am 31. Dezember v. J. eingegangene „Volksblatt“ für die Reichstags-Wahlkreise Teltow und Niederbarnim gelten.

Aus der Reihe der wöchentlich einmal zu den dreimal wöchentlich erscheinenden Organe aufgestiegen, ist die „Königsberger Volkstribüne“ am 1. Mai d. J. Anlaß dazu bot den Genossen die energische Führung des Wahlkampfes.

Von den zweimal wöchentlich erschienenen Blättern ist das Kopfblatt die „München-Gladbacher Arbeiterstimme“ ausgeschieden, dazugekommen die Solinger „Freie Presse“.

Endlich erscheint monatlich einmal der „Hanauer Bauernfreund“, ausschließlich der Agitation unter der Landbevölkerung dienend.

Im wesentlich vergrößerten Format erscheint jetzt die „Thüringer Tribüne“, die Elberfelder „Freie Presse“ und der „Stettiner Volksbote“. Wie aus den dem Ausschuß bereits zurückgesandten Formularen über die Geschäftslage der Presse ersichtlich ist, nimmt der Abonnentenstand in vielen Orten einen erfreulichen Aufschwung.

Um der Provinzpresse eine Kostenersparniß bei guter Information in Bezug auf den politischen Nachrichtendienst zu ermöglichen, werden die politischen Mittheilungen und Parteinachrichten des „Vorwärts“, derselben in beschleunigter Weise zugänglich gemacht.

Die Zahl der Gewerkschaftsblätter weist eine Steigerung auf.. Dieselbe hängt mit der Schaffung neuer Gewerkschaftsverbände zusammen. Eine Ausnahme davon macht die „Buchdrucker-Wacht“, die ihr Erscheinen dem Bedürfniß eines Theiles der Mitglieder des Buchdrucker-Verbandes verdankt, ihrer Gegnerschaft gegen die Tarifgemeinschaft in einem eigenen Organ Ausdruck zu geben.

Unsere wissenschaftliche Revue „Die Neue Zeit“ erscheint unveränderter Weise. Ebenso unverändert erscheinen die beiden humoristisch-satyrischen Unterhaltungsblätter „Der wahre Jakob“ und der „Süddeutsche Postillion“. Beide erfreuen sich in den Arbeiterkreisen großer Beliebtheit. Die Feier des 18. März und des 1. Mai gab den Verlegern Anlaß zur Ausgabe einer Festnummer.

Dem Beschluß des Gothaer Parteitags folgend, Maßnahmen zu treffen, das Defizit der „Neuen Welt“ auf 25 000 Mk. zu reduziren, erscheint dieselbe nach Begutachtung des Vorschlags durch die vorjährige Preßkonferenz, seit dem 1. Januar zwar im vergrößerten Format, jedoch nur 8seitig. Die Aenderung, die den textlichen Raum nur um ein kleines verringert hat, hat den Erfolg, daß das Defizit sich auf rund 21 000 Mk. beschränken wird.

Trotz einiger aus der Unterbrechung der Redaktion resultirenden Hemmnisse, ist der „Neue Welt-Kalender“ rechtzeitig erschienen, und reiht sich nach Inhalt und Ausstattung der Reihe seiner Vorgänger würdig an. Die so recht in Aufnahme gekommenen Landes- bezw. Provinzialkalender sind bereits zu einer stehenden Einrichtung in der Agitation geworden, weshalb der Ausschuß da wo es verlangt wurde, die Herausgabe von Kalendern unterstützte.

* * *

Das **Zentralorgan** ist im verflossenen Jahre entsprechend den auf dem letzten Parteitag gefaßten Beschlüssen bedeutend ausgebaut worden. Zur besseren Pflege des Unterhaltungstheils ist eine Beilage geschaffen, die fünfmal wöchentlich in der Stärke eines halben Bogens erscheint, außerdem ist der „Vorwärts“ durch eine volkswirthschaftliche und litterarische Rundschau bereichert worden.

Redaktion, Parteileitung und soweit es sich um den lokalen Theil des Blattes handelt, auch die Preßkommission waren bemüht, den zum Ausdruck gebrachten Klagen, Wünschen und Anregungen Rechnung zu tragen.

Einem Beschluß der Preßkonferenz entsprechend, versendet die Redaktion an fast sämmtliche täglich erscheinende und an eine Reihe von dreimal wöchentlich erscheinenden Parteiblättern den bis 8 Uhr Abends im Satze fertig gestellten Text der politischen und gewerkschaftlichen Notizen und der Parteinachrichten. Die Brutto-Einnahmen erhöhten sich gegen das Vorjahr um 2759,45 Mk. Bei den Ausgaben wurden Ersparnisse vor allem bei der Druckerrechnung, bei den Gerichtskosten, Anwaltsgebühren und bei der Bibliothek gemacht. Gestiegen sind die Ausgaben vor allem durch die Kosten einer monatelang betriebenen intensiven Agitation in Berlin, die unter „diverse Unkosten“ gebucht wurden, um 5825,10 Mk. Die Mehrausgabe für die Redaktion in der Höhe von 2543,50 Mk. erklärt sich aus der Anstellung eines Redakteurs für die Unterhaltungsbeilage. Die Schaffung derselben steigerten die Ausgaben für deren Inhalt um 1879,40 Mk. Ferner wurden für Berichterstattung 1525,85 Mk. mehr verausgabt als im vergangenen Jahre.

Der Gesammtgewinn beträgt 48210 Mk. gegen 52073,60 Mk. im Vorjahre, mithin weniger 3863,60 Mk. Da der Erfolg der erwähnten kost-

spieligen Agitation sich erst in den nächsten Quartalen zeigen kann, giebt dieser Rückgang der Einnahme zu Bedenken keinen Anlaß.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

	Juli-September 1896		Oktober-Dezember 1896		Januar-März 1897		April-Juni 1897		Summe	
A. Eingänge:										
Abonnementsgelder durch die Expedition	95141	90	95649	05	99117	40	100159	10	390067	45
Abonnementsgelder durch die Post	8247	20	8570	15	9119	10	8370	60	34307	05
Inseraten-Einnahme . . .	28873	55	41116	05	30371	85	35773	80	136134	75
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition			911	75					911	75
Gesammt-Einnahme Mk.	132262	65	146247	—	138608	35	144303	—	561421	—
B. Ausgänge:										
Diverse Unkosten: (Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare, Agitation 2c. 2c.)	5146	70	4832	10	10246	45	6571	—	26796	25
Zeitungs-Abonnement . .	367	85	349	80	423	80	412	95	1554	40
Berichterstatter-Honorar . .	7364	—	10541	10	6852	50	6739	55	31497	15
Feuilleton	467	70	769	80	2268	—	1555	95	5061	45
Redaktion u. angestellte Mitarbeiter	18642	70	12464	60	13102	90	14334	60	58544	80
Depeschen und Parlamentsberichte	405	—	1025	50	1215	30	1385	70	4031	50
Neue Welt	6754	60	6746	90	7100	30	7116	20	27718	—
Gehälter der Expedition . .	2468	—	2468	—	2561	—	2535	—	10032	—
Miethe	1215	—	1215	—	1215	—	1215	—	4860	—
Gerichtskosten und Strafen .	715	25	272	60	506	85	600	85	2095	55
Redaktionsbibliothek . . .	6	—	453	25	47	—	200	65	706	90
Druckrechnung	80686	80	93989	65	85048	15	85588	40	345313	—
Gesammt-Ausgabe Mk.	119239	60	135128	30	130587	25	128255	85	513211	—
Gewinn . . . . „	13023	05	11118	70	8021	10	16047	15	48210	—
wie oben unter A Mk.	132262	65	146247	—	138608	35	144303	—	561421	—

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 48 210,—.

Berlin, den 7. September 1897.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. Aug. Kaden. W. Klees. Erd. Dubber. Theodor Metzner. Carl Oertel. Clara Zetkin.

* * *

Der geschäftliche Stand der **Buchhandlung Vorwärts** war — nach dem uns bekannten Geschäftsberichte für 1896/97 — ein zufriedenstellender. Sowohl Waarenumsatz wie Reingewinn sind im abgelaufenen Geschäftsjahre etwas höher als im Vorjahre, und zwar ist dies wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß der Verlag wieder an die Ausgabe eines Lieferungswerkes herangetreten ist, das einen festen Kundenkreis mit regelmäßiger Bezugsweise an das Geschäft gliedert. Vergleicht man nämlich den Waarenumsatz der einzelnen Monate

mit dem des Vorjahres, so ergiebt sich ein durch alle Monate gleichmäßig bemerkbares Sinken — bis zum Erscheinen des Lieferungswerkes. Die Ursache dieses verminderten Absatzes liegt zum Theil in der Lohnbewegung des verflossenen Jahres; die Kämpfe um Erhaltung und Besserung ihrer Lebenslage haben die Arbeiter gezwungen, alle ihre verfügbaren Mittel diesen Kämpfen zu opfern; so beträgt beispielsweise der während der Dauer des Hamburger Hafenarbeiterausstandes wahrnehmbare Minderabsatz im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres sechs Prozent des gesammten Jahresumsatzes. Andererseits trägt die reichere Inhaltsgestaltung der Parteipresse, die Vermehrung der sozialistischen Verlagsanstalten und der Umstand, daß der in den ersten Jahren nach Aufhebung des Sozialistengesetzes naturgemäß hervorgetretene Heißhunger nach Agitationsliteratur im Lauf der Jahre gestillt ist, zur Erklärung dieses Minderabsatzes bei. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß da und dort auch die Privatspekulation literarischer Freibeuter sich auf die Herausgabe sogenannter Arbeiterliteratur verlegt hat, die angeblich der Verbreitung allgemeiner und sozialpolitischer Bildung in den Arbeiterkreisen dienen soll, und nun nach dem Grundsatz: Billig und schlecht in den Parteikreisen Absatz sucht und — findet.

Mit Neujahr 1897 rief die Buchhandlung Vorwärts ein Unternehmen ins Leben — die wöchentlich erscheinende illustrirte Romanbibliothek „In Freien Stunden" —, das bestimmt ist, einerseits dem in Partei- und Arbeiterkreisen vorhandenen Bedürfniß nach Unterhaltungsliteratur entgegenzukommen und anderseits durch Lieferung guter Romane der Verbreitung der sog. Schundromane in den Arbeiterkreisen entgegenzuwirken. Wenn der Verlag sich auch der Schwierigkeiten bewußt war, welche sich der Einführung und raschen Verbreitung einer solchen Bibliothek in den Weg stellen, so glauben wir doch es aussprechen zu sollen, daß die „Freien Stunden" in den Kreisen der Parteigenossen noch nicht in demjenigen Umfange verbreitet sind, wie man es von der Größe der Partei und dem Charakter des neuen Unternehmens erwarten sollte. Diese höhere Verbreitung in den Parteikreisen ist aber nothwendig, soll der erstrebte Zweck erreicht und Inhalt wie Umfang der Bibliothek immer weiter vermehrt und ausgestaltet werden; und sie ist auch möglich, wenn die Parteigenossen und die Parteipresse für dieses Unternehmen die nöthige Agitation entfalten.

Ihre propagandistische Aufgabe suchte die Buchhandlung Vorwärts auch im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Kräften zu erfüllen. Märzzeitung und Maizeitung gingen (erstere in 120 000, letztere in 290 000 Exemplaren) in die Massen; der Leckert-Lützow-Prozeß und das darin enthüllte unsaubere Treiben der Agenten der politischen Polizei veranlaßte die Herausgabe der Broschüre: Die politische Polizei in Preußen, welche in 10 000 Exemplaren rasche Verbreitung fand; die Verhandlungen des Reichstags über die brennende Frage der Kaiser-Reden und der Majestätsbeleidigungs-Prozesse wurden in 24 500 Exemplaren abgesetzt. Das Protokoll des Internationalen Kongresses in London erzielte 8000, das des Gothaer Parteitages 29 000 Auflage. Lily Braun's Frauenfrage und Sozialdemokratie fand in 5000 Exemplaren, eine Broschüre, die das Hofgängerleben in Mecklenburg schilderte, und Greulich, Zur materialistischen Geschichtsauffassung in je 3000 Exemplaren Verbreitung, während mit der Verbreitung des Handbuchs für Vereins- und Versammlungsleiter infolge der Unsicherheit, welche für das Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen der Recke'sche Verschlechterungsentwurf herbeiführte, bis zur Erledigung jener Vorlage innegehalten werden mußte. Zwei neue zur Massenverbreitung auf dem Lande bestimmte Flugblätter: „Die wahren Freunde und Feinde des Bauern" und „das Landvolk und der Sozialismus" waren in der ersten Auflage von je 20 000 Exemplaren rasch abgesetzt und erzielten seitdem wiederholte Neudrucke. Von den in früheren Jahren erschienenen Schriften bewährte Brake's „Nieder mit den Sozial-

demokraten" seine alte Zugkraft: 65 000 Exemplare mußten nachgedruckt werden. Neu aufgelegt wurden ferner Keßler: Die Ziele der Sozialdemokratie; Calwer: Arbeiterkatechismus; Parteiprogramm; Vetter Gottlieb; Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie; P. Fischer: Die Marx'sche Werththeorie; Kampffmeyer: Die soziale Frage auf dem Lande; Lafargue: Recht auf Faulheit; Schippel: Währungsfrage.

Neben der Agitation, welche die Buchhandlung für die Partei in der Herausgabe, Verbreitung und Vertheilung von Parteischriften entfaltete, konnte sie auch für das Jahr 1896/97 der Parteikasse für Parteizwecke aus ihrem Reingewinn die Summe von 10 000 Mk. zur Verfügung stellen, so daß auch nach dieser Seite hin das Jahresergebniß befriedigend abschloß.

* * *

Kassenbericht. Die Einnahmen weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung von 4349,62 Mk., die Ausgaben aber eine solche von 52 971,04 Mk. auf. Zurückgelegt konnte daher auch nur ein sehr geringer Betrag werden. Die Zahl der Parteiorte bezw. Wahlkreise, welche Beiträge an die Zentralkasse abliefern, hat sich gegen das Vorjahr abermals um 15 verringert.

Nach dem Gothaer Parteitag trat zunächst eine Besserung in den Einnahmen ein. Bald aber machte der Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter seine Wirkungen geltend. Waren es doch gerade gut organisirte und opferwillige Parteiorte, die durch den Streik direkt und zunächst betroffen wurden. Während die drei Hamburger Wahlkreise im Vorjahre insgesammt 21 500 Mk. an die Parteikasse abführen konnten, ist im laufenden Jahre, abgesehen von einem aus früherer Zeit stammenden Beitrag der Gesammtpartei, nur der 2. Hamburger Wahlkreis mit einem Beitrag von 1000 Mk. vertreten.

Weiterhin wurden aber durch die im ganzen Reiche für die Streikenden veranstalteten Sammlungen auch alle übrigen Parteiorte in Mitleidenschaft gezogen. Erst vom Monat April an flossen der Parteikasse wieder reichlichere Mittel zu.

Unter den Ausgaben ist besonders der hohe Betrag für Preß-Unterstützungen in die Augen fallend. Die Mehrausgabe gegen das Vorjahr kommt jedoch lediglich auf das Konto der „Neuen Welt". Im Uebrigen ist der geschäftsführende Ausschuß energisch und mit Erfolg bemüht gewesen, die Preß-Unterstützungen herabzumindern. Zieht man, um zu einem zutreffenden Vergleich mit den Vorjahren zu kommen, die für die „Neue Welt" ausgegebene Summe von dem Gesammtbetrage ab, so verbleiben an allgemeiner Preß-Unterstützung nur noch 35 032,35 Mk. Dagegen betrugen die Ausgaben für die Presse von 1895 auf 1896 69 331,70 Mk., von 1894 auf 1895 43 244,81 Mk., von 1893 auf 1894 45 275,17 Mk. und von 1892 auf 1893 50 814,07 Mk. Die auf diesem Gebiete im letzten Jahre ersparten Summen konnten der allgemeinen Agitation dienstbar gemacht werden, für welche im Berichtsjahr 18 113,02 mehr ausgeben wurde als im Vorjahre.

Von unseren Bruderparteien im Ausland hatten im Berichtsjahr besonders die österreichischen, holländischen und italienischen Genossen schwere Kämpfe zu bestehen. Sie wurden mit folgenden Summen unterstützt: Die österreichischen Genossen mit 10 000 Mk., die holländischen Genossen mit 2800 Mk., die italienischen Genossen mit 1300 Mk. und die slovenischen Genossen mit 500 Mk.

In allen drei Ländern haben sich unsere Genossen bei den Wahlen wacker geschlagen und hat der Sozialismus große, zum Theil überraschende Fortschritte gemacht. Es darf die deutschen Genossen mit Genugthuung erfüllen, daß sie zu diesen Erfolgen auch ihr bescheidenes Theil mit beigetragen haben.

Im Einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. September 1896 bis 31. August 1897.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Vermischte Einnahmen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1896												
September	8034	52	5926	02	1780	—	298	50	—	—	30	—
Oktober	25529	64	12439	79	—	—	—	—	13023	05	66	80
November	14442	27	14076	62	120	—	—	—	—	—	245	65
Dezember	13862	60	3929	35	5620	—	4313	25	—	—	—	—
1897												
Januar	37127	90	12372	85	10520	—	416	35	11118	70	2700	—
Februar	6622	70	6202	70	420	—	—	—	—	—	—	—
März	7817	59	6272	20	170	—	250	—	—	—	1125	39
April	40989	61	27927	16	5020	—	—	—	8021	10	21	35
Mai	14302	56	12365	81	1836	75	100	—	—	—	—	—
Juni	19911	75	13451	25	6170	—	215	50	—	—	75	—
Juli	32399	35	12822	20	3170	—	360	—	16047	15	—	—
August	53480	72	53459	67	20	—	—	—	—	—	1	05
	274521	21	181245	62	34846	75	5953	60	48210	—	4265	24[1]

274 521,21 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. August 1896 17 318,57 „
291 839,78 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf: Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1896																				
September	12631	63	367	50	670	78	3924	80	2000	—	195	—	1682	65	2000	—	1590	—	200	90
Oktober	25580	80	2822	50	314	20	5829	90	3700	—	—	—	1134	20	10300	—	1480	—	—	—
November	23746	90	980	—	20	—	4180	35	8214	—	4100	—	1122	05	—	—	3770	—	1360	50
Dezember	41490	08	885	—	262	70	3355	25	94	15	2900	—	1610	78	25610	—	6688	80	83	40
1897																				
Januar	7783	81	583	—	401	30	1021	15	500	—	3500	—	1031	26	—	—	500	—	247	10
Februar	21117	20	955	—	260	—	6304	50	5740	10	4700	—	917	60	—	—	1740	—	500	—
März	13232	67	1203	—	457	25	2988	20	—	—	5000	—	1584	22	—	—	2000	—	—	—
April	9772	06	950	—	180	—	3360	15	—	—	1900	—	1081	91	1500	—	800	—	—	—
Mai	16690	10	150	—	1636	50	2372	50	2500	—	4200	—	960	35	—	—	4836	75	34	—
Juni	15500	43	280	—	650	—	4334	50	1850	—	1000	—	1571	93	2000	—	3285	50	528	50
Juli	36237	40	1128	—	301	90	12523	25	800	—	34	—	1321	75	1000	—	19021	30	107	20
August	59310	52	15	—	227	85	9230	80	700	—	—	—	599	95	—	—	48521	92	15	—
	283093	60	10319	—[1])	5382	48	59425	35	26098	25	27529	—	14618	65[2])	42410	—	94234	27	3076	60[3])

	283 093,60 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	1 660,— Mk.
Kassenbestand am 31. August 1897	7 086,18 Mk.
	291 839,78 Mk.

Berlin, den 7. September 1897.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. Aug. Kaden. W. Klees. Erd. Dubber. Theodor Metzner. Carl Oertel. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

¹) Unter diesen Eingängen befinden sich 8625,39 Mk. für den Verkauf einer Druckerei und 267,00 Mk. Abonnements-Resteingänge vom „Sozialdemokrat".

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

¹) Unterstützungen wurden, wie üblich, nur gezahlt an Genossen oder an Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

²) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe für Bureauräume, Porto- und Telegrammgebühren, Druckkosten für Zirkuläre ꝛc., Reisekosten u. s. w.

³) In diesem Betrage sind auch die Kosten der im November v. J. in Berlin abgehaltenen Preßkonferenz enthalten.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Augsburger Volkszeitung"	Mk.	250,—
„Braunschweiger Volksfreund"	„	2 000,—[1]
Elf.-lothr. Ausgabe der Mannheimer „Volksstimme"	„	8 601,05[2]
„Fränkische Volkstribüne"	„	400,—
„Königsberger Volkstribüne"	„	1 400,—[3]
„Märkische Volksstimme"	„	1 000,—[4]
„Mitteldeutsche Sonntagszeitung"	„	500,—
„Neue Welt"	„	59 201,92[5]
„Nordwacht"	„	1 000,—
„Oberfränkische Volkszeitung"	„	150,—
„Rheinische Zeitung"	„	3 900,—[6]
„Teltower Volksblatt"	„	1 201,30[7]
„Thüringer Tribüne"	„	3 600,—
„Thüringer Volksblatt", „Thüringer Volksfreund", „Neustädter Volksblatt"	„	1 730,—
„Volksblatt für Hessen"	„	1 000,—
„Volkswacht," Breslau	„	7 000,—[8]
„Zeitzer Volksbote"	„	1 300,—[9]
	Mk.	94 234,27

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

¹) In Braunschweig sind seit Jahren unter den Parteigenossen Streitigkeiten um das Eigenthumsrecht am „Volksfreund" geführt worden, die je länger, je heftiger und häßlicher wurden. Da die Parteibewegung nicht nur in der Stadt Braunschweig, sondern auch im Lande unter diesem Zustande auf das bedenklichste litt, war der geschäftsführende Ausschuß schließlich gezwungen, einzuschreiten und das Verlagsrecht zu regeln. Zur Fortführung der Zeitung auf neuer Grundlage waren aber Zuschüsse nöthig. Außer den bereits gezahlten 2000 Mk. werden noch weitere Opfer gebracht werden müssen, ehe das Blatt sich deckt und die Folgen des jahrelangen Haders überwunden sind.

²) Unter diesem Posten befindet sich ein Betrag von 500 Mk., der noch nachträglich für die frühere elsaß-lothringische Ausgabe des Offenburger Volksfreundes gezahlt werden mußte. Im Uebrigen ist mit den elsaß-lothringischen Genossen ein Abkommen getroffen worden, nach welchem vom 1. Oktober 1897 ab nur noch ein fester Zuschuß zur Herstellung einer besonderen, dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitung für die Reichslande gezahlt wird. Die Ausgaben werden dadurch auf den vierten Theil der im Berichtsjahre ungefähr für die elsaß-lothringische Presse gezahlten Summe herabgesetzt.

³) Bei der im Berichtsjahr in Königsberg i. P. stattgefundenen Reichstagswahl ließen unsere dortigen Genossen, die infolge Saalmangels in der mündlichen Agitation sehr beschränkt waren, ihr Organ, die „Königsberger Volkstribüne", statt wie bis dahin einmal, dreimal wöchentlich erscheinen. Diese Aenderung im Erscheinungsmodus, die auch nach der Wahl bis auf Weiteres noch beibehalten wurde, war aber nur mit Hilfe eines Zuschusses aus der Zentralkasse durchzuführen. Der Ausgang der Wahl hat bewiesen, daß die der „Volkstribüne" gewährte Unterstützung gute Früchte getragen hat.

⁴) Die „Märkische Volksstimme" erscheint in diesem Jahre nur aus dem Grunde unter den subventionirten Parteiblättern, weil ihre Druckerei durch die Ueberschwemmung, von welcher die Stadt Forst i. L. betroffen wurde, schweren Schaden erlitt. Der geschäftsführende Ausschuß hielt es in diesem Falle für seine Pflicht, schnellste Hilfe zu gewähren.

⁵) Von diesem Betrage kommen 42 466,92 Mk. auf das Jahr 1896 und 16 735 Mk. auf das Jahr 1897. Im laufenden Jahre wird, wie bereits an anderer Stelle bemerkt, der Zuschuß zur „Neuen Welt" voraussichtlich noch unter der vom Gothaer Parteitag beschlossenen Höhe bleiben.

⁶) Die im vorjährigen Bericht erwähnte Vereinbarung mit den Kölner Genossen ist strikte durchgeführt worden. Die letzteren haben übrigens nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung nur einmal den vollen Zuschuß mit 1000 Mk. pro Quartal in Anspruch genommen. In den beiden folgenden Quartalen hat die „Rheinische Zeitung" nur je 800 Mk. Zuschuß erfordert.

⁷) Von diesem Betrage sind 600 Mk. noch regelmäßiger Zuschuß. Mit dem Rest von 601,30 Mk. wurden die nach dem Eingehen des Blattes noch vorhandenen Verbindlichkeiten erfüllt.

⁸) Dieser Betrag entstammt noch Verpflichtungen, welche die Parteileitung im vergangenen Jahre übernommen hatte. Im laufenden Jahre sind der „Volkswacht" weitere Zuschüsse nicht mehr bewilligt worden.

⁹) Mit dieser Summe wurden Schulden getilgt, die nach dem Eingehen des „Volksboten" noch vorhanden waren.

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Gothaer Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. September 1896 bis 31. August 1897.

Ort bezw. Kreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Aachen	—	2,65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Achim	—	5,00	—	—	—	—	—	30,00	—	—	32,00	—
Altenburg . .	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Altona	—	1500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Alt-Werthau .	—	—	—	—	—	—	—	—	11,00	—	—	—
Annen	—	—	22,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Apolda	—	—	6,70	6,90	6,00	6,00	6,00	—	4,00	—	—	—
Arnsdorf . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	2,55	—	—	—
Arnstadt . . .	—	—	—	—	—	—	—	20,00	30,00	—	—	—
Aschersleben .	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Auerbach i. V.	12,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Augsburg . .	—	—	—	20,00	20,00	—	40,00	20,00	—	20,00	20,00	20,00
Bamberg . . .	—	—	—	—	10,00	5,00	5,00	5,00	45,00	5,00	5,00	—
Bant, 2. oldenb. Wahlkreis . .	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Barmen . . .	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	100,00	100,00
Bayreuth . . .	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Bärenstein . .	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Beckum	—	—	—	—	—	—	—	—	11,46	—	—	—
Bergedorf . .	—	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Berlin I. . .	—	—	100,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—
" II. . .	—	745,04	100,00	150,00	250,00	200,00	750,00	800,00	800,00	—	1000,00	—
" III. . .	—	835,00	330,00	609,00	—	200,00	—	1330,00	300,00	—	300,00	415,00
" IV. . .	1600,00	2100,00	500,00	—	—	700,00	1500,00	1000,00	3100,00	1000,00	2000,00	—
" V. . .	—	300,00	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—
" VI. . .	—	900,00	1650,00	250,00	900,00	740,00	1760,00	2000,00	2150,00	2140,00	1600,00	—
Berlin, div. .	291,20	497,50	111,60	238,00	145,50	251,80	210,35	594,65	568,50	398,00	342,60	142,70
Bern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00
Bernburg . .	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,50	10,00
Bischofswerda .	—	—	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—
Bochum . . .	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Bramsche, 4. hann. Kreis	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—
Brandenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00	—
Braunschweig	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bremen . . .	—	500,00	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	500,00
Bremerhaven	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00	—
Breslau . . .	—	—	—	10,00	250,00	—	—	—	—	300,00	—	200,00
Breslau-Neum.	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Bruch i. W. .	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchholz . . .	—	—	—	—	—	—	2,00	—	1,50	—	—	—
Bunzlau . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70,00	—	—
Burgsteinfurt	7,10	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cassel.	100,00	—	2,25	—	—	200,00	100,00	—	200,00	100,00	—	—
Charlottenburg .	—	—	—	—	—	—	—	66,35	—	—	—	—
Chemnitz, 16. sächs. Kreis	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	1000,00
Chemnitz, div.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,10
Coblenz. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—

Ort bezw. Kreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Coburg	—	—	—	17,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Cöln-Ehrenfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Cöpenick	5,00	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—
Cotta, 6. sächs. Kreis	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cottbus	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Crefeld	—	—	2,20	10,00	—	—	—	12,21	—	10,00	—	—
Crimmitschau	—	—	—	—	201,30	—	—	—	—	300,00	—	4,00
Dabringhausen	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Döbeln	18,50	—	30,00	—	—	—	—	75,30	—	15,00	—	—
Dresden, 4. sächs. Kr.	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—
" 5. " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Dresden	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Düsseldorf	—	—	3,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Durlach	—	—	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—
Eisdorf	—	—	—	—	10,00	—	—	1,70	—	—	—	—
Eisenach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Elberfeld	—	400,00	—	—	—	—	—	—	—	—	400,00	—
Elmshorn	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eschwege	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	2,60	—
Essen	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Erfurt	—	—	—	—	—	—	—	200,00	50,00	—	100,00	50,00
Ernstthal b. Hohenst.	—	—	—	—	—	—	2,10	—	—	—	—	—
Eupen	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Falkenberg (Oberschl.)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	6,00	2,00	—	2,00	2,00	2,00
Falkenstein	—	—	—	20,00	15,30	—	5,00	—	12,70	—	4,20	—
Flensburg	30,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—	—	—	—	60,0([sic]
Forst i. L.	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankenh. a. Kyffh.	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—
1. Pfälzer Wahlkreis Frankenthal	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00
Frankfurt a. M.	300,00	200,00	10,00	—	—	9,00	—	—	—	—	—	800,00
Frankfurt a. O.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Freiburg i. B.	15,00	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Fürstenberg a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Fürstenwalde a. Sp.	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	25,00	—
Fürth	—	—	—	12,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Gebweiler i. E.	—	—	1,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Genf	—	—	—	—	—	—	—	70,00	—	—	—	—
Gera (Reuß)	500,00	—	—	—	100,00	—	—	100,00	—	200,00	50,00	50,00
Gießen	—	—	—	—	—	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Glauchau, 17. sächs. Kr.	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Görlitz	—	—	50,00	—	—	300,00	—	—	—	—	—	50,00
Gößnitz	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Göttingen	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Goldlauter	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Goslar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,30	—	—
Grabow i. M.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" a. O.	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—
Gräfrath	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	50,00	—	—
Greiz	100,00	—	50,00	—	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—
Großenhain	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Güstrow	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hadersleben	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hagen-Schwelm	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Hamburg, 2.Kr.	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Gesammtpartei	—	—	3462,95	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ div. Beiträge	173,65	50,80	292,12	174,00	31,55	196,90	36,50	160,00	171,00	290,55	90,95	141,85
Hanau Wahlkr.	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover . . .	1000,00	—	—	1000,00	—	—	1000,00	—	—	—	1000,00	2000,00
Harburg 17. hann. Kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Hartha 10. sächs. Kreis	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hastedt	—	—	—	—	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Haynau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—
Heldenbergen .	—	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hennigsdorf . .	3,62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hildesheim. . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Hof	—	—	—	—	—	—	—	—	23,15	—	15,00	—
Hohenlimburg .	—	—	—	—	13,25	—	—	—	—	—	3,00	—
Hohenwestadt .	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hostedde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,10
Jena	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Ilmenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Ingolstadt . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	10,10	—	—	—
Kiel.	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Karlsruhe . . .	—	—	—	—	20,00	20,00	—	—	—	—	—	20,00
Ladenburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—
Lägerdorf . . .	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landsberg a.W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Langensalza . .	30,00	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Lausigk	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lauterberg a.H.	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig, 12. u. 13. sächs. Kreis	—	1500,00	—	—	—	1000,00	—	—	—	500,00	—	—
„ div. Beiträge	—	—	—	6,10	—	—	—	25,00	105,00	—	—	—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—
Limbach, 16. sächs. Kreis	—	—	—	—	100,00	100,00	—	—	—	—	50,00	—
Limbach i. V. .	—	—	—	0,70	—	—	—	—	—	—	—	—
Limmer, 9. han. Kr.	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—
London	—	—	—	—	—	61,20	—	—	18,00	—	—	—
Luckenwalde . .	1,50	—	—	1,30	—	—	—	—	5,55	—	—	—
Ludwigshafen .	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Lüdenscheid . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Lüneburg. . . .	15,00	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lunzenau. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Luxemburg. . .	200,00	—	400,00	200,00	—	—	—	—	400,00	400,00	—	—
Magdeburg, Wahlkreis	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Magdeburg . .	—	—	5,55	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mannheim. . .	—	50,00	—	—	100,00	—	50,00	—	—	50,00	—	—
Marburg. . . .	—	—	—	—	2,00	—	—	20,00	10,00	10,00	10,00	—
Mariendorf . .	—	—	2,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meerane	2,35	—	—	—	—	4,00	—	10,00	—	—	—	—
Memel	—	41,40	10,00	10,00	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Mettmann, Wahlkr.	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Mittelbach . . .	—	—	—	4,65	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittweida . . .	—	—	—	32,50	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Mühlburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Mülheim a. Rh., Kr.	—	—	—	20,00	—	—	—	7,30	—	—	—	—
München, Wahlkreise	—	—	—	200,00	—	200,00	—	—	200,00	—	—	200,00
München	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	50,00	45,00	45,00	85,00	25,00	5,00
Münden	—	—	0,60	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Netzschkau	50,00	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuenburg	5,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuhaldensleben-Wolmirstedt	—	—	50,00	—	—	—	—	—	60,00	60,00	—	—
Neustadt, Oberschl.	—	2,50	—	—	—	16,00	—	—	—	—	—	—
Neuwied	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Niederbarnimer Kreis	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Niedereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,50	—
Niederschöneweide	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordhausen	10,00	—	—	—	5,00	—	5,00	5,00	—	5,00	—	—
Nürnberg	400,00	—	305,00	—	—	305,00	10,00	309,00	—	300,00	—	500,00
Oberlangenbielau	—	—	—	100,00	100,00	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00
Obertshausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,37	—	—
Oelsnitz i. V.	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Oerlinghausen	—	—	—	—	—	—	20,00	20,00	20,00	—	—	—
Offenbach, Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Offenburg i. B.	—	8,25	2,05	2,00	12,50	6,00	10,00	8,00	11,80	5,00	10,00	3,00
Oldenburg	—	45,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oppersheim	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Oranienburg	—	—	8,00	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Oschatz, 11. sächs. Kr.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Osthavelland, Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Ottensen	—	—	10,00	—	—	—	10,00	—	—	1,50	13,00	—
Paris	—	—	—	—	80,00	—	—	—	—	—	—	—
Pausa	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Penig	—	—	—	4,00	—	—	—	10,00	—	—	—	—
Pforzheim	—	10,00	—	12,00	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Plauen i. V.	—	20,00	—	23,50	—	20,00	—	20,00	—	20,00	—	—
Prenzlau	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Quedlinburg	—	—	25,00	—	—	—	—	25,00	—	—	25,00	—
Ratibor	—	—	—	—	—	—	—	—	2,20	—	—	—
Rawitsch	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Regensburg	—	—	—	—	—	—	—	10,00	10,00	10,00	—	—
Reichenbach i. V.	50,00	—	—	51,70	—	—	50,00	—	—	50,00	—	—
Remscheid	—	11,30	—	—	—	—	—	2,10	—	100,00	—	—
Reuchen	—	—	—	—	—	7,00	—	—	—	—	—	—
Richzenhain	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,15	—	—
Ronsdorf	—	20,00	50,00	20,00	—	—	—	—	20,00	—	20,00	—
Rosenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	—	—
Rostock	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—
Rotschau	3,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rudolstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Ruppin-Templiner Kr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Saarrevier	—	—	30,00	—	—	—	—	—	30,00	10,00	10,00	10,00
Sagan	—	—	10,00	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Salzungen	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schmiedeberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,25	—
Schneeberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Schwyz	—	—	—	—	—	—	12,55	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Schönebeck a. E.	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwabach	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Schwarzenbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20	—
Schwedt	—	—	—	—	—	—	—	—	18,30	—	—	—
Schweidnitz	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—
Schwelm	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwerin a. W.	2,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwerin i. M.	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Siegen	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Solingen	100,00	100,00	—	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—
Sonneberg S.-M.	—	—	10,00	10,00	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Sorau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Spremberg	—	—	—	—	—	2,80	4,00	—	—	9,00	—	—
Stettin	250,00	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Stollberg i. E.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stralau	—	—	—	—	—	—	42,60	—	—	—	—	—
Straßburg i. E.	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Strehlen	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Striegau	31,70	—	—	—	31,30	—	20,00	—	—	30,00	—	—
Stuttgart	—	—	—	10,00	10,00	—	20,00	10,00	—	10,00	10,00	10,00
Suhl i. Th.	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—
Tegel	—	—	—	—	—	—	—	3,05	—	—	—	—
Teltower Wahlkreis	—	—	—	60,00	—	—	—	—	—	—	—	250,00
Teltow	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Torgau	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	38,50	—	—
Velbert	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Verden	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—	—	—	—
Vielau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
14. sächs. Wahlkreis Bornau-Pegau	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Wanzlebener Wahlkreis	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weimar	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißenfels	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Werder a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,40	—
Wiesbadener Wahlkreis	—	—	—	—	39,85	—	—	—	—	—	—	—
Winsen a. L.	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Wolgast	—	12,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Württemberg	—	—	200,00	—	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
10. sächs. Wahlkreis Nossen-Roßwein	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Zeitz	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	100,00
Zürich	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—
Mann im Mond	—	1700,00	—	—	2500,00	—	—	—	2700,00	—	—	3300,00
Nordd. Wasserkante	—	—	3000,00	—	—	—	—	20000,00	—	—	—	42166,92
„Vorwärts"	—	13023,05	—	—	11118,70	—	—	8021,10	—	—	16047,15	—
V.-B. P. S.	—	—	—	—	5000,00	—	—	—	—	5000,00	—	—
X. Y. Z.	—	—	—	—	1200,00	—	—	—	—	—	5000,00	—
Diverse	—	0,35	1,00	3,00	25,00	—	—	304,00	2,00	—	1,50	—

Verfolgungen und Bestrafungen. Wie aus der unten folgenden Zusammenstellung ersichtlich ist, haben die erkannten Gefängnißstrafen in dem Berichtsjahr eine Höhe erreicht, die alle voraufgegangenen Jahre übertrifft. Mehr als die Hälfte der erkannten Gefängnißstrafen entfällt auf die mit den Lohnkämpfen im Zusammenhang stehenden Verurtheilungen, die in vielen Fällen, so aus Anlaß des Hamburger Hafenarbeiterausstandes, aber auch in Lübeck, Leipzig etc. recht empfindlich ausgefallen sind. Nach unserm dem Strafregister entnommenen Auszug sind wegen der aus Anlaß von Lohnkämpfen begangenen Delikte erkannt auf 70 Jahre 10 Monate 6 Wochen 3 Tage Gefängniß und 1505 Mark Geldstrafe. Davon entfällt die größere Hälfte mit 37 Jahre und 3 Wochen Gefängniß und 1418 Mark Geldstrafe auf die in Hamburg und Altona gefällten Urtheile. Nach alledem hat die Annahme gewiß Berechtigung, daß die von höchster Stelle aus ergangene Mahnung: „Schwerste Strafe Demjenigen, der seine Mitmenschen an freiwilliger Arbeit hindert," auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Im vorigen Bericht verwiesen wir auf die besondere Aufmerksamkeit deren sich unsere Preßorgane in Erfurt und Breslau seitens der Staatsanwaltschaft zu erfreuen hatten. Im abgelaufenen Berichtsjahr hat sich diese Aufmerksamkeit auf unser Organ in Halle a. S. übertragen. Ein Bier- und Mühlenboykott gab Veranlassung zu zahlreichen, meistens im Höchstmaß der angezogenen Strafbestimmung erkannten Geld- und Haftstrafen. Das Strafregister der Partei weist 64 Verurtheilungen wegen Verübung groben Unfugs auf. Daran partizipirt Halle mit 11 Fällen. Insgesammt wurden wegen Verübung groben Unfugs gegen Genossen erkannt auf 1 Jahr 7 Monate 3 Wochen und 5 Tage Haft- und 2970 Mark Geldstrafe. Hiervon entfallen auf Halle 1 Jahr 3 Wochen und 5 Tage Haftstrafe.

Seit dem die Entdeckung gemacht worden ist, daß die Strafbestimmung über die „Verübung groben Unfugs" als treffliches Mittel in der Bekämpfung sozialistischer Propaganda zu gebrauchen ist, ist im Volke die Meinung eine weit verbreitete geworden, die in dem Epigramm Ausdruck findet: „Was man nicht definiren kann, sieht man als groben Unfug an." Dem Einfluß dieser Meinung scheint der preußische Justizminister auch nachgegeben zu haben, wie ein Erlaß vom 11. Januar vermuthen läßt, der dahingeht, daß die Bestrafungen wegen Verübung groben Unfugs sich auf Handlungen oder Unterlassungen, die den Bestand der öffentlichen Ordnung stören oder gefährden, zu beschränken habe.

Die Anstrengungen, für unsere im Essener Meineidsprozeß verurtheilten Genossen ein Wiederaufnahmeverfahren herbeizuführen, sind leider erfolglos geblieben. Am 29. Januar lehnte das Essener Landgericht den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ab. Dasselbe geschah am 21. Mai seitens des Oberlandesgerichts Hamm als Berufungsinstanz. Am 17. August waren es 2 Jahre, daß Schröder, Meyer und Genossen verurtheilt wurden. Die Angehörigen Schröders hofften, daß an dem diesmaligen Jahrestag dem Gatten und Vater die im § 23 des R. St. G. vorgesehene Vergünstigung zu theil und seine Entlassung verfügt werde. Bisher ist die gehegte Hoffnung zu Schanden geworden.

Ein großer Theil der theilweise mit harten Strafen gesühnten Preßbeleidigungsprozesse ist auf falsche, den Thatsachen nicht entsprechende Berichterstattung beobachteter Vorgänge seitens der Genossen zurückzuführen.

Ein besonders eklatanter Fall hat dem Redakteur der „Reußischen Tribüne", Genossen Najook, 1 Jahr und 6 Monate Gefängniß eingetragen, wegen Lehrerbeleidigung. Der Vorgang erregte um deswillen Aufsehen, weil man das tragische Ende des Lehrers damit in Verbindung brachte, was wohl auch die Höhe des Strafmaßes beeinflußt haben dürfte.

Verurtheilungen erfolgten im:

Monat	Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
September	3	1	3	5	2297
Oktober	10	4	3	1	1300
November	3	5	3	—	5856
Dezember	11	—	4	2	1816
Januar	26	4	3	1	2516
Februar	17	6	3	4	4017
März	10	10	3	4	2400
April	15	4	—	2	1904
Mai	6	11	1	5	1615
Juni	3	9	1	3	1211
Juli	5	8	1	3	1940
August	3	10	3	6	1357
Zusammen	118	8	—	3	28229

Sprachen wir im vorjährigen Bericht unsere Genugthuung darüber aus, daß das „Gros der Verbrecher“ aus den sich häufenden Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidung nicht von unseren Parteigenossen gestellt werde, so können wir feststellen, daß von den zahlreichen in diesem Jahre erfolgten Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung auf unsere Partei nur 7 entfallen. Bei der schwierigen und gefahrvollen Thätigkeit unserer Parteigenossen werden bei größter Vorsicht solche Einzelfälle vorkommen, zumal wenn man bedenkt, daß Byzantiner- und Streberthum zu einer Blüthe entfaltet ist, die jede Konkurrenz mit gleichen voraufgegangenen Geschichtsepochen aushält.

Sind die die Genossen betroffenen Strafen auch mitunter hart, der Muth und die Ausdauer derselben wird dadurch nur gestählt. Ohne Kampf kein Sieg.



Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

10. November 1896 bis 25. Juni 1897.

Da der Reichstag im vorigen Juli nur vertagt, nicht geschlossen worden war, so blieben nach dem Wiederzusammentritt sämmtliche von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten, noch nicht erledigten Anträge in Kraft. Wir dürfen wohl davon absehen, sie an dieser Stelle zu wiederholen, nachdem wir sie im vorigen Bericht (s. Gothaer Protokoll S. 42 ff.) ausführlich wiedergegeben haben.

Ehe jedoch irgend eine unserer Forderungen nach dem üblichen parlamentarischen Geschäftsgange zur Berathung kam, hatte die Fraktion Gelegenheit, eine der kleinlichsten Bedrückungen der Arbeiter, noch dazu in ihren denkbar konservativsten Bestrebungen, durch eine Interpellation zur Sprache zu bringen.

Bekanntlich hatte derselbe sächsische Landtag, der durch seine Wahlreform die Arbeiter in der Geltendmachung ihrer Interessen nach Kräften von dem gesetzlichen parlamentarischen Wege abzudrängen versuchte, zu gleicher Zeit zu einem Schlage gegen die **Konsumvereine** ausgeholt, die dereinst vom Bürgerthum so oft als wesentlicher Bestandtheil einer friedlichen, staatserhaltenden Sozialreform gefeiert und empfohlen worden waren.

Nun ist in Parteikreisen zweifellos die mitunter bis zur offenen Bekämpfung gesteigerte Abneigung des alten orthodoxen Lassalleanismus gegenüber den Schulze-Delitzsch'schen Gründungen längst erloschen. So gut wie man durch die Erfahrungen dreier Jahrzehnte belehrt worden ist: das eherne Lohngesetz verhindere nicht, daß abnorme Preiserhöhungen der nothwendigen Lebens- und Genußmittel, etwa durch Zölle und Steuern, die Arbeiterklasse in ihrer Lebenshaltung dauernd zurückbringen können — so gut hat man auf der anderen Seite auch eingesehen, daß Preisermäßigungen der Konsumwaaren durchaus nicht mit der unabänderlichen Gewalt eines Fatums in Lohnverkürzungen umzuschlagen brauchen, sondern daß sie vielfach für die Arbeiterklasse die Möglichkeit einer reichlicheren und besseren Lebensweise schaffen, wenn auch innerhalb ziemlich enger Grenzen. Neben den Arbeitergewerkschaften, die, von sonstigen Zielen abgesehen, unmittelbar auf eine Erhöhung des Geldlohnes ausgehen, sind so vielfach die Arbeiter-Konsumgenossenschaften emporgewachsen, die den gleichen Geldlohn in mehr Nahrung, Bequemlichkeit und Genuß umzusetzen gestatten, weil sie an den todten Kosten unseres kapitalistisch-verwahrlosten und desorganisirten Kleinhandels tausendfach sparen können. Gerade wo die gewerkschaftlichen Koalitionen der Arbeiter schwach und die Geldlöhne niedrig sind, hat man mit um so größerer Zähigkeit die Konsumvereine entwickelt.

Aber so hoch man ihre Bedeutung für die Lebenshaltung des Proletariats heute schon veranschlagen mag, sozialdemokratische Parteieinrichtungen sind sie nicht und werden sie niemals sein. Wieweit sich Konsumvereine bilden und am Leben halten können, hängt nicht von der Stärke und dem Wachsthum unseres Parteilebens, sondern einfach davon ab, wie verbreitet und wie ausgeprägt das Bedürfniß nach Schutz vor der üblichen Kleinhandelsausbeutung ist. Nicht die Stellung in der Partei, sondern geschäftliche Erfahrung und Fähigkeit entscheiden über die Zusammensetzung der Leitung. Freilich werden, wie bei allen Schöpfungen der Arbeiter, Mitglieder wie Vorstände oft genug Sozialdemokraten, vielfach fast ausschließlich Sozialdemokraten sein — genau so, wie Offiziers- nnd Beamten-Waarenvereine gewöhnlich konservative Mehrheiten aufweisen werden, ohne darum konservative Parteigründungen zu sein. Andrerseits fällt der sozialdemokratischen Partei in erster Linie die Aufgabe zu, die Interessen der Arbeiterklasse auch auf diesem Gebiet gegen die heimtückische politische Niedertracht des Konkurrenzneides und gegen behördliche Uebergriffe zu vertheidigen. Wo fänden die Arbeiter Deutschlands denn auch außerhalb der Sozialdemokratie eine öffentliche Vertretung selbst ihrer friedlichsten und wenn man will: konservativsten Bestrebungen?

Als daher der sächsische Landtag in einem Antrag eine „präzipuale gewerbliche Steuer" verlangt hatte für alle Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, die in Filialen „Lebensmittel, Genußmittel, Bekleidungsgegenstände und ähnliche für den täglichen Gebrauch dienende Artikel" verkaufen, als eine Reihe sächsischer Gemeinden die Einführung einer strangulirenden Umsatzsteuer beschlossen und zu diesem unerhörten Vorgehen durch Erlasse höherer Behörden Sachsens geradezu herausgefordert wurden, da versuchte die Fraktion die Reichsregierung zu einer klaren Stellungnahme zur der Frage zu veranlassen:

> was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Maßnahmen zu thun, die eine Verletzung des § 7 Ziffer 6 der Reichsgewerbeordnung und einen Verstoß gegen Artikel II der Reichsverfassung enthalten und im Widerspruch mit dem Gesetz über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 stehen?

Die Rechtslage war, wie der Referent hervorhob, eine ganz klare. Die Reichsgewerbeordnung verbietet bekanntlich „alle Abgaben für den Betrieb eines Gewerbes," außer den an den Staat und an die Gemeinden zu entrichtenden „Gewerbesteuern". Nun mag der sächsische Bundesrathsvertreter ja glauben, daß es zulässig ist, ein bestimmtes Gewerbe mit einer Gewerbesteuer, etwa die Wirthe mit der Schanksteuer, zu belegen, diese Steuer mag auch nach den verschiedenen Betriebsgrößen abgestuft sein können — auf jeden Fall sind aber alle Betriebe derselben Stufe gleich zu stellen; die in der Gewerbeordnung verbürgte freie Konkurrenz, die Grundsätze unseres Handelsrechts verbieten es, unter zwei sonst gleichen Konkurrenten den einen schlechter zu behandeln, weil er nicht eine physische Person, sondern eine offene Handelsgesellschaft, eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft ist. Weiter mußte selbst Herr Fischer aus dem sächsischen Ministerium des Innern „ohne Weiteres zugeben, daß, wenn man auf die Konsumvereine, die unter dieses Gesetz fallen, eine so exorbitante Steuer, eine Prohibitivsteuer legen wollte, die die Fortexistenz der Konsumvereine geradezu unmöglich machen würde, dies zwar nicht dem Wort, aber wohl dem Geiste des Reichsgesetzes widersprechen würde; darüber ist gar kein Zweifel." Nun zahlten 148 sächsische Konsumvereine, die am 4. Oktober 1896 in Dresden durch Vertreter versammelt waren, bereits an Staatseinkommensteuer per Jahr rund 81 000 Mk., an Gemeindesteuern rund 109 000 Mk., an Grundsteuern rund 7000 Mk., an Beiträgen zu Handels- und Gewerbekammern 1500 Mk., an Schanksteuer

3225 Mk., im Ganzen 202 000 Mk. Setzt man diesen Steuersatz in Vergleich zu dem Reingewinn von rund drei Millionen Mark, dann zahlen die Konsumvereine 6 Prozent ihres Einkommens, d. h. ihres Reingewinns an Staats- und Gemeindesteuern, das ist genau dasselbe, was in Sachsen ein Mann von 10- bis 100 000 Mk. Einkommen alljährlich auch zu bezahlen hat. Weiter gab unser Redner folgende Berechnung und Kritik der Wirkung der geplanten Umsatzsteuer:

Bleiben wir einmal bei dem niedrigsten Satz der Umsatzsteuer, den man in Sachsen beschlossen hat (2 Prozent), und vergegenwärtigen wir uns, was das bedeutet. Nehmen wir an: wir haben einen Konsumverein, von Arbeitern und kleinen Leuten gegründet, die sich 10 000 Mark Kapital erspart haben; der Konsumverein erlangt mit Hilfe dieses Kapitals einen Waarenumsatz von 150 000 Mark per Jahr; das ist, da die Leute ihren ganzen Bedarf an Lebensbedürfnissen im Konsumverein kaufen, und obendrein die Baarzahlung eingeführt ist — ein auch moralisch außerordentlich wichtiges Moment —, wohl anzunehmen. Zwei Prozent der Umsatzsteuer sind also 3000 Mark Steuer. M. H., nehmen Sie das Vermögen für die Gründung des Geschäfts als Maßstab für die Steuer, so werden im ersten Jahr **drei Zehntel** des ganzen sauer erdarbten **Vermögens** des Konsumvereins durch die Umsatzsteuer aufgezehrt. (Hört! hört! links.) 3000 Mark Steuern von 10 000 Mark Vermögen, die die Aermsten der Armen aufgebracht haben, — das ist wahrhaftig christlich, meine Herren! Nehmen wir aber den **Gewinn** als Maßstab an, setzen wir den Fall, daß der gesammte Gewinn dieses Vereins sich im Jahre auf 10 Prozent des Umsatzes, also auf 15 000 Mark bezifferte — das trifft ungefähr zu. Ich habe hier die Statistik der 148 Konsumvereine, die eine Mitgliederzahl von 118 000 Köpfen hatten und einen Jahresumsatz von rund 28 Millionen erzielten, zu dem noch ein Umsatz mit Bäckern und Fleischern im Gesammtbetrag von 3 Millionen hinzukommt, also zusammen rund 31 Millionen Mark. Auf diesen Umsatz entfiel eine durchschnittliche Dividende von rund 3 096 000 Mark oder 10 Prozent, sodaß auf den Kopf jedes Mitgliedes der Konsumvereine durchschnittlich 26 Mark pro Jahr kamen.

M. H., schon dieser geringe Betrag, der durchschnittlich auf den Kopf fällt, sollte eine Regierung, die vorgiebt, auch eine Regierung der **Armen** zu sein — und dessen brüstet man sich ja fortgesetzt —, abhalten, eine solche Steuer auf solche Institutionen und Organisationen legen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nehmen wir also eine Summe von 15 000 Mark Gewinn an, die in dem gedachten Verein mit 150 000 Mark Umsatz gemacht wurden. Werden 2 Prozent Umsatzsteuer verlangt, so werden 3000 Mark vom Reingewinn durch die Umsatzsteuer verzehrt. Das sind **20 Prozent Einkommensteuer**, die der Konsumverein **ohne die anderen Steuern** bezahlt, die er ebenfalls an Staat und Gemeinden zu entrichten hat. (Hört! hört! links.)

Wir Sozialdemokraten haben uns in unseren **kühnsten Träumen** in Bezug auf Steuerprojekte nur dazu verstiegen, erst von einem Reineinkommen von über 1 Million Mark per Jahr 10 **Prozent** zu erheben. Aber die sächsische Regierung willigt ein, daß ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, und sei es das des kleinsten Vereins, eine Einkommensteuer von mindestens 20 Prozent erhoben werde! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

M. H., als vor einigen Jahren im **preußischen Landtag** das Einkommensteuergesetz berathen und in der zweiten Kammer der Antrag gestellt wurde, die großen Einkommen von mehr als 100 000 Mark per Jahr mindestens mit 4 **Prozent** zu besteuern, erklärte die Mehrheit, das sei nahezu eine **Konfiskation** des Einkommens; wer dies verlange, sei schlimmer als die Sozialdemokraten. . . . Also 4 Prozent ist in diesem Augenblick das Maximum dessen, was in irgend einem deutschen Staat von den **größten** Einkommen erhoben wird. Aber, m. H., hier schlägt man kalten Bluts eine Steuer vor, die 20 Prozent des Einkommens beträgt, die, wenn man 3 Prozent Umsatzsteuer erheben würde, auf 30 Prozent wächst und bei 5 Prozent volle 50 Prozent des gesammten Reineinkommens der Vereine und häufig noch mehr in Anspruch nähme. Was soll

man zu einem solchen Gewaltakt sagen? Und das geschieht von einer Regierung und von einer Kammer, die in demselben Athemzug, wo sie gegen die Arbeiterorganisationen in dieser unerhörten und skandalösen Weise vorgeht, Alles aufbietet, um das Genossenschaftswesen in der Landwirthschaft von Staatswegen zu unterstützen. (Hört! hört! links.)

Die ganze Erörterung war zweifellos der Reichsregierung höchst peinlich. Herr von Bötticher zog sich daher mit einigen nichtssagenden Redensarten, in denen er Meister war, aus der Verlegenheit und überließ die Vertheidigung der sächsischen Krähwinkeleien dem sächsischen Geheimrath Fischer, der zunächst seiner Regierung nachrühmte, daß diese dem Drängen der kleinen Krämer und Ladner anfangs tapfer Widerstand geleistet, auch manche gute Seite der Konsumvereine anerkannt habe; einige Erlasse und Kundgebungen, so die der Kreishauptmannschaft von Zwickau und des Amtshauptmanns von Chemnitz, gab er sogar offen als unzulässig preis. Dann kam jedoch das echt sächsische Andrerseits zum Ausdruck: Auswüchse an sich guter Einrichtungen müsse man bekämpfen, die sächsische Regierung erwäge zur Zeit noch, wieweit eine Sonderbesteuerung der Filialgeschäfte sich im Rahmen einer Gewerbesteuer halte und darum statthaft sei. Man solle das Ergebniß dieser Erwägungen abwarten.

Die Konservativen schwiegen; Herr v. Podbielski, heute Generalpostmeister und damals Leiter des Waarenvereins für Offiziere, war zwar ein sehr aufmerksamer Zuhörer, er hütete sich jedoch wohlweislich, entweder gegen die konservativen Beamtenvereine oder gegen die konservativen Wähler in Kleinbürgerkreisen aufzutreten. Ganz Fett und Flamme war dagegen der Antisemit Zimmermann; er wollte alle großen Waarenhäuser, gleichviel ob sie einem Rudolph Hertzog, einem Beamtenverein oder einer Arbeitergenossenschaft gehören, als „gefährliche und bedenkliche Erscheinung im Erwerbsleben" vom Erdboden vertilgen.

Am fanatischsten geberdete sich überraschender Weise der Redner des Zentrums, Herr Fuchs aus Cöln. Er brachte es im Eifer sogar fertig, Lassalle gegen die heutige Sozialdemokratie zu vertheidigen: „Ich stehe vollkommen auf dem Standpunkt Lassalles, wenn ich der Ansicht bin, daß in der Entwickelung des Konsumvereinswesens keine Hilfe für den Arbeiter zu suchen ist. Es ist dies in dem bekannten Satz vom ehernen Lohngesetz, auf welchem ja Lassalle gestanden hat, ja auch klargelegt. In Uebereinstimmung hiermit bin auch ich der Anschauung, daß die Ausgestaltung der Löhne, die Höhe derselben gewiß nicht unabhängig ist von der Höhe der Lebensmittelpreise, und, wenn es somit durch die Konsumvereine wirklich erreicht würde, was ich übrigens bezweifle, die Preise der Lebensmittel herunterzudrücken, dies auch einen entsprechenden Einfluß auf die Ausgestaltung der Löhne ganz gewiß ausüben, auch sie herabdrücken würde. Also, meine Herren, es ist mit den Konsumvereinen den Arbeitern nicht zu helfen. Und wenn ich somit hier Stellung gegen die Konsumvereine nehme, dann schützt mich Lassalle vor dem Vorwurf, daß ich damit die Arbeiterinteressen in irgend einer Weise verletzte." Das Zentrum dürfte von diesem Anhänger des allerehernsten Lohngesetzes wenig erbaut gewesen sein, desavouirte ihn aber auch nicht. Hatte doch im November 1895 das Zentrum in der bayrischen Kammer für den Antrag Lutz gestimmt, der eine strangulirende Besteuerung der „Waarenhäuser, Versandtgeschäfte, Zentralgeschäfte, Bazare und anderer Großunternehmungen" forderte; auch im preußischen Landtag waren kurz vorher Centrumsredner für den ähnlichen Antrag v. Brockhausen eingetreten. Hier, wie in anderen Fragen der Gewerbeordnung, wird diese stärkste Partei des Reichstages ihre Abhängigkeit von dem wirthschaftlich gedrückten Kleinbürgerthum, meist auch noch dem ökonomisch weniger entwickelter Distrikte, niemals los werden.

Ein positives Ergebniß hatte die Debatte nicht, weil noch keiner der sächsischen Gemeindebeschlüsse in Kraft getreten und die sächsische Regierung, wie sie behauptete, noch nicht zu irgendwelcher Zustimmung zu solchen Beschlüssen bereit war.

Die neueste Aeußerung des sächsischen Ministeriums des Innern wurde, wie üblich, erst beim Auseinandergehen des Reichstages bekannt. Die Fraktion war daher noch nicht in der Lage, dazu Stellung zu nehmen.

* * *

Eine überraschende Zurückhaltung übte ein großer Theil unserer Gegner bei der Berathung unseres **Achtstundentag-Antrages.** Früher ist bei ähnlichen Anlässen oft lediglich über gesetzlich vorgeschriebene Tagedieberei, über den Anfang zum sozialdemokratischen Zuchthausstaate und über ähnliche Erfindungen der sehr verbreiteten Klasse der politisch nicht Zurechnungsfähigen gegeifert worden. Diesmal bemühte man sich geflissentlich, sachlich zu bleiben, obwohl der sozialdemokratische Antrag rundweg den gesetzlichen Achtstundentag für „alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß im Gewerbe-, Handels- und Verkehrswesen" stehenden Personen forderte.

Freilich, die Wahlen stehen vor der Thür. Doch das reicht zur Erklärung der überraschend eingehenden Erörterung unserer Forderung nicht aus. Die Diskussion hat vielmehr gezeigt, daß vor der stetig fortschreitenden wirthschaftlichen Entwickelung die festesten Vorurtheile nicht Stand halten, und daß diese Entwickelung sich in unseren Tagen so rasch vollzieht, daß binnen weniger Jahre Fragen in den Kreis praktischer politischer Erwägungen einrücken, die vordem lediglich ein Gegenstand nebelhafter Schwärmerei oder einer „gewissenlosen Verhetzuug" schienen und die man darum früher mit ein paar Schlagworten genügend erledigt glaubte. Die immer umfassendere Abkürzung der Arbeitszeit in den Großindustrien Deutschlands, besonders aber Englands, hat einen wesentlichen Umschwung in den Anschauungen der fortgeschritteneren bürgerlichen Elemente hervorgerufen. Auf der anderen Seite allerdings: je mehr man den Achtstundentag als das unabänderlich Kommende fürchten lernt, desto stärker bäumt sich auch das gefährdete Profitinteresse auf.

Herr v. Stumm war wie immer der Hauptvertreter dieser einseitigsten Unternehmerbefürchtungen. Nach ihm ist die freie Zeit für den Arbeiter überhaupt vom Uebel, besonders jedoch für den deutschen, der sich dann umsomehr in den Vereinen herumtreibt und so seinen „Ausgabe-Etat auf das Aeußerste erhöht". (Lebhafter Beifall.) Außerdem gebe der deutsche Arbeiter und seine Frau viel zu viel in Vergnügnngen, Spirituosen und Putz aus: selbst durch Prämien sei er nicht zu größerem Fleischkonsum zu veranlassen; „er läßt das Fleisch, selbst wenn man es ihm umsonst giebt, stehen." Darum könne er nie so viel leisten wie der Engländer und auch nie eine englische Arbeitszeit beanspruchen. Schließlich, um der Komik seiner Ausführungen die Krone aufzusetzen, appellirte derselbe Herr Stumm, der täglich nach Ausnahmegesetzen gegen die organisirte Arbeiterklasse schreit, der seinen eigenen Arbeitern die erlaubten Zeitungen und Einkaufsläden vorschreibt, der seine Untergebenen nur mit seiner Erlaubniß heirathen läßt, an das „freie Selbstbestimmungsrecht des erwachsenen Arbeiters", an die „Gleichberechtigung, an die er von Gott und Rechts wegen Anspruch hat in Deutschland". „Sie suchen durch diesen Antrag den Arbeiter in eine Knechtschaft hineinzuzwingen, die toller und schlimmer ist, als sie der schlimmste Arbeitgeber jemals hätte ersinnen können". (Lebhaftes Bravo rechts.) Als ihm dieses Pulver ausging, warf Herr Stumm noch einige aus den schmutzigsten Zeitungswinkeln aufgelesene übelriechende Aepfel gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

Selbst der nationalliberale Redner Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim vermochte diese tollen Bocksprünge nicht mitzumachen. Herr v. Heyl liebt es sonst, sich etwas auf den Sozialreformer hinauszuspielen; seine Mittel erlauben ihm das. Daß in dieser Richtung aber gar kein Verlaß auf ihn ist, bewiesen seine ganz unangebrachten Denunziationen gegen die christlich-sozialen „Professoren und Geistliche", die doch wahrhaftig zahm genug sind, und sein Betonen der „Lasten" unserer Industrie. Herr v. Heyl hat ähnliche Erfahrungen gemacht wie Frhr. v. Stumm, daß nämlich eine „Abkürzung der Arbeitszeit, auch wenn die Arbeiter selbst es wünschen, von den Frauen derselben durchaus abgelehnt wird", und daß blos „die Wirthschaften sich vermehren". Schließlich wünschte Herr v. Heyl höchstens eine strengere Handhabung der bestehenden Gewerbeordnung, Enqueten und — einen neuen Schutzzoll-Maximaltarif. Es liegt uns fern, selbst nach dieser Leistung Herrn v. Heyl mit Herrn v. Stumm auf eine Stufe zu stellen. Aber wenn man einen staatlichen Schutz für das starke deutsche Kapital in demselben Athem fordert, in dem man einen gesetzlichen Schutz für die ökonomisch Schwachen ablehnt, so beweist das zum Mindesten, daß ein Millionär schwer aus seiner Haut heraus kann. Und daß ein solcher Redner von den Nationalliberalen vorgeschickt wurde, weil er in ihren Kreisen noch als der sachverständigste Sozialpolitiker gilt, läßt auf die Durchschnittsanschauungen in dieser Partei ungefähr einen Schluß zu.

Die Konservativen wußten wenigstens, was sie wollten. Der Abgeordnete v. Puttkamer-Plauth mußte freilich zugestehen, daß dereinst, Ende der sechziger Jahre, namhafte Konservative einen Antrag auf gesetzliche Festlegung eines Normalarbeitstages gestellt hatten: „nun, das sind über dreißig Jahre her, seitdem hat sich Manches in der Welt geändert". Heute leisten solche Anträge „der Revolution Vorschub", und heute will kein Puttkamer „den Arbeiter unter Polizeiaufsicht stellen": „Sie wollen durch eine gesetzliche Maßregel die freie Ausnutzung der Arbeitskraft beschränken; das ist doch schließlich weiter nichts wie eine Vermögenskonfiskation". — Herr v. Kardorff warnte in ähnlicher Weise vor dem „Weg der Revolution", um zum Abschied ein Gesetz zu verlangen, das drakonische Strafen verhängt, wenn es streikenden Arbeitern von den anderen Streikenden erschwert wird, zur Arbeit zurückzukehren. Dieser Plan des giftigsten Gegners der kaiserlichen Erlasse von 1890 hat ja seitdem selbst unter den Urhebern dieser Erlasse Schule gemacht.

Die Antisemiten waren in einer schlimmen Lage. Als Gegner des Großkapitals gönnen sie diesem eine Einschränkung seiner Ausbeutungsfreiheit; als Erwählte des kleinen Mannes fürchten sie die Rückwirkungen auf das Kleingewerbe, das so oft nur von maßloser Arbeitszeit lebt. Herr Bindewald wie Herr Förster zappelten sich an diesem Widerspruch ab, um natürlich am Ende sich gegen den gesetzlichen Maximalarbeitstag zu wenden. Herr Förster meinte selbst nach den letzten bitteren Erfahrungen noch in aller Harmlosigkeit: „Auch was die Bäckereiverordnung anbetrifft, so glaube ich wohl, daß die Meister untereinander die Sache besser regeln würden, als wenn man ihnen so vom grünen Tisch aus in ihre eigenen Angelegenheiten hineinredet. Die Handwerksmeister würden — mag man es immerhin so nennen — nach mittelalterlichem Vorbild, nach dem Vorbild der alten Zunftzeit, mit dem Ausschuß der Gesellen Hand in Hand vorgehen und diese Dinge feststellen müssen". Erstens bestehen diese Zünfte noch lange nicht, zweitens wollen die Meister keine wirklich unabhängigen Gehilfenausschüsse neben sich dulden, und drittens wollen die Arbeiter keine Böcke zu Gärtnern einsetzen.

Die Freisinnigen konnten auch bei diesem Anlaß die alten manchesterlichen Eierschalen nicht ganz abstoßen, obwohl doch heute selbst freisinnige Arbeiter, wie die in den Hirsch'schen Gewerkvereinen, in Petitionen für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit eintreten. Der Abg. Dr. Schneider fürchtete

als Konsequenz ein Sinken des Lohnes oder eine Zunahme der Frauenarbeit. Er war jedoch andererseits ehrlich genug, als Vorbedingung des „freien" Lohnkampfes auch das freieste Koalitionsrecht und die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine zu verlangen. — Aehnlich lauteten die Ausführungen des wilden Abg. Rösicke; mehr mit einem Stich in das Staatssozialistische sprach der Abg. Hüpeden.

Die süddeutsche Volkspartei vertrat hingegen durch den Abg. Galler den gesetzlichen Zehnstundentag als Programmpunkt. Der Redner fügte sogar hinzu, er persönlich halte den achtstündigen Arbeitstag für den Normalarbeitstag der Zukunft.

Das Zentrum war bei der ganzen Verhandlung entscheidend und seine Haltung war einmal schwächlich und selbst in der schwächlichen Zurückhaltung noch zweideutig. Abg. Hitze billigte wenigstens in der Theorie alle Gründe für die Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages: „Ich für meine Person bin überzeugt, daß wir heute ganz gut den zehnstündigen Arbeitstag einführen könnten, ohne jede Schädigung der Industrie." Auch der Achtstundentag wäre „kein Prinzip, keine sozialdemokratische Forderung; er ist eine Frage nüchterner, praktischer Erwägungen". Dann rückte aber der neugewählte Freiherr v. Hertling ins Gefecht und verfocht die alte kirchlich-manchesterliche Richtung: „Wenn es sogar erwiesen wäre, daß eine solche Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter in den gewerblichen Betrieben überall die erwünschten Folgen hätte, wenn es erwiesen wäre, daß alle industriellen Betriebe sich diese Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schädigung gefallen lassen könnten, so würde für mich dennoch die große Frage übrig bleiben, ob für die allgemeine Staatsgesetzgebung, die die Interessen aller Stände gleichmäßig zu berücksichtigen hat, ein Eingehen auf den sozialdemokratischen Antrag zweckmäßig wäre". Allerdings trat Herr v. Hertling wenigstens für das freieste Koalitionsrecht der Arbeiter ein und er hatte den ersten Antrag Hitze mitunterschrieben, der unter Berufung auf die kaiserlichen Februarerlasse dahin ging:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, thunlichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Fabriken auf höchstens dreiundsechzig Stunden wöchentlich vorzulegen.

Die Schwächlichkeit dieses Antrages liegt auf der Hand, aber das Plaidoyer des Herrn v. Hertling lief viel mehr auf Ablehnung desselben und auf Unterstützung des zweiten Zentrums-Antrages hinaus:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. Erhebungen — insbesondere unter Befragung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, der Krankenkassen-Vorstände und -Aerzte, sowie durch Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditäts-Anstalten — darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird;
2. auf Grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120e, Absatz 3, der Gewerbeordnung durch entsprechende Verordnungen die Arbeitszeit zu regeln.

Die Abstimmung verlief auch dementsprechend. Der sozialdemokratische Antrag war aussichtslos; der erste Zentrumsantrag fiel, für den zweiten konnte selbst Herr v. Stumm sich erheben, denn er enthält nichts, was nicht schon in der Gewerbeordnung steht und was der arbeitsstatistischen Kommission des Reiches nicht schon als Aufgabe zuertheilt wäre.

Die Regierung hatte bezeichnender Weise während der ganzen dreitägigen Debatte geschwiegen. Nur die Sozialdemokraten traten energisch für eine der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart ein.

• • •

Bemerkenswerth war die Stellung der Parteien auch bei Berathung unseres Antrages auf Aufhebung der **Majestätsbeleidigungs**paragraphen.

Vorher jedoch eine Bemerkung!

Herr v. Stumm log am 24. Juni 1897 dem preußischen Herrenhause vor, „die Bebel und Konsorten hätten die Frechheit gehabt, im Reichstage zu beantragen, daß die Bestrafung von Majestätsbeleidigungen aufgehoben werden soll." Das sei „eine Dreistigkeit, die jedes glaubliche Maß übersteigt." Ueber den Ton streiten wir nicht, er mag dem Herrenhause, besonders an dem berühmten „Lausbubentag" durchaus angemessen gewesen sein. Für so unwissend halten wir jedoch das Herrenhaus nicht, daß es die inhaltlichen Unwahrheiten des Scharfmachers für baare Münze hätte nehmen können. Herr v. Stumm war allerdings, als es zum Treffen kam, im Reichstage verduftet; das strikte Gegentheil von einem homerischen Helden schimpft er nun, nachdem der Männerkampf vorbei ist. Daß jedoch gar kein Anlaß zum Schimpfen vorlag, hätten ihm die Reichstagsreden der Nationalliberalen und des Zentrums und die — andächtigen Gesichter zeigen können, mit denen die Konservativen dem Gange der Verhandlungen folgten und die auch nicht eine Spur von Entrüstung verriethen, geschweige denn, daß irgend ein Laut der Empörung über ihre Lippen gekommen wäre. Schrieb doch nach der Vereinsgesetzdebatte, in welcher die Person des Monarchen eine viel größere Rolle spielte — „die Rede des Abg. Richter triefte von Majestätsbeleidigungen", äußerte unser Biedermann aus Saarabien, natürlich wiederum hinterher im Herrenhause, während er im Reichstage sich abermals außer Schußweite hielt — das offizielle Organ des Bundes der Landwirthe: „Im Reichstage sind auf freisinniger Seite Klänge angeschlagen worden, die wir gern aus anderm Munde vernommen hätten. Vieles von dem, was gesagt wurde, war der Ausdruck einer mächtig anschwellenden Volksstimmung, die weit über die Kreise der „bösen Nörgler" und „Demagogen" hinausgreift."

Doch um auf den sozialdemokratischen Antrag zurückzukommen, so nimmt er den fürstlichen Personen keineswegs jeden Schutz gegen Beleidigungen, sondern er läßt ihnen denselben Schutz, den jeder andere Staatsbürger auch in Anspruch nehmen darf; die Handhabung der Strafgesetze durch unsere Richter würde sogar noch immer zu verhältnißmäßig schärferer Beurtheilung führen, wenn der Beleidigte sich in höherer Stellung befindet. Wie hat man in Sachsen die Beleidigung eines Schützenkönigs und Stadtrathes schon büßen müssen; wie leicht wird dagegen gewöhnlich die Ehre eines Arbeiters befunden! Doch würde es bei ferneren Klagen stets eines Antrages des Beleidigten bedürfen, während jetzt der Staatsanwalt auf jede Denunziation hin in Thätigkeit treten muß; die Wahrung berechtigter Interessen (§ 193) würde später geltend gemacht werden können, während sie jetzt bei Majestätsbeleidigungen stets wegfällt. Der sozialdemokratische Antrag will also nur den unerhörten Zustand beseitigen, daß ein Monarch fortgesetzt durch Angriffe auf einzelne Personen, ganze Parteien und parlamentarische Mehrheiten zu Gegenäußerungen geradezu herausfordert, aus denen dann strebsame Staatsanwälte immer und immer wieder, auch bei mildester und vorsichtigster Ausdrucksweise, den Strick zu einem Majestätsbeleidigungsprozeß zu drehen versuchen. Unser Redner äußerte hierzu mit Recht:

„Im Jahre 1889 hieß es aus fürstlichem Mund:

Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.

M. H., das ist eine Auffassung, die weit verbreitet ist, sie wird uns alle Tage vorgeworfen; neuerdings freilich gehören auch noch andere Leute zu den Vaterlandsfeinden (sehr richtig! und Heiterkeit links), oder zu den

vaterlandslosen Gesellen, was ungefähr auf dasselbe hinauskommt. Das ist eine beleidigende Aeußerung, die wir alle Tage von unseren Feinden hören. Aber wir wehren uns auch gegen diese Feinde, die uns das sagen, und damit sind wir zufrieden. Wir sind die Letzten, die Jemandem die Freiheit, seine Meinung zu äußern, sei sie uns noch so unangenehm und unbequem, wehren wollen. M. H., daß wir unsere Feinde nicht fürchten, dafür sind Sie die lebendigen Zeugen. Noch nie ist eine Verhandlung in diesem Hause gewesen, die sich gegen uns richtete, wo nicht die Sozialdemokratie ihren Mann gestellt hätte und allezeit stellen wird. Daß wir also unseren Mann zu stellen im Stande sind und uns nicht fürchten, auch da, wo die große Mehrheit gegen uns ist, haben wir bewiesen; aber wir verlangen dennoch, daß, wenn man uns attackirt und uns Beleidigungen ins Angesicht schleudert, wir auch das einfachste und natürlichste Menschenrecht haben, auf diese Beleidigungen die entsprechende Antwort zu geben. Das ist einfach selbstverständlich, aber heute nicht möglich.

Dazu tritt heute die scheußliche Erscheinung, daß elendeste, niedrigste Rachsucht irgend welche unüberlegte Aeußerung aufgreift, nur um eine verhaßte Person ins Unglück zu stürzen. Selbst der preußische Justizminister hat dies als einen Krebsschaden anerkannt, aber die Staatsanwälte dürfen theils solche Eingaben nicht ohne Folgen lassen, theils treibt sie ihre Gesinnung und ihre Abhängigkeit geradezu zu möglichst schneidigem Vorgehen. Schließlich hat die Heranziehung des dolus eventualis — wie im Falle Liebknecht, aber auch gegenüber Verlegern und Druckern — dem Begriff der Majestätsbeleidigung eine Tragweite gegeben, die früher Niemand geahnt oder gar gewollt hätte.

Es war charakteristisch, daß die Redner aller Parteien die Unwürdigkeit und Unhaltbarkeit der jetzt bestehenden Zustände anerkannten. Selbst der Nationalliberale Dr. Friedberg gestand ein, „daß über die Handhabung der betreffenden strafrechtlichen Bestimmungen durch die Staatsanwaltschaft allerdings in unserer Bevölkerung lebhafte Klagen bestehen. Es kann dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß vielfach Majestätsbeleidigungen, die geradezu auf Quisquilien beruhen, vor das Forum der Gerichte gezogen werden, und ich glaube, daß eine eventuelle Reform nach dieser Richtung hin sehr zweckmäßig und wünschenswerth für unsere gesammte Strafrechtspflege sein würde. Auch ich möchte mich dafür erklären, daß bei Einleitung der Majestätsbeleidigungsprozesse die vorherige Genehmigung einer höheren Instanz als maßgebend erachtet wird."

Nur die Konservativen — die Freikonservativen schwiegen — hielten die bestehenden Zustände für erträglich, höchstens die Nothwendigkeit vorheriger Genehmigung zur Erhebung von Anklagen wollten sie zugestehen. Ja, die Duellpartei ging sogar soweit zu behaupten, wenn ein Gesetz häufiger wie früher übertreten werde, müsse man es verschärfen.

Der Abg. Richter kündigte an, daß bei fortgesetzten Angriffen gegen den Reichstag zu untersuchen sein würde, „ob die bisherige parlamentarische, Praxis, Aeußerungen der Krone, die nicht gedeckt werden durch den Minister, wenn sie sich auf die Rechte des Reichstags und den Reichstag selbst beziehen, nicht zur Verhandlung zu stellen, unter den obwaltenden Verhältnissen noch länger aufrecht erhalten werden kann. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß, wenn der Reichstag dazu übergeht, eine solche Aeußerung zur Diskussion zu stellen, dann die alte gute Sitte unter den fürstlichen Personen ausnahmslos alsbald wieder sich einbürgern wird, in öffentlichen Angelegenheiten, in Bezug auf andere gesetzgebende Körperschaften keine Aeußerungen zu thun, als unter der Verantwortlichkeit von den betreffenden Ministern."

Für die glatte Aufhebung der Majestätsbeleidigungsparagraphen erklärte sich außer der Sozialdemokratie keine Partei. Der freisinnige Antrag auf

Ueberweisung an eine Kommission fiel ebenfalls. Immerhin waren die Erörterungen für die Regierung eine sehr verständliche Warnung, daß sie sich auf dem betretenen Wege sehr bald in vollständiger Vereinsamung befinden werde.

* * *

Noch viel entschiedener und wirksamer klang diese Warnung aus den Verhandlungen über die **Vereinsgesetzgebung** heraus. An diesem Tage war die Niederlage der Regierung eine so vollständige und vernichtende, daß später — wie üblich: nach Schluß des Reichstages — ein Ministerwechsel daraus entstand. Freilich, eine Niederlage der Regierung ist in Deutschland noch kein Sieg des Willens der parlamentarischen Mehrheit.

Die Einbringung des reaktionären Vereinsgesetzentwurfes im preußischen Landtag am 12. Mai veranlaßte die Vertreter der Sozialdemokratie, der süddeutschen und der freisinnigen Volkspartei, des Zentrums, der Polen und der Antisemiten, sofort das alte, im Vorjahre bereits in drei Lesungen angenommene Nothvereinsgesetz zu wiederholen:

Einziger Artikel.

Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Die erste und zweite Berathung erfolgten am 18., die dritte am 20. Mai. Die namentliche Abstimmung ergab 207 Stimmen dafür und nur 53 dagegen, bei einer Stimmenthaltung. Auch die Nationalliberalen stimmten einmüthig mit der Majorität, obwohl sie vorher die Unterstützung des Antrages „aus taktischen Erwägungen" abgelehnt hatten.

Der Aerger bei den Parteien, die im Vorjahre der Zusicherung des Reichskanzlers Glauben geschenkt hatten, war ein um so allgemeinerer, als die Sozialdemokratie sich darauf berufen konnte, zu rechter Zeit gewarnt zu haben, wie der Reichstag noch seine Trümpfe in den Händen hatte. Der Abg. Lieber, den das Hauptverschulden an der unzeitgemäßen Nachgiebigkeit des Reichstages traf, äußerste sich sehr unwirsch:

Es blieb uns nichts anderes übrig, als unseren nachdrücklichsten Widerspruch gegen diesen Versuch, ein hier im Reichstag gegebenes Versprechen in Preußen einzulösen, durch die einfache Wiederholung des damaligen Antrags zum unzweideutigsten Ausdrucke zu bringen. (Sehr richtig!) Das ist keine Demonstration, sondern das ist — gestatten Sie mir diesen hartklingenden Ausdruck — die einfachste Nothwehr . .

M. H., ich komme auf diejenigen Verhandlungen im Augenblicke nicht zurück, die zur Abgabe dieses Versprechens führten gelegentlich der Berathung der Anträge Ancker und Auer über den Erlaß eines Reichsvereinsgesetzes. Dagegen habe ich meinerseits mit allem Nachdrucke zu betonen dasjenige Versprechen, welches uns gelegentlich der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches am 27. Juni 1896 seitens des Herrn Reichskanzlers hier gegeben worden ist.

Wie war damals die Lage? Es handelte sich um die Frage, ob eine solche Bestimmung in das bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen, ob dadurch die verbündeten Regierungen vor die Frage gestellt werden sollten, entweder mit dem ganzen bürgerlichen Gesetzbuch auch diese Bestimmung zu schlucken, oder aber um dieser Bestimmung willen das größte nationale Werk, welches jemals den Reichstag beschäftigt hat, scheitern zu lassen. (Unruhe rechts. Sehr richtig! in der Mitte und links.) In dieser Lage wurde uns vom Herrn Reichskanzler das oft bezogene Versprechen abgegeben . .

Welchen Werth sollen unter geraden ehrlichen Männern solche in feierlicher Stunde abgegebene Zusagen noch haben, wenn sie an solchen juristischen Spitzfindigkeiten zu Bruche gehen sollen. (Lebhaftes Bravo! und sehr richtig! in der Mitte und links.) Ich kann die redliche Versicherung abgeben, daß meine politischen Freunde, dem Versprechen des Herrn Reichskanzlers vertrauend, vertrauend trotz aller Warnungen von sozialdemokratischer Seite (Zustimmung links), darauf verzichtet haben, entsprechende Bestimmungen in das bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen, und daß wir in unserem guten Rechte sind,

die **blanke Einlösung** des so von uns verstandenen Versprechens nunmehr zu **fordern**. (Sehr wahr! in der Mitte und links.) Daß wir diese Forderung erheben in dem nämlichen Augenblick, Schlag auf Schlag und Zug um Zug, in welchem die Königlich preußische Regierung den Versuch macht, der Einlösung dieses Versprechens in ihrer Art mit „Verbesserungen" im Sinne des Herrn Staatssekretärs von Boetticher zu verbrämen, darüber sollte man sich billigerweise nicht wundern, und man sollte auch unserer Ueberzeugung nach nicht über „Demonstrationen" schreien."

Herr v. **Stumm** erklärte das freilich im Herrenhause für „einfache Heuchelei".

* * *

Einer der ersten vorjährigen Anträge der Reichstagsfraktion ging dahin:
Der Reichstag wolle beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch sämmtliche **landesgesetzlichen Sonderbestimmungen** über die Rechtsverhältnisse der **land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und des Gesindes** zu ihren Arbeitgebern beziehungsweise zu ihrer Dienstherrschaft **aufgehoben** werden und an deren Stelle die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung treten.

Die rechtliche Stellung unseres Gesindes ist bekannt. Einmal — führte unser Redner aus — enthalten fast alle Gesindeordnungen mehr oder weniger klar die Vorschrift, daß das Gesinde sklavenähnlich zur Befolgung aller Befehle, die die Herrschaft ertheilt, verpflichtet sei. Es ist dann die besondere Ausnahmebestimmung in fast allen Gesindeordnungen enthalten, daß man Scheltworte und Züchtigungen der Herrschaft widerspruchslos, ja, einige Gesindeordnungen sagen sogar: mit Ehrerbietung und Bescheidenheit, über sich ergehen lassen müsse. Auch da, wo solches Züchtigungsrecht nicht ausdrücklich festgelegt ist, wie in der Rheinprovinz, in Frankfurt a. M., Anhalt, Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Hamburg, Hessen und auf dem platten Lande in Mecklenburg, ist hier und da durch die Rechtsprechung ein Züchtigungsrecht eingeführt. Das Bürgerliche Gesetzbuch beseitigt das zwar von 1900 an, ändert aber nichts Wesentliches, weil das Gesinde trotz der Prügel den Dienst nicht verlassen darf. Es ist eine weitere ausnahmerechtliche Bestimmung in den meisten Gesindeordnungen, daß Strafen gegenüber dem Gesinde deswegen erkannt werden können, weil es seine privatrechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllt habe der Herrschaft gegenüber. Umgekehrt besteht ein Recht, die Herrschaft deshalb zu bestrafen, weil sie ihre privatrechtlichen Verpflichtungen dem Gesinde gegenüber nicht erfüllt habe, nicht. Besonders ausnahmerechtlich ist ferner, daß Gesindedienstbücher geführt werden müssen, und daß da Führungsatteste allerlei Art hineinkommen dürfen.

Weiter wäre zu erwähnen, daß die Kündigungspflichten nicht gleich sind, daß die Kündigungsgründe mannigfaltig der Herrschaft gegeben sind, daß dem Gesinde aber in ganz seltenen Fällen das Recht gegeben ist, seinen Dienst vor der Zeit verlassen zu dürfen, daß der ländliche Arbeiter, wie man etwa ein entlaufenes Stück Vieh zurückbringt, zurückgebracht werden darf seitens der Polizei zur Herrschaft. Am Wesentlichsten erscheint aber, daß endlich aufgehoben werden die Bestimmungen, welche die **Koalition** der ländlichen Arbeiter **hindern**. In dem größten Theile Deutschlands, insbesondere in dem Musterpreußen, wird das Gesinde durch strenge Strafandrohungen gehindert, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen, seine Lebenshaltung durch Zusammenschluß mit seinen Arbeitsgenossen, mit seinen Leidensgenossen zu verbessern. Nach der Richtung hin besteht das bekannte preußische Gesetz von 1854, daß mit Gefängniß bis zu einem Jahre droht, wenn mehrere ländliche Arbeiter sich zusammenthun, sich vereinigen und öffentlich auffordern zur Niederlegung der Arbeit oder zum Zusammenschluß behufs Erlangung höherer, besserer Arbeitsbedingungen.

Nun wird immer geltend gemacht, wir müßten ein besonderes Gesinderecht haben. „Ja — frug unser Redner — wo haben Sie denn die feste Grenzlinie, wer zum Gesinde gehört, und wer nicht? Sehen Sie doch die großen Hotels, wo Dienstboten beschäftigt werden als Köchinnen, Stubenmädchen u. s. w., die doch in den Gewerbebetrieben beschäftigt sind, die sind heute der Gesindeordnung unterstellt und würden auch der Reichsgesindeordnung unterstehen. Es laufen in vielen Fällen Hausdienst und Gewerbedienst so eng nebeneinander, daß eine Trennung undurchführbar ist. Nun erst bei den landwirthschaftlichen Betrieben, die einen gewerblichen Nebenbetrieb haben, bei den Zuckerfabriken, Brennereien u. s. w., da finden wir, daß diejenigen Bestimmungen, die für landwirthschaftliche Arbeiter gelten, auch auf diese gewerblichen Arbeiter Anwendung finden. Daraus geht zur Genüge hervor, daß gerade in diesen Fällen ein dringendes Bedürfniß vorliegt, die bis jetzt bestehenden Gesetze zu beseitigen, einfach auch diesen Arbeitern das Koalitionsrecht einzuräumen, zumal es gerade die Arbeitgeber sind — speziell in der Provinz Sachsen ist es der Fall —, die, obwohl sie wissen, daß es den Arbeitern verboten ist, von dem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, gerade das Koalitionsrecht gegen die Arbeiter benutzen. Dort haben wir das sonderbare Schauspiel, daß die Zuckerfabrikanten sich zusammenthun und Koalitionen gegen die Arbeiter gründen und eine durch das Gesetz gegebene Waffe benutzen, wofür die Arbeiter, wenn sie sich derselben Waffe bedienen, sich Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre zuziehen würden."

Die Freisinnigen erkannten die Unhaltbarkeit des bestehenden Rechtszustandes an und brachten das in dem unten abgedruckten Antrag Lenzmann zum Ausdruck. Das Zentrum suchte etwas abzuwiegeln, betonte jedoch durch den Abg. Bachem auch die Reformbedürftigkeit der Gesindeordnungen.

Ganz ablehnend verhielten sich die Konservativen. Ihr Redner, der Pastor Schall, verstieg sich sogar zu Behauptungen wie die folgenden: „Diejenigen, die heute eine dominirende, ja oft tyrannisirende Stellung einnehmen, sind vielfach nicht die Herrschaften, sondern sind vielfach die Dienstboten (sehr richtig! rechts und in der Mitte), ich kann auch sagen: die Arbeiter gegen ihre Herren. Wer da Anderes behauptet, kennt die thatsächlichen Verhältnisse nicht. Ich könnte Ihnen aus meinen Erfahrungen und aus meinem Kreise eine Menge von Fällen nennen, wo nicht der Herr der Züchtigende gewesen ist, sondern wo es der Dienstbote gewesen, der sich an seinem Herrn vergriffen hat. (Heiterkeit links.) In einem Nachbarort meiner Gemeinde ist es erst kürzlich vorgekommen, daß ein Knecht seinen Bauer — soviel ich weiß, ohne alle Veranlassung — geschlagen hat. Das hat den Mann veranlaßt, unmittelbar nachher sein Gehöft zu verkaufen, weil er sagt: unter solchen Umständen will ich nicht länger Besitzer sein."

Unser Antrag wurde schließlich abgelehnt, dagegen folgender Antrag Lenzmann angenommen:

> die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Rechtsverhältnisse zwischen den land- und forstwirthschaftlichen Arbeitern sowie dem Gesinde einerseits und deren Arbeitgebern anderseits reichsgesetzlich geregelt werden.

Dieser Beschluß entsprach im Wesentlichen einer am 11. Dezember 1896 bereits gebilligten Resolution zum Bürgerlichen Gesetzbuch:

> es werde die Erwartung ausgesprochen, daß . . 2. die Verträge, durch welche sich Jemand verpflichtet, einen Theil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirthschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines Anderen gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden ..... für das Deutsche Reich baldthunlichst einheitlich geregelt werden.

* * *

Gegen die **Bäckerei-Verordnung** liefen die Konservativen abermals Sturm. Ihren vorjährigen Antrag, die Verordnung „nicht in Wirksamkeit treten zu lassen", hatten sie jetzt dahin „berichtigt", die Vorschriften „abzuändern".

Ihr Redner, der Graf Stolberg-Wernigerode, machte sich die Begründung sehr leicht. Er bedauerte es „auf das Lebhafteste, daß man gerade mit einem Handwerk begonnen hat, während es doch unsere Aufgabe ist, gerade das Handwerk zu schonen; dann aber werden in diesem Handwerk wiederum die mittleren Betriebe geschädigt, und gerade diese wollen wir doch schützen und stärken . . Schließlich aber — und diesen Punkt halte ich für den wichtigsten — bestand gerade in dem Bäckereigewerbe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ein patriarchalisches Verhältniß, so wie es leider heutzutage nicht mehr in allen Gewerben vorhanden ist, und durch diese Verordnung ist gerade das patriarchalische Verhältniß gestört worden, und das — ich leugne es nicht — ist für mich der Hauptgrund gewesen, die Einführung der Verordnung zu bedauern." Was nun die Art der Abänderung anlange, so werde dieselbe hauptsächlich in drei Punkten bestehen müssen. „Einmal haben wir den Wunsch, daß die Stundenzahl, die hier pro Tag angerechnet wird, pro Woche angerechnet werden möge. Zweitens haben wir den Wunsch, daß diese Bäckerei-Verordnung beschränkt werde auf die großen Städte . . Drittens endlich haben wir den Wunsch, daß auch in den großen Städten die Bäckerei-Verordnung beschränkt werde auf die großen Betriebe, d. h. auf diejenigen Betriebe, die so groß sind, daß sie thatsächlich diesen Anforderungen entsprechen können, ohne darunter zu leiden." Da bliebe nun freilich von der ganzen Verordnung nichts mehr übrig.

Der eigentliche Wortführer gegen das bischen Sozialreform war jedoch auch hier König Stumm. Einmal verabscheut der Heirathskonsensertheiler und Freund aller Ausnahmegesetze gegen Arbeiter auch hier tiefinnerlich alle Polizeieingriffe. Das konnten wir schon beim Achtstundentag feststellen. Hier kam es gleich biedermännisch zum Ausdruck: „M. H., ich bin doch der Ansicht, daß wir auf dem gefährlichen Boden nicht zu weit gehen dürfen, die Polizei in alle möglichen Dinge hineinreden zu lassen (sehr richtig! rechts), die eigentlich nicht zu ihrer Aufgabe gehören, und daß wir dadurch aus dem Rechtsstaat, der früher von der liberalen und noch mehr von der radikalen Partei immer als Schiboleth aufgestellt wurde, einen Polizeistaat machen. (Sehr richtig! rechts.) Davor möchte ich warnen . . Ich bin darin doppelt ängstlich beim Handwerk (sehr richtig! rechts), und zwar nicht blos deshalb, weil es sich beim Handwerk um verhältnißmäßig nothleidende Erwerbszweige handelt, denen geholfen werden muß, wie auch der Landwirthschaft, sondern noch mehr darum, weil es sich hier um ein Eindringen in private, in Familienverhältnisse handelt, welches zu ganz exorbitanten Verhältnissen geführt hat. Bei einer Wittwe, die das Gewerbe mit einem Gesellen betreibt, kommt die Polizei Nachts spioniren; sie wird aus dem Bette geholt u. s. w. Ja, was sind das für Zustände!" (Sehr richtig! rechts.) Das einzige Gute an der Polizei wäre nach Herrn Stumm noch, daß sie die Gesetze mitunter nicht achtet und „öfter ein Auge zudrückt". Uebrigens ist selbst die heutige Gewerbeinspektion dem wackeren Freiheitskämpfer bereits verdächtig geworden. Ihr Urtheil ist ebenso getrübt wie etwa das der Kathedersozialisten, „nach der ganzen Art und Weise, wie bisher auf die sozialpolitische Stimmung dieser Herren eingewirkt worden ist (sehr richtig! rechts) — nicht von dem Herrn Staatssekretär —, muß ich annehmen, daß deren Auffassung über die Bäckerei-Verordnung doch einigermaßen, wenn ich auch nicht sagen will sozialpolitisch getrübt, so doch jedenfalls beeinflußt erscheint" (sehr richtig! rechts).

Herr Stumm will die kleineren Pausen zwischen der Arbeit nicht in die 12 bis 13 stündige Schicht eingerechnet sehen; er will wegen der zeitweiligen

kleineren Pausen sogar von der vorgeschriebenen 8stündigen Unterbrechung zwischen je zwei Arbeitsschichten großmüthig Abstand nehmen. Mit köstlicher Naivetät fügte er hinzu: „Wenn Jemand 10 halbstündige Pausen hat, so wird doch nicht geleugnet werden können, daß das eine sehr erhebliche Verminderung der Arbeitszeit ist.“ (Sehr richtig! rechts.) 10 halbstündige Pausen innerhalb einer zwölfstündigen Schicht! Der Bäckermeister, der seinen Betrieb derart organisirt hätte, brauchte wirklich nicht auf die Bäckerei-Verordnung zu warten, um pleite zu gehen.

Die jämmerliche Abhängigkeit der Antisemiten vom beschränktesten, störrischesten Spießbürgerthum spiegelte sich besonders in der Rede des Abg. Vielhaben von der Partei der „deutsch-sozialen Reform“ wieder: „Die konservative Partei beantragt nur eine Abänderung. Das hilft aber bei dieser Sache meines Erachtens durchaus nichts; es muß eine vollständige Aufhebung der Verordnung stattfinden. Eine solche muß auch stattfinden im Interesse der Gesellen, und ich hebe bei dieser Gelegenheit hervor, daß die Gesellen fast in allen (!) Versammlungen erklärt haben: wenn doch an der Verordnung geändert werden solle, dann wäre es ihnen lieber, wenn sie vollständig aufgehoben würde.“

Obwohl damals ohne jede parlamentarische Bedeutung, so ist es doch heute von Interesse, daß der Abg. v. Podbielski persönlich ebenfalls die Aufhebung, nicht die Abänderung der Bundesraths-Verfügung wünschte. Diese diene nur der Sozialdemokratie, „um schließlich einem Gewerbe, was noch einigermaßen auf gesundem Boden steht, die Beine wegzureißen, damit es hinfällt und zu Grunde geht und dadurch Ihnen wieder Soldaten zuführt für Ihre große Armee.“ Hoffentlich fällt der Herr Generalpostmeister als Minister nicht so leicht aus dem Sattel, wie hier aus dem Bild. Und hoffentlich überträgt er seine Liebe zu den Bäckergesellen nicht auf die Arbeiter seines Ressorts. Sie könnten sonst böse Tage zu gewärtigen haben.

Der konservative Antrag kam schließlich nicht zur Annahme, auch nicht in der Stumm'schen Formulirung, welche die Abänderung „in einer den berechtigten Interessen des Bäckergewerbes entsprechenden Weise“ verlangte und die von den Konservativen in ihren Antrag aufgenommen wurde. Vielmehr beschloß der Reichstag in namentlicher Abstimmung mit 148 gegen 104 Stimmen gemäß einem Zentrumsantrag Pichler:

> in Erwägung, daß in den Sitzungen des Reichstages vom 22./23. April vor. Js. und vom 13. Januar lfd. Js. durch Redner verschiedener Parteien, welche die Mehrheit des Reichstages repräsentiren, das Bedürfniß einer Abänderung der vom Bundesrath unterm 4. März vor. Js. erlassenen Bestimmungen, betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, ausdrücklich anerkannt worden ist;
>
> in Erwägung, daß die vom Bundesrathe veranlaßten Erhebungen einer Prüfung noch nicht unterzogen werden konnten, dieselben auch dem Reichstag nicht mitgetheilt sind, sich mithin noch nicht beurtheilen läßt, welche Aenderungen nach Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Landestheilen nothwendig und zweckmäßig sind, um den berechtigten Interessen der Bäckermeister und Gesellen zu entsprechen und dadurch eine dauernd befriedigende Regelung herbeizuführen,
>
> über den Antrag v. Kardorff und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag entsprach der vermittelnden Haltung des Zentrums, das durch Hinausschieben die Frage in größerer Ruhe zur Entscheidung kommen lassen will. Die Regierung scheint ebenfalls darauf zu hoffen, daß die Bäckermeister sich mit der Zeit müde schreien werden; bei der Sonntagsruhe war der erste große Lärm ja auch bald vorüber. Nach der Erklärung von Bötticher's haben sich schon jetzt gegen die Aufhebung oder Abänderung

der Verordnung, zur Zeit wenigstens, erklärt die Regierung von Preußen, mit der Beschränkung, daß sich diese ablehnende Haltung auf die grundsätzlichen Bestimmungen bezieht, die Regierung vom Königreich Sachsen, die Regierung von Württemberg und die Regierung von Reuß jüngere Linie. „Für jetzt glaube ich nicht in Aussicht stellen zu können, daß die verbündeten Regierungen sich zu einer Aufhebung der Bäckereiverordnung entschließen werden."

Die Sozialdemokratie stimmte für den Uebergang zur Tagesordnung unter Ablehnung der Pichler'schen Motivirung.

* * *

Verhältnißmäßig günstig haben in der verflossenen Session die **Handlungsgehilfen** abgeschnitten.

In dem neuen Handelsgesetzbuch ist bekanntlich ein eigener Abschnitt den „Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen" gewidmet. Gegenüber dem alten Gesetzbuch, das hier nur wenige allgemeine Sätze aufstellte und im Uebrigen auf den Ortsgebrauch verwies, war das bereits ein Fortschritt. Von vornherein bewegten sich aber auch fast alle Vorschläge der Regierung in der Richtung eines größeren Schutzes der Angestellten vor den Folgen einer schrankenlosen Vertragsfreiheit, bei der der Stärkere einfach die Bedingungen zu Ungunsten des Schwächeren festsetzt. So waren schon im Regierungsentwurf bestimmte, nicht zu überschreitende Schranken gezogen für Vereinbarungen über die Kündigungsfristen, sowie für die immer tollere Formen annehmenden Verträge über den Ausschluß jeder späteren Konkurrenz, also für die sogenannten Konkurrenzklauseln, durch die dem Gehilfen bisher oft jede Möglichkeit abgeschnitten wurde, eine neue Stellung in derselben Branche anzunehmen oder sich in seinem Fache selbständig zu machen. In der Kommission wie im Plenum gelang es, diese schüchternen Anläufe der Regierung noch wesentlich zu verstärken. Ein großer Erfolg der sozialdemokratischen Partei ist es auch, daß der Abschnitt über die Handlungsgehilfen bereits vom 1. Januar 1897 ab maßgebend ist, während das Handelsgesetzbuch als Ganzes erst am 1. Januar 1900 in Kraft tritt. Insbesondere eine Unmasse harter Konkurrenzklauseln, die man bis 1900 noch hätte auferlegen können, werden so den jungen Kaufleuten erspart bleiben.

Auch die Vorschriften über das Lehrlingswesen sind im Großen und Ganzen von einem durchaus liberalen Geist durchweht.

Die unklare Stellung der Hausdiener, Markthelfer, Packer und ähnlicher Arbeiter in kaufmännischen Betrieben, veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, daß — von ganz vorübergehenden Dienstleistungen abgesehen — die im Handelsgewerbe Beschäftigten niemals zum Gesinde gerechnet werden dürfen. Der Antrag fiel, ebenso wie in der Kommission die Forderung des Achtuhr-Komptoir- und Ladenschlusses, und des zehnstündigen Maximalarbeitstages für Gehilfen, des Achtstundentages für Lehrlinge unter 18 Jahren.

Eine Resolution für kaufmännische Schiedsgerichte nach Art der Gewerbegerichte war bereits in der Kommission durchgegangen. Bei der dritten Lesung beantragte die Fraktion noch, folgende Resolution anzunehmen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldthunlichst die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu veranlassen, wodurch

1. für Handlungsgehilfen und Lehrlinge die Arbeitszeit geregelt und eine Beschäftigung derselben in der Zeit von acht Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens im Allgemeinen ausgeschlossen wird,
2. die Gewerbeinspektion auf das Handelsgewerbe ausgedehnt und die Beaufsichtigung besonderen Handelsinspektoren übertragen wird.

Das Zentrum verwässerte diese klaren und bestimmten Forderungen, erweiterte sie allerdings auch in mancher Beziehung, indem es die Regierungen aufforderte,

a) in Erwägung darüber einzutreten, inwieweit und mit welcher Maßgabe die Bestimmungen der §§ 120a bis 120e und 134a bis 139b der Gewerbeordnung unter zweckentsprechender Anpassung an die besonderen Bedürfnisse auf das Handelsgewerbe auszudehnen sind;

b) thunlichst bald dem Reichstage einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Diese Resolution fand dann fast einstimmige Annahme. Ein Theil der Konservativen konnte sich allerdings noch nicht einmal zu dieser ziemlich nichtssagenden Sympathiekundgebung für die Handelsgehilfen aufschwingen.

* * *

Für die Arbeiter in der **Kleider- und Wäschekonfektion** hatte man schon im Vorjahre, aus Anlaß des großen Streiks, allgemein bestimmte Schutzvorschriften verlangt.

Eine kaiserliche Verordnung vom 31. Mai 1897 hat nunmehr die wesentlichen Bestimmungen der §§ 135 bis 139 und des § 139b der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion ausgedehnt.

Es dürfen also auch hier Kinder unter dreizehn Jahren nicht beschäftigt werden. Kinder über dreizehn Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind. Die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten.

Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Für die jugendlichen Arbeiter sind ferner Beginn und Schluß der Arbeitsstunden, Dauer und Art der Pausen, Sonn- und Festtagsruhe wie in den Fabriken geordnet.

Ebenso bei den Arbeiterinnen, die also auch den 11- (bez. für Sonnabend den 10-) stündigen Maximalarbeitstag zugebilligt erhalten.

Weiter ist die Anzeige des Betriebs an die Ortspolizei vorgeschrieben, ebenso das Aushängen der neuen Verordnung selber, sowie des Verzeichnisses der jugendlichen Arbeiter nebst ihrer Arbeitszeit.

Ueber die als Regel festgesetzte Zeit dürfen Arbeiterinnen über sechzehn Jahre an sechzig Tagen im Jahre beschäftigt werden. Diese Beschäftigung darf dreizehn Stunden täglich nicht überschreiten und nicht länger als bis zehn Uhr Abends dauern. Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an welchem auch nur eine Arbeiterin über die normale Dauer der Arbeitszeit hinaus beschäftigt ist. Durch ein Verzeichniß sind die Tage der Ueberarbeit genau kontrollirbar zu machen, für die Ortspolizei sowohl wie für den Gewerbeaufsichtsbeamten.

Besondere Ausnahmen infolge von Naturereignissen und Unglücksfällen oder wegen der „Natur des Betriebs" oder aus „Rücksichten auf die Arbeiter" sind ähnlich wie bei den Fabriken den Verwaltungsbehörden unter bestimmter Begrenzung überlassen.

Diese neuen Bestimmungen, die mit dem 1. Juli 1897 in Kraft getreten sind, finden jedoch keine Anwendung:

1. auf Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen oder nur gelegentlich nicht zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt,
2. auf Werkstätten, in welchen die Herstellung oder Bearbeitung von Waaren der Kleider- und Wäschekonfektion nur gelegentlich erfolgt.

Weitergehende Befugnisse hatte dann der Bundesrath in einem Gesetzentwurf betreffend die „Abänderung der Gewerbeordnung und des Krankenversicherungsgesetzes" vom Reichstag eingeräumt verlangt, und zwar nicht nur für die Konfektion, sondern für die Hausindustrie im Allgemeinen.

Der Entwurf kam am 24. Mai zur ersten Lesung, durch eine recht unglückliche Verkettung von Umständen blieb er jedoch unerledigt.

Der Sozialdemokratie ging er nicht weit genug. Das Zentrum bekundete Neigung, ihn rasch im Plenum zu erledigen, wollte aber dem von den Nationalliberalen geäußerten Wunsch auf Kommissionsberathung nicht widersprechen, weil dies alte gegenseitige Praxis unter den Parteien ist. Die Kommission konstituirte sich am 26. Mai, also gerade beim Beginn der Pfingstferien. Die vier Tage abermaligen Beisammenseins im Juni schienen der Kommission nicht ausreichend zur Erledigung der Vorlage; die Kommission unterließ daher die Berathung. Zuletzt nahmen dann die Sozialdemokraten die Regierungsvorlage mit einigen Erweiterungen als Antrag zur Gewerbeordnungsnovelle auf, die eben ihrem Abschluß entgegenging. Die Fraktion zog sich mit Absicht auf gewisse Mindestforderungen zurück, weil dafür an sich eine Mehrheit zu gewinnen möglich schien. Die Verbindung mit der Gewerbeordnung, die man wegen der Geschäftslage im Hause nicht hatte umgehen können, verbot nun aber wieder dem innungsfreundlichen Zentrum, Ja zu sagen, weil die Handwerkerorganisation, mit diesem Zusatz bepackt, kaum noch auf eine Mehrheit rechnen konnte.

Diese ganze Entwickelung der Angelegenheit wäre ziemlich gleichgiltig, wenn man in Deutschland mit festen sozialpolitischen Strebungen in der Regierung und in den Parteien rechnen könnte; sie ist auf das Lebhafteste zu beklagten, weil im Herbst der Bundesrath selber vielleicht muthig vor dem Ausbeuterlärm zurückweicht, der am Ende nicht ausbleibt. Hielt es doch der konservative Redner in der ersten Lesung, der Abg. Merbach-Sachsen, bereits für seine Aufgabe, die Ausdehnung der Vorschläge auf die Hausindustrie überhaupt zu bekämpfen: „Wenn die Kommission für Arbeiterstatistik nachgewiesen hat, daß in der Konfektions- und Wäschebranche Mißstände bestehen, und der Gesetzgeber macht daraus: für bestimmte Gewerbe kann der Bundesrath Lohnbücher oder Arbeitszettel vorschreiben, — das geht uns doch zu weit. (Sehr richtig! rechts.) Für „bestimmte" Gewerbe sind wir nicht zu haben; in diesem Fall sind wir zu haben für die Kleider- und Wäschekonfektion, aber nicht für Weiteres. Dieselben Bedenken gelten auch für das Mitnachhausenehmen von Arbeit. Auch hier würden wir sofort zustimmen, wenn im Gesetz stünde: „§ 137a. Für die Kleider- und Wäschebranche kann durch Beschluß des Bundesraths angeordnet werden u. s. w." Dasselbe gilt auch für die Aenderung des Krankenkassengesetzes. Wir bedauern also, dem Entwurf dieses Gesetzes in seiner jetzigen Form unsere Zustimmung nicht ertheilen zu können."

Daß man sich an die eigentliche Heimarbeit, — die schlimmste Form der Ausbeutung auf diesem Gebiet und für das Kapital zugleich der Ausweg, allen Einschränkungen der Fabrik- und Werkstättenausbeutung auszuweichen — nicht heranwagen würde, das war vollends vorauszusehen. Umsomehr wachsen hier die Ansprüche an die Organisationen der Arbeiter selbst.

* * *

Damit hätten wir die Ergebnisse der letzten Tagung, soweit sie von der Fraktion unmittelbar angeregt oder die Arbeiter direkt betrafen, wohl erschöpft. Die Ausbeute des letzten Sessionsabschnittes für die Arbeiter ist, wie man sieht, eine weniger wie bescheidene; und wenn man das preußische Vereinsgesetz gegen die paar kleinen sozialpolitischen Fortschritte in die Wagschale wirft, so könnte König Stumm eigentlich sehr zufrieden sein. Doch die Unzufriedenheit ist nun einmal heute ein allgemein verbreitetes Laster, besonders unter Großindustriellen und Großgrundbesitzern.

Auch unter den Kleingewerbetreibenden! Um diesen eine Tonne zum Spielen vorzuwerfen, während ihnen der Wettbewerb des Großkapitals seine tödtlichen Harpunen weiter in den Leib treibt, hatte man ihnen die allgemeine

Zwangsinnung zugedacht. Dieses Gaukelbild der zünftlerischen Phantasie schien durch die Berlepsch'sche Handwerkervorlage wirklich erreichbar nahe gerückt. Nach dem Eingreifen der süd- und mitteldeutschen Regierungen ist es wieder in weite Ferne entschwunden. Allerdings, groß genug ist die Abschlagszahlung an die Hitze und Gamp noch immer; nur wenige verbissene Zünftler wie die Abg. Metzner und v. Viereck verwarfen sie als Danaergeschenk.

Für unsere Parteigenossen sind besonders folgende Theile des Gesetzes wichtig:

Die allgemeine Errichtung von Zwangsinnungen für alle Kleingewerbe, einfach durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörden, war bereits im Bundesrathe gefallen. Wollen die Handwerker irgend eines Bezirks in Zukunft für sich eine Zunft, so haben sie vorerst den Nachweis zu führen, daß sie die Mehrheit der Meister in ihrem Fache hinter sich haben. Erst dann kann die Behörde „anordnen, daß innerhalb eines bestimmten Bezirkes sämmtliche Gewerbetreibende, welche das gleiche Handwerk oder verwandte Handwerke ausüben, einer neu zu errichtenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglieder anzugehören haben." Damit ist es den Zunftgegnern bei einiger Rührigkeit vielfach ermöglicht, alle Anläufe zur Zwangsorganisation scheitern zu machen.

Die Innungsbildung muß nach der Novelle folgenden Verlauf nehmen. An die Behörden muß zunächst ein „Antrag Betheiligter" gelangen. Der Antrag kann gestellt werden, entweder von einer für das betreffende Handwerk bereits bestehenden freien Innung oder von einer Anzahl bisher unorganisirter Handwerker, die mit einem Male Lust verspüren, zu einer Innung zusammenzutreten. Findet die Behörde, daß die Antragsteller „nur einen kleinen Bruchtheil der betheiligten Handwerker bilden," oder daß „durch andere Einrichtungen als diejenige einer Innung für die Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der betheiligten Handwerke ausreichende Fürsorge getroffen ist," so braucht sie gar nicht einmal eine Abstimmung erst herbeizuführen; sie kann den Antrag kurzweg in den Papierkorb wandern lassen. Im anderen Falle kommt es zur Abstimmung. Der hierbei maßgebende § 100a lautet nunmehr:

> Um festzustellen, ob die Mehrheit zustimmt, hat die höhere Verwaltungsbehörde die betheiligten Gewerbetreibenden durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mittheilung zu einer Aeußerung für oder gegen die Einführung des Beitrittszwanges aufzufordern.
>
> Bei der Abstimmung entscheidet die Mehrheit derjenigen, welche sich an derselben betheiligt haben.

Die Situation ist nunmehr für die Gegner der Zwangsinnung unseres Erachtens gar nicht so ungünstig, als man vielfach befürchtet hat. Der Erfolg wird, wie gesagt, wesentlich davon abhängen, welche Umsicht und Agitationskraft dieselben entfalten.

Einmal gilt es, sich nicht überrumpeln zu lassen. Die „ortsübliche Bekanntmachung," die zur Abstimmung über die Einführung des Beitrittszwanges auffordert, verbürgt, besonders in manchen Großstädten, noch keineswegs, daß die Betheiligten in größerer Zahl von der über ihnen schwebenden Entscheidung erfahren und daraufhin zur Abstimmung gehen. Die Listenführung, wer an einem Handwerk als „betheiligt" gilt, wird auch außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen, weil eine Anzahl Handwerker nicht nur eine Branche ausübt, also den verschiedensten Gewerben willkürlich zugeschrieben werden kann, und weil ferner die Trennung von Handwerker und Fabrikant ebenfalls sehr willkürlich erfolgen wird. Hier werden die Innungsgegner unter den selbständigen Handwerkern gut thun, beständig aufmerksam zu sein und Kontrolle zu üben.

Dann heißt es aber weiter auch, die Indifferenten und Schwankenden zu einer entschiedenen Stellungnahme bei der Abstimmung zu bringen. Die

eigentlichen Zünftler sind fast in keinem Gewerbe und fast in keinem Bezirk besonders zahlreich, jedoch sie sind organisirt und wissen sich oft vor den urtheilslosen Kleingewerbetreibenden als ihre befugten Repräsentanten, als die ausschließlichen Vertreter ihrer Interessen aufzuspielen. Hier hätte unsere Agitation zur rechten Zeit einzusetzen, um das Spiel der Gegner zu vereiteln.

Ist ein zünftlerischer Antrag einmal bei einer Abstimmung von der Mehrheit der Betheiligten abgelehnt, so wird er nach der Gewerbeordnungsnovelle meistens auf drei Jahre hinaus als erledigt angesehen werden können. Ist der Zwangsbeitritt jedoch einmal durch Abstimmung angenommen, so treten diejenigen Bestimmungen in Kraft, die eine Aufhebung des Zunftzwanges später fast unmöglich machen.

Es gilt hier also, den Anfängen zu widerstehen; dann kann der letzte parlamentarische Sieg der Zünftler leicht mit einer recht schweren Enttäuschung der Sieger enden.

Das schließt jedoch nicht aus, daß das Gesetz selbst dann noch immer eine schwere Schädigung und Vernachlässigung der Arbeiterrechte in sich schließt.

Nicht nur bei der gewerblichen Rechtsprechung, sondern auch bei den Krankenkassen, beim Arbeitsnachweis kann eine schwere Schädigung der allgemeinen Organisation, besonders aber auch der mühsam errungenen Stellung der Arbeiter durch besondere Innungsschöpfungen eintreten. Ueberall wird in diesen besonderen Innungsschöpfungen die Arbeitervertretung zu größerer Bedeutungslosigkeit und Abhängigkeit niedergedrückt sein wie sonst.

* * *

Der Kampf gegen die **Margarine** wird nach der letzten Verständigung zwischen Regierung und Reichstag wohl auf einige Zeit zum Stillstand gekommen sein. Wir meinen allerdings, daß gerade hier der gläubigen bäuerlichen Gefolgschaft unserer Agrarier schließlich eine schwere Enttäuschung bevorsteht. Das Kompromiß, mit dem sich die Regierung durch Herrn v. Bötticher einverstanden erklärte, lief darauf hinaus, für den Kleinhandel in Orten mit weniger wie 5000 Einwohnern keine getrennten Verkaufsräume zu verlangen — und den Zusatz, an dem man Margarine und Margarinekäse erkennen soll, der Bundesraths-Verordnung zu überlassen, und zwar mit der Einschränkung, daß dadurch „Beschaffenheit und Farbe" der Margarine nicht geschädigt werden dürfen. Mit dem Grundgedanken, einen betrügerischen Wettwerb zwischen Butter und Margarine auszuschließen, haben wir uns von jeher einverstanden erklärt. Doch einmal ist für viele kleine Händler die Trennung der Verkaufsräume unmöglich, sie werden sich, oft mit beträchtlichem Schaden, zur Führung der einen oder der anderen Waare entschließen müssen. Bei dieser Umbildung des Kleinverschleißes werden wahrscheinlich die großen, kapitalkräftigen Margarinefabriken zuletzt und darum am besten lachen; sie haben viel eher wie die Butterproduzenten das Geld, überall eigene Verkaufsstellen zu gründen und Krämer und Fleischer mit fetten Prozenten für die alleinige Führung von Margarine zu gewinnen. Ob sich dann unter dem Ansporn dieser Konkurrenz das große Kapital auch der Organisation des Butterabsatzes mehr wie bisher widmen wird, bleibe dahingestellt. Der kleine Milch- und Butterproduzent, selbst wenn er an Molkereigenossenschaften betheiligt ist, würde auch dann vom Regen in die Traufe kommen.

Nichts war für unsere allgemeinen politischen Zustände charakteristischer wie das schließliche Scheitern der **Justiznovelle.**

Bekanntlich hatte man um ihretwillen im vorigen Juli das Parlament vertagt. War sie doch schon einmal nach nicht weniger wie 38 Sitzungen unerledigt in der Kommission stecken geblieben. Indeß, die Vertagung hat

wohl einige Abgeordnete vor dem rascheren Abschluß der gegen sie schwebenden Prozesse bewahrt, der Justiznovelle hat sie nichts genützt.

Die Schuld liegt einzig und allein an der Regierung. Seit dem Jahre 1883 bereits hatte der Reichstag wiederholt in Anträgen und Beschlüssen die Einführung der Berufung gegen die Strafkammerurtheile und ebenso seit 1881 die Entschädigung unschuldig Verurtheilter gefordert. Endlich kam die Regierung diesem Drängen nach, aber da die Einsetzung einer neuen Gerichtsinstanz natürlich Ausgaben verursacht für Vermehrung der Richter und sonstige Kosten, so sann man auf der anderen Seite auf Ersparnisse, wo das Knausern wahrhaftig am Schlechtesten angebracht war. Die Strafkammern wollte man in Zukunft nur mit drei Richtern besetzen, das Vorverfahren wollte man beseitigen, die Beweisaufnahme einschränken; später sollte das Wiederaufnahmeverfahren erschwert sein. Ja, wenn es der Erfüllung von Kulturaufgaben gilt, da fehlt uns das Geld an allen Ecken und Enden! Dann sollte auch der Staatsanwalt das Recht der Berufung erhalten, so daß der Angeklagte unter Umständen in der höheren Instanz auch schlechter abschneiden konnte wie bei der ersten Entscheidung. Bei politischen Prozessen hätte das zweifellos zu wesentlichen Verzögerungen und Verschlechterungen geführt, weil die Staatsanwaltschaft bei jedem liberaleren Urtheil die Umstoßung vor dem höheren Gericht erstrebt haben würde.

Der Reichstag bestand darauf, daß nach wie vor der Hauptnachdruck zu legen sei auf die Sicherung möglichst reifer und richtiger Entscheidungen gleich im ersten Verfahren — ist doch die Berufung schließlich auch vielfach eine Geldfrage. Er hielt hier demnach vor Allem an dem Fünfmännerkollegium fest, von dem zu einer Verurtheilung auch ferner vier Mitglieder einig sein sollten, während beim Dreimännerkollegium der Regierung bereits zwei Drittel den Ausschlag gegeben haben würden. Hieran scheiterte die Verständigung — vorläufig, denn nothwendige Forderungen, wie die Einführung der Berufung und der Entschädigung, lassen sich auf die Dauer mit Finanzrücksichten kleinlichster Art wahrhaftig nicht abweisen.

Der ganze Verlauf der Sache ist nur kennzeichnend für die Regierung, die kurz vor Thorschluß, ohne auch nur mit einer Wimper zu zucken, 44 Millionen als erste Rate für die **Neubewaffnung der Artillerie** gefordert und auch erhalten hat.

Dagegen sind die **Marinepläne** diesmal im Reichstage noch abgewiesen worden. Schon der Etatsentwurf hatte in seinen Marineforderungen alle Fraktionen stutzig gemacht. Der Zentrumsredner Fritzen hatte „ganz bedeutende Abstriche" für nothwendig erklärt, wenn nicht mit unfehlbarer Gewißheit neue Steuern kommen sollten; das Zentrum wolle nicht mit vollen Segeln in einen Ozean von Flottenplänen hineinsteuern, wo es schließlich keinen Halt und kein Ende mehr gebe. Der konservative Etatsredner v. Leipziger fand die Zunahme des Marine-Etats „ganz bedenklich". Der Nationalliberale Dr. Paasche bezeichnete es als „undenkbar", daß in dem Tempo weiter gearbeitet werde, das hier vorgeschlagen wird; die Nationalliberalen würden ebenfalls bereit sein, ernstlich abzustreichen. Anfang Februar fiel dann nach einem Essen bei dem unvermeidlichen Finanzminister Dr. v. Miquel aus hohem Munde die Aeußerung, daß das Geforderte nicht nur keine Kürzungen vertrage, sondern noch entfernt nicht ausreiche, Deutschland die ihm gebührende Macht zur See zu erhalten und zu verschaffen. Anfang März schenkte die bekannte Denkschrift der Budgetkommissionen reinen Wein ein. Der Reichskanzler gestand zwar der „Niederschrift" lediglich informatorischen Werth zu, billigte jedoch die in ihr verkündeten Ziele. Nationalliberale und Konservative beeilten sich, sofort einzuschwenken, sodaß man schon Wahlen zur Gewinnung einer Flottenkartellmehrheit herannahen sah. Die Budgetkommission strich trotzdem **12,4 Millionen vom Etatsentwurf, das Plenum hielt die Abstriche aufrecht.**

Längere Zeit brodelte und gährte es gewaltig in den Kreisen der Schiffsbauer, Rheder und Kolonialinteressenten, der Weltpolitiker und sonstiger Abenteurer aller Art. Admiral Hollmann reichte seine Entlassung ein; aus den Kundgebungen der Regierungsspitzen mußte man auf Kampf schließen. Doch die Logik hat für den Gang der deutschen Politik keinerlei Bedeutung. Der Lärm der Flottenenthusiasten beruhigte sich, die Regierung begnügte sich mit ihrem Etat. Der ganze Erfolg war, daß der Chef der Marineverwaltung und mit ihm ein gut Stück des Ansehens der „einheitlichen" Regierung über Bord ging. Freilich, Hollmann geht und Tirpitz kommt. Man ist dem Konflikt nur vorläufig ausgewichen, auf ihn endgiltig verzichtet hat man, wie die letzten Ereignisse beweisen, durchaus nicht.

Welch ein riesenhaftes Anschwellen unseres Marine-Etats würde es sein, was die Durchführung der Denkschrift mit sich bringen müßte? Schon bisher legte das Anwachsen der Marine-Ausgaben den Schultern der Steuerzahler schwere Lasten auf, sie hat die Steigerung unserer Schuldenlast wesentlich mit befördert. Die Ausgaben für Marine betrugen nach den Rechnungsabschlüssen, bezw. für 1896/97 und 1897/98 nach den Voranschlägen:

	Gesammt-Ausgabe	Davon wurden auf Anleihe verwiesen
1872	31 082 100	—
1873	25 969 000	—
1874	38 731 700	—
1875	49 209 600	3 365 000
1876/77	41 009 500	7 999 200
1877/78	60 334 500	26 320 900
1878/79	61 713 600	24 289 300
1879/80	43 664 700	16 717 300
1880/81	39 955 800	11 226 500
1881/82	37 711 100	8 351 100
1882/83	36 381 300	8 538 300
1883/84	39 813 600	10 307 200
1884/85	48 434 000	14 020 900
1885/86	52 058 800	11 556 200
1886/87	50 467 600	12 199 100
1887/88	52 357 100	11 085 700
1888/89	51 048 900	11 632 100
1889/90	54 901 800	10 763 800
1890/91	71 727 600	26 306 200
1891/92	75 397 000	24 739 300
1892/93	90 439 100	19 317 700
1893/94	81 240 900	12 126 700
1894/95	78 532 900	5 042 800
1895/96	85 893 200	7 671 500
1896/97	86 259 900	5 830 800
1897/98	116 974 300	28 708 700

Es sind insgesammt seit 1872, also in 26 Jahren, im Ganzen 1501 1/3 Millionen Mark für die Marine verausgabt oder bewilligt worden davon weit über die Hälfte in den letzten zehn Jahren, also seit dem Regierungsantritt Wilhelm's II. In der Denkschrift wurden weiter für die drei nächsten Etatsjahre 1898/99, 1899/1900, 1900/1901 neue Schiffsbauten angemeldet, welche einen Kostenaufwand von **182** 883 000 Mark erheischen, sodaß zuzüglich der von der Regierung für 1897/98 geforderten Schiffsbauten und der aus den Vorjahren überkommenen Restforderungen sich ein Aufwand für Schiffsneubauten von

328 371 000 Mark

ergiebt. Was dann von 1901/2 ab kommen soll, blieb vorsichtig in Dunkel

gehüllt. Aber ein Blinder kann es mit dem Stocke fühlen, daß sich auf diesem Gebiete die gleiche Entwicklung zu vollziehen beginnt, wie sie für die Landarmee bereits zu so ungeheuerlichen Opfern geführt hat. Verhältnißmäßig zeigt die Marine sogar ein rascheres Wachsen ihres Aufwandes wie das Heer. Will der Steuerzahler in Zukunft nicht zwei Götzen an Stelle des einen Moloch opfern, so wird er bei den nächsten Wahlen alle Kräfte gegen die Regierungsparteien anzuspannen haben.

Zunächst hat die leidlich feste Haltung des Reichstages wenigstens bewirkt, daß die **Reichsfinanzen** bei dem infolge des guten Geschäftsganges fortdauernd hohen Ertrag der Verbrauchssteuern und Posteinnahmen sich auch weiter noch günstig gestalten. Allerdings sind die Beziehungen zwischen Reichs- und Einzelstaats-Finanzen durch die letzte vom Zentrum gebilligte Regelung noch verwickelter und unübersichtlicher geworden wie je vorher. Auch das Etatsrecht des Reichstages ist nicht so gut gefahren wie bei der ersten lex Lieber, von deren konstitutioneller Wichtigkeit das Zentrum so viel Rühmens machte.

Daß auch die Besoldungsaufbesserung der 1890/91 leer ausgegangenen **Beamten** in letzter Stunde noch zur Annahme kam, dürfen wir in diesem Zusammenhange wohl mit erwähnen.

Dagegen ist die Reform der Unfall**versicherung** nach der Kommissionsberathung stecken geblieben. Die Invalidengesetz-Novelle hat es zu einer Kommissionsberathung überhaupt nicht gebracht. Hier stehen für die nächste Session noch wichtige Auseinandersetzungen bevor; die Arbeiter werden gut thun, beide Fragen nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Wahlen rücken immer näher heran, man kann die Wünsche der großen Wählermassen nicht so leicht bei Seite schieben.

Das schließlich angenommene **Auswanderungs**gesetz entbehrt wenigstens derjenigen Ausnahme-Bestimmungen gegen die auswanderungslustigen Landarbeiter, die man früher plante und die unsere Junker auch jetzt wieder vertraten. Das Gesetz war an sich weniger bedeutsam, wie die beigefügten Motive, die in Phrasen von unserer überseeischen nationalen Mission und in Träumen von einer möglichen Ablenkung und Leitung der Auswanderung förmlich schwelgten.

Die Erhöhung der Dampfersubvention für Ostasien blieb in der Schwebe.

Die jährlich regelmäßig wiederkehrenden vielseitigen Erörterungen beim Etat, die Debatten, die sich an wichtige Tagesereignisse anknüpften, brauchen wir wohl nicht besonders zu schildern, obwohl sie vielfach einen sensationellen Verlauf nahmen. Wir erinnern nur an die Auseinandersetzungen über die elsaß-lothringische Mißwirthschaft, über den Schandfleck der politischen Polizei, über den Brüsewitzskandal, das Duellunwesen und die Armeemißstände, über die Bismarckenthüllungen, dann wiederum über die Gewerbeinspektion, die Strafvollstreckung, das Seemannswesen — überall kämpfte die Fraktion in der vordersten Linie des Angriffes.

* * *

Die nächste Session wird die Kräfte der Fraktion noch mehr anspannen. Stehen wir doch vor den Wahlen und alle Parteien sowie die Regierungen werden durch alle möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Manöver den Wahlaufmarsch zu ihren Gunsten zu beeinflussen suchen. Auf allen Seiten wird man weiter damit rechnen, daß die Marineforderungen vorzeitig zum Ausbruche des Wahlkampfes führen können.

Mögen die Parteigenossen im Lande sich für die große Entscheidung rüsten, von der nicht nur das Schicksal unserer Marinepolitik, sondern die

Richtung unserer ganzen inneren Entwickelung in Deutschland wesentlich abhängen muß. Kein politisches Grundrecht ist in Deutschland durch ein langes verfassungsmäßiges Leben bereits so festgewurzelt, daß es allen reaktionären Stürmen gewachsen wäre. Was bei uns den verbrieften Rechten des Volkes noch an innerer Lebenskraft fehlt, das muß das Volk selber durch doppelte politische Energie und Rührigkeit ersetzen. Die deutsche Arbeiterklasse war hier von je vorbildlich. Mögen die nächsten Wahlen sie auf der Höhe ihrer geschichtlichen Bedeutung zeigen!

Anhang.

Der Reichs-Etat für 1897/98, also die Festsetzung der Ausgaben und die Schätzung der Einnahmen zeigt folgendes Bild, immer in 1000 Mark ausgedrückt:

Ausgaben:

	Fortdauernd	Einmalig im ordentl. Etat	Einmalig im außerordentl. Etat
Bundesrath	—	—	—
Reichstag	658,2	—	—
Reichskanzlei	159,2	—	—
Auswärtiges Amt, Kolonial-Verwaltung	10.961,6	8.294,5	—
Reichsamt des Innern	36.712,2	2.550,3	—
Post u. Telegraphie, Reichsdruckerei	—	8.392,8	—
Reichsheer	486.409,0	39.462,4	14.101,2
Marine	58.925,3	29.340,3	28.708,7
Justiz	1.981,0	—	—
Reichsschatzamt	409.151,3*)	75,3	—
Reichseisenbahnen	357,0	3.790,0	4.650,0
Reichsschuld	76.191,3	—	—
Rechnungshof	740,5	—	—
Allg. Pensionsfonds	57.459,4	—	—
Reichsinvalidenfonds	28.504,5	—	—
Summa	1.168.210,5	91.905,6	47.459,9
	1.307.576,0		

Einnahmen.

Ordentliche Einnahmen:

Zölle und Verbrauchssteuern	653.131,5
Reichsstempelabgaben	61.873,0
Ueberschuß Post und Telegraphie, Reichsdruckerei	42.799,4
Ueberschuß Eisenbahnverwaltung	25.405,6
Bankwesen	3.501,6
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	17.378,5
Reichsinvalidenfonds	28.683,0
Veräußerung Festungsterrains	411,1
Matrikularbeiträge (vergl. untenstehende Anmerkung)	414.824,7
Summa	1.248.008,4

*) Hierin stecken die 404 Millionen Ueberweisungen an die Bundesstaaten, denen auf der anderen Seite der Einnahmen die Matrikularbeiträge entsprechen — beides Posten von mehr rechnerischer wie realer Bedeutung für die Steuerzahler. Sie würden also bei Berechnung der wirklichen Ausgaben und Einnahmen abzuziehen sein.

Ordentliche Einnahmen (wiederholt) . . .	1.248.008,4
Dazu außerordentliche Deckungsmittel:	
Anleihen	46.619,9
Sonstige außerordentliche Deckung . .	840,0
Summa aller Einnahmen	**1.295.468.3**

Die **Zölle und Verbrauchssteuer**einnahmen gruppiren sich in folgender Weise — immer wieder nach den Schätzungen, die in den letzten guten Geschäftsjahren durch die wirklichen Einnahmen stets kolossal übertroffen worden sind:

Aus dem Zollgebiete:

Zölle	372.480,0
Tabaksteuer	11.293,0
Zuckersteuer	81.000,0
Salzsteuer	45.669,0
Branntweinsteuer	115.783,0
Brau- und Biersteuer	26.843,0
Mit den 63,5 Millionen aus dem Zollausland	653.131,5

Die Reichsschulden betrugen nach der letzten Denkschrift am 31. März 1896 dem Nennwerth nach **2,245 1/4 Millionen,** die bloße Verzinsung davon steht im Etat für das laufende Jahr 1897/98 mit fast genau 76 Millionen.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen in Lübeck: „Die Besprechung des Proportional-Wahlsystems als 8. Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen".

2. Parteigenossen des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Zu Punkt 5 der Tagesordnung „Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen", ist ein Korreferent zu bestellen."

Programm.

3. Parteigenossen in Lahr: „Streichung des Satzes: „Erklärung der Religion zur Privatsache".

Organisation.

Parteitag.

4. Parteigenossen in Hannover: „Den nächsten Parteitag in Hannover abzuhalten."

5. Parteigenossen in Magdeburg: „Den nächsten Parteitag in Magdeburg abzuhalten."

6. Parteigenossen des 11. badischen Reichstags-Wahlkreises: „Den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten."

7. Parteigenossen in Lahr: „Den nächsten Parteitag in Süddeutschland abzuhalten."

8. Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Essen: „Den nächsten Parteitag in Dortmund abzuhalten."

9. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Den Parteitag künftig in der Pfingst- oder Weihnachtswoche stattfinden zu lassen."

10. Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Essen: „Auf die Tagesordnung des nächstjährigen deutschen Parteitages die Anwendung der Arbeiterschutzgesetzgebung in den deutschen Bergwerken zu setzen."

11. Parteigenossen in Mainz: „Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: 1. Die theoretischen Grundlagen des Parteiprogramms mit den Genossen Kautsky und Conrad Schmidt als Referenten. 2. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiterklasse."

12. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur allgemeinen Handels- und Zollpolitik."

13. Parteigenossen der Kreise Oberbarnim. Königsberg N./M und „Die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen und zu den Vorarbeiten eine Kommission einzusetzen."

Parteibeamte.

14. Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Essen: „Das Höchstgehalt der Partei-Angestellten auf 3000 Mark zu normiren."

Organisation.

Allgemeines.

15. Parteigenossen in Münster: „Der Parteivorstand ist verpflichtet, im Vorwärts stets den Aufenthalt resp. Reiseroute der Redner, welche auf Agitation geschickt werden, bekannt zu geben. Die Parteiblätter haben dieses ebenfalls zu veröffentlichen."

16. Von denselben: „Die Parteileitung hat nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß hervorragend geistig gebildete, redegewandte Agitatoren resp. Reichstagsabgeordnete den Provinzialstädten erhalten bleiben und weniger wie bisher systematisch nach Berlin gezogen werden."

17. Parteigenossen in Burg: „Jeder Wahlkreis, der eine von dem Parteitag festzusetzende Stimmenzahl bei der letzten Reichstagswahl abgegeben hat, wählt einen Delegirten zum Parteitag. Die Diäten für diesen Delegirten trägt die Parteikasse. Diejenigen Wahlkreise, welche 2 oder 3 Delegirte entsenden, tragen die Kosten für den 2. und 3. Delegirten selbst."

18. Parteigenossen in Löbau i. S.: „Für diejenigen Wahlkreise, welche nicht in der Lage sind, einen Delegirten zum Parteitage aus eigenen Mitteln senden zu können, tritt die Partei für die Delegationskosten eines Delegirten ein."

19. Parteigenossen des 1., 3. und 5. Berliner Reichstagswahlkreises: „Der Beschluß des Erfurter Parteitages vom Jahre 1891, betreffs Errichtung der Berliner Preß-Kommission möge folgende Fassung erhalten: Als § 17a ist der Organisation einzufügen: Zur fortlaufenden Kontrolle des Zentral-Organs in lokaler und finanzieller Beziehung wählen die Partei-Genossen Berlins und der Vororte eine Preß-Kommission, welche aus höchstens 2 Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Diese Kommission hat bei allen Dingen finanzieller Natur, sowie bei allen Anstellungen in Redaktion und Expedition mit zu entscheiden."

Presse.

20. Parteigenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises: „Die Parteileitung hat die Herausgabe eines täglich erscheinenden Organs in Karlsruhe einer gründlichen Erwägung zu unterziehen und, wenn möglich, dieselbe erfolgen zu lassen."

21. Genosse H. Knauf in Meerane: „Die Parteileitung wird beauftragt, noch vor der nächsten Reichstagswahl eine landwirthschaftliche sozialdemokratische Zeitung erscheinen zu lassen, und zwar zu möglichst billigem Preise."

22. Parteigenossen des 5. sächsischen Reichtags-Wahlkreises: „Der Parteitag möge dahin wirken, daß Polemiken zwischen Parteiblättern, welche einen persönlichen und beleidigenden Charakter tragen, in Zukunft unmöglich gemacht werden."

23. Parteigenossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Die Redaktion des „Vorwärts" hat den wissenschaftlichen und amtlichen Kongressen eine größere Beachtung zu schenken und dafür zu sorgen, daß in knapper Form bezw. als Resumé ein übersichtliches Bild der betreffenden Verhandlungen geboten wird.

Die Berichterstattung hat überhaupt schneller und gründlicher als bisher zu erfolgen, damit das Zentralorgan der größten politischen Partei Deutschlands auch als hervorragendstes Blatt entsprechenden Einfluß üben kann."

24. Parteigenossen in Hastedt: „Sämmtliche Arbeiterzeitungen, sowie die Parteiliteratur haben vom 1. Januar bezw. 1. April 1898 in neuer Orthographie zu erscheinen."

25. Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: 1. „Den Abonnenten der „Neuen Welt“ ist Titel sowie Inhalts-Verzeichniß als Gratisbeigabe resp. als letzte Nummer des Jahrganges von jetzt ab zu liefern.“

26. 2. „Die Buchhandlung Vorwärts ist zu beauftragen, die Romanwochenschrift „In Freien Stunden“ in künstlerischer und technischer Hinsicht zu vervollkommnen.“

27. Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Wochenschrift „In Freien Stunden“ ist zu erweitern und in Bezug auf Illustrationen zu verbessern.“

28. Parteigenossen in Hastedt: „Die Buchhandlung Vorwärts sowie solche Buchhandlungen, welche Material zur Massenverbreitung herstellen, haben solches einem kleinen Ort, welcher nur ein kleines Quantum bestellen kann, zu demselben niedrigen Preis zu liefern, als einem großen Ort, welcher größere Posten bestellt, sofern es gratis verbreitet werden soll.“

Parlamentarisches Handbuch.

29. Parteigenossen in Danzig und Elberfeld: „Die Parteileitung zu beauftragen, ein politisch parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei der bevorstehenden Reichstagswahl herauszugeben.“

Broschüren.

30. Parteigenossen in Breslau: „Zur besseren Information unserer Wahlagitatoren wird wiederum ein kurzgefaßter Bericht über die Thätigkeit des Reichstags von 1893—98 herausgegeben und zwar in der Art und von dem Verfasser des Berichts über die Thätigkeit des Reichstags von 1887—90.“

31. „Die Herausgabe einer Broschüre, welche geeignet ist, insbesondere unseren zur Agitation berufenen Genossen Belehrung über die mannigfachen Fragen der preußischen Landtagswahlen zu geben.“

32. Genossinnen von Dresden und Umgegend: „Die Parteileitung möge in aller nächster Zeit eine unentgeltliche Broschüre herausgeben, mit besonderer Berücksichtigung der Gesindeordnung.“

Kalender.

33. Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Liegnitz-Goldberg-Haynau: „Es ist auf Kosten der Partei wenigstens für die östlichen Provinzen ein Agitations-Kalender herauszugeben.“

Allgemeines.

34. Parteigenossen in Harburg: „Die Buchhandlung Vorwärts hat ihre Kataloge an die Parteibuchhandlungen gratis abzugeben.“

Agitation.

35. Parteigenossen in Breslau: „Die Parteileitung hat für die Agitation im oberschlesischen Industriebezirk größere Mittel aufzuwenden.“

36. Parteigenossen in Magdeburg: „Zu einer geeigneten Zeit hat im Jahre 1898 eine allgemeine einheitlich geregelte und umfassende Agitation für das ganze Deutsche Reich zu beginnen. Dieselbe hat den Zweck zu erfüllen, folgenden Forderungen mehr Nachdruck zu verschaffen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden; 2. gesetzliche Festlegung dieses Arbeitstages; 3. Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die vorbereitenden Schritte zu dieser Agitation sind der Parteileitung zu überlassen.“

37. Parteigenossen in Calbe-Aschersleben: „Der Parteitag möge den geschäftsführenden Ausschuß beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres

eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gesindeordnungen und sonstigen Ausnahmebestimmungen, welche die landwirthschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen — ähnlich wie bei der Umsturzvorlage — und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung" zu verbinden.

Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben, sowie den aus dem heutigen Aerzte- und Apothekenwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt als bisher."

Taktik.

38. Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Der Parteitag möge die Stellung des „Vorwärts" beim Hamburger Hafenarbeiter-Ausstand und der Buchdrucker-Bewegung prüfen."

39. Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Lennep-Remscheid-Mettmann: „Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, für den Kreis Solingen anstatt des Reichstags-Abgeordneten Schumacher einen den Streitigkeiten fernstehenden Kandidaten aufzustellen, und keinen anderen etwa gewählten Abgeordneten als Fraktionsmitglied anzuerkennen."

40. Parteigenossen in Elberfeld: „Der Parteitag wolle die Parteileitung beauftragen, den Solinger Genossen zur nächsten Reichstagswahl einen den Streitgkeiten fernstehenden Kandidaten zu empfehlen. Dieser Kandidat ist von beiden Richtungen anzuerkennen."

41. Genosse Berfus in Berlin: „In den Wahlkreisen mit überwiegender polnischer Bevölkerung sind nur solche Genossen als Reichstagskandidaten aufzustellen, die der deutschen und polnischen Sprache mächtig sind."

42. Parteigenossen in Breslau: „Die Parteileitung stellt ein Verzeichniß der Adressen sämmtlicher Vertrauenspersonen her und veröffentlicht dasselbe im „Vorwärts."

Preußische Landtagswahlen.

43. Parteigenossen des 3. Berliner Reichstags-Wahkreises, desgl. in Magdeburg, Hannover, Liegnitz-Goldberg-Haynau und des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises: „Ueber die Stellungnahme zu den preußischen Landtagswahlen haben nur preußische Delegirte das Abstimmungsrecht."

44. Parteigenossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Ueber die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen beschließt der Parteitag in Hamburg."

45. Parteigenossen in Harburg, Barmen, Delitzsch-Bitterfeld, Aachen, Magdeburg, Calbe-Aschersleben, Lennep-Mettmann, Burg, Elberfeld, Hannover, Münster, Bochum, im 10. badischen und 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreis: „Der Beschluß des Kölner Parteitages „die Nichtbetheiligung an den preußischen Landtagswahlen" betreffend, ist aufzuheben."

46. Parteigenossen in Eilenburg, des 12. und 13 sächsischen Reichstags-Wahlkreises und Delitzsch-Bitterfeld: „Der Beschluß des Kölner Parteitages „die Nichtbetheiligung an den preußischen Landtagswahlen" ist aufrecht zu erhalten."

47. Parteigenossen in Harburg, Barmen, Münster und des 4. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die Parteigenossen in Preußen haben sich an den Landtagswahlen zu betheiligen."

48. Parteigenossen in Magdeburg und Calbe-Aschersleben: „Es ist ein Zentral-Wahlkomitee für die preußischen Landtagswahlen einzusetzen, welches u. a. auch die einzelnen Thesen festzusetzen hat, über welche hinaus die Genossen der einzelnen Wahlkreise für die Wahl bürgerlicher Kandidaten nicht eintreten dürfen.

Die Entscheidung über vorstehenden Antrag ist auf dem Parteitag Sache der preußischen Delegirten."

49. Parteigenossen in Elberfeld: „Ob und in welcher Form eine Betheiligung an der Landtagswahl stattfindet, jedoch unter Ausschluß jeden Kompromisses bei den Urwahlen, darüber entscheiden die Genossen der einzelnen Wahlkreise, welche aber von ihrem diesbezüglichen Beschluß dem zu ernennenden Zentral-Wahlkomitee umgehend Mittheilung zu machen haben."

50. Parteigenossen in Bochum: „Die Theilnahme an den preußischen Landtagswahlen ist den Genossen der einzelnen Wahlkreise anheim zu geben. Sie haben eigene Wahlmänner aufzustellen oder nur für die linksstehenden Wahlmänner zu stimmen, wenn deren Kandidat sich verpflichtet, für Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum preußischen Landtag einzutreten und das Versprechen giebt, alle reaktionären Bestrebungen in Bezug auf das Vereinsgesetz und das Schulwesen zu bekämpfen."

51. Genosse Hoch in Hanau: „Den Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, überall, wo es irgend geht, eigene Kandidaten für die Wahlmännerwahlen aufzustellen. Bei der Wahl der Abgeordneten stimmen unsere Wahlmänner für diejenigen Kandidaten, welche sich verpflichten, sofort nach Zusammentritt des Landtags für den Antrag auf Einführung der allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl für den Landtag einzutreten und, falls er angenommen wird, so lange alle anderen Anträge abzulehnen, bis die Aenderung des Wahlverfahrens zum Gesetz erhoben ist. Wo es den Genossen unmöglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen, haben sie von Anfang an für die Kandidaten der Partei zu stimmen, welche obige Verpflichtung auf sich genommen hat. Die Entscheidung zwischen den anderen Kandidaten bleibt den Genossen der einzelnen Wahlkreise selbst überlassen."

Maifeier.

52. Parteigenossen des 1. Hamburger Reichstags-Wahlkreises: „Die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai fallen zu lassen."

53. Parteigenossen in Barmen: „Zur nächsten Maifeier ein für ganz Deutschland bestimmtes Flugblatt herauszugeben."

54. Parteigenossen in Danzig: „Behufs einheitlicher und billigerer Agitation zur Maifeier den geschäftsführenden Ausschuß zu beauftragen, ein für ganz Deutschland bestimmtes Flugblatt herauszugeben und zum Selbstkostenpreis abzugeben; den Orten, die Geldmittel nicht zur Verfügung haben, sind auf deren Antrag die Flugblätter gratis zu liefern."

Parlamentarisches.

55. Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages wird beauftragt: gegen die ungleichmäßige und mißbräuchliche Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung vor dem Reichstag Beschwerde zu führen und insbesondere darauf hinzuweisen, daß das, was dem Arbeitnehmer auf Grund dieses Paragraphen verboten wird, dem Unternehmer ungehindert gestattet ist."

56. Parteigenossen in Lübeck: „Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, eine Interpellation betr. die Handhabung des § 152 der Gewerbe-Ordnung durch Polizei und Justiz einzubringen."

57. Parteigenossen in Ronneburg: „Im Reichstag und den Landtagen, in denen Genossen sitzen, sind Anträge dahingehend zu stellen: Die Regierung aufzufordern, in den Etat eine Summe einzustellen aus der Personen, die in Folge hereinbrechender, unvorhergesehener Naturereignisse geschädigt werden, schadlos zu halten sind."

58. Parteigenossinnen in Dresden und Umgegend: „Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, dahin zu wirken, daß weibliche Fabrikinspektoren angestellt und auch alle kleinen Betriebe revidirt werden."

Resolutionen.

59. Parteigenossen in Lübeck: „Die Genossen erklären zur Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, sich jeglicher Stellungnahme enthalten zu wollen, da sie dieselbe als prinzipielle nicht ansehen, vielmehr in derselben eine rein taktische und dem freien Entschluß der Genossen zu überlassende erblicken. Die sozialdemokratische Partei Lübecks hat sich in ganz analogem Falle an den Bürgerschaftswahlen im Lübeckischen Staate betheiligt, bei denen ein Bürgerrechtszensus und ein komplizirtes Wahlverfahren Erfolge der Partei nahezu ausschließen. Sie hat es gethan, ohne sich in irgend einer Weise etwas zu vergeben oder irgendwie sich zu schädigen, sie hat es auch ausgeführt, ohne in der Gesammtpartei Deutschlands auf irgend welchen Widerspruch zu stoßen. Hierauf fußend ist sie der Ansicht, daß die Lösung der Frage getrost den preußischen Genossen anvertraut und mit Sicherheit erwartet werden kann, daß die Entschließungen derselben der Partei zum Vortheile gereichen werden."

60. Parteigenossen in Mainz: „Die Parteigenossen der Stadt Mainz halten auf Grund der in Hessen gemachten Erfahrungen den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneten in den preußischen Landtag für sehr wünschenswerth im Interesse der Propaganda des Sozialismus, der Hebung der gegenwärtigen Lage der Arbeiterklasse und der Bekämpfung der Reaktion. Sie hält darum die Aufhebung des Kölner Beschlusses von 1893 für geboten und empfiehlt den preußischen Genossen den Eintritt in die Landtagswahl mit dem Zwecke der Gewinnung von Mandaten. Die Entscheidung im Einzelnen hält sie für Sache eines preußischen Parteitages."

61. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Dem Parteitage die Aufhebung des Kölner Beschlusses, welcher die Parteigenossen zur Wahlenthaltung verpflichtet, zu empfehlen und die Parteigenossen zu verpflichten, bei Wahlen, an denen sich die Sozialdemokratie nicht als Gesammtheit betheiligt, keinem bürgerlichen Wahlmann oder Abgeordneten die Stimme zu geben, der nicht die Gewähr dafür leistet, daß er mindestens eintritt für: Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts für den Landtag und die Gemeinden, Beseitigung aller partikularrechtlichen, die freie Ausübung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts beschränkenden Bestimmungen, Aufhebung aller gegen die ländlichen Arbeiter und das Gesinde bestehenden Ausnahmerechte.

Während der Wahlbewegung ist überall in eine wirksame Protestbewegung gegen das Dreiklassen-Wahlsystem einzutreten.

Ueberall, wo durch die Betheiligung der Sozialdemokratie Einfluß auf die Gestaltung der Wahl vorhanden ist, sind sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen."

62. Parteigenossen des 10. Badischen Reichstags-Wahlkreises: „Angesichts der wirthschaftlichen Bedeutung der Eisenbahnreformfrage ist es nothwendig, in Versammlungen und in der Presse dieser Frage mehr Beachtung zu schenken, event. daß die Partei bezw. deren Vertreter sich in den Parlamenten mehr für die Frage zu interessiren."

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

63. Genosse **Hahn** in **Offenbach**: „Für den nächsten internationalen Kongreß die Frage anzuregen: Wie verhalten sich die Sozialdemokraten aller Kulturländer im Falle einer Kriegserklärung?"

64. Parteigenossen in **Solingen**: „Die „Bergische Arbeiterstimme" und die „Solinger Freie Presse" gehen am 1. November d. J. unter dem Namen „Bergische Arbeiterstimme" in den Besitz der Gesammtpartei über. Nach der Verschmelzuug der beiden Blätter tritt der bisherige Abg. Schuhmacher, der von der letzten Kreis-Partei-Versammlung wiederum mit großer Majorität als Kandidat für die demnächstige Legislaturperiode aufgestellt wurde, als Kandidat zurück, und einer später einzuberufenden Kreis-Partei-Versammlung soll die Aufstellung eines Reichstagskandidaten vorbehalten bleiben."

65. Parteigenossen in **Bremen**: „Dem Antrag, betr. die Seemannsordnung, unter den im Reichstage von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Initiativanträgen den Vorrang zuzuweisen."

66. Parteigenossen in **Bremen**: „Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, unverzüglich ein die Frage der uferlosen Flottenpolitik behandelndes, zur Massenverbreitung bestimmtes und gratis an die Parteiorganisationen abzugebendes Flugblatt herauszugeben."

67. Parteigenossen in **Bremen** treten ein für die Aufhebung des vom Kölner Parteitage ausgesprochenen Verbots der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Sie sprechen sich für die Betheiligung aus, überlassen es aber den Genossen der einzelnen Landtagswahlkreise zu entscheiden, ob sie durch Aufstellung eigener Wahlmänner oder durch sofortige Stimmabgabe für Wahlmänner der bürgerlichen Opposition den Wahlkampf führen wollen. Sie sind einverstanden, daß, unter strengster Wahrung der Grundsätze der Partei, von allen gebotenen Mitteln Gebrauch zu machen sei, Kandidaten unserer Partei in den preußischen Landtag zu bringen, und sie halten es für nothwendig, für die Frage der Unterstützung bürgerlicher Wahlmänner und Kandidaten eine Liste der Mindestforderungen aufzustellen, von deren Anerkennung die Zuwendung der sozialdemokratischen Stimmen abhängig zu machen ist.

68. Parteigenossen des **4. Berliner Reichstags-Wahlkreises**: „Der Parteitag findet in Zukunft zwischen Weihnachten und Neujahr statt."

69. Parteigenossen des **4. Berliner Reichstags-Wahlkreises**: „Die Sozialdemokratie blickt mit Verachtung auf das preußische Dreiklassen-Wahlsystem."

70. Parteigenossen des **4. Berliner Reichstags-Wahlkreises**: „In der Erkenntniß, daß die Partei nicht aus eigener Kraft Abgeordnete in das Abgeordnetenhaus wählen kann, von jeder Betheiligung an den Landtagswahlen abzusehen."

71. Parteigenossen des **4. Berliner Reichstags-Wahlkreises**: „Der Reichstagsfraktion ist zu empfehlen, die Wiedereinführung der dreijährigen Legislaturperiode zu beantragen."

72. Parteigenossen des **4. Berliner Reichstags-Wahlkreises**: „Zur fortlaufenden Kontrolle des Zentralorgans in lokaler und finanzieller Beziehung wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden der betheiligten Reichstags-Wahlkreise bestehen darf.

Diese Preßkommission hat bei allen Dingen finanzieller Natur, bei allen Anstellungen in Redaktion und Expedition mit zu entscheiden."

73. Parteigenossen in **Braunschweig**: „Der Parteitag wählt den Chefredakteur des Zentralorgans, setzt die Höhe seines Gehaltes fest und ertheilt diesem das ausschließliche Recht, die anderen Mitglieder der Redaktion, sowie die Mitarbeiter anzustellen und die Höhe ihres Honorars zu bestimmen. Kein Mitglied der Parteileitung darf Mitglied der Redaktion des Zentralorgans sein."

74. „Der Parteitag findet zwischen Weihnachten und Neujahr statt."

75. „Der Parteivorstand hat nach jedesmaligem Abschluß der Legislaturperiode in Broschürenform einen Bericht über die Verhandlungen des Reichstags analog denen von 1887—1890 und 1890—1893 herauszugeben."

76. Genosse Bark in **Eilbeck**: „Zur Ausstattung unserer Kalender dürfen patriotische Bilder Verwendung nicht finden."

77. Parteigenossen in **Barmbeck**: „Die Kölner Resolution vom Jahre 1893 ist dahin umzuändern, daß nicht jede Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen von vornherein ausgeschlossen sondern so viel Spielraum gewährt wird, daß bei vorkommender günstiger Gelegenheit es den Parteigenossen in Preußen unbenommen bleibt, sich an der Landtagswahl zu betheiligen oder nicht, aber ohne einen Kompromiß mit den links-liberalen Parteien einzugehen."

78. Genossen im **Salemerthal**: „Der Katalog der Vorwärts-Buchhandlung soll in größerer womöglich periodischer Art, auch als Agitationsschrift zur Verbreitung kommen."

79. Parteigenosse **Schmelzmayer** in **Hamburg**: „Der sozialdemokratische Parteitag zu Hamburg wolle zu der Genossenschaftsbewegung Stellung nehmen, und zwar: 1. derart, daß die Parteigenossen aufgefordert werden, sich zu „Wohnungsgenossenschaften" und „Konsumgenossenschaften" in den Städten, und zu „Heimstättengenossenschaften" und „Konsumgenossenschaften" auf den Landgebieten zusammenzuschließen, weiter: 2. derart, daß diese Wohnungs-, Heimstätten- und Konsumgenossenschaften keine Dividenden vertheilen dürfen (damit den Genossenschaften die Möglichkeit gegeben wird, die nachstehend aufgeführten Gelder zu erhalten, was für Spekulationszwecke nicht angängig wäre, und um etwaige Ueberschüsse, speziell in den Konsumgenossenschaften, zur Erweiterung derselben benutzen zu können), ferner 3. derart, daß die Wohnungs- und Heimstättengenossenschaften das Eigenthum an Grund und Boden untheilbar lassen, also als Genossenschafts-Eigenthum erwerben, die auf diesem Eigenthum haftenden Hypotheken innerhalb 50 Jahre tilgen und dadurch freies Land herbeiführen; weiter: 4. derart, daß die seitens der Partei angesammelten Fonds derartigen Konsumgenossenschaften mit nicht geschlossener Mitgliederzahl, die die Dividendenvertheilung ausschließen, als Baar-Darlehen gegen 3 Prozent Zinsen pro Jahr, innerhalb 20 Jahre rückzahlbar, zur Verfügung gestellt werden, und endlich 5. derart, daß die Parteigenossen aufgefordert werden, aus den freien Hülfskrankenkassen aus- und in die Orts- resp. Gemeindekrankenkassen einzutreten, daß die Fonds dieser freien Hülfskassen aber den Konsum- und Produktivgenossenschaften zugeführt werden. Eventuell ist durch Eingabe an den Reichstag die Auflösung der freien Hülfskassen zu erstreben."

80. Genosse **Windhoff** in **Düsseldorf**: „In Erwägung, daß die Maifeier von eminent agitatorischem Werthe für unsere Partei ist, haben unsere Parteigenossen mehr denn je für allgemeine Arbeitsruhe einzutreten."

81. Genosse **Windhoff** in **Düsseldorf**: „Die Parteischriftsteller sind gehalten, bei Fremd- oder anderen Wörtern, welche in Schrift und Sprache verschieden sind, die deutsche Aussprache in Parenthese oder Fußnote beizusetzen."

5*

82. Genosse Windhoff in Düsseldorf: „Der Parteitag möge den Ausschuß oder die Fraktion beauftragen, ungesäumt ein parlamentarisches Hand- und Nachschlagebuch für die in der Agitation thätigen Genossen zum Selbstkostenpreis herzustellen."

83. Genosse Stolten, Molkenbuhr u. Gen.: Der Parteitag möge beschließen: „Es ist den Redaktionen der Parteiblätter untersagt, den gemeinschaftlichen Bezug von Berichten über Parteitags- und Parlamentsverhandlungen zu verhindern."

84. (Abänderungsantrag.) Genosse Kolb u. Gen.: „Die Parteileitung wird beauftragt, Schritte zu unternehmen, um den im Privatbesitz des Genossen Adolf Geck dreimal die Woche in Offenburg erscheinenden „Volksfreund" in den Besitz der Partei zu überführen und denselben als täglich erscheinendes Organ in Karlsruhe herauszugeben."

85. Genosse Körsten, A. Hoffmann u. Gen.: „Beantrage, die Zusammenstellung des Kataloges der Vorwärts-Buchhandlung der Berliner Preßkommission, unter Mitwirkung des Leiters der Buchhandlung zu übertragen."

86. Genosse Gerlach u. Gen.: „Der geschäftsführende Ausschuß wird beauftragt, das Material bezüglich der Behandlung des Gesindes seitens der Gutsbesitzer und Pächter zu sammeln, übersichtlich zu bearbeiten und in Broschürenform herauszugeben."

87. Genosse Hoch, Katzenstein u. Gen.: „Die Parteileitung wird beauftragt, durch geeignete Genossen einen Entwurf eines Agrarprogramms und eingehender Erläuterungen dazu ausarbeiten zu lassen, ihn möglichst frühzeitig zu veröffentlichen und schließlich dem nächsten Parteitag vorzulegen."

88. (Abänderungsantrag.) Genosse P. Hoffmann u. Gen.: „Die sozialdemokratische Fraktion zu ersuchen, auf baldigste Aenderung der Seemannsordnung im Sinne der von der sozialdemokratischen Fraktion als Initiativantrag eingebrachten Seemannsordnung hinzuwirken."

89. Genosse Cl. Hengsbach-Köln (für Duisburg): „Der Parteitag erklärt sich im Prinzip gegen die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Damit aber den Anhängern der Wahlbetheiligung die Möglichkeit gegeben ist, in einzelnen, ihnen dazu geeignet erscheinenden Kreisen einen Beweis ihres Könnens erbringen zu können, erklärt sich der Parteitag für die Aufhebung des Kölner Beschlusses. Die an den Landtagswahlen sich eventuell betheiligenden Kreise dürfen Wahlmänner wie Kandidaten nur den Reihen der Parteigenossen entnehmen. Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien sind unzulässig. Die Berathung über die Landtagswahlen, sowie die Beschlußfassung über die Aufhebung des Kölner Beschlusses unterliegt dem gesammten Parteitage, dagegen die Abstimmung über die Wahlbetheiligung nur den auf dem Parteitage anwesenden preußischen Delegirten."

90. Genosse H. Schade u. Gen: „Der Parteitag erklärt sich gegen jede Doppel-Kandidatur bei den Reichstagswahlen.

91. Genosse Eitzinger u. Franz Schmitt: „Der Parteitag hebt den Kölner Beschluß bezüglich der preußischen Landtagswahlen auf und überläßt den preußischen Parteigenossen die selbstständige Entscheidung darüber, ob sie sich an den Landtagswahlen betheiligen wollen oder nicht.

92. Genosse Hoch: 1. „Die Fraktion wird beauftragt, im Reichstag sofort nach dessen Zusammentritt den Antrag einzubringen, daß die Ausschließung des Gewerbegerichts durch Vereinbarung der Parteien für ungiltig erklärt werde."

2. „Die Fraktion wird beauftragt, im Reichstag dahin zu wirken, daß es den Gewerbe-Inspektoren als Pflicht auferlegt werde, bei jedem größeren Streik behufs Anbahnung eines Vergleiches mit beiden Parteien in Unterhandlung zu treten."

93. Genosse **Haenisch, Katzenstein** u. Gen.: „Die Parteileitung wird beauftragt, ein Verzeichniß geeigneter agitatorischer und wissenschaftlicher wie Unterhaltungsliteratur als Führer für die Parteigenossen herauszugeben und zum Selbstkostenpreis abzugeben. In diesen Katalog sind alle geeigneten Schriften ohne Rücksicht der Person des Verfassers oder des Verlags aufzunehmen."

94. Genosse **Eberhardt, Knüpfer, Werner** u. Gen.: „Der Parteitag beschließt: Sämmtliche Wahlkreise liefern mindestens 10 Prozent der Einnahme an die Zentralstelle ab."

95. Genosse **Jean Hauck**: „Der Parteitag möge beschließen, daß die Maifeier als Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages nur dort durch Arbeitsruhe gefeiert wird, wo dies nicht von nachtheiligen Folgen für die Arbeiter begleitet ist. Im Uebrigen soll die seitherige Taktik in Bezug auf die Maifeier aufrecht erhalten bleiben."

96. (Abänderungsantrag der Delegirten aus **Berlin und Umgebung**, sowie der Genossen **Auer, Bebel** und **Singer** zu Anträgen 19 und 72): „Als § 17a ist der Organisation einzufügen: Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben, wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf. Einwände der Preßkommission sind dem Parteivorstande zur Erledigung zu unterbreiten. Von Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition ist der Preßkommission vor der Entscheidung Mittheilung zu machen und ihre Ansicht einzuholen."

97. Genosse **Sperka** u. Gen: „Der Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Stuttgart abzuhalten."

* * *

Resolutionen.

98. Resolution Bebel, betreffend die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen.

Der Parteitag beschließt:

Der Beschluß des Kölner Parteitages, der den preußischen Parteigenossen die Betheiligung an den Landtagswahlen auf Grund des Dreiklassenwahlsystems untersagt, wird aufgehoben.

Dagegen wird beschlossen:

1. Die Betheiligung an den nächsten preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen.

2. Inwieweit eine Wahlbetheiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.

3. Beschließen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbetheiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht:

a) ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben;

b) ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu betheiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die ausschließlich einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet.

4. Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:

a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag, für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und

geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;

b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

5. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesammtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe.

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Parteivorstandes für ihre Abmachungen mit anderen Parteien einzuholen.

99. Amendements zur Resolution Bebel.

Zur Resolution Bebel beantragen wir, in Ziffer 1 statt der Schlußworte: „wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen" zu setzen:
„wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen rathsam erscheinen lassen."

Ziffer 2 ist in gleicher Weise zu ändern. Wilh. Gewehr.

Hinter den Worten „Wahlen zum Landtag" in Punkt 4a ist einzuschalten: „und den Gemeinden."

Ferner als Punkt b ist einzufügen:
„für die Beseitigung der Gesindeordnung und aller die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Staatsangestellten beschränkenden Maßnahmen einzutreten."

Der jetzige Punkt b wird dadurch Punkt c. Johs. Heine.

Beantrage, bei Punkt 2 der Bebel'schen Resolution hinter dem Worte Verhältnisse zu setzen:
„Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden."

Alles andere noch Folgende zu streichen. Mittag.

Unterzeichneter stellt folgenden Antrag zur Resolution des Genossen Bebel: Wenn nicht der Beschluß gefaßt wird, daß der Kölner Beschluß bestehen bleibt, folgende Abänderung der Resolution hinter dem Schlusse unter Nr. 2 „nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse" ausdrücklich betont wird, „ohne jeden Kompromiß und Bündniß mit gegnerischen Parteien." Ad. Baker-Strelitz.

100. Resolution, betreffend die Stellung der Partei zu den Reichstagswahlen.

Der Parteitag beschließt:

1. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort in die Vorbereitungen für die allgemeinen Reichstagswahlen einzutreten und in allen Wahlkreisen, in welchen organisirte Parteigenossen vorhanden sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der zu erwartenden Stimmen, einen Parteikandidaten aufzustellen.

2. Im Falle einer engeren Wahl in einem Wahlkreis, bei welcher der Kandidat der Partei nicht in Frage kommt, sind die Parteigenossen gehalten, demjenigen Kandidaten einer bürgerlichen Partei ihre Stimmen zu geben, der sich verpflichtet, im Falle seiner Wahl für Folgendes im Reichstage einzutreten:

a) Für Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in seiner jetzigen Gestalt, es sei denn, daß es sich um Anträge auf Erweiterung oder größere Sicherung desselben handelt.

b) Für Aufrechterhaltung des unverkürzten Budgetrechts des Reichstages. (Kein Septennat, Quinquennat 2c.)

c) Für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes durch ein Reichsgesetz.
d) Gegen die Einführung von Ausnahmegesetzen irgend einer Art und gegen die Verschärfung des bestehenden Strafrechts, soweit es sich dabei um politische Vergehen oder Verbrechen handelt.
e) Gegen jede Verschlechterung der bestehenden Preßgesetzgebung.
f) Gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirekter Steuern und Zölle auf nothwendige Lebens- oder Genußmittel. (Bier, Tabak ꝛc.)

3. Kommt kein Kandidat in Frage, der sich auf diese Forderungen verpflichtet, so ist strikte Stimmenthaltung zu proklamiren.

101. Resolution zu Punkt 10 der Tagesordnung.

Der im Oktober 1897 in Hamburg tagende sozialdemokratische Parteitag protestirt gegen die, anläßlich der Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion, von dem Genossen Schippel ausgesprochene Auffassung, daß sozialdemokratische Abgeordnete im deutschen Reichstage aus irgend welchen Gründen, entgegen aller bisher von der Fraktion befolgten Taktik für Bewilligung von Geldern zu militärischen Zwecken ihre Stimme abgeben dürften.

In Anbetracht, daß die Regierung jede Mehrforderung stets und ständig mit dem Argument „des nothwendigsten Schutzes der nationalen Wehrkraft" motivirt, legt der Parteitag entschieden Verwahrung dagegen ein, daß sich die Fraktion von der bedingungslosen Ablehnung des Militäretats abdrängen lassen könnte.

Die Ehre der Partei erfordert es, daß der Parteitag klar und bündig sein Veto einlegt gegen eine von diesem bisher in Wort und Schrift durch die Gesammtpartei vertretenen prinzipiellen Standpunkt abweichende Auffassung des Genossen Schippel.

Sindermann-Dresden. Reichelt-Dresden. F. Stelzner-Dresden.
P. Dreyer-Dresden-Löbtau. Ernst Nitzschke-Großenhain. H. Baerer.
P. Wilm. K. Müller. L. Beschning. Eitzinger. F. Heine.
F. Abel. G. Krüger. H. Steinbach. Lohmann. Cohns. Gewehr.
Wammes. Faerber. Lützner, A. Eichhorn.

102. Resolution zu Punkt 7 der Tagesordnung: „Der Parteitag erklärt nach Entgegennahme des Berichts über die Verhandlungen des diesjährigen Arbeiterschutz-Kongresses in Zürich sein Einverständniß mit den daselbst gefaßten Beschlüssen und ersucht die Parteigenossen, bei jeder passenden Gelegenheit für diese Beschlüsse zu wirken."

103. Resolution zu Punkt 8 der Tagesordnung: Der Parteitag wolle beschließen: „die Resolution des Gothaischen Parteitages betreffend die Maifeier für die folgenden Jahre als bindend zu betrachten."

Protokoll.

Vorversammlung
am Sonntag, den 3. Oktober, Abends 7 Uhr, in Tütge's Etablissement, Valentinskamp in Hamburg.

Im Tütge'schen Saale traten Abends um 7 Uhr die Delegirten zur Vorversammlung zusammen. Die Hamburger Genossen hatten für den festlichen Schmuck des prächtigen Saales trefflich gesorgt. Mit rothen Draperien waren die Säulen, die Rednertribüne und das Podium behangen, auf dem das Bureau Platz nehmen wird. Im Hintergrunde der Bühne stehen in einem Hain von Palmen und Lorbeerbäumen die Büsten von Marx, Engels und Lassalle. Ueber dem Eingang zum Saale hängt das Porträt unseres Geib.

Den schönsten Schmuck reicher geschichtlicher Erinnerungen des weiten Raumes bilden die siebenzig prächtigen Partei-, Gewerkschafts- und Vereinsfahnen, die über der Bühne flattern, von den Galerien herabwehen und an den Wänden aufgerichtet sind. Wenn an nichts Anderem, so kann man hieran erkennen, daß der Parteitag diesmal in einer unserer Hochburgen zusammengetreten ist. An die sturmerprobten rothen Banner der Partei von Hamburg und Altona schließen sich die Fahnen aller Gewerkschaften und Arbeiter-Gesangvereine dieser beiden Städte. Unser alter Schlachtruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! steht auf breitem, weißem Bande, das hoch über dem Podium ausgespannt ist.

Der Andrang der Hamburger Genossen zu der heutigen Abend-Versammlung ist außerordentlich stark. Um 6½ Uhr sind die zwölfhundert Plätze, die für die Zuhörer zur Verfügung stehen, besetzt und Hunderte müssen umkehren. Kurz nach 7 Uhr tragen die beiden Liedertafeln „Männer-Gesangverein Freiheit" und „Quartett Barmbeck" einen „Gruß an den Parteitag", den der alte Jakob Audorf gedichtet hat, und „Bet' und arbeit'! ruft die Welt" von Georg Herwegh vor.

Nachdem der Beifall verrauscht ist, den der treffliche Vortrag der Lieder verdient hatte, betritt **Frohme** die Rednertribüne und begrüßt die Erschienenen mit folgenden Worten:

Im Namen des Lokalkomitees, welches die Hamburg-Altonaer Parteigenossenschaft repräsentirt, habe ich mich der ehrenvollen Aufgabe zu entledigen, Sie herzlich willkommen zu heißen. Damit soll nicht lediglich der Rücksicht auf eine bloße äußerliche Anstandspflicht genügt sein. Der Willkommensgruß, den ich Ihnen entbiete, ist ein freudiger Ausdruck des Gefühls schöner Solidarität, das die Tausende der Genossen in dieser Stadt und der Umgegend Ihnen entgegenbringen — ein Ausdruck des Vertrauens zu Ihrem Wirken im Dienste der Partei — ein Ausdruck unwandelbarer Hingebung an die gemeinsame große Sache, zu deren Wahrung und Förderung Sie hierher geeilt sind in die alte Hansastadt am Elbestrand, aus allen Gauen des Reiches von Fern und Nah. Willkommen denn im Geiste der hehren Prinzipien, die uns verbinden mit Millionen auf dem weiten Erdenrund! Willkommen auf einem Stück deutschen Bodens, wo dieser Geist guten Theiles heimathberechtigt ist! Willkommen unter den leuchtenden Bannern und Panieren, die ihm geweiht — stumme und doch so ausdrucksvolle, gewaltig mahnende Zeugen von Kämpfen,

die er bestanden, von Siegen, die er errungen! Diese Zeichen, umkränzt vom Grün der Treue und der Hoffnung, sie künden Ihnen ein bedeutsames Stück der Geschichte unserer Partei. Hier in Hamburg, und speziell in diesem festlich geschmückten Saale, fand im Jahre 1863, als Ferdinand Lassalle mit flammendem Wort die Arbeiterklasse aufrief zum großen Emanzipationskampf, der demokratische Sozialismus eine seiner ersten und fruchtbarsten Pflanzstätten, von wo aus er in kräftigem Wachsthum sich ausbreiten konnte. Klein, winzig klein im Verhältniß zur Masse der Arbeiterschaft war die Schaar der wackeren Männer, die damals hier auf dem Boden der Organisation des von Lassalle geschaffenen Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins eintrat in den Riesenkampf für der Arbeit unverjährbares Recht, für des Volkes Freiheit, Würde und Ehre gegen die unbesieglich scheinende Macht der herrschenden Interessen. Aber aus der kleinen Schaar, verachtet und verhöhnt von den Vertretern dieser Interessen, erwuchsen Bataillone und aus den Bataillonen ward ein Heer, das Schlachten schlug und Siege feierte, die unvergessen bleiben werden, so lange man die Geschichte der Sozialdemokratie kennen wird. Das Lied, das so viele Hunderttausende heute begeistert singen, „so weit die deutsche Zunge klingt", das Kampf- und Sturmlied der deutschen Sozialdemokratie, das da jubelnd ausklingt in die Worte: „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all'", die „deutsche Arbeiter-Marseillaise", in der das Herzblut unseres Jakob Audorf rinnt — hier in diesem Raume ertönte sie zum ersten Male — ein Appell an Alle, die „Recht und Wahrheit achten", zum Kampfe gegen den tief gehaßten Feind, den „Unverstand der Massen". Er hat uns „umlagert schwarz und dicht", dieser Feind, aber des Sängers Hoffnung ist Wahrheit worden: des Geistes Schwert hat ihn durchbrochen, schöne Erkenntniß bringend den Mühseligen und Beladenen, dem armen verachteten bedrückten Proletariat! Da drängt sich mir in der Erinnerungen Fülle eine auf, der ich besonderen Werth beimesse: Im Jahre 1865 nannte ein bürgerliches Blatt Hamburg spöttisch die „sozialdemokratische Apostelschule". Diesen Spott hat die ernste Wahrheit gerichtet. Ja, von hier sind der Apostel des neuen Evangeliums, der erhabenen Erlösungsidee des Sozialismus gar viele hinausgezogen in alle Welt, „anfeuernd, mahnend, stachelnd, fluchend — und dennoch einzig suchend — den Frieden, den Oelzweig." Den Frieden in der Wahrheit, in der Gerechtigkeit, im echten Menschthum, das keine Unterdrücker und Unterdrückte kennt. Um dieses Friedens willen der Kampf, und in diesem Kampf die Treue, die Opferfreudigkeit, der nimmer wankende Muth, die feste Zuversicht auf den Sieg. Das ist's, was die Sozialdemokratie charakterisirt. Mit welchem Erfolg dieser Kampf hier geführt worden, Sie wissen es Alle. Ich glaube, ohne mich der Ueberhebung und Unbescheidenheit schuldig zu machen, sagen zu dürfen, daß Hamburg eine Hochburg der Sozialdemokratie geworden ist und bleiben wird. Mögen Sie, werthe Freunde und Genossen, Vertreter der Partei, erfüllt von diesem Bewußtsein und in der Ueberzeugung, daß die Parteigenossenschaft Hamburgs die Ehre, die ihr mit Abhaltung dieses Parteitages erwiesen wird, zu würdigen weiß, an die Erfüllung Ihrer wichtigen und ernsten Aufgaben herantreten. Unsere Parteitage sollen die Kampfes- und Siegestüchtigkeit der Partei nach Möglichkeit stärken; ihre Prinzipien klären, ausgestalten und fester begründen; ihre Taktik auf die Bewährung untersuchen und für weiterhin bestimmen; ihre Organisation fördern und mißliche Zustände, die sich in ihren eigenen Reihen etwa herausgebildet haben sollten, beseitigen. In allen diesen Richtungen haben die vorangegangenen Parteitage Bedeutendes geleistet. Der jetzt beginnende wird an Bedeutung nicht hinter ihnen zurückstehen. Nicht zum Geringsten liegt diese Bedeutung in der Aufklärung, der immer mehr die Massen theilhaftig werden müssen — die Massen, auf die allein unsere Bewegung sich stützen kann. Groß ist und immer größer wird

die Verantwortlichkeit unserer Partei vor dem Volke, vor der Gegenwart und Zukunft. Wir haben im Volksinteresse Pflichten übernommen; wir haben dem Volke thatkräftigstes Wirken für seine Wohlfahrt feierlichst zugesichert — und das Volk hat uns durch seine Wahlstimmen Vertrauen bekundet. Dem müssen wir genügen und zwar in immer höherem Maße.

Ich bin überzeugt, daß Sie Alle mit mir in diesem Punkte übereinstimmen und daß Sie, Ihrer Verantwortlichkeit sich bewußt, ihr auch genügen werden. Möge der Streit der Meinungen auch heftig entbrennen, wenn er beherrscht wird von dem guten Willen, der Partei zu nützen, wird er gute Früchte bringen. Das alberne Gelärm unserer Gegner über „zersetzende Strömungen und Stimmungen" innerhalb unserer Partei kümmert uns nicht; das sind wir seit dreißig Jahren gewohnt. Wir haben uns noch nie getäuscht in der Ueberzeugung, daß das Wirken der lebendigen Kräfte in unserer Partei, möge es gleich vorübergehend zu scharfen Divergenzen der Ansichten führen, uns nur nützen kann. Möge es altbewährter Leitung gelingen, die Verhandlungen des Parteitages in gewohnter Weise zu einem guten Ende zu bringen! Neue Waffen sollen hier geschmiedet, neue Positionen geschaffen werden zum Kampfe gegen die entfesselten finsteren Mächte der Reaktion, die nicht nur unsere Partei, sondern die ganze deutsche Nation mit der Vernichtung des Rechtes und der Freiheit bedrohen. Neue Kämpfe bereiten sich vor, schwerere und entscheidendere wohl, als wir sie seither siegreich im Bunde mit der allgewaltigen Macht der Thatsachen bestanden haben. Sie sollen uns stärker, opfer- und siegesfreudiger finden als je zuvor, ein unbezwinglich Heer in Geisteswaffen, die wahre, echte und rechte Partei des Volkes, die nicht mit Bangen in die Zukunft zu schauen braucht. Sie ist unser, die Zukunft, sofern wir unsere Pflicht in der Gegenwart erfüllen. Das wollen, das werden wir und dafür soll dieser Parteitag eine neue, sichere Bürgschaft sein. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr: Der geschäftsführende Ausschuß hat mich beauftragt, den heutigen Parteitag zu eröffnen. Ehe wir jedoch zur Bureauwahl gehen, kann ich nicht umhin, einige Worte über den gegenwärtigen Tag zu sagen, da er ja ein Erinnerungstag im Kampfe der Sozialdemokratie ist. Heute sind zehn Jahre verflossen, seit in der Nähe von St. Gallen 80 Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zusammentraten, um einen Parteitag im Auslande abzuhalten. Es ist also ein Gedenktag der Sozialdemokratie, und wir können sagen, ein Jahrzehnt der Siege ist seitdem verflossen. Damals sann Puttkamer darauf, mit welchen Mitteln endgiltig die Sozialdemokratie beseitigt werden könne. Seine Verschärfungen des Sozialistengesetzes, die er damals plante, gaben der Reaktion noch die Hoffnung, daß es möglich sei, diese Bewegung mit Gewaltmitteln zu unterdrücken, und wir sehen, die Leute der Gewalt sind gewichen, die Sozialdemokratie ist die Siegerin auf dem Kampfplatz. Damals hatten wir eben eine Wahl hinter uns. Die Sozialdemokratie hat unter dem Sozialistengesetze bewiesen, daß sie auch eine siegende Partei sein könne. Seitdem haben wir zwei Wahlen gehabt, jede Wahl hat uns neuen Zuwachs gebracht, ja, eine Million Mitstreiter sind im ersten Jahrzehnt gewonnen worden. Jetzt sollen wir berathen, wie wir uns zu den nächsten Reichstagswahlen stellen werden. Jetzt stehen wir vor einer Wahl, um wieder einmal Heerschau zu halten. Die ganze Situation von heute und damals gleicht sich ja insofern, weil auch heute die Reaktionäre darauf sinnen, ob nicht eine Möglichkeit vorhanden ist, mit Gewalt schließlich die Bewegung zu unterdrücken, und gerade deshalb werden die bevorstehenden Wahlen von so unendlicher Bedeutung sein; ja, wir können sagen, der Schlachtplan soll hier entworfen werden, der Schlachtplan, unter dem das Proletariat einen Kampf im nächsten Jahre auskämpfen soll. Es ist eigenthümlich: solange die sozialdemokratische Partei besteht, hat

sie es als ihre wichtigste Aufgabe mit betrachtet, gerade die Wahlagitation zu betreiben; aber seit 21 Jahren hat kein Parteitag sich mit der Frage der bevorstehenden Wahlen beschäftigt, weil entweder die Wahlen unvermuthet kamen oder, wie es unter dem Sozialistengesetz regelmäßig der Fall war, erst längere Zeit nach einem Parteitage. Die bevorstehenden Wahlen werden von besonderer Bedeutung sein; gerade bei diesen Wahlen gilt es, den Gegnern einen Schlag zu versetzen, und deshalb steht dem gegenwärtigen Parteitage, der jetzt an der Nordgrenze des Deutschen Reiches tagt, eine besonders wichtige Aufgabe bevor. Es gilt eine Grundlinie zu schaffen, eine Organisation, unter der wir neue Siege an unsere Fahnen heften. Ohne Zweifel blickt nicht nur Deutschland, sondern die ganze zivilisirte Welt auf diesen Parteitag. Es gilt für uns, zu arbeiten im Interesse des gesammten Proletariats. (Bravo!)

Es war bei uns bisher üblich, daß der Parteitag geleitet wird von zwei Präsidenten mit gleichem Recht. Dagegen erfolgt auch diesmal kein Widerspruch, ich bitte um Vorschläge.

Meist-Köln schlägt **Singer** und **Lesche**-Altona vor. Ein anderer Vorschlag wird nicht gemacht.

Singer: Zugleich im Namen des Genossen Lesche sage ich Ihnen herzlichen Dank für die Ehre, die Sie uns durch die Wahl zu Vorsitzenden erwiesen haben. Ich brauche, was mich anlangt, nicht erst zu sagen, von wie lebhaftem Dank ich erfüllt bin, daß der Parteitag mir wiederholt das Vertrauen erweist, mich mit der Leitung der Geschäfte zu beauftragen. Ich glaube, ich kann meinen Dank nicht besser bethätigen, als wenn ich Ihnen auch heute verspreche, in strenger Objektivität Alles aufzubieten, um die Geschäfte des Parteitages im Interesse der Partei zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Die Vorredner haben in beredter und schöner Weise auf einen Gedenktag hingewiesen, den wir heute feiern. Ich nenne noch einen anderen Gedenktag, der besonders für die Hamburger Genossen hier von Bedeutung ist: Auch das Hamburger Parteiorgan hat in diesen Tagen das Jubiläum des zehnjährigen Bestehens gefeiert. Und so wie die Hamburger Presse, waren es auch die Hamburger Genossen, die stets voran in der Partei gekämpft haben! Ich hege die feste Zuversicht, daß es auch in Zukunft so bleiben wird. (Beifall.)

Der Parteitag in St. Gallen, der letzte, der unter dem Sozialistengesetz abgehalten worden ist, hat uns zu neuen Siegen geführt. Wir treten heute in die Geschäfte dieses Parteitages ein, in der Zuversicht und in dem Bewußtsein, daß auch dieser Parteitag keinem anderen nachstehen wird in dem Bestreben, für die Ehre, die Kraft und die Agitation der Partei weiter zu arbeiten, und ich weiß mich eins mit Ihnen Allen, wenn ich Sie bitte, dieses Gelöbniß aus-auszusprechen in unserem alten Schlachtruf: Die deutsche Sozialdemokratie, heute mehr angegriffen wie je, heute aber auch kampfbereiter wie je, sie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegirten und die Zuhörer erheben sich von ihren Plätzen und stimmen begeistert in das Hoch mit ein.

Auf Vorschlag von **Geyer**-Leipzig werden durch Akklamation zu Schriftführern folgende Genossen gewählt: Frl. **Baader**-Berlin, **Sperka**-Stuttgart, **Hug**-Bant, **Feldmann**-Langenbielau, **Sindermann**-Dresden, **Ullenbaum**-Elberfeld, **Knapp**-Stettin, **Stolten**-Hamburg und **Börner**-Berlin. — Genosse Eitzinger-Nürnberg, der ursprünglich mitvorgeschlagen war, hatte zu Gunsten von Börner-Berlin, den Zubeil vorgeschlagen, auf eine Wahl verzichtet.

In die **Mandats-Kommission** werden durch Zuruf gewählt: **Weinheber**-Hamburg, Frau **Jäger**-Leipzig, **Böhle**-Straßburg, **Arons**-Berlin, **Katzenstein**-Mainz, **Sittig**-Hannover und **Michaelis**-Waldenburg.

Die provisorische Geschäftsordnung wird ohne Debatte genehmigt.

Singer: Bevor wir die Tagesordnung festsetzen, bitte ich, zwei Resolutionen, die hier eingelaufen sind, — hoffentlich einmüthig — anzunehmen. Es sind Sympathiekundgebungen für die um den Achtstundentag ringenden englischen Metallarbeiter. (Lebhafter Beifall.) Die erste Resolution ist vom Genossen Legien eingebracht und lautet:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bietet den im Kampf um den Achtstundentag befindlichen Maschinenbauern Englands seine brüderlichen Grüße und wünscht, daß dieser für die Erringung des achtstündigen Arbeitstages bedeutungsvolle Kampf zu Gunsten der Arbeiter entschieden werde. Die Delegirten verpflichten sich, in ihren Heimathsorten dafür zu sorgen, daß der Zuzug von Metallarbeitern nach England fern gehalten und auch eventuelle Unterstützung aufgebracht wird, damit die Metallarbeiter Englands nicht wegen Mangel an Geldmitteln den Kampf aufgeben müssen. Wenn der Parteitag auch der Meinung ist, daß die englischen Gewerkschaften finanziell so günstig stehen, daß sie noch lange dem Unternehmerthum Trotz zu bieten vermögen, so hält er es doch für den besten Ausdruck der Solidarität, wenn die deutschen Arbeiter nach besten Kräften den englischen Arbeitsgenossen mit materieller Hilfe zur Seite stehen. Der Einigkeit des Proletariats gegenüber wird das Unternehmerthum sich als machtlos erweisen. Der Sieg der Maschinenbauer Englands wird neue Bahnen schaffen zum endlichen Siege des Proletariats aller Länder.

Eine zweite Resolution rührt von den Genossen Stücklen-Hof, Emmel-Saarlouis, Thiele-Halle, Lienau-Neumünster und Metzger-Hamburg:

Der heutige Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands entsendet den um den Achtstundentag kämpfenden Maschinenbauern Englands seinen brüderlichen Gruß. Er erklärt, daß die Sozialdemokratie Deutschlands mit hohem Stolze auf die mustergiltige gewerkschaftliche Organisation blickt, mit der die Arbeiter des Maschinenfaches in England der starken Koalition ihres Unternehmerthums entgegenzutreten wissen. Mit Genugthuung begrüßt er ferner die Thatsache, daß zum ersten Mal gewerkschaftlich organisirte Arbeiter eines ganzen Gewerbes im kapitalistischen Musterstaat England den Achtstundentag als Kampfsparole ausgegeben haben. Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands versichert deshalb die englischen Maschinenbauer seiner besonderen Sympathie und wünscht ihnen baldigen und vollständigen Erfolg in ihrem bedeutsamen Kampfe.

Bebel bittet, die erste Resolution zu Gunsten der zweiten zurückzuziehen. Sie scheint besser dem Geist zu entsprechen, in dem wir uns ausdrücken wollen. (Zustimmung.)

Singer: Ist Genosse Legien damit einverstanden?

Legien: Nein.

Singer: Ich glaube, es ist der Sache nicht dienlich, wenn wir uns in einen Wortkampf über die Fassung der Resolution einlassen. (Zustimmung.) Worauf es ankommt, wissen wir Alle. Wir wollen den englischen Maschinenbauern unsere Sympathie, unseren Glückwunsch und unsere Hoffnungen auf ihren Sieg aussprechen. (Bravo!) Ich nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, wenn das Bureau die Redaktion der beiden Resolutionen zu einer vornimmt und ich konstatire mit Genugthuung, daß der Parteitag einstimmig die Sympathiekundgebung selber beschlossen hat. (Bravo!)

Nunmehr wird zur Feststellung der provisorisch vorgeschlagenen Tagesordnung geschritten.

Punkt I: Geschäftsbericht wird debattelos anerkannt.

Singer: Wir werden den Geschäftsbericht wieder gruppenweise diskutiren und zwar in einer Gruppe: Allgemeine Agitation, in einer zweiten: die

Presse, und in einer dritten: die Kassenverhältnisse. Dabei werden die Anträge, so wie sie in diese Eintheilung fallen, mitverhandelt werden. Diese Praxis hat sich in Gotha durchaus zweckmäßig erwiesen.

Die Punkte der Tagesordnung II, III und IV bleiben, wie vorgeschlagen ist.

Zu Punkt V: Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen beantragen die Parteigenossen des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises einen Korreferenten zu bestellen.

Börner-Berlin: Die Genossen, die diesen Vorschlag machten, sagten sich: Wenn ein Korreferent bestellt wird, wird die Diskussion wesentlich abgekürzt. Aus eben diesem Grunde ersuche auch ich Sie, für den Antrag zu stimmen.

Der Antrag wird angenommen.

Für das Korreferat werden Liebknecht, v. Elm und Schönlank vorgeschlagen. Schönlank verzichtet und Liebknecht wird mit großer Mehrheit zum Korreferenten bestimmt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung bleiben, wie sie provisorisch aufgestellt waren, nachdem ein Antrag der Parteigenossen in Lübeck, als achten Punkt die Besprechung des Proportional-Wahlsystems einzufügen, nicht die nöthige Unterstützung gefunden hat.

Als Arbeitszeit des Parteitages wird, wie es bisher immer üblich war, die Zeit von 9—1 und von 3—7 festgesetzt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Singer dankt noch der Redaktion und dem Verlag der „Gärtnerzeitung", die im Vereine mit dem Vorstande des Gärtnerverbandes dem Kongreß einen prächtigen Strauß aus rothen Georginen und Gladiolen gewidmet hat, für die Gabe und schließt dann gegen 1/2 9 die Vorversammlung.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 4. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Auch in diesem Jahre haben wir das Vergnügen, die Vertreter ausländischer Bruderparteien bei uns zu begrüßen. Die belgische Sozialdemokratie hat Genossen Furnemont hierher gesandt. Ich heiße ihn herzlich willkommen. Wir Alle wissen, mit welcher Tapferkeit, mit welcher Energie die belgischen Genossen das allgemeine Wahlrecht und mit dem Wahlrecht den Einzug ins Parlament erobert haben. Wir wissen, daß sie auch in Zukunft ihre Schuldigkeit thun und Schulter an Schulter mit dem Proletariat aller Länder für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen werden. Unsere österreichische Bruderpartei sendet zwei Delegirte. Genosse Sklaret vertritt die Gesammtpartei-Vertretung, Genosse Zeller den Verband sozialdemokratischer österreichischer Reichsraths-Abgeordneten. Als wir vor einem Jahre in Gotha Genossen Schumeier hörten, da versicherte er uns, und wir Alle glaubten es ihm, daß die österreichische Partei mit aller Kraft in die Wahlbewegung eintreten und Mandate erobern würde. Heute weilt ein sozialdemokratischer Reichsraths-Abgeordneter unter uns, Genosse Zeller. Unsere österreichischen Freunde haben gleich im ersten Ansturm große Erfolge errungen, und wir haben die feste Hoffnung, daß sie auf diesem Wege weiterschreiten werden. Ich glaube es im Namen dieses Parteitages aussprechen zu können: die österreichische und die belgische Sozialdemokratie haben sich verdient gemacht um die Sache des internationalen Proletariats. Ich heiße ihre Vertreter hier herzlich willkommen. (Beifall.)

Genosse Leßner in London hätte, wie er schreibt, gern an unserem Parteitag theilgenommen, zumal er gerade jetzt das fünfzigjährige Jubiläum seiner Parteithätigkeit feiern kann. Leider ist er durch Krankheit verhindert.

Im Namen der spanischen Partei sendet uns Iglesias, der Vielen von uns aus den internationalen Kongressen bekannt ist, Grüße und Wünsche für den Erfolg unserer Verhandlungen.

Außerdem ist eine Reihe weiterer Begrüßungsschreiben und Telegramme eingelaufen. Soeben erfahre ich, daß auch die sozialdemokratische Partei der Niederlande den Genossen Schaper, Mitglied des Gemeinderathes in Groningen, hierher gesandt hat. Auch die holländischen Genossen haben Mandate erobert und auch die Tribüne im Haag ist eine Stätte der Sozialdemokratie geworden. Ich heiße den Genossen herzlich willkommen. (Beifall.)

Fournemont: Ich danke Ihnen für den freundlichen Empfang, den Sie mir zu Theil werden lassen. Es freut mich, daß man anerkannt hat, daß das kleine Belgien auch ein Recht hat, hier zu sein und daß es ebenso herzlich begrüßt ist wie die Vertreter der großen Nationen. Belgien ist ja nur ein kleines Land, welches gewissermaßen wie ein Satellit unter den andern Ländern um das große Deutschland herumkreist. Mit Stolz blicken wir Alle empor zu der bestorganisirten und größten sozialistischen Partei, deren Vertreter wir hier versammelt sehen. Auch in Belgien, so klein es ist, hat der Sozialismus tiefe Wurzeln gefaßt, dreißig Deputirte sitzen in der Kammer, Hunderte von Vertretern befinden sich in den Gemeinderäthen, und die Angehörigen der Partei zählen nach Hunderttausenden, sodaß man die Zeit voraussehen kann, wo die Mehrheit der Bevölkerung dort sozialistisch sein wird. Nochmals Dank für den freundlichen Empfang. (Lebhafter Beifall.)

Sklarek-Wien: Ich brauche wohl nicht besonders hervorzuheben, wie innig unsere Beziehungen zu Euch sind, ich brauche nicht zu betonen, wie eng geknüpft das Band ist, das uns mit Euch verbindet. Es ist allerdings ein natürlicheres Bündniß als das, welches unsere Diplomaten schließen, es ist ein Bündniß zum Zwecke der Befreiung der Arbeiterklasse. Noch im Vorjahre haben wir Euch die Versicherung gegeben, daß wir Oesterreicher unablässig bemüht sein werden, das Wahlrecht, das uns bisher vorenthalten wurde, zu erringen, und trotz lebhaften Widerspruches haben wir es durchgesetzt, daß das Ministerium dem Arbeiter sein Wahlrecht geben mußte, allerdings ein Wahlrecht, das man eher als ein Unrecht bezeichnen kann. Aber wir haben es verstanden, dieses Mittel, diese mageren Knochen, die uns hingeworfen wurden, zu benutzen im Kampfe um die Beseitigung der Privilegien. Ich fühle mich verpflichtet, den deutschen Genossen den Dank für die thatkräftige Unterstützung im Wahlkampfe abzustatten. Das, was uns zu gemeinsamem Kampfe beseelt, läßt sich nicht trennen durch die Grenzpfähle, die die Bourgeoisie aufgestellt hat, um ihre egoistischen Bestrebungen besser in ihren Lokalschranken beschränken zu können. Das, was uns verbindet, hat eine weit tiefere und festere Grundlage, und ich bin überzeugt, daß sich diese Beziehungen immer mehr befestigen und ausbauen werden. Mit dem größten Interesse verfolgt die österreichische Partei Ihre Berathungen. Indem ich Ihnen nochmals besten Erfolg wünsche, schließe ich mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. (Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein.)

Zeller-Teplitz: Im Auftrage der Sozialdemokraten im österreichischen Abgeordnetenhause spreche ich Ihnen den wärmsten Dank aus für die thatkräftige materielle Unterstützung, die Sie uns in unserem Wahlkampfe geleistet haben. Noch mehr danken wir Ihnen aber für Ihre geistige Hilfe in dem Kampfe. Wir wissen Ihre Kämpfe und Ihre Erfolge wohl zu würdigen. Aber auch wir haben zu der Zeit Ihres Sozialistengesetzes zu kämpfen und zu leiden gehabt: Auch wir haben Erfolge errungen, wenn wir auch eine arme Partei

sind. Gegenwärtig wird Ihnen viel erzählt von der Bedrückung des deutschen Volkes in Oesterreich. In der That, das deutsche Volk bei uns ist in einer erbärmlichen Lage, es wird bedrückt. Aber welches deutsche Volk? Die deutschen Arbeiter. Und wer ist der Feind? Nicht die polnischen und czechischen Arbeiter; nein, neben dem polnischen Adel, dem czechischen Adel und Bürgerthum auch das deutsche Bürgerthum. Wenn die deutschen Arbeiter ihre Lage verbessern wollen, dann wird nach den Gendarmen gerufen; das sind dieselben großen Führer der deutsch-nationalen Bewegung, die dann in das Reich hinausgehen und um Hilfe rufen für das bedrückte deutsche Volk. Auch wir gehen hinaus, um unsere Gemeinsamkeit mit Ihnen zu bekunden und uns für den Kampf zu stärken. Wir wünschen Ihnen weitere Erfolge; denn diese machen sich auch bei uns bemerkbar und wir heimsen einen Theil von ihnen ein. Die deutsche Sozialdemokratie hat uns den Weg gezeigt, wir folgen ihrer Führung. Möge sie auch in Zukunft uns vorbildlich sein und von Sieg zu Sieg schreiten.

Schaper-Groningen: Ich überbringe die Grüße der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und auch unseren herzlichen Dank für die finanzielle Unterstützung. Unsere Partei ist leider noch klein, aber zwei Genossen haben wir schon ins Parlament gebracht, wir hoffen es weiter zu bringen.

Die Genossen Guesde und Lafargue übersenden die Grüße der französischen Arbeiterpartei.

Singer theilt mit, daß am Donnerstag die Nachmittags-Sitzung ausfällt. Der Kongreß wird an diesem Tage der Einladung des Lokalkomitees zu einer Hafenfahrt folgen.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1: **Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.**

Pfannkuch: Der Bericht des Ausschusses liegt gedruckt vor, und nur Weniges ist diesmal mündlich hinzuzufügen. In den Begrüßungsreden wurde bereits auf die Erfolge der Sozialdemokratie in außerdeutschen Ländern hingewiesen. Gedenken wir auch der kleineren Erfolge, die die Partei im eigenen Lande errungen hat. Als wir im vorigen Jahre nach Gotha gingen, konnten uns die Gothaischen Genossen mittheilen, daß sie acht Mandate erobert hätten. Das war der schönste Willkommensgruß, der uns werden konnte. Genosse Baudert ist inzwischen wieder in den Landtag für Sachsen-Weimar gewählt worden. Bei den Meininger Landtagswahlen haben wir vier Mandate erobert; in einem fünften Kreise stehen wir in Stichwahl.

Die Agitation war wie immer die vornehmlichste Aufgabe der Partei. Daß die Parteileitung in dieser Hinsicht ihre Pflicht gethan hat, dafür spricht wohl der Umstand, daß diesem Parteitage in Bezug auf Agitation viel weniger Anträge aus den Reihen der Genossen vorliegen als je zuvor. Nur drei Anträge liegen auf diesem Gebiete vor. Der erste (Parteigenossen in Breslau, 35) fordert die Aufwendung größerer Mittel für die Agitation im oberschlesischen Industriebezirk. Noch ein anderer Antrag (41), der Antrag Berfus, bewegt sich auf demselben Gebiete. So verschiedenartig wie die Materie der beiden Anträge auf den ersten Blick auch scheint, so stehen sie doch im engen Zusammenhang. In der Sache selbst steht die Parteileitung auf einem andern Standpunkt als wie die Antragsteller.

Es erscheint nothwendig, den zentralistischen Charakter unserer Partei mehr als bisher in den Vordergrund zu stellen. Der geschäftsführende Ausschuß hat versucht, in dieser Beziehung das Pflichtbewußtsein der Genossen im Lande zu wecken. Auf dem vorigen Parteitage wurde bereits Klage darüber geführt, daß die Vertrauensleute im Lande es an erschöpfender Berichterstattung an die Zentrale fehlen ließen. Die Anregung, die in Gotha gegeben wurde, und die Mahnung des Partei-Ausschusses, das Versäumte nachzuholen, hat gute Früchte getragen. Das Material, das auf diese Weise zur Kenntniß der Parteileitung ge-

langt ist, wird dem Parteitag unterbreitet und auch fernerhin weiter bearbeitet werden.

Was die allgemeine Agitation betrifft, so liegt die Anregung der Magdeburger Genossen vor, im ganzen Reiche eine umfassende Agitation für den Achtstundentag zu entfalten und die gesetzliche Einführung im Parlament zu fordern. Nebenbei wird die Forderung der Arbeitsruhe am ersten Mai erhoben. Aehnliche Forderungen sind auch im Laufe des Geschäftsjahres von einem Theil der Parteipresse mit allem Nachdruck erhoben worden. Die Parteileitung sollte dazu gedrängt werden, mehr als bisher in dieser Hinsicht zu thun. Der Anregung konnte außer bei der Maifeier Folge nicht gegeben werden. Der Hamburger Antrag, der Feier des ersten Mai eine andere Richtung zu geben, hat zu lebhaften Debatten in der Parteipresse geführt. Man wunderte sich, daß gerade von Hamburg diese Anregung kam. Zwischen den beiden Anträgen hat die Parteileitung wohl die richtige Mitte gehalten. Der Parteitag wird den Hamburger Antrag wohl ablehnen; er ist, wie die Dinge liegen, aus einer gewissen örtlichen Verstimmung zu erklären daraus, daß die Hamburger Genossen das letzte Mal den ersten Mai nicht so haben feiern können, wie sie es gewünscht hatten. Der Parteitag kann aber einer örtlichen Verstimmung, einem Antrag aus verärgerten Gemüthern, nicht Rechnung tragen. Im Allgemeinen hat die Ausführung des Gedankens der Arbeitsruhe am 1. Mai eine erfreuliche Zunahme gezeigt; wir haben keinen Anlaß, hier hemmend einzugreifen. Bezüglich des Antrags von Calbe-Aschersleben wegen Aufhebung der Gesinde-Ordnung ist das Gleiche zu sagen, wie im vorigen Jahre. Auch in diesem Geschäftsjahre wird es noch nicht möglich sein, die Agitation auf diesen Punkt besonders zu konzentriren. Auch des Bremer Antrags bezüglich der uferlosen Flottenpläne hätte es wohl nicht bedurft; die kommenden Reichstagswahlen werden Jedem, der gegen die uferlosen Flottenpläne etwas auf dem Herzen hat, reichlich Gelegenheit bringen, sein Herz zu erleichtern.

Die Schwierigkeiten, die der Ausführung der Agitation entgegenstehen, sind mit dem Wachsen der Partei immer größer geworden. Ueberall wird bittere Klage darüber geführt, daß die zur Verfügung stehenden Lokale immer geringer an Zahl werden. So ist es zu erklären, daß dort, wo die Genossen über größere Lokale verfügen, oder wo sie nach längerer Pause wieder in die mündliche Agitation treten können, immer und immer wieder den Ruf erheben, es möge ein Reichstags-Abgeordneter hingeschickt werden. Wäre die Saalabtreibung nicht so im Flor, wie es der Fall ist, so könnten die Agitationstouren auch von solchen Genossen ausgeführt werden, die dieselben Fähigkeiten und dieselbe Routine haben wie die Genossen, die immer wieder verlangt werden. Aber weil diese Uebelstände bestehen, sind jene Forderungen begreiflich; die Genossen wollen Jemand haben, der durch die Zugkraft seines Namens den Saal zu füllen im Stande ist. Wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so muß man sich damit bescheiden, daß unter Umständen andere wichtigere Aufgaben der Partei von den begehrten Genossen zu erledigen sind. Die Genossen denken oft, wenn eine Absage erfolgt, sei es böser Wille; nein, es sind höhere Partei-Interessen dafür ausschlaggebend, wenn irgend ein Verlangen abgelehnt wird.

Wenn wir die mündliche Agitation nicht in dem früheren Maße betreiben können, so tritt die Flugblatt-Vertheilung naturgemäß an ihre Stelle, deren Hintertreibung eine Hauptaufgabe der Polizei-Organe ist. Alle möglichen Verordnungen, ja selbst veraltete Sabbathordnungen müssen in Verbindung mit dem „Groben Unfugparagraphen“ dazu herhalten, die Vertheilung zu erschweren. Die richterliche Auslegung dieses Paragraphen geht sogar so weit, daß es als grober Unfug angesehen wird, wenn einem politisch Andersdenkenden ein sozialdemokratisches Flugblatt überreicht wird, ganz besonders, wenn es vor dem Kirchgange geschieht, weil hierdurch der anders politisch Denkende in seinem religiösen Gefühl beeinträchtigt werde. Das hat dazu geführt, daß unsere

Genossen nicht in dem Maße, wie sie es gern thun würden, den einzig freien Tag, den Sonntag, zur Agitation verwenden können. Klagen darüber anzustellen, wäre müssig, wir müssen uns mit diesem Zustande abfinden und unsere Genossen werden sich damit abzufinden wissen.

Im vorausgegangenen Geschäftsjahr waren wir an 19 Reichstagswahlen als Partei betheiligt. Unsere Hoffnungen sind dabei nicht ganz erfüllt worden. Mainz haben wir nicht behaupten können, immerhin bürgen die erreichte Stimmenzahl und die Erfolge bei den Landtagswahlen dafür, daß wir den Mainzer Reichstagssitz das nächste Mal wiedergewinnen werden. Einen besonderen Mahnruf an die Genossen möchte ich bei Erwähnung der Wiesbadener Wahl richten. Bei den Nachwahlen glaubten die Genossen vielfach, der Erfolg werde durch ausreichende Geldmittel verbürgt. Das ist ein Irrthum; unser Frankfurter Organ sprach es nach der Wahl sehr richtig aus: vor Allem ist erforderlich eine straffe, geschlossene politische Organisation. Auch in manchen anderen Kreisen ist da noch viel nachzuholen, und diese Mahnung kann nicht oft genug wiederholt werden. In den Berichten der Vertrauensmänner wird vielfach Klage darüber geführt, daß durch Bestrebungen, die auf anderen Gebieten liegen, die Kräfte abgelenkt und zersplittert werden.

Mit ein paar Worten will ich der Wirkung der Agitation gedenken, über die die Militärverwaltung in Harnisch gerathen ist. Niemand mehr wie die Sozialdemokratie, ermahnt ihre Parteiangehörigen, Alles und Jedes zu unterlassen, was sie mit dem Militärstrafgesetzbuch in Konflikt bringen kann. Aber daran ist nun einmal nichts zu ändern, daß eine Partei, die nahezu zwei Millionen Wähler repräsentirt und sich mit der Hoffnung trägt, bei den kommenden Wahlen die zwei Millionen zu überschreiten, ganz von selbst entsprechend im Heere vertreten ist. Mag die bürgerliche Presse unserer Ansicht, daß sich in den stetig wiederkehrenden Erlassen der Militärverwaltungen der Partikularstaaten sich eine bange Sorge dokumentirt, noch so entrüstet entgegentreten; wir wollen darüber nicht streiten. Wir werden uns in unserer bisherigen Taktik nicht beirren, uns nicht zu einer anderen verleiten lassen. Wir wissen, daß mit jeder weiteren Ausbreitung der Partei auch das sozialistische Gift nothwendig denjenigen Körper durchdringen muß, den man als das letzte und festeste Fundament der bürgerlichen Gesellschaft ansieht.

Ich gedenke noch mit ein paar Worten der Presse. An der Hand des Geschäftsberichts könnte man ja dieses so wesentliche Mittel der Organisation als im Rückgang begriffen annehmen. Allerdings sind einige Kopfblätter eingegangen, die gegen die Mahnungen der Parteileitung in einzelnen Orten, wo die Genossen durchaus ein eigenes Blatt haben wollten, gegründet worden waren. Ihre Gründung beruhte auf unrichtiger Voraussetzung und ihr Geschick mußte sich erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Den Kassenbericht erstattet **Gerisch:** Bisher wurde nur jährlich die Zahl der vorhandenen Blätter im Parteitagsbericht angegeben; in diesem Jahre haben wir die Parteipresse um nähere Angaben über ihren Stand ersucht, aber trotz aller Bitten und Mahnungen sind noch mehrere Blätter mit ihren Angaben im Rückstande (hört! hört!). Nach den erhaltenen Mittheilungen und den von mir für die fehlenden Blätter vorgenommenen, übrigens sehr niedrigen Schätzungen, haben die täglich erscheinenden Blätter einen Abonnentenstand von mindestens 256524. Davon haben 6 Blätter eine Gesammtabnahme von 1440 Abonnenten, 23 Blätter eine Zunahme von 16847, so daß sich nach Abzug des Verlustes für die täglich erscheinenden Blätter ein Gewinn von 15407 Abonnenten ergiebt. Hierbei sind allerdings die Veränderungen in der Erscheinungsweise der „Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung“, sowie unserer Partei-Organe in München und Augsburg, nicht berücksichtigt. Wenn wir diese Verschiebungen hoch anschlagen, so beträgt die Differenz 5000, so daß bei den täglich erscheinenden Blättern

6

immer noch ein Gewinn von 10 000 Abonnenten zu verzeichnen ist. Die Gesammteinnahme der täglich erscheinenden Blätter beträgt ziffernmäßig 2 577 891 Mk.; dazu kommen noch die schätzungsweise sehr niedrig eingestellten Einnahmen von 3 Blättern, die keine Angaben gemacht haben, so daß sich insgesammt eine Einnahme von 2 701 891 Mk. ergeben dürfte. Von dieser Summe kommen auf Einnahmen aus Abonnementsbeträge rund 1 804 000 M., aus Inseraten 897 000 Mk. — Die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben eine Abonnentenzahl von 36 683; einschließlich eines Blattes, von dem keine Angaben vorliegen und dessen Abonnentenstand ich sehr niedrig eingeschätzt habe, beträgt die Gesammt-Abonnentenzahl 41 083. Drei Blätter haben eine Abnahme von 190, sechs Blätter eine Zunahme von 1547 Abonnenten; im Ganzen ergiebt sich also ein Gewinn von 1357 Abonnenten. Die Gesammteinnahmen betragen 246 877 Mk., wovon auf Abonnementsbeträge 169 337, auf Inserate 77 540 Mk. kommen. — Bei den zweimal wöchentlich erscheinenden Blättern beträgt der Abonnentenstand 16 065; ein Blatt hat 100 Abonnenten verloren, drei Blätter haben 800 Abonnenten gewonnen, der Gewinn beträgt also 700. Die Gesammteinnahme beziffert sich auf 64 435 Mk., und zwar 54 204 Mk. aus Abonnementsbeträgen und 10 230 Mk. aus Inseraten. — Die einmal wöchentlich erscheinenden Blätter haben insgesammt 9587 Abonnenten, ein Blatt hat 300 verloren, ein anderes 300 gewonnen; Gewinn und Verlust gleichen sich also aus. Die Gesammteinnahmen betrugen 19 880 Mk., aus Abonnementsgeldern 17 537, aus Inseraten 2342 Mk. Die Parteipresse hat also insgesammt 323 259 Abonnenten; gewonnen sind insgesammt 12 027. Die Einnahme der gesammten Parteipresse beträgt 3 032 192 Mk., wovon 2 045 079 Mk. aus Abonnementsbeträgen, 987 113 Mk. aus Inseraten stammen.

An Prozeßkosten wurden gezahlt für die täglich erscheinenden Blätter 34 974 Mk. Obenan stehen Breslau, Erfurt und Halle a. S. mit zusammen 14 817 Mk. Für die dreimal, zweimal und einmal wöchentlich erscheinenden Blätter wurden an Prozeßkosten 5053 Mk., insgesammt also 40 027 Mk. verausgabt.

Ueber die Frage der Rentabilität möchte ich auf Grund des vorliegenden Materials noch kein Urtheil fällen, diese Seite der Preß-Angelegenheiten läßt sich auch besser in einem kleineren Kreise, vielleicht in einer später wieder stattfindenden Preßkonferenz, besprechen. Wichtig ist nur, daß auch bei späteren Anfragen die Parteiblätter sorgfältige Angaben machen, damit unsere statistischen Erhebungen fortgesetzt werden können. Nur so wird die Parteileitung im Stande sein, ein richtiges Urtheil zu fällen. Zweifellos hat sich im letzten Jahre eine Zunahme an Abonnenten gezeigt. Aufgabe der Parteigenossen wird es sein, weiter für unsere Presse zu agitiren. Möge kein Redner eine Volksversammlung vorübergehen lassen, ohne auf die Wichtigkeit der Presse aufmerksam zu machen! (Sehr richtig!)

Bevor ich auf die eigentliche Berichterstattung über die Kassenverhältnisse übergehe, muß ich es aufs Schärfste tadeln, daß, trotzdem wir den Genossen sechs Wochen Zeit zur Berichterstattung gegeben und trotzdem wir ihnen Alles so bequem und mundgerecht wie möglich gemacht haben, doch erst 45 pCt. der Vertrauensleute es für nöthig gehalten haben, einen Bericht einzusenden. (Hört, hört!) Leider herrscht noch vielfach die Unsitte, daß die einzelnen Partei-Orte möglichst hohe Beträge für sich behalten und die Parteileitung nicht in der Weise unterstützen, wie es wünschenswerth und nöthig ist. Die Ausführungen des Genossen Auer in Bezug auf diesen Punkt, die er auf dem letzten Parteitage gemacht hat, werden ja noch in frischer Erinnerung sein; daß sie genutzt haben, wage ich nicht zu behaupten; aus den Berichten geht gerade das Gegentheil hervor. Ich habe aus den vorliegenden Berichten 25 Partei-Orte ausgewählt, deren Verhalten geradezu typisch für die Masse der Partei-Orte ist.

Diese 25 Orte hatten eine Gesammteinnahme von 149180 Mk.; daß es bessere und beste Orte sind, ergiebt sich daraus, daß die durchschnittliche Jahreseinnahme 6000 Mk. beträgt. Von diesen 149 180 Mk. sind an die Parteileitung nur 10 025 Mk. abgeführt, das Uebrige ist am Ort geblieben. Noch schlimmer wird das Bild, wenn wir von den 25 Orten drei abziehen. Die dann übrig bleibenden 22 Orte haben insgesammt eine Einnahme von 122023 Mk.; es kommt also auf jeden Ort durchschnittlich eine Jahreseinnahme von 5550 Mk. Wenn die Parteigenossen nach dem Modus die Partei-Einnahmen vertheilt hätten, daß sie die Hunderte der Parteikasse überwiesen hätten, so wäre das ja allerdings schon sehr zu tadeln gewesen; aber die Parteikasse würde dann doch immer noch 12 100 Mk. erhalten haben. Statt dessen aber wurden die 550 Mk. nochmals getheilt, die Parteikasse bekam 224 Mk., während die Wahlkreise 326 Mk. behielten. Danach blieben also im Besitz jedes einzelnen Wahlkreises 5326 Mk., und insgesammt behielten die 22 Wahlkreise 117098 Mk. und lieferten nur 4925 Mk. ab. Es sind darunter auch noch wieder Partei-Orte mit Jahreseinnahmen von 13 000 Mk. und einem Kassenbestand von 8000 Mk., denen selbst diese 224 Mk. noch als ein zu großes Opfer erschienen und die garnichts ablieferten. (Rufe: Namen nennen!) Ich komme noch darauf.

Dagegen kann das Verhalten einer ganzen Anzahl anderer Orte nicht genug gelobt werden, ich nenne nur Berlin, Barmen, Elberfeld, Görlitz, Gera, Greiz, Hannover, Stettin und eine Reihe weiterer Parteiorte. Selbst die armen Weber im Eulengebirge und unsere Genossen in Memel, die doch ihr Geld gewiß brauchen können, sind von dem Gedanken durchdrungen, daß auch sie einen Theil an die Parteikasse abzuführen haben. So kann es nicht weiter gehen. Es ist nicht zu verantworten, daß Orte mit hohen Einnahmen, die sehr große Summen für sich behalten, sich die Diäten für ihre Reichstags-Abgeordneten von den armen Webern im Eulengebirge zahlen lassen. Namen zu nennen, werde ich mich wohlweislich hüten, denn wenn ich das thue, so fürchte ich sehr, daß wir diese Auskunft einmal erhalten und nicht wieder. (Heiterkeit.) Manche Vertrauensleute sind so klug, daß sie an den Stellen, wo die Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben gegeben werden soll, einen Strich hinmachen. Sie wollen damit sagen: Was wir einnehmen und ausgeben ist unsere Sache, danach habt Ihr nicht zu fragen. (Heiterkeit.) Auch hier muß Remedur eintreten. Vielleicht empfiehlt es sich, in Zukunft diese internen Dinge in einer geheimen Sitzung der Delegirten gründlich durchzugehen.

Grundverkehrt ist es, daß neben der Zentralkasse die Vertrauensleute auch noch für sich so viel übrig behalten, da ja dann unser Bericht kein annäherndes Bild mehr von der Thätigkeit der Partei giebt. Die Vertrauensleute haben nach den eingegangenen Berichten 74 900 Mk. für sich behalten; außerdem haben sie lediglich für lokale Agitation 115 571 Mk., für Unterstützungen — darunter allerdings große Summen für den Hamburger Streik — 38 093 Mk., für Prozesse 12 077 Mk., für die Presse 10 728 Mk. verausgabt, so daß nach dem vorliegenden Material die Ausgaben der Vertrauensleute 176 469 Mk. betragen. Und dabei wird Niemand behaupten können, daß die Parteileitung jemals einen Antrag auf Bewilligung von Geldern zu agitatorischen Zwecken abgelehnt hat. Bei den nächsten Wahlen werden ganz gewaltige Anforderungen an die Parteikasse gestellt werden; dort wo wir den Wahlkampf bisher mit Hunderten geführt haben, sind jetzt Tausende nöthig; die Gegner machen größere Anstrengungen, und wenn unsere Genossen erst einmal im Wahlkampf stehen, so kann es wieder vorkommen, daß uns für das Miethen eines Hofraumes zu Versammlungszwecken 50 Mk. in Rechnung gesetzt werden.

Unter allen Umständen hat jeder Parteiort die Pflicht, alles nur irgendwie verfügbare Geld der Zentralkasse zu übersenden. Dort wird die Vertheilung

vorgenommen werden und kein Anlaß zu Klagen wird vorkommen. Wir Alle wissen, was auf dem Spiele steht bei den nächsten Wahlen. Sorgen Sie dafür, daß der Parteikassirer nicht blos um Geld antelegraphirt und Nachts um 2 Uhr aus dem Bette geholt und um Geld angegangen wird (Heiterkeit), sondern senden Sie Geld nach der Zentralkasse, damit von dort aus der befruchtende Goldregen ins Land geht und die Agitation kräftig gefördert wird. Dann werden wir Alle mit dem Resultat der nächsten Reichstagswahlen zufrieden sein. (Bravo!)

Meister-Hannover erstattet im Anschluß daran den Bericht der Kontrolleure. Bezüglich der Kassenführung der Parteileitung liegt kein Anlaß zu einem Monitum vor. Auch die Geschäftsführung der Buchhandlung Vorwärts war stets prompt und exakt; wir können den dort angestellten Parteigenossen nur unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Ich beantrage, der gesammten Parteileitung Decharge zu ertheilen.

Die Diskussion über die beiden ersten Punkte der Tagesordnung wird eröffnet; sie erstreckt sich zunächst auf die Gruppe: Allgemeines, Agitation und Wahlen. Hierauf beziehen sich die Anträge 29, 35, 36, 37, 42, 62, 66, 75, 82, 86; nicht genügend unterstützt werden die Anträge 48, 62, 66, 78 und 87.

Jahn-Sternberg: Der Punkt Agitation wird bei den bevorstehenden Reichstagswahlen für uns von ganz besonderer Bedeutung sein. Das wird vornehmlich auch in den ländlichen Bezirken der Fall sein. Deshalb bitte ich den Parteitag, dem Antrag 37 der Genossen von Calbe-Aschersleben Beachtung zu schenken, da die Erörterung der Agrarfrage in letzter Zeit etwas ins Stocken gerathen ist. Die Agitation in den ländlichen Kreisen ist etwas schwerfällig. Es wird vielfach Klage geführt über die Auswahl der Redner, die aus Berlin in die ländlichen Kreise geschickt werden, die mit den ländlichen Verhältnissen nicht vertraut sind und mit dem Landmann nicht zu reden verstehen. Eine gute Auslese ist hier durchaus nöthig. Ich bitte Sie, die bezüglichen Anträge anzunehmen Wir haben besonders darauf zu achten, ob wir es mit einer ländlichen ode halbindustriellen Bevölkerung zu thun haben.

Greiner-Aschersleben: Unser Antrag auf Aufnahme der Abschaffung der Gesinde-Ordnung in die Agitation ist für unseren zum größten Theil ländlichen Wahlkreis Bedürfniß; wir dürfen diesen Punkt von der Tagesordnung nicht verschwinden lassen. Wir haben unseren Kreis bei der vorletzten Wahl erkämpft und unser Kandidat hat damals Versprechungen gemacht, an die er jetzt von seinen Wählern erinnert wird. Wenn auch Genosse Pfannkuch uns wenig Hoffnung gegeben hat, so ist es doch nothwendig, die Frage fortgesetzt lebendig zu halten, nicht nur in der mündlichen Agitation, sondern auch in der Presse. Die abscheulichen Zustände unter der Gesinde-Ordnung müssen durch Mittheilung einzelner Fälle mehr als bisher in der Oeffentlichkeit gekennzeichnet werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich bitten, in Zukunft nicht, wie es diesmal geschehen ist, in dem Bericht der Parteileitung bei der Abrechnung über die für bestimmte Zwecke geleisteten Beiträge einzelne Orte besonders hervorzuheben, andere dagegen, die ihren Kräften entsprechend ebenfalls beigesteuert haben, garnicht zu nennen. So ist zum Beispiel in der Halberstädter Sonntags-Zeitung unter den Beiträgen für den Hamburger Streik Halberstadt fett gedruckt, Aschersleben dagegen garnicht erwähnt. Sie wissen ja, wie die Gegner bei den Indifferenten mit Verdächtigungen bei der Hand sind, wo wohl das Geld geblieben ist. Also entweder Alle nennen oder gar keinen.

Meyer-Magdeburg: Der Antrag 36 ist veranlaßt durch den Gedanken, daß eine einheitlichere Agitation für die Arbeitsruhe am 1. Mai und für den Achtstundentag entfaltet werden muß.

Kolb-Karlsruhe: Obwohl die sozialdemokratische Partei an Agitationsstoff keinen Mangel hat, haben wir uns doch erlaubt, die Erörterung der Eisenbahn-

reform anzuregen. Die Kontrolle der Verwendung der Ueberschüsse, die der Eisenbahnfiskus macht, durch die Volksvertretung reicht nicht aus. Ferner muß die Verbilligung und Vereinheitlichung des Personentarifes gefordert werden. Redner sieht in der Eisenbahnreform ein Agitationsmittel von ungeheurer Bedeutung.

Auer: Ueber die Anträge will ich kein Wort verlieren. Der Beweis, ob sie, wenn sie angenommen werden, auch ausgeführt werden können, wird beim nächsten Parteitag erst zu liefern sein. Fast alle diese Anträge sind alte Bekannte. Da wir eine Agitationspartei sind, so wird immer nach der einen oder anderen Richtung agitirt werden. Die bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen geben uns ein ergiebiges Agitationsfeld. Bemerken will ich nur noch, daß es mir bedenklich erscheint, wenn wir uns auf das Gebiet der Eisenbahnreform begeben wollten, zumal doch von einer genügenden Fachkenntniß bei den Allerwenigsten von uns die Rede sein kann. (Heiterkeit und Zustimmung.) Womit nicht gesagt sein soll, daß diese Frage für die Arbeiter nicht von großer Bedeutung sei. Zum Wort habe ich mich nur wegen des Antrags 42 aus Breslau gemeldet, der die periodische Veröffentlichung des Verzeichnisses der Adressen sämmtlicher Vertrauensleute im „Vorwärts" verlangt. Ich möchte Sie dringend bitten, von der Annahme dieses Antrages abzusehen. (Sehr richtig!) Ich will nicht davon reden, daß wir mit einer solchen Liste thatsächlich ein Proskriptionsverzeichniß (Sehr richtig!) unserer Vertrauensleute schaffen würden — auch praktische Gründe sprechen gegen den Antrag. Er würde seinen Zweck garnicht erreichen. Es hapert mit der Richtigkeit der Vertrauensmänner-Adressen. Vielleicht hilft die Strafpredigt, die wir heute gehört haben, hier und da, aber eine sichere Liste läßt sich garnicht aufstellen, da unter den Vertrauensleuten ein beständiger Wechsel stattfindet. Wenn die Liste in die Hand der Interessenten käme, wäre sie schon lange nicht mehr richtig. Es giebt aber ein sehr billiges Auskunftsmittel. Wenn die Parteigenossen die Adresse des Vertrauensmannes an irgend einem Orte erfahren wollen, so brauchen sie sich nur bei der geschäftsführenden Stelle der Partei nach der Adresse zu erkundigen. Dann wird dem Bedürfniß abgeholfen. Wenn unsere Genossen auch manchmal nicht die Adressen der Vertrauensmänner der Nachbarschaft kennen, so werden sie doch wohl die Adresse des Parteivorstandes wissen. (Heiterkeit.)

Hoffmann-Berlin. Den Antrag 37 empfehle auch ich dringend. Ganz haarsträubende Dinge werden in der Presse mitgetheilt, trotzdem heißt es in dem Bericht der Parteileitung: Ein besonderer Anlaß, eine gegen die Gesinde-Ordnungen gerichtete Agitation zu entfalten, lag nicht vor. Ich meine, so lange Sozialdemokratie und Gesinde-Ordnung existirte, lag jedesmal ein Anlaß vor. Dann betreffs der Buchhandlung Vorwärts. Es wird immer geklagt, daß sie nicht so geht, wie es gehen müßte. Diesmal ist in dem Bericht auch von einer Privat-Spekulation literarischer Freibeuter die Rede, die in sogenannter Parteiliteratur nach dem Grundsatze: Billig und schlecht arbeite. Mir ist davon nichts bekannt. In letzter Zeit ist es Sitte geworden, bei Erscheinen eines neuen Katalogs der Buchhandlung Vorwärts zu sagen, daß das die Richtschnur sein soll für das, was die Genossen für ihre Fortbildung lesen sollen. Leider wird aber nicht genügend für Diejenigen gesorgt, die erst Genossen werden sollen; man muß den Trieb in Arbeiterkreisen, eigene Gedanken zu Papier zu bringen, unterstützen, statt ihnen ein für alle mal jede Lust dazu zu verleiden. Ich werde beim Punkt Presse darauf noch kommen. Aber eins ist nothwendig: So lange in dem Katalog auch Schriften aus einem anderen Verlage aufgenommen werden, muß irgend eine Kommission oder der Parteivorstand die Entscheidung darüber haben, was in den Katalog hineinkommt und was nicht; es darf aber nicht eine einzelne Person über Zulassung oder

Abweisung entscheiden, sonst käme man zur Zensur. Ich könnte Fälle anführen, wo eine Schrift in dem Katalog aufgenommen war mit dem Vermerk: „bestens empfohlen für die Landagitation“, die dann nach kurzer Zeit aus dem Katalog verschwand. Ferner könnte ich auf Zeitungen verweisen, die von Schundliteratur schreiben und anderseits dieselbe „Schundliteratur“ ohne Namensnennung des Verfassers in ihrem Blatte nachdruckten, ja ohne den Verfasser um Erlaubniß zu fragen, sie in fremde Sprachen übersetzten und herausgaben. Da muß doch eine Instanz sein; sonst haben wir eine Zensurbehörde, die den Genossen diktirt, was sie zu lesen haben und was nicht.

Hoch-Hanau: In dem Geschäftsbericht vermisse ich, was die Parteileitung gethan hat, um dem Auftrag des Breslauer Parteitages in Sachen der Agrarfrage — Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands — auszuführen. Auf die lange Bank darf die Sache unter keinen Umständen geschoben werden. Hat es sich herausgestellt, daß es auf dem Wege, den der Breslauer Parteitag beschlossen hat, nicht weiter geht, werden wir einen anderen Weg aufsuchen müssen. Wird keine befriedigende Auskunft ertheilt, so werde ich beantragen, die Parteileitung zu beauftragen, durch geeignete Genossen einen agrarischen Programm-Entwurf ausarbeiten und und mit Erläuterungen versehen zu lassen, diesen bald zu veröffentlichen und auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Etwas muß jedenfalls geschehen. Der Antrag 42 ist unausführbar.

Bruhns-Breslau: Von den Gründen, die Auer gegen unseren Antrag bezüglich der Veröffentlichung der Adressen der Vertrauenspersonen vorgebracht hat, könnte ich höchstens den einen als stichhaltig ansehen, den er aus dem schnellen Wechsel der Personen hergeleitet hat. Eine Proskriptionsliste braucht aus der Veröffentlichung der Adressen nicht zu werden. Es muß der Unfug beseitigt werden, daß zweifelhafte Elemente, die auf irgend welche Art, sogar durch Diebstahl, sich in den Besitz von Legitimationspapieren gesetzt haben, sich an Vertrauenspersonen herandrängen. Erst Auskunft von der Parteileitung in Hamburg zu holen, würde nichts nützen, da sie zu spät kommen würde, um die Parteigenossen in den einzelnen Orten vor Schaden zu bewahren. Unseren Antrag, der die Aufwendung größerer Mittel für die Agitation im oberschlesischen Industriebezirk verlangt, bitte ich ebenfalls anzunehmen. Für Oberschlesien kann man schon eine Ausnahme machen, weil es da ganz abnorme Verhältnisse sind. Wir denken ja nicht daran, daß Tausende zur Verfügung gestellt werden, aber es muß dafür gesorgt werden, die schwierige Personenfrage zu lösen. Wir müssen Genossen für die Agitation haben, die deutsch und polnisch sprechen.

Morawski-Berlin: Noch viel mehr als für die Agitation auf dem Lande ist es für die Agitation in den polnischen Bezirken nothwendig, daß geeignete Kräfte ausgesucht werden. Die Art, wie die Regierung Germanisirungspolitik treibt, agitirt für uns in guter Weise; wir benutzen das und haben schon gute Erfolge erzielt. Da ist es aber nothwendig, daß die Redner, die die Agitation dort führen, beide Sprachen vollständig beherrschen. Ich hoffe, daß Sie den Antrag 41 annehmen. Es hat verbittert, daß man Kandidaten aufgestellt hat, die die Sprache der Bevölkerung nicht verstehen. Das Zentrum geht darin anders vor.

Besching-Bremen empfiehlt den Antrag 66. Die Genossen sind nicht im Stande, die doch so außerordentlich wichtige Flottenfrage in der Agitation sachverständig zu behandeln und die Arbeiter auf dem Lande aufzuklären. Aus diesem Grunde ist die Herausgabe eines besonderen Flugblattes wünschenswerth.

Baerer-Harburg: Es muß viel mehr als bisher von den Paradepferden der Partei: Liebknecht, Bebel, Auer, agitirt werden. Früher, als die Partei noch klein war, hat unser verstorbener Hasenclever ganz anders agitirt; jetzt wollen sie aber nicht in die kleinen Städte gehen Auch ich möchte

die Parteileitung ersuchen, in ihrem Bericht über die Streikbeiträge etwas objektiver zu verfahren. Harburg und Umgebung hat 17000 für den Hamburger Streik gegeben, Wilhelmsburg allein 5000, trotzdem ist es in der Aufzählung der Orte vollständig übergangen.

Baudert-Apolda: Eine planmäßige Agitation für Abschaffung der Gesinde-Ordnungen ist gerade jetzt ein dringendes Bedürfniß. Diese Frage wird die Parlamente in der nächsten Zeit zweifellos beschäftigen; es werden vielleicht Vorlagen sogar auf Verschärfung der Gesinde-Ordnung kommen, und wir könnten dieselben Erfahrungen machen, wie mit der Vereinsvorlage.

Windhoff-Düsseldorf empfiehlt den Antrag 82, der den Gedanken des Antrages 29 wiederholt und nur hinzufügt, daß das parlamentarische Nachschlagebuch zum Selbstkostenpreis abgegeben werden soll. Die Vorwärts-Buchhandlung verdient nämlich ein ungeheures Geld an den Broschüren. (Heiterkeit.) Die Preise der Broschüren müssen so billig gestellt sein, daß auch die schlecht gestellten Wahlkreise sie kaufen und verbreiten können. Redner wendet sich gegen den Antrag auf Veröffentlichung der Vertrauensmänner-Adressen.

Baker-Barmbeck begrüßt den Antrag 37. Gerade in Mecklenburg ist die Gesinde-Ordnung außerordentlich rückständig. Ohne gerichtliches Verfahren werden dem Dienstboten dort Geld- und Haftstrafen auferlegt. Der Antrag 42 muß abgelehnt werden; für Mecklenburg wäre seine Annahme geradezu verhängnißvoll. Nach Mecklenburgischem Recht darf kein politischer Verein gegründet werden; aus der Liste der Vertrauensleute würde sofort die Existenz eines solchen Vereins gefolgert werden.

Zubeil: Wenn wir in eine Agitation gegen die Gesinde-Ordnungen eintreten wollen, müssen wir sie zunächst kennen. Ich stelle deshalb das Ersuchen an den Parteivorstand, daß er eine Zusammenstellung der Gesinde-Ordnungen Deutschlands herausgiebt und unseren Agitatoren zur Verfügung stellt. Redner bekämpft auch den Antrag 42. Vor unlauteren Elementen kann sofort im „Vorwärts" gewarnt werden. Das parlamentarische Handbuch, das der Antrag 82 fordert, ist nothwendig. Eine große Partei, wie die unsere, kann sehr wohl alle zwei Jahre ein eigenes Handbuch herausgeben.

Winter-Königshütte: Nach den Ausführungen des Genossen Morawski könnte es den Anschein haben, als ob in Oberschlesien ein heller Streit zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten entfacht ist. Das ist nicht der Fall, der ganze Streit datirt seit Pfingsten; damals erschien kurz vor dem Parteitage der polnischen Sozialdemokraten in der „Sächsischen Arb.-Ztg." ein Artikel von mir über die polnisch-sozialdemokratischen Partei. Dessen Inhalt wurde von Morawski total falsch verstanden und in sechs aufeinander folgenden Nummern der „Gazeta Robotnicza" wurden die deutschen Genossen verdächtigt, ich selbst wurde als Spion und Spitzel hingestellt. (Hört! Hört!) Ich habe nichts gegen diese Verdächtigungen gethan, einmal, weil die „Gazeta Robotnicza" ein unbedeutendes Blatt ist und sodann, weil ich eine öffentliche Auseinandersetzung mit Morawski nicht wünschte, der sich auf literarische Diskussionen nicht versteht. Ich habe an den Parteivorstand die Bitte gerichtet, die Sache beizulegen. Das ist auch geschehen, aber Morawski hat sich nicht daran gekehrt. Daß die Agitation in Oberschlesien nur von Polen betrieben wird, ist nicht richtig, selbstverständlich brauchen wir auch polnische Agitatoren, aber alle hervorragenden Parteigenossen sind dort fast ausnahmslos Deutsche oder Polen, die unter Deutschen den Sozialismus kennen gelernt haben. Morawski und sein Anhang sind nicht polnische Sozialisten, sondern ein wenig sozialistisch angehauchte Polen.

Schade-Halle: Das sozialpolitische Handbuch von Dr. Lux ist vergriffen. Es empfiehlt sich daher Annahme des Antrages 29. Ueber der Landagitation darf die Agitation in den Städten, in den Industriebezirken nicht ver-

nachlässigt werden. Wir sind in den Städten zu vertrauensselig geworden (Sehr richtig!), und die Städte geben bei den Wahlen doch den Ausschlag. Antrag 76 sollte angenommen werden. Klarheit über die uferlosen Flottenpläne besteht noch nicht. Bis zu den Wahlen dürfen wir nicht warten.

Kohns-Essen: Antrag 42 ist vollkommen unannehmbar. Das wäre ein Futter für unsere Gegner. Unsere Vertrauensmänner würden sofort gemaßregelt und aus ihren Wohnungen getrieben werden im Königreich Krupp. — Redner beklagt sich, daß Bebel und Auer nicht nach Essen gekommen seien, um dort Versammlungen abzuhalten.

Frau **Eichhorn**-Dresden: Die Redner, die auf's Land gehen, müssen wissen, mit welchen Verhältnissen sie zu rechnen haben. Ganz besonders gilt das auch von der Gesinde-Ordnung. Daher ersuche ich um Zustimmung zu dem bezüglichen Antrage.

Meist-Köln: Ein großer Theil der Genossen ist durch Berufsgeschäfte verhindert, sich stets auf dem Laufenden über die parlamentarischen Begebenheiten der ganzen Legislaturperiode zu halten. Darum rechne ich auf Annahme des Antrages auf Herausgabe eines parlamentarischen Handbuchs. In einem Anhang müßten die Gesetzesanträge unserer Partei, die Aufnahme, die sie bei den anderen Parteien gefunden, und die wesentlichsten Ergebnisse der Diskussion darüber besonders beigefügt werden. So würde es einen großen praktischen Werth haben.

Hiermit schließt die Vormittags-Sitzung um 1 Uhr.

* * *

Die gestern eingebrachte Sympathie-Kundgebung für die englischen Maschinenbauer ist im Laufe des Vormittags in folgender Form vom Bureau telegraphisch übermittelt worden:

„Der in Hamburg versammelte Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands entsendet den um den Achtstundentag kämpfenden Maschinenbauern Englands seinen brüderlichen Gruß.

Die Sozialdemokratie Deutschlands blickt mit Stolz auf die mustergiltige gewerkschaftliche Organisation, mit der die Arbeiter des Maschinenfaches in England der starken Koalition ihres Unternehmerthums entgegenzutreten wissen. Mit Genugthuung begrüßt der Parteitag die Thatsache, daß zum ersten Male gewerkschaftlich organisirte Arbeiter eines ganzen Gewerbes im kapitalistischen Musterstaate England den Achtstundentag als Kampfparole ausgegeben haben.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands versichert deshalb die englischen Maschinenbau-Arbeiter seiner wärmsten Sympathie. Er betrachtet es als eine Pflicht der internationalen Sozialdemokratie, die englischen Maschinenbauer, als Vorkämpfer des Achtstundentages, mit aller Kraft nicht nur moralisch, sondern auch materiell zu unterstützen, und vor Allem dafür zu wirken, daß vom Festlande Europas, und namentlich von Deutschland, während der Dauer des Streiks keine Metallarbeiter sich nach England begeben.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wünscht den Maschinenbauern Englands baldigen und vollständigen Erfolg in ihrem für die Arbeiter aller Länder bedeutsamen Kampfe."

Nachmittags-Sitzung.

3 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm der Hafenarbeiter und Seeleute Hamburgs, die gleichzeitig den Dank aussprechen für die Solidarität und Unterstützung der Genossen während des Streiks 1896/97.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet

Arons den Bericht der Mandats-Prüfungs-Kommission. Es sind 213 Mandate von 183 Delegirten eingereicht. Hiervon konnten ohne Weiteres 204 Mandate von 175 Delegirten als vollkommen richtig ausgestellt betrachtet werden.

Diese von der Kommission nicht beanstandeten Mandate werden debattelos für giltig erklärt.

Arons: Das Mandat von Schmalfeldt ist wahrscheinlich vom geschäftsführenden Ausschuß vernichtet. Da Genosse Pfannkuch bestätigt, daß es richtig ausgestellt war, so beantragt die Kommission die Giltigkeitserklärung.

Der Antrag wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Arons: Genosse Gerlach-Halberstadt für Wanzleben und Frau Greifenberg für Berlin haben ihre Mandate nicht mitgebracht. Die Kommission beantragt, daß diese Mandate, bis sie eingeliefert sind, nicht ausgeübt werden dürfen.

Singer: Es giebt noch einen anderen Ausweg. Wir können doch anfragen, ob einer der Delegirten bestätigen kann, daß Gerlach als Delegirter gewählt ist.

Nachdem Bartels-Lübeck bestätigt hat, daß Gerlach ordnungsmäßig gewäht ist und nachdem Singer dieselbe Erklärung für Frau Greifenberg abgegeben hat, werden beide Mandate für giltig erklärt.

Arons: Das Mandat von Kempkens (Mühlheim a. Rh.) ist mit dem Stempel des Vertrauensmanns versehen, trägt aber keine Unterschrift. Genosse Gilsbach aus Köln bestätigt, daß Kempkens rechtmäßig gewählt ist. Die Kommission beantragt, auch dies Mandat für ungiltig zu erklären und den Genossen zu beauftragen, sich ein giltiges Mandat zu verschaffen. Wir sind zu diesem Entschluß gekommen, weil wir wollen, daß bei der Ausstellung der Mandate ordnungsmäßiger verfahren wird. Ich überlasse es aber dem Vorsitzenden, einen Antrag zu stellen. (Heiterkeit.)

Singer: Dazu habe ich keine Veranlassung. Ich stelle den Antrag der Kommission zur Debatte.

Gilsbach-Köln bittet, das Mandat für giltig zu erklären, da Kempkens ordnungsmäßig gewählt sei, was Pfannkuch bestätigt. Morgen werde eine Bescheinigung, die telegraphisch nachgesucht sei, vorliegen.

Das Mandat wird für giltig erklärt.

Arons: Genosse Thiele hat neben einem einwandsfreien Mandat für den 10. württembergischen Kreis auch ein solches vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins in Kannstadt. Mit Rücksicht auf den Breslauer Beschluß, in Zukunft die Delegirten nicht mehr in Vereinsversammlungen zu wählen, beantragt die Kommission, dies Mandat für ungiltig zu erklären.

Der Parteitag schließt sich dem Antrag an.

Arons: Weiter sind zwei Proteste eingelaufen. Der eine, von Langenberg aus Solingen, ist, um die Einigkeit nicht zu stören, zurückgezogen. (Bravo!) Der zweite Protest bezieht sich auf die Wahl von Grönewold (Münster), der in einer ziemlich stürmischen Versammlung mit 35 Stimmen gegen 32 gewählt ist. Sein Gegenkandidat hat vier Tage später dagegen Protest erhoben und erklärt, es seien 78 Zettel abgegeben, von denen 11 unbeschrieben waren,

während in der Versammlung nur 69 Personen anwesend waren. Der Vertrauensmann des Kreises erklärt, es sei möglich, daß einige weiße Zettel vom Tisch genommen sind; es seien aber nicht mehr Zettel abgegeben, als Personen da waren. Uebrigens hätte der Einsender des Protestes sofort Protest erheben müssen, da er ja selbst mitgewählt habe. Da es jetzt nicht mehr möglich ist, zu konstatiren, wer Recht gehabt hat, beantragt die Kommission, über den Protest zur Tagesordnung überzugehen.

Grönewold-Münster: Ich schließe mich dem Antrage an. (Heiterkeit.)

Der Antrag wird angenommen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und in der Debatte über Punkt I und II fortgefahren.

Bartels-Lübeck: Antrag 37 ist ein alter Bekannter des Parteitages. So schrecklich die Zustände sind, die die brutalen Gesinde-Ordnungen besonders auf dem platten Lande mit sich bringen, so halte ich es doch für unrichtig, in der Zeit vor den nächsten Reichstagswahlen den Parteivorstand mit einer solchen Arbeit zu belasten. Die Zeit kann er zu besseren Dingen verwenden. Aber in der Landagitation muß der Kampf gegen die Gesinde-Ordnungen die Hauptrolle spielen. Bei der Landagitation werden von unseren Genossen manche Fehler begangen. Ein Fehler war es, daß die mecklenburgischen Genossen ihren trefflichen Kalender für die Landbevölkerung gerade am 12. September verbreitet haben, einem Tage, wo die ganze ländliche Bevölkerung auf dem Felde und nicht im Heim war. Der praktische Landagitator muß sich sagen: es genügt nicht, die Schriften nur niederzulegen, ich muß mit dem ländlichen Arbeiter in Berührung kommen. Das gesprochene Wort wirkt am meisten. Deshalb ist besonders der Winter für die Landagitation geeignet. Den Antrag 42 halte ich für gänzlich verfehlt.

Millarg-Arnswalde: Auch ich ersuche um Ablehnung des Antrags auf Veröffentlichung der Namen der Vertrauenspersonen. Ebenso halte ich den Antrag bezüglich der Gesinde-Ordnung für verfehlt. Es fehlt meiner Ansicht vorläufig noch an geeigneten Kräften in der Partei für die Agitation auf diesem Gebiete. Das Gleiche gilt von der Materie der Versicherungs-Gesetzgebung. Es muß da mehr Aufklärung geschaffen werden. Die Parteileitung kann nicht Alles machen.

Gerlach-Wanzleben: Daß der Antrag, betreffend die Abschaffung der Gesinde-Ordnung, immer wieder und wieder eingebracht wird, beweist, wie nothwendig seine Annahme ist. Wir sollten ihn nicht wie bisher der Parteileitung zur Berücksichtigung überweisen, sondern ihr einen direkten Auftrag geben. Eine Zusammenfassung der durch die Presse bekannt gewordenen krassen Fälle aus dem Gebiete der Gesinde-Ordnung in einer Broschüre würde sehr wirksam sein; daher empfehle ich auch den Antrag 86. Nur möchte ich gleichzeitig die Genossen ersuchen, das ihnen bekannt werdende Material dem Parteivorstand mitzutheilen. Einen guten Eindruck auf die Landarbeiter würde eine scharfe Betonung der Programmforderung von der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel machen.

Thiele-Halle empfiehlt Antrag 86 und räth den Redakteuren der Provinzpresse, alle Gerichtsverhandlungen, die das ländliche und städtische Gesinde betreffen und die in den kleinen Blättern enthalten sind, auszuschneiden und zu sammeln. Dann kann dem Vorstand sehr reichliches Material geliefert werden.

Groth-Schwerin: Wir haben uns sehr genau überlegt, an welchem Tage wir unsere Landkalender verbreiten sollten. Es giebt keinen Sonntag im Jahre, wo man alle Landarbeiter zu Haus antreffen kann. Wir haben den Sonntag im September gewählt, weil wir mit der Verbreitung des Kalenders eine Sammlung von Abonnenten für unser Partei-Organ verbinden wollten. Deshalb mußte ein

Sonntag vor dem neuen Quartal gewählt werden und zwar im Monat September, denn für das Winterhalbjahr werden hauptsächlich Zeitungen auf dem Lande abonnirt. Wir haben sehr guten Erfolg gehabt. Mehrere Hundert neue Abonnenten haben wir in Dörfern bekommen, wo wir vorher keinen einzigen hatten. (Bravo!) Zu Antrag 86 stelle ich das Amendement, „die Behandlung der ländlichen Arbeiter" hinzuzufügen. Ein großer Theil der ländlichen Arbeiter steht nicht unter dem Gesinderecht, wird aber über denselben Löffel barbirt wie das Gesinde. In Mecklenburg haben wir eine Verordnung über die Bestrafung des Dienstgesindes, die als eine schwere Geißel empfunden wird. Es heißt darin: Wenn das Gesinde oder der Tagelöhner einen Befehl nicht erfüllt, so kann über sie eine Geld- oder Haftstrafe verhängt werden, ohne daß hiergegen eine Berufung an das Gericht zulässig ist. Wir haben also noch den polizeilichen Patriarchalismus von früher! Also auch Material über die Behandlung des ländlichen Arbeiters muß gesammelt werden.

Damit schließt die Diskussion über die erste Gruppe. Das Schlußwort hat

Pfannkuch: Der Hamburger Hafenarbeiter-Streik hat der gegnerischen Presse Anlaß zu der Vermuthung gegeben, es bestehe über die Unterstützung desselben eine große Meinungsverschiedenheit in der Partei und es werde auf dem Parteitage deshalb zu einer stürmischen Debatte kommen. Wir haben das ignorirt und die heutige Debatte hat bewiesen, daß eine volle Einigkeit unter den Genossen in ganz Deutschland besteht. Eine Nennung sämmtlicher Einzelziffern war aus geschäftlichen Gründen nicht angängig. Zum Antrag 42 will ich nur den Einwurf, den Bruhns zu Gunsten des Antrages machte, zurückweisen. Wenn die Vertrauensmänner die Geschäftsführung in den einzelnen Orten so handhaben wie es sich gehört, ist eine Herandrängung zweifelhafter Elemente und eine Ausplünderung der Partei ganz unmöglich. Es wird aber vielfach mit der Gewährung von Unterstützungen und Verabfolgung von Empfehlungsschreiben ein Unfug getrieben. Die Parteigenossen, die ein Recht auf Unterstützung durch die Partei haben, wissen, wohin sie sich zu wenden haben, und von Seiten der Parteileitung wird die Unterstützung ihnen auch stets in so ausreichendem Maße gegeben, daß sie die Vertrauensmänner an den einzelnen Orten nicht anzugehen brauchen. Damit muß ein Ende gemacht werden, daß Leute, die nicht zu uns gehören, für ihre anderen privaten Zwecke, Freigeisterei, Naturheilkunde und dergl. unsere Organisation benutzen und Geld herausschlagen; dazu sind wir nicht da.

Was Genosse Hoch bezüglich der Agrarfrage wünscht, ist in der Ausführung begriffen. Der Beschluß des Breslauer Parteitages, geeignete Genossen mit der Verarbeitung des Materials zu betrauen, ist in die Wege geleitet. Die betreffenden Genossen sind bei der Arbeit; daß sie noch nicht zum Abschluß gekommen ist, liegt in der Behandlung der Materie selbst; das läßt sich nicht übers Knie brechen. Je gründlicher die Studien gemacht werden, um so weniger Enttäuschungen haben wir in der Zukunft zu erleben.

Was den Antrag 37 betrifft, so hat die Brandenburger Agitations-Kommission das betreffende Material zu Agitationszwecken gesammelt und in einem Broschürchen herausgegeben, von dem Exemplare zur Verfügung stehen. Ferner hat Genosse Stadthagen eine solche Agitationsschrift in Arbeit; das Werk wird demnächst erscheinen, es ist also kaum nöthig, daß Sie diesen Antrag annehmen. Mit der Herstellung eines parlamentarischen Handbuchs hat die Parteileitung bereits einen Genossen betraut, das Buch wird aber nicht unmittelbar im Anschluß an den Parteitag erscheinen können. Deshalb wird es sehr gut sein, wenn zunächst gewissermaßen als Vorläufer dazu die Bebel'sche Broschüre neu herausgegeben wird. Der Antrag betr. Aufwendung von Mitteln für die Agitation in Oberschlesien sollte zurückgezogen werden. Geschieht dies nicht, dann bitte ich, den Antrag abzulehnen. Wir haben allerdings zuerst der

Auffassung gehuldigt, die Agitation unter den Polen sei am zweckentsprechendsten durch Polen zu betreiben. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß der polnische Standpunkt dabei in den Vordergrund gestellt und der sozialdemokratische hintenangesetzt wurde. Wir haben deshalb die Betreibung der Agitation auch durch deutsche Genossen unterstützt. Letztere wurden von den polnischen mit Mißtrauen behandelt, dem die Leitung der polnischen Organisation nicht entgegentrat. Genosse Winter hat darüber ja recht bewegliche Klage geführt. Das von den polnischen Genossen den deutschen Brüdern entgegengebrachte Mißtrauen nahm einen Grad an, der dazu drängte, Abhilfe zu schaffen. In einer herbeigeführten Aussprache wurde unter den Betheiligten eine Einigung erzielt, dergestalt, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen eine praktische Probe auf das einmüthige, sich gegenseitig stützende Zusammenarbeiten der polnischen und deutschen Genossen in dem oberschlesischen Industriebezirk zu machen. Die Probe sollte darin bestehen, daß in dem Kreis Kattowitz-Zabrze ein deutscher — und zwar ein Bergmann — und in dem Kreis Beuthen-Tarnowitz ein polnischer Kandidat aufgestellt werde. Für die Durchführung der getroffenen Abmachungen hat die Leitung der polnischen Organisation bis zur Stunde nicht nur nichts gethan, sondern denselben noch entgegenarbeitet. Dieser Haltung verdankt auch der Antrag Berfus (41) seine Einbringung. Der Parteitag wird im Interesse der Wahrung des einheitlichen Charakters der deutschen Sozialdemokratie den Antrag ablehnen müssen. Wir kennen innerhalb unserer Organisation nur eine deutsche Sozialdemokratie, in der unsere polnischen Brüder gleichberechtigte Genossen sind; ihnen eine Sonderstellung einzuräumen, dazu liegt eine Veranlassung nicht vor. Wir sind froh, daß wir unter der Sprachenverwirrung, mit der die Genossen in Oesterreich sich abfinden müssen, nicht zu leiden haben. Diesen Erwägungen können und dürfen sich die polnischen Genossen nicht verschließen.

Gegen den Antrag 66 ist folgendes zu sagen: Das Flugblatt auszuarbeiten ist das Wenigste, aber das Material muß doch erst vorliegen. Das Marine-Kabinet ist doch nicht so gefällig, uns vor allen anderen Sterblichen seine Pläne zur Kenntniß zu bringen. Liegen die Pläne vor, so wird bei unserer Wahlagitation genug davon die Rede sein. Nur der Antrag 86 verdient Beachtung. Freilich, wenn hier beschlossen wird, das Material einzusenden, so haben wir noch keine Sicherheit, daß es geschieht, wenn der Vorstand nicht selber etwas dafür thut. Für die Provinz Hannover ist genügend für Agitation gesorgt worden. Der Tadel Baerer's war daher nicht berechtigt. (Beifall.)

Nunmehr wird über die zu diesem Theil gestellten Anträge abgestimmt.

Es wird hierauf über den Antrag der ersten Gruppe (Allgemeines, Agitation und Wahlen) abgestimmt.

Die Anträge 29 und 82 werden für erledigt erklärt, da der Parteitag von der Mittheilung der Parteileitung Kenntniß nimmt, daß ein parlamentarisches Handbuch für unsere Partei ausgearbeitet wird.

Ausgesetzt bis nach der Diskussion über die Maifeier wird die Abstimmung über den Antrag 36.

Antrag 37 wird in folgender Fassung angenommen:

> Der Parteitag möge den geschäftsführenden Ausschuß beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine planmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gesinde-Ordnungen und sonstiger Ausnahmebestimmungen, welche die landwirthschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen — ähnlich wie bei der Umsturzvorlage — und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung“ zu verbinden.

Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesinde-Ordnungen sowie der Handhabung derselben, sowie den aus dem heutigen Aerzte- und Apothekenwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt als bisher.

Angenommen werden ferner die Anträge 75 und 86.

Abgelehnt werden die Anträge 35, 42, 62 und 66.

Hierauf wird zu den die **Presse** betreffenden Anträgen übergegangen. Zur Diskussion stehen die Anträge 20, 25, 26, 27, 28, 32, 33, 34, 64, 76, 81, 83, 84, 85 und 93.

Dem Antrage 26 haben sich nachträglich noch die Genossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow angeschlossen.

Der Antrag 20 wird zu Gunsten des Antrages 84 zurückgezogen. Nachdem einige weitere Anträge die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung gefunden haben, wird in die Diskussion eingetreten.

Kolb-Karlsruhe: Wir haben unseren Antrag auf Aenderung der Preßzustände in Karlsruhe wieder eingebracht, obwohl derselbe früher abgelehnt wurde. Es handelt sich doch nicht um eine Neugründung, sondern um eine Verbesserung. Sobald das Blatt in den Besitz der Partei übergeht, wird es auch floriren. Dazu kommt, daß die Versandverhältnisse jetzt noch schlechter sind als früher. Wir dürfen nicht mehr alle Zeitungen in einem gemeinsamen Packet versenden, weil die Post dies als eine Uebertretung der Postvorschriften ansieht und die Gerichte gegen uns entschieden haben. Der Prozeß kostete uns außer den Prozeßgebühren über 6000 Mk. Jetzt geht der Versand viel schwerer vor sich. An Orten, wo 2000 Stimmen für uns abgegeben sind, haben wir nur zwei Abonnenten! So kann es nicht weiter gehen! Wir kommen seit einigen Jahren nicht mehr aus den Wahlen heraus und dabei sollen wir mit einem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte auskommen, das sich über ein so weites Gebiet erstreckt. Tragen Sie endlich den Wünschen der badischen Genossen in Bezug auf ihre Preßverhältnisse Rechnung und nehmen Sie unseren Antrag an!

Hoffmann-Berlin IV: Die Kritik in unseren Blättern kann scharf aber trotzdem sachlich sein, sie darf nicht persönlich werden. Leider ist es in den letzten Jahren nicht immer so gehalten worden, es stehen auch in den Broschüren, die von der Partei herausgegeben sind, manche Sachen, die eine scharfe Kritik wohl verdienen würden. Was Antrag 26 und 27 betrifft, so ist die Mißstimmung gegen die „Freien Stunden" in weiten Kreisen verbreitet. Es heißt vielfach, sie seien miserabel; es sei besser, sie würden eingehen, da ja doch nichts daraus werde; dieser Ansicht trete ich nicht bei, ich will das Kind nicht mit dem Bade ausschütten; ich erwähne es nur, um zu zeigen, daß Dinge, die von maßgebender Stelle ausgehen, auch scharf getadelt werden. Der Antrag 76 betrifft den Neuen Weltkalender. Alle die, die mit den Käufern des Kalenders direkt in Verbindung stehen, wissen, welche Aeußerungen man zu hören bekommt. Nachdem wir, wie man zu sagen pflegt, satt gefüttert sind mit Zentenarfeiern, haben wir nicht nöthig, daß solche Dinge in unsere Schriften kommen. Vergeblich sind die Entschuldigungen, daß hierbei nur Fragen der Kunst in Betracht gekommen seien. Im Einverständniß mit den Antragstellern erkläre ich, daß wir Antrag 86 so fassen, daß nicht die Preßkommission, sondern eine Kommission schlechtweg mit dieser Aufgabe betraut wird. In diese Kommission gehören nicht blos Genossen hinein, die in wissenschaftlichen Dingen beschlagen sind, sondern auch solche, die wissen, was für Literatur für indifferente Kreise nothwendig ist, bei denen wissenschaftliche Broschüren keine Wirkung hinterlassen. Wir bitten Sie, der Einsetzung einer Kommission zuzustimmen, die gemeinschaftlich mit den Leitern der Buchhandlung Vorwärts darüber zu entscheiden hat, welche Broschüren im Vorwärts-Katalog stehen sollen.

Zum Antrag 84 ist ein Amendement **Knappe** eingegangen:

Die Kosten der Uebersiedelung des „Volksfreund“ von Offenbach nach Karlsruhe übernimmt der geschäftsführende Ausschuß. Jedoch wird die Vergrößerung vorläufig abgelehnt.

Der Antrag wird mit zur Diskussion gestellt.

Katzenstein-Mainz. Ich schließe mich auch dem Antrag 33 an, bitte aber den Ton, in den Genosse **Pfannkuch** den Polen gegenüber verfallen ist, zu vermeiden. Wir haben nichts mit Germanisirungsversuchen zu thun. Wir kennen nicht deutsche und polnische Genossen, sondern nur Genossen. Ferner möchte ich die rheinische Presse besonderer Berücksichtigung empfehlen, damit auch in den Bezirken der Mosel und der Eifel künftig sozialdemokratische Kandidaturen möglich sind. Das Defizit der „Neuen Welt“ hat sich seit dem Vorjahr allerdings verringert. Wir sollten aber den Inhalt verbessern und dafür sorgen, daß das Blatt für die große Masse und namentlich auch für die Frauen mehr Interesse hat. Das dafür aufgewandte Geld ist gut angelegt. Wir würden noch über weit größere Summen verfügen, wenn der Verdienst, den der Drucker des „Vorwärts“ hat, künftig der Partei zukommen würde. Nach dem Bericht des Parteivorstandes beträgt die Druckerrechnung 345 313 Mk., worin nach meiner Berechnung ein Aufschlag von 70—90 000 Mk. liegt. Auch in Leipzig hat man gegen den Willen der Parteileitung ein eigenes Geschäft gegründet und die besten Erfahrungen damit gemacht. Es handelt sich ja auch nicht nur um den Druck des „Vorwärts“, sondern auch um den einer ganzen Reihe von Broschüren ꝛc. Der Parteivorstand sollte sich die Frage der Gründung einer eigenen Druckerei sorgfältig überlegen. Wir haben umsoweniger Veranlassung, jedes Jahr eine ungeheure Summe einem Privatmann in die Hände fallen zu lassen, als der Drucker des „Vorwärts“ sozialistische Preßunternehmungen genau so unkulant behandelt, wie vielleicht früher seine antisemitische.

Stolten-Hamburg: Der Antrag 83 wird wohl Kopfschütteln erregt haben. (Jawohl!) Der Sachverhalt ist folgender: Wir am „Hamburger Echo“ haben in früheren Jahren denselben Bericht über den Parteitag bezogen wie der „Vorwärts“. Im vorigen Jahre zerschlug es sich wegen der schlechten Bahnverbindung. Wir haben damals nachträglich den Vorwärtsbericht abgedruckt. Ich habe mich in diesem Jahre wieder um den Bericht bemüht, und da wurde mir vom Genossen Baake mitgetheilt, daß die Redaktion des „Vorwärts“ es abgelehnt habe, den Bericht an uns abzugeben (hört! hört!). Es sei dabei geäußert worden: „Das ganze Jahr wird auf uns herumgehackt und wir werden als ein schlechtes Blatt bezeichnet; wenn wir aber einmal etwas Gutes haben, wollen es die Andern auch haben!“ (Heiterkeit!) Ihre Heiterkeit sagt genug. Was soll die ganze Sache aber? Wird der Bericht im „Vorwärts“ dadurch schlechter, weil er auch im „Echo“ steht? Wir sind doch prinzipielle Gegner der Kräfte vergeudenden Konkurrenz. Wir haben uns auf anderem Wege einen brauchbaren Bericht besorgt; es ist aber doch etwas anderes, wenn zwei Berichte von zusammen sechs Personen oder nur einer von drei hergestellt wird, die wir als die besten Kräfte von den sechs auswählen können. Im vorigen Jahre hat die Preßkonferenz beschlossen, einen gemeinsamen Parlamentsbericht herauszugeben. Da könnten wir ja Gefahr laufen, daß uns damit eines Tages dasselbe passirt, wie jetzt mit dem Parteitags-Bericht.

Von den Anträgen bitte ich die Nummern 81 und 84 abzulehnen. Es ist doch eine Thorheit, den Parteischriftstellern vorzuschreiben, was sie thun sollen. Man soll Fremdwörter möglichst vermeiden, aber nicht sie schreiben und hinterher sie verdeutschen. Die Verstaatlichung des „Offenburger Volksfreund“ wäre ein gewagtes Experiment. Hat ein Blatt an einem Orte festen Boden gefaßt, soll man es nicht herausreißen.

Patzer-Oldenburg III: Die Kopf-Blätter sind nicht zu entbehren. Es hat nicht jeder Kreis für ein eigenes Blatt eine genügende Abonnentenzahl. Außerdem ist in bäuerlichen Kreisen ein lokaler Theil in der Zeitung, den die großen auswärtigen Zeitungen aus industriellen Kreisen nicht bringen, nothwendig. Sonst lesen sie die Bauern nicht. Für uns würde es ein schwerer Schlag in Bezug auf unsere Agitation sein, wenn unser Kopfblatt nicht mehr existenzfähig sein würde.

Auer: Der Wunsch in Antrag 25, daß den Abonnenten der „Neuen Welt" Titel und Inhaltsverzeichniß am Schluß geliefert werden soll, wird aller Voraussicht nach seine Erfüllung finden. Aber derartige Wünsche haben auch ihre finanzielle Seite. Wird doch durch diesen Antrag das Budget der „Neuen Welt" mit 4000 Mk. weiter belastet werden. (Hört! hört!) Dem Genossen Hoffmann kann ich die Versicherung geben, daß auch in den Kreisen des Parteivorstandes und vor Allem bei der Buchhandlung Vorwärts durchaus kein Zweifel darüber besteht, daß die „Freien Stunden" besser werden können, als sie sind. Wahrscheinlich wird das Heft „Freie Stunden" von 1 auf $1^1/_2$ Bogen vergrößert werden. Unterstützen Sie aber dieses Bestreben, indem Sie für möglichst weite Verbreitung dieser Zeitschrift sorgen. Im Uebrigen ist bekanntlich tadeln leichter als besser machen. Das weiß vielleicht auch Genosse Hoffmann, der ja selbst Schriftsteller und Buchhändler ist. Die Erkenntniß davon veranlaßte wohl auch den gereizten Ton in seiner Rede. (Heiterkeit.)

Den Wunsch, daß die unleidlichen Verhältnisse in Solingen endlich beseitigt werden, brauche ich nicht nochmals zu betonen. Ich erwarte aber, daß wenn es gelingt, die Konkurrenz des Solinger Parteiblattes zu beseitigen, die Solinger Genossen in den Opfermuth, mit dem sie bisher zwei Blätter erhalten haben, nicht erlahmen werden, damit die „Verstaatlichung" der Partei nicht zu theuer zu stehen kommt.

Die Forderung im Antrag 81 ist absolut unannehmbar. Wir können bestenfalls den Wunsch aussprechen, die Parteischriftsteller sollen auf den allgemeinen Bildungsgang ihrer Leser Rücksicht nehmen. Das werden sie schon in ihrem eigenen Interesse thun. Der Antrag spricht aber doch nicht nur von sozialdemokratischen Zeitungen, sondern von Parteischriftstellern überhaupt. Wie weit soll im Uebrigen der Begriff Fremdwort gehen?

Dann sind wieder die Anträge da, die Alles umsonst von der Partei haben wollen, so besonders die Anträge 28, 32, 33. Es geschieht ja außerordentlich viel, aber es kann nur soviel geschehen, als der Parteileitung Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sie haben ja unseren Finanzminister Gerisch gehört.

Nun zum Hamburger Antrag. So wie Stolten den Grund für den Antrag dargestellt hat, mag es ja wirklich scheinen, als sei da ein Unrecht geschehen. Aber schon in der Angabe der Gründe für den Beschluß ist Stolten schlecht unterrichtet gewesen und ebenso in der Sache selber. In dem Antrag ist von Redaktionen der Parteiblätter zu lesen. In der Begründung sprach er aber blos von der Redaktion des „Vorwärts". Ich kann hier erklären, daß die Redaktion des „Vorwärts" mit diesem ganzen Arrangement garnichts zu thun gehabt hat, daß sie also vollständig außerhalb seiner Schußweite steht. Mich hat vorher noch einer der Redakteure gefragt, wie die Sache sich verhält; er wußte garnichts davon (Heiterkeit). Der Parteivorstand hat dafür zu sorgen, daß wir einen guten Bericht für das Zentral-Organ bekommen und zugleich, daß das Material für das offizielle Protokoll ordnungsgemäß hergestellt wird. Wir haben dazu ein besonderes Bureau bestellt und haben, um obige Zwecke zu erreichen und eine Verzettelung zu verhüten, den mit dieser Arbeit Beauftragten gesagt: Wenn diese Arbeit in auskömmlicher Weise bezahlt wird, dann können wir von Euch auch verlangen, daß Ihr über den Parteitag nur

dem „Vorwärts" berichtet und das Protokoll macht und zwar nur dieses. Das war der Grund für das Arrangement. Ich meine, auch Sie müssen den Standpunkt des Parteivorstandes als richtig anerkennen. (Widerspruch.) Die Herren erklären: Nein! Wir erklären: Ja! (Große Heiterkeit.) Da wir die Verantwortung für das Protokoll zu tragen haben, so sind wir auch dazu berufen, die Geschichte so zu machen, wie wir es für richtig halten. Ladet man uns die Verantwortung auf, dann müssen wir auch die Entscheidung treffen können, sonst bedanken wir uns schön für Arbeit und Verantwortung. Einen Bericht bekommen ja die betreffenden Parteiblätter auch anderswie. Es kann sich für sie nur darum handeln, billiger fortzukommen. Die betreffenden Blätter, die sich beklagen, sind aber so gut situirt, daß sie es tragen können. Nun hat Stolten eine Aeußerung als vom Parteivorstand herrührend, vorgebracht: „Das ganze Jahr schimpft man auf den „Vorwärts"; wenn derselbe aber etwas Gutes hat, dann wollen die Anderen es auch!" Diese Aeußerung ist eine rein private Aeußerung eines Mitgliedes des Vorstandes gewesen, wobei sich der Betreffende garnichts gedacht hat. Ich halte es für höchst überflüssig, eine solche rein private Aeußerung, die so aus dem Handgelenk gethan wird, an die große Glocke zu hängen. Das ist freilich Geschmacksache. (Beifall.) Ich habe die Aeußerung nicht gethan. Wenn ich aber alle Aeußerungen, die mir gegenüber gemacht sind, weitertragen wollte, wohin käme da so Mancher. Ich meine, das ist alter Weiberklatsch. Das sollen wir nicht machen (lebhafte Heiterkeit und Beifall).

Zu dem badischen Antrag hat Stolten bereits sich zutreffend geäußert. Der Wunsch Hoffmann's wird in Erfüllung gehen und damit ist sein Antrag überflüssig. Es ist nämlich beschlossen, daß in den Katalog der Buchhandlung Vorwärts nur eigene Verlagsartikel aufgenommen werden. Was die Forderung der unentgeltlichen Lieferung des Katalogs anlangt, so ist aus einzelnen Orten gefordert worden, ihnen den Katalog in hunderten und tausenden von Exemplaren zu liefern. Das geht nicht.

Die von Katzenstein angeregte Verbesserung der „Neuen Welt" würde ebenfalls zu viel Kosten verursachen; schon blos ein Bild mehr in jeder Nummer würde 4000 Mk. im Jahr kosten. Ich fürchte sehr, daß sein Rechenexempel für den Fall der Uebernahme der Privatdruckerei in Parteiregie sich nicht verwirklichen würde. Aber ganz abgesehen davon, mache ich ihn auf eins aufmerksam. Heute ist schon die Parteileitung in einer Weise mit Verwaltungsarbeiten überlastet, daß sie thatsächlich einen großen Theil ihrer Zeit und Kräfte darauf verwenden muß, die wirthschaftlichen Angelegenheiten der Partei zu regeln, wodurch ihre eigentliche Aufgabe, die Partei-Agitation zu leiten, eingeschränkt wird. Soll auch noch zu der Zeitung die Druckerei des „Vorwärts" hinzukommen, so würde sie ihren Aufgaben wahrscheinlich nicht mehr gerecht werden können. Im Uebrigen hat die Partei aus dem „Vorwärts" Summen bezogen, die beinahe so hoch sind, wie von dem Geschäft in Hamburg. Hamburg würde, wenn Katzenstein recht hätte, mindestens 100000 Mk. bringen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Schaal-Solingen: Ich bitte zunächst, von dem Antrag 64 nur den ersten Theil jetzt zu behandeln, den zweiten Theil aber bei dem Punkt Reichstagsbericht. Und wenn dies geschehen, so bitte ich, den ersten Theil abzulehnen, denn die Einleitung zur Ordnung ist ja durch die Parteileitung bereits getroffen, der Antrag ist also überflüssig. Die „Neue Welt" hat auf jedem Parteitage Spießruthen laufen müssen. Es ist immer über ihren Inhalt geklagt worden, aber eine Verbesserung ist nicht erzielt worden; dem Arbeiter bietet dieses Blatt nichts, die kleinbürgerlichen Kreise können wir damit nicht für uns gewinnen. Den Inhalt und Titel gratis zu geben, halte ich nicht für durchführbar, wohl aber könnte man Denen, die es verlangen, das Inhaltsverzeichniß liefern.

Zur Geschäftsordnung führt **Hoffmann** aus: Nachdem Auer erklärt hat, daß in Zukunft die Buchhandlung Vorwärts nur die im eigenen Verlage erschienenen Schriften in ihrem Katalog verzeichnen wird, ziehe ich den Antrag 85 zurück.

Windhoff-Düsseldorf: Im Interesse der indifferenten Massen, die, wenn ihnen etwas nicht verständlich ist, leicht lesefaul werden und unsere Literatur überhaupt nicht mehr verfolgen, bitte ich um Annahme des Antrages 81. Der Genosse Gerisch hat einige Orte aufgezählt, die viel gezahlt haben, und von anderen gesprochen, die nichts eingezahlt haben. Ich glaube, daß auch Düsseldorf gemeint war. Wir haben einige Zeit nichts schicken können, weil es uns unmöglich war. Jetzt haben wir wieder 100 Mk. geschickt und ich hoffe, daß es auch in Zukunft möglich sein wird.

Singer: Wir diskutiren jetzt nur über den Punkt Presse, der Kassenbericht steht erst später zur Debatte.

Windhoff: Dann komme ich später darauf zurück. Ich will noch bemerken, daß wir in Düsseldorf keine Aufforderung bekommen haben, über die Presse Bericht zu erstatten, und daß auch mir als Vertrauensmann keine Aufforderung zugesandt ist, über die Bewegung im Kreise Düsseldorf zu berichten.

Helbig-Berlin: Ich hätte gewünscht, daß der Antrag 38, der die Stellung des „Vorwärts" beim Hamburger Hafenarbeiter-Streik und der Buchdrucker-Bewegung geprüft wissen will, mit zur Verhandlung gestellt würde.

Singer: Das geht nicht an. Der Antrag befaßt sich mit der Taktik des „Vorwärts" in zwei bestimmten Fällen und wird bei anderer Gelegenheit verhandelt werden.

Helbig weist kurz darauf hin, daß die „Freien Stunden" in ihren Illustrationen und in ihrem Texte zu Beschwerden Anlaß gegeben hätten.

Hänisch-Leipzig tritt für die beiden Leipziger Anträge 25 und 26 ein. Bürgerliche Blätter liefern Titel und Inhaltsverzeichniß ihrer Sonntagsbeilagen gratis. Das muß auch die „Neue Welt" können. Auer rechnet Mehrkosten von 4000 Mk. heraus, die verschwinden; ja es werden bedeutende Ersparnisse gemacht, wenn an Stelle der letzten Nummer Titel und Verzeichniß geliefert wird. Der Kritik an den „Freien Stunden" schließe ich mich an, soweit die Illustrationen in Frage kommen. Mit der Auswahl des Textes war ich durchaus einverstanden. Aber die Illustrationen erheben sich nur wenig über das Niveau dessen, was in der sogenannten Schundliteratur enthalten ist. Ueber die geschäftlichen Ergebnisse der Buchhandlung Vorwärts ist diesmal sehr wenig gesagt. Dem Antrag 33 stimme ich zu; vielleicht kann der ausgezeichnete Landkalender des „Märkischen Volksboten" auch für den Osten verwandt werden, wenn etwa ein halber Bogen als spezieller Anhang für den Osten beigegeben würde. Durch einen solchen Kalender würden Flugblätter u. s. w. gespart werden.

Junger-Solingen: Die Aachener Genossen wünschen die Zugabe von Titel und Inhaltsangabe für die „Neue Welt", aber nur in soviel Exemplaren, als die Kolporteure verlangen. Der Antrag auf Verstaatlichung der „Bergischen Arbeiterstimme" ist schon wegen der kurzen Friststellung unausführbar. Zuviel Dinge müssen vorher geregelt werden.

Hug-Bant: Die „Freien Stunden" sind für die große Masse der Indifferenten berechnet, um die Schundliteratur zu verdrängen. Deshalb muß ihr Inhalt so eingerichtet werden, daß sie der Masse gefallen. Namentlich sollten die Bilder verständlicher sein. Es würde auch nicht schaden, wenn außer bei historischen Romanen die Bilder ganz fortfallen. Ferner müssen die Kolporteure mehr für die Verlagsartikel des „Vorwärts" interessirt werden. Wir müssen alle Mittel der Konkurrenz, soweit sie anständig sind, heranziehen.

Bebel: Ich kann in der Hauptsache alledem zustimmen, was Genosse Auer für oder gegen die einzelnen Anträge angeführt hat, und ich könnte deshalb auf das Wort verzichten, wenn nicht einige seiner Ausführungen Widerspruch erfahren hätten. Genosse Hänisch wundert sich, daß der diesmalige Geschäftsbericht keine genaue Uebersicht über die Partei-Buchhandlung enthält. Nun, wir haben seit länger als einem Jahre keine Partei-Buchhandlung mehr, und deshalb kann auch nichts davon im Bericht stehen. Wenn ich noch nicht deutlich genug gewesen bin, so will ich darauf hinweisen, daß die Umsturzvorlage uns bewogen hat, sowohl die Partei-Buchhandlung als auch eine Reihe anderer Unternehmungen, die bisher Partei-Eigenthum waren, in Privatunternehmungen umzuwandeln. Das ist zugleich ein Fingerzeig, wie es werden müßte, wenn wir auch eine eigene Druckerei in Berlin gründeten. Wer Katzenstein hört, für dem war es zweifellos, daß Bading 70—80 000 Mk. per Jahr verdient, das ist einfach Unsinn. Bading stellt uns die Sachen erheblich billiger her, wie jeder andere Drucker. Daß er ein Geschäft macht, ist selbstverständlich, denn ohne Profit raucht kein Schornstein. Mit einem Schlage aber würde sich die Sache ändern, wenn wir ein Partei-Unternehmen hätten. Welche Anforderungen dann an die Partei gestellt werden, das haben wir in Hamburg zur Genüge erfahren. Das Hamburger Geschäft, das mindestens so groß ist wie das Bading'sche (Ruf: Doppelt so groß!) wirft einschließlich des „Echo" keinen größeren Gewinn ab, als der „Vorwärts" allein. Aus dem Hamburger Geschäft würde jeder Privatunternehmer mindestens das Doppelte herausschaffen. Das Hamburger Geschäft repräsentirt gegenwärtig in seinen Maschinen, abgesehen von den Häusern, einen Werth von 400 000 Mk. Wir hälten in ein Berliner Parteigeschäft, das den an es gestellten Anforderungen entspricht, mindestens 250 000 Mk. hineinzustecken. Man sagt, das wirthschaftet man heraus. Jawohl, aber es fragt sich, ob man Zeit hat, das herauszuwirthschaften. (Sehr richtig!) Ich wundere mich nur, daß die Leute, die den Anspruch erheben, Politiker zu sein, in solchen Dingen nicht weiter sehen, als ihre Nase reicht. Können wir denn in Deutschland sagen, so wird's bleiben? Ich habe vor Jahren gesagt: Nehmen wir uns in Acht, wir sind noch nicht über den Berg, wir stehen erst vor dem Berg, heute sage ich, wir kommen jeden Tag dem Berge näher, aber was schließlich eines Tages kommen wird, wissen wir nicht. Ist es denn ein Geheimniß, daß es sehr einflußreiche Personen im Reiche giebt, die jeden Tag gegen die Sozialdemokratie losschlagen möchten? Oder ist es ein Geheimniß, daß die Junkerpartei jeden Augenblick bereit ist, gegen uns ein Ausnahmegesetz zu schaffen? Ist es ferner ein Geheimniß, daß die deutsche Bourgeoisie jeden Moment bereit ist, auf's Neue gegen uns loszugehen? Haben wir das nicht schon einmal gehabt. Die große Mehrheit der heutigen Genossen kennt das nur vom Hörensagen, wir älteren aber haben es durchgemacht. Wir haben damals die Liquidation der Parteiunternehmungen durchführen müssen, ich selbst mußte bei der Liquidation des größten Parteigeschäfts, des Leipziger, Todtengräberdienste leisten und habe nicht den Wunsch, eine solche Thätigkeit ein zweites Mal entfalten zu müssen. Was ist denn damals überhaupt aus den Parteigeschäften geworden? Sie sind alle mit Ausnahme des Hamburger Geschäfts, das ein glücklicher Umstand gerettet hat, zu Grunde gegangen. Darüber sind wir doch Alle einig, kommen einmal neue Stürme gegen die Sozialdemokratie, dann sind sie noch ganz anders als das Sozialistengesetz sie uns brachte. Daß man sich alle die Erfahrungen und öffentlichen Erörterungen, die wir ja als demokratische Partei zu machen gezwungen sind, ad notam nimmt und bei gelegener Zeit benutzt und daß man dann die Gesetze so formulirt, daß alle Privatverträge nichts nützen, ist für mich sicher. Das hat man schon beim Sozialistengesetz erfahren! Da war in Breslau ein

reines genossenschaftliches Unternehmen, kein Parteigeschäft, eine Buchdruckerei mit der Firma Zimmer und Komp. Die Thatsache, daß eine Parteizeitung bis zu ihrer Unterdrückung dort gedruckt wurde, hat Veranlassung gegeben, das Geschäft zu konfisziren und alle Einsprüche haben daran nichts ändern können. Das Geschäft ist verloren gegangen. Wir haben in Berlin die große Assoziations-Buchdruckerei gehabt. Als 1878 der große Belagerungszustand verhängt wurde, mußte sie sofort in Liquidation treten und die sauer verdienten Arbeitergroschen, mit denen sie gegründet war, sind bis auf den letzten Pfennig darauf gegangen. Aehnlich ist es Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bremen, Hof, Augsburg, München, Elberfeld und einer Reihe anderer Städte gegangen. Und daraus sollten wird keine Lehre ziehen? Sollen wir etwa das gesammte Parteivermögen so anlegen, daß eines schönen Tages die Reaktion nur die Hände auszustrecken braucht? Und wie nothwendig haben wir damals die Tausende gehabt, die heute vor der Polizei sicher sind. Denn sie bekommt sie nicht und wenn sie sich auf den Kopf stellt. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn wir nur eine Geschäftspartei sein wollen, so begreife ich es, daß wir Unternehmungen der verschiedensten Art ins Leben rufen. Aber beachten Sie wohl, in dem Augenblick, wo wir in Berlin eine Druckerei gründen, müssen wir auch ein Geschäftshaus kaufen. Dann wird es weiter heißen, da legen wir den Parteivorstand, das Archiv und noch vieles Andere hinein. Ja, warum errichten wir nicht ein Parteihotel, in dem die Abgeordneten logiren können? (Heiterkeit.) Und wenn es überhaupt auf das Geschäftemachen ankommt, dann werfen wir uns doch auch gleich auf das Konsumvereinswesen. Was Herr v. Podbielski als Direktor des deutschen Offizier- und Beamtenvereins konnte, das kann die deutsche Sozialdemokratie allemal. Wir würden Millionen einheimsen können, aber dann gehen wir natürlich auf in Geschäftspraktiken und Geschäftsstreitigkeiten des Tages unter und unsere eigentlichen Aufgaben würden darunter leiden. Ich bitte also recht dringend: Ueberlegen Sie sich die Sache, beachten Sie vor allen Dingen, daß wir eine politische Kampfpartei sind und daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, den politischen Kampf zu führen. Ueberlassen wir solche Geschäfte Denen, die sie unter gegebenen Verhältnissen am besten zu führen im Stande sind, und sorgen wir dafür, daß, wenn wir einem Privatunternehmer in die Hände fallen müssen, der uns nicht allzusehr rupft. (Lebhafter Beifall.)

Singer theilt mit, daß der Antrag 83 zu Gunsten folgenden Antrages zurückgezogen ist.

„Die Parteileitung wird verpflichtet, die offiziell hergestellten Berichte über den Parteitag allen Parteiblättern, die ihn zu haben wünschen, zum gleichzeitigen Abdruck zu überlassen."

Gewehr-Elberfeld: Ich verstehe, daß der Vorstand keine Sehnsucht nach der Verstaatlichung der „Vorwärts"-Druckerei hat und bin ganz mit ihm einverstanden, nur gegen den Grund will ich mich wenden, den Auer dafür angeführt hat: Er sagt, der Vorstand ist mit Arbeiten überhäuft, während Pfannkuch die stärkere Durchführung des zentralistischen Prinzips gefordert hat. Das eine paßt nicht zum andern. Wir werden dazu übergehen müssen, uns eine andere Organisation zu geben und die Zahl der Genossen im Vorstande zu vermehren. Was den Stolten'schen Antrag anlangt, so mag es dahingestellt sein, wie die Sache steht. Eins ist mir nur an der Auer'schen Rede aufgefallen. Er meinte, mögen Sie Nein sagen, wir sagen Ja! Das klingt gerade so, als sollte diese nebensächliche Frage zu einer Kabinetsfrage gemacht werden. Es wäre angemessen, wenn der Genosse Auer einen anderen Ton anschlagen möchte. Der Antrag auf einen Gratiskalender ist schon vor Jahren abgelehnt worden. Ein einheitlicher Agitationskalender ist unmöglich. Die Redaktion des „Neuen Welt-Kalenders" bedarf in mancher Beziehung der

Regelung. Aber daß ein sozialdemokratischer Parteitag erst einen Antrag annehmen soll, in den Parteikalender gehören keine „patriotischen" Bilder, ist unmöglich. Hoffentlich ziehen die Antragsteller den Antrag selbst zurück. Der Antrag Windhoff führt zu lächerlichen Konsequenzen. Ich bitte, lehnen Sie ihn ab. (Beifall.)

Slomke-Bielefeld: Ich möchte anregen, daß die Preßkonferenz, die sich ja bewährt hat, künftig vor dem Parteitag zusammentritt, damit ihre Beschlüsse nicht mehr in der Luft hängen bleiben. Dem Antrag Stolten können wir, glaube ich, in seiner jetzigen Fassung zustimmen; es ist nicht nöthig, den Blättern doppelte Kosten aufzuhalsen, die viel besser für Agitationszwecke verwendet werden können. Auf der nächsten Preßkonferenz kann ja eine Einigung darüber erzielt werden, daß der Kongreßbericht von den besten Kräften gemacht und in Zukunft den Parteiblättern gratis eingeschickt wird.

Schumacher-Solingen: Ich will Ihnen nicht die Geschichte des Kreises Solingen erzählen. Wenn die Verschmelzung der beiden Parteiblätter ermöglicht wird — darum allein handelt es sich —, wird auch ein friedlicher Zustand damit angebahnt werden. Es wird dann nicht vorkommen, daß sich die Genossen des Kreises bei den Wahlen in ihrer Presse gegenseitig bekämpfen. Der Fremdwörter-Antrag ist undurchführbar.

Nunmehr wird um 7 Uhr die Diskussion abgebrochen.

Vorsitzender **Singer**: Es ist mir ein Brief vom Genossen Parvus zugegangen, worin er mich auf Nr. 229 der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" aufmerksam macht. In dieser Nummer befinden sich als das Resumee einer in dieser und in früheren Nummern enthaltenen Betrachtung über die „Aufgaben der Sozialdemokratie" eine Anzahl Anträge, die, wie er wünscht, hier auf dem Parteitag als von ihm eingebracht behandelt werden sollen. Ich bin nun nach dem Organisationsstatut nicht in der Lage, Anträge von einzelnen Personen, die nicht von dem Vertrauensmann ihres Kreises unterzeichnet sind, zu akzeptiren. Auf eine Umfrage ist mir weiter mitgetheilt worden, daß von den Delegirten von Dresden und Umgegend sich keiner veranlaßt sieht, die ganzen Anträge oder einen von ihnen zu dem seinigen zu machen. Um nun der Presse ihr Recht in keiner Weise zu verkümmern, mache ich die Delegirten auf diese Anträge aufmerksam. Ich werde abwarten, ob einer der Delegirten einen dieser Anträge zu dem seinigen machen wird. Ich habe die Sache vorgebracht, um von vornherein jedem etwaigen Mißverständniß aus dem Wege zu gehen. Nach unserem Organisationsstatut und unserer Geschäftsordnung ist eine andere Behandlung nicht möglich. — Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden. — Ich schließe die Sitzung.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 5. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt.

Dem Antrag 81 ist vom Antragsteller folgende Fassung gegeben worden:

> Der Parteitag spricht den Wunsch aus, den einzelnen Partei-Organen immer dann, wenn dieselben Fremdwörter enthalten, eine Erklärung derselben beizufügen, ähnlich wie in dem vormaligen „Sozialdemokrat".

Baerer-Harburg: Die Anregung bezüglich einer Aenderung der „Neuen Welt" bitte ich abzulehnen wegen der von Auer schon hervorgehobenen Mehrkosten, die dadurch verursacht werden würden. Ich habe gefunden, daß dem vom vorigen Parteitag ausgesprochenen Wunsch auf Verbesserung des Inhalts der „Neuen Welt" entsprochen ist; ich habe auch nirgends Klagen

darüber gehört. Abzulehnen bitte ich auch den Antrag der Karlsruher Genossen auf Verstaatlichung des „Volksfreundes".

Geck-Offenburg: Als Verleger des „Volksfreunds" stehe ich dem Antrag auf Verstaatlichung mit einer gewissen Wurstigkeit gegenüber. Aber der Antrag Karlsruhe beruht auf dem ausgesprochenen Wunsch aller badischen Genossen. Die Mannheimer „Volksstimme" macht nicht den Anspruch über Mannheim und seine pfälzische Umgebung hinaus den Parteigenossen zur Verfügung zu stehen. Die Antragsteller wollen nicht heute schon eine Festlegung auf große finanzielle Konsequenzen, sie wollen nur, daß der Parteitag heute die Sache endlich praktisch behandelt und nicht in der üblichen Art die Sache mit theoretischen Erwägungen abmacht. Der „Volksfreund" ist allerdings finanziell sicher gestellt; er hat 4300 Abonnenten und bei einem genügenden Druck auf die Pforzheimer Genossen wäre es sehr leicht möglich, das Blatt schon jetzt bei dreimaligem Erscheinen in der Woche mit 6000 Abonnenten, also in durchaus guten Verhältnissen, in das Eigenthum der Partei überzuführen. In der Residenzstadt würde sich die Sache natürlich viel günstiger noch gestalten, weil da ein viel besserer Boden für Inserate ist und eine große Postportoersparniß eintreten wird. Was sie dann bei täglichem Erscheinen will, ist Sache der Parteileitung und der Sachverständigen. Ich persönlich wünsche von der verantwortlichen und meine Zeit vollkommen in Anspruch nehmenden Thätigkeit der Herausgabe des „Volksfreundes" befreit zu werden. In Baden fehlt es an geschulten Kräften für die Agitation, hierfür kann ich meine Zeit viel besser verwenden. Ich habe auch weiter noch ein persönliches Interesse auf Grund meiner Erfahrungen aus meinem Postprozeß, wo die Parteileitung mich im Stich ließ und mich die Kosten meiner Verurtheilung allein tragen ließ; da verliert man am Ende die Lust, noch weiter die Lasten für die Partei zu tragen. Ich habe den Eindruck von der Auer'schen Rede gewonnen, daß diesmal doch etwas mehr Lust da ist, den badischen Genossen entgegenzukommen als früher, und als ob Auer jetzt volksfreundlicher geworden ist (Heiterkeit) oder, wie wir Badenser sagen, der antikollektivistische Auerschädel wird etwas kollektivistischer für uns (Heiterkeit). Also ich ersuche um Annahme des Karlsruher Antrages. Durchaus unannehmbar ist der Fremdwörter-Antrag. Es giebt ja Fremdwörter, wo die Beifügung einer Verdeutschung ganz unmöglich ist.

Vorsitzender **Singer**: Eine mir zugegangene Mittheilung stellt fest, daß wir einschließlich der vier Delegirten der Bruderparteien 218 Theilnehmer am Parteitage sind, wovon 184 Delegirte; die übrigen sind kraft ihrer Stellung in der Partei an der Theilnahme am Parteitage berechtigt.

Sodann möchte ich, um die Diskussion abzukürzen, mittheilen, daß die Redaktion der „Vorwärts" schon seit längerer Zeit am Ende des Jahres ein Inhaltsverzeichniß anfertigt und Denen giebt, die den Wunsch danach aussprechen. Dann erledigt sich ja die Angelegenheit dadurch, daß für Die, die es haben wollen, mehr Abzüge gemacht werden.

Knapp-Stettin: Hoffentlich wird der Antrag 28 angenommen, da die kleinen Orte nicht in der Lage sind, Geld für die Landagitation auszugeben. Auch der Antrag 33 ist der Annahme werth. Gerade aus dem Osten kommen die Lohndrücker. Auf diese Massen wirkt ein Landkalender viel mehr als Flugblätter, die weggelegt werden. Auch die Geldkosten sind nicht so bedeutend, weil der Kalender ja an Stelle der sonst verbreiteten Gratisbroschüren tritt. Den Antrag 64 bitte ich abzulehnen, da es gefährlich ist, das Parteivermögen derart festzulegen. Den Solingern kann eine Summe zweifellos vorgeschossen werden, wenn finanzielle Schwierigkeiten der Zusammenlegung der Blätter entgegenstehen. Was den Antrag 83 anlangt, so hat sich herausgestellt, daß es sich nicht um eine üble Meinung gegen das Hamburger

Organ handelt. Damit ist die Sachlage verändert. Zu dem Antrag 84 habe ich einen Abänderungsantrag eingebracht. Ich beantrage, daß der Partei-Ausschuß die Uebersiedelung des Offenburger Blattes nach Karlsruhe bezahlen soll. Durch die Uebersiedelung des Blattes werden die Portokosten vermindert und das Blatt selber in den Mittelpunkt des Landes gebracht. Aber das Privateigenthum des Verlages wollen wir unberührt lassen. Auch wenn das Blatt in Parteieigenthum genommen wird, würde die Last der Geschäfte doch wieder auf Geck fallen. Sachlich würde Alles beim Alten bleiben. Lehnen Sie also den Antrag 84 ab und nehmen Sie meinen Antrag an. Damit wird den badischen Genossen die gewünschte Hilfe zu Theil.

Singer: Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß der Antrag 64 erst nach Erledigung der Anträge 39 und 40 zur Abstimmung gebracht wird. 39 und 40 beziehen sich auf die Taktik und werden bei Punkt 4 der Tagesordnung erörtert werden. Ich nehme an, daß sich dieser Wunsch nur auf den zweiten Theil des Antrages 64 bezieht, der sich mit der Solinger Kandidatur befaßt. Der zweite Theil wird also bei Punkt 4 erledigt werden. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Fischer-Berlin: Eine mehr persönliche Angelegenheit ist durch den Antrag Stolten (83) in die Debatte gezogen. Um den Antrag zu verstehen, muß man seine Geschichte kennen. Eines Tages sagte mir Genosse Baake, der von der Buchhandlung Vorwärts mit für die Herstellung des Vorwärts-Berichtes und des Protokolls engagirt war, das „Echo" wolle nicht den Bericht seines Bureaus, sondern den Originalbericht des „Vorwärts" haben. Ich erwiderte, die Redaktion des „Echo" möge sich direkt an den Verlag des „Vorwärts" oder an die Parteileitung wenden. Acht Tage später fragte mich der Kompagnon Baake, wie die Sache stände. Ich sagte, das Verlangen sei abgelehnt, und daran knüpfte sich eine private Unterhaltung, in der die Redewendung fiel: „Das ganze Jahr schimpft man auf den „Vorwärts" und wenn er nun bei solchen Anlässen besonders gute Berichte liefert, dann soll er sie an dieselben Leute abgeben." Und da begreife ich nicht, warum Schoenlank gestern so ganz besonders in Entzücken gerieth, als diese Stelle verlesen wurde, denn er gehört zu Denen, die immer in der moquantesten Form, so von oben herunter gegen den „Vorwärts" polemisiren und dann bei Anlässen wie die Parteitage u. dergl. die Solidarität und das Entgegenkommen des „Vorwärts" beanspruchen. Zu der Ablehnung haben auch die Erfahrungen früherer Jahre Anlaß gegeben. Heute noch ist der auf eine Zeitung entfallende Antheil des letzten Parteitagsberichts nicht an uns bezahlt. Die „Leipziger Volkszeitung" hatte im vorigen Jahre auch auf unseren Bericht reflektirt, ihn aber nur den einen Tag benutzt, an dem Schoenlank's und Steiger's Lob gesungen wurde. Die Konsequenz des Antrages Stolten ist einfach die, daß dem „Vorwärts" untersagt wird, Originalberichte über besondere politische Vorgänge zu bringen, jedem anderen Parteiblatt dies aber freigestellt wird. (Widerspruch.) Im Uebrigen meine ich, war es sicher nicht nöthig, eine Angelegenheit, die sich durch persönliche Rücksprache in fünf Minuten hätte erledigen lassen, öffentlich vor den Parteitag zu bringen. (Sehr wahr!)

Nun zu Genosse Hoffmann. Er hat gestern behauptet, daß der Katalog der Buchhandlung Vorwärts in tendenziöser Weise ausgearbeitet wird und hat sich darüber beschwert, daß die unsterblichen Werke des Schriftstellers Hoffmann (Heiterkeit) nicht darin enthalten sind. Als höflicher Mann gehe ich über die Beweggründe hierfür hinweg. (Heiterkeit.) Der Verlagsbuchhändler Hoffmann glaubt in dem Bericht über die Thätigkeit der Buchhandlung Vorwärts eine Stelle zu finden, die eine Erklärung für dies sonderbare Verhalten der Geschäftsleitung abgiebt; er stellt den Passus von der „Privatspekulation literarischer Freibeuter" so hin, als schließe der Katalog aus Konkurrenzneid

die Erscheinungen anderer Verlagsbuchhandlungen aus. Hoffmann weiß aber nichts von solch' literarischer Freibeuterei; er hat keine Ahnung davon, daß z. B. von gewissen Verlegern vorhandene bürgerliche Werke wie Weltgeschichte, Buch der Erfindungen, Gottfried Keller's Romeo und Julia, Tennyson's Enoch Arden u. dergl. dem nächsten besten Studenten übergeben werden, er solle das abschreiben und ein paar sozialdemokratisch klingende Redensarten darüber gießen; er weiß nichts davon, daß dann diese abgeschriebenen und verballhornten Werke als populär-wissenschaftliche, angeblich arbeiterfreundliche, Lieferungswerke den Arbeitern aufgeschmiert werden! Soll für solchen Schund die Vorwärts-Buchhandlung Reklame machen? Von den 80 Seiten unseres Katalogs ist kaum der fünfte Theil Verlagsartikel des „Vorwärts"; es ist Alles vielmehr darin verzeichnet, was bei Dietz, Wörlein, Ernst in München, Slomke in Bielefeld u. s. w. und in anderen Parteigeschäften erschienen ist. Die Artikel von Adolf Hoffmann sind freilich nicht aufgenommen, denn unser Katalog ist nicht wie der eines anderen Geschäftes. Unsere Genossen betrachten den Katalog als ein Verzeichniß empfehlenswerther Schriften, und da haben wir eine moralische Verantwortung. Irrthümer sind freilich nicht ausgeschlossen, aber jede Reklamation an mich oder an die Parteileitung wird gewissenhaft geprüft. Wenn man freilich an Agitationsschriften den Maßstab legt, daß wissenschaftliche Befähigung, literarisches Wissen und die Kenntniß der deutschen Sprache unfähig zur Abfassung solcher Schriften machen, dann allerdings wird unsere Aufgabe eine ganz andere. Einstweilen aber stehen wir auf dem Standpunkt, dem auch Genosse Frohme in seiner Eröffnungsrede Ausdruck gegeben hat: Der Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen. (Sehr gut!) Wir dürfen nicht zur Unbildung hinuntersteigen, um großen Absatz zu erzielen, wir müssen diese ungebildeten Elemente allmälig heranziehen, und deshalb, meine ich, sind die besten Kräfte der Partei allein im Stande, Agitationsschriften für die Massen zu schreiben, aber nicht Jeder, der einmal eine gute Rede gehalten oder einen guten oder schlechten Witz zum Besten gegeben hat, ist dazu befähigt. Wenn blos die Verbreitung einer Schrift und ihre Uebersetzung in fremde Sprachen maßgebend sein soll — ja, der Roman „Scharfrichter Krauts" ist auch in fremde Sprachen übersetzt und hat eine noch höhere Auflage als die „Zehn Gebote". (Heiterkeit). Aber er wird trotzdem nicht in unseren Katalog und auch nicht in Kürschner's Bibliothek der Nationalliteratur aufgenommen. Wir verlegen und empfehlen nur Broschüren, die wir vom Standpunkte der Partei aus verantworten können.

Genosse Auer ist in Bezug auf den Katalog im Irrthum. Die Buchhandlung hat garnicht die Absicht, diesen Katalog eingehen zu lassen, sie will nur neben diesem noch einen zweiten herausgeben, der nur die Verlagsartikel des Vorwärts enthält. Wir können doch nicht die starken Kataloge, die uns viel Geld kosten, in beliebiger Anzahl hinauswerfen, noch dazu an Geschäfte, die nicht einmal von uns beziehen. Gratis werden diese Kataloge auch heute schon, sowohl an Geschäfte wie an Private abgegeben. Davon, daß eine Kommission bestimmt, was in den Katalog aufgenommen werden soll, kann gar keine Rede sein. Genosse Hoffmann war freilich so vorsichtig zu verlangen, daß nur Derjenige Mitglied der Kommission werden könne, der den Befähigungsnachweis für die wissenschaftliche und literarische Unfähigkeit erbracht hat (Heiterkeit), aber wer gute Broschüren geschrieben hat, der soll nicht mitsprechen. Es wundert mich nur, daß Berliner Delegirte den Antrag mit unterschrieben haben, welcher die Preßkommission so tief einschätzt.

Der Schriftsteller Hoffmann hat dann auch als Literarhistoriker sein Urtheil abgegeben über „In Freien Stunden". Ich bin für jeden Tadel und Hinweis zur Besserung dankbar, aber Voraussetzung ist, daß die Kritik unter dem Gesichtspunkte erfolgt, daß sie dem Interesse und dem Ansehen der

Partei entspricht; wenn man aber Kritik blos um der schnoddrigen Herunterreißerei Willen ohne jede materielle Grundlage betreibt, so darf man es mir nicht übel nehmen, wenn ich solche Kritik nicht besonders hoch einschätze. Genosse Hoffmann sagt, „In Freien Stunden" sei ein Unternehmen, so miserabel, daß man sie lieber eingehen lassen sollte, da ja doch nichts mehr daraus werden könne, aber er hat sich wohl gehütet zu sagen, weswegen. Ist es die Ausstattung, ist es der Inhalt? Das Unternehmen begann mit dem meisterhaften Roman 1793 von Victor Hugo. Ja, Parteigenossen, Sie verlangen doch immer Tendenzromane, die nicht blos gedankenlose Unterhaltung, sondern auch Belehrung bringen. Hier haben Sie einen solchen, tiefe Gedanken in herrlicher Sprache. Ich erinnere nur an die geradezu großartige Schilderung des Convents, an die scharfe, kurze Charakteristik der treibenden Kräfte und Personen jenes welthistorischen Tribunals, ferner an die wundervolle Kerkerszene, in der Gauvain und Cimourdain über die tiefsten Probleme der Menschheit ihre Gedanken austauschen, über die Entwickelung der bürgerlichen zur idealen, zur sozialen Republik, über die Befreiung des Weibes aus geistiger und wirthschaftlicher Knechtschaft! Man kann über diesen sowie den jetzigen Roman, der in vornehmer Sprache und feiner psychologischen Charakterisirung uns den Niedergang des polnischen Adels, das Aufstreben und Aufkommen des politisch rechtlosen, aber wirthschaftlich bereits mächtigen Judenthums schildert, urtheilen wie man will, man kann sagen, er stellt zu große Anforderungen an die Genossen, er ist zu hoch. Eine solche Kritik gebe ich zu. Gewiß, wenn man die „Zehn Gebote" liest, braucht man seinen Kopf nicht anzustrengen. Aber wenn man solche literarische Werke schlankweg als Schund bezeichnet, dann blamirt man geradezu die Partei vor der ganzen gebildeten Welt und erweist sich einfach als unwissenden, anmaßenden Literatur-Troddel!

Der Antrag, der auf eine künstlerische und technische Verbesserung dieser Zeitschrift hinausläuft, ist berechtigt, denn das ist ja selbstverständlich auch unser Bestreben. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß die Buchhandlung Vorwärts nicht Hunderte und Tausende in ein einziges Unternehmen hineinstecken und damit alle übrigen Aufgaben der Partei vernachlässigen darf. Man darf doch unsere Zeitschrift nicht mit den Schundromanen vergleichen, das ist ein Unterschied wie Tag und Nacht. Ich habe hier eine ganze Serie solcher Schundromane zum Vergleich — urtheilen Sie selber! Wenn der Wunsch ausgesprochen ist, daß der Inhalt vermehrt wird, so ist das ja gerade ein Beweis dafür, daß der Roman gelesen wird, denn wenn man nicht genug davon bekommen kann, so ist das doch ein Zeichen, daß er Beifall findet. (Widerspruch.) Wenn gesagt wird, wir sollten unseren Kolporteuren mehr geben, so ist demgegenüber zu betonen, daß wir den Kolporteuren genau so viel geben wie die Gegner, nur in anderer Form. Jene Schund-Verlagsartikel werden auf billigem Papier hergestellt, in schlechter Ausstattung, in billig produzirenden Druckereien und in Buchbindereien, die ausschließlich mit Kindern und Frauen arbeiten. Wir müssen Alles viel theurer bezahlen; man verlangt, daß das was die Buchhandlung Vorwärts herausgiebt, schön ausgestattet wird, aber wie das möglich ist, ohne daß ein entsprechender Preis dafür angesetzt wird, das Räthsel soll erst noch gelöst werden. Wir werden vom 1. Januar ab den Inhalt um die Hälfte vermehren, ohne den Preis zu erhöhen, wir werden uns auch bestreben, nach einer gewissen Richtung hin den Kolporteuren mehr zu geben, aber Sie dürfen nicht vergessen, einmal, daß jene Schundromane 60, 80, 100 und 200 Hefte lang sind, also viel theurer werden, dann auch, daß wir von Ihnen, vom Parteitag, den Auftrag haben, diese Erscheinungen den Genossen zum billigsten Preise zu liefern. Ich erinnere nur an den „Neuen Welt-Kalender", damals hat ja gerade der

Parteitag den Preis für die Genossen erniedrigt und damit den Gewinn der Kolporteure verringert. Dann sagt man, die Illustrationen taugen nichts, sie müssen besser werden. Die Zeichnungen sind von einem der besten Zeichner Berlins hergestellt, sie werden vervielfältigt in der besten Anstalt, die auf diesem Gebiete vorhanden ist; was den Genossen fremd ist und ihr Auge verletzt, ist nicht die Zeichnung, nicht der Druck, sondern das Reproduktionsverfahren, an das sie nicht gewohnt sind. Das Auge unserer Genossen ist an diese Tuschzeichnung, die mit scharfen Kontrasten zwischen Licht und Schatten arbeitet, nicht gewöhnt, es sucht noch die sanften, weichen Uebergänge des Holzschnitts. Ich werde auch diesen Beschwerden Rechnung tragen und bei dem nächsten Roman ein anderes Verfahren anwenden. Solchen Unternehmungen muß Zeit zur Entwickelung gegeben werden — ich erinnere nur an den „Wahren Jakob": wie einfach präsentirte er sich vor 12 Jahren und wie reich ausgestattet heute? — sie dürfen aber nicht von vornherein die unberechtigsten und schädigendsten Kritiken erfahren.

Nun zu Katzenstein. Ich habe garnicht gewußt, daß ich ein so unfähiger Tropf bin, wie Katzenstein mich hinstellt, und besonders wehe that es mir, weil ich annahm, Katzenstein gehöre zu den Genossen, die alles das verstehen, worüber sie sprechen; aber als ich von ihm die Vorwärts-Rechnung aufstellen hörte, habe ich mir gesagt, daß der Tropfen semitischen Blutes, der nach Auer auch in Parteigeschäften vorhanden sein muß, ihm fehlt. (Heiterkeit.) Statt allgemeiner Redensarten kann ich verlangen, daß er bestimmte Thatsachen anführt, die beweisen, daß die Buchhandlung Vorwärts ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist. Er meinte, der Buchhandlung fehle der buchhändlerische Charakter. Ja wohl, daß ist ja ganz unsere Absicht und das ist nothwendig, denn wir setzen nicht an Buchhändler ab, sondern an Parteigenossen, und wir müssen uns den Anforderungen, Bedürfnissen und Geschäftsgewohnheiten der Genossen anschließen. Deshalb dürfen wir gegen unsere Abnehmer auch nicht so rigoros vorgehen. Auch daß wir verhältnißmäßig schwer in den bürgerlichen Buchhandel eindringen, hat neben den Parteigegensätzen seinen Grund, denn wir haben meist billige Broschüren, für die sich die Buchhändler nicht besonders interessiren, weil sie nicht viel daran verdienen. Auch die Kolporteure führen unsere Artikel lieber nicht, diese Leute, die Jahr aus Jahr ein geradezu von der Gnade der Polizei leben und einen fortwährenden Kampf um ihre Existenz führen, sagen sich: Was sollen wir uns mit der Polizei ganz und gar verfeinden, wenn wir noch sozialdemokratische Schriften vertreiben? Daß unsere Literatur in die Masse hineinkommt, ist nicht Sache der Buchhandlung, das ist Sache der Agitation, denn mit unserer Literatur können wir uns immer nur an einen Bruchtheil der Bevölkerung wenden. Deshalb hat auch die Buchhandlung darauf verzichten müssen, ihr Geschäft rein buchhändlerisch einzurichten.

Ob man kleineren Orten, die wenig absetzen, auch dieselben Preise gewähren kann, wie größeren, das ist ein Thema, über das man sich sehr wohl verständigen kann, zumal es bei den meisten Agitationsschriften heute schon geschieht. Ich bitte Sie also, die Anträge in dem Sinne anzunehmen, wie ich es ausgeführt habe, aber in Zukunft auch gegen die Parteiangestellten gerecht zu sein. (Beifall.)

Kolb-Karlsruhe: Gewehr hat sich gestern über den Ton beschwert, den Auer angeschlagen hat. Nun, ich meine, Auer war gestern viel liebenswürdiger als sonst; auch unseren badischen Wünschen gegenüber ist er nicht mehr so ablehnend. Wer sich gegen unseren Antrag erklärt, kennt die Verhältnisse des badischen Landes nicht.

Bérard-Hamburg: Ich hätte geglaubt, daß wir diesmal mit einer Debatte über die „Neue Welt" verschont bleiben würden. Das ist nicht geschehen. Der Antrag 25 steht im Widerspruch zu dem Beschluß des vorigen

Parteitags, die Kosten des Blattes zu vermindern. Nur wenige Leser lassen sich die „Neue Welt“ einbinden; es wäre also weggeworfenes Geld. Der Zweck des Antrages 25 wird dadurch erreicht, daß der Verlag des „Vorwärts“ ein Inhaltsverzeichniß herausgiebt. Die Bilder sind durch Katzenstein bemängelt worden; eine Verbesserung resp. Vermehrung würde das Defizit wieder anschwellen lassen. Das Blatt soll kein Kunstblatt sein, sondern leichte Unterhaltungslektüre für die Frauen. Ueber die Verstaatlichungsidee Katzenstein's hat Bebel gestern bereits in politischer Beziehung das Nöthige gesagt. Ich will nur hinzufügen, daß ein Privatdrucker in der That billiger produziren kann als die Partei. Merkwürdig, daß dieselben Genossen, die Wünsche für die Verstaatlichung haben, über die hohen Preise der Parteidruckereien klagen. Um ein Geschäft wie die „Vorwärts“-Druckerei zu leiten, dazu gehören tüchtige Kräfte, die wir nicht so leicht finden. Weshalb nicht? Der Privatdrucker kann die Leiter des Geschäfts bezahlen wie er will. Wenn wir aber dem Leiter, wie es in bürgerlichen Geschäften üblich ist, 5—6000 Mk. zahlen wollten, dann erhebt sich ein großes Geschrei, wir wollten Millionäre züchten. Kommissionen werden eingesetzt, in denen sich zwar tüchtige und ehrenwerthe Genossen befinden, die aber keine Fachkenntnisse besitzen. Sie sollen nun den Leiter der Druckerei überwachen, reden überall hinein und verbittern dem Leiter das Leben. Eine Quelle ewigen Aergers ist geschaffen. Schon deshalb möchte ich den Genossen von der Verstaatlichung der „Vorwärts“-Druckerei abrathen.

Ich muß hier Klage darüber führen, daß der Redakteur der „Neuen Welt“, der kontraktlich verpflichtet ist, auch den Neuen Weltkalender fertig zu stellen, uns in diesem Jahre mit der Manuskriptlieferung im Stich gelassen hat. Obgleich er mir in Gotha fest versprochen hat, das Manuskript Ende Dezember vorigen oder Anfang Januar d. J. zu liefern, da wir den Kalender Anfang Juli erscheinen lassen müssen, wenn wir Geschäfte damit machen wollen, hat er sein Versprechen nicht gehalten. Von Woche zu Woche schob er die Lieferung hinaus, so daß das Erscheinen des Kalenders in Frage gestellt wurde. Ich mußte mich deshalb an die Inhaber der hiesigen Firma wenden, und so war die Zusammenstellung des Kalenders gewissermaßen eine Kollektivarbeit von Hamburg und Berlin. Immerhin kann sich der diesjährige Kalender würdig seinen Vorgängern an die Seite stellen. Die Kritik an den patriotischen Bildern bezieht sich offenbar auf die Abbildung des Kaiser Wilhelm-Denkmals. Zunächst ist das Denkmal ein Kunstprodukt und seine Enthüllung unzweifelhaft auch ein historisches Ereigniß. Von den größeren Bauten hat der Kalender immer Notiz genommen, so vom Reichstagsgebäude und vom Leipziger Reichsgerichtsgebäude. Als wir in Köln waren, haben wir uns auch den Dom angesehen, wir sind hineingegangen, nicht um Gebete zu verrichten, sondern um dem mächtigen Geiste und der Arbeitskraft zu huldigen, die in diesem Wunderbau verkörpert sind. In dem Kalenderartikel ist das Denkmal durchaus richtig kritisirt und auch seine Mängel hervorgehoben worden. Um diese Kritik zu verstehen, mußte den Lesern ein Bild des Denkmals selbst vorgeführt werden. Ich bitte Sie, den bezüglichen Antrag abzulehnen.

Schnell-Königsberg: Der Antrag 33 ist von kolossaler Bedeutung für die östlichen Provinzen. Man hat im Westen keine Ahnung von den schwierigen Verhältnissen, unter denen wir dort agitiren müssen. Säle stehen uns in Ost- und Westpreußen so gut wie garnicht zur Verfügung, unsere Presse ist für die Agitationszwecke dort absolut unzureichend. Die Herausgabe eines Agitationskalenders halten wir für das wirksamste Mittel und durchaus nothwendig.

Molkenbuhr: Die Badenser haben uns wiederholt versichert, daß sie mit ihrem Antrag schon vier Jahre hinter einander kommen, und es scheint ja fast, als zeige der Parteitag den Badensern gegenüber eine besondere Hartherzigkeit. Wenn ein solches Bedürfniß für die Gründung eines Blattes bei

den Genossen eines ganzen Großherzogthums vorhanden wäre, dann müßte es ihnen möglich sein, im Zeitraum von 4 Jahren selbst 20 000 Mk. dafür aufzubringen. Wenn das aber nicht möglich ist, dann ist die Existenzfähigkeit eines solchen Blattes überaus zweifelhaft und es könnten in jedem der nächsten vier Jahre weitere 20 000 Mk. von der Partei gefordert werden; das würde zu kostspielig werden.

Den Antrag betreffend den gemeinschaftlichen Bezug von Berichten über Parteitag und Parlamentsverhandlungen habe ich mit unterschrieben. Fischer sagt, die Sache hätte man nicht hier zur Sprache bringen sollen; es ist aber geschehen, um zu verhindern, daß ähnliche Sachen in Zukunft wieder passiren. Alle Genossen haben ohne Zweifel ein Interesse daran, die Presse so gut wie möglich auszugestalten, vor Allem auch in der Berichterstattung. Ein Originalbericht des „Vorwärts" würde der Bericht doch nicht aufhören zu sein, wenn er zu gleicher Zeit auch von einem anderen Blatte gedruckt wird. Der Absatz der Protokolle würde darunter auch nicht leiden. Das „Hamburger Echo" hat ja in früheren Jahren stets den „Vorwärts"-Bericht bezogen, und trotzdem sind von der Gesammtauflage des Protokolls ein Viertel bis ein Drittel in Hamburg und Umgegend abgesetzt worden. Auer sagte, das „Echo" kann sich einen eigenen Bericht leisten; das geht aber doch nicht aus einer Privattasche, sondern fällt zu Lasten der Parteikasse. Nicht aus persönlichen Gründen, sondern im Interesse einer Vervollkommnung unserer Presse und um unliebsame Erscheinungen in der Zukunft zu verhüten, haben wir den Antrag gestellt.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Hoffmann-Berlin: Genosse Auer ist gestern in viel ruhigerer und netterer Weise gegen mich zu Felde gezogen als heute Fischer. Da ist es nothwendig, daß ich Ihnen mittheile, wie die sog. Schundliteratur entsteht. Wenn Fischer gesagt hat, wir sollten Kritik üben und nicht schnoddrige Reden führen, so pflichte ich ihm vollkommen bei. Möge das nur bedacht werden, wenn im „Vorwärts" Kritik geübt wird. Auf den Parteitagen wurde immer der Wunsch ausgesprochen, eine Literatur für unsere Kinder zu schaffen. Auch ich war nun ein solcher Frevler, der ein Bilderbuch für die Proletarierjugend herausgab. Dabei weise ich den Ausdruck „Schriftsteller" auf mich angewendet zurück. Ich habe mich nie dafür gehalten. Ich habe nur ein Pantinengymnasium zu sehen bekommen und zwar nur $3^1/_2$ Jahre lang. Was ich mir nachdem erworben habe, das ist mein Stolz. Wenn der „Vorwärts" in seiner Kritik des Bilderbuches gesagt hätte: das und das ist falsch, dann hätte er recht gehandelt. So aber schreibt der Schriftsteller Schönhoff darüber: „Es war eine übertriebene, schlechte und geschmacklose Nachahmung des Dietz'schen Bilderbuches". Ich hatte aber, als ich mein Bilderbuch herausgab, keine Ahnung davon, daß der Dietz'sche Verlag sich mit derselben Absicht trug. Ich schrieb an den Parteivorstand, und Auer erwiderte mir, es sei in der That nicht wahr, was der „Vorwärts" geschrieben habe. Aber dabei blieb es. Mit der „Vorwärts"-Kritik aber war das Buch abgethan. Dann aber sind es doch gerade Parteigenossen gewesen, die das Buch verbreitet haben. Ich habe weiter die „Zehn Gebote"-Broschüre und die Broschüre „Die Sozialdemokraten kommen" herausgegeben. Die erste Broschüre ist in 70 000, die zweite in 170 000 Exemplaren verbreitet worden. Fischer sagt nun in sehr geschmackvoller Weise: Ja vom „Scharfrichter Krauts" sind noch viel mehr Exemplare verbreitet. Ja, Genossen, wer verbreitet den „Scharfrichter Krauts" und wer meine Broschüren? Meine Schriften verbreiten ausschließlich Parteigenossen. Sind die nun alle urtheilsunfähig? Die Schriften sind von vielen Parteiblättern gelobt worden. Für vorgeschrittene Parteigenossen kann ich nicht schreiben; dazu reichen meine Kenntnisse nicht aus. Aber die indifferente Masse zu gewinnen dazu glaube ich reichen sie aus.

Von den 70 000 Exemplaren der „Zehn Gebote“ hat die Vorwärts-Buchhandlung selber ca. 10 000 abgesetzt. Die Broschüre ist früher immer empfohlen worden, auch auf dem Umschlag der Berliner Arbeiterbibliothek; sie hat jahrelang im Katalog der Vorwärts-Buchhandlung gestanden. Ich habe Kritiken von Dr. Adler, Kronawetter und Prof. Gyzicki bekommen, die die Broschüre loben und anerkennen, Kronawetter hat geschrieben, er wünsche nur eine solche Literatur, die an die Massen herankommt, und auch in Oesterreich möglich wär. Die Broschüre: „Die Sozialdemokraten kommen!“ hat eine andere Vorgeschichte. Dr. Adler hat die Broschüre in 100, in 1000 Exemplaren in Böhmen verbreitet. Der Text ist zunächst als Artikelserie im „Zeitzer Volksboten“, den ich redigirt habe, erschienen. Wenn ich als eine so anmaßende und unwissende Person hingestellt werde, so war es nicht hübsch vom Vorstand, daß er mich drei Jahre lang auf dem Posten eines Redakteurs ließ, ja mich aufgefordert hat, dazubleiben, als ich fort wollte. Die Artikelserie wurde von der gesammten Parteipresse mit Ausnahme des „Vorwärts“ nachgedruckt. Die Artikel müssen also doch wohl gefallen haben. Ich schickte sie dann dem Vorstande zu, damit sie mit anderem Material über das „Bauernlegen“ als Landagitations-Broschüre vertrieben würden. Nach 6 Wochen schrieb mir Fischer, die Arbeiten seien als gelegentliche Artikel sehr gut, als Broschüre aber nicht geeignet. Auf beständige Aufforderung von Seiten der Genossen gab ich sie schließlich selber als Broschüre heraus. Auf dem Berliner Parteitag sagte ein Genosse: „Ja, solche Agitationsbroschüren brauchen wir, um die Massen anzuregen.“ Ja, Genossen: Nicht zur Dummheit sollen wir hinabsteigen, aber in der sechsten Klasse müssen wir eben mit der ABC-Fibel anfangen! (Beifall.) Und auf dem Berliner Parteitag kam Auer zu mir heran und sagte: Warum schicken Sie uns nicht solche Broschüren? (Heiterkeit.) Ich erwiderte ihm: Wenn Sie künftighin Manuskripte eingeschickt bekommen, dann lesen Sie sie wenigstens! (Heiterkeit.) Auer war sehr erstaunt, daß die Broschüre dem Vorstand vorgelegen habe. Von dieser Broschüre sind in Schleswig-Holstein ꝛc. ganze Auflagen gratis vertheilt worden. Zirka 90 000 habe ich fast ohne Verdienst abgegeben, welche zur Agitation verwandt sind. Auch diese Broschüre hat jahrelang im Katalog gestanden mit dem Bemerken: Zur Landagitation sehr zu empfehlen. Da Genosse Fischer erklärte: die **Vorwärts-Buchhandlung** beabsichtigt neben dem Verlagskatalog noch einen anderen herauszugeben, nehme ich unseren Antrag wieder auf. Wir verlangen, daß nicht eine Person darüber zu entscheiden hat, welche Broschüren im Katalog genannt werden. Sonst müssen wir zugeben, daß Fischer ein Universalgenie sei. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Aber die Angriffe gegen meine Broschüren sind nicht neu.

Eines Tages wurde im Magdeburger Arbeiter-Bildungsverein von Dr. Lux gesagt: Die Schriften des Hoffmann'schen Verlages sind Schundliteratur. Ich habe dazu keine Silbe gesagt. Das ist seine persönliche Ansicht und damit gut. Später lese ich, daß ein Beiblatt der „Volksstimme“ in 3 Mal 5000 Exemplaren auf dem Lande durch die Magdeburger Genossen verbreitet worden ist. Da ich selbst in einem Landkreis zu agitiren hatte, sah ich mir das Blatt an, und was finde ich? Einen Abdruck der Broschüre: „Die Sozialdemokraten kommen“. Nur den Verfasser hatte der Dr. Lux nicht genannt. Vielleicht hat er ihn nicht gekannt. (Heiterkeit.) Das nehme ich ihm weiter nicht übel, aber übel nehme ich ihm, daß er das, was er mit den Worten Schundliteratur bezeichnet, selber verbreitet. (Große Heiterkeit.) Da muß Wandel geschaffen werden. Wenn ich auf die Fehler in den Broschüren aufmerksam gemacht worden wäre, hätte ich das Fehlerhafte in den folgenden Auflagen abändern können. Legen wir einen scharfen Maßstab an, aber bleiben wir anständig in unserer Kritik, wie es sich für Parteigenossen gehört.

Fischer klagt, daß die Buchhandlung nicht den Erfolg hat, den sie eigentlich haben sollte. Dabei ist ihm bei der Frage der Kolporteure ein Widerspruch untergelaufen. Als der Neue Welt-Kalender um 10 Pf. billiger wurde, hieß es: Der Kolporteur braucht nicht soviel zu verdienen. Hinterher sagte Fischer: es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Kolporteur, der mit der Polizei soviel Scheerereien hat, auch als Mensch existiren kann; wenn der Verdienst nicht so gering ist, könnten die Kolporteure ihren Verpflichtungen nachkommen und brauchten nicht soviel Bären bei der Buchhandlung anzubinden, darin gebe ich Fischer recht. Wohl haben wir Gelegenheit, durch Genossen unsere Literatur an Genossen zu verbreiten. Geben wir aber den Kolporteuren einen anständigen Verdienst, dann bringen sie unsere Literatur in die Reihen, wo wir sonst nie hindringen. Der polnische Partei-Vorstand hat meine Broschüre: „Die Sozialdemokraten kommen", ohne mein Wissen ins Polnische übersetzen lassen und verbreitet. Mein Nam'e als Verfasser ist nicht darauf genannt. Darüber habe ich mich geärgert. Nicht weil ich mich für einen unsterblichen Schriftsteller halte, das bin ich ebenso wenig, wie Fischer ein unsterblicher Buchhändler ist (Heiterkeit), sondern weil es heißen kann: ach, der Hoffmann hat sich die Broschüre vom Polnischen ins Deutsche übersetzen lassen und sie dann als seine herausgegeben. (Heiterkeit.) Wenn aber so polemisirt wird, wie es Fischer heute gethan hat, dann treibt er es dahin, daß schließlich blos noch die Akademiker schreiben dürfen. (Sehr richtig.) Dann hören wir auf eine Proletarierpartei zu sein und werden nur von Akademikern geführt, und für die Arbeiter dürfen die nicht mehr schreiben, die ihre Sprache und ihre Leiden verstehen. Wenn ich die Bänke der Universität gedrückt hätte, dann spräche ich ein korrekteres Deutsch und wäre nicht halb so dumm wie Mancher, der die Universitätsbänke gedrückt hat. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Ein neu eingebrachter Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Langenberg-Solingen: Nehmen Sie unseren Antrag an. Das wird zweifellos zur Beseitigung der bisherigen unleidlichen Zustände bei uns beitragen; eine Radikalkur ist nicht nöthig.

Stolten-Hamburg: Ganz entschieden lege ich Verwahrung dagegen ein, daß man meinen Antrag und was ich zur Begründung desselben gesagt habe, als Mätzchenmacherei bezeichnet. Wir waren gezwungen, einen solchen Antrag einzubringen, und was gegen ihn gesagt ist, beweist nur seine Nothwendigkeit. Wenn man keine anderen Gründe hat, als zu sagen: wir wollen das nicht, so muß es ein Mittel geben, den Willen zu brechen. Deshalb mußten wir uns an den Parteitag wenden. Mein Vorwurf gegen die Redaktion des „Vorwärts" ist ja hinfällig geworden. Wer die Stelle ist, von der die Sache ausgegangen ist, ist noch nicht ganz klar gestellt. Die Mittheilungen gingen aus vom Genossen Fischer. Wenn das Altweiberklatsch ist, dann hat ihn der geliefert, der diese sogenannten Gründe zum Ausdruck gebracht hat. Es muß absolut unzulässig sein, einen Bericht der Parteipresse zu verweigern, wenn sie ihn brauchen kann. Wir wollen ja nicht unentgeltliche Hergabe des Berichts; die Parteiblätter sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit bezahlen.

Rosbitzki-Wandsbeck: Mätzchenmacherei hat uns bei der Stellung unseres Antrages betreffend den „Vorwärts"-Bericht ferngelegen. Als mir der Fall mitgetheilt wurde, habe ich ihn nicht glauben wollen. Derartiges darf nicht wieder vorkommen. Das Geld, das der doppelte Bericht mehr kostet, geht der Agitation verloren.

Frau **Steinbach**-Hamburg: Es wird so viel über den Inhalt der „Neuen Welt" geklagt, daß er zu hoch sei für viele Genossen und Genossinnen. Ich würde als Redakteur der „Neuen Welt" eine solche Kritik als Schmeichelei auffassen. Das hat Fischer gut gesagt, daß wir nicht zur Unbildung herabsteigen, sondern die Ungebildeten zu uns heraufziehen sollen. Es ist nicht möglich, allen geistigen

Qualitäten in **einer** Literaturbeilage Rechnung zu tragen; aber wo es sich um eine so große Anzahl armer Lohnsklaven auch auf geistigem Gebiet handelt, deren Lesebedürfniß durch lange und eifrige Beschäftigung mit unserer Parteiliteratur dieselben auf ein höheres Niveau gehoben hat, die aber zu arm sind, dasselbe durch Abonnements in Leihbibliotheken zu befriedigen, da plaidire ich für diese. Böses Blut hat das Bild im Neuen Weltkalender gemacht. Ich halte es durchaus für berechtigt, eine Darstellung nebst Beschreibung eines solchen Kaiserdenkmals zu bringen, wenn die Kritik nur richtig ist. Ich habe das Denkmal in Berlin selbst gesehen, und da hat mir, nebenbei gesagt, eins ganz gut gefallen: zu den Füßen des Kaisers, halb herunterhängend von den Stufen des Denkmals, da liegt die Krone und das Hermelin; das kann uns schon gefallen, die Idee ist garnicht so übel. (Heiterkeit.) Ich wiederhole: Hauen Sie nicht so arg auf der Redaktion der „Neuen Welt" herum, die hat es wirklich nicht verdient. Ein Redakteur, der ein Blatt schreiben soll für eine Million von Lesern, um Allen zu gefallen, der müßte ein Gott sein, und an diese Möglichkeit glauben wir doch nicht. (Heiterkeit und Beifall.)

Inzwischen ist der Antrag 93 eingegangen, aber die Unterstützung für diesen Antrag reicht nicht aus.

Katzenstein-Mainz: Man sollte ohne Rücksicht auf den Verlag und vor Allem ohne Rücksicht auf die Verfasser bei der Aufnahme von Parteiliteratur in den Katalog der Buchhandlung Vorwärts verfahren; ich erinnere an das Schicksal von Kampffmeyer und Bruno Wille. Auf den Ton, den Fischer beliebt hat, will ich nicht eingehen. Ich habe nicht in so allgemeiner Weise mich über das „Vorwärts"-Geschäft ausgelassen, wie er es dargestellt hat. Wenn die Zeitung eine geeignete Kraft für das Sortimentgeschäft hat, wird sich sehr wohl eine Parteibuchhandlung in Berlin nach buchhändlerischen Grundsätzen gegenüber der Konkurrenz halten können. Das bureaukratische Verfahren des Verlags Vorwärts hat nicht blos die Kolporteure, sondern auch Parteibuchhandlungen abgeschreckt. Ich glaube, der „Sozialdemokrat" ist nicht zum geringsten Theil deshalb eingegangen, weil der Verlag Vorwärts nicht genug gethan hat, um das Publikum für ihn zu interessiren. Hinsichtlich der Frage der Uebernahme der Vorwärtsdruckerei in eigene Regie habe ich nicht gemeint, daß an den Arbeitsverhältnissen bei Bading viel zu ändern wäre; das kann nicht viel billiger gemacht werden, aber darauf kommt es auch nicht an gegenüber den anderen Vortheilen. Nicht durch Lohndrückerei, sondern durch günstigere Arbeitsverhältnisse in technischer Beziehung kann man günstigere Resultate erzielen und in geschäftlicher Beziehung, durch Accidenzarbeiten für Vereine, Kassen u. s. w., die sich nicht um den Parteistandpunkt der Druckerei kümmern. Es sollte mich garnicht wundern, wenn unsere Gegner die Ausführungen Auer's gegen uns benutzen; es war unverblümtes Manchesterthum; eine schärfere Kritik der sozialistischen Bestrebungen in Bezug auf die Rentabilität des geschäftlichen Betriebes ist mir noch nicht vorgekommen. Bebel hat das rothe oder blaue Gespenst aufleben lassen. Hätte man die Parteigeschäfte vernichten können, so hätte man schon längst die Gelegenheit wahrgenommen. Erfahrungen stehen Ihnen für Ihre Skepsis nicht zur Seite. Ich aber berufe mich auf Genossen Kleemann, der durchaus meine Auffassung theilt und der in Leipzig die besten Erfolge erzielt hat.

Baker-Strelitz: Im Interesse meiner Berufskollegen — denn ich bin auch so ein kleiner Buchhändler und Kolporteur — möchte ich Fischer erwidern. Er irrt sich, wenn er meint, daß die Parteiliteratur ebenso viel Prozente abwerfe wie die sogenannte Schundliteratur. Den Parteigenossen unter den Kollegen wenigstens sollte man die Existenz erleichtern. Auf Kosten der Kolporteure hat man bei der „Neuen Zeit" in der letzten Zeit ein Geschäft gemacht, indem man ihnen die Gratislieferung des Heftes 27 entzogen hat. Die Ansichten über die Schundliteratur sind verschieden. Daß so viele Partei-

genossen, die früher ausschließlich Parteiliteratur vertrieben haben, das jetzt aufgegeben haben, liegt daran, weil sie sich davon nicht ernähren können; es wird ihnen hierfür nicht so viel Rabatt gewährt, wie es für die gegnerische Literatur geschieht. Sorgen Sie dafür, daß es hierin anders wird. Bebel hat seine ganze Rede nur auf Hamburg zugespitzt. (**Bebel**: Nein!) Er hat schwarz in grau und grau in schwarz gemalt.

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Ich will mich nur kurz gegen den Genossen Hoffmann wenden. Seine Ausführungen waren — er möge den Ausdruck entschuldigen, ich bin überzeugt, daß es nicht beabsichtigt war — aber seine Ausführungen waren im höchsten Grade demagogisch gehalten. (Sehr richtig!) Sie waren darauf zugespitzt, einen Gegensatz zu konstruiren zwischen der schwieligen Faust und dem Proletarier der Kopfarbeit und zwar wurde der Anschein erweckt, als werde hinsichtlich der Veröffentlichung von Parteiliteratur der Handarbeiter zurückgesetzt hinter dem Akademiker. Es ist meine Ueberzeugung, daß Niemand in unserer Partei nach dem Beruf und der Stellung des Verfassers fragt, sondern nach dem Grade seines politischen und sozialen Geschultseins. Das ist der Maßstab, nach dem wir unsere Parteiliteratur, unsere Presse zu beurtheilen haben und es drängt mich, hier auszusprechen: Wenn wir die Literatur, die Hoffmann vertheidigt hat, nach ihrem Inhalt beurtheilen, so müssen wir sagen: gewogen und zu leicht befunden! Der Erfolg jener Broschüren, auf den er sich beruft, ist noch kein Beweis für ihre Güte, sondern nur dafür, wie gering die Ansprüche ihrer Leser sind; er beweist, daß man sich in den Kreisen der Genossen noch vielfach bestechen läßt durch die populäre leichte Form, durch das Witzwort, durch Schlager, kurz durch alle die Eigenschaften, die den Genossen Hoffmann als Schriftsteller und Redner auszeichnen und die ihm auch vorhin hier seinen Erfolg verschafft haben. Aber wenn wir bezüglich des Inhalts fragen: Was lassen diese Broschüren als sozialistischen Kern zurück, was leisten sie für Ausbreitung unserer Grundsätze, für Aufklärung in Betreff unserer Ziele? — dann kommen wir zu der Ueberzeugung, daß es besser wäre, jener billige Erfolg wäre nicht erreicht worden. Nichts scheint mir gefährlicher, als daß man hingeht und unsere Ideen in oberflächlicher und schiefer Weise vertritt. Nicht den Proletarier mundtodt machen, heißt es, wenn man an den Inhalt große Ansprüche stellt, im Gegentheil: der Proletarier, der für seine Fortbildung ein großes Maß von Energie, von Hingebung, von Begabung aufwendet, verdient alle Hochachtung, alle Anerkennung und vor Allem alle Unterstützung und Förderung. Aber unsere Broschüren sind nicht ein Experimentirfeld für strebsame Genossen, die sich bilden wollen. Die Gelegenheit zur Weiterentwickelung liegt in anderer Richtung. Was hinausgeht, das muß schon möglichst vollendet sein. Gerade für die noch unaufgeklärten Massen des Proletariats ist das Allerbeste gerade gut genug. (Beifall.) Deshalb möchte ich entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß der Standpunkt des Genossen Hoffmann bezüglich der Beurtheilung unserer Parteiliteratur maßgebend wird. Wenn heute die Broschüren, die sein Entzücken hervorrufen, eine herbe Kritik erfahren haben, so ist das kein Anzeichen, daß einzelne Parteigenossen mißgünstig sind, einzelne Parteigenossen anderen Hindernisse in den Weg legen wollen, sondern es ist ein erfreuliches Anzeichen, daß die Parteigenossen auf ein höheres geistiges Niveau aufgerückt sind, daß sie höhere Ansprüche stellen und mit der sogenannten populären seichten Literatur sich nicht mehr begnügen. Und wenn wir weiter in dieser Richtung streben wollen, dann wäre nichts thörichter, als sich auf den Standpunkt des Genossen Hoffmann zu stellen. Nicht herunterschrauben sollen wir unsere Ansprüche, sondern umgekehrt, wir müssen sie immer höher und höher hinaufsteigern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag 93 hat inzwischen die genügende Unterstützung wieder gefunden.

Persönlich bemerkt

Fischer: Genosse Hoffmann hat einen Widerspruch in meinen Ausführungen bezüglich der Kolporteure zu finden geglaubt, indem er sagte, ich hätte erklärt, wir, die Buchhandlung Vorwärts, stehen auf dem Standpunkt, daß die Kolporteure nicht so viel verdienen sollen. Im Gegentheil, ich habe ausdrücklich gesagt, daß der Parteitag seinerzeit beim „Neue Wandkalender" diese Stellung eingenommen hat, also nicht wir als Buchhandlung, sondern Sie als Delegirte. Dann hat Stolten in der bekannten Angelegenheit mich als schwarzen Peter hingestellt, der Alles das gemacht hat. Ich hatte in der Sache nur das zu mitzuthun und mitzumachen, was ich als Vertreter der Buchhandlung zu sagen hatte. Was die Aeußerung betrifft, daß man das ganze Jahr auf den „Vorwärts" schimpfe u. s. w., so kann ich, da es von anderer Seite nicht mitgetheilt wurde, sagen, daß sie in einer Besprechung der in Berlin anwesenden Mitglieder der Parteileitung von Singer gethan wurde. — Katzenstein erklärte, er hätte nicht gehaltlose Vorwürfe gegen die Buchhandlung erhoben, sondern sie spezifizirt, und er führte wieder die angebliche nicht geschäftsmäßige Behandlung im Sortiment und die Inkoulanz gegen die Kunden beim Bezug des „Sozialdemokrat" an. Aber die Buchhandlung Vorwärts hat weder mit der Expedition des „Vorwärts" noch mit dem „Sozialdemokrat" etwas zu schaffen gehabt. Dann hat auch Katzenstein sich über den Ton beklagt, mit dem ich seine Angriffe zurückgewiesen. Es ist ja immer das alte Lied: Gegen Parteibeamte darf man sagen: Ihr seid Esel, unfähig und Eurer Aufgabe nicht gewachsen; wenn aber Jemand entgegnet, kehrt vor Eurer eigenen Thür — dann ist das eine Beleidigung der Genossen.

Hoffmann-Berlin: Frau Zetkin hat mir etwas untergelegt, was ich nicht gesagt habe. Ich selbst begrüße ihre Ausführungen mit Freuden; es ist ein Fortschritt, wenn die Broschüren, die früher gefallen haben, heute nicht mehr gefallen, aber ich habe ausdrücklich von Broschüren gesprochen, die nicht für Parteigenossen bestimmt sind, sondern für solche, die erst angeworben werden sollen und wenn Frau Zetkin mehr zum Volke heruntersteigt und selbst aufs Land geht, dann wird sie auch dieselben Erfahrungen machen.

Bevor zur Abstimmung geschritten wird, erhält das Schlußwort

Gerisch: Den Antrag 84 bitte ich abzulehnen. Durch seine Annahme würden wir wohl den Wünschen der Karlsruher Genossen nachkommen, nicht aber den Wünschen der Genossen des badischen Oberlandes, denen mit einem täglich in Karlsruhe erscheinenden Blatte nicht gedient ist. Dazu kommt die Schwierigkeit der Ablösung des Verlagsrechts. Bis jetzt ist mir nicht bekannt, welche Summe Genosse Geck fordert, klein wird sie aber gewiß nicht sein. Die ganze Angelegenheit ist eine speziell badische. Auf ihrem letzen Parteitag zu Ostern d. J. haben die badischen Genossen ihren Landesvorstand mit der Regelung der Sache betraut. Erst wenn die badischen Genossen nicht ins Reine kommen können, hat sich der deutsche Parteitag damit zu befassen. Warten wir es also ab. Der Genosse Geck hat hier zwar erklärt, daß er die Last bald los sein wolle, soviel ich aber weiß, hat er auf eine Anfrage des badischen Landesvorstandes, wie er (Geck) sich zu der Uebergabe des „Volksfreundes" an die Partei stelle, erst nach Monaten geantwortet. So lange sich übrigens die badischen Genossen die Sache so leicht machen, daß sie eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. pro Monat und Mitglied ablehnen, haben wir keinen Anlaß, die Mittel der Gesammtpartei anzugreifen.

Ich komme zu Antrag 64, dessen Zurückstellung ich beantrage, bis die Anträge 39 und 40 erledigt sind. Vorher darüber zu beschließen, ist ganz unmöglich. Der von den Freunden des Genossen Schumacher gestellte Antrag

will erst die Ueberführung der „Bergischen Arbeiterstimme" in Parteibesitz und dann die Kandidatenfrage regeln. Die Gegner Schumacher's stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Urtheilen Sie deshalb nicht nach den Friedensschalmeien, die jetzt aus Solingen ertönen, Sie könnten sonst hinterher schwer enttäuscht werden. Die Sachen liegen viel ernster und schwieriger, als Sie denken. Der Mißtrauensbazillus hat solche Verheerungen in der Denkweise der Solinger Genossen angerichtet, daß sie einander nicht über den Weg trauen. Deshalb verlangen die Gegner des Genossen Schumacher erst die Regelung der Mandatsfrage, bevor die „Bergische Arbeiterstimme" in den Besitz der Gesammtpartei übergeht. Sie (die Gegner Schumachers) sagen — ich referire im Folgenden nur und spreche kein Urtheil aus —, erst muß der Beschluß über einen anderen Kandidaten in Solingen festgelegt sein, damit Schumacher nicht durch eine Hinterthür wieder hineinkommt, dann wollen wir über die Uebernahme des Blattes in die Parteiregie reden, wohlgemerkt reden; zu welchem Beschluß wir kommen, steht noch dahin. Ich referire weiter die Ansichten der sogenannten Opposition: Schumacher hat der „Bergischen Arbeiterstimme" das Leben von jeher sauer gemacht. Er hat seine Anhänger veranlaßt, aus der Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen auszutreten und dem Unternehmen damit große geschäftliche Schwierigkeiten gemacht. Als es ihm hiermit nicht gelang, hat er öffentlich die Parole ausgegeben: Nieder mit der „Bergischen Arbeiterstimme"! Als er hiermit keinen Erfolg hatte, hat er ein Konkurrenzblatt, die „Freie Presse", gegründet. Als ihm auch das nicht gelungen ist, versucht er auf dem Wege, der in Antrag 64 vorliegt, sich der „Bergischen Arbeiterstimme" zu entledigen.

Wenn wir mit diesen Thatsachen rechnen, gewinnt der Antrag 64 ein anderes Gesicht. Die Nichtwiederannahme einer Kandidatur seitens Schumachers einerseits und die Verstaatlichung der „Arbeiterstimme" andererseits sind als Kompensation gedacht, aber wenn die eine Seite die Verzichtleistung Schumacher's nicht als Kompensation auffaßt, dann ist es, meine ich, auch überflüssig, daß die „Bergische Arbeiterstimme" in Parteiregie genommen wird. Außerdem ist es nicht unbekannt, daß bei Uebernahme der „Freien Presse" auch noch einige Verbindlichkeiten zu erfüllen sind, und die Gegner Schumacher's meinen, die Partei brauche nicht die Schulden eines Konkurrenz-Unternehmens zu übernehmen, das gegen ein Parteiorgan gegründet ist. (Sehr richtig!) Vorläufig sehe ich diese Friedenszeit noch nicht gekommen und bitte deshalb, den Antrag 64 zurückzustellen. — Was den Antrag 32, die Herausgabe einer Broschüre über die Gesinde-Ordnung betrifft, so wird die Parteileitung versuchen, der Forderung gerecht zu werden; ob es gelingen wird, ist allerdings fraglich. Dem Antrag 33 hätte ich lieber eine andere Form gegeben; statt die Parteileitung mit der Herausgabe eines solchen Agitationskalenders zu beauftragen, sollten die Genossen der betreffenden Wahlkreise selbst einen Versuch machen. Die Parteileitung wird sie darin unterstützen; die Mecklenburger Genossen werden bestätigen, daß sich die Parteileitung ihnen gegenüber bei der Herausgabe ihres Kalenders sehr entgegenkommend gezeigt hat. Der Antrag 93 ist schwerlich ernsthaft zu nehmen, ich bitte, ihn deshalb abzulehnen. Zu der Befürchtung unserer Delmenhorster Genossen ist kein Anlaß vorhanden. Die Parteileitung denkt durchaus nicht daran, sämmtliche Kopfblätter zu beseitigen. Im Gegentheil! Unter Umständen kann die Herausgabe von Kopfblättern sehr zweckentsprechend sein. So sind wir beispielsweise der Meinung, daß Mainz sehr gut ohne ein eigenes Parteiblatt auskommen könnte.

Der Delegirte von Düsseldorf hat bestritten, daß unser dortiges Blatt eine Aufforderung zur Berichterstattung erhalten hat. Ich will demgegenüber nur konstatiren, daß ich die Aufforderung auch an das Düsseldorfer Blatt und zwar in geschlossenem Kouvert gesandt habe. Aber vielleicht ist der Brief ver-

loren gegangen, und ich bin vollständig zufrieden, wenn in Düsseldorf kein böser Wille vorgelegen hat und die Berichterstattung noch nachträglich erfolgt. Von den übrigen noch ausstehenden Berichten sind inzwischen mehrere eingegangen, sodaß es voraussichtlich möglich ist, in kurzer Zeit eine genaue Zusammenstellung fertigzustellen.

Persönlich bemerkt

Schumacher: Während wir jeden persönlichen Angriff vermieden haben, hat Gerisch in seinem Schlußwort, auf das keine Erwiderung mehr möglich ist, einen rein persönlichen Ton in die Debatte gebracht. Wir haben uns auf beiden Seiten absolute Zurückhaltung auferlegt, weil uns Gerisch versprochen hat, für die Verschmelzung unserer beiden Blätter einzutreten. Er wirft mir die Schulden meines Blattes vor; das sind ganze 1000 Mk., die auf Tausende von Parteigenossen fallen. Mit diplomatischen Kunstgriffen —

Vorsitzender **Singer:** Ihre Furcht, daß Ihnen eine Entgegnung auf Gerisch unmöglich gemacht sei, ist unbegründet, da der Antrag 64 ja zurückgestellt ist.

Gerisch: Ich habe blos referirt und die Ansichten der einen Richtung mitgetheilt, ich habe kein Wort gesagt, daß wir diese Auffassung theilen.

Geck: Gerisch sagte mit Unrecht, ich hätte wochenlang nicht geantwortet. Ich habe dem Landesvorstand einen ausführlichen Bericht bei meiner Anwesenheit in Hamburg versprochen, wo ich Rücksprache mit der Parteileitung nehmen wollte.

Vorsitzender **Singer:** Wir werden wohl dazu kommen, alle Anträge, die Solingen betreffen, einer Kommission zu überweisen.

Die Abstimmung über den Antrag 64 wird hierauf ausgesetzt.

Der Antrag 25 ist durch die vom Verlage der „Neuen Welt" abgegebene Erklärung erledigt. Die Anträge 26 und 27 werden angenommen, ebenso die Anträge 93 und 83, letzterer in folgender Fassung:

„Die Parteileitung ist verpflichtet, den offiziell hergestellten Bericht über den Parteitag den Parteiblättern, die ihn haben wollen, zum gleichzeitigen Abdruck zu überlassen."

Abgelehnt werden die Anträge 28, 32, 33, 34, 76, 84 und der Antrag 85, der zurückgezogen war, aber wieder aufgenommen wurde.

Vor der Abstimmung über den Antrag 81, betreffend die Verdeutschung der Fremdwörter in Parenthese, bemerkt

Millarg-Arnswalde: Ich gebe dem Antragsteller anheim, hinter das Wort „Parenthese" zu setzen: „Klammern". (Stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Nunmehr wird die Diskussion über den Kassenbericht eröffnet. Anträge liegen hierzu nicht vor.

Weinheber-Hamburg: Die außerordentlichen Opfer, die uns dies Jahr auferlegt hat, werden es erklärlich erscheinen lassen, daß Hamburg diesmal kein Geld an die Parteileitung abführen konnte. Wir haben hier kolossale Summen für den Hafenarbeiterstreik aufgebracht, ein Beweis, daß das Proletariat weiß, was es zu thun hat. Wir hoffen im nächsten Jahre wieder Gelder abzuliefern. Unser Parteigeschäft hat 67000 Mk. Ueberschuß, abgesehen von 35000 Mk., die es uns für den Streik geborgt hat. Wir werden die Ueberschüsse, die wir machen, nicht aufstapeln, sondern der Parteileitung zur Agitation zur Verfügung stellen. Im Uebrigen habe ich nur noch Namens der Hamburger Hafenarbeiter den Genossen für ihre thatkräftige Unterstützung zu danken und zu versichern, daß wir gegebenen Falles dasselbe Solidaritätsgefühl beweisen werden. (Beifall.)

Freiwald-Niederbarnim: Ich halte es für ganz richtig, wenn die Wahlkreise sich Gelder reserviren, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Wenn sie ihr Geld bis auf den letzten Pfennig abführen, müssen sie sich nachher bei jeder Gelegenheit an den Parteivorstand wenden.

Hiermit schließt die Debatte.

Im Schlußwort erklärt

Gerisch, daß er den Hamburger Genossen keinen Vorwurf daraus gemacht habe, daß sie in diesem Jahre keine Gelder abgeführt haben. Daß die Wahlkreise ihr Geld bis auf den letzten Pfennig der Parteileitung überweisen sollen, habe er nicht verlangt.

Hierauf wird der Antrag der Kontrolleure auf Entlastung des Kassirers angenommen.

Um 1 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Um $3^1/_4$ Uhr eröffnet **Lesche** die Sitzung.

Der Allgemeine Hamburger Arbeiterverein, ein Ueberbleibsel des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der hier unter dem Allen bekannten Namen „Bräuer'scher Verein" noch ein Scheindasein fristet, hat einen Brief mit einem Antrag an den Parteitag geschickt. Der Vorsitzende macht davon Mittheilung.

Punkt 3 der Tagesordnung ist der Bericht über die **parlamentarische Thätigkeit,** den **Schippel** erstattet: Der Bericht liegt gedruckt vor (siehe Protokoll S. 36), Sie werden ihn ja Alle gelesen haben. Der größte Theil unserer Anträge ist, wie nicht anders zu erwarten war, ergebnißlos geblieben. Zunächst der auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen. Daß er einen wunden Punkt in unseren öffentlichen Verhältnissen berührt, weiß ja Jeder; Jeder weiß aber auch, daß er in dem gegenwärtigen Reichstag absolut aussichtslos war. Es war aber agitatorisch von großem Werth für unsere Partei, daß wir die wunde Stelle berührten, daß wir fortwährend attakirt und herausgefordert werden können — anderen Parteien geht es ja jetzt gerade so —, ohne das Recht zu haben, darauf zu erwidern, weil dann sofort der Staatsanwalt mit einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung kommt. Wir haben ja nicht verlangt, wie unsere Gegner behaupteten, daß die Monarchen etwa beliebig beleidigt werden können. Wir haben nur verlangt, daß Majestäten ebenso behandelt werden wie jeder andere gewöhnliche Sterbliche; weiter soll der Schutz des § 193 gewährt werden und der Staatsanwalt soll nicht verpflichtet sein, auf jede Denunziation allerniedrigster Art die häßlichen Prozesse einzuleiten. Aber das Aeußerste, was uns von anderen Parteien konzedirt wurde, ist, daß, wenn die bisherigen Verhältnisse fortdauern, eventuell der Reichstag von seiner Gepflogenheit, den Monarchen nicht in die Diskussion zu ziehen, abgehen würde; und weiter, daß der Strafverfolgung die Stellung eines Antrages vorausgehen solle.

Unsere Interpellation wegen Bekämpfung der Konsumvereine ist bekanntlich ergebnißlos geblieben. Sie wissen ja, wie nicht nur in Sachsen der kleine Mittelstand der Konsumvereins-Bewegung feindlich gesinnt ist und wie man gegen diese Vereine mittels einer Umsatzsteuer vorgehen will. Bestimmte Anträge konnten sich natürlich an die Interpellation nicht anschließen. Immerhin hat sich die sächsische Regierung damals etwas zurückgehalten, bis sie dann endlich nach Schluß des Reichstages doch einzelne der Steuern genehmigt hat. Es wird sich ja im nächsten Reichstage wieder Gelegenheit bieten, den Kampf gegen eine der friedlichsten und selbst im Sinne des Bürgerthums gesetzlichsten Bestrebungen der Arbeiter von Neuem aufzunehmen. Ergebnißlos blieb auch unser Antrag, einzelne Bestimmungen der Gewerbeordnung und der Krankenversicherung auf die Hausindustrie auszudehnen und zu erweitern. Unser Antrag, betr. Aufhebung aller landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern beziehungsweise ihrer Herrschaft, ist nicht zur Annahme gelangt, aber die Majorität des Reichstages erkannte das Bedürfniß an, und es ist ein vermittelnder Antrag Lenzmann angenommen, der die Reichs-

regierung auffordert, reichsgesetzlich die Beziehungen zwischen Gesinde, Landarbeitern und Herrschaft zu regeln. Unser Achtstundentag hat zu einer zweitägigen Debatte Anlaß gegeben, wobei schließlich ein ganz verwischter Antrag des Zentrums herauskam. Zuerst wollte ein Theil des Zentrums unter Führung des Abg. Hitze wenigstens für Fabrikarbeiter wöchentlich die Arbeitszeit auf 63 Stunden festsetzen. Auch das wäre immerhin ein Fortschritt gewesen, wenn auch ein geringer, denn an den thatsächlichen Verhältnissen wäre im großen Ganzen nichts geändert worden. Aber selbst dieser Antrag ging der Majorität zu weit, und so hat man sich denn einfach dahin geeinigt, die Regierung aufzufordern, sie solle Erhebungen darüber anstellen, in welchen Gewerben die Arbeitszeit so lang ist, daß dadurch die Gesundheit der Arbeiter ruinirt wird. Thatsächlich ist das nur ein Scheinbeschluß gewesen, da ja das Alles schon der arbeitsstatistischen Kommission obliegt.

Dagegen haben diesmal die Handlungsgehilfen zweifellos einen großen Fortschritt zu verzeichnen, wie man ja überhaupt nicht sagen kann, daß die Sozialreform so absolut still steht. Die Verhältnisse drängen weiter, und trotz des Widerstandes der Gegner werden einzelne Schritte gethan. Die Handlungsgehilfen haben bei der Neuregelung des Handels-Gesetzbuches sehr liberale Bestimmungen für ihr Arbeitsverhältniß, die Kündigungsfrist und die Konkurrenzklausel erhalten. Diese Klausel, die den Gehilfen oft die ganze Zukunft abschnitt, ist zwar nicht verboten, aber doch wesentlich eingeschränkt worden. Auch mit der Anrechnung der Unfalls- und Krankengelder auf das Gehalt, mit der Kündigung und dem Lehrlingswesen haben die Handlungsgehilfen gut abgeschnitten. Das ist einer der wenigen Lichtpunkte der letzten Session in Bezug auf die soziale Gesetzgebung. Unsere weitergehenden Anträge sind abgelehnt, aber es sind von uns gestellte oder angeregte Resolutionen angenommen, daß die Gewerbegerichte auf das Gebiet des Handelsgewerbes übertragen werden und daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die noch nicht im Handels-Gesetzbuch enthalten sind, nach Möglichkeit auf die Handlungsgehilfen ausgedehnt werden sollen.

Die Bäckerei-Verordnung hat diesmal zu keinem neuen Zwischenfall geführt; der Ansturm der Gegner ist gescheitert, wenigstens schnitt also die Session in dieser Beziehung ohne Schaden für die Arbeiter ab.

Von Anträgen, die nicht mehr zur Verhandlung kamen, erwähne ich den von Neuem vorgelegten Entwurf einer Seemannsordnung und den Antrag auf Ausdehnung der Fabrikinspektion. Ferner ist unter Anderem liegen geblieben ein Antrag betreffend die Demokratisirung des Landtags-Wahlrechts, wozu uns gerade die Vorgänge in Sachsen veranlaßt hatten. Zweifellos wird sich in der nächsten Session von Neuem Gelegenheit finden, dafür zu agitiren, daß in allen Einzellandtagen das gleiche allgemeine und geheime Wahlrecht eingeführt wird. Andere Anträge, die regelmäßig wiederkehren, zum Beispiel der Antrag auf Gewährung größerer Freiheiten in Elsaß-Lothringen, erwähne ich hier nicht. Sie sehen, daß die Thätigkeit der Fraktion auf sozialistischem Gebiete eine sehr rege war und ganz den Wünschen der Parteigenossen entsprochen hat. Auch die hier auf dem Parteitage gestellten Anträge entsprechen ja durchaus dem, was die Fraktion seit Jahr und Tag angestrebt hat, und ich hoffe, daß das Ergebniß der Diskussion dasselbe Bild der Harmonie zwischen Partei und Fraktion zeigen wird wie in den letzten Jahren. (Beifall.)

Vorsitzender **Lesche:** Wir kommen nun zu den hierzu gestellten Anträgen. Es sind die Nummern 55, 56, 57, 58, 71, 88, 92.

Die Unterstützung reicht für sämmtliche Anträge aus; die Debatte wird eröffnet.

Sindermann-Dresden: Die letzte Reichstagssession war, darin sind wir wohl Alle einverstanden, für uns fruchtreich und die Fraktion hat ihre Schuldigkeit

gethan. Vermißt habe ich nur, daß die Fraktion nicht zum deutsch-amerikanischen Handelsvertrag Stellung genommen hat. Der in Aussicht genommene Redner Schippel war erkrankt. Künftig muß dafür gesorgt werden, daß ein zweiter Redner bereit gestellt wird.

Hoffmann-Hamburg: Der Antrag 65 ist überflüssig und deshalb der Antrag 88 gestellt worden. Die Regierung hat die Aenderung der Seemannsordnung bereits in Angriff genommen; eine technische Kommission ist eingesetzt und beschäftigt sich auch mit unsern Vorschlägen. Empfehlenswerth wäre es aber, wenn die Fraktion gelegentlich eine Interpellation an die Regierung richtete, um den Gang der Dinge, der bekanntlich sehr langsam ist, zu beschleunigen. Wie verbesserungsbedürftig die jetzige Seemannsordnung ist, dafür einige Beispiele. In Malaga wird ein Seemann von dem ersten Maschinisten so in den Leib getreten, daß die Uhr eingedrückt wird. Trotz einer Anzeige ist keine Strafverfolgung eingetreten. Der Staatsanwalt lehnte ein Einschreiten ab. Erst auf dem Zivilprozeßwege kam der Beschädigte zu seinem Rechte. Der Verletzte mußte aber erst nachweisen, daß die That auch nach den Gesetzen des Landes, wo sie geschehen, strafbar sei. Nachdem ein Jahr über der Anwendung aller dieser Rechtsmittel verstrichen war, kam ein Vergleich zu stande. Der Maschinist sprach sein Bedauern über die That aus, zahlte ihm 30 Mk. für die beschädigte Uhr und trug sämmtliche Kosten, auch die des gegnerischen Rechtsanwalts. Solche Fälle ließen sich hundertfach anführen.

Durch die Seemannsordnung läuft wie ein rother Faden die freie Vereinbarung. Nach § 48 der Seemannsordnung haben die Rheder die Kosten der Heilung eines erkrankten Seemanns während dreizehn Wochen zu tragen. Als nun ein Seemann erkrankte, ging er zunächst auf Kosten seiner Krankenkasse ins Krankenhaus. Als er entlassen wurde, verlangte er von der Rhederei die Bezahlung der Krankenhausrechnung. Die Rhederei weigerte sich. Es kam zum Zivilprozeß und der Seemann wurde abgewiesen, weil der Heuerbaas beschwor, daß er nur deshalb angemustert worden sei, weil er Mitglied einer Krankenkasse war. Das Amtsgericht und das Landgericht erklärten, daß die Rheder von der Verpflichtung des § 48 der Seemannsordnung frei sein wollten. Durch die freie Vereinbarung wird der § 48 also illusorisch gemacht. Wie schädlich wirkt diese Bestimmung, zumal manche Krankheiten erst zum Vorschein kommen, wenn der Seemann abgemustert ist. Wie wir die vorsintfluthliche Gesinde-Ordnung bekämpfen, müssen wir auch die Aenderung der Seemannsordnung in unserem Sinne erstreben. Und zwar muß diese Aenderung baldigst erfolgen. Hierzu soll die Fraktion durch ihre Interpellation beitragen. Die Verhältnisse müssen besser werden. Die Vorschläge der technischen Kommission stellen nur ein Minimum von Verbesserungen vor. Im Großen und Ganzen bleiben die Uebelstände bestehen.

Pänisch-Leipzig spricht für den Antrag 55. Eine ausführliche Begründung dieses Antrages, der sich mit der mißbräuchlichen Anwendung des § 153 der Gewerbe-Ordnung befaßt, erübrigt sich wohl. Die Handhabung dieses Paragraphen bei der Rechtsprechung der letzten Zeit ist gerade zum Skandal geworden. Seit das Wort gefallen ist, die schwersten Strafen sollen Denjenigen treffen, der einen anderen an freiwilliger Arbeit verhindert, ist die Rechtsprechung da und dort eine ungeheuerliche geworden. Allein in den 4—5 Wochen während des Leipziger Maurerstreiks sind nach einer flüchtigen Aufstellung, die durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht, nicht weniger als 4 Jahre 4 Monate 27 Tage Gefängniß verfügt worden. Dazu kommen noch zum Theil sehr hohe Geldstrafen.

Frau **Eichhorn**-Dresden. Die Parteigenossinnen, die den Antrag 58 eingebracht haben, sind wohl noch nicht lange in unserer Bewegung, sonst würden sie wissen, daß schon seit langer Zeit diese Forderungen von uns in den Parlamenten erhoben werden. Gegen den Antrag in einer Versammlung in

Dresden zu sprechen, war mir nicht möglich, da nach dem sächsischen Vereinsgesetz die Versammlung sofort aufgelöst worden wäre.

Hug-Bant: Am 23. oder 24. März d. J. hat Genosse Metzger im Reichstage Klage geführt über die Entlassung von Werftarbeitern auf der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven. Von den Rednern der Partei des Königs Stumm, den Antisemiten und anderen Parteien wurden diese Entlassungen für gerechtfertigt erklärt, weil man Sozialdemokraten auf der Werft nicht zu dulden brauche. Der Marineminister Hollmann versprach schließlich, nachdem auch Genosse Auer ihm energisch auf den Leib gerückt war, die Sache untersuchen zu wollen. In der 199. Sitzung vom 27. März gab Hollmann nun die kurze und bündige Erklärung ab, den entlassenen Arbeitern sei kein Unrecht geschehen und die Sozialdemokraten hätten wieder einmal Anklagen erhoben, die sie nicht beweisen konnten. Eine Zurückweisung dieses Vorwurfes war wohl aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen nicht möglich. Ich halte mich aber, nachdem vor ganz Deutschland der Vorwurf der Unwahrheit gegen Diejenigen geschleudert worden ist, welche das Material beigebracht haben, für verpflichtet, ihn zurückzuweisen und zu erklären, daß Hollmann von der Ober-Werftdirektion objektiv falsch, der Wahrheit nicht entsprechend, informirt worden ist. Von den 14 Entlassenen konnte nur einem Einzigen die Betheiligung an angeblich sozialdemokratischer Agitation nachgewiesen werden. Auch entläßt man nicht bei Arbeitsmangel die tüchtigsten Arbeiter und solche, die bis 17 Jahre im Betrieb gearbeitet haben, ohne ihnen zu sagen warum? Es hat den Anschein, als ob beauftragte Delatoren das Beweismaterial geliefert. Der wirkliche Grund der Entlassungen dürfte sein, das Erstaunen über die große Summe, die von Bant-Wilhelmshaven für die streikenden Hafenarbeiter nach Hamburg gesandt worden ist. Ich erwarte von unseren Vertretern im Reichstag, daß sie in der nächsten Session auf die Sache zurückkommen.

Hoch-Hanau: Mein erster Antrag zu Nummer 92 ist veranlaßt worden durch Vorgänge in Leipzig, wo ein Fabrikant in seine Arbeitsordnung einen Passus aufnahm, der die Kompetenz des Gewerbegerichts bei Streitigkeiten mit seinen Arbeitern ausschloß. Das Gewerbegericht erklärte sich für unzuständig, und in der That enthält das Gesetz eine Lücke, die beseitigt werden muß. Den zweiten Antrag habe ich eingebracht, weil unser Gewerbe-Inspektor während des langdauernden Streiks der Diamantarbeiter in Hanau sich in keiner Weise um die Sache bekümmert und auch nicht den geringsten Versuch gemacht hat, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten. In Preußen hat die vermittelnde Thätigkeit der Fabrikinspektoren bei Streiks in vielen Fällen segensreich gewirkt, darum ersuche ich unsere Vertreter im Reichstage, diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen und darauf zu dringen, daß unserm Gewerbe-Inspektor eine entsprechende Instruktion ertheilt wird.

Bartels-Lübeck: Die Anträge 55 und 56 decken sich. Wir Lübecker Genossen sind besonders gewahr geworden, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nur auf dem Papier steht. Wir hatten in einem 26wöchigen Streik der Arbeiter der Thiel'schen Emaillirwerke 22 Jahre Gefängniß zu verzeichnen. Das Wort „Pfannkuchen" kostete einem Arbeiter, der es einem Streikbrecher zurief, 14 Tage Gefängniß. Auch Streikposten-Stehen wurde mit 35 Tagen Haft bestraft. Wir haben alles Material der Fraktion geschickt. Bei Zusammentritt des Reichstages muß die Fraktion interpelliren. Die Zustände sind unhaltbar. Wir müssen hören, was wir in Sachen des Koalitionsrechts zu erwarten haben.

Baudert-Apolda: Ich bitte um Ablehnung des Antrages der Dresdener Genossinnen. Durch die bürgerlichen Zeitungen und einen Theil unserer Parteipresse ist die falsche Mittheilung gegangen, daß unserem Fabrikinspektor eine Assistentin beigegeben sei. Es war aber nicht eine Assistentin, gewählt von den

Arbeiterinnen, sondern eine Dame, von deren Assistenteneigenschaft, wenn sie in Begleitung des Fabrikinspektors reiste, die Arbeiterinnen keine Ahnung hatten. So also, wie der Dresdener Antrag gestellt ist, hat er keinen Erfolg. Es müßte ausdrücklich betont werden, daß die Assistentin von den Arbeiterinnen gewählt worden soll.

Wengels-Berlin: Ich halte es für selbstverständlich, daß der Parteitag den Antrag 41 annimmt.

Frau **Zietz**-Hamburg: Das reiche Material, daß für den Antrag 55 angeführt ist, beweist, wie nothwendig es ist, ihn anzunehmen. Nicht aus dem Grunde, weil ich mir viel davon verspreche, sondern aus agitatorischen Gründen muß unsere Fraktion im Reichstage es zur Sprache bringen, daß die Unternehmer ungestraft dasselbe thun können, was bei den Arbeitern mit schweren Strafen belegt wird. Sie wissen ja, daß es nur dem vielgenannten Schweineglück der Sozialdemokratie zu danken ist, daß die Anträge auf Verschärfung des § 153 seiner Zeit nicht angenommen wurden. Es fiel uns damals das Material in die Hände, das unter dem Namen „Ein Komplott gegen die Arbeiterschaft" herausgegeben wurde. In unserer Presse wird ja täglich darauf hingewiesen, wie mit zweierlei Maß gemessen wird; aber es ist weit wirkungsvoller, wenn von der Tribüne des Reichstages herab ein solches Verfahren gebrandmarkt wird. (Beifall.)

Leid-Berlin VI: Wir sollten uns mehr darauf beschränken, der Fraktion Anregungen zu geben. Wenn wir uns mit jedem einzelnen Wunsch hier beschäftigen, dann wird der Parteitag auf ein Niveau herabgedrückt, das seiner nicht würdig ist. Findet sich eine Gelegenheit, so wird die Fraktion schon die Wünsche unserer sächsischen Genossen berücksichtigen. Es genügt, die Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Käppler-Altenburg: Ich bin von Seiten verschiedener deutscher Mühlenarbeiter aufgefordert worden, der Fraktion den Dank für ihr energisches Auftreten zu Gunsten der Mühlenarbeiter auszusprechen.. Ich bitte, daß die Fraktion durch eine Interpellation anfragt, weshalb die Bestimmungen über die Sonntagsruhe für die Müller so verschieden gehandhabt werden. So wird die Saale in ihrem Oberlaufe für ein beständiges Wasser erklärt und die Sonntagsruhe gilt für die kleinen Bockmühlen. Für die große Böblinger Mühle, die hundert Arbeiter beschäftigt, wird die Sonntagsarbeit aber zugelassen, weil die Saale ein unregelmäßiges Gewässer sei. Die Böblinger Mühle aber liegt weiter unten an der Saale. (Heiterkeit.)

Auer: Durch die Ausführungen des Genossen Hug veranlaßt, gehe ich auf einen Vorgang ein, der die Aufmerksamkeit der Genossen im hohen Maße verdient. Hug hat den Verdacht ausgesprochen, daß sich unter den Werftarbeitern Wilhelmshaven's Delatoren befinden, die Arbeiter, die sich im Dienst der Partei bemerklich machen, denunzirt haben. Ich glaube nun eine Thatsache mittheilen zu können, welche diesen Verdacht fast zur Gewißheit macht. Es ist mir von irgend einer bestimmten Stelle vor einigen Monaten die Mittheilung gemacht worden, daß *Angehörige der Berliner Polizei* nach *süddeutschen* Orten gegangen sind, um dort in Fabriken als Arbeiter einzutreten. Es wurde mir auch eine Fabrik bestimmt genannt, und zwar die eines *süddeutschen Großindustriellen*, der *sowohl im politischen als auch im sozialpolitischen Leben* eine hervorragende Rolle spielt. Die Person, die in die Fabrik eingetreten sein soll, wurde mir so gekennzeichnet, daß es möglich war, sie, wenn sie wirklich existirte, festzustellen. Nachdem ich mit meinen näheren Kollegen im Parteivorstande über die Sache Rücksprache genommen hatte, habe ich mich an den Genossen Dreesbach in Mannheim gewandt, ihm Mittheilung davon gemacht und ihn ersucht, er möge, wenn es irgend angeht, feststellen lassen, ob in die betreffende Fabrik in letzter Zeit eine solche Person in Arbeit getreten sei, um, wenn das der Fall wäre, die Arbeiter der Fabrik vor diesem eigenthümlichen Mitarbeiter

zu warnen. Ich betone ausdrücklich, da ich den Namen Dreesbach genannt habe, daß es sich hier nicht um eine Mannheimer, überhaupt um keine badische Fabrik handelt. Damit will ich nicht sagen, daß dort solche Fälle nicht vorkommen, aber was ich nicht beweisen kann, wage ich auch nicht zu behaupten. Dreesbach hat die von mir gewünschten Untersuchungen angestellt, und es hat sich wirklich ergeben, daß in die betreffende Fabrik zu der mir mitgetheilten Zeit die betreffende Person mit allen mir mitgetheilten Merkmalen eingetreten ist. Die Angabe hat sich also bewahrheitet. (Pfui!) Sie sehen daraus, mit welchen Mitteln gegen uns gearbeitet wird. Es ist angebracht, daß von dieser Mittheilung den Arbeitern weitgehendste Kenntniß gegeben wird, damit sie Gelegenheit nehmen, vorsichtig zu sein. (Beifall.)

Kaudt-Rostock: Da das Koalitionsrecht der Arbeiter so gut wie illusorisch ist, halte ich es für nöthig, die Anträge 55 und 56 anzunehmen. Unsere Fraktion muß im Reichstage solche eklatante Fälle zur Sprache bringen. Ich erinnere nur an den Tischlerstreik in Rostock, wo die Streikenden die Zureisenden bewegen wollten, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Gesetzlich ist das erlaubt, aber die Polizei stellte neben jeden Streikposten einen Polizisten und verhinderte so die Streikenden an ihrem Vorhaben. Das Fixiren der Zureisenden durch die Streikenden wurde als grober Unfug erklärt. (Heiterkeit.) Und bei der Art der Auslegung des Begriffs grober Unfug sollte es mich nicht wundern, daß man es schließlich noch als groben Unfug erklärt, wenn man den Arbeitswilligen den Hintern zudreht. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß unsere Fraktion die hier vorgebrachten Wünsche berücksichtigt und energisch für die Anträge eintritt. (Beifall.)

Gewehr - Elberfeld: Den sozialpolitischen Drang des Genossen Hoch bekämpfe ich durchaus nicht. Ich halte es aber für verfehlt, bei jedem Streik den Gewerbe-Inspektor einzuladen. Im Westen Deutschlands würden die Arbeiter bei der Rücksichtnahme der Fabrik-Inspektoren gegenüber den dortigen Fabrikanten den Kürzeren ziehen. Eine Anfrage möchte ich an den Referenten richten: Nach einem Bericht der „Freisinnigen Zeitung" hat Eugen Richter in einer Rede in Remscheid behauptet, die Sozialdemokraten im Reichstag hätten sich mit der letzten Militärforderung von 170 Millionen stillschweigend einverstanden erklärt, sie hätten sich unter der Hand mit den anderen Parteien geeinigt, daß die neuen Kanonen in Arbeit gegeben werden sollten. Ich habe die Ueberzeugung, daß Richter, wie so oft, ganz gewaltig geflunkert hat. Ich erwarte von Schippel, daß er in seinem Schlußwort diese Flunkerei zerstört.

Inger-Solingen: Bei der sozialpolitischen Gesetzgebung im Reichstag müssen unsere Genossen scharf aufpassen, daß die humanen Absichten der Arbeiterschutz-Gesetzgebung nicht illusorisch gemacht werden. Das Vertrauen der Arbeiter in die Fabrikinspektoren ist ja im Allgemeinen kein sehr großes, aber rühmliche Ausnahmen giebt es doch; so war es früher bei uns in Solingen. Unser Fabrikinspektor nahm die Wünsche der Arbeiter entgegen, er nahm sich ihrer an. Die Folge war ein Rüffel von der Regierung, denn die Fabrikanten wandten sich gegen seine Thätigkeit. Unsere Vertreter müssen diese Sache in geeigneter Weise im Reichstag verfolgen.

Knüpfer-Berlin: Ganz besonders lege ich Werth auf Antrag 56; seit das Wort von den schwersten Strafen für die Hinderung Arbeitswilliger gefallen ist, wird sogar die rohe Gewalt gegenüber streikenden Arbeitern angewandt. In Bielefeld wurden Arbeiter verhaftet, die nichts weiter gethan haben, als am Bahnhof angekommene Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß ein Streik im Gange sei. Ein Arbeiter wurde von 2 Polizeibeamten festgehalten und ein Unternehmer hat ihn derartig geschlagen, daß er in ärztliche Behandlung gehen mußte. Die Annahme des Antrages empfiehlt sich deshalb, damit von der Tribüne des Reichstags unter Anführung solcher Thatsachen die Nothwendigkeit der Sicherung des Koalitionsrechtes klargelegt wird.

Albrecht-Halle: Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn nicht beantragt wäre, alle Anträge der Fraktion zur Erwägung zu überweisen. Das geht nicht bei so wichtigen Anträgen, wie sie vorliegen. Wir müssen feste Direktiven geben. Eine Interpellation über das Koalitionsrecht ist absolut nothwendig. Die Anträge 55 und 56 müssen sofort angenommen werden.

Bebel: Die Stellung der Fraktion zu den Anträgen wird Schippel nachher darlegen. Mich hat auf die Tribüne die Aeußerung des Genossen Gewehr geführt hinsichtlich des Verhaltens der Fraktion gegenüber der Forderung von neuen Kanonen — übrigens nur einer Rate von ungefähr 44 Millionen. — Seine Darstellung auf Grund des Berichts der „Freisinnigen Zeitung" ist absolut unrichtig. Wie sich die Fraktion zu dieser Frage gestellt hat, geht aus der Erklärung hervor, die ich im Namen der Fraktion bei der damaligen Berathung im Plenum abgab, wonach wir uns gegen die Forderung erklärten. Die Aeußerung der „Freisinnigen Zeitung" bezieht sich offenbar auf Vorgänge in der Budget-Kommission. Dort verlangte der Kriegsminister, daß, bevor er auf eine ausführliche Begründung der Forderung eingehe, die Kommissions-Mitglieder sämmtlich sich verpflichten müßten, von den Verhandlungen kein Wort an die Oeffentlichkeit zu bringen. Es war also eine Ehrensache für uns, die wir der Kommission angehörten, diese Erklärung abzugeben, denn sonst hätten wir den Saal verlassen müssen, während wir naturgemäß ein Interesse daran hatten, zu bleiben. Eine derartige Verpflichtung wird auch bei sonstigen Gelegenheiten, wenn es sich z. B. um wichtige Staatsgeheimnisse handelt, übernommen. Wir haben in der Kommission nachher ebenso gegen die Forderung gestimmt wie später im Plenum.

Wurm: In letzter Zeit weigern sich die Fabrikinspektoren, mit Gewerkschafts-Kartellen in Verbindung zu treten. Es sind nun schon von Legien und mir in dem „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften" und im „Vorwärts" die Gewerkschaften aufgefordert, und ich richte diese Forderung auch hier an die Genossen, an allen Orten an den Fabrikinspektor ausdrücklich die Frage zu richten, ob er bereit ist, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen. Keine Antwort wäre in diesem Falle auch eine Antwort. Wie die Dinge heute liegen, ist ja garnicht daran zu denken, daß wir in nächster Zeit erreichen, daß die Fabrikinspektionen durch Arbeiter verstärkt werden. Ich muß lobend hervorheben, daß in Süddeutschland einige Gewerbeinspektoren zu der Einsicht gekommen sind, daß sie, ohne die Arbeiter zu befragen, ihre Aufgabe garnicht erfüllen können. Und auch in Preußen hat es an einigen Orten solche Beamte gegeben. Im letzten Berichtsjahre sind sie aber verschwunden: Es scheint abgewinkt worden zu sein. Sorgen Sie also für Material, auf Grund dessen wir nachweisen können, ob es sich bei der Gewerbeinspektion nur um ein Schaugericht für die Arbeiter handelt.

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort erhält **Schippel**: Ich will mit ein paar Worten Bebel's Erwiderung auf Gewehr's Anfrage ergänzen. Die „Barmer Zeitung" hat Richter's Worte so wiedergegeben, daß sie dem Sinne nach mit Bebel's Aeußerung übereinstimmen: Der Kriegsminister hätte im Dezember in der Budget-Kommission vertraulich erklärt, daß eine neue Artillerie-Ausrüstung im Werke sei und daß Deutschland dadurch einen Vorsprung erhalten werde; diese Mittheilungen seien durchaus vertraulicher Art gewesen. Richter hat dann weiter gesagt, die Sozialdemokraten hätten versprochen, von der Sache kein Wesen zu machen. Das heißt doch nichts anderes, als daß wir vertrauliche Mittheilungen nicht in die Oeffentlichkeit bringen wollten. Das ist ein Gebot der Ehrenhaftigkeit, wogegen kein Genosse Widerspruch erheben wird. Und wenn wir auch in der Oeffentlichkeit kein Wesen von der Sache gemacht haben, nun, Genossen, so müssen wir uns klar darüber sein, daß wir uns hier in einer Zwickmühle befinden. Wir haben die Soldaten nicht bewilligt,

aber sie sind einmal da. Für Milizanträge und Abschaffung aller stehenden Heere ist keine Mehrheit vorhanden und in absehbarer Zeit auch nicht zu schaffen. Das ist eine Thatsache, die uns sicherlich unangenehm ist, mit der wir aber rechnen müssen. Sollten wir nun, weil die bürgerlichen Parteien uns in dieser Beziehung nicht unseren Willen thun, die deutschen Arbeiter, gleichsam zur Strafe, vor die Gefahr stellen, daß sie mit ihrem Blut den Unverstand der Gegner einmal zu büßen haben? Das wäre widersinnig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt. Den Kampf gegen den Militarismus führen wir bei anderen Gelegenheiten besser. Wir führen ihn bei allen guten Gelegenheiten, aber hier wäre es der denkbar schlechtest gewählte Moment gewesen.

Dann eine Erwiderung an Genossen **Sindermann**, der sagte, ich wäre im Reichstage bei der Debatte über die Zollkämpfe zum Referenten bestimmt gewesen und hätte das Referat aus Gesundheitsrücksichten nicht gehalten. Nein, das ist nicht richtig. Die Fraktion konnte nicht wissen, daß die Interpellation so rasch kommt; man nahm allgemein an, daß sie unterbleiben würde; ein Referent war daher nicht bestellt. Ich hätte aber das Referat jedenfalls abgelehnt, denn ich habe es stets abgelehnt, bei Zollkämpfen zu sprechen, bei denen ich mir sagte, daß nicht nur das Interesse der deutschen Industrie, sondern das der deutschen Industrie-Arbeiter auf dem Spiel steht. So einfach liegen die Dinge nicht. Ich bin doch nicht gewählt in erster Linie als internationaler Freihändler, sondern als Vertreter der Interessen der deutschen Industrie-Arbeiter. Ich bin auch international so gut wie einer, aber die Internationalität beruht doch auf Gegenseitigkeit. Und wenn ich ein Ausland habe, das fortwährend gegen uns ungerecht ist, so besteht doch die Internationalität nicht darin, daß ich fortwährend den auswärtigen Bourgeois lobe und über den deutschen herfalle. Gerade Amerika gegenüber sind wir Deutsche doch immer noch der bessere Theil. Dort ist die Steigerung der Industrieschutzzölle System. Wir haben die Getreidezölle herabgesetzt, haben den Amerikanern durch die Gewährung der Meistbegünstigung alle Vortheile eingeräumt, die andere Staaten mit Gegenleistungen bezahlen mußten, während die Vereinigten Staaten unseren Export fortwährend durch neue Zölle beschränkt haben. Da bin ich doch international genug, um zu sagen, in solchem Moment schlage ich nicht auf die Deutschen los, sondern auf den, der die größere Ungerechtigkeit verübt hat, und das ist nach meiner Meinung nicht Deutschland gewesen. Aus diesen Gründen würde ich es abgelehnt haben, ein Referat zu übernehmen, und das war auch weiter kein Unglück. Im Augenblicke zollpolitischer Verhandlungen die Stellung der deutschen Unterhändler schwächen, heißt nur das hochschutzzöllnerische Amerika im Widerstande gegen Konzessionen stärken und die Erfolge für den deutschen Industrieexport abschwächen, mit dessen Interessen vielfach die Interessen der deutschen Arbeiterklasse zusammenfallen. Von den vorliegenden Anträgen ist der Antrag wegen der weiblichen Fabrikinspektoren zurückgezogen. Den Antrag **Baudert** würde ich empfehlen, der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Eine Meinungsdifferenz besteht ja hier nicht. Den Antrag 57, der sich nicht verwirklichen läßt, bitte ich zurückzuziehen. Naturereignisse können wir eben nicht voraussehen. Wir würden durch die Einstellung von Mitteln in den Etat der Regierung nur Geld zur Verfügung stellen. Man weiß ja, daß vieles davon später für Zwecke gebraucht wird, die wir nicht billigen. Der Begriff „unvorhergesehene Ereignisse“ würde dann sehr weit ausgedehnt. Vielleicht ist die Ankunft eines Prinzen ein unvorhergesehenes Naturereigniß (Heiterkeit), wofür die Gelder dann verbraucht werden dürfen. Dann bitte ich auch abzulehnen den Antrag 92, zum Mindesten den zweiten Theil, wonach der Gewerbe-Inspektor immer verpflichtet sein soll, Ausgleichsverhandlundlungen herbeizuführen. Dem Grundgedanken kann man ja zustimmen, aber durch den Antrag würden wir nur das Ansehen auch der

Fabrikinspektoren erhöhen, die auf Seiten der Arbeitgeber stehen. Wenn Sie den Antrag 71 der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen wollen, so thun Sie es; nützen wird es aber nichts, denn wir werden uns in nächster Zeit mit wichtigeren Fragen, als mit der Dauer der Legislaturperioden zu beschäftigen haben. In Bezug auf den Antrag 88, der die Seemanns-Ordnung betrifft, ist die Fraktion und auch die Parteileitung mit dem Antragsteller einer Meinung. Ich bin ermächtigt, zu erklären, daß auch der nächstens tagende Seemannstag von drei Vertretern der Parteileitung besucht werden wird. Auch über die Anträge 55 und 56 besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die Fraktion hat ja die Handhabung des § 153 fortwährend zur Sprache gebracht, bei der Vereinsgesetz-Debatte, beim Hafenarbeiterstreik und bei anderen Gelegenheiten. Sie hat also nicht versäumt, ihre Pflicht zu thun.

Ich bitte Sie, die Anträge, mit denen ich mich einverstanden erklärt habe, der Fraktion nicht als Aufgabe zu überweisen, sondern zur Berücksichtigung je nach den parlamentarischen Verhältnissen.

Persönlich erklärt **Gewehr**, er habe mit seiner Aeußerung betr. die Kanonenbewilligung nur verhüten wollen, daß im Lande die Meinung verbreitet wird, als seien unsere Vertreter im Reichstage stillschweigend darüber hinweggegangen. Auf die Taktik Schippel's in Betreff der Militärpolitik, die er bedauere, werde er später eingehen. (Zustimmung.)

Die Abstimmung ergiebt, daß die Anträge 55, 56, 57, 58, 71, 88 und 92 der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bilden: **Die bevorstehenden Reichstagswahlen.**

Als Berichterstatter erhält das Wort

Bebel: Parteigenossen! Genosse Molkenbuhr hat bereits in seiner Eröffnungsrede auf die große Wichtigkeit der kommenden Reichstagswahlen hingewiesen. Sie werden wichtig sein nicht nur für uns, sondern für die Entwickelung der Dinge in ganz Deutschland. Reichstagswahlen sind für uns als Kampfpartei immer das wichtigste Ereigniß gewesen, weil sie uns Gelegenheit geben, für unsere Ideen und Forderungen mit allem Nachdruck einzutreten, weil wir an dem Wahlergebniß konstatiren können, wie die Entwickelung unserer Partei in dem abgelaufenen Zeitraum gewesen ist; sie waren und sind uns der Gradmesser, wie weit die Partei auf ihrem Vormarsch zum Siege vorgedrungen ist. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir schon im Jahre 1867 die Wahlen als beste Gelegenheit betrachtet, unsere Kraft zu messen. Immer ist unsere Wahlparole gewesen, allüberall da, wo die Möglichkeit besteht, Kandidaten aufzustellen. Zweifellos wird auch dieser Parteitag in gleichem Sinne beschließen. Es liegt nicht in meiner Absicht, eine große politische Rede über die gegenwärtige Situation zu halten. Nur einige Gesichtspunkte will ich für die ganz besondere Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen anführen. Gewiß war auch sonst Anlaß für die Partei gegeben, mit äußerster Kraftanstrengung in den Wahlkampf einzutreten. Namentlich dann, wenn bestimmte Forderungen Ursache zur Auflösung des Reichstags gaben. Erinnern wir uns z. B. an die 1878 erfolgte Auflösung des Reichstages mit dem ausgesprochenen Zwecke, ein Ausnahmegesetz gegen uns zu erlassen und einen gefügigen Reichstag zu schaffen, der auch den übrigen reaktionären Maßnahmen der Regierung zustimmen würde. Es gelang bekanntlich, nicht nur das Sozialistengesetz, sondern auch die reaktionären Zoll- und Steuergesetze durchzusetzen, Gesetze, unter denen wir heute noch schwer seufzen. Denken wir ferner an die unter schwerem äußeren und inneren Druck vollzogenen Wahlen von 1887, die uns den Kartell-Reichstag brachten. Ebenso stand es 1893 bei der Auflösung, zu der auch wieder eine Militärvorlage Veranlassung gab. Diesmal ist der Reichstag zum ersten Male seit der reaktionären Verlängerung der Legislatur-

perioden fünf Jahre zusammengeblieben. Nach Ablauf der Wintersession werden die allgemeinen Wahlen vorgenommen werden. (Ruf: Abwarten!) Gewiß kann ich das nicht beschwören, es ist ja auch für uns ganz gleich. Wir treffen ja heute die letzten Vorbereitungen für die Wahlen! (Bravo!) In dem Moment, wo aufgelöst würde, ständen wir auch kampfgerüstet da. (Bravo!) Ich habe ja auch nur eine Vermuthung ausgesprochen und habe meine Gründe dafür. Ich glaube nicht, daß die Regierung jetzt nach einem Konfliktsstoff lüstern ist, der nur den Oppositionsparteien angenehm sein könnte. Ich kann mich ja in der Weisheit der regierenden Männer täuschen (Heiterkeit), nun, dann ist es ihr Schade und unser Vortheil.

Zweifellos war die Verlängerung der Legislaturperioden ein Angstprodukt, ein Produkt der Angst vor der Sozialdemokratie, denn das allgemeine gleiche Wahlrecht ist der weitaus größten Zahl der bürgerlichen Parteien im tiefsten Innern verhaßt. Wäre es ihnen möglich, das Wahlrecht zu beseitigen, ohne selbst ihr politisches Ansehen zu untergraben, sie thäten es. Es kann ferner keinem Zweifel unterliegen, daß in den maßgebenden Kreisen von der höchsten Person bis tief herunter die Ueberzeugung besteht, daß auf die Dauer das Deutsche Reich nicht bestehen kann mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, daß es nothwendig sei, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um es zu beseitigen. Daß diese Auffassung vorhanden ist, ist nicht blos meine Meinung! Heute hat ein Redner gemeint, es hätte mir beliebt, grau in grau zu malen. Wenn der verehrte Genosse Gelegenheit haben wird, in den Wahlkampf mit einzugreifen, wird er genöthigt sein, noch weit mehr grau in grau zu malen, und er wird nicht übertreiben, sondern blos der Wahrheit die Ehre geben.

Allmälig ist es im Deutschen Reiche dahin gekommen, daß selbst unseren Gegnern vor der Zukunft bange zu werden anfängt. Bei unseren inneren politischen Zuständen hat sich ein solches Maß von Unzufriedenheit, Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit nicht bei uns, sondern bei den Gegnern angesammelt, daß die Ueberzeugung allgemein herrscht, so kann es nicht weitergehen. Kein Zweifel, die nächsten Wahlen werden von um so ausschlaggebenderer Bedeutung sei, als nicht nur eine einzelne Frage das deutsche Volk an die Wahlurne rufen wird, sondern eine ganze Reihe von Fragen tiefernster und hochpolitischer Natur. Der nächste Wahlkampf wird so intensiv werden wie keiner vorher. Alle Parteien werden die größten Anstrengungen machen, sich zu behaupten, bez. neue Eroberungen zu machen. Auch die wirthschaftspolitischen Fragen werden ihre Rolle spielen. In der nächsten Legislaturperiode muß der Abschluß der Handelsverträge wieder beschlossen werden. Unsere Edelsten, die Junker, stellen bereits mit der maßlosen Unverschämtheit, die wir an ihnen kennen, ihre Forderungen. Es wird sich also auch um die Frage des Brodes und der Arbeit für die Arbeiter handeln. Dazu treten eine große Reihe politischer Fragen in den Vordergrund; wir hören seit geraumer Zeit mit einer Ungenirtheit, einem Cynismus, wie er noch nicht da war, die Frage erörtern, ob nicht der deutsche Kaiser, wenn der Reichstag Forderungen ablehnt, deren Bewilligung er für die Lebensfähigkeit des Reiches für nothwendig erachtet, auf eigene Faust vorgehen soll. Das hieße also, daß er das Recht habe, die Revolution von oben ins Werk zu setzen, den Staatsstreich auszuführen, um diejenigen Maßnahmen nunmehr aus eigener Machtvollkommenheit und eigenem Willen, sozusagen von Gottes Gnaden durchzusetzen, die man mit dem Willen der Volksvertretung nicht durchzusetzen im Stande ist. Jetzt, wo die Wahlen vor der Thür stehen, halten z. B. die Agrarier mit diesem Gedanken zurück und versichern ihre Verfassungstreue. Wir wissen, was diese nichtssagenden Versicherungen zu bedeuten haben, wenn es gelingt, die Wähler einzulullen.

Wir haben nach jeder Reichstagswahl erlebt, daß das stetige und rasche Wachsthum unserer Partei einen tiefen Schrecken unter unseren Gegnern bis

weit in die Reihen der Opposition hinein erregte: und wenn wir bei den nächsten Wahlen, was ja Jeder von uns hofft, wenn nicht mehr, so mindestens zwei Millionen Stimmen und die entsprechende Zahl von Abgeordneten erhalten werden, was meinen Sie wohl, was das für einen Eindruck auf unsere Gegner, auf die geschworenen Feinde des allgemeinen Stimmrechts machen wird! Und kann man sich darüber wundern? Gerade diese unsere ruhige, gesetzmäßige Thätigkeit ist es, die bei unseren Gegnern Grauen erregt. (Sehr wahr!) Wir könnten ihnen keinen größeren Gefallen thun, als auf dem Wege der Gewalt vorzugehen. Geht es aber so weiter wie bisher, so können wir mit mathematischer Sicherheit berechnen, wann das bisherige System aufhört. Glauben Sie, daß Diejenigen, die ein von Gott geheiligtes Recht auf den Besitz der Macht und auf die damit verbundenen Genüsse zu haben glauben, es nicht darauf werden ankommen lassen, uns zu provoziren? Das ist für mich wenigstens nur eine Frage der Zeit, vielleicht sogar der nächsten Zeit. (Sehr wahr!) Also die Frage des allgemeinen Wahlrechts und die Fragen der bürgerlichen Freiheit überhaupt werden in der nächsten Legislaturperiode von der allergrößten Bedeutung sein. Die Entwickelung vollzieht sich rascher, als wir annehmen. Ich frage Euch, wer von uns hat es für möglich gehalten, daß wenige Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes, wenige Jahre nach der Aeußerung, die der Kaiser gethan haben soll auf den Vorhalt: „Majestät, was soll werden, wenn das Sozialistengesetz aufgehoben wird?" „Mein lieber Soundso, das überlassen Sie mir, mit der Sozialdemokratie werde ich allein fertig." (Heiterkeit.) Wer hätte es, sage ich, gedacht, daß nur vier Jahre darauf die Umsturzvorlage in Szene gesetzt werden würde? Und jetzt wieder die Vereinsgesetzvorlage in Preußen? Es ist doch kein Zweifel, daß nach diesem letzten Versuch der Gedanke, auf diesem Wege weiterzugehen, nicht mehr erlöschen wird. Man will die Fortentwickelung des Staates auf dem Wege der Reform, den wir vertreten, nicht, weil man sagt: auch diese Wege führen schließlich in den Abgrund, und wenn einmal ein Ende sein soll, dann lieber ein Ende mit Schrecken.' Der Optimismus, die Dinge lägen nicht ernst, ist also durchaus ungerechtfertigt. Furcht will ich Euch nicht einjagen, oh nein! Werden wir zum Kampfe gedrängt, dann bin ich auf dem Platze, dann kämpfe ich bis zum letzten Athemzuge (Beifall) und die ganze Partei, sie wird siegen. (Beifall.) Heute, wo die Partei mehr als doppelt so stark ist, als unter dem Sozialistengesetz, wird man erst recht nicht mit uns fertig. (Beifall.) Aber als Politiker, als ernsthafte Männer, müssen wir den Dingen ins Gesicht sehen und haben danach unsere Schritte einzurichten. (Sehr wahr!) Es ist zweifellos, daß, wenn einmal die Stimmung günstig ist, der Weg der Ausnahmegesetzgebung noch beschritten wird. Für ihn sind die Nationalliberalen ja schon jetzt zu haben. Es ist also selbstverständlich, daß wir unsere Stellung bei den Wahlen darauf einzurichten haben.

Ich setze es als selbstverständlich voraus, daß, wo es nicht schon geschehen ist, die Anregung, die der heutige Parteitag giebt, die Wirkung haben wird, daß die nöthigen Schritte zum Ausbau der Organisation ergriffen, die nöthigen Mittel geschafft werden, die Aufstellung der Kandidaten besorgt wird, kurz daß Alles geschieht und daß auch die Parteileitung ihre Schuldigkeit thut, um der Agitation Material zu liefern. Ich glaube, die Frage, ob wir im Wahlkampf, auch wo wir keine Aussicht auf Erfolge haben, als selbständige Partei vorzugehen haben, ist unbedingt zu bejahen. Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung" sollte Frohme auf einer Agitationstour in Baden erklärt haben, wir müßten bei den Reichstagswahlen künftig dieselbe Taktik einschlagen, die für die preußischen Landtagswahlen vorgeschlagen wird, nämlich da, wo keine Aussicht sei für den Sieg eines Sozialdemokraten, einem gegnerischen Oppositionellen bedingungslos die Stimme zu geben (Frohme: Nein!). Bitte, ich sage nur, das ist durch die Zeitungen gegangen und ich weiß bestimmt,

daß Parteigenossen das für wahr gehalten haben. Ich habe gleich gesagt, das kann Frohme nicht gesagt haben, und er hat mir vorgestern auch erklärt, daß ihm dieser Gedanke selbstverständlich nicht in den Sinn gekommen ist, und daß man höchstens bei der engeren Wahl einem anderen Kandidaten die Stimme geben könne. Das ist ja auch das, was uns heute beschäftigt. Ich habe in der Resolution, die ich im Anschluß an mein Referat Ihnen vorschlage, unter Ziffer 2 die Punkte formulirt, auf die sich gegnerische Kandidaten, die sich um unsere Stimmen bei der Stichwahl bewerben, unbedingt verpflichten müssen. Die früher vertretene Ansicht, daß bei der engeren Wahl Stimmenthaltung geboten sei, hat man mehr und mehr als das denkbar Fehlerhafteste aufgegeben, und unsere Wähler haben ja auch solche Beschlüsse nicht befolgt.

Bei den Parteiverhältnissen im Deutschen Reiche — und daran dürfte ein Gewinn für uns von 10 oder 15 und selbst, wenn es außerordentlich glücklich geht, von 30 Mandaten nicht viel ändern — wird die Entscheidung in wichtigen Fragen immer nur von einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Stimmen abhängen. Aber um so nöthiger ist, daß, was wir aus eigenen Kräften nicht leisten können, wir aus den uns zunächst stehenden Parteien nach Möglichkeit zu ergänzen suchen und die Opposition nach Kräften stärken.

Nun habe ich in allererster Linie diejenigen Forderungen wieder aufgenommen, die wir auch bei früheren Gelegenheiten als maßgebend betrachtet haben für die Unterstützung eines gegnerischen Kandidaten in der Stichwahl. Es waren das drei Punkte: Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, zu stimmen gegen die Einführung von Ausnahmegesetzen und gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirekter Steuern und Zölle auf nothwendige Lebens- oder Genußmittel (Katzenstein: Heeresbewilligungen!) Die sind im letzten Punkt schon enthalten, denn neue indirekte Steuern sind bei uns immer die Folge von Heeres- oder Marineforderungen gewesen. Ich habe aber diese Forderungen erweitert, und zwar auf Grund der Erfahrungen, die wir in der letzten Legislaturperiode gemacht haben; selbstverständlich soll nicht die Verpflichtung festgestellt werden, gegen eine Verbesserung des jetzigen Wahlrechts zu stimmen; ich habe ergänzt: des Wahlrechts „in seiner jetzigen Gestalt", um uns eine Rückendeckung zu sichern gegen Leute, die zwar das allgemeine Wahlrecht behalten wollen, aber z. B. Ständewahlen einführen oder die Altersgrenze für die Wahlfähigkeit hinaufschrauben wollen. Ich beantrage aufzunehmen: „Für Aufrechterhaltung des unverkürzten Budgetrechts des Reichstages". Es wird ferner die Frage erörtert, z. B. heute auch in einem Leitartikel des „Vorwärts", ob nicht die Forderung eines Septennats oder Quinquennats für die Marine kommen wird, womit das Budgetrecht des Reichstags erheblich eingeschränkt würde. Das müssen wir verhindern. Weiter habe ich mich verpflichtet erachtet, auch insbesondere die Forderung für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes durch ein Reichsgesetz zu beantragen. Wir müssen verhüten, daß es einem Kandidaten möglich ist, später für Anträge auf diesem Gebiete zu stimmen mit dem Hinweis auf Bestimmungen in den Einzelstaaten. Es ist ein Widerspruch der allerärgsten Art, daß bei dem klaren Wortlaut der Reichsverfassung eine Regierung es über sich hat gewinnen können, in einem Partikularstaate sich jetzt noch mit der partikularstaatlichen Regelung zu befassen, natürlich im reaktionären Sinne. Wir müssen darauf bestehen, daß das Reich die Regelung dieser Angelegenheit vornimmt und darum ist die Bestimmung nothwendig. Sodann habe ich in die Resolution mit aufgenommen, der Kandidat müsse sich verpflichten: „gegen die Verschärfung des bestehenden Strafrechts, soweit es sich dabei um politische Vergehen oder Verbrechen handelt", und weiter: „gegen jede Verschlechterung der bestehenden

Preßgesetzgebung" zu stimmen. Hierzu veranlaßten mich die Erfahrungen bei der Umsturzvorlage. Unser Preßgesetz ist schon schlecht genug, trotzdem will man es noch rückwärts revidiren.

Daß noch eine ganze Reihe von Forderungen der allerwichtigsten Art auf dem wirthschaftlichen Gebiete, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes übrig bleiben, ist ja selbstverständlich. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß wir den politischen Gegnern, die wir bei der engeren Wahl unterstützen sollen, nicht zumuthen können, alle Forderungen, die wir für nöthig halten, im Reichstag zu unterstützen. Wir können nur dasjenige von ihnen verlangen, was sie vertreten müssen, wenn sie sich liberal oder demokratisch gesinnte Männer nennen wollen; innerhalb dieser Forderungen haben wir uns gehalten. Ich möchte also dringend bitten, daß aus dem Kreise der Genossen diese Forderungen nicht erheblich erweitert werden. Das wäre in der That verfehlt und der Situation nicht entsprechend.

Ich habe in Punkt 3 die ausdrückliche Verpflichtung aufgenommen, daß, wo kein Kandidat in Frage kommt, der sich auf diese Forderungen verpflichtet, strikte Stimmenthaltung zu proklamiren ist; das ist absolut nothwendig. Man hat es in einzelnen Kreisen über sich gewinnen können, bei der engeren Wahl Leuten die Stimme zu geben, von denen man die Sicherheit haben mußte, daß sie niemals unsere Minimalforderungen unterstützen würden, und man hat sich dann hernach damit entschuldigt, daß ein Nationalliberaler noch nicht so schlimm sei wie ein Konservativer. Es ist eine Thatsache, die der Delegirte von Essen kaum wird bestreiten können, daß bei der letzten Essener Wahl in der Stichwahl zwischen Krupp, dem Besitzer von Essen, möchte ich sagen, und Stötzel, dem einzigen ehemaligen wirklichen Arbeiter im Zentrum, der als solcher genöthigt war, für die Arbeiterforderungen einzutreten und sich daher oft bei Abstimmungen vom Zentrum trennte, dieser durchgefallen und Herr Krupp durch die Stimmen der Sozialdemokraten in den Reichstag gekommen ist. (Hört! hört.) Kann es denn noch einen größeren Hohn geben? Doch nur dann, wenn an Stelle von Krupp Herrn v. Stumm die Stimmen gegeben würden (Heiterkeit), aber unsere Leute dort wären auch dazu im Stande. (Heiterkeit und sehr wahr!) Ich weiß nicht, welche persönlichen Gründe damals unsere Genossen veranlaßt haben, gegen Stötzel zu stimmen, denn nur persönliche Gründe können es gewesen sein, aber um ähnliche Verstöße gröbster Art gegen die bisherige Parteitaktik und insbesondere gegen die allgemeinen Partei-Interessen zu verhindern, ist es unbedingt nöthig, zu verlangen, daß ein Kandidat, der diese Minimalforderungen nicht in allen Punkten anerkennt, unter keinen Umständen unsere Stimmen bekommen darf, sondern daß wir dann Stimmenthaltung aussprechen müssen. Sind wir dann nicht Herr der Massen, die bei der ersten Wahl hinter uns gestanden haben, so können wir es nicht ändern, aber daß von Genossen so gehandelt wird, das darf nicht vorkommen. Ich will nicht alte Wunden aufreißen, aber ich erinnere daran, daß sogar einmal Genossen in einem Wahlkreise sich zur Wahl eines bürgerlichen Kandidaten bereit erklärt haben, weil dessen Partei bereit war, die Kosten für die Hauptwahl zu tragen. Ein solcher Fall hat sich ja später nicht wieder ereignet, aber das zeigt doch, daß der Parteitag klar und deutlich über die einzuschlagende Taktik beschließen muß, damit alle Genossen klar wissen, wie sie sich gegebenen Falles zu verhalten haben. Im Uebrigen wollen wir uns verpflichten, Alles daran zu setzen, um mit möglichst zahlreichen Stimmen und mit möglichst viel Mandaten aus dem nächsten Wahlkampfe als Sieger hervorzugehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Debatte wird eröffnet. Dieselbe erstreckt sich außer auf die Resolution Bebel (100) auf die Anträge 30, 41 und 90.

Diese Anträge finden die genügende Unterstützung, während die auf die Solinger Angelegenheit bezüglichen Anträge 39, 40 und 64 auf Vorschlag Singers einer Kommission, und zwar der Mandatsprüfungs-Kommission, die den mit den Verhältnissen vertrauten Genossen Gerisch hinzuzuziehen hat, überwiesen wird, nachdem ein Antrag Krumm-Gießen, über die die Solinger Angelegenheit betreffenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen, abgelehnt worden war.

Zu der Resolution Bebel ist von Katzenstein noch folgendes Amendement eingegangen:

In die Resolution ist aufzunehmen: 2g) Gegen jede Erhöhung des bestehenden Standes des Heeres oder der Marine. 2h) Gegen jede Aufhebung oder Einschränkung von Arbeiterschutz- oder Arbeiterversicherungs-Gesetzen oder -Verordnungen, außer in den unter a) angeführten Fällen.

Die Debatte wird eröffnet von **Schoenlank:** Zu den eigentlichen Referaten habe ich nur wenig hinzuzufügen. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Genossen darauf lenken, daß bei den nächsten Reichstagswahlen Tagesfragen in den Vordergrund treten, die eine endgiltige Auseinandersetzung zwischen konstitutionellem Verfassungsleben und absolutistischer Wirthschaft, zwischen parlamentarischer Verwaltung und persönlichem Regiment bedeuten; es handelt sich darum, ob das deutsche Volk sich den Zustand des Zickzackkurses und der Plötzlichkeiten weiter gefallen lassen will. Giebt das deutsche Volk eine bejahende Antwort hierauf, dann werden wir allerdings zu den vielen Ueberraschungen, die wir heute haben, noch andere bekommen. Es ist ein Charakteristikum unserer Zeit, daß das Bestreben, Stimmung zu machen für das, was bestimmte einflußreiche Personen wünschen, so deutlich zu Tage tritt. Noch niemals ist so unverschämt und offen der Staatsstreich gefordert worden wie jetzt. Ich erinnere daran, daß es nicht nur Dieser und Jener ist, der das thut, ich erinnere daran, daß Graf Mirbach im Herrenhause die Fürsten zum Verfassungsbruch aufgefordert hat; ich erinnere daran, daß sich der General Boguslawski für den Staatsstreich ausgesprochen hat und daß die „Grenzboten", ein von Beamten und für Beamte geschriebenes Blatt, rücksichtslos erklärt haben, man müsse den Staatsstreich wünschen. Ferner hat kürzlich ein bekannter, 1893 von den Hammersteinern abgesägter konservativer Führer, v. Helldorf-Bebra, in einer Abhandlung in der „Deutschen Revue", einem Blatte, das gerade in den einflußreichen herrschenden Kreisen Beachtung findet, sich dahin ausgesprochen, daß das allgemeine Wahlrecht ein ganz rohes System sei und daß es blos eine Frage der Zeit sei, wann man dies System beseitige. Wenn so offen der Konflikt heraufbeschworen und zum Staatsstreich provozirt wird, so muß man feststellen, daß die Leute, die das thun, damit nicht nur ihre Nichtsnutzigkeit, sondern auch ihre Tölpelhaftigkeit beweisen. Denn tölpelhaft ist es, solche Pläne offen zu Markt zu tragen; aber bei uns in Deutschland ist Alles möglich und deshalb muß man im Wahlkampf hervorheben, daß es sich jetzt darum handelt, ob diese Konfliktsgelüste sich in Thaten umsetzen sollen. Werden intelligente, einsichtige und energische Leute in den Reichstag gewählt, so wird es möglich sein, Ueberrumpelungen zu vermeiden. Dann ist es mit den Staatsstreichgelüsten vorbei. Deshalb muß im Reichstage eine konzentrirte Energie entfaltet werden, die jeden derartigen Versuch niederschlägt. — Eine andere Frage, die aufs Innigste damit zusammenhängt, ist die Flottenpolitik. Die Flottenpolitik wird das Hauptstichwort bei den nächsten Wahlen sein. Sie wissen ja, daß damit die Absicht verbunden wird, wenn der Reichstag es nicht gutwillig thut, über seinen Kopf hinweg die Sache zu machen. Man hat Herrn Tirpitz den zukünftigen Marine-Roon genannt, d. h. er soll auf dem Gebiet der Flotte das ausführen, was in den sechziger Jahren in Preußen Roon auf dem Gebiet der Heeresreorganisation gemacht hat. Das bedeutet den Konflikt, wenn nicht im Reichstage eine geschlossene Mehrheit zur

Unterdrückung derartiger Konfliktsgelüste vorhanden ist. Die Marinepolitik und der Kampf gegen das persönliche Regiment sind innig verbunden, sie hängen ursächlich zusammen und sie werden die Wahlparole sein.

Bedroht ist in der That das allgemeine Wahlrecht, über dessen Gefährlichkeit für die Bourgeoisie sich ja immer weitere Kreise des Bürgerthums, soweit sie nichts sind als Bourgeois, klar geworden sind. Deshalb wird der Wahlkampf nicht blos ein aktueller, sondern ein prinzipieller sein zwischen konstitutioneller Verfassung und absolutistischer Wirthschaft, zwischen Zickzack- und Jagdschloß-Kurs und einem bestimmten parlamentarischen System, das das Budget kontrollirt und nicht der Regierung oder Denen, die hinter ihr stehen, die Möglichkeit giebt, das System der Stumm, das System der Scharfmacher und Staatsstreichler, ins Leben zu rufen. Es gilt, den Kampf gegen die Staatsstreichpolitiker, gegen die Wasserpolitiker, gegen die Stumm, Mirbach und Genossen! Diesen Kampf zu führen, ist Aufgabe der Sozialdemokratie, und wenn wir mit der alten Energie vorgehen, so wird der Erfolg ein großer sein. Es kommt weniger darauf an, ob wir 20 oder 12 Abgeordnete mehr bekommen, es kommt darauf an, daß wir mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts eine Antwort geben gegen das persönliche Regiment, das heute offener als je zu Tage tritt ohne die ministeriellen Bekleidungsstücke. Für Staatsstreich-Gelüste giebt es immer Leute; hier ganz nahe bei, wenige Bahnstationen entfernt sitzt einer, der stets dafür zu haben ist, und nicht weit entfernt davon, in Altona, findet sich auch wohl der General für eine Straßenschlacht. Wir werden aber dafür sorgen, daß die Herren zu Hause bleiben und daß dem persönlichen Regiment endlich einmal so der Text gelesen wird, wie es sich gebührt in dem Zeitalter des sozialen Fortschritts, der Demokratie, der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr-Hamburg: Ich gebe Bebel Recht, es wäre eine Unklugheit, den Reichstag vor der Zeit aufzulösen. Aber seitdem Herr v. d. Recke bewiesen hat, daß das Sprichwort: Wem der Herr ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand, nicht immer zutrifft, muß man sich auch darauf gefaßt machen. Die Organisation muß deshalb so bestellt werden, daß wir nicht überrascht werden können. Wir können erwarten, daß viele Führer von uns unter irgend welchen Vorwänden in Untersuchungshaft kommen. Die Arbeit muß deshalb so eingerichtet werden, daß sie nicht allein auf den Schultern der Führer lastet. Die Massen müssen in Bewegung und Thätigkeit gesetzt werden. Hamburg bietet nach dieser Richtung ein Beispiel. Vor dem Sozialistengesetz hatten wir in Hamburg keinen einzigen Wahlkreis. Durch das Sozialistengesetz eroberten wir den ersten. Dann ging es mit den Ausweisungen los und wir eroberten auch die beiden anderen Hamburger Wahlkreise. Wir hatten eben die Massen in Thätigkeit gesetzt. Das muß jetzt die Vorarbeit sein. Dieser Weg muß unentwegt verfolgt werden, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben, denn dann haben wir Tausende von Agitatoren. Niemals ist so offen wie jetzt die Beutepolitik und Reaktion betrieben worden. Die Entscheidung gegen diese Beutepolitik und Reaktion muß schon am Wahltag durch die Wähler fallen. Der Protest der Wähler wird alle Staatsstreichgelüste zu Schanden machen. Bebels Resolution bitte ich möglichst unverändert anzunehmen; vielleicht könnte nur gesagt werden, daß unsere Genossen bei Stimmenenthaltung weiße Zettel abgeben. (Lebhafter Beifall.)

Freiwald-Niederbarnim: Ich muß mich gegen die Taktik verwahren, die Schippel vorhin entwickelte. Wenn diese Taktik platzgreifen sollte, dann wird der Kriegsminister sagen: wenn Ihr so verständig seid, dann könnt Ihr auch die Militärvorlagen bewilligen. Darüber muß morgen noch mehr gesprochen werden.

Windhoff-Düsseldorf beantragt, hinter dem Wort „sind" in Antrag 41 einzuschalten: „soweit die Möglichkeit vorhanden ist".

Scheidemann-Gießen: Bei den nächsten Wahlen wird es sicherlich zu einer fürchterlichen Abrechnung kommen; setzen Sie aber nicht Alles auf die politische Karte, sondern bedenken Sie beim Wahlkampf die wirthschaftlichen Interessen. Betonen Sie bei der Agitation auf dem Lande den zweiten Theil unseres Programms. Er enthält viele Punkte, die auf dem Lande Eindruck machen. Ferner ist die Forderung der Selbstverwaltung der Gemeinde von allergrößter Bedeutung, ebenso unsere Forderungen auf dem Gebiete des Schulwesens und der Rechtspflege. Die Genossen in den großen Städten können nur unsere Agitation auf dem Lande dadurch erleichtern, daß sie in ihren Aeußerungen recht vorsichtig sind. Es wäre taktisch richtiger, wenn die Parteipresse thörichte Aeußerungen über die Religion zum Beispiel nicht an die große Glocke hängen würde. Redner bittet, den Antrag 90 (Doppelkandidaturen) abzulehnen. In manchen Wahlkreisen geht es garnicht anders, als einen Kandidaten mit bekanntem Namen als Zählkandidaten aufzustellen.

Kohns-Essen: Die Vorwürfe, die Bebel gegen uns erhoben hat, weil wir in der Stichwahl für Genossen Krupp (Stürmische Heiterkeit) gestimmt haben, muß ich als richtig hinnehmen. Aber die Erbitterung gegen das Zentrum war in den Massen so groß, daß wir sie nicht mehr dämpfen konnten. Man sagte sich auch: Es ist nicht so arg, wenn wir Krupp in den Reichstag schicken; er wird dort von unseren Genossen in die Schur genommen werden. Jetzt wird so etwas nicht mehr geschehen. Wir haben den Zuchthäusler Schröder aufgestellt. (Bravo!) Unsere Stimmen werden ja alle ungiltig sein, aber wir können nicht anders. In der Erregung über seine Verurtheilung haben wir ihn seinerzeit aufgestellt. Der Zentrumskandidat wird wohl im ersten Wahlgang gewählt werden. Wenn eine andere Taktik richtig ist, möge man uns eine Richtschnur mitgeben. Sonst werden wir festhalten an unseren Zuchthäusler Schröder.

Die Weiterberathung wird um 7 Uhr Abends auf morgen vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 6. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Lesche.

Zum Antrag 90 ist ein Amendement Windhoff-Düsseldorf eingegangen, die Erklärung gegen die Doppelkandidaturen einzuschränken durch Hinzufügung der Worte:

„in solchen Wahlkreisen, wo die Möglichkeit vorhanden ist."

Knapp-Stettin beantragt, in Punkt 2 der Resolution Bebel zu sagen: „der sich schriftlich verpflichtet".

Patzer-Delmenhorst: Ich bitte Sie, Antrag 41 abzulehnen. Die Hauptforderung ist, daß der Kandidat ein erprobter Genosse ist, der nicht erst jung in der Bewegung ist. Ablehnen möchte ich auch den Antrag 90. Nicht sehr sympathisch ist mir der zweite Theil der Bebel'schen Resolution. Es werden sich stets skrupellose Gegner finden, die das vor der Stichwahl uns abgegebene Versprechen nachher nicht halten; die Ehrlosigkeit werden sie mit dem Interesse des Staates entschuldigen wollen. Zum Mindesten sollte man daher sich in der Resolution auf die links stehenden Oppositionsparteien beschränken.

Liebknecht-Berlin: In Bezug auf die Resolution habe ich sehr wenig dem hinzuzufügen, was Bebel gesagt hat; ich bin überzeugt, daß der Ernst der Lage jedem unserer Genossen klar wird. Bebel sagte vorgestern, wir kämen dem Berg immer näher. Dieser Berg ist nicht blos die endgiltige

Abrechnung mit dem Kapitalismus, er hat auch noch einige Vorberge, und einer dieser Vorberge ist der Verfassungskampf. Der Kampf, den andere Länder, England und Frankreich schon vor Jahrhunderten überstanden haben, wird auch Deutschland nicht erspart bleiben. In Deutschland ist die absolute Monarchie, das Königthum von Gottes Gnaden, niemals so vollständig beseitigt worden wie in Frankreich und England, weil wir infolge der eigenthümlichen historischen Entwickelung Deutschlands niemals ein Bürgerthum gehabt haben, das stark genug war, wirklich die bürgerliche Freiheit zu erkämpfen und zu wahren. So kommt es, daß die Sozialdemokratie die Doppelaufgabe des sozialen und politischen Emanzipationskampfes hat. Diesen doppelten Kampf gegen Kapitalismus und Absolutismus haben wir zu führen, und wenn jeder von uns sich dessen bewußt ist, so werden sich auch die Kräfte eines jeden verdoppeln. Wollen unsere Gegner die Entwickelung der Sozialdemokratie hindern, so müssen sie dem allgemeinen Wahlrecht zu Leibe gehen; die Feinde wollen dem Vordringen der Sozialdemokratie einen Damm entgegensetzen, und dazu bedarf es der Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts und das ist der Staatsstreich. Deshalb muß sich Jeder klar sein über die Bedeutung der nächsten Wahlen.

Der Resolution stimme ich bei, nur glaube ich allerdings, daß man sie in einzelnen Punkten etwas schärfer formuliren könnte. Der Ausdruck: „gegen jede Verschlechterung der bestehenden Preßgesetzgebung", ist z. B. änderungsbedürftig, denn bekanntlich wird jede Revision als eine Verbesserung bezeichnet. Gegen das Amendement, welches verlangt, daß die Kandidaten sich schriftlich verpflichten, wird Niemand etwas haben, obgleich einem Menschen, der uns mündlich belügt, auch eine schriftliche Lüge zuzutrauen ist. (Sehr richtig!) Dem Unfug der Doppelkandidaturen muß gesteuert werden. Wir sollten nicht einmal in „sogenannten aussichtslosen Kreisen" Doppelkandidaturen aufstellen, denn es ist ja niemals zu berechnen, wie eine Wahl ausfallen wird.

Der Punkt zu dem ich eigentlich sprechen wollte, ist der Antrag 41, welcher verlangt, daß in Kreisen mit überwiegend polnischer Bevölkerung nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die der deutschen und polnischen Sprache mächtig sind. Ich weiß nicht, ob es nothwendig ist, einen solchen Antrag ausdrücklich anzunehmen, aber der darin ausgesprochene Gedanke ist so unzweifelhaft richtig, daß es selbstverständlich ist; ich kann mir garnicht denken, wie es anders sein soll, als daß man nur einen Kandidaten nimmt, der auch mit seinen Wählern zu sprechen vermag. Ich bin überzeugt, daß der Kongreß sich in diesem Sinne aussprechen wird, selbst wenn der Antrag nicht formell zur Annahme gelangt. Mit der polnischen Frage ist es jetzt eine etwas eigenthümliche Sache. Es herrscht, wie ich leider gesehen habe, vielfach und hier und da auch in unseren Reihen eine gewisse Animosität gegen die Polen. Wir haben eine Anzahl von Parteigenossen, die außer sich gerathen, wenn von den unterdrückten sogenannten Griechen der Insel Kreta die Rede ist, die in Harnisch kommen, wenn man für die Armenier nicht aus dem Häuschen geräth, die sich aber den Polen gegenüber sehr kühl, ja geradezu animos verhalten. Wir nennen uns und wir sind international, aber das heißt doch nicht, daß wir die Rechte der Nationalität bestreiten; die Internationalität schließt ebensowenig die Nationalität aus wie der Sozialismus den Individualismus, d. h. die Entwickelung der Persönlichkeit ausschließt. Was Individualität des einzelnen Menschen in der Gesellschaft ist, das ist in der Menschheit die Individualität der Nationen. Daß das Nationalgefühl nicht dazu ausarten darf, daß sich eine Nation über die andere setzt, versteht sich für Sozialdemokraten von selbst. Wir wollen die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, wir haben in unserem Programm ausgesprochen, daß wir für gleiches Recht sind ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Wie wir es verurtheilen, daß man die Juden als untergeordnete Rasse betrachtet, wie wir es verurtheilen,

daß man die Franzosen als untergeordnetes Volk ansieht, so muß dieses auch unter allen Umständen den Polen gegenüber geschehen.

Die mitunter etwas ungerechte Stimmung gerade den Polen gegenüber erklärt sich aus der eigenartigen geschichtlichen Entwickelung. Heute ist Rußland der Schiedsrichter Europas und seit sechs Jahrzehnten ist es die Stütze und die Hoffnung der Reaktion. Preußische Junker, Stumm, die Agrarier, kurz alle Reaktionäre erblicken in Rußland den letzten Rückhalt. Wenn dieser fällt, wissen sie, sind sie dem Ansturm der westeuropäischen Kultur und dem Sozialismus hilflos preisgegeben. Und Polen ist der russischen Weltherrschaft das gefährlichste Hinderniß. Daher finden wir, daß besonders in Deutschland alle Organe, die unter dem Einfluß der Reaktion stehen, seit 50 Jahren gegen die Polen Stimmung zu machen suchen, daß sie den Gedanken einer Wiederherstellung Polens geradezu als einen verrückten hinstellen; und der Einfluß dieser systematischen Täuschung der öffentlichen Meinung in Bezug auf Polen macht sich naturgemäß auch bis in unsere Partei bemerkbar. Will man es den Polen verargen, wenn sie in den Wahlkampf auch als Polen eintreten wollen? Dürfen wir denn den Polen das Recht bestreiten, welches wir selbst in Anspruch nehmen? Wir betrachten die Franzosen als Brüder; wenn sie aber Deutschland zerreißen und theilen wollten, dann müßten wir sie als Feinde betrachten. Genau auf demselben Standpunkt den Mördern ihres Vaterlandes gegenüber haben die Polen das Recht zu stehen. Gleiches Recht für Alle; wer will den Polen das Recht bestreiten, sich als Nation zu organisiren? Daß sie gewaltsam unterdrückt sind, ist doch kein Beweis dafür, daß sie rechtlos sind, im Gegentheil, das legt uns die Pflicht auf, für sie einzutreten, damit das Unrecht wieder gut gemacht wird. Ich bin sicherlich keiner von Denen, die sich gern auf Autoritäten berufen, ich kenne aber einen Mann, von dem ich weiß, daß Jeder ihn als Autorität betrachtet. Den will ich reden lassen statt meiner, es ist Karl Marx. Ich war in diesem Sommer in London, und da hat die Tochter von Marx unter seinen Papieren eine ganze Anzahl höchst interessanter, für Marx selbst charakteristischer und für uns außerordentlich werthvoller Aktenstücke gefunden, u. A. auch die in englischer Sprache ausgearbeiteten Anweisungen für die Delegirten des Londoner Generalraths zu den internationalen Kongressen. Da ist auch ein merkwürdiges interessantes Schriftstück für den Baseler Kongreß für 1869 oder vielleicht, was sogar wahrscheinlicher ist, für den von Haag 1872. Da sagt Marx in Bezug auf die polnische Frage:

„a) Warum nehmen die Arbeiter Europa's diese Frage auf? In erster Linie, weil die Bourgeois-Schriftsteller und -Agitatoren sich verschworen haben, sie zu unterdrücken, obgleich sie alle Arten von Nationalitäten auf dem Kontinent patronisirten und sogar Irland. Woher diese Schweigsamkeit? Weil sowohl die Aristokraten als die Bourgeois die finstere asiatische Macht im Hintergrunde als das letzte Bollwerk gegen die vordringende Sturmfluth des Einflusses der Arbeiterklasse betrachten. Jene Macht kann erfolgreich nur unschädlich gemacht werden durch die Wiederherstellung Polens auf demokratischer Grundlage.

b) Bei der gegenwärtigen veränderten Lage Mitteleuropas und namentlich Deutschlands ist es mehr als je nothwendig, daß wir ein demokratisches Polen haben, da, ohne es Deutschland ein Anhängsel (outwork) der Heiligen Allianz, mit ihm der Bundesgenosse (cooperator) des republikanischen Frankreich sein wird; die Bewegung der Arbeiterklasse wird fortwährend unterbrochen, lahm gelegt und aufgehalten werden, bis diese große europäische Frage zur Ruhe gebracht ist.

c) Besonders ist es die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen, weil Deutschland eine der Mächte ist, die Polen getheilt haben.“

So hat Marx über die Polenfrage geurtheilt, der doch gewiß hoch über jedem Verdacht der Schwärmerei für eine Nationalität steht. Ich will heute nicht näher auf diese Frage eingehen, ich bitte Sie aber dafür zu sorgen, daß alle diese Eifersüchteleien, wie sie in dem Fall, der zu diesem Antrag geführt hat, stattgefunden haben zwischen deutschen und polnischen Parteigenossen, zur Ruhe kommen; ich will hoffen, daß Worte wie „die deutsche Kultur steht höher als die polnische" Worte, die sicherlich nicht so gemeint waren, als sie klangen, niemals wieder ausgesprochen werden in einem deutschen Arbeiterparlament. Was heißt es denn, die deutsche Kultur steht höher als die polnische? Vor Jahrhunderten schon haben die Polen die Gleichheit der Juden ausgesprochen, vor Jahrhunderten schon ist Polen neben Holland das einzige Land gewesen, in dem absolute Preßfreiheit bestanden hat, und gerade durch diese Freiheit ist Polen der Gegenstand des Hasses der übrigen Mächte geworden. Ich sage ja nicht, daß Polen in der allgemeinen Weltkultur das geleistet hat, was Deutschland geleistet hat, aber was ist denn die deutsche Kultur, welche in Preußen die Germanisirung betreibt? Der Gutsbesitzer, der die Peitsche in der Hand hat und seine Leute als Hunde bezeichnet, der preußische Beamte, der mit gezücktem Säbel durch die Massen zum Bahnhof stürzt, ist das Kultur? Für diese Kultur danke ich, sie ist eine Schande und Schmach für Deutschland. Dieser Kultur haben wir entgegenzutreten. Wir dürfen unter unseren polnischen Genossen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit für ebenso berechtigt halten wie die jeden anderen Volkes. Den Polen ist schweres Unrecht geschehen, und gerade wir deutschen Arbeiter sollten, wie Marx es gesagt, in erster Linie den Polen gegenüber gerecht sein! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer (zur Geschäftsordnung): Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen vorgestern die Mittheilung machte, es seien durch den Genossen Parvus Anträge eingeschickt, die wir, da sie durch den Vertrauensmann nicht unterzeichnet waren, nach unserem Organisations-Statut nicht berathen konnten. Einer Aufforderung, eventuell die Parvus'schen Anträge oder einen von ihnen zu übernehmen, ist von keinem der Delegirten nachgekommen worden. Damit war für uns die Sache zur Zeit erledigt. Heute bekomme ich nun ein Schreiben, wonach der Vertrauensmann des 5. sächsischen Wahlkreises Dresden-Altstadt, Genosse Messing, bestätigt, daß diese Anträge durch den Parteigenossen Parvus eingebracht seien. Nun brauchen wir, meine ich, nicht darüber zu streiten, ob die Einbringung von Anträgeu in Form eines Zeitungsartikels zulässig ist. Die Anträge a und b sind zum Bericht der Parteileitung, c bis l zum Berichte über die parlamentarische Thätigkeit gestellt. Die beiden Punkte unserer Tagesordnung sind aber bereits erledigt, wir sind also taktisch in der Unmöglichkeit, diese verspätet eingebrachten Anträge jetzt noch zu berathen. (Zustimmung.) Dagegen ist Antrag g zu den Reichstagswahlen gestellt und ich meine, wir dürfen Parvus sein Recht nicht beschränken. Antrag g lautet:

Der Parteitag wolle beschließen: Bei der Agitation für die nächsten Reichstagswahlen ist auf die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und die Aufhebung der Getreidezölle besonderes Gewicht zu legen.

Ich gebe also dem Vorsitzenden anheim, die Unterstützungsfrage zu stellen und falls sie bejaht wird, diesen Antrag nachträglich zur Berathung zu stellen.

Bebel: Ich möchte doch sehr stark bezweifeln, ob es geschäftsordnungsmäßig zulässig ist, daß im letzten Augenblick, mitten in unseren Berathungen auswärtige, nicht auf dem Parteitag anwesende Genossen in x-beliebigen Schreiben oder Drucksachen sich an uns wenden und uns hier zumuthen, daß wir jetzt im letzten Augenblick uns damit beschäftigen. (Sehr wahr!) Ich protestire gegen dieses Verfahren. (Lebhafter Beifall.) Der Antragsteller konnte seine Anträge ebensogut zur rechten Zeit einbringen wie jeder andere Genosse.

(Sehr wahr.) Ich protestire also dagegen, daß der Antrag zur Unterstützung gestellt wird.

Vorsitzender **Lesche**: Nach diesem Widerspruch werde ich den Antrag nicht zur Unterstützung stellen, sondern den Parteitag erst darüber abstimmen lassen.

Die Mehrheit erklärt bei der Abstimmung die Unterstützung für unzulässig. Damit ist der Antrag erledigt.

Knapp-Stettin: Wir müssen eine schriftliche Erklärung von dem gegnerischen Kandidaten verlangen, für den wir bei der Stichwahl eintreten. Das geschriebene Wort kann nicht bestritten werden. Ein Ehrenmann wird sich nicht weigern, eine schriftliche Erklärung abzugeben. Den Punkt f der Forderungen können wir streichen. Wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter wie Schippel schon Bedenken über unsere Steuerpolitik hegt, können wir ein solches Verlangen nicht an einen gegnerischen Kandidaten richten. Auch der Ausdruck „linksstehende" Parteien, den einzufügen vorgeschlagen wurde, ist nicht glücklich. Das Zentrum steht in einigen Fragen rechts, in anderen links.

Zubeil: Mit der Resolution Bebel kann man sich einverstanden erklären; aber eins muß mit aufgenommen werden, daß nämlich die gegnerischen Kandidaten, die wir bei der Stichwahl unterstützen, sich gegen jede Vermehrung des Heeres und der Marine erklären. Ob schriftlich oder mündlich, ist gleich. Die Gegner halten doch nicht, was sie versprechen. (Sehr richtig!) Der Standpunkt, den Genosse Schippel gestern hier vertreten hat, wird wohl nicht von vielen Delegirten gebilligt werden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Mit dieser Argumentation werden wir uns sehr schwer gegen eine Flottenvermehrung erklären können. (Sehr richtig!) In den heutigen Morgenblättern und in der „Kölnischen Zeitung" wird auseinandergesetzt, daß die Flotte vermehrt werden müsse, um unsere Ostseeküste zu schützen, die in ihrer langen Ausdehnung vom Landheer nicht gedeckt werden könne. Nach den Ausführungen Schippel's müßten wir Sozialdemokraten für die Vermehrung der Flotte eintreten, denn es wäre ja, wenn seine Ansicht richtig wäre, auch unsere Pflicht, nicht nur unsere Soldaten, sondern auch die zurückbleibenden alten Männer, Frauen und Kinder im Kriegsfalle nicht ohne Schutz zu lassen. Sicherlich kommt auch eine Vermehrung des Landheeres. In die Armee-Organisation passen die neuen Regimentern mit zwei Bataillonen garnicht hinein, sie werden bald in Regimenter mit drei Bataillonen verwandelt werden. Allen diesen Versuchen gegenüber muß sich unser ganzes Handeln und Agitiren gegen die Vermehrung des Heeres und der Flotte richten. (Zustimmung.)

Der Antrag 41 ist berechtigt. Für die Agitation ist es nicht förderlich, wenn in gemischt sprachlichen Gegenden Agitatoren geschickt werden, die nur einer Sprache mächtig sind. Es ist nicht angenehm, wenn die Kapläne in polnischer Sprache die Masse begeistern und man erfährt nur stückweise und ungenügend von einem daneben sitzenden polnischen Genossen, was sie eigentlich gesagt haben. Ein Kandidat in diesen Bezirken muß beide Sprachen beherrschen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß ich eine preußische, hamburgische, polnische oder mecklenburgische Sozialdemokratie will, aber auf dem Lande finden doch auch diejenigen unserer Agitatoren, die plattdeutsch sprechen können, mehr Anklang als wir Berliner, die wir nur hochdeutsch sprechen. (Heiterkeit.)

Morawski-Berlin: Die Hauptsache hat Genosse Liebknecht bereits gesagt. Pfannkuch und Winter haben behauptet, wir Polen hätten die Vereinbarung nicht gehalten und das Wort gebrochen. Eine Vereinbarung hat nie stattgefunden oder es war eine Vereinbarung wie die des Schafes mit dem Wolf. Gerisch, Pfannkuch und Förster hatten mit uns eine Besprechung und theilten uns ohne Weiteres mit, der und der Kandidat ist aufgestellt; den müßt Ihr akzeptiren, ob Ihr nun wollt oder nicht. Wir machten Einwendungen: es ginge doch nicht an, einen Kandidaten zu empfehlen, den die Wähler

garnicht verstehen. Es wurde uns erwidert, es ginge nicht anders; wenn wir nicht wollten, sollten wir thun, was wir nicht lassen konnten. Genosse Berfus meinte: Wenn Sie uns den Revolver auf die Brust setzen, dann müssen wir uns fügen. Ich hob den demokratischen Standpunkt hervor: die Wähler müßten doch wenigstens befragt werden. Da wurde uns direkt empfohlen, daß mehr germanisirt werden müsse. Ein polnischer Genosse rief: Wir sind aber Polen, da wurde uns von Gerisch zugerufen: Dann seid Ihr keine Sozialdemokraten, wenn Ihr Polen seid. Wir waren ganz sprachlos, als wir das hörten. Seit 25 Jahren haben wir doch Schulter an Schulter mit den deutschen Genossen gekämpft und den Standpunkt der Internationalität nie verlassen. Da blieb uns schließlich nichts anderes mehr übrig, als den Antrag 41 zu stellen. Mag der Parteitag nun entscheiden, ob wir uns Kandidaten oktroyiren lassen müssen, die sich mit ihren Wählern nicht verständigen können.

Der Streit mit Genossen Winter datirt seit Pfingsten. Den Anlaß gab der Widerspruch, den Genosse Legien in der österreichischen Generalkommission der Gewerkschaften gegen den Antrag erhoben hat, daß der Sekretär der Kommission deutsch und czechisch verstehen müsse. Die polnische Presse hat sich der Sache bemächtigt und uns Schwierigkeiten bereitet. Wir erwiderten, das sei nur die persönliche Ansicht eines einzelnen Genossen, nicht die der deutschen Sozialdemokratie. Winter ist nun nach Oberschlesien gegangen und hat in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" uns eine Marschroute geben wollen. Er hat die polnische Sprache nur als ein Mittel bezeichnet, die polnischen Genossen über den Sozialismus aufzuklären. In einem Briefe (den Redner stellenweise verliest) hat er sich für die Germanisation Oberschlesiens erklärt, die durch wirthschaftliche Ursachen veranlaßt werde. Wir haben ihn daraufhin zu den Hakatisten geworfen, aber für einen Spitzel haben wir ihn nicht erklärt. (Winter: Ja wohl!)

Es läuft ein von Zubeil und Genossen unterzeichnetes Amendement zur Resolution Bebel ein, das als Forderung an gegnerische Kandidaten verlangt, daß sie sich erklären

gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres und der Marine.

Lesche macht darauf aufmerksam, daß dieser Antrag sich mit dem Amendement Katzenstein decke und deshalb vielleicht zurückgezogen werden könne.

Mittag-Halle: Den Antrag 41 halte ich für überflüssig. Es muß doch jedem Wahlkreise überlassen werden, welchen Kandidaten er aufstellen will; wozu also erst den Parteitag damit befassen? Die Flugblätterfabrik in Berlin, von der aus bei den letzten Wahlen die Wahlkreise versorgt wurden, hat sich nicht recht bewährt, die Verhältnisse in den einzelnen Kreisen sind doch verschieden, nach einem Schema dürfen die Flugblätter also nicht angefertigt werden, sonst schaden sie mehr, als sie nützen. Die Resolution Bebel muß nothwendigerweise durch die Erklärung gegen jede weitere Heeres- und Marinebewilligungen ergänzt werden. Das ist um so nothwendiger nach den gestrigen Ausführungen des Genossen Schippel. Wo unsere Parole ist: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, da kommt der Genosse Schippel und ist sogar für Kanonen zu haben; so habe ich ihn wenigstens verstanden. Wir haben mit dem stehenden Heer garnichts zu thun; was Schippel da gesagt hat, war nur ein Spiel mit Worten. Von Schippel hat mich seine gestrige Haltung ganz besonders gewundert, da ich ihn doch früher zu meiner Freude auf der linken Seite der Partei gefunden habe; er hatte seiner Zeit einen frischen Zug in die Berliner Volks-Tribüne gebracht.

Peus: Auch ich halte die bevorstehenden Reichstagswahlen für wichtiger als alle, die wir hinter uns haben. Wir haben durch den Ausfall der Wahlen dafür zu sorgen, daß die Staatsstreichgelüste ein für alle Mal vor dem Willen des Volkes zerstieben und daß die Sozialreformgesetzgebung ausgebaut wird.

Heute werden wir ganz mit Recht so regiert, wir wir es verdienen, denn von 397 Abgeordneten sind erst 48 Sozialdemokraten. Sorgen wir, daß wir mehr werden und die Opposition überhaupt so ausfällt, daß die Regierung sich nicht mehr auf den Willen des Volkes berufen kann. —

Wenn der Standpunkt Schippel's, den er wohl etwas unüberlegt vorgetragen hat, richtig sein sollte, hätten wir dann ein Recht gehabt, gegen jenen 45 Millionen-Kredit für Kanonen zu stimmen? Das gegenwärtige System braucht den Krieg; wir sind prinzipiell gegen den Krieg. Wir wollen den vollen und ganzen Frieden. Wir müssen daran festhalten: Fort mit dem Krieg! Fort mit Allem, was die moderne wirthschaftliche Entwickelung behindert. Deshalb haben wir nicht dafür zu sorgen, die Soldaten mit Kanonen zu versorgen, damit sie nicht so gefährdet sind, sondern wir haben dafür zu sorgen, daß sie überhaupt nicht mehr dieser Gefahr ausgesetzt sind.

Bei der Agitation müssen wir mehr Gewicht legen auf unsere positiven Forderungen. Der Begriff der Revolution ist im Volke noch nicht mit der nöthigen Klarheit erfaßt. Wir dürfen kein großes Gewicht legen auf Versammlungen, die in einem Kreise, in dem noch garnicht agitirt war, im letzten Augenblick vor der Wahl abgehalten werden. Das Wichtigste ist die Organisation.

Die Resolution Bebel bitte ich, so wie sie von ihm gestellt ist, ohne Zusätze anzunehmen. Den Antrag 90 ersuche ich abzulehnen. Gewisse Orte müssen sich mit einer Doppelkandidatur behelfen, wenn sie sich nicht eine unwirksame Kandidatur aufstellen wollen.

Ein von Besing-Bremen gestellter Schlußantrag wird von Freiwald-Nieder-Barnim bekämpft. Die Schippel'schen Ausführungen seien noch nicht erledigt. Es müsse von der Fraktion verlangt werden, sich zu erklären, wie sie zu Schippel's Anschauung stehe. (Lebhafter Beifall.)

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Frau **Greifenberg**: Unser Programm fordert das allgemeine Wahlrecht auch für die Frauen. Seit den letzten Wahlen ist die Agitation dafür aber sehr vernachlässigt worden. Man will dem Proletariat sein winziges Wahlrecht noch schmälern; legen wir dem gegenüber auf eine Erweiterung des Wahlrechts Gewicht und sorgen wir dafür, daß die Frauen das Wahlrecht bekommen. Sie wissen, welchen Einfluß die Frauen auf die Männer haben. Es ist nothwendig, den Frauen vor Augen zu führen, wie nothwendig es ist, die säumigen Männer zur Wahlurne heranzuschleppen. Laßt die Frauen nicht mehr so zurück wie bisher.

Schade-Halle: Auf die Sprachenkenntniß muß man in den polnischen Bezirken das größte Gewicht legen. Die Haupterfolge bei den Wahlen werden durch die persönliche Agitation erzielt, und es ist geradezu unverantwortlich, Genossen in jene Kreise zu schicken, die des Polnischen nicht mächtig sind. Die Aufnahme der Forderung in die Resolution Bebel, gegen jede militärische Bewilligung zu stimmen, halte ich für nöthig. Doppelkandidaturen müssen unbedingt untersagt werden: es finden sich in jedem Kreis geeignete Kandidaten.

Vorsitzender **Lesche**: Genosse Schippel läßt anfragen, ob der Parteitag damit einverstanden ist, daß ich ihm außer der Reihe zu einer kurzen Berichtigung das Wort ertheile. — Der Parteitag ist damit einverstanden.

Schippel: Man hat meine Worte von gestern wohl mißverstanden. (Rufe: Aha! und Gelächter.) Ich habe gestern ganz kurz hervorgehoben, daß die Fraktion einstimmig gegen die Militärkredite im Reichstag gestimmt hat. Ich selber bin nicht dafür eingetreten, sie zu bewilligen: ich habe auch nicht die Absicht gehabt, hier irgend welche Stimmung für künftige Bewilligungen zu machen. Ich habe es nur als meinen persönlichen Standpunkt hervorgehoben, daß ich es in einer so zwickmühlenartigen Lage nicht für unwürdig gehalten habe, daß in der Fraktion und der Oeffentlichkeit kein großes Aufhebens davon

gemacht wurde. Ich habe einfach die Sachlage geschildert, wie sie liegt. Die Soldaten sind bewilligt, die Formationen und Alles ist bewilligt; wir können das nicht ändern, wir haben es nicht in unseren Händen. Gewiß, Genosse Peus mag Recht haben, die heutige Regierung lebt vom Kriege, wir müssen immer mit der Möglichkeit eines Krieges rechnen. Ist man in einer solchen Lage, kann man die Kriege nicht verhindern, da kann man doch nicht unseren Soldaten schlechte Flinten, schlechte Kanonen geben. (Gelächter und Zustimmung.) Der Fraktion kann man aus meiner persönlichen Ansicht keinen Vorwurf machen. Wenn das militaristische System zu einem Kriege treibt, den wir nicht verhindern können, wenn wir eine Niederlage erleiden, und wenn dann das Blut unserer deutschen Arbeiterklasse doppelt geflossen ist, ich glaube, wir Alle würden dann der Regierung den Vorwurf gemacht haben, daß sie nicht zur rechten Zeit eingegriffen hat. (Gelächter und Zustimmung.) Ich bitte also streng zu unterscheiden: die Fraktion hat dagegen gestimmt, sie hat gegen die erste Rate gestimmt und wird gegen die künftigen Raten stimmen. Ich habe nur hervorgehoben, daß es richtig war, kein Aufheben in der Oeffentlichkeit zu machen.

Metzner-Berlin: Wohl Keiner verkennt die Wichtigkeit der kommenden Reichstagswahlen. Daher ist die Vorlegung von Mindestforderungen an die Kandidaten, die wir bei den Stichwahlen unterstützen sollen, überaus nothwendig. Ich wünsche auch die Aufnahme der Verpflichtung, gegen Forderungen für Heer und Marine zu stimmen. Eine schriftliche Verpflichtung würde, wenn sie auch ebenso gebrochen werden kann wie eine mündliche, doch einen Werth insofern haben, als man sie jederzeit dem Betreffenden unter die Augen halten könnte. Es ist hervorgehoben worden, daß die Gefahr vorliegt, daß uns das Wahlrecht genommen werden und wir genöthigt sein könnten, es erst wieder durch die gewerkschaftliche Bewegung zu erkämpfen, daß also das Hauptgewicht auf die gewerkschaftliche Organisation gelegt werden müsse. Die gewerkschaftliche Bewegung ist doch nur dann von wirklichem Nutzen, wenn dafür gesorgt wird, daß die Erfolge der gewerkschaftlichen Kämpfe durch die Gesetzgebung festgelegt werden. Dazu ist aber der politische Kampf und die politische Organisation die Hauptsache.

Sindermann-Dresden: Ich bitte Sie, den Antrag wegen der Doppelkandidaturen anzunehmen, sie müssen auf jeden Fall vermieden werden. Die Resolution Bebel reicht völlig aus. Die Parvus'schen Anträge sind vollkommen überflüssig. Der Parteitag ist nicht dazu da, nach dem Taktstock eines einzelnen Schulmeisters zu tanzen. Da geht der Ehrgeiz so weit, daß man die ganze Partei leiten möchte. Aber in der Schreibstube nehmen sich die Dinge anders aus, als draußen bei der Agitation. Die Parvus'schen Anträge sind garnicht neu. Schon seit 20 Jahren werden sie von unserer Fraktion gefordert. (Sehr richtig!) — Schippel hat sich mit seiner zweiten Ausführung gewaltig hineingeritten. Wir können doch nicht deswegen neue Kanonen bewilligen, weil Soldaten existiren, sonst müßte die Fraktion regelmäßig, wenn neue Waffen erfunden werden, ihre Einführung in der deutschen Armee verlangen. Soweit treibt man es, wenn man eine derartige Taktik empfiehlt. Wir müssen dagegen protestiren (sehr richtig!), sonst können wir das Schauspiel erleben, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft kein Vertrauen mehr zur Sozialdemokratie hat, weil wir unseren ganzen revolutionären Charakter verlieren. (Lebhafter Beifall.)

Auer: Es ist vorhin das Wort gefallen, daß mit Schippel Abrechnung gehalten werden muß und der letzte Redner hat sich in ähnlichem Sinne ausgedrückt. Da fühle ich mich verpflichtet, offen und frei zu erklären, daß, wenn wegen der Aeußerung, die Schippel gethan hat — ob er sich geschickt ausgedrückt hat, ist eine andere Frage —, wenn aber wegen dessen, was Schippel gemeint hat und nur meinen konnte, Abrechnung gehalten werden soll, daß dann nicht mit ihm allein, sondern mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen

und zwar mit Parteigenossen wie Bebel und Liebknecht und auch mit meiner Person Abrechnung gehalten werden muß. (Hört! hört!) Ich glaube, Sie befinden sich in einem Mißverständniß, mag sein, weil Schippel nicht das richtige Wort gefunden hat. Der letzte Redner spricht davon, daß Schippel die Kanonen bewilligt hat und daß er die Schießprügel bewilligen will. Wo hat Schippel auch nur mit einem Wort das gesagt. Er hat ausdrücklich erklärt, auch wieder in seiner letzten Rede: Wir haben es abgelehnt, weil wir grundsätzliche Gegner des Systems sind, aber wir haben nicht geglaubt, daß diese Frage der Bewilligung, die sich in der wahnsinnigen Entwickelung, die der Militarismus unter den europäischen Kulturstaaten angenommen hat, nothwendig macht seitens der Vertreter dieses Systems, zu denen wir nicht gehören — wir haben nicht geglaubt, daß diese Angelegenheit eine solche sei, bei der eine besondere Agitation angebracht sei. Man kann diese seitens des Militarismus für nothwendig erachtete Ausgabe von Hunderten von Millionen für neue Kanonen gewiß zur Kennzeichnung des Wahnsinns dieses Systems benutzen, man kann den Militarismus an diesem Beispiel aufs Neue verurtheilen und kann sich doch vielleicht der Thatsache nicht entschlagen, daß Diejenigen, die einmal für den Militarismus eintraten und unter den heutigen Verhältnissen die Verantwortung tragen, diese Summe bewilligen müssen. Wir sind dagegen, weil wir grundsätzliche Gegner des Militarismus sind. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß es angebracht war, um der Kanonen Willen eine besondere Agitation zu entfalten. Das hat Schippel sagen wollen, das hat er nur sagen können. Und ist denn dieser Standpunkt so neu in der Partei? Ich habe vorhin Bebel und Liebknecht genannt. Erinnern Sie sich an die Verhandlungen des Parteitages in Halle, wo seitens des Führers der Unabhängigen unserem Genossen Bebel genau derselbe Vorwurf gemacht wurde; und was hat Bebel darauf geantwortet? Es ist nothwendig, daß daran erinnert wird. Er sagte nach dem Protokoll:

„Wenn Ihr aber einmal diese stehenden Heere für nothwendig haltet, dann trefft wenigstens Einrichtungen, daß der aus den ungeheuren Verbesserungen in der Technik der Kriegführung entspringenden Massenhinschlachtung nach Möglichkeit gesteuert wird. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei der Anwendung des rauchlosen Pulvers und der gegen früher ungeheuren, gesteigerten Treffsicherheit der Gewehre die jetzigen Uniformen mit ihren blitzenden Metallknöpfen und grellen Farben ein geradezu Verderben bringendes Zielobjekt für die Feinde seien. Müßten sich unsere Brüder, Söhne und Väter schon einmal auf das Schlachtfeld schleppen lassen, dann kleide man sie wenigstens so, daß sie nicht geradezu das Auge der feindlichen Schützen herausfordern. Und nun frage ich Euch Alle, die Ihr verpflichtet seid, gegen den auswärtigen Feind die Waffen zu tragen: als Liniensoldaten, Reservisten, Landwehrmänner oder Landsturm, wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine bequeme Zielscheibe für die Feinde werdet, habe ich damit irgend etwas gethan, was vom Parteistandpunkt aus verwerflich wäre? (Rufe: nein!) Wenn ich aber weiter erklärte, ich bin bereit, die Mittel für weniger sichtbare Uniformstücke zu bewilligen, dann habe ich damit nichts weiter gethan, als meine Bereitwilligkeit ausgedrückt, dafür zu sorgen, daß im nächsten Kriege nicht Zehntausende unserer eigenen Genossen durch die Ungeschicklichkeit unserer Militärverwaltung zwecklos auf die Schlachtbank geführt werden. Ich habe die Genugthuung gehabt, daß jetzt nach den Manövern in allen Zeitungen und Militärblättern diese Frage erörtert wird. Es wird da ausgeführt, daß es mit der bisherigen farbenschillernden Montirung nicht mehr geht, wenn unsere Soldaten vor der massenhaften Hinschlachtung bewahrt bleiben sollen. Nie in meinem Leben habe ich in einer Frage ein besseres Gewissen gehabt wie in dieser."

Und diese Worte erfreuten sich des lebhaften Beifalls der Delegirten. Wenn Bebel sagt, er sei bereit, die Mittel zu bewilligen, um unsere Brüder davor zu schützen, daß sie den feindlichen Geschossen als Zielobjekte schon durch ihre äußere Erscheinung dienen, ist das in der Sache nicht schließlich dasselbe? (Rufe: Nein! nein!) Selbstverständlich ist es für Sie nicht dasselbe. Das weiß ich, deshalb habe ich ja gerade diese Frage aufgeworfen. Wenn das für Sie nicht dasselbe ist, dann könnten Sie ja auch die Soldaten mit Stöcken ausgerüstet ins Feld schicken. (Widerspruch.) Wir sind prinzipielle Gegner des Krieges, wir können ihn aber nicht verhindern, wir müssen mit der Eventualität rechnen, daß es gegen unseren Willen zum Kriege kommt. Zum entscheidenden Punkt unseres Angriffs auf den Militarismus können wir diese Angelegenheit nicht machen, das ist nicht der Punkt, wo die Agitation einsetzen kann. Sollen wir uns in nächster Session, wo diese Frage zur Entscheidung kommt, etwa auch dagegen wehren, daß unsere Soldaten warmes Abendbrod bekommen, was auch eine Vermehrung des Militärbudgets im Gefolge hat. Aber weiter, wir sind Gegner des Krieges, und doch haben unsere Führer auch mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet und darauf bezügliche offizielle Erklärungen abgegeben. Es läßt sich allerdings eine Möglichkeit denken, in der wir auch für den Krieg eintreten und ihn für absolut nothwendig halten. (Sehr richtig!) Ich erinnere nur an die Aeußerungen von Bebel und Liebknecht im Reichstage über die Möglichkeit, daß es dazu kommen kann, gegen den Feind aus dem Osten, gegen die Barbarei, gegen den russischen Zarismus und seine Eroberungsgelüste in den Krieg einzutreten. Diese Erklärungen wurden abgegeben unter dem Beifallssturm der gesammten Fraktion. Wollen Sie denn, daß dieser Krieg ev. geführt werden soll mit Kanonen, die von allen übrigen Staaten, Rußland mit eingeschlossen, längst überholt sind? Eine ungemein interessante Erklärung hat in dieser Beziehung **Liebknecht** schon 1868 auf dem Nürnberger Arbeitertage abgegeben. Er sagt da:

„Einer der Vorredner" — es war der alte Ladendorf — „hat für die allgemeine Entwaffnung gesprochen. Auch ich bin dafür. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Rußlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gekehrte Haupt abgeschlagen, haben wir an Polen die Verbrechen unserer Fürsten, namentlich des treulosen und undeutschesten unter ihnen, Friedrichs des — „Großen", wie die Geschichtsfälscher ihn nennen, gesühnt, ist der Despotismus aus seinem letzten Schlupfwinkel vertrieben, **dann**, aber auch erst **dann** können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: „Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger!"

Ja wohl, Parteigenossen, auch wir verlangen Waffen. Wird das Milizsystem eingeführt, so müssen wir doch auch Waffen haben. Ueberblicken wir also die Dinge ruhig, verschieben wir nicht den Standpunkt und unterstellen wir Schippel nicht etwas, was er nicht gesagt hat. Schippel hat ausdrücklich den prinzipiellen Standpunkt festgehalten, daß wir als grundsätzliche Gegner des Militarismus und der heute herrschenden Staatsgewalt nichts bewilligen können. Wenn Sie hieran festhalten und sich die Sache ruhig überlegen, so habe ich nicht die geringste Furcht, wie die in Aussicht gestellte Abrechnung ausfallen wird. (Beifall und lebhafter Widerspruch.)

Ullenbaum-Elberfeld verzichtet aufs Wort.

Färber-Braunschweig erklärt sich gegen die Annahme desjenigen Amendements zur Bebel'schen Resolution, das von den Gegnern, die bei der Stichwahl auf die Stimmen der Sozialdemokraten rechnen, das Eintreten für die Arbeiterschutz-Gesetzgebung verlangt. Die nächsten Wahlen stehen unter dem Zeichen der Auseinandersetzung zwischen Konstitutionalismus und Absolutismus. Sollen wir bei einer eventuellen Stichwahl zwischen dem Manchestermann Richter und einem Reaktionär durch Stimmenthaltung für die Wahl des Letzteren mitschuldig werden, weil Richter sich nicht verpflichten würde, für die Arbeiterschutz-Gesetzgebung einzutreten?

Weinheber-Hamburg bittet, bei der Landagitation nicht durch unvorsichtige Aeußerungen über Religion jahrelange Arbeit zu zerstören und die Leute auf einander zu hetzen, wie es eine Hamburger Genossin in Schleswig-Holstein gethan hat.

Katzenstein-Mainz: Von entscheidender Bedeutung für den Ausfall der nächsten Wahlen wird das Verhalten unserer Reichstags-Fraktion in der nächsten Session sein. Wir haben ja nun allerdings keinen Grund, irgendwie mit unserem Vertrauen zu der Fraktion zurückzuhalten. Ich möchte aber doch bitten, in den nächsten Monaten gerade die prinziellen Fragen, auch die uns von der bürgerlichen Opposition scheiden, in den Vordergrund zu stellen. Es wird das Schlagwort ausgegeben, es handele sich um eine Abrechnung zwischen Konstitutionalismus und Absolutismus. Es handelt sich um viel mehr. Wir wissen, daß die, die jetzt unzufrieden sind, im entscheidenden Augenblick doch für den Absolutismus und alle diese Dinge zu haben sein werden. Darum dürfen wir uns um sie nicht kümmern. Wir haben es ja erlebt: unsere österreichischen Genossen, eine kleine Fraktion, haben im Parlamente sehr bald die Führung der Opposition übernommen. In einer Frage von so entscheidender Wichtigkeit, wie der des Vereinsgesetzes, haben wir es dagegen erlebt, daß wir hinter der Front zurückgeblieben sind, daß die führende Stellung zweifellos Eugen Richter gehabt hat. Liebknecht, Bebel, Vollmar, Auer haben sich zurückgehalten, und Singer, der hat die Sache vertreten mit einer guten Versammlungsrede will ich sagen, mit der Routine eines geübten Parlamentariers, nicht aber von großen Gesichtspunkten aus, wie sie der Sozialdemokratie würdig sind. Diese großen Gesichtspunkte möchte ich Ihnen empfehlen. Und für die Frage der Wahlagitation möchte ich auf die Nothwendigkeit hinweisen, den Angriff gegen das System zu richten. Es wird von dem Versprechen Hohenlohe's gesprochen.

Vorsitzender **Lesche**: Punkt 2 der Tagesordnung steht nicht mehr zur Berathung. Wir sind bei den Reichstagswahlen.

Katzenstein: Es muß bei der Wahlagitation betont werden, daß es sich nicht blos um ein Versprechen des Reichskanzlers handelt, sondern um das Versprechen der Fürsten. Ich finde es auch nicht richtig, daß Bebel in seiner Rede über den Majestätsbeleidigungsparagraphen, als ihn der Präsident unterbrach, erklärte, er hätte ja keinen Namen genannt. Eugen Richter hätte das nicht gethan. Und was den Staatsstreich betrifft, so ist unsere Stellung, daß, wer die Gesetze verletzt, außerhalb des Gesetzes steht, daß, wer den Staatsstreich will, vogelfrei ist. Dieser Standpunkt muß festgehalten werden.

Die Annahme meines Antrages zur Resolution Bebel ist nothwendig; wie er hineingefügt wird, will ich gern Bebel überlassen. Die Resolution scheint mir auf die Herren vom Freisinn zugespitzt zu sein. Die sind aber nicht nur waschechte Manchestermänner, sie sind außerdem sehr auf unsere Unterstützung angewiesen. In der Frage der Heeresbewilligungen müssen wir die Kandidaten der bürgerlichen Oppositionsparteien, und ich möchte fast auch sagen, unsere Abgeordneten (Heiterkeit) festlegen. Die Auffassung Auer's führt in ihrer Konsequenz nicht dazu, daß wir ablehnen, sondern daß wir bewilligen. (Sehr wahr!) Wenn Auer einen Ausspruch Liebknechts von vor 30 Jahren zitirt hat, so wird

Liebknecht, den ich verehre, es mir nicht verübeln, wenn ich sage, daß war etwas revolutionäre Romantik von 48; da glaubte man noch an eine derartige Kriegsführung. Wenn wir erst das Milizsystem haben, dann können wir das machen; jetzt stehen andere Forderungen im Vordergrund. Wir haben mit dem heutigen Militärsystem nichts zu thun. (Lebhafter Beifoll.) Der Krieg, ob er gegen Frankreich, ob er gegen Rußland geführt wird, er richtet sich in letzter Linie gegen das arbeitende Volk (lebhafter Beifall), und dem müssen wir entgegentreten. Wer die Aktionsfähigkeit der Armee stärkt, stärkt den Kampf gegen das Proletariat, und das müssen wir ablehnen.

Nun die Polendebatte. Da sage ich: Wir wollen keinen national-polnischen Sozialismus, aber auch keinen national-deutschen Sozialismus, wie ihn Pfannkuch vertreten hat. (Beifall.)

Wir müssen unsere Kraft das nächste Mal zusammenfassen wie noch nie. Wir müssen die bürgerliche Opposition schärfen, sie ins Feuer nehmen wie noch nie. Die Majorität werden wir ja nicht bekommen, auch nicht mit der bürgerlichen Opposition. Aber worauf es ankommt, ist, daß wir feststehen wie die Mauern; dann werden wir der Sturm sein, der die Herren hinwegbläst. (Lebhafter Beifall.)

Hoffmann-Berlin: Ich habe, obwohl Niemand über meine Stellung zur Religion im Zweifel ist, in einem Landbezirke große Erfolge gehabt. Es kommt eben auf die Geschicklichkeit an. Antrag 90 bitte ich anzunehmen. Wir haben nicht zu wenig, sondern zu viel Kandidaten, daher die vielen Streitigkeiten. Ein Kreis bleibt so lange aussichtslos, als nur ein Zählkandidat aufgestellt wird. Haben dann die einfachen Genossen gearbeitet und den Kreis so weit gebracht, daß ein sozialdemokratischer Kandidat Aussicht hat, dann kommen die Herren Doktoren und Akademiker und übernehmen die Kandidatur. (Heiterkeit.) Ich habe nichts gegen sie, ich heiße sie herzlich willkommen, aber es sollen ihnen Kreise übergeben werden, die sie selber erst erobern sollen, nicht daß wir ihnen ein fertig gemachtes Bett übergeben und zu Ihnen sagen: Nun sei so gut und lege Dich hinein. (Große Heiterkeit.) Glauben Sie mir, ich spreche im Sinne der großen Masse, wenn ich das fordere. Auer hat meine Worte über die Abrechnung mit Schippel sehr tragisch genommen. Mit einem Standpunkte wie dem des Genossen Schippel werden Sie wenig Anhänger finden. (Sehr richtig!) Auer hat mit anderen Worten, blos geschickter, dasselbe wie Schippel gesagt. Auer — der war schlauer (Heiterkeit), aber im Grunde sagt er dasselbe. Wir können vom Standpunkt Schippels aus auch den uferlosen Flottenplänen nicht widersprechen, denn es sind ja auch Marinesoldaten da, die auf neuen Schiffen besser geschützt sind als auf alten. So läßt sich eben Alles motiviren! (Sehr richtig!) Da kann man auch sagen: die Fraktion muß für das Budget stimmen (Widerspruch), denn der Staat hat ja eine Menge Beamten und die dürfen wir doch nicht verhungern lassen. Dazu kommt noch eins: Schippel hat sich unter Umständen auch für die Erhaltuug der Schutzzölle gegen ein anderes Schutzzolland ausgesprochen. Auf dieser schiefen Ebene rutschen wir immer mehr hinab. Durch solche Dinge erhalten nur die Elemente neue Nahrung, die die Massen von der Nutzlosigkeit des Parlamentarismus überzeugen wollen. Vergegenwärtigen Sie sich, wie Genosse Schippel früher war und wie er heute dasteht. Als er in die Fraktion kam, da dachten die Genossen, daß er Nägel unter den Schuhen und Eisen unter den Absätzen haben würde. (Heiterkeit.) Jetzt aber geht er in Lackstiefeln herum (Große Heiterkeit) — ich spreche selbstverständlich nur bildlich — während Andere, wenn sie auch nicht radikal sind, doch wenigstens noch in guten Kalbs- oder Rindsleder-Stiefeln auftreten. (Heiterkeit.) Schippel, der früher so radikal war, daß er vor der Gefahr stand, zu den Unabhängigen gerechnet zu werden, hat sich in einer Weise entwickelt, daß ich wohl im Sinne der meisten Berliner sagen kann: Max, uns graut vor Dir! (Große Heiterkeit und Beifall.)

Stücklen-Hof: Unsere Führer, die im Parlament sitzen, sollten bei ihren Aeußerungen etwas vorsichtiger sein. Bei jeder Wahl wird uns der von Bebel zitirte Vers vorgehalten: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen“. Das schadet uns namentlich bei den Bauern. Wenn wir dann noch wenigstens hinzufügen: „bis daß die Schoten platzen“, und ihnen sagen, daß nur des Reimes wegen das Wort „Spatzen“ gewählt ist, so geht es noch an. (Heiterkeit.) Für die Agitation auf dem Lande sind nur solche Genossen geeignet, die mit dem Bauer selbst leben und mit ihm denken und fühlen. Der Antrag betr. die Doppelkandidaturen geht nicht an. Sie haben ja gestern gehört, daß Bebel in Wetzlar aufgestellt ist, er hat also schon eine Doppelkandidatur. Die Genossen in Wetzlar würden ja auch einen anderen Kandidaten finden, aber sie sagen sich, Bebel erhält mehr Stimmen als ein unbekannter Mensch. Allerdings in Wahlkreisen, die sicher sind, sollten wir von Doppelkandidaturen absehen, um eine Nachwahl zu vermeiden. Es heißt, wir haben genug Kandidaten für alle Kreise. Das haben die Berliner gesagt, die würden uns schon Kandidaten für ganz Deutschland schicken, aber die Berliner Kandidaten sind auch danach. (Heiterkeit.) Wir in Bayern würden uns schön bedanken, wenn man uns einen Berliner aufoktroyiren wollte. Zubeil ist der erste Berliner, der bescheiden aufgetreten ist; den sollte man eigentlich in's Panoptikum schicken. (Heiterkeit.) Für die überzeugten Genossen bleibt es sich gleich, wer aufgestellt ist, sie geben dem Sozialdemokraten ihre Stimme. Aber wir dürfen nicht allein auf die Stimmen der Genossen rechnen, sondern auch auf die der Massen. Die Ausführungen Auer's in Bezug auf die Taktik kann ich ganz unterschreiben, und der größte Theil der Genossen Deutschlands ist wohl damit einverstanden. (Widerspruch.) Von den vorliegenden Anträgen bitte ich den, der die Doppelkandidaturen verbietet, abzulehnen, damit den befähigten Genossen ein größeres Feld ihrer ersprießlichen Thätigkeit gegeben werden kann. Den Antrag, der die Herausgabe einer Agitations-Broschüre für die Reichstagswahlen beabsichtigt, bitte ich anzunehmen. (Beifall.)

Lesche fragt den Parteitag, ob jetzt die Debatte geschlossen und dem Referenten das Schlußwort ertheilt werden soll, damit dieser Punkt der Tagesordnung noch vor der Mittagspause erledigt werden kann.

Die Abstimmung über diesen Vorschlag bleibt zweifelhaft, es wird also in der Diskussion fortgefahren.

Hengsbach-Köln: Ich kann mich unter keinen Umständen auf den Standpunkt Auer's und Schippel's stellen. Diese geistige Mauserung billige ich nicht, und ich hoffe, daß das Gros der Genossen sich mir anschließt. (Sehr richtig!) Der Vergleich mit der Bebel'schen Rede in Halle trifft nicht zu, denn dort hat sich Bebel für einen Antrag ausgesprochen, der die Militärlasten vermindert, hier aber handelt es sich um eine Vermehrung der Ausgaben. (Sehr richtig!) Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Wenn wir diesen verbesserten Mordwaffen das Wort reden, so erkennen wir damit ihre Berechtigung an und vergessen, daß sich die Waffen auch gegen unseren Bruder im französischen Waffenrock richten können. Wo bleibt da die internationale Arbeiterpartei? Das warme Abendbrod für die Soldaten ist doch etwas ganz anderes, das können wir bewilligen, aber nicht die Kanonen. Von den vorliegenden Amendements stimme ich dem Katzenstein'schen zu. Besonders vorsichtig brauchen wir in unseren Aeußerungen bei der Agitation nicht zu sein, wir sollen uns einfach an das Programm halten und das, was wir fordern, klar und offen vertreten, auch in Bezug auf die Religion.

Winter-Königshütte erklärt sich gegen den Antrag betr. die polnische Kandidatenfrage. Kühn in Langenbielau wollte einen Bergarbeiter nach Oberschlesien geschickt wissen, weil die Polen zu sehr nationalpolnische Tendenzen verfolgen. Ich wollte Oberschlesien selbst entscheiden lassen. Daß Sachse in

zwei Kreisen aufgestellt war, war ein Fehler, die Polen wurden dadurch erbittert. Die Angelegenheit wurde in Berlin beigelegt, dann aber neu aufgerührt. Nicht allgemein politische Gesichtspunkte, wie Liebknecht es will, haben zu entscheiden, sondern die Verhältnisse Oberschlesiens. Es liegt keine Nothwendigkeit vor, polnisch bei der Agitation zu reden, da die Polen deutsch verstehen. Die wirthschaftliche Germanisirung ist thatsächlich etwas Gutes, alle Deutschen, die als tüchtigere Arbeiter hinkommen, und auch die Polen, die weiter kommen wollen, stehen thatsächlich auf unserem Standpunkte. In dieser Beziehung hat auch Rosa Luxemburg in der „Neuen Zeit" völlig recht; wir wären für einen polnischen Kandidaten, wenn wir eine geeignete Person hätten.

Von Genosse **Sindermann**, **Reichelt** und Genossen wird Resolution 101 zu Punkt 10 der Tagesordnung eingebracht.

Liebknecht: Zunächst möchte ich zu dem polnischen Antrag zur Vermeidung von Mißverständnissen noch einige Worte sagen. Stets hat unsere Partei die Gleichberechtigung der Polen anerkannt; wo es ging, sind immer in vorwiegend polnischen Kreisen Kandidaten aufgestellt worden, die beide Sprachen beherrschen. Ich möchte die polnischen Genossen bitten, Angesichts der allseitig freundlichen Stimmung, die sie hier gefunden haben, ihre an sich ja selbstverständliche Forderung zurückzuziehen. Wenn, wie mir privatim mitgetheilt ist, von einigen Delegirten meine Worte zu dem Polenantrag so verstanden worden sind, als sei da eine prinzipielle Differenz zwischen mir und Mitgliedern des Vorstandes oder der Partei, so habe ich dem mit der größten Schärfe zu widersprechen. Es handelt sich hier um einen bestimmten konkreten Fall, über den es zu Differenzen gekommen ist. Die polnischen Genossen dürfen glauben, daß es kein Mitglied in dem Parteivorstand und in der Partei giebt, das die polnische Nationalität als eine Nationalität zweiter Klasse und die polnischen Genossen als Genossen zweiter Klasse betrachtet. Ein Wort von Pfannkuch hat ein Mißverständniß hervorgerufen; auch dieses Wort hatte seine Anwendung auf einen bestimmten Fall und war jedenfalls nicht so zu verstehen, als wolle er die polnischen Genossen als Genossen untergeordneter Art hinstellen. Pfannkuch hat den Ausdruck im Bericht nachher selbst gemildert. Ich wiederhole meine Bitte an die polnischen Genossen, den Antrag zurückzuziehen.

Und nun zu der Hauptsache. In dieser Frage sind wir in eine Debatte über die **Taktik** gekommen. Ich gebe zu, daß Schippel sich nicht glücklich ausgedrückt hat. Es scheint ja wirklich aber hier eine Stimmung unter vielen Genossen zu sein, als ob sich Schippel für die Bewilligung der Kanonen ausgesprochen hätte, als hätte er gesagt, daß er oder die Fraktion dafür zu stimmen bereit gewesen sei. Das ist nicht der Fall. Die Stellung der Fraktion in Bezug auf diese Frage ist ganz genau **dieselbe gewesen wie in allen Militärfragen** von Anfang an: Absolute Negation, keinen Mann und keinen Groschen! Das Mißverständniß ist dadurch entstanden, daß durch Richter und Andere bekannt wurde, daß innerhalb der Budgetkommission vorher bereits Mittheilungen gemacht waren, aber unter dem Siegel der Verschwiegenheit, unter der ehrenwörtlichen Verpflichtung, nicht darüber zu sprechen. Ich denke doch, das ist gestern von Bebel so klar gemacht worden, daß Jeder die Sachlage begreifen muß. Wir hätten ehrlos gehandelt, hätten wir unter Bruch des Ehrenworts die Sache an die große Glocke gehängt. Aber auf unsere Stellung zum Militarismus hat das gar keinen Einfluß ausgeübt. Wir haben gegen die betreffende Vorlage gestimmt und werden gegen alle Forderungen des Militarismus stimmen. Und auch aus dieser Neubewaffnung der Artillerie werden wir, wie das ja unsere Presse bereits gethan hat, eine neue Waffe schmieden gegen den Militarismus. Wer A sagt, das haben wir hundert Mal im Reichstag gesagt, der muß auch B sagen. Vom Standpunkt des Militarismus müssen fortwährend Waffenverbesserungen und beständige Vermehrungen statt-

finden; und gerade die wirksamste Waffe, die die Sozialdemokratie gegen den Militarismus und die Militärforderungen hat, ist, daß all diese Forderungen immer weitere Forderungen nach sich ziehen. Es ist die Schraube ohne Ende. Wir haben nach Einbringung der letzten Militärvorlage im Reichstage ausgesprochen: Schon ehe diese Vorlage Gesetz geworden ist, haben die Franzosen uns überflügelt. Jetzt hat man neue Kanonen erfunden; ehe sie vollständig im deutschen Heere eingeführt sind, hat man wieder neue und bessere erfunden. Ebenso ist es mit den Gewehren. Der Scharfsinn sehr vieler Leute richtet sich heute statt auf nützliche Dinge auf die lohnenden Erfindungen für das Militär; das liegt im Wesen der Zeit, das können wir nicht ändern. Aber hat denn jemals die Sozialdemokratie derartige Dinge gerechtfertigt? Wir haben stets erklärt, das ist die Logik des Militarismus, und diese Logik läßt den Militarismus nur um soviel verdammenswerther erscheinen, zwingt uns um so energischer, ihn zu bekämpfen. Was hat denn Schippel anders gesagt? Hat er den Militarismus vertheitigt? Das ist ihm nicht eingefallen. Er hat gethan und gestimmt wie wir Alle. Und ich muß mich mit ihm durchaus solidarisch erklären in Bezug auf die damalige Haltung der Gesammt-Fraktion. Wegen eines ungeschickten Ausdrucks soll man ihn doch nicht verdammen. Ich bitte deshalb, die Resolution, die gegen Schippel eingebracht ist, zu verwerfen.

Es ist nun hier über unsere Thätigkeit im Reichstage gesagt worden, daß wir dort unter Umständen nicht ganz so kräftig reden wie in Volksversammlungen. Ja, da hat mein Freund Katzenstein vollständig Recht, und wenn er in den Reichstag käme und säße dort eine halbe Stunde und hätte sich die Geschäftsordnung angesehen, dann würde er es ganz genau so machen wie die Anderen. Es ist mir ja schon manchmal vorgekommen, daß Genossen, welche die Verhältnisse nicht kennen, sagten: ach, was sind Sie im Reichstage zahm! Ich erinnere mich da an Most, den größten Umstürzler — mit dem Mund. Die erste Rede, die er hielt, war um Badewannen; in diese wollte er seinen ganzen revolutionären Radikalismus hineinpacken; niemals hat ein Abgeordneter sich im Reichstag lächerlicher gemacht als gerade er. Es müssen da eben gewisse Formen beobachtet werden. Und speziell von der Person des Monarchen zu reden war bisher im Reichstag verboten.

Genossen, ich bitte Sie nun, diese ganze Angelegenheit doch fallen zu lassen, hier nicht Worte auf die Goldwage zu legen, sondern die Thatsachen zu betrachten, und die Thatsache ist, daß Schippel nicht anders gehandelt hat, als die ganze Fraktion, und entsprechend den Grundsätzen, nach denen die Fraktion im Einklang mit der Partei von Anfang an gehandelt hat und nach denen sie, so lange wir im Reichstage sind, wird handeln müssen. Man hat gesagt: Paktiren mit den gegenwärtigen Verhältnissen. Ja, Genossen, warum hat man uns denn in den Reichstag geschickt? Es wäre ganz gut, wenn auf dem nächsten Parteitage die Frage der Taktik, die ich längst erledigt glaubte, wieder zur Berathung stellte. Im Anfang der Partei, als wir noch wenige Anhänger hatten, gingen wir in den Reichstag, die Tribüne ausschließlich oder fast ausschließlich zur Propagirung unserer Ideen zu benutzen. Allein sehr bald wurden wir auf den Boden der Praxis gestellt. Wir haben gesehen, daß das Unrecht in der heutigen Gesellschaftsordnung doch etwas mehr ist, als eine Gelegenheit, schöne Reden zu halten, und daß es durch die schönsten und kräftigsten Reden nicht beseitigt wird. Wir haben gefunden, daß die Hauptsache ist, auf dem Boden der Praxis etwas zu thun. Aus den Arbeiterkreisen selbst sind wir aufgefordert worden, bei allen Arbeitergesetzen und allen anderen Vorlagen, die Gelegenheit bieten, durch Amendements, durch eigene Anträge für Verbesserung der augenblicklichen Zustände und der Gesetze einzutreten. Ein solcher Antrag, Paktiren mit den gegebenen Verhältnissen, ist das Verrath? Was ist denn überhaupt die ganze Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion?

Wer verlangt, daß wir uns anders verhalten und den Boden der Praxis verlassen und rein theoretisch wirken — der will, daß wir in die Eierschale zurückkehren, aus der wir vor langer, langer Zeit herausgekrochen sind. (Beifall.) Wer nicht will, daß wir eine Partei sind, die in Wolkenkuckucksheim wohnt oder oben vom Mond auf die Dinge der Erde herniederschaut, wer will, daß wir praktisch sind, der muß anerkennen, daß unsere Taktik richtig ist. Wir sind keine Partei, die in der Luft wandelt, wir kämpfen auf der Erde, wir kämpfen mit den Waffen, die wir haben; wir kämpfen nicht mit Phrasen, mit blutlosen Theorien, sondern mit den Waffen der Praxis, mit Argumenten, die wir aus den Verhältnissen schöpfen. Das ist die nothwendige Taktik der Partei und unendlich viel revolutionärer als die Taktik der Phrase. (Lebhafter Beifall und Unruhe.) Ja, Genossen, wer garnichts thut, das habe ich schon auf einem früheren Parteitag gesagt, als revolutionäre Phrasen im Mund zu führen, wie der Holländer Nieuwenhuis, der hat leicht urtheilen und verurtheilen. Wer nichts thut, macht auch keine Fehler. Aber wer handelt — er kann leicht einen Fehler machen, er mag einen Hieb nicht richtig führen, nicht richtig pariren: aber der Mann steht im Kampf, und das ist etwas mehr, als wenn er schöne Phrasen macht. (Beifall.) Doch genug — ich bitte Sie, um eines schlecht gewählten Wortes willen sich nicht mit unserer Taktik in Widerspruch zu setzen. Ein Wort Schippel's bringt Sie in Harnisch, legen sie gegen das Wort sein Handeln, seine ganze Thätigkeit in die Wagschale. Und er hat korrekt gehandelt. Und das ist das Entscheidende. Lassen Sie also diesen Punkt aus der Debatte fallen und verlassen Sie das Gebiet eines Angriffs, der thatsächlich persönlich wird. Denn wenn er jetzt auch in ungeschickter Form sich ausdrückte, so hat Schippel in Wirklichkeit nur die Taktik nicht nur der sozialdemokratischen Fraktion, sondern der sozialdemokratischen Partei, seit sie als Partei besteht, in dieser Frage befolgt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Zubeil: Stücklen hat in seiner urwüchsigen bayerischen Art sich so über die Berliner ausgesprochen, daß man sagen muß, er nähert sich seinem berühmten, um nicht zu sagen berüchtigten Landsmann Sigl immer mehr. (Heiterkeit.)

Pfannkuch: Morawski hat behauptet, der Vorstand hätte den polnischen Genossen die Pistole auf die Brust gesetzt und die Verhandlungen seien wie zwischen Wolf und Schaf gewesen. In der Parteileitung hat nie ein Genosse mit Raubthierinstinkten gesessen. (Heiterkeit.) Wir haben zusammengesessen und durchaus kollegial verhandelt und kollegiale Beschlüsse gefaßt.

Morawski: Ich habe nur erwähnt, welche Worte in der Zusammenkunft gefallen sind.

Frau **Steinbach:** Ich war nicht anwesend, als Weinheber von der Genossin sprach, die in Schleswig-Holstein durch ihre Angriffe auf die Religion in den Landkreisen mehr verdorben als genützt hätte. Agitation gegen die Religion entspricht durchaus nicht meiner allgemeinen Taktik in Versammlungen. Ich muß also um Beweise bitten.

Weinheber: Die Genossen Bartels und Lienau sind ja hier. Sie sagten mir, die ländlichen Delegirten hätten auf der Provinzial-Konferenz einstimmig erklärt, Frau Steinbach sollte nicht mehr nach Schleswig-Holstein kommen.

Damit enden die persönlichen Bemerkungen.

Auf Antrag Singer wird die Solinger Angelegenheit vor der Mittagspause noch erledigt.

Namens der Siebener-Kommission erstattet Bericht

Arons: Der Siebener-Kommission ist es glücklicherweise leicht geworden, mit der Solinger Angelegenheit fertig zu werden, dank dem Entgegenkommen der Solinger Genossen von beiden Seiten. Ich bitte dies Entgegenkommen

nicht gering anzuschlagen, denn die Solinger Genossen waren sich wohl bewußt, daß sie mit der Vertretung derjenigen Resolution, der sie zugestimmt haben, einen schweren Standpunkt zu Hause haben würden. Die Siebener-Kommission beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag möge beschließen: Da der Genosse Schumacher erklärt hat, daß er die Wiederaufstellung seiner Kandidatur für die Reichstagswahl ablehnt, beschließt der Parteitag, die Parteileitung zu beauftragen, einen den Solinger Streitigkeiten fernstehenden Kandidaten aufzustellen.

Der Parteitag beauftragt die neue Parteileitung, die Verschmelzung der „Bergischen Arbeiterstimme" und der „Solinger Freien Presse", sowie die Ueberführung in das Eigenthum der Gesammtpartei baldmöglichst in die Wege zu leiten.

Die Anträge 39, 40 und 64 sind hiermit erledigt.

Die Genossen **Inger** und **Schaal** einerseits, **Schumacher** und **Langenberg** andererseits erklären, daß sie diesen Beschluß vor ihren Genossen vertreten wollen.

Noch einige kurze Bemerkungen zu der Resolution: Die meisten Genossen werden wissen, daß sich die Parteileitung nur höchst ungern mit der Aufstellung der Kandidaten befaßt. Das ist im allgemeinen Sache der Wahlkreise. Anders liegen die Dinge in Solingen. Hier bedarf es, wenn man ein Wort anwenden darf, das in der Kommission gefallen ist, für den Augenblick der Bevormundung. Selbstverständlich soll der Kandidat nicht oktroyirt werden. Es werden Besprechungen mit der einen und der anderen Seite erfolgen, aber das letzte Wort soll die Parteileitung sprechen.

Sie wissen, wie sehr die Parteileitung dagegen eingenommen ist, ein Unternehmen in den Betrieb der Gesammtpartei zu nehmen. Die Siebener-Kommission ist auch erst dazu gekommen, die „Verstaatlichung" der beiden Solinger Blätter zu empfehlen, als Gerisch mitgetheilt hatte, daß der Vorstand einstimmig erklärt habe, nur diese Art des Vorgehens sei möglich. Wir werden also in den sauren Apfel beißen müssen.

Die Schlußerklärung ist auf Wunsch der Solinger Genossen hier hinzugefügt worden. Es soll dadurch vermieden werden, daß die Solinger Delegirten in der Angelegenheit hier das Wort ergreifen. Es könnten dabei Ausdrücke fallen, die das Friedenswerk stören.

Bei dieser Sachlage darf ich wohl bitten, von einer Diskussion überhaupt abzusehen und unseren Antrag möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Gerisch giebt die Erklärung ab, daß Genosse Schumacher an der Solinger „Freien Presse" nicht mehr engagirt sei, als die anderen Genossen und auch nicht besondere Verbindlichkeiten habe. Die Verbindlichkeiten des Blattes selbst, die bei der späteren Uebernahme in Betracht kommen, sind außerordentlich geringfügiger Natur.

Vorsitzender **Lesche:** Wünscht Jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall. (Beifall.) — Die Resolution der Siebener-Kommission wird hierauf **einstimmig** angenommen. (Bravo.)

Lesche: Dem Parteitag ist ein Schreiben des Genossen **Hülle**, früher Erfurt, zugegangen, das Beschwerden über den Parteivorstand enthält. Nach den Erkundigungen, die ich eingezogen habe, hat die Beschwerde den Kontrolleuren noch nicht vorgelegen. Der Parteitag hat sich daher mit der Beschwerde nicht eher zu befassen, als bis die Kontrolleure entschieden haben.

Der Parteitag stimmt dieser Auffassung zu.

Posener Genossen theilen telegraphisch mit, daß sie mit den Aeußerungen Winters gegen Morawski durchaus einverstanden seien.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Lesche.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Frau Steinbach-Hamburg die Erlaubniß, einige Bemerkungen mit bezug auf die Ausführungen Weinheber's in der Vormittagssitzung zu machen. Der Parteitag stimmt dem Wunsche zu.

Frau **Steinbach**: Die unqualifizirbaren Angriffe auf meine Agitationsart sind wohl geeignet, in den Augen derjenigen, die mich nicht haben reden hören, den Schein zu erwecken, als ob das Dümmste vom Dummen gerade gut genug für mich wäre, oder als ob ich gerade dumm genug wäre. (Heiterkeit.) Dagegen verwahre ich mich aber. Genosse Bartels, auf den sich Weinheber berufen hat, hat mir nun gesagt, es hätten einmal 1893 einige Leute an meinen Ausführungen über die Religion Anstoß genommen. Ich rufe alle die, die mich jemals haben reden hören, als Zeugen dafür an, daß ich über die Religion stets nur wenige Worte sage, etwa in dem Sinne: Die Religion ist ein mit der Muttermilch eingesogenes heiliges Gefühl; dies Gefühl denjenigen zu nehmen, denen wir noch keine neue Religion geben können, empfinden wir als eine Rohheit. Wir sind eine wirthschaftliche und politische Kampfpartei, und deshalb erklären wir die Religion als Privatsache. Die Leute, die mich kennen, wissen sehr wohl, daß ich nicht so dumm bin, etwas Prinzipienwidriges zu sagen!

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein. Das Schlußwort zum Punkt **„Die bevorstehenden Reichstagswahlen"** hat

Bebel: Parteigenossen! Die Debatte über den dritten Punkt unserer Tagesordnung, die uns bisher beschäftigt hat, hat einen ganz ungewöhnlichen Umfang angenommen. Ich wenigstens kann mich nicht entsinnen, solange ich auf Parteitagen bin, eine so weitschichtige Erörterung über die Taktik bei den Reichstagswahlen erlebt zu haben. Aber weit entfernt, das zu tadeln, freue ich mich darüber. Gerade diese Art der Debatte, wo die Gegensätze aufeinander platzen, zeigt, daß wir mit einer herzerfrischenden Offenheit, die bis zu einer gewissen Rücksichtslosigkeit sich äußert, unsere Ansichten vertreten; und das ist kein Fehler. Denn keine bürgerliche Partei wird es wagen, in solcher Weise Meinungsverschiedenheiten in der Partei vor dem Forum der ganzen Welt zum Ausdruck zu bringen, wie wir es gestern und heute gethan haben. (Beifall.) Gerade diese Debatte ist der beste Beweis, daß die Behauptung, die auch diesmal in der gegnerischen Presse gethan wurde, daß die große Masse der Delegirten eigentlich nur am Gängelbande geführtes Stimmvieh sei, eine der gröbsten Unwahrheiten ist, die man sich denken kann. Wenn eine Partei überhaupt für sich in Anspruch nimmt, daß sie die Denkfähigkeit und Selbständigkeit ihrer einzelnen Glieder fordert, so ist es die unsere, und das beweist gerade diese Debatte.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß nicht bei solchen Gelegenheiten verschiedentlich über die Schnur gehauen ist, und das ist auch heute geschehen. In erster Linie möchte ich hier aussprechen: ich bedauere, daß Stücklen in dieser Weise, wie es geschehen ist, einmal wieder gegen die Berliner aufgetreten ist. Die Berliner haben zu einem derartigen Auftreten nicht die geringste Veranlassung gegeben (Rufe: Sehr wahr! Na, na!) — nicht die geringste Veranlassung! Und ich muß sagen, daß, wenn in dieser Weise bei uns ein Ton einreißen sollte, der an den den gröbsten Partikularismus erinnert, so wäre das das Schlimmste, was uns passiren könnte. (Sehr wahr!) Ich möchte also bitten, sowohl im Interesse des guten Geschmacks wie der Partei-Einheit und -Einigkeit derartige ganz unmotivirte Angriffe zu unterlassen und bösen Beispielen, die etwa von einer Seite gegeben sein sollten, nicht folgen. (Beifall.)

Ich bin nun genöthigt, auf eine Reihe von Ausführungen einzugehen, die im Anschluß an mein Referat von verschiedenen Delegirten gemacht sind. Schoenlank, der ja im Einzelnen mit meinen Ausführungen einverstanden ist, hat mich in einem Punkte mißverstanden. Den Optimismus, daß wir bei den kommenden Wahlen 30 Mandate neu gewinnen werden, theile ich ebensowenig wie er. Ich habe einfach erklärt, daß, wie immer der Ausfall der nächsten Wahlen sein könne, eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse nicht eintreten dürfte, selbst auch dann nicht, wenn wir 15 oder 20, ja selbst wenn wir 30 Mandate erobern würden. Sie werden zugestehen, daß das nicht bedeutet: wir werden 30 Mandate erobern; ich gestehe Ihnen aber ganz offen, ich würde mich außerordentlich freuen, wenn das geschehen sollte. (Heiterkeit.)

Weiter habe ich zu konstatiren, daß der Tadel, den ich gegen die Essener Genossen ausgesprochen habe wegen ihres Verhaltens bei der letzten Wahl, vollberechtigt war. Der Vertreter von Essen hat ihr Verhalten damit zu rechtfertigen versucht, daß er erklärte, sie hatten Krupp im Reichstag haben wollen, damit man ihn dort einmal gehörig vornehmen könne. (Heiterkeit.) Ja, wenn eine solche Taktik maßgebend würde, dann käme eine schöne Gesellschaft in den Reichstag hinein (Heiterkeit) und wir würden uns ins eigene Fleisch schneiden. Also ich bitte dringend, diesen schönen Grundsatz in Zukunft nicht wieder zu befolgen. Weiter aber hat er erklärt, daß das Verhalten der Zentrumspartei seinen Genossen gegenüber diese und ihn speziell besonders gereizt habe, weil man sie herausgeschmissen habe u. s. w.

Es freut mich, daß dieser Punkt mir Veranlassung giebt, auf eine Sache zu sprechen zu kommen, die auch bei der nächsten Wahl wieder eine Rolle spielen wird. Wenn eine gegnerische Partei aus gewissen Gründen der Ansicht ist, es ablehnen zu müssen, Mitglieder anderer Parteien in ihre Versammlungen zu lassen, wenn sie z. B. ausdrücklich mit den Worten einladen: „die Wähler der Zentrumspartei", dann erfordert die einfachste Anstandspflicht (Sehr wahr!), daß Derjenige, der zu den Eingeladenen nicht gehört, auch nicht in die Versammlung geht. (Lebhafter Beifall). Wenn wir in unserem Programm die volle Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts verlangen, dann verlangt es das einfachste Gebot der Gerechtigkeit, auch jedem Anderen das gleiche Recht zuzugestehen. Wenn eine andere Partei uns nicht wünscht, dann bleiben wir eben fort, und wenn wir geschickte Leute sind, dann schlagen wir daraus Kapital und kennzeichnen die Feigheit der Leute und sagen, das beweist, daß sie uns nicht antworten können. (Sehr richtig.) Wir haben darin eine ausgezeichnete Waffe. Möge das Selbstgefühl, aus dem die Essener Genossen diesmal die Kandidatur des Zuchthäuslers Schröder aufgestellt haben, auch bei einem größeren Theil der Arbeiter, die bisher für Krupp oder das Zentrum gestimmt haben, sich zeigen und wir damit eine größere Zahl von Stimmen und damit den Sieg erringen.

In der heutigen Rede von Katzenstein hat sich ein bei ihm ganz ungewohnter Radikalismus gefunden. (Heiterkeit.) Ich würde mich außerordentlich freuen, wenn dieser Geist, den seine heutige Aeußerungen zeigten, öfter aus seines Mundes Zaun herauskäme. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Ich bin, wie er selbst weiß, bis heute leider nur zu oft in der Lage gewesen, gegen ihn polemisiren zu müssen. Ich halte es durchaus für die Pflicht der Genossen, Kritik zu üben, wo sie meinen, daß Dinge vorkommen, die der Partei schädlich sind: und daß wir allesammt Sünder sind und mangeln des Ruhms, wissen wir Alle und weiß Niemand besser wie ich. (Heiterkeit.) Dummheiten hat schon Jeder einmal im Leben gemacht, die Dummheiten sind sogar dazu da, daß sie gemacht werden. (Heiterkeit.) Aber wenn heute Katzenstein sich veranlaßt sah, sozusagen vor versammeltem Kriegsvolk Singer einen Rüffel zu ertheilen, weil seine Rede über das Vereinsgesetz nicht radikal genug ausgefallen sei, wenn er

erklärt, daß er damals von Eugen Richter an radikalen Aeußerungen übertroffen worden sei, dann verzeihe man mir, wenn ich eine derartige Kritik denn doch für etwas unangebracht halte. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommen im Leben eines jeden Redners, und zu denen gehört ja auch Katzenstein, Gelegenheiten vor, wo der Redner als ehrlicher Mann sich selbst sagt: Diesmal hättest Du eigentlich besser reden können! (Heiterkeit und Sehr gut!) Jede Rede hängt von Stimmungen, von gewissen Imponderabilien ab. Singer hat größtentheils ausgezeichnete Reden gehalten, und wenn wirklich jene Rede nicht so gewesen sein sollte, wie es Katzenstein wünschte, nun, so war es einer der Momente, von denen ich eben gesprochen habe. Ich gestehe ganz offen, unter zehn Malen, wenn ich von der Tribüne des Reichstages herabsteige, sage ich mir mindestens neun Mal, Du hättest heute auch viel besser reden können. (Heiterkeit.) Wie ich höre, ist das bei meinen Kollegen im Reichstage auch der Fall, und ich hoffe, wenn mal Katzenstein das Glück und die Ehre hat, Abgeordneter zu werden, daß ihm dann nicht das Gleiche passirt wie mir, sondern daß er jedes Mal, wenn er von der Tribüne heruntersteigt, sagen kann, Du hast heute eine famose Rede gehalten. (Heiterkeit.)

Dann meinte Katzenstein, es sei ihm nicht passend erschienen, daß der Redner unserer Partei bei der Majestätsbeleidigungs-Debatte dem Präsidenten gegenüber erklärte, ich habe keinen Namen genannt. Das würde Eugen Richter nicht gethan haben. Es ist doch eigenthümlich, daß sowohl Singer als auch mir gegenüber Richter als eine Art parlamentarischer Musterknabe angeführt wird. (Sehr richtig!) Das trifft aber nicht zu. Ich bin der Meinung, daß meine Rede bei der bewußten Debatte eine vergleichsweise gute Rede war und die Gegner haben auch diesen Eindruck gehabt. (Heiterkeit.) Nach der Praxis des Reichstages darf der Name des Kaisers in keiner Weise in die Debatte gezogen werden. Um meine Rede überhaupt halten zu können, habe ich dies Verbot dadurch umgangen, daß ich den Namen und den Titel des deutschen Kaisers garnicht in den Mund genommen habe, aber trotzdem Alles, was ich sagte, eigentlich nach einer bestimmten Stelle hinrichtete. Das scheint auch der Präsident gemerkt zu haben. Er unterbrach mich unter Hinweis auf die Geschäftsordnung, und da habe ich einfach in der Abwehr gegen den Präsidenten, beinahe hätte ich Polizeipräsidenten gesagt (Heiterkeit), erwidert: Ich habe keinen Namen genannt. Zu dieser Abwehr war ich berechtigt und verpflichtet und es war durchaus falsch, daß meine Aeußerung einen Sinn gehabt hat, wie ihn Katzenstein ihr gab. (Sehr richtig!)

Genosse Hoffmann hat es in drastischen Worten, die selbstverständlich nicht des Beifalls eines Theiles der Versammlung entbehrten, als bedauerlich hingestellt, daß so vielfach Akademiker als Kandidaten der Partei auftreten und daß sich so oft die Akademiker nur in das Bett hineinzulegen brauchten, das ihnen die Arbeiter bereitet haben, und als er Beifall aus der Versammlung erhielt, fügte er hinzu, er spräche im Sinne der großen Mehrheit der Parteigenossen. Aber die Genossen sollten doch bedenken, daß die Akademiker sich doch nicht selbst aufstellen oder etwa von der Parteileitung aufgestellt werden. (Sehr richtig!) Ich weise darauf hin, daß Genosse Arons als Berichterstatter der Kommission über die Solinger Angelegenheit, ohne zu wissen, was hier debattirt worden war, berichtete, daß die Parteileitung streng darüber gewacht hat, sich bei der Aufstellung von Kandidaten in die einzelnen Wahlkreise nicht hineinzumischen. Sollte einmal ein Vorstandsmitglied auf Anfrage einem Wahlkreise einen Vorschlag gemacht haben, so war das Sache der Person. Der Vorstand hat, solange ich die Ehre habe, sein Mitglied zu sein, derartige Anträge stets abgelehnt. Die Aufstellung von Kandidaten geschieht ganz unabhängig vom Parteivorstand. Ebenso unrichtig wie der Gegensatz zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten ist auch der

Gegensatz zwischen Parteigenossen der schwieligen Arbeiterfaust und denen der Kopfarbeit (Lebhafte Zustimmung), oder Denen, die kraft unserer gesellschaftlichen Zustände in der außerordentlichen, vielleicht von Manchen von uns beneideten Lage sich befinden, daß sie ein Vermögen haben, von dem sie leben können, ohne zu arbeiten. Der ganzen Grundauffassung unserer Partei entspricht es doch, keinen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit in dieser Hinsicht zu machen. Wer Genosse ist, wer unseren Prinzipien huldigt und in die Partei eintritt, wer bereit ist, das höchste Opfer zu bringen, was man von ihm verlangen kann, mit all' den Pflichten, Lasten und der Verantwortung, der hat auch das Recht, als vollberechtigter Genosse angesehen zu werden. (Sehr richtig!) Und wenn wir fortgesetzt über die Vernachlässigung der Volksbildung im heutigen Staate klagen und andererseits in feindliche Stimmung gerathen gegen Diejenigen, die kraft ihrer sozialen Position schon in der heutigen Gesellschaft in der Lage sind, sich ein höheres Maß von Bildung anzueignen, setzen wir uns da nicht in einen Widerspruch? Durch solche Reden, wie sie Hoffmann heute gehalten hat, leisten wir den perfiden Anklagen unserer Feinde gegen unsere Bestrebungen Vorschub, die immer sagen, die Sozialdemokratie zerstöre alle Kultur und will die gesammte Menschheit auf den Standpunkt des Proletariers herabdrücken. (Sehr wahr!) Es ist jetzt, nachdem wir längst den Kinderschuhen entwachsen sind und Männer und Frauen von Charakter sein wollen, Zeit, derartigen Ausführungen, die nur unseren Gegnern Wasser auf die Mühle sind, endlich einmal ein Ende zu machen. (Lebhafter Beifall.) Weiter hat Hoffmann bei der Besprechung der Aeußerung Schippel's, auf die ich nachher noch komme, gesagt, daß wir durch unser Verhalten denjenigen Elementen recht geben, die die Massen von der Nutzlosigkeit und Gefährlichkeit der Wahlen zu überzeugen suchen. Ich begreife ja, daß Hoffmann zur Vertheidigung seines Standpunktes die Aeußerung macht, aber andererseits haben die sogenannten Anarchisten, die vor Jahren dieses Thema in Versammlungen breit zu treten suchten, heute viel weniger Anhänger in der deutschen Arbeiterschaft als je zuvor.

Was meine Resolution betrifft, so haben sich Molkenbuhr und Liebknecht gegen den Ausdruck Verschlechterung der bestehenden Preßgesetzgebung ausgesprochen, man sollte lieber sagen, daß keine Verschärfung eintritt. Knappe ging sogar so weit, vorzuschlagen, es solle keine Ergänzung des Preßgesetzes vorgenommen werden. Mit diesem Ausdruck aber würden wir uns die Hände auch da binden, wo es sich um Verbesserungen handelt. Weder Liebknecht noch Molkenbuhr haben eine bessere Fassung vorgeschlagen und die Ausführungen von Molkenbuhr treffen nicht einmal die Sache. Nach seinen Ausführungen könnte Jemand das Konfiskationsrecht der Polizei erweitern oder die Kaution wieder einführen wollen, ohne daß wir ihn mit der von Molkenbuhr vorgeschlagenen Aenderungen daraufhin fassen könnten. Das wären aber reaktionäre Maßregeln allerschlimmster Art, gegen die wir uns mehr als gegen eine Strafverschärfung mit Händen und Füßen wehren müssen. Der Ausdruck Verschlechterung ist also berechtigt, und wenn man einwendet, daß Derjenige, der eine Verschlechterung vornimmt, sagen könnte, es ist ja eine Verbesserung, ja wenn solche Kasuistik als zulässig erachtet werden soll, wenn man glaubt, daß Jemand durch solche Auslegung den Bruch seines Ehrenwortes rechtfertigen kann, so dürfen wir uns überhaupt auf keine Unterhandlungen einlassen. (Sehr richtig.) Wer das thut, wird wohl von jedem denkenden Menschen ausgelacht. Ich bitte also, meinen Vorschlag beizubehalten.

Von den Katzenstein'schen Vorschlägen stimmt einer mit dem Antrage Zubeil überein, derjenige, der fordert aufzunehmen, daß der gegnerische Kandidat sich auch gegen jede Vermehrung der stehenden Armee und der Marine zu erklären habe. Katzenstein hat sich schon bereit erklärt, mir die Redaktion zu

überlassen, und ich bin selbstverständlich bereit, wenn der Antrag angenommen wird, eine passendere Form zu wählen. Des Weiteren hat Katzenstein vorgeschlagen, auch die Forderung aufzunehmen, daß von den einmal gewährten sozialreformatorischen Einrichtungen: Bäckereiverordnung, Schutz der Konfektionsarbeiter nichts zurückgenommen werden soll. Ich halte eine solche Bestimmung nicht gerade für nothwendig. Ich glaube, daß mit dem, was ich in meiner Resolution fordere, genügende Garantien geschaffen sind. Aber wenn die Versammlung anderer Ansicht ist, so habe ich nichts dagegen, daß eine solche Forderung aufgenommen wird. Eine Reihe von Rednern hat bezweifelt, ob eine mündliche Verpflichtung der Kandidaten genügt, und Zubeil hat dies sogar eine Farce genannt. Es wurde statt dessen eine schriftliche Erklärung verlangt. Ist es denn heute das erste Mal, daß wir uns hierüber berathen? Durch Parteitagsbeschlüsse oder durch Beschlüsse unseres Zentral-Wahlkomitees haben wir bei jeder Wahl die Parole ausgegeben, daß gegnerische Kandidaten, die in der engeren Wahl unsere Stimme haben wollen, eine Verpflichtung eingehen sollen. Und da muß ich Hoffmann gegenüber konstatiren, daß ich mich bis jetzt in meiner 30jährigen parlamentarischen Thätigkeit kaum eines Falles entsinne, wo es vorgekommen wäre, daß ein gegnerischer Kandidat nachher sein Versprechen nicht gehalten hat. Sollte es hier und da vorgekommen sein, so bildet ein solcher Fall jedenfalls die Ausnahme; insbesondere darf der Fall Alexander Meyer, den Hoffmann als typisch hinstellte, nicht als maßgebend erachtet werden. Ich erinnere mich des Falles nicht, vermuthe aber, daß er ganz anders liegt, denn Meyer hat sich der Verpflichtung, gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen, einfach dadurch entzogen, daß er bei der Abstimmung wie andere seiner Fraktionsgenossen fehlte. Sollte es sich aber so verhalten, wie Hoffmann sagt, so halte ich Meyer für einen viel zu gescheiten Menschen, als daß er eine so dumme Motivirung seines Wortbruchs gegeben hätte. (Sehr richtig!) Bisher haben wir keinen Grund, nach dieser Richtung hin zu klagen. Würde ich z. B. persönlich in eine solche Lage kommen, würde ein sozialdemokratisches Wahlkomitee mir, als Anhänger einer bürgerlichen Partei, sagen, es sei bereit, mir die Stimmen zu geben, falls ich mich verpflichte, die und die Forderungen im Reichstage zu vertreten, und würde dann, wenn ich mein Wort darauf gegeben hätte, ein Sozialdemokrat auftreten und sagen, das ist ja ganz schön, was Sie erklären, aber die Sache ist bedenklich, besser ist es, wir haben die Sache schwarz auf weiß, denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen, wissen Sie, was ich dann thäte? Ich würde sagen: „Machen Sie, daß Sie zur Thür hinauskommen, ich bin ein Ehrenmann, und wenn Sie meinem Ehrenwort nicht glauben, so brauche ich Ihre Unterstützung nicht. (Beifall.) Dann verlasse ich mich darauf, daß Ihre Wähler mir glauben, ich werde die Erklärung öffentlich als Annonce abgeben. Und ich setze meinen Kopf darauf, dreiviertel der Wähler werden mir das glauben, was Sie mir nicht glauben wollen." Ich betrachte das Mißtrauen als eine demokratische Tugend; ich habe oft das Wort zu den Gegnern gebraucht. (Heiterkeit.) Ich halte nicht Leute, die sich um das Vertrauen des Volkes bewerben, von vornherein für Schufte. So viel Toleranz habe ich auch dem Gegner gegenüber, daß ich ihn nicht eher für einen Schuft halte, als bis er den Beweis dafür geliefert hat. Halten Sie doch fest, daß nach unserer Geschichtsauffassung die Gegner so sein müssen, wie sie sind, daß ihre Ansichten von ihren Interessen beherrscht werden, und das ist so richtig, daß, wenn die große Mehrzahl unserer Genossen, davon schließe ich die Mehrzahl der Anwesenden nicht aus, in die Lage kämen, Großkapitalisten zu werden, es mit ihnen als Sozialdemokraten vorbei wäre. (Heiterkeit.)

Ich komme nun zu den Anträgen. Mit dem Antrag 30 bin ich einverstanden. Ich habe seit 1874 solche Broschüren herausgegeben und ich weiß,

eine wie vortheilhafte Einrichtung das war. Diese Broschüren haben sogar Eugen Richter zur Abfassung seines A-B-C-Buches veranlaßt, wie er mir einmal mittheilte. Er sei einmal in einer Versammlung gewesen, wo ein Arbeiter ihm das Sündenregister seiner Partei an der Hand einer dieser Broschüren vorgehalten habe; er habe gefunden, daß solch ein agitatorischer Leitfaden ein guter Gedanke sei und er habe sich nun zur Herausgabe seines Buches entschlossen. Ich hoffe, daß unser Handbuch noch vor den nächsten Wahlen erscheinen kann. Alsdann würde natürlich die Herausgabe einer Broschüre nicht mehr nöthig sein. Andernfalls betrachten wir es als selbstverständliche Aufgabe, eine solche Arbeit herauszugeben. Wir haben das sogar 1893 gethan, als die Auflösung des Reichstags Hals über Kopf kam. Da haben sich Wurm, Schippel und ich in die Arbeit getheilt. Und binnen sechs Tagen war die Broschüre fertig, die sonst für einen Einzelnen eine Reihe von Wochen in Anspruch genommen hätte.

Nun kommt der Antrag Berfus (41), anläßlich dessen wir heute eine Art Polendebatte gehabt haben. Es liegt mir ferne, mich jetzt über eine so wichtige Frage eingehend zu äußern, über die ich mich mit meinem Freunde Liebknecht in Uebereinstimmung befinde, die aber nicht auf der Tagesordnung steht, nicht brennend ist und die zu erörtern wir vorläufig keine Veranlassung haben. Daß wir dennoch in eine Polendebatte eintreten mußten, ist außerordentlich bedauerlich. Die Schuld liegt auf beiden Seiten, sowohl bei den deutschen wie bei den polnischen Genossen. All' die traurigen Erfahrungen, die die polnischen Arbeiter gemacht haben, lassen ja ihre Haltung erklärlich erscheinen. Nirgends im ganzen Reich wird von Seiten des Unternehmerthums eine so rohe Sprache gegen die Arbeiter geführt, wie gegen die polnischen, deshalb gerade sollten die deutschen Genossen Alles vermeiden, was Anlaß zu Klagen giebt. Deshalb bedauere ich die Aeußerungen des Genossen Winter, die gerade das Gegentheil von dem bewirken, was doch sie bewirken sollen. Ich habe mich gefreut, daß Winter nach Oberschlesien kam, wo noch ein außerordentlich großes Feld für unsere Thätigkeit ist. Er als Mann aus dem deutschen Sprachgebiete sollte uns über die dortigen Zustände berichten. Aber seine Aeußerungen hier und in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ beweisen doch, daß er nicht das erforderliche Maß von Objektivität besitzt. Und ich bitte ihn dringend, sich hierin zu moderiren. Auf der anderen Seite aber steht fest, daß die polnischen Genossen keinen Grund haben, sich über die Deutschen zu beschweren. Wir haben ihnen Jahr für Jahr bedeutende Summen für Agitationszwecke gegeben, die Führung ihrer Prozesse ihnen ermöglicht, kurz, große finanzielle Opfer gebracht, was ja auch ganz selbstverständlich ist. Wir sind sogar damit einverstanden gewesen, daß die polnischen Genossen sich einen eigenen Parteivorstand erwählen, weil wir ihre Sprache nicht verstehen. Es handelt sich garnicht um Polen und Deutsche, sondern einfach um Sozialdemokraten. (Lebhafter Beifall.) Ein guter Genosse, der nur deutsch kann, ist geeigneter als ein unfähiger polnischer. (Sehr richtig.) Die Genossen haben ihm dann eben Leute zur Unterstützung in der Agitation beizugeben. Finden wir aber Jemanden, der beide Sprachen spricht und die nöthigen Fähigkeiten besitzt, so wird er selbstverständlich gewählt. Daher bitte ich den Antrag Berfus abzulehnen. Wir wollen nicht die Kluft zwischen Deutschen und Polen erweitern.

Was den Antrag betreffs der Doppelkandidaturen betrifft, so war ich allerdings 1893 in Hamburg und Straßburg aufgestellt. Hamburg konnte sich allerdings auch eine Nachwahl leisten und ich habe den Straßburgern sofort erklären müssen, daß sie das nächste Mal selbst für einen besonderen Kandidaten sorgen müssen. Ich habe den Straßburgern jetzt den Genossen Böhle als Kandidaten vorgeschlagen. Sie haben sich ursprünglich gesträubt, darauf

einzugehen, aber vor 14 Tagen in Offenburg sind zu meiner großen Genugthuung dieselben Leute, die damals gegen meinen Vorschlag opponirten, zu mir gekommen und haben gesagt, sie hätten sich von meinen Argumenten überzeugen lassen und Böhle aufgestellt und sie hofften auch, ihn bei den nächsten Wahlen durchzubringen. (Beifall.) Ich habe ja in dieser Beziehung Pech, insofern als ich jetzt in Wetzlar aufgestellt bin. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, welcher Redner sagte, daß daran wieder der große Name Schuld ist. Inwieweit das zutrifft, kann ich nicht sagen, aber der Genosse vergißt, daß ich ja eigentlich Wetzlarer bin. Die dortigen Genossen glauben, daß, wenn sie Jemanden aufstellen, der dort bekannt ist, mehr Stimmen für ihn abgegeben werden. Beschließt der Parteitag dem Antrage gemäß, so trete ich natürlich in Wetzlar zurück. Aber Gefahr ist bei dieser Kandidatur nicht vorhanden, denn wenn wir mal Wetzlar erobern, dann haben wir inzwischen drei Viertel von Deutschland gewonnen. (Heiterkeit.)

Ich komme nun zu der Resolution gegen Schippel. Auch ich bin der Meinung, daß Schippel sich nicht glücklich ausgedrückt hat. Aber ich bitte Sie, für einen Moment von den Worten abzusehen und die Thaten zu betrachten. Schippel soll entgegen aller bisher von der Fraktion befolgten Taktik für Bewilligung von Geldern zu militärischen Zwecken gestimmt haben. Das ist einfach nicht wahr. Sie können dieser Resolution garnicht ihre Stimme geben, denn Sie würden damit etwas aussprechen, was den Thatsachen widerspricht. (Sehr richtig.) Schippel hat nicht gesagt, daß wir in die Lage kommen könnten, für derartige Forderungen zu stimmen, sondern daß es vom Standpunkt der Gegner aus erklärlich sei, daß solche Forderungen kommen. Wir hatten bei dieser Gelegenheit keine besondere Veranlassung zu einer großen Agitation. Auch in der Budgetkommission habe ich Namens unserer Parteigenossen ungefähr in demselben Sinne erklärt, daß die Vertreter dieses Systems und besonders der Kriegsminister mit solchen Forderungen kommen, sei begreiflich. Aber sie müßten ihrerseits begreifen, daß wir von unserem prinzipiell gegnerischen Standpunkt aus niemals für derartige Forderungen eintreten können und werden. Dasselbe habe ich im Reichstage erklärt, das hat gar Aufsehen erregt, weil meine Rede nur kurz war und die anderen Parteien dazu schwiegen. Das ist doch nicht unsere Schuld. Erst bei der zweiten Lesung hat Richter erklärt, daß seine Fraktion für diese Forderung stimme. Kein politisches Organ unserer Partei hat gefordert, daß wir diese Forderung für militärische Zwecke agitatorisch ausnützen. Es sind auch keine bezüglichen Anträge an den Vorstand gestellt worden. Anders liegt die Frage, wenn eine neue Militärvorlage kommen würde. Aber diese Forderungen gingen doch einfach darauf hinaus, das System in seiner gegenwärtigen Gestalt intakt zu erhalten und deshalb war die Haltung der Partei durchaus korrekt. In den Militär- und Marinefragen ist nicht der geringste Versuch gemacht worden, die bisherige Taktik zu ändern, und solange das nicht der Fall ist, soll man nicht einen Genossen eines ungeschickten Ausdrucks wegen vor der ganzen Partei moralisch vernichten. Das wäre doch etwas zu weit gegangen. Ich bitte Sie deshalb, nicht nur wegen der darin behaupteten unwahren Thatsachen die Resolution abzulehnen, sondern auch weil ungeschickte Worte keinen Anlaß zu solchem Vorgehen geben dürfen.

Ich bitte Sie, im Sinne meiner Ausführungen zu beschließen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Persönlich bemerkt **Katzenstein:** Bebel hat meine Ausstellungen ironisch kritisirt. Die Unbescheidenheit ist nicht mein Fehler. Aber ich lege an unsere Wortführer einen hohen Maßstab. An Singer's Ausführungen zum Vereinsgesetz vermißte ich nicht Radikalismus, aber die Größe der Idee, die anderen unserer Redner eigen ist. Radikalismus ist ein bloßes Wort. Wenn Bebel

meinen Ausführungen Radikalismus nachrühmte, so wird auf anderem Gebiete mir wieder der Vorwurf der Mäßigung nicht erspart bleiben. Ich kenne wenig Männer, die mir imponirt haben. Liebknecht und Bebel gehören dazu. Aber das Recht des Tadels werde ich mir nicht verkümmern lassen.

Singer (persönlich): Ich habe mich heute Vormittag an der Diskussion nicht betheiligt. Ich gestehe offen, daß ich die Empfindung hatte, es bedürfe eigentlich keiner Rechtfertigung meinerseits vor dem Parteitag. (Lebhafter Beifall.) Nachdem aber Katzenstein jetzt wiederholt darauf zurückgekommen ist, will ich ihm erklären, daß ich der Letzte bin, der ihm das Recht zur Kritik meiner Reden bestreitet. Ich hoffe nur und gebe ihm den Rath, daß, wenn er in den Reichstag kommt, er an seinen Reden dieselbe Kritik üben solle. (Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Morawski zieht den Antrag 41 zurück, weil er von vielen Seiten als selbstverständlich bezeichnet worden sei. Damit fällt auch das Amendement Windhoff.

Angenommen wird der Antrag 30.

Bei Antrag 90 mit dem Amendement: „In solchen Wahlkreisen, wo die Möglichkeit eines Erfolgs vorhanden ist", bleibt die Abstimmung zweifelhaft, durch Auszählen wird festgestellt, daß er mit 92 gegen 110 Stimmen abgelehnt wird. Das Amendement, in Absatz 2 der Bebel'schen Resolution hinzuzufügen, „der sich schriftlich verpflichtet", wird abgelehnt. Das Amendement Katzenstein wird in seinen beiden Theilen angenommen und die so veränderte Resolution Bebel in folgendem Wortlaut: gegen einzelne Stimmen beschlossen:

Die von Bebel vorgeschlagene Resolution, betreffend die Stellung der Partei zu den Reichstagswahlen, hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag beschließt:

1. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort in die Vorbereitungen für die allgemeinen Reichstagswahlen einzutreten und in allen Wahlkreisen, in welchen organisirte Parteigenossen vorhanden sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der zu erwartenden Stimmen einen Parteikandidaten aufzustellen.

2. Im Falle einer engeren Wahl in einem Wahlkreis, bei welcher der Kandidat der Partei nicht in Frage kommt, sind die Parteigenossen gehalten, demjenigen Kandidaten einer bürgerlichen Partei ihre Stimmen zu geben, der sich verpflichtet, im Falle seiner Wahl für folgendes im Reichstage einzutreten:

a) Für Aufrechterhaltnng des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in seiner jetzigen Gestalt, es sei denn, daß es sich um Anträge auf Erweiterung oder größere Sicherung desselben handelt.
b) Für Aufrechterhaltung des unverkürzten Budgetrechts des Reichstages. (Kein Septennat, Quinquenat 2c.)
c) Für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Koalititons-rechtes durch ein Reichsgesetz.
d) Gegen die Einführung von Ausnahmegesetzen irgend einer Art und gegen die Verschärfung des bestehenden Strafrechts, soweit es sich dabei um politische Vergehen oder Verbrechen handelt.
e) Gegen jede Verschlechterung der bestehenden Preßgesetzgebung.
f) Gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres oder der Marine.
g) Gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirekter Steuern und Zölle auf nothwendige Lebens- oder Genußmittel (Bier, Tabak 2c.).
h) Gegen jede Aufhebung oder Einschränkung von Arbeiterschutz- oder Arbeiterversicherungs-Gesetzen oder -Verordnungen, außer unter den unter a) angeführten Fällen.

3. Kommt kein Kandidat in Frage, der sich auf diese Forderungen verpflichtet, so ist strikte Stimmenthaltung zu proklamiren.

Die „Resolution zu Punkt 10 der Tagesordnung" (gegen Schippel) wird von Sindermann zurückgezogen, weil der Zweck derselben durch die Diskussion erreicht sei. (Widerspruch.)

Frau **Steinbach**: Ich bin als Mitunterzeichnerin der Resolution mit deren Zurückziehung ebenfalls einverstanden unter der Voraussetzung, daß die Erklärungen der Genossen Auer und Bebel zur Folge haben, daß an der bisherigen Taktik der schließlichen Ablehnung des Militär-Etats festgehalten wird, was aus Schippel's Ausführungen nicht hervorging. (Lebhafter Widerspruch.)

Eine zweite Resolution von Patzer-Oldenburg und Genossen:

„Der Parteitag erklärt, daß er sich mit den Ausführungen Schippel's und Auer's in Bezug auf die Bewaffnung nicht einverstanden erklärt", findet nicht die nöthige Unterstützung.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung **erledigt**.

Punkt 5 der Tagesordnung, die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, wird mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit und die Ermüdung der Referenten auf morgen vertagt und dafür zu Punkt 6 geschritten: **„Die Maifeier 1898"**.

Berichterstatter **Förster**: Parteigenossen, ich bin in der angenehmen Lage, äußerst kurz sein zu können. Die Frage der Arbeitsruhe, die uns in früheren Jahren am meisten in Anspruch genommen hat, fällt für das nächste Jahr fort, da der 1. Mai im nächsten Jahre auf den Sonntag fällt. Ich unterbreite Ihnen kurz folgende Resolution:

„Der Parteitag wolle beschließen, die Resolution des Gothaischen Parteitages, betreffend die Maifeier, für die folgenden Jahre als bindend zu betrachten, welche lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Die Debatte, zu welcher auch die Anträge 36, 52, 53, 54, 80 und 95 stehen, wird eröffnet.

Lohmann-Barmen begründet Antrag 53. Ein Flugblatt müsse die Massen über die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit aufklären.

Stolten-Hamburg: Ich weiß von vornherein, daß der Antrag des ersten Hamburger Wahlkreises keine Aussicht hat, von diesem Parteitage angenommen zu werden. Ich bekenne mich als Urheber des Antrages und werde versuchen, ihn zu begründen. Die Ueberzeugung von seiner Aussichtslosigkeit habe ich aus Gesprächen und aus der ganzen Stimmung des Parteitages geschöpft. Auch in der Parteipresse ist man über den Antrag hergefallen, und ich gestehe, es war berechtigter Anlaß dazu, weil er im Gegensatz zu den bisherigen Beschlüssen der Maifeier eine andere Richtung geben will. Zunächst will ich feststellen, daß in Paris die Arbeitsruhe nicht beschlossen worden ist. Erst später ist in der Agitation der Gedanke der Arbeitsruhe aufgetaucht. Spätere Beschlüsse haben in verschärfter Weise auf die Arbeitsruhe hingewirkt. Sie fordern die Arbeiter auf, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen, so weit es geschehen kann, ohne daß die Interessen der Arbeiter

geschädigt werden. Aber wir müssen uns sagen: wir haben nicht erreicht, was wir damit erreichen wollten. Die Art und Weise, wie jetzt die Maifeier begangen wird, ist unhaltbar, weil sie eine Halbheit ist. Entweder begehen wir die Maifeier durch wirkliche Arbeitsruhe, oder wir lassen die Arbeitsruhe ganz fallen. Die Genossen im Lande haben sich nun sehr gewundert, daß ein solcher Antrag aus Hamburg, der Hochburg der Sozialdemokratie, kommen konnte. Ich will nun von vornherein bekennen, daß in jener Volksversammlung, wo der Antrag angenommen wurde, nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil der Anwesenden überhaupt stimmte, von diesen aber die Mehrheit für den Antrag gestimmt hat. Das mag daran gelegen haben, daß wir nicht zu Ende diskutiren konnten, weil das Lokal zu bestimmter Stunde geräumt werden mußte. An den sachlichen Gründen aber wird damit nichts geändert. Wo haben wir denn in Deutschland bisher die Arbeitsruhe gehabt? Einzig in den Großstädten. In den kleinen Städten so gut wie garnicht. (Widerspruch.) In den Großstädten aber war die Arbeitsruhe auch nicht so, wie wir es erwarten können. Wenn die Sozialdemokratie dazu aufgefordert, den 1. Mai nach Möglichkeit durch Arbeitsruhe zu feiern, müßte doch der Erfolg ein ganz anderer sein. In Hamburg hatten wir in diesem Jahre am 1. Mai eine große Morgenversammlung, an der sich 6000 Personen — gut gerechnet — betheiligten. Aber diese 6000 waren durchaus nicht alle abhängige Arbeiter. Da waren z. B. die 150 Mann, die im „Echo“ arbeiten, dann kleine Geschäftsleute, selbstständige Handwerker, Krankenkassen-Angestellte u. s. w. Nur die gute Hälfte war vielleicht abhängige Arbeiter. Diese Betheiligung ist nicht ausreichend für eine Stadt wie Hamburg, die mit der Umgebung 20 000 Arbeiter in sozialdemokratischen Vereinen zählt. Wir haben uns Jahre lang damit getröstet, die geringe Betheiligung an der Arbeitsruhe sei die Folge schlechter geschäftlicher Verhältnisse. Wir haben jetzt aber im zweiten Jahre so günstige Geschäftsverhältnisse, wie wir sie voraussichtlich unter der kapitalistischen Wirthschaftsweise überhaupt nicht mehr besser bekommen werden. Und doch ist die Entwickelung der Arbeitsruhe im günstigen Sinne ausgeblieben. Woher kommt das? Die Sache liegt ganz einfach? Die große Masse sagt sich, wenn wir demonstriren unter der Gefahr, schwere persönliche Verluste zu erleiden, so müssen wir einen greifbaren Erfolg sehen. Den bietet die Maifeier nicht. Die Freigabe des 1. Mai, was wird damit für die Arbeiter gewonnen? Sollen sie demonstriren, blos um einen Feiertag im Jahre mehr zu haben? Man sagt: wir feiern den 1. Mai, weil wir den Gegnerrn unsere Macht zeigen wollen. Wenn man aber den Gegnern die Arbeitsruhe abtrotzen will, dann muß man den Muth und die Kraft haben, Alles auf eine Karte zu setzen. Wie aber kann man glauben, etwas abzutrotzen, tropfenweise, körnerweise von Jahr zu Jahr, wo immer ein Dutzend und noch ein Dutzend sich anschließt an die Demonstration durch Arbeitsruhe. Das vermag ich nicht zu glauben. So können wir die Masse nicht gewinnen. Die Masse sagt sich: Wenn wir unsere Existenz einsetzen, dann muß das dadurch zu Erreichende wenigstens der Mühe werth sein. Denken wir an Amerika an den Labour Day. Anfang der achtziger Jahre agitirten die amerikanischen Arbeiter für die Freigabe dieses Tages. Die amerikanischen Unternehmer waren schlau, sie haben die Forderung bewilligt, statt sie zu einer Machtfrage zu machen. Heute legt Niemand in Amerika noch besonderes Gewicht auf den Labour Day. Wenn unsere deutschen Unternehmer so klug wie ihre amerikanischen Kollegen gewesen wären, viele von Denen, die jetzt für die Maifeier so entschieden eintreten, würden garnicht mehr davon sprechen. So ist eben nichts zu erreichen durch die fortgesetzte Agitation. Durch die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai verschlechtern wir auch unsere Position im Kampfe gegen die Unternehmer. Nichts ist gefährlicher, als den Gegner

vorher von unseren Absichten zu unterrichten. Auf den 1. Mai sind sie immer gerüstet, und die durch denselben hervorgerufenen Aussperrungen haben fast keinen Erfolg für die Arbeiter gebracht. Jetzt haben die Unternehmer es in der Hand, wenn sie wollen, uns jedes Jahr in einen großen Ausstand hineinzuhetzen. Wenn wir die Forderung der Arbeitsruhe fortlassen, können wir der Maifeier einen viel schärferen Charakter aufprägen. Es giebt eine Reihe von Arbeitern, auch gut organisirter, die durch ihre wirthschaftliche Stellung nicht in der Lage sind zu feiern. In welche Lage kommen diese Genossen den anderen gegenüber? Diese Genossen, die am Morgen zur Feier nicht erscheinen können, scheuen sich vielleicht auch am Abend zu erscheinen. Also dadurch wird die ganze Feier verdorben. Darum fort mit der Halbheit. Sagen wir: der erste Mai gehört dem Proletariat. Am ersten Mai werden Mittel gesammelt zum Kampfe! Arbeiten sollen die Genossen an diesem Tage und die Hälfte ihres verdienten Tagelohnes soll der Organisation gehören. Dann wird der Mai bedeuten: volle Kassen; heute bedeutet er: leere Kassen, weil die im Gefolge kommenden Maßregelungen die Organisation auf längere Zeit schwächen. Die Entscheidung brennt uns nicht auf den Nägeln, und wir könnten vielleicht den Umstand, daß die nächstjährige Feier auf einen Sonntag fällt, benutzen, um den praktischen Vorschlag der Engländer zu befolgen und von da an die Maifeier auf den Sonntag nach dem 1. Mai zu verlegen. Ich halte das für einen sehr glücklichen Gedanken. Gewiß müssen internationale Abmachungen gehalten werden. (Zurufe: Na also!) Aber gerade deshalb habe ich die Frage so frühzeitig angeregt, daß, wenn die Entscheidung auf dem nächsten internationalen Kongresse fällt, die Frage nach allen Richtungen durchdiskutirt ist. Zu dieser Diskussion die Anregung zu geben, war der Zweck des Antrages.

Lange-Leipzig beantragt:

„In Anbetracht, daß der 1. Mai im nächsten Jahre auf einen Sonntag fällt, sieht der Parteitag davon ab, diesmal eine Diskussion über diese Frage zu führen, er erwartet von den Genossen, daß sie in allen Kreisen die Frage erörtern, und daß sie dann auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gestellt wird.“

Der Antragsteller begründet diesen Antrag damit, daß die Gründe, die Stolten angeführt habe, doch nicht ohne Weiteres abgethan werden können.

Schade-Halle: Wir haben alle Ursache, diese brennende Frage jetzt zu erörtern. Ich ersuche dringend, um Ablehnung dieses Antrages. Schaffen Sie nicht noch mehr Wirrwarr, als er bisher schon bestand. Wollen wir eine Kampfpartei bleiben, so muß der Hamburger Antrag grundsätzlich abgelehnt werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag auf motivirte Tagesordnung wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dreher-Dresden: Am 1. Mai 1890 zogen 12 000 Arbeiter über die Augustusbrücke in Dresden, seitdem hat der Gedanke der Maifeier bei uns mehr und mehr noch an Boden gewonnen. Es wäre ganz falsch, einen Beschluß zu fassen nur mit Rücksicht auf die vielleicht eigenthümlichen Verhältnisse in Hamburg. Es ist ganz falsch, daß nur in den Industriezentren die Arbeitsruhe stattfindet. Ich bin überzeugt, fassen Sie einen Beschluß gegen die Maifeier, wird den meisten Delegirten in ihren Kreisen gehörig der Kopf gewaschen. (Heiterkeit und Beifall.) Wie wir als Partei groß geworden sind, wird auch der Gedanke der Maifeier sich auswachsen. (Beifall.)

Sindermann-Dresden: Ich bitte, den Danziger Antrag, betreffend die Herausgabe eines Flugblattes zur Maifeier über ganz Deutschland, anzunehmen. Der Hamburger Antrag, die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai fallen zu lassen, muß energisch bekämpft werden. Unsere österreichischen Genossen müssen

uns ja auslachen, wenn sie so etwas hören. In Dresden hat sich die Maifeier von Jahr zu Jahr großartiger entwickelt. Die 1894er Maidemonstration hat uns 13000 Mk. Strafe eingetragen, aber die Arbeiter Dresdens haben sich deshalb nicht zurückschrecken lassen, denn die 1895er Maifeier war noch viel imposanter, sie war ein Protest gegen die sächsische Polizeiwirthschaft.

Windhoff-Düsseldorf: Ein Zentral-Flugblatt paßt für die verschiedenartigen Verhältnisse in den Kreisen nicht; darum bitte ich um Ablehnung des Danziger Antrages. Der Hamburger Antrag hat bei uns in Rheinland geradezu Entrüstung hervorgerufen. (Beifall.) Was wir können, müßte die Hochburg der Sozialdemokraten, Hamburg, auch können.

Frl. **Baader**-Berlin: Auch ich ersuche dringend um Ablehnung des Hamburger Antrages. Naturgemäß mußte in Hamburg nach den Opfern des letzten Streiks ein Rückschlag erfolgen, und das hat auf die Hamburger deprimirend gewirkt. Die agitatorische Wirkung der Maifeier ist nicht zu unterschätzen. Gerade für die politisch entrechteten Frauen ist es von großem Werth. An diesem Tage können wir Massen in die Versammlungen bringen, wie es sonst nicht möglich wäre. Männer, die sonst ihre Frauen zu Hause lassen, bringen sie an diesem Tage in die Versammlungen. Der Maifeier muß noch viel mehr der Charakter des politischen und wirthschaftlichen Kampfes aufgeprägt werden. An diesem Tage können wir den Frauen die Bedeutung des Achtstundentages recht klar machen. Der Kampf ist schwer, aber ohne Kampf kommen wir nicht vorwärts. Wir haben Opfer zu bringen und werden sie bringen, um unsere Ideen zum Siege zu führen. Ich erkläre mich auch gegen den Antrag, ein Flugblatt über ganz Deutschland zu verbreiten. Die Maizeitung entspricht durchaus den Anforderungen, die Idee der Maifeier auch im gedruckten Wort den Massen zugänglich zu machen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die nächsten Maifeiern sich viel mehr durch Arbeitsruhe auszeichnen als bisher. (Beifall.)

Grünwaldt-Hamburg: Ich ersuche um Ablehnung des Hamburger Antrages. (Lebhafter Beifall.) Ihn will kein Anderer bei uns als Stolten allein. Die Mehrheit in der Versammlung, in der der Beschluß gefaßt wurde, war eine Scheinmehrheit. Der Beschluß kam durch Ueberrumpelung zu Stande. Im vorigen Jahre haben sich nur 2000 bei uns an der Maifeier betheiligt. Diesmal schon 6000. Das ist doch schon ein Fortschritt. Auf einen Hieb läßt sich die Maifeier nicht erreichen. Wir Hamburger Alle, die wir hier vertreten sind, erklären uns gegen den Antrag.

Quarck-Wiesbaden: Erinnern Sie sich, mit welchem Wuthgeheul die Maifeier das erste Mal von der Bourgeoisie aufgenommen wurde. Jetzt hat sie sich schon theilweise Anerkennung erzwungen. Das kann man doch nicht einen Rückschritt des Gedankens der Arbeitsruhe in Deutschland nennen. Schwierig wird ihre Durchführung bei uns infolge unseres so außerordentlich zurückgebliebenen Koalitions- und Versammlungsrechts. Aber der Proletarier will auch einmal einen Feiertag aus eigener Kraft, der ihm nicht von Kapitalswegen diktirt wird. Für den Proletarier hat der 1. Mai einen idealen Gehalt und ich protestire gegen die nüchterne Auffassung Stolten's, die das verkennt und die kein Ersatzmittel bietet, über das sich reden ließe. Lehnen Sie seinen Antrag möglichst einstimmig ab. Der deutsche Charakter ist etwas spröder politischen Demonstrationen gegenüber als der romanische und der englische, aber die einzige ständige Demonstration im Jahre, die wir haben, wollen wir doch mindestens so lange behalten, bis uns Besseres vorgeschlagen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ein inhaltlich dem vorher abgelehnten Antrag Lange auf motivirte Tagesordnung findet nicht genügende Unterstützung. Dagegen wird ein von Lienau gestellter, von Mittag bekämpfter Schlußantrag angenommen.

Stolten (persönlich): Ich verwahre mich dagegen, den Beschluß in der Hamburger Versammlung durch Ueberrumpelung erzielt zu haben. Als Sozialdemokrat habe ich jedenfalls auch als Einzelner das Recht, eine eigene Meinung zu haben und zu äußern. (Sehr richtig!) Es ist durchaus falsch, daß ich allein hinter dem Antrage stehe.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag 52, Hamburg I, wird zurückgezogen. Die Anträge 36, 53, 54 werden abgelehnt; Antrag 80 wird angenommen. Die Resolution des Referenten wird in ihrem ersten Absatz abgelehnt, in ihrem zweiten (Wiederholung des Gothaer Beschlusses) einstimmig angenommen.

Nunmehr folgt Punkt 7 der Tagesordnung: **Bericht über den Arbeiterschutzkongreß in Zürich.**

Berichterstatter **Molkenbuhr:** Der Kongreß ist von der Fraktion beschickt worden, ohne daß der Parteitag gefragt werden konnte. Sie werden ja darüber entscheiden, ob die Fraktion recht gehandelt hat. Sie wissen, wie überall in der zivilisirten Welt jetzt der Drang nach Arbeiterschutz-Gesetzen vorhanden ist. Praktische Erfolge hat ohne Zweifel die Schweiz am meisten aufzuweisen, wo auch die Unternehmer vielfach für Arbeiterschutz-Forderungen eintreten. Referent giebt hierauf eine eingehende Darstellung der Vorgeschichte des Kongresses. Der Schweizer Arbeiterbund, der einen großen Bruchtheil der Schweizer Arbeiterschaft umfaßt und in dem nicht nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft vereinigt ist, versuchte schon 1893, einen internationalen Arbeiterschutz-Kongreß zu Stande zu bringen, auf dem Arbeiter aller Länder ohne Rücksicht anf Religion und Parteizugehörigkeit vertreten sein sollten. Damals lehnten wir die Betheiligung ab, Oesterreich folgte unserem Beispiel und infolgedessen kam der Kongreß nicht zu Stande. Diesmal nahmen wir die Einladung des Arbeitersekretärs Greulich an. In der Fraktion wurde gegen die Betheiligung geltend gemacht, daß wir doch nicht mit allen möglichen Leuten, wie Christlich-Sozialen, Pastor Naumann und dergleichen zusammen tagen könnten, denn es sei wahrscheinlich, daß Beschlüsse gefaßt werden, welche erheblich hinter unserem Programm zurückblieben, und daß wir durch unsere Theilnahme moralisch verpflichtet wären, für diese Beschlüsse einzutreten. In der Gesetzgebung könnten wir sehr wohl kleine Verbesserungen der gegenwärtigen Zustände herbeizuführen suchen, in unseren Forderungen aber dürften wir ohne Prinzipienverrath auch nicht um ein Haar zurückweichen. Ferner wurde hervorgehoben, daß die internationale Regelung des Arbeiterschutzes nicht für die Arbeiter aller Länder einen Fortschritt bedeutete. Wohl würden die Arbeiter in den Ländern mit zurückgebliebener Industrie, wo bis jetzt jeder Arbeiterschutz fehlt, gewinnen können. Anders stellte sich die Sache in den fortgeschrittenern Ländern mit den relativ besten Schutzgesetzen. Hier sind es die Unternehmer, welche auf internationale Regelung des Arbeiterschutzes drängen, weil sie nicht ganz mit Unrecht hoffen, daß die zurückgebliebenen Staaten ein Hemmschuh sein werden, daß die nothwendigsten Reformen noch auf Jahrzehnte vertagt werden. Wir haben aber doch für die Betheiligung gestimmt, einmal, weil unsere Parteigenossen in dem schweizerischen Arbeiterbund thatsächlich die Führung haben, es also im Wesentlichen eine Anregung unserer schweizerischen Genossen war, und weil auch wir die Meinung der Schweizer Genossen theilten, daß wenn die Schweiz die Regierungen einlade zu einer Verständigung über die internationale Regelung der Arbeiterschutzfrage, dann die Regierungen offen damit herausrücken müßten, ob für sie die Grundsätze, die 1890 mit großen Applomb verkündet wurden, noch maßgebend sind oder ob sie vor dem Kapitalismus Bankrott gemacht haben. Die Regierungen, welche sich jämmerlich vor dem Machtgebot der Großkapitalisten beugen, müssen gezwungen werden, dieses auch offen zu bekennen.

Der Kongreß trat zusammen. Es war ein buntes Gemisch! Neben den Vertretern von Arbeiterorganisationen aller Art saßen Gelehrte, Professoren, Offiziere a. D., Parlamentarier u. A. m. Besonders stark waren die religiösen Arbeitervereine vertreten. Aus Deutschland waren außer 18 Sozialdemokraten 40 Delegirte religiöser Arbeitervereine erschienen.

Auffallend war besonders eins: Während die katholischen Arbeitervereine durch 32 Delegirte vertreten waren, blieb ihre offizielle Parteivertretung, die deutsche Zentrumsfraktion, von dem Demokraten Stötzel, dem Professor Hitze bis zum aristokratischen Freiherrn von Hertling, dem Kongreß vollkommen fern. Auf der Tagesordnung standen Anträge bezüglich der Sonntagsarbeit, der Arbeit der Kinder und jungen Leute, der Erwachsenen, der Frauen und der Nachtarbeit. Ueber die Stimmung des Kongresses gewann man schon am ersten Tage durch die Annahme der Sympathiekundgebung für die englischen Maschinenbauer ein einigermaßen klares Bild. Daß in Bezug auf die Sonntagsruhe eine einmüthige Resolution zu Stande kam, ist nicht verwunderlich, da hierin Sozialdemokraten und christliche Arbeitervertreter, wenn auch aus verschiedenen Gründen, zusammengehen. Ein anderes Bild gab sie schon bei der Kinderarbeit. Das Zentrum schließt, wie Sie wissen, für die Landwirthschaft, Hausindustrie und Handwerk jeden Schutz der Kinder aus. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen, dennoch wurde schließlich eine Resolution angenommen, die sich nicht ganz mit unserm Programm deckt. Denn statt der Altersgrenze von 14 Jahren wurde eine von 15 Jahren beschlossen. Dieser Beschluß geht also noch über unser Programm hinaus. Beim Achtstundentag war am ehesten eine recht matte Resolution zu befürchten. Trotzdem wurde in der Resolution der Achtstundentag als erstrebenswerthes Ziel hingestellt. Eine der heftigsten Debatten rief die Frage der Frauenarbeit hervor. Die Christlich-Sozialen wollen bekanntlich den modernen Verhältnissen keine Rechnung tragen, ja sie gingen sogar soweit, zu beantragen, daß die ganze Erwerbsthätigkeit der Frauen in Fabriken und Bergwerken verboten werde. Ein Beschluß, der offenbar ein Wahnsinn wäre bei dem Umschwung, der sich in der Industrie vollzogen hat. Der heiße Kampf endete mit dem Siege der von Frau Zetkin und Bebel vertretenen Ansicht.

Nun kam ein Passus in der Fassung der angenommenen Resolution, der dem Genossen Parvus Anlaß zu einem heftigen Angriff gegen die deutschen Delegirten gab. Er schreibt in Nr. 227 der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“:

„Ein weiteres Symptom der inneren Zersetzung der deutschen Sozialdemokratie ist die Abstimmung der sozialdemokratischen Delegirten bei der Frage der Hausindustrie auf dem Züricher Arbeiterschutz-Kongreß. Nachdem man verschiedene Resolutionen votirt hatte, welche thatsächlich die Hausindustrie beseitigen, erschrak man zum Schluß vor einem Worte, welches blos der klare, allgemeine Ausdruck der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Hausindustrie war. Der einzige Grund dafür war, daß man den bornirten Vorwürfen der Gegner Rechnung trug: die Sozialdemokratie nehme keine Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse. Man vergaß dabei, daß, wenn die Sozialdemokratie im bürgerlichen Sinne Rücksicht nehmen wollte auf die bestehenden Verhältnisse, sie höchstens eine sozialreformerische, nie aber eine sozialrevolutionäre Partei sein könnte. Man suchte also hier die sachliche Opposition gegen die kapitalistische Ausbeutungsformen wenigstens formell herabzusetzen, sie in den Augen des Bürgerthums weniger umstürzlerisch erscheinen zu lassen.“

Ich nehme an, daß Genosse Parvus nur einen unvollständigen Bericht, die in Frage kommenden Resolutionen aber garnicht gelesen hat. Wenn ein solches Wunderwerk von Resolution, welche die Hausarbeit thatsächlich beseitigt, nun im Entwurf vorgelegen hätte, dann wäre es Pflicht des

des Genossen Parvus gewesen, diese Resolution der Welt mitzutheilen. Aber die Thatsachen bieten zu wenig Stoff zum Angriff, deshalb wurde die durch nichts begründete Behauptung in die Welt geschickt. Die Ziffer 6 des Entwurfs hatte folgenden Wortlaut: „In Erwägung, daß die Einschränkung und endliche Beseitigung der Hausarbeit in allen ihren Formen im Interesse der Volkshygiene, der Kultur, sowie insbesondere der gewerkschaftlichen Organisation dringend nöthig ist, es aber unmöglich erscheint, die Frage der Hausindustrie auf diesem Kongresse in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise zu berathen, giebt der Kongreß dem Wunsche Ausdruck, daß **auf dem nächsten Kongreß** die Frage der Hausindustrie und die damit im engsten Zusammenhang stehende Frage der Arbeiterwohnungen **auf die Tagesordnung gesetzt werde**." Es wurde allgemein anerkannt, daß eine Diskussion der Frage nicht möglich sei, und da sagten wir uns, wenn die Diskussion vertagt werden soll, dann muß man auch die Beschlußfassung vertagen. Um aber unsere Ansicht über die Hausarbeit zum Ausdruck zu bringen, wurde folgende vom Genossen **Vollmar** beantragte Fassung der Ziffer 6 angenommen:

„Der Kongreß sieht in der Hausindustrie eine Beschäftigungsweise, die schwere soziale und gesundheitliche Uebel im Gefolge hat und ein großes Hinderniß für die gewerkschaftliche Organisation und die Durchführung eines wirksamen Arbeiterschutzes bildet. Der Kongreß überweist deshalb die eingehende Behandlung dieser Frage dem nächstfolgenden Kongreß."

In der Hauptsache sind beide Fassungen gleich. Beide verlangen, daß die Frage auf einem späteren Kongreß berathen würde. Da an der Vertagung der Diskussion der Frage nichts mehr zu ändern war, mußte man dem nächsten Kongreß auch die Beschlußfassung überlassen. Weil wir den einfachsten Forderungen der Logik Rechnung trugen, behauptete Parvus: „Der einzige Grund dafür war, daß man den bornirten Vorwürfen der Gegner Rechnung trug." Solche zum Mindesten leichtfertige Behauptungen sollten vermieden werden. Eine ehrliche scharfe Kritik würde ich stets mit Freuden begrüßen, aber mit unbegründeten Verdächtigungen werden wir aus den Reihen der Gegner so reichlich versorgt, daß unsere Genossen nicht nöthig haben, dieses Kapitel zu vergrößern.

In der Frage der Nachtarbeit und der Arbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben wurden ebenfalls Resolutionen gefaßt, die mit dem Parteiprogramm vollkommen in Einklang stehen. Zur Verwirklichung dieser Forderungen des Kongresses wurde selbstverständlich in erster Linie freies Koalitionsrecht gefordert.

Ferner wurde der Beschluß gefaßt, ein internationales Arbeiter-Sekretariat zu schaffen, und ein bezügliches Gesuch an den Schweizer Bundesrath gerichtet. Sie Alle haben ja wohl seinerzeit ausführliche Berichte über die Verhandlungen des Kongresses gelesen. Ich glaube, wir Sozialdemokraten können mit den Erfolgen dort zufrieden sein. Gelingt es, die Frage der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den gesetzgebenden Körperschaften in Fluß zu bringen, so ist die Erweiterung des Arbeiterschutzes zugleich eine Anerkennung der Ziele im zweiten Theile unseres Programmes. Sodann wird aber der Kongreß seine moralische Wirkung nicht verfehlen. Einmal hat er den Beweis erbracht, daß auch von anderer Seite anerkannt wird, daß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes **viel mehr** geleistet werden muß, und sodann ist unzweideutig klar geworden, daß alle Versuche der Reaktion, die Arbeiter zu entrechten, auf einen viel erheblicheren Widerstand stoßen werden, als lediglich von unserer Seite. Was der Führer der schweizerischen katholischen Fraktion, Decurtius, in seinem Schlußwort so schön aussprach: „Nur im Sonnenlicht der Freiheit gedeiht der Arbeiterschutz", das war die Meinung aller Kongreßtheilnehmer. Ja, dieses Sonnenlicht der Freiheit mag die Ursache sein, weshalb die ganze offizielle Zentrumspartei fehlte; aber das ist auch für uns eine Waffe, die für

das Zentrum verhängnißvoll werden kann. Wir können darauf hinweisen, daß auch die in katholischen Vereinen zusammengefaßten katholischen Arbeiter mehr verlangen, als die politische Partei, das Zentrum, bewilligen will. Und das könnte vielleicht einmal dazu beitragen, daß die in katholischen Organisationen vereinten Proletarier sich vom Zentrum trennen.

Entscheiden Sie jetzt, ob die Fraktion recht hatte, den Kongreß zu beschicken, oder ob sie in Zukunft solche Schritte zu unterlassen hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Lesche**: Zum Worte hat sich Niemand gemeldet. Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution (102):

„Der Parteitag erklärt nach Entgegennahme des Berichts über die Verhandlungen des diesjährigen Arbeiterschutz-Kongresses in Zürich sein Einverständniß mit den daselbst gefaßten Beschlüssen und ersucht die Parteigenossen, bei jeder passenden Gelegenheit für diese Beschlüsse zu wirken."

wird mit großer Mehrheit angenommen.

Am Donnerstag Abend finden zur Ehren des Parteitages zwei Kommerse bei Tütge und Sagebiel statt.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 7. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zur Verhandlung gelangt der fünfte Punkt der Tagesordnung: **Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen.**

Der Vorsitzende schlägt vor, alle zu diesem Punkte gestellten Anträge mit als Material für die Diskussion zu nehmen. Am Schlusse der Debatte könne man sich dann entschließen, welcher Antrag als Grundlage für die Beschlußfassung herauszunehmen sei.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Es stehen somit zur Debatte die Resolution Bebel 98, sowie die Anträge 81, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 59, 60, 61, 67, 69, 70, 77, 89 und 91.

Berichterstatter **Auer**: Parteigenossen! Es ist in der gegnerischen Presse vielfach die Meinung aufgetaucht, einmal daß der gegenwärtig zur Verhandlung stehende Gegenstand der wichtigste von allen ist, die uns diesmal beschäftigen, und dann ist die Hoffnung aufgetaucht, daß bei dieser Gelegenheit die Gegensätze aufeinanderplatzen und die längst erhoffte Spaltung der Partei eintreten werde. Wie sie sich schon so oft getäuscht haben, so werden unsere Gegner auch diesmal wieder eine Täuschung erleben. Daß die Frage für die Partei wichtig ist, beweist die rege Theilnahme, welche die Erörterung darüber allerseits gefunden hat. Ich habe aber das feste Vertrauen zu den Genossen, daß, möge die Entscheidung fallen, wie sie wolle, dadurch unsere Einigkeit und unser Zusammengehen nicht im Geringsten beeinträchtigt werden. (Zustimmung.) Ich hoffe, daß auch die Diskussion bei aller prinzipiellen Schärfe nicht die Grenze überschreiten wird, die einzuhalten wir als selbstverständlich betrachten.

Daran anschließend habe ich gleich im Namen der Parteileitung eine Mittheilung zu machen. Es liegt u. A. der Vorschlag vor, die Entscheidung darüber, wie der Beschluß in die Praxis umzusetzen ist, einem besonderen preußischen Parteitage zu übertragen, der im unmittelbaren Anschluß an diesen Parteitag zusammenzutreten hätte. Ich kann nun mittheilen, daß die Parteileitung, in der ja, wie Sie wissen, über die grundlegende Frage selbst: ob

Betheiligung oder nicht, die Meinungen sehr weit auseinandergehen — der beste Beweis dafür ist ja, daß aus der Parteileitung selbst Referent und Korreferent ernannt worden sind — sich für diesen Vorschlag selbstverständlich nicht entscheiden konnte. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung, daß es nicht Sache der Parteileitung sein kann, auch nur den Anschein zu erwecken, als könnten wir partikularistische Bestrebungen unter uns nähren. Das Entscheidende aber ist, daß wir sagen, was in kleinen Staaten wie Sachsen, Baden, Hessen infolge ihrer territorialen Abgrenzung praktisch sein könnte, braucht für Preußen nicht zutreffend zu sein. Innerhalb Preußens hat Ostelbien mit den rheinischen Landestheilen viel weniger Berührungspunkte als diese mit den hessischen und süddeutschen Staaten.

Daß die Partei ein eminentes Interesse daran hat, auf die Zusammensetzung des preußischen Landtages einzuwirken, darüber dürfte auch bei den Gegnern der Betheiligung nicht der leiseste Zweifel sein. Schon eine kurze Aufzählung aller jener Gegenstände, die im preußischen Landtage entschieden werden, zeigt, wie sehr wir an den Verhandlungen derselben interessirt sind. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß das Erziehungswesen der Regelung des Landtages unterliegt. Die gesammte Verwaltung findet im Landtage ihre Kontrolle, die direkte Besteuerung, die Gemeinde-Gesetzgebung unterliegt ihm, für das Gesinde, die Anstellung der Fabrik-Inspektoren, die Eisenbahn-, Berg- und Hüttenarbeiter, hunderttausende von Subalternbeamten, die vom Staate beschäftigt werden, für alle diese Fragen, Dinge und Personen ist der Landtag zuständig und außerdem unterliegt seiner Kompetenz noch eine wichtige Angelegenheit, die gesammte agrarische Gesetzgebung. Das zeigt, welche Bedeutung der preußische Landtag für uns hat und welches Interesse wir der Frage entgegenbringen, wie er zusammengesetzt ist.

Dieser Umstand, das umfassende Arbeitsgebiet des Landtags, hat zur Folge gehabt, daß auch unsere Partei von jeher der Frage des Wahlrechts zum preußischen Landtag Aufmerksamkeit geschenkt hat. Es erschien mir interessant, den geschichtlichen Nachweis zu liefern, wie sich unsere Partei früher zu der Frage der Abänderung des preußischen Landtagswahlrechts gestellt hat. Ich habe mich also in der Parteipresse umgesehen und da finde ich in Nr. 36 des „Sozialdemokrat“ vom 19. März 1865 die erste Aeußerung über das Wahlrecht zum Landtag. Sie ist enthalten in einem Bericht über einen rheinisch-westfälischen Arbeitertag, der am 12. März 1865 in Barmen unter Vorsitz des Genossen Hillmann tagte. Dieser alte Genosse, der jetzt noch lebt, ist den jüngeren Genossen wohl unbekannt, hat aber in der ersten Zeit der Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt und war, wenn ich mich nicht irre, eine kurze Zeit auch Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Der Beschluß besagt:

„es sei zu billigen, die Vorschläge der preußischen Regierung zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen erst abzuwarten, bevor man über dieselben aburtheilt, indem es keineswegs ausgeschlossen, daß dieselbe das Dreiklassen-Wahlsystem aufhebt und statt dessen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einführt.“

Aus diesem Beschluß klingt ein Vertrauen zur preußischen Regierung heraus, das uns heute einfach unverständlich ist. Daß wir heute ein solches Vertrauen zur Regierung Preußens oder zu irgend einer anderen Regierung hegen könnten, ist einfach ausgeschlossen, und hier zeigt sich, wie sehr sich die Dinge geändert haben, wie sehr wir Andere geworden sind, wie sich aber auch die Stellung der Regierung zur Arbeiterbewegung verschoben hat.

Mit der Frage unserer Stellung zum Wahlrecht trat auch die Frage, wie stellen wir uns bei eventuellen Stichwahlen, bald an uns heran. Zum ersten Male wurde sie bei den Wahlen zum Norddeutschen Bundesparlament

und zum Zollparlament 1867 aufgeworfen. Es wird interessant für Euch sein, Genossen, zu erfahren, daß schon damals die offizielle Parteiparole eine solche war, wie wir sie praktisch seitdem immer innegehalten haben, wenn wir uns auch bisweilen — ich erinnere an den Kongreß von St. Gallen — in Beschlüssen davon entfernten, welche freilich praktische Geltung nie erlangten. In der Nummer 2 des alten „Sozialdemokrat" vom 3. Januar 1868, den v. Schweitzer und v. Hoffstetten herausgaben, findet sich folgende Aufforderung an die Mitglieder in Süddeutschland bei den Wahlen zum Zollparlament: „Finden engere Wahlen zwischen konservativen und liberalen Kandidaten statt, so haben unsere Anhänger dahin zu wirken, daß für letzteren gestimmt wird." Auch sonst hat man sich bei verschiedenen Gelegenheiten in den Anfängen der Bewegung mit der Stellungnahme zu den Wahlen beschäftigt. Es dürfte vielleicht den Genossen aus Bayern interessant sein, zu erfahren, daß auf dem Nürnberger Arbeitertag 1868 es der spätere volksparteiliche Abgeordnete Kröber gewesen ist, der dort beantragte, „der Arbeitertag beschließt, bei Reichstags- und Landtagswahlen nur solchen Kandidaten die Stimmen zu geben, welche sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung des stehenden Heeres keinen Groschen zu bewilligen." Also selbst die Devise „Keinen Mann und keinen Groschen" ist schon älteren Datums, als der Eine oder Andere von uns glauben dürfte.

Interessant ist die Stellung, die die beiden Richtungen, der Allgemeine deutsche Arbeiterverein und die sogenannten Eisenacher, zu der Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen 1870 eingenommen haben, von besonderem Interesse deshalb, weil damals Johann Jacoby von der preußischen Fortschrittspartei in Berlin abgesägt und an seiner Stelle Eugen Richter aufgestellt wurde. Seitens des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde damals durch Parteigenossen im Auftrage des Präsidiums folgende Erklärung in einer Berliner Wahlmänner-Versammlung des 3. Wahlkreises abgegeben: „Die Versammlung schließt sich der vom Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Dr. v. Schweitzer, erlassenen Erklärung an, wonach nur eine aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Kammer als Volksvertretung betrachtet werden kann. Jede demokratische Partei hat sich, solange ein Klassen-Wahlsystem besteht, der Wahl zu enthalten." Die Redaktion des „Volksstaat", damals in Leipzig, dessen Redakteur unser verehrter Genosse Liebknecht war, schrieb dagegen am 2. November 1870:

> Es seien aus Preußen von verschiedenen Seiten Anfragen ergangen, wie sich die Genossen bei der bevorstehenden Landtagswahl zu verhalten hätten. Die Redaktion erklärt nun, daß sie nicht allein diese wichtige Frage entscheiden möchte und deshalb eine Anzahl Genossen zusammenberufen habe und daß man da zu folgendem Beschluß gekommen sei:
>
> „In Rücksicht, daß das Dreiklassen-Wahlsystem die Entscheidung ausschließlich der Bourgeoisie und dem großen Grundbesitz in die Hand giebt, soll man sich unter Protest der Wahl enthalten. Eine Ausnahme würde nur für den Fall einzutreten haben, daß das Bürgerthum Männer von unzweifelhaft demokratischer Gesinnung, Johann Jacoby, Guido Weiß ꝛc. aufstellte, von denen anzunehmen ist, daß sie wahrscheinlich im Sinne unseres Programms wirken würden."

Sie sehen also, durchaus differiren die Meinungen: Während Schweitzer auf dem Boden stand, den wir in Köln vertreten haben, hat damals schon die Redaktion des „Volksstaat" mit Möglichkeiten gerechnet, wie sie augenblicklich wieder im Mittelpunkte der Diskussion stehen. Ich führe das an, um zu zeigen, daß die Frage schwierig ist, daß aber vor Allem auch je nach den Verhältnissen und Umständen man zu dieser Frage selbst zu einer veränderten Stellung kommen kann. Es ist ganz richtig schon betont worden, daß es sich nicht um eine prinzipielle, sondern eine taktische Frage handelt. (Sehr richtig!) Ich

darf daran erinnern, daß Jacoby damals mit 109 Stimmen bei der Wahl unterlegen ist. Das war im November, und im Mai desselben Jahres hatte Jacoby vor seinen Wählern seine bekannte Rede über die Stellung zur Arbeiterfrage gehalten, er hatte also den Schritt von der bürgerlichen zur sozialen Demokratie bereits gethan. Und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß, wenn wir zu entscheiden hätten, ob Jacoby, wenn er noch lebte, in den preußischen Landtag hineinkommen sollte, wir Alle sagen würden: Ja wohl, das ist gut!

Dieselbe Frage hat auch den Stuttgarter Kongreß der Eisenacher beschäftigt, auf welchem eine Strömung der absoluten Negation der Wahlbetheiligung gegenüber vorhanden war, die ein Jahr früher ihren klassischen Ausdruck gefunden hat in der bekannten Rede unseres Genossen Liebknecht im Berliner Arbeiterverein 1869 über die politische Stellung der Sozialdemokratie. Während aber Liebknecht 1869 noch auf dem Boden schrofffter Verneinung aus rein taktischen Gründen gestanden hat, sah er sich 1870 bereits genöthigt, von dieser Negation nicht mehr den vollen Gebrauch zu machen. Es waren Bebel und Liebknecht, die auf dem Stuttgarter Parteitag eine Resolution in Bezug auf die Stellung zu den Wahlen einbrachten, in der es heißt:

> Die sozialdemokratische Arbeiterpartei geht mit keiner anderen Partei Allianzen oder Kompromisse ein. Dagegen empfiehlt der Kongreß, bei den Wahlen zum Reichstage und Zollparlament da, wo die Partei einen eigenen Kandidaten nicht aufstellt, solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die wenigstens in politischer Hinsicht wesentlich unseren Standpunkt einnehmen. Namentlich empfiehlt der Kongreß, in den Bezirken, wo die Partei von der Aufstellung eigener Kandidaten absieht, von anderen Parteien aufgestellte wirkliche Arbeiterkandidaten zu unterstützen.

Das letztere ist selbstverständlich, es handelte sich da um die Kandidaten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Aber es ist doch interessant, daß die praktischen Erfahrungen unseres Genossen Liebknecht, der noch 1869 schroff negirend dem Parlamentarismus gegenüberstand, es so weit brachten, ein Jahr später nicht nur die Betheiligung an den Wahlen für nothwendig zu erklären, sondern auch den Genossen den Rath zu geben, da, wo sie selbständig keine Kandidaten aufstellen könnten, solchen gegnerischen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die wenigstens in politischer Hinsicht die Garantie bieten, im Sinne freiheitlicher Ausgestaltung zu wirken. Dieser Stuttgarter Beschluß ist zwei Jahre später in Eisenach, wo wir kurz vor den Reichstagswahlen standen, wiederholt worden.

Aber weiter! Auch über die Betheiligung unserer Partei an den sächsischen Landtagswahlen waren die Ansichten getheilt. Bebel hat noch 1871 auf dem Dresdener Parteitage auf Grund der gegebenen Thatsachen nachgewiesen, daß der Zensus von 3 Mk. eine Betheiligung unserer Partei unmöglich macht, da dieser Zensus genüge, um die Arbeiterschaft vom Wahlrecht auszuschließen. Aber die Verhältnisse änderten sich so, daß wir im letzten Jahre 15 sozialdemokratische Abgeordnete im sächsischen Landtag hatten, während es 1871 ausgeschlossen schien, auch nur einen Mann durchzubringen. So ändern sich die Zeiten, und mit den Zeiten die Verhältnisse, und es ist deshalb in diesen Fragen nicht wohl gethan, uns für alle Zeit festzulegen. Das war ja auch der Fehler, den wir in Köln gemacht haben, den ich mitgemacht habe und für den ich auch mein Theil Verantwortung übernehme. Wenn wir in den Anschauungen sonst auch noch so weit auseinandergehen, dafür scheint ja eine absolute Majorität vorhanden zu sein, daß wir den in Köln begangenen Fehler aus der Welt schaffen müssen. Als wir in Sachsen in die Wahl eintraten, gab es noch große Schwierigkeiten zu überwinden und nicht die geringste Schwierigkeit bestand in dem in der Verfassung vorgesehenen Treueid, den die Abgeordneten schwören müssen, wenn sie in den Landtag eintreten. Allerdings hat dieser Eid eine Form und

einen Inhalt, der es durchaus begreiflich macht, daß Personen, die nicht weiter nachdenken, sich daran stoßen. Er lautet:

Ich schwöre zu Gott, die Staatsverfassung treu zu bewahren und in der Ständeverfassung das unzertrennbare Wohl des Königs und Vaterlandes nach meinem besten Wissen und Gewissen bei meinen Anträgen und Abstimmungen allenthalben zu beobachten. So wahr mir Gott helfe!

Wenn man nicht nachdenkt, so wird man es begreiflich finden, wieso gerade diesen Treueid unser früherer Parteigenosse Hasselmann so außerordentlich zu benutzen wußte, um gegen die damalige Parteileitung zu intriguiren. Es gab keine geeignetere demagogische Handhabe, als zu sagen, wo soll das hin, auf welche schiefe Bahn begiebt sich unsere Partei? Ganz treffend hat damals Liebknecht, der meines Wissens ja der Erste war, der sich darüber mit meiner und ich glaube auch mit Ihrer Aller Zustimmung hinwegsetzte, ausgeführt:

Den Treueid haben wir ja nicht in die Verfassung hineingebracht, sondern die Anderen, und wenn wir uns an diesem papiernen Hinderniß stoßen, dann haben es ja unsere Gegner ungemein leicht. So lange sie die Majorität haben, derartige papierne Hindernisse aufzuthürmen, müssen wir von der politischen Arena verschwinden.

Nun wird aber auch heute gesagt, ja, wohin sollen wir kommen, auf dieser schiefenen Ebene werden wir eines Tages bei den bürgerlichen Parteien angelangt sein. Ja, das haben wir ebenfalls schon früher gehört. Ganz dieselbe Erscheinung hat sich bereits abgespielt, als unsere Genossen in den Berliner Stadtverordnetenwahlen eintraten. Wer erinnert sich nicht noch der Kämpfe zwischen Genossen Schippel und Tutzauer! (Heiterkeit.) Was jetzt pro und contra Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen geschrieben ist, Sie können es Alle nachlesen in den Parteizeitungen von 1887. Genossen, die früher gegen die Betheiligung in schärfster Weise waren, thun heute als Stadtverordnete ihre Pflicht, daß man nur den Hut davor abziehen kann. (Große Heiterkeit.)

Es kam 1893. Bernstein machte seinen Vorschlag. Ich maß damals der Sache keine Bedeutung bei und habe mit dazu beigetragen, daß der Kölner Beschluß zu Stande kam. Nicht aus Radikalismus. (Heiterkeit.) Ich bin kein Prinzipienreiter und in der Partei dafür bekannt, daß ich zu den äußersten Radikalen nicht gehöre. Es ist nicht das erste Mal gewesen, als ich gestern aufs Armensünderbänkchen kam und es hieß: So sieht der Kerl aus! (Große Heiterkeit.) Ich maß der Angelegenheit also keine besondere Bedeutung bei und habe die Artikel in der „Neuen Zeit" und im „Vorwärts" nicht einmal alle gelesen, so daß mir das Malheur passirt ist, dieses Mal dieselben Vorschläge zu machen, wie sie Arons schon damals gemacht hat. Ich habe seine Artikel damals nicht gelesen, seine Vorschläge auch jetzt nicht abgeschrieben, sondern bin durch eigene Erkenntniß dazu gekommen.

Während nun Bernstein und Unus 1893 auf ihrem Standpunkt ganz allein blieben, ist es diesmal, als wieder die „Neue Zeit" und zwar ihr Redakteur Karl Kautsky den Vorschlag wiederholte, ganz umgekehrt gewesen. Wir konnten die Beobachtung machen, daß zunächst der Gedanke der Wahlbetheiligung allgemeinste Zustimmung fand und daß erst, als die Frage der Ausführung herantrat, die Meinungen auseinandergingen.

Wie erklärt sich das? Es sind ganz natürliche Gründe. Die Thatsachen haben dazu beigetragen, daß sich ganz wesentliche Veränderungen in der Auffassung der Partei vollzogen haben. Fragen wir uns zunächst einmal: in wieviel Landtagen der deutschen Bundesstaaten sind wir schon eingezogen und in wieviel haben wir schon versucht, einzudringen? Nun, wir haben in der Mehrheit der deutschen Bundesstaaten Vertreter in den Landtagen, in zwölf, während wir in elf keine haben. Die beiden Mecklenburg scheiden als nicht konstitutionell regiert aus. Zu den zwölf Staaten kommen noch die hinzu, in

denen unsere Genossen mit großer Energie, wenn auch noch ohne Erfolg, den Kampf um Landtagsmandate aufgenommen haben. Wir haben Vertreter in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Gotha, Weimar, Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt, Bremen und Reuß j. L. Eine ganz interessante Liste, nicht wahr? Wird es da nicht erklärlich, wenn auch anderswo das Gleiche versucht wird? Ohne Erfolg haben wir uns in Hamburg, Oldenburg und Lippe-Detmold betheiligt, nicht betheiligt bisher in Braunschweig, Reuß ältere Linie und Anhalt, in Schwarzburg-Sondershausen, Schaumburg und Waldeck. In Anhalt und Reuß ältere Linie standen wir im Begriff, uns zu betheiligen, da veränderten die Gegner das Wahlrecht. Also Sie sehen, die Theilnahme an den Landesvertretungen, ist bei uns in der Partei schon sehr weit gediehen, und das macht es erklärlich, daß das Bestreben, ebenfalls eine solche Vertretung zu erhalten, auch in den Staaten, in denen diese Vertretung noch nicht vorhanden ist, geweckt wird. Und als dann bei uns in Preußen etwas eintrat, was bis dahin einfach für unmöglich gehalten wurde in den Kreisen aller Parteien, aller Politiker: als mit einem Male der führende Staat im Deutschen Reich, als Preußen von seiner, ich möchte sagen traditionellen Aufgabe, Vorkämpfer des Deutschen Reiches zu sein in der Stärkung der Einheit des Deutschen Reiches, abschwenkte und sich dem ödesten reaktionärsten Partikularismus ergab, nur um eine junge, aufstrebende Partei, die die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen sich zur Aufgabe gemacht hat, zu unterdrücken, ihr Hindernisse in den Weg zu legen, als die lex Recke kam, da ging ein Lichtstrahl durch das deutsche politische Leben, und der Lichtstrahl fiel auf den preußischen Landtag und erleuchtete ihn und brachte uns klar zum Bewußtsein, welche Bedeutung unter Umständen der preußische Landtag für uns haben könnte und es drängte sich die Frage auf: ob es angebracht sei, auch weiterhin die Negation in Bezug auf die Betheiligung beizubehalten. Wir wissen ja, was die lex Recke bedeutet: Vernichtung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Arbeiterklasse. Da wurde es für die Parteileitung Pflicht, die Frage nochmals zu erörtern, ob es nicht möglich sei, durch eine Veränderung der taktischen Haltung das drohende Unheil abzuwenden, und den prägnanten Ausdruck fand diese Erkenntniß in dem Aufruf der Fraktion, den Sie finden in der Nummer 160 des „Vorwärts“ vom 20. Mai 1897. Hierüber gab es keine Meinungsverschiedenheit. Die Bedenken kamen erst nachher, als es galt, an die Ausführung zu denken; es ist ja eine sich oft wiederholende Erscheinung, daß man in Bezug auf das Ziel einig sein kann, während man über die Wege dazu sich streitet. In diesem Aufruf heißt es, nachdem die preußische Vereinsvorlage in ihrer Bedeutung für uns gekennzeichnet und aufgefordert war, überall Versammlungen einzuberufen, überall Protestkundgebungen loszulassen, unter Aufbietung der Massenkräfte der Partei:

> Wo solche Kundgebungen gegen die Angriffe auf die Freiheit und das Recht des Volkes von bürgerlicher Seite ausgehen, unterstützt dieselbe. Gegenüber dem Vorgehen der junkerlichen Reaktion haben Alle gemeinsam zusammenzustehen, da durch das gekennzeichnete Attentat sich alle Bürger eines Gemeinwesens getroffen fühlen, das den Anspruch erhebt, ein moderner Staat zu sein.

Nun, Parteigenossen, Sie sehen, welche Bedeutung der Vereinsgesetzvorlage Seitens der Fraktion beigelegt wurde, und welche Gefahren in den neuen Wendungen der preußischen Politik von ihr gefunden wurden. Ich betone, der Aufruf der Fraktion ist einstimmig gefaßt worden und jubelnde Zustimmung hat er in der ganzen Partei gefunden. Ich habe die felsenfeste Ueberzeugung: wenn der Fraktion heute die Frage vorgelegt würde, wollt Ihr den Aufruf noch einmal unterzeichnen? — unter den 48 Männern würde sich auch nicht ein einziger finden, der nicht auch heute seinen Namen darunter setzte.

Also durch die ganze Partei geht nur ein einziger Zug. Es giebt kein Hüben und Drüben, kein Rechts und Links! Die Gefahr, die uns bedroht, ist klar erschaut. Wir befinden uns in der Vertheidigungs- sowohl wie in der Angriffsposition, und nur darüber haben wir uns zu entscheiden, in welcher Form der Angriff ausgeführt werden soll. Dafür die richtige Entscheidung zu treffen, die richtige Linie zu finden, die nach unserer besten Ueberzeugung dem Wohl der Partei dient, das ist die Aufgabe der Genossen hier auf dem Parteitag und ich habe die feste Ueberzeugung, daß wir unbekümmert um Rechthaberei und sonst was nur die Frage im Auge behalten: wie verhindern wir die gegnerischen Pläne und wie nützen wir unserer Partei, und vor Allem den Bestrebungen und Interessen der Arbeiterklasse, der freiheitlichen Ausgestaltung ihrer Rechte. Das sollen unsere Motive für unsere Entscheidung sein, und deshalb kann von einem Streit gar keine Rede sein; die Frage ist viel zu ernst für uns, als daß wir Zeit hätten, über kleinliche Rechthaberei und Sonderwünsche uns in die Haare zu gerathen.

Parteigenossen! So liegt also die Sache. Die Parteipresse brachte dem Aufrufe der Fraktion durchaus Verständniß entgegen. Kautsky gab in der „Neuen Zeit" nur Ausdruck dem, was in weiten Kreisen gefühlt wurde. Die Reaktion verschanzt sich hinter dem Dreiklassensystem, und da mußten wir uns dieses ansehen, ob sich nicht eine Bresche in diese Schanze des Junkerthums legen ließe. So lange waren wir Alle einig. Nun kam aber die weitere Frage: Wie soll diese Aufgabe gelöst werden? Da thürmten sich denn die Schwierigkeiten wieder auf, da kamen die Bedenken. Zunächst das Bedenken, daß es nicht möglich sei, aus eigener Kraft einen Parteigenossen in den preußischen Landtag hineinzubringen. Gewiß, diese Frage steht noch ungelöst da, und ich selbst glaube, offen gestanden, auch nicht an diese Möglichkeit. Aber man muß sich doch fragen, giebt es nicht doch Wege? Man muß das große Ziel im Auge behalten. 1871 hielt Bebel es noch für ganz unmöglich, daß wir je einen Sozialdemokraten in den sächsischen Landtag bekommen werden. Wir haben es dort auf 15 Vertreter gebracht und wir würden deren Zahl von Wahlperiode zu Wahlperiode erhöht haben, wenn unsere Gegner nicht zu dem Gewaltstreich der Wahlrechtsänderung gegriffen hätten. So ist für die Zukunft die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß wir auch aus eigener Kraft Abgeordnete in den preußischen Landtag bekommen. Wenn die Zukunft kommt, werden wir Stellung ihr gegenüber nehmen, wie wir sie in der Vergangenheit stets zu nehmen gewußt haben.

Ein weiterer Grund gegen die Betheiligung ist die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe. (Sehr richtig!) Seien Sie ganz ruhig! Wir sind Gegner des Dreiklassen-Wahlrechts gewesen, sind es heute und werden es bleiben. Aber deshalb, weil eine Waffe, die ich benutzen will, mir nicht konvenirt, ist noch nicht gesagt, daß ich sie garnicht nehme und mich wehrlos dem Gegner gegenüberstellen soll; — die Schwierigkeit, Wahlmänner zu finden, ist gewiß da, aber sie wird sich überwinden lassen, das haben ja die Wahlen in Hessen, Baden, Bayern, Gotha u. s. w. bewiesen, und jetzt auch die letzten Wahlen in Sachsen. Gewiß verkenne ich weiter nicht die Schwierigkeiten, die darin liegen, daß eine nöthig werdende Stichwahl am selben Tage wie die Hauptwahl stattzufinden hat, daß die Wähler bis zuletzt im Wahllokal anwesend bleiben müssen. Es legt das unseren Wählern Opfer auf: Verlust an Zeit und Verdienst. Wenn wir aber von unseren Wählern verlangen, womöglich den Tag der Reichstagswahlen als Feiertag zu betrachten, wo es irgend angeht, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, so kann auch der Einwurf, daß mit der Ausübung des höchsten staatsbürgerlichen Rechtes ein Verlust von einem Tagesverdienst verbunden ist, doch nicht als unüberwindlich erachtet werden. Gewiß, eine weitere Beschränkung des Wahlrechts durch die Be-

dingung eines sechsmonatlichen Aufenthalts am Orte ist vorhanden, aber sie kann von der Betheiligung an der Wahl nicht abhalten. Die Schwierigkeiten sind da, sie sind riesengroß, die Frage ist nur, ob sie unüberwindlich sind. Die letztere Frage verneine ich. (Sehr richtig.)

Der Kompromiß mit anderen Parteien ist vorgeschlagen worden. Der Kompromiß ist gewiß bedenklich. Was wird für ihn geltend gemacht? Es wird hingewiesen auf den Umschlag in der Stimmung der bürgerlichen Parteien. Zu der optimistischen Anschauung kann ich mich nun nicht aufschwingen, die Bernstein aus seinen englischen Erfahrungen heraus in der „Neuen Zeit" vertreten hat. Die örtlichen Verhältnisse müssen doch sehr dabei in Betracht gezogen werden. Was unsere Schweizer Genossen mit großem Erfolge thun, können wir in Deutschland nicht thun, in Deutschland mit seinen Parteigegensätzen und seinem schroffen Klassenkampfe, den wir nicht aufgeben wollen.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß wir ja auch bei den Reichstags-Stichwahlen nicht davor zurückschrecken, die Gegner zu unterstützen. Und das ist richtig. Ich sage: in unserer Hand liegt es, die Sache so zu leiten, daß unsere Partei auch bei den Landtagswahlen keinen Schritt weiter geht als bei den Stichwahlen zum Reichstag, und was da erlaubt ist und für die Partei günstig wirkt, das muß auch erlaubt sein bei den preußischen Landtagswahlen. Hier handelt es sich nur um das nöthige Maß taktischen Geschicks.

Aber da sagt man nun: Ja ... unsere Anhänger sind aber nicht schlau genug dazu! Wenn aber unsere Leute schlau genug sind, mit uns eine neue Kultur, eine neue Weltanschauung herbeizuführen, dann sind sie auch dazu schlau genug! (Bravo!) Es ist doch wunderbar: Bald vermögen wir Alles, bald haben wir den archimedischen Punkt gefunden, von dem aus wir eine Welt aus den Angeln heben können, bald giebt es nichts, nichts, was wir nicht könnten. Ja, Genossen, wer wollte diesen Idealismus missen. Wir müssen glauben, daß es nichts giebt, was wir nicht könnten. Dieser Glaube versetzt Berge und garantirt den Erfolg! Da bleibe man mit solchem Philistereinwurf weg. Ja, wir sind schlau genug, wenn wir nur wollen!

Ueber die Frage der Wichtigkeit, Vertreter im Landtage zu haben, darüber sollte unter uns kein Streit mehr sein. Darüber spreche ich nicht erst. Aber wie steht es mit der Möglichkeit, dieses Ziel auf dem Wege des Kompromisses zu erreichen? Zum Kompromiß gehören mindestens Zwei. Selbst wenn auf unserer Seite die Neigung zum Kompromiß vorhanden sein sollte, glauben Sie nicht, daß auf der Gegenseite stark die Empfindung vorhanden ist, die sich in dem Heine'schen Verse ausdrückt:

„Blamir mich nicht, mein schönes Kind,
Und grüß mich nicht unter den Linden.
Wenn wir nachher zu Hause sind,
Wird sich schon Alles finden."

(Große Heiterkeit.) Ach, Genossen, unsere Stimmen, die nehmen sie gern, aber mit den vaterlandslosen Gesellen, die nicht werth sind, den Namen Deutscher zu tragen, einen Kompromiß abzuschließen (Heiterkeit), ja, das ist wieder etwas anderes. Besonderer Muth ist ja nie Sache unserer Gegner gewesen.

Wenn aber auf Seite der Gegner die Neigung zum Kompromiß fehlt, so ist derselbe für uns überhaupt ausgeschlossen. Das ist noch nicht Kompromiß, wenn man erklärt: wir wählen den Gegner, weil er das kleinere Uebel ist. Der Kompromiß beginnt doch erst da, wo unter Aufgabe der eigenen Ueberzeugung man sich mit dem Gegner verbindet. Und das Vertrauen habe ich zu den Genossen: derartige Kompromisse schließen sie nicht. Davor wird sie die lange Partei-Erziehung, ihr Klassenbewußtsein bewahren.

Ein weiterer Einwurf lautet: Sowie wir auf diese Bahn uns begeben, werden die Stegmüllereien in ganz anderem Maße Platz greifen, als es bisher

schon geschieht, wird die Prinzipienreinheit der Partei bedroht. Dagegen kann ich nur immer dasselbe sagen: Wenn in unseren Reihen der Kompromißbazillus und die Neigung zu Stegmüllereien so stark ist, wie dieser Einwurf besagt, ach, Genossen, dann mögen wir beschließen, was wir wollen, dann werden wir trotz der radikalsten Beschlüsse nicht verhindern können, daß die Partei verwässert. (Sehr richtig.)

Seien wir doch gerecht. Wie viel Stegmüllereien sind denn eigentlich vorgekommen und wie sind sie geschehen? Erklären sie sich nicht aus dem ganzen Milieu, aus den kleinen Verhältnissen? Und dann: es kommt auch bei uns sehr viel darauf an, nicht was passirt, sondern wer es thut. Gefestigte Naturen kommen weit weniger in Gefahr als schwächere Naturen. Und denken wir auch an die Bitte im Vaterunser: Führe uns nicht in Versuchung. (Sehr richtig!) Dieser Einwurf der Stegmüllerei ist ja möglich, aber Parteigenossen, halten wir doch daran fest: Wer schwimmen lernen will, muß ins Wasser gehen! Das ist ein Wort, das ich aus dem Munde unseres Seniors Liebknecht schon zu hundert Malen gehört habe, immer zur rechten Zeit angewendet. Wenn wir die Welt in ihren Grundvesten erschüttern und umgestalten wollen, müssen wir noch manche Erfahrungen machen, und um diese Erfahrungen zu sammeln, müssen wir an gewisse Posten kommen, wo sie gesammelt werden können.

Ein zweiter Einwand geht dahin: Die Wähler werden irritirt, wenn wir ihnen sagen: bei den Landtagswahlen stimmt für die Freisinnigen oder eine andere bürgerliche radikale Partei, und wenn wir dann dieselbe Partei bei den Reichstagswahlen bekämpfen. Auch hier läßt sich dasselbe sagen wie vorher. Die Möglichkeit, daß der Eine oder der Andere dadurch vielleicht an uns irre wird und sich sagt, dann wähle ich auch für den Reichstag von vornherein den Kandidaten der Opposition, diese Möglichkeit gebe ich zu, es ist sogar möglich, daß die Welt einmal untergeht. (Heiterkeit.) Möglich ist eben Alles, es fragt sich nur, ob diese Möglichkeit einen solchen Umfang annehmen kann, daß wir um der sich daraus ergebenden Nachtheile willen die uns sonst erwachsenden Vortheile nicht mehr anstreben dürfen, und diese Ansicht halte ich für durchaus falsch. Was Alles möglich ist, darüber will ich kein Wort verlieren, weil es mir scheint, als gebe es überhaupt keine Unmöglichkeiten. Ueberall, wo Licht ist, ist auch Schatten, aber mit dieser Thatsache müssen wir rechnen, die müssen wir als gegeben annehmen.

Es ist dann ferner gesagt: Was soll denn überhaupt dadurch erreicht werden, daß wir uns der Mühe der Wahlbetheiligung unterziehen? Wir ändern ja an den thatsächlichen Verhältnissen, wie sie unter dem Dreiklassen-Wahlsystem einmal gegeben sind, doch nichts. Diesen Einwurf möchte ich nicht gelten lassen; es ist mit Recht in der Presse schon darauf hingewiesen, daß der preußische Landtag früher ein ganz anderes Gesicht gehabt hat wie heute. Es ist ja eine notorische Thatsache, daß die bekannte Aeußerung des Fürsten Bismarck von dem erbärmlichsten aller Wahlsysteme nicht daher rührte, weil die Ergebnisse des Dreiklassen-Wahlsystems ihm zu konservativ, sondern weil sie ihm zu radikal waren. Wenn Sie damit die heutige Zusammensetzung des Landtages vergleichen, so werden sie zugeben müssen, daß die Ansicht, als sei eine Aenderung nicht möglich, eine unzutreffende ist. Ich weiß nicht, welche Gründe unser Genosse Bernstein hat, daß er so schwärmt und von 50 bis 100 Mandaten spricht; das ist eine Behauptung, die ich nicht unterschreiben möchte, aber die Thatsache, daß der Landtag trotz des Dreiklassen-Wahlsystems anders zusammengesetzt werden kann wie bisher, steht für mich fest und läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Da darf ich wohl auf das Schicksal der lex Recke hinweisen. Wie wenige Stimmen, nur vier bis fünf, fehlten, und diese für die Arbeiterbewegung so außerordentlich gefährliche Maßregel wäre Gesetz geworden! Von diesen wenigen Stimmen hing das Schicksal des Versammlungsrechts der Arbeiter und

ich glaube auch das Schicksal unseres heutigen Parteitages ab. Ich fürchte, wenn die lex Recke Gesetz geworden wäre, es wäre Grünfutter für die Reaktion gewesen, und ob wir dann Zeit zu Erörterungen gehabt hätten, ob es dann überhaupt möglich gewesen wäre, aus Preußen Delegirte hierher zu entsenden, das glaube ich nicht. Wenn es so liegt, wenn wir sehen, von wie wenig Stimmen für uns so außerordentlich wichtige Fragen abhängen, dann müssen wir uns doch sagen, daß unsere Stellungnahme nicht blos davon diktirt werden kann und darf, ob wir 50 oder 100 Abgeordnete solcher Parteien durchbringen, die uns sympathischer sind als die jetzige Mehrheit, sondern es ist sogar die Frage, ob es uns gelingt, ein Dutzend durchzubringen, von großer Bedeutung; ich betone ausdrücklich: nicht ein Dutzend Sozialdemokraten, sondern ein Dutzend Vertreter solcher Parteien, die uns lieber sind als die Sorte, die jetzt das große Wort führt. Wenn wir allen Bedenken gerecht werden wollen, und wenn diese Bedenken wirklich so sind, daß sie uns bestimmen müssen, uns die Frage des direkten Eingreifens näher zu überlegen, so müssen wir nach einem Aushilfsmittel suchen, um diese Bedenken zu überwinden, ohne der Partei zu schaden. So bin ich zu meinem Vorschlag gekommen. Der eigentliche Vater dieses Gedankens ist Genosse Arons, derselbe ist also von zwei Seiten erfunden worden, nur bin ich drei oder vier Jahre später aufgestanden. (Heiterkeit.) Ich halte meinen Vorschlag heute schon für gerichtet, nicht weil ich ihm nicht viele Vorzüge beimesse, die die anderen Vorschläge nicht haben — aber was nützt es, der Gescheidteste zu sein, wenn es einem die Anderen nicht glauben? (Stürmische Heiterkeit.) Deshalb will ich über den Vorschlag nicht erst viel Worte verlieren.

Unter den allgemeinen Gründen, die gegen die Betheiligung ins Feld geführt werden, steht obenan der Einwurf, daß wir uns damit auf eine schiefe Bahn begeben und daß wir damit unseren Klassencharakter verleugnen. Schon aus den von mir vorhin angeführten Beispielen werden Sie ersehen haben, daß diese Einwürfe durchaus nicht neu sind. Es ist mir außerordentlich interessant, feststellen zu können, wie man in der Beurtheilung solcher Dinge manchmal zu Ergebnissen gelangt, die einem später unter anderen Verhältnissen unmöglich erscheinen. In seiner vorhin zitirten Rede aus dem Jahre 1869 sagt Liebknecht:

„Im absolutistischen Staat könne das allgemeine Wahlrecht nur Spiel- und Werkzeug des Absolutismus sein, dagegen sei das Dreiklassen-Wahlsystem zwar un- und antidemokratisch, aber es habe zugleich einen antifeudalen Charakter, da die besitzenden Klassen zwar allezeit bereit sind, Front gegen die arbeitenden Klassen zu machen, aber dennoch Feinde des absolutistischen Staates und bis zu einem gewissen Grade liberal seien."

Das ist eine Auffassung, der Liebknecht heute wohl nicht mehr beitritt, denn was 1869 ohne Erfahrungen noch richtig erschien, das ist im Laufe der Zeit widerlegt worden. Kann man dies Urtheil heute noch aufrecht erhalten? Nein, man müßte denn behaupten, daß das heutige Deutsche Reich weniger absolutistisch regiert wird, wie der Norddeutsche Bund regiert worden ist. Und das läßt sich doch wohl nicht bestreiten: wenn der Absolutismus Erfolge zu verzeichnen, wenn er Einfluß und Bedeutung hat, so hat er es heute, 1897, viel mehr in Deutschland, als er es 1869 gehabt hat.

Zweifellos ist es richtig, daß das Dreiklassen-Wahlsystem den besitzenden Klassen die ausschlaggebende Stellung einräumt, aber mit dem antifeudalen Charakter des Dreiklassen-Wahlsystems ist es eine eigenthümliche Sache. Der Feudalismus hat ja auch seine Wandlungen, und 1869 konnte man eben noch nicht an den Industrie-Feudalismus denken, der es möglich macht, daß Leute wie Stumm und Bueck gemeinsame Sache machen mit den Mirbach und Kanitz. (Sehr richtig!) So ändern sich die Dinge, und weil sie sich so ändern, darum ist mit Redensarten nichts gemacht. Es heißt überlegen, es heißt erwägen, um den Honig dort zu holen, wo er vorhanden und zu finden ist . . .

Singer: Der Redner spricht jetzt $1^3/_4$ Stunden; ich frage den Parteitag, ob er damit einverstanden ist, daß wir ihm unbeschränkte Redezeit gewähren. (Allgemeine Zustimmung.)

Auer (fortfahrend): Es thut mir ja außerordentlich leid, schon mit Rücksicht auf meine Person, denn Sie wissen ja, daß ich nicht der Gesündeste bin, aber das ist das Wenigste. Der wichtigste Grund ist der, daß nun Liebknecht erst morgen früh mit frischen Kräften drankommt und dann wickelt er mich noch viel schlimmer ein, als er es heute gethan hätte. (Stürmische Heiterkeit.)

Man spricht vom Aufgeben des Klassenkampfes. Ja, haben uns denn nicht früher Werner und Genossen denselben Vorwurf gemacht? Ist dieser Vorwurf nicht auch erhoben worden, als in Breslau das Agrarprogramm vorgelegt wurde? Doch seien wir aufrichtig. Glauben Sie denn, daß die große Mehrzahl Derjenigen, die in Breslau gegen das Agrarprogramm stimmten, nicht, weil sie die Bedeutung der Frage nicht erkannten, sondern weil sie die Lösung nicht für richtig hielten — heute noch auf demselben Standpunkt stehen? Ich für meine Person erkläre ganz offen: auch in der Agrarprogrammfrage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Es ist doch interessant, daß derselbe Parvus, der nichts Gutes an der Partei, ihrer Leitung und ihren Handlungen läßt, der überall den Bazillus des Kompromisses, des Nachgebens, der Verwischung des Klassenkampfes sieht, in der Betheiligung an den preußischen Landtags-Wahlen eine revolutionäre That erblickt. Die „Leipziger Volkszeitung" aber, von deren Chefredakteur das Wort herrührt: Eine Revision der Parteibegrifie wird immer nothwendiger, hat in den letzten Tagen die Entdeckung gemacht, daß wir uns durch die Betheiligung auf die schiefe Ebene begeben. Die Hoffnung, daß der Landtag „verfault", geht aber nicht in Erfüllung.

Dann ist auch gesagt worden, was hat es denn für eine Bedeutung, wenn das Vereinsgesetz gekommen wäre; uns hat das Sozialistengesetz nichts geschadet, wie soll uns da das kleine Vereinsgesetz schaden können. Mit solchen Anschauungen sollte man doch zurückhalten. Wer da meint, es sei für die Partei nicht schädlich, wenn unsere Programmsätze: Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift nicht mehr verwirklicht werden können, wer da glaubt, daß unsere Erfolge durch die Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte größer werden, der vergeht sich am eigenen Programm. Er hat den Glauben nicht mehr an die propagandistische Kraft unserer Idee! Er hat nicht mehr das Vertrauen, er will auf Umwegen unser Ziel erreichen. Deshalb ist dieser Einwand absolut verwerflich und sollte von keinem vernünftigen Genossen gemacht werden. (Bravo!)

Nun zur Sache selbst. Da will ich mich kurz fassen, denn ich habe etwas lange bei der Einleitung verweilt. (Große Heiterkeit.) Darüber scheint man sich mit wenigen Ausnahmen in der Partei einig zu sein, daß der Kölner Beschluß aufgehoben werden muß. Aber haben sich denn die Gegner der Wahlbetheiligung auch schon überlegt, daß sie mit der Aufhebung des Beschlusses eine ganz andere Situation schaffen als vorher? Wenn wir jetzt den Kölner Beschluß aufheben, so tritt nothwendig die Frage an uns heran: Was nun? Liegt in der Aufhebung des Beschlusses nicht indirekt die Antwort, daß wir uns betheiligen? Wir haben zunächst die Frage nach unserer Stellung zum Dreiklassen-Wahlsystem selbst zu beantworten, und da müssen wir daran festhalten, daß der Standpunkt sowohl der Gegner als auch der Anhänger der Wahlbetheiligung derselbe ist wie in Köln und derselbe bleiben muß. Die Schädlichkeit und Verwerflichkeit des Systems bleibt nach wie vor bestehen, es fragt sich nur, wie kann dieses uns so gefährlich erscheinende System beseitigt werden, darin sind wir einig. Unsere Losung muß sein und bleiben: Nieder mit dem Dreiklassen-Wahlsystem! Ueber die Verwerflichkeit des Dreiklassen-

Wahlsystems auch nur ein Wort zu verlieren, hieße Sozialdemokraten nach Hamburg bringen. Es frägt sich, wie es zu beseitigen ist. Wir haben die Ueberzeugung, gewonnen — das ist nachgewiesen in einer Form, die keinen Widerspruch duldet — daß, unsere Wahlenthaltung nicht blos unserer Verachtung gegenüber dem Dreiklassen-Wahlsystem Ausdruck giebt, sondern daß sie im Laufe der Zeit geradezu zu einer Unterstützung der reaktionären Parteien geführt hat. Wir räumen dadurch unseren konservativen Gegnern ein Uebergewicht ein, das sie nicht ausüben könnten, wenn wir, statt negirend dazusehen, eine Kampfposition einnähmen. Was hat bisher unsere negirende Haltung bewirkt? Sind wir dadurch dem Dreiklassen-Wahlsystem gefährlich geworden? Nein. Unser Kölner Beschluß hat nichts weiter im Gefolge gehabt als das Gegentheil von dem, was wir wollen. Er hat das Dreiklassen-Wahlsystem gestärkt, den Einfluß der Reaktion vermehrt und den Kampf gegen das Dreiklassen-Wahlsystem aus der Welt geschafft.

Was ist denn aus dem Beschluß geworden? Wo ist denn, um wieder auf Sachsen zu kommen, die große Protestbewegung geblieben, die unsere Leipziger Genossen angekündigt haben? Die „Leipziger Volkszeitung" mußte selbst mittheilen, daß die Genossen lieber in die Landes-Ausstellung statt in die große Protestversammlung gingen. Täuschen wir uns nicht. Mit der Negation erreichen wir nichts, wohl aber ist dadurch die Frage nach Beseitigung der Dreiklassenwahl aus der Oeffentlichkeit ausgeschieden.

Nach solchen Erfahrungen wollen wir zum Angriff übergehen. Zweifellos wird in dem Augenblick, wo wir unsere aktive Betheiligung an der Wahl beschließen, der nächste Wahlkampf in Preußen von der Frage beherrscht werden: wie stellen sich die einzelnen Parteien zum allgemeinen Wahlrecht und zur Beseitigung der Dreiklassenwahl. (Sehr richtig.) Das ist der springende Punkt, das haben wir auch in Köln erstrebt, nur mit verkehrten Mitteln. Wir sind also Dieselben geblieben, die wir gewesen sind, wir haben uns nur überzeugt, daß die bisherige Taktik nicht die richtige war, und wir ändern sie deshalb, ohne im Geringsten unsere prinzipielle Stellung aufzugeben. Daß durch die Wahlbetheiligung auch die Agitation befördert wird, wissen wir Alle.

In der ganzen letzten Zeit ist uns immer die Möglichkeit eines Staatsstreichs vorgeführt. Wenn es wahr ist, daß man sich mit diesem Gedanken trägt, und es ist wahr, dann haben wir ein großes Interesse daran, im Landtag des führenden deutschen Staates eine Majorität zu wissen, die uns eine Garantie, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, giebt, daß sie die Zustimmung zu einer derartigen revolutionären politischen Umwälzung in Deutschland nicht geben wird. Der preußische Landtag würde hierbei eine ganz gewaltige Rolle spielen. Heute ist schon das stärkste Gegengewicht gegen einen derartigen Versuch zu finden in den süddeutschen Staaten mit ihren parlamentarischen Vertretungen. Glauben Sie, daß wenn im preußischen Landtag eine Majorität ist, die unter allen Umständen ihre Zustimmung zu einem Umsturz der Verfassung durch Staatsstreich verweigert, glauben Sie, daß dann eine solche Umwälzung möglich ist? Nein! Hier hat der preußische Landtag eine Bedeutung, die zu bedenken ich Ihnen ans Herz lege.

Ich habe, was in meinen Kräften steht, gethan, um zu zeigen, daß sich für unsere Stellung Gründe geltend machen lassen. Nicht aus Rechthaberei, nicht um zu majorisiren, sondern um unsere Grundsätze zu fördern, sie zum Siege zu führen, sollen diese unsere Verhandlungen dienen, und ich bitte Sie, schließen Sie sich unserem Antrag an. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Singer:** Ich glaube nicht, daß wir unserem Korreferenten zumuthen können, jetzt mit seinem Referat zu beginnen, nachdem der Referent über zwei Stunden gesprochen hat. Es hat den Anschein — es sind bis jetzt

allerdings erst 37 Redner gemeldet (Heiterkeit)—, daß wir in eine sehr umfangreiche Verhandlung eintreten werden. Bei der Bedeutung des Gegenstandes ist es aber selbstverständlich, daß diese Frage auf das Allereingehendste behandelt wird. Wir werden uns also darauf gefaßt machen müssen, mindestens bis Sonnabend Abend zu tagen. Zunächst schlage ich vor, daß wir die weitere Verhandlung über diesen Gegenstand bis morgen vertagen. — Der Parteitag ist damit einverstanden. — Um die Zeit bis 12 Uhr auszufüllen, würde ich vorschlagen, in die Verhandlung über den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Organisation", einzutreten. Das Malheur will aber, daß Auer auch hierzu Referent ist, und er hat wohl keine Lust jetzt dazu. (Heiterkeit.) Ich schlage also vor, den nächsten Punkt: **Anträge zum Programm und zur Organisation** zu nehmen. — Der Parteitag ist damit einverstanden. — Hierzu gehören die Anträge 3, 17, 18, 19, 72, 96. Antrag 96 ersetzt die Anträge 19 und 72.

Die Anträge 3 und 17 finden nicht genügende Unterstützung.

Wenzel-Zittau spricht für den Antrag 18 der Löbauer Genossen, der verlangt, daß für diejenigen Wahlkreise, welche nicht in der Lage sind, einen Delegirten zum Parteitage aus eigenen Mitteln senden zu können, die Partei die Delegationskosten eines Delegirten zu tragen hat.

Schade-Halle: Wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringen kann. Durch Prozesse oder sonstige Vorfälle könnte es einem Kreise unmöglich werden, die Kosten für einen Delegirten aufzubringen. Darum ersuche ich um Annahme des Antrages.

Gerisch: Ich bitte Sie, den Antrag wegen seiner Konsequenzen abzulehnen. Wir könnten doch, wenn er zum Beschluß erhoben wird, nicht einen Kreis zurückweisen und es würden dann Kreise auf Parteikosten einen Delegirten schicken wollen, in denen vielleicht 50 sozialdemokratische Stimmen abgegeben sind.

Der Antrag 18 wird abgelehnt.

Knüpfer-Berlin begründet hierauf den Antrag 96: Auf dem Erfurter Parteitage 1891 wurde eine Preßkommission eingesetzt, die über den lokalen Theil des Zentralorgans „Vorwärts" zu wachen hatte. Es hat sich aber mit der Zeit herausgestellt, daß diese Thätigkeit eine ganz bedeutungslose ist und ein großer Theil der Genossen Berlins und der Vororte hält eine Erweiterung für nothwendig. Wir müssen es als nebensächlich ansehen, kleine Beschwerden über den Annoncentheil entgegenzunehmen, und so hat sich denn auch in den letzten Jahren die Preßkommission des „Vorwärts" auf ein weiteres Gebiet begeben und eine Einwirkung auf die Agitation des Zentralorgans, seine Weiterverbreitung in Berlin und den Vororten genommen und die Verwaltung angespornt, hierzu größere Geldmittel aufzuwenden. Um nun auch das formale Recht zu einer Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des „Vorwärts" sowie seiner Verwaltung zu haben, beantragen wir eine bezügliche Einfügung in das Organisationsstatut als § 17a. Ich glaube, es wird sich unter den Delegirten kein Widerspruch gegen diesen Antrag erheben. Wenn auch das bisherige Verhältniß zwischen der Redaktion des „Vorwärts" und der Preßkommission ein gutes gewesen ist und sämmtliche Beschwerden zur friedlichen Erledigung gekommen sind, so fehlte doch die formelle Autorisation durch das Organisationsstatut. Die Berliner Genossen beanspruchen nur das Recht für sich, das alle übrigen Genossen in ganz Deutschland haben, mitzurathen und mitzuthaten bei dem Blatt, zu dem sie die weitaus meisten Leser stellen. Ich bitte dringend um einstimmige Annahme unseres Antrages. (Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nunmehr werden aus dem nächsten Punkt der Tagesordnung: **Sonstige Anträge** die Anträge 9, 68 und 74 zur Verhandlung gestellt, die sich mit der Verlegung des Parteitages auf die Weihnachts- bez. Pfingstwoche beschäftigen.

Hoffmann-Hamburg: Ich ersuche Sie, die Anträge abzulehnen. Für diejenigen Genossen, die aus weiten Entfernungen reisen sollen, hat eine Reise in der Winterkälte besondere Unannehmlichkeiten.

Stolten-Hamburg beantragt, den Parteitag im September abzuhalten. Bis zum 1. Oktober haben die Genossen mit den Sommerfahrplänen vielfach bessere Verbindung; außerdem ist das Wetter im Oktober meistens schon rauh.

Bebel: Solche Anträge sind bisher auf jedem Parteitag gestellt und stets abgelehnt worden. Ich ersuche Sie, es auch diesmal zu thun. Es ist unmöglich, daß die Partei sich in Bezug auf die Zeit der Abhaltung des Parteitages bindet. Im nächsten Jahre würde z. B. ein Parteitag in der Pfingstwoche schon unmöglich sein, weil in diese Zeit zweifellos die Vorbereitung der Reichstagswahlen fällt. Weihnachten geht auch nicht; es giebt doch eine sehr große Zahl von Familienvätern unter uns, die Weihnachten im Kreise ihrer Familie zu verleben wünschen. (Sehr richtig!) Für die Reichstags- und Landtagsabgeordneten sind die Weihnachtsferien die einzige Zeit innerhalb vieler Monate angestrengtester Thätigkeit, in der sie Geschäfts- und Familiengeschäfte ordnen können. Vor allen Dingen aber ist die Parteileitung verpflichtet, die allgemeine Situation im Auge zu behalten. (Beifall.)

Seiler-Berlin spricht für die Weihnachtszeit.

Sämmtliche Anträge werden **abgelehnt**. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Eine briefliche Beschwerde von **Carl Lindner**, Zigarren-Arbeiter aus **Dessau**, gegen die Dessauer Genossen, wird der neuen Parteileitung zur Prüfung und Erledigung überwiesen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß um 2 Uhr die Hafenfahrt von der St. Pauli-Landungsbrücke stattfinden wird, wo das Merkzeichen, die rothe Fahne, gehißt ist. (Heiterkeit.)

Schluß 12 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 8. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_2$ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Von der **Mannheimer Aktien-Druckerei** ist ein Schreiben, gezeichnet August Dreesbach, eingegangen, in dem ersucht wird, folgende Erklärung zur Kenntniß zu bringen:

„Nach dem Bericht des „Vorwärts" über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie hat Genosse A. Geck bei der Empfehlung der Verstaatlichung seines „Volksfreundes" den Ausspruch gethan:

„Die Mannheimer „Volksstimme" ist nur ein Lokalblatt mit unbedeutender Abonnentenzahl."

Wir halten es für angezeigt, demgegenüber festzustellen, daß die „Volksstimme" einen Abonnentenstand von 5000 Abonnenten im badischen Unterlande hat. Außerdem ist die „Volksstimme" ein Tageblatt, während der „Volksfreund" nur dreimal wöchentlich erscheint."

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort

Gerisch: In der vorgestrigen Verhandlung hat, während ich wegen einer Sitzung der Mandatsprüfungs-Kommission nicht anwesend war, Morawski nach dem Berichte des „Vorwärts" mir folgende Worte in den Mund gelegt, die ich bei einer Zusammenkunft mit den polnischen Genossen gethan haben soll:

„Dann seid Ihr keine Sozialdemokraten, wenn Ihr Polen seid."

Aus dem Zusammenhang gerissen, ergiebt diese Aeußerung ein völlig falsches Bild meiner Ansicht. Es klingt so, als hätte ich den polnischen Genossen bestritten, Sozialdemokraten zu sein. Ich habe aber gesagt:

„Wenn Ihr, statt die Arbeiter zur Erkenntniß ihrer Klassenlage zu bringen, die polnische Frage in den Vordergrund stellt, dann seid Ihr Polen und keine Sozialdemokraten.“ (Bravo!)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Delegirten des vierten Berliner Wahlkreises theilen mit, daß Antrag 69 irrthümlich an den Parteivorstand geschickt sei, während er nur eine Resolution der Parteiversammlung darstelle. Der Antrag muß demnach als hinfällig und nicht gestellt betrachtet werden.

Das Wort erhält nunmehr

Korreferent **Liebknecht:** Genossinnen und Genossen. Ich werde mich bemühen, Alles, was nicht absolut zur Sache gehört, bei Seite zu lassen, damit wir womöglich heute noch mit der Diskussion zu Ende kommen können. Von Zitaten werde ich mich fernhalten — Zitate sind mitunter verfänglich. Vor allen Dingen werde ich mich nicht mit einer Kritik des Dreiklassen-Wahlsystems beschäftigen; denn über Zweck und Wesen desselben sind wir Alle einig und es wird nicht Einer unter uns sein, der in Bezug auf die Beurtheilung dieses Systems nicht vollständig auf dem Boden von Köln steht. Die Frage ist nicht die: sollen wir das Dreiklassen-Wahlsystem brandmarken? — sondern: sollen und können wir, solange es besteht, uns an der Wahl betheiligen? In einem Punkte stimme ich mit Auer vollkommen überein: Diese ganze Frage ist nicht eine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Das habt Ihr, Genossen, in der Preßdebatte, die diesem Parteitag vorausging, von vornherein Alle anerkannt, und damit ist dieser ganzen Debatte jeder persönliche Charakter und jedes gehässige Moment genommen worden. Ich stehe nicht an zu erklären, daß die Art und Weise, wie diese die Interessen unserer Partei so tief berührende Frage behandelt ist, geradezu mustergiltig gewesen ist.

Wenn die Gegner sich schon gefreut haben, daß es hier zu heftigen Auseinandersetzungen und schließlich zur unvermeidlichen Spaltung kommen werde, so wird diese Freude sich bald in Leid verwandeln. Denn wenn ich auch überzeugt bin, daß so Mancher mit dem Resultat, welches die Debatte haben wird, nicht ganz zufrieden sein wird, so steht das Eine doch von vornherein fest: wie auch immer die Entscheidung ausfallen möge, die Disziplin in unserer Partei und das Vertrauen der Genossen in einander ist ein so großes, daß von einer Trennung der Partei, von einer Nichtbefolgung dessen, was beschlossen wird, nicht die Rede sein kann. Wir haben an einem warnenden Beispiel — ich muß das ja leider erwähnen — in Sachsen gesehen, wie gefährlich es ist, wenn in einer solchen Frage auch von einer noch so kleinen Minorität eine abweichende Taktik befolgt wird. Dessen sind wir Alle sicher, und unsere Gegner werden es aus den Debatten ersehen, daß, wenn auch unsere Meinungen weit auseinandergehen, doch die Partei einig ist in dem Bestreben, von welchem Jeder von uns in gleichem Maße erfüllt ist, das zu thun, was im Interesse der Partei liegt. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß eine Debatte, wie sie in unserer Partei über die Betheiligung an den Landtagswahlen geführt worden ist, von keiner anderen Partei in so objektiver Weise hätte geführt werden können. Und das hat darin seinen Grund, daß in unserer Partei das persönliche Moment, wenn es auch naturgemäß nicht ganz fehlt, doch weit mehr als in jeder anderen Partei hinter dem allgemeinen Interesse zurücksteht. Bei uns hat es stets geheißen: Erst die Sache und dann die Person.

Es ist in Köln vor vier Jahren einstimmig der Beschluß gefaßt worden, daß wir uns unter dem Dreiklassen-Wahlsystem nicht an den Landtagswahlen

in Preußen betheiligen können. Seitdem ist ein Umschwung der Meinungen in einzelnen Kreisen der Partei eingetreten, es ist das Wort gebraucht worden — wenn ich nicht irre, von Auer — „die Erleuchtung" ist über manche bisher nicht erleuchtete Köpfe gekommen. Jedenfalls hat die Frage Jahre lang geruht und ist erst neuerdings wieder in den Vordergrund gehoben. Ich frage: Hat denn die Lage seit Köln sich geändert? Ich meine so, daß eine veränderte Taktik geboten ist. Es wird das von den Freunden der Wahlbetheiligung behauptet. Ich leugne es vollständig; die allgemeine politische Lage hat sich im Großen und Ganzen seit 1893 absolut nicht geändert. Jetzt sagt man zwar: „Das Junkerthum ist seit einiger Zeit übermächtig geworden, in der Kammer ist neulich blos mit einer Majorität von 8 Stimmen das „kleine Sozialistengesetz" für Preußen zurückgewiesen worden; das giebt zu denken." Ja, ist denn das etwa wahr? Ist etwa das Junkerthum heute stärker, als es 1893 und vor 1893 gewesen ist? Was ist denn Bismarck gewesen? Doch ein Junker, und der mächtigste aller Junker. Daß das reaktionäre Junkerthum jetzt im Vordergrunde steht, ist das etwa eine Erscheinung, die sich auf Deutschland beschränkt? Das Junkerthum, wie wir es haben, ist freilich etwas spezifisch preußisches, aber reaktionäre Elemente giebt es überall und sehen wir nicht, daß überall da, wo der Klassenkampf mächtig ist, das zur Kapitalistenklasse entwickelte Bürgerthum, weil es die Sozialdemokratie fürchtet, sich der Reaktion in die Arme wirft? Blicken wir doch zurück! Man sagt oft irrthümlicherweise, daß das französische „Bourgeois" mit dem deutschen Wort „Bürger" sich deckt, aber das ist grundfalsch. Das nicht kapitalistische Bürgerthum ist immer demokratisch gewesen, dies Bürgerthum hat in England die Revolution gemacht, es hat in Frankreich die Revolution gemacht und sich die politische Macht dem Adel und der Geistlichkeit gegenüber erkämpft. Aber das kapitalistische Bürgerthum, d. h. die Bourgeoisie, kurz der heutige Kapitalismus, muß, weil er die Unterdrückung der Arbeiterklasse zur Existenzbedingung hat, mit aller Kraft versuchen, die Arbeiterklasse, die er ausbeutet, auch politisch zu unterdrücken. Von dem Augenblick an, wo die arbeitende Klasse für sich die gleichen Rechte fordert, muß der Kapitalismus reaktionär werden. Ich erinnere Sie nur an die Entwickelung Frankreichs, dessen Bürgerthum 1789 die Bastille stürmte, und dessen Bourgeoisie sich 1848 nach der Junischlacht Napoleon in die Arme warf.

Und was hat unser deutsches Bürgerthum gethan? 1848 war es doch durch und durch demokratisch — es hat sich Bismarck in die Arme geworfen. Heute ist das Bürgerthum, soweit es kapitalistisch ist, der Hort der Reaktion; das liegt in den Verhältnissen begründet und würde auch der Fall sein, wenn wir kein preußisches Junkerthum hätten. Und ist denn der preußische Junker gefährlicher als der König Stumm! Bei der Rückständigkeit unseres Bürgerthums hat allerdings die Reaktion bei uns in Deutschland einen etwas plumperen Charakter angenommen als in anderen Ländern, aber im Wesentlichen ist es dasselbe. Und glaubt Ihr, Genossen, wenn wir aus dem preußischen Landtag die Junker entfernen könnten, wenn statt einer Mehrheit von 8 Stimmen, mit der die lex Recke verworfen wurde, eine starke Majorität aus oppositionellen Elementen hineingebracht würde, glaubt Ihr, daß das für das Junkerthum oder Diejenigen, die jetzt in Deutschland die reaktionäre Arbeit verrichten, ein ernstliches Hinderniß wäre? Nochmals frage ich: Wo hat sich denn die Situation verändert? Etwa, daß die reaktionäre Arbeit jetzt in den Landtag verlegt wird? Auch das ist nichts Neues. Hat nicht schon vorher, schon unter Bismarck, die Regierung heute das Reich gegen die Einzelstaaten und morgen die Einzelstaaten gegen das Reich ausgespielt? Und nun zu einem entscheidenden Punkt: Was würde denn eine oppositionelle Mehrheit zu bedeuten haben? Die Gefährlichkeit des Junkerthums liegt doch gerade

darin, daß es sich überhaupt um den ganzen Parlamentarismus nicht bekümmert; es erkennt ihn nicht an, es will das absolute Regiment, es will dem König und dem Kaiser das Recht geben, über die Köpfe der Parlamentsmehrheit hinweg zu regieren. Das Gefährliche der Lage in Deutschland ist, daß das parlamentarische Regiment nicht gesichert ist (Sehr wahr!), daß die Grenze zwischen der Macht der Regierung und der Macht des Reichstags nicht gezogen ist, daß der Reichstag bis zu einem gewissen Grade noch in der Luft steht, daß das Königthum von Gottes Gnaden noch besteht, und daß unser Konstitutionalismus ein Scheinkonstitutionalismus ist. Der Staatsstreich droht uns, mit ihm müssen wir rechnen. Und wie steht es da mit dem Landtag? Das Wort von dem elendesten aller Wahlsysteme sprach Bismarck, weil es ihm zur Zeit des Verfassungskonflikts eine radikale Mehrheit brachte, deren Widerstand er nicht überwinden konnte; und hat er nicht trotzdem die Armeereorganisation durchgeführt, hat er nicht trotzdem die Kriege begonnen? Und wenn wir heute eine radikale Majorität im Abgeordnetenhause mit oder ohne unsere Hilfe hätten, würde sich die Regierung etwa um sie kümmern und ihre Beschlüsse respektiren? (Sehr richtig!) Wir haben es eben mit Gegnern zu thun, die den Parlamentarismus nicht so ernst nehmen, wie Mancher von uns. Entspringt doch die Bewegung gegen den Kölner Beschluß einer Ueberschätzung des Parlamentarismus. (Sehr gut!)

Die politische Situation hat sich also im Wesentlichen nicht geändert, wohl aber hat sich das Landtags-Wahlrecht verändert. Ist es aber besser geworden? Nein, im Gegentheil, die Reform war eine Reform nach rückwärts. Die Miquel'sche Steuergesetzgebung hat den reaktionären und plutokratischen Charakter des Wahlrechts nur verschärft. Wenn es also 1893 schon unmöglich war, Vertreter der Sozialdemokratie in den Landtag zu bringen, so ist dies jetzt doppelt und dreifach unmöglich geworden. Auch nur einen sozialdemokratischen Kandidaten durchzubringen, daran ist einfach nicht zu denken und sollte noch Jemand zweifeln, nun, wir haben ja den praktischen Versuch gemacht in Sachsen. Dort hat die reaktionäre Regierung, um die unbequeme Sozialdemokratie auszuschließen, bekanntlich nach preußischem Muster das Dreiklassenwahlsystem eingeführt. Dieses System, das der sozialistischen Minderheit doppelt so viel Wahlmännerstimmen für jeden einzelnen Kandidaten giebt als der Masse der Wähler, verlieh der sächsischen Regierung so sehr die Sicherheit, daß kein Sozialdemokrat mehr in den sächsischen Landtag gewählt werden könne, daß sie auf eine sehr wichtige Bestimmung verzichtete, die im preußischen Landtags-Wahlgesetz enthalten ist, nämlich auf die, daß die Wahlhandlung öffentlich ist. In Preußen muß der Wähler nicht nur den Namen des Kandidaten nennen, den er als Wahlmann haben will, er muß auch seinen eigenen nennen und er muß außerdem mit seinem Arbeitgeber zusammen wählen, denn alle drei Klassen wählen zusammen, der Arbeiter muß vor dem Unternehmer Revue passiren. Unsere Genossen wissen, wie unangenehm das ist, wie viele unserer Wähler dadurch abgeschreckt werden. Die sächsische Regierung, so außerordentlich human, wie sie bekanntlich ist, verzichtete auf diese Erschwerung, und wir haben in Sachsen die Probe aufs Exempel gemacht.

Die sächsischen Genossen hatten auf ihrer Landesversammlung den Beschluß gefaßt, gegen die Wahlrechtsverschlechterung nicht dadurch zu protestiren, daß die Mandate hingeworfen werden, sondern den Versuch zu machen, unter der Herrschaft dieses Wahlrechts sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtag zu bringen. Mißlang der Versuch, so war der Beweis geliefert, daß dieses Wahlrecht die Ausschließung der Arbeiter bedeutet.

Ich selbst war ursprünglich der Meinung, daß es besser sei, durch Wahlenthaltung zu protestiren, ich kam aber bei Prüfung der Sachlage allmälig zu anderer Anschauung, und als die sächsische Landesversammlung den entgegen-

gesetzten Beschluß faßte, da hat mich, wie ich gestehen will, nach genauer Ueberlegung der Beschluß gefreut; und zwar deshalb, weil ich mir sagte: setzten wir nicht alle Kraft daran, auch unter dem Scheinrecht Mandate zu erobern, dann hätte die sächsische Regierung ausgeführt: Ja, Ihr habt's ja nicht einmal probirt. (Sehr richtig!) Ich habe mich selbst an der letzten Wahlagitation in Sachsen betheiligt, habe alle meine Kraft in die Wagschaale geworfen. Ich gebe zu, daß ich ganz inwendig einen Hintergedanken dabei hatte. Und auch ein bischen „Bosheit" war dabei. Als Gegner der Wahlbetheiligung in Preußen sagte ich mir: Je größer unsere Anstrengungen hier sind, ohne daß ein Resultat erzielt wird, desto schwerer wirkt das Argument gegen die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. (Sehr richtig!) Ich bedauere, daß die Kraftanstrengung unserer sächsischen Genossen von der „Leipziger Volkszeitung" als eine fruchtlose bezeichnet und ungerecht beurtheilt worden ist. (Sehr richtig.) Gerade die Sonderpolitik der Leipziger Genossen hat es unmöglich gemacht, die Agitation in Sachsen überall mit gleichmäßiger Energie zu betreiben. Ich habe die Energie der sächsischen Genossen bewundert und auch die Resultate, die auf dem neuen, dem unbekannten Kampfboden erreicht wurden. Es ist das Menschenmögliche geleistet worden. Und in der dritten Klasse hatten wir schöne Erfolge, aber, wie das für mich von vornherein feststand, in der ersten und zweiten Wählerklasse haben wir so gut wie keine Wahlmänner durchgesetzt; alle unsere in dieser Wahl befindlichen Mandate sind verloren gegangen, bis auf eins, das an einem Faden hängt, in dem die Partei vermuthlich ein Haar finden wird. (Sehr richtig!) Es ist nämlich nur zu haben durch einen Kompromiß mit den Antisemiten. Und da sage ich: Wenn ich mich auf den Sumpfboden des Kompromisses begebe, dann lieber noch ein Kompromiß mit einem ehrlichen Konservativen, als mit dieser Demagogenpartei, die heute so, morgen so spricht, das Volk aber unter allen Umständen verrathen wird. (Bravo!)

Jeder, der das preußische Wahlrecht studirt, der die Ergebnisse der letzten sächsischen Landtagswahlen studirt, sieht ein, daß wir aus eigener Kraft einen Kandidaten nicht wählen können. Das wird jetzt auch zugegeben von den meisten Freunden der Wahlbetheiligung; deshalb soll ein anderer Weg gegangen werden.

Hier zunächst einige Worte, die meine eigene Person betreffen. In den bürgerlichen Blättern wird mir eine besondere Verbissenheit gegen das Bürgerthum, ein starres Festhalten an alten Vorstellungen vorgeworfen, ich werde als versteinerter Doktrinär bezeichnet, der jeder praktischen Politik entgegentritt. Wenn ein Vorwurf je unberechtigt war, so ist es dieser. Ich bin sehr früh in den politischen Kampf in Deutschland eingetreten und ich habe stets den Verhältnissen Rechnung getragen. Auer hat mir eine Rede aus dem Jahre 1869 vorgehalten. Ich habe mich damals sehr geringschätzig über das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen, über das allgemeine Stimmrecht wohl verstanden unter dem Absolutismus. Damals gab es noch den Norddeutschen Bund, eine offenbar provisorische Schöpfung. Das allgemeine Stimmrecht und der Parlamentarismus sind damals von Vielen überschätzt worden. Ich bin mir über die Motive Bismarck's für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts klar geworden. Diese Politik Bismarck's war ihm empfohlen von dem bekannten Geheimrath Wagener und hatte zum Muster die Politik Napoleons III., der den modernen zäsaristischen Absolutismus begründet hat. Die französische Bourgeoisie hatte nach der Junischlacht das allgemeine Wahlrecht aufgehoben. Napoleon beseitigte nach dem Staatsstreich diese Beschränkungen wieder, aber er hat dafür gesorgt, daß das allgemeine Wahlrecht nur ein Spielzeug in den Händen des Volkes wurde. In Frankreich konnte keine Wahl gegen den Willen der Regierung ausfallen, nur die offiziellen Kandidaten wurden gewählt mit

wenigen Ausnahmen, die die Regierung selber zuließ, um die Komödie zu verdecken. Das war ein Wahlrecht, wie es dem Fürsten Bismarck vorschwebte. Freilich, er hat sich geirrt. Aus dem Spielzeug ist eine mächtige Waffe in den Händen des Proletariats geworden; der Absolutismus hat in Deutschland aus Gründen, die ich hier nicht ausführen will, unter Bismarck nicht den konzentrirten und einheitlichen Charakter erlangen können wie in Frankreich unter Napoleon III. Mein Standpunkt hat sich nicht verändert. Ich habe mich blos damals geirrt. Ich habe mich in meinem Leben noch hundertmal geirrt, und ich halte jeden Menschen, der seine Irrthümer nicht eingesteht und sich nicht fortentwickelt, für sehr minderwerthig. Was speziell die Frage der Taktik betrifft, so habe ich selbst einmal das Wort gesprochen: wenn die Verhältnisse an einem Tage sich vierundzwanzigmal ändern, so ändere ich meine Taktik vierundzwanzigmal am Tage. Taktik ist eine Frage der Verhältnisse, sie allein haben zu entscheiden.

Also ich soll hier von einem grimmigen, unversöhnlichen, blinden Haß gegen die Bourgeoisie erfüllt, ich soll ein Feind der bürgerlichen Freiheit sein. Nun, ich war ja in der kritischen Zeit thätig, als die Regierung den Versuch machte, den Sozialismus vor den Karren der Bismarck'schen Reaktion zu spannen: Wer ist es denn, der damals — zu Anfang der sechziger Jahre — in erster Linie diese Versuche bekämpft hat? Wer ist es denn, der von Schweitzer hundertmal beschuldigt worden ist, die Geschäfte der Bourgeoisie zu besorgen? Ich bin bei allen Gelegenheiten für bürgerliche Freiheit eingetreten. Ich war wohl der Erste, der verlangte, bei Stichwahlen unter gewissen Bedingungen die bürgerlichen Oppositionsparteien zu unterstützen. Ich handele stets im Geist des Kommunistischen Manifests; da heißt es:

„Ueberall, wo das Bürgerthum für revolutionäre, d. h. demokratische Forderungen eintritt, ist es im Interesse der Arbeiterpartei, die Bourgeoisie zu unterstützen."

Das ist allezeit die Taktik der Partei gewesen, ich habe sie allezeit befürwortet, und sie wird stets die Taktik der Partei bleiben. Also dies Argument läßt sich gegen mich nicht anwenden.

Es sind zwei verschiedene Strömungen in der Partei. Die Einen sagen, wir müssen mit der Fortschritts- oder einer anderen Oppositionspartei ein Wahlbündniß schließen. Auf diesen Ausdruck scheint man, weil er zu sehr mißfiel, wohl verzichtet zu haben; mit einem Leichnam kann man sich nicht verbinden, und bei uns in Deutschland ist die Fortschrittspartei ein Leichnam. Es wird uns zugemuthet, wir sollen den Leichnam zu neuem Leben galvanisiren, „das Gleichgewicht wieder herstellen, das dadurch verschoben ist, daß die Sozialdemokratie der Fortschrittspartei einen Theil ihrer Landtagswähler abgenommen hat." Das ist ja aber doch ein außerordentlich großer Vortheil für uns gewesen! Darin liegt doch unser Fortschritt als Partei; darin offenbart sich, daß wir allmälig die Fortschrittspartei gleich allen anderen kapitalistischen Parteien überwinden werden. Den Fortschrittlern die Wähler wieder zurückgeben, die wir ihnen abgenommen haben, das erinnert ja an jenen italienischen Wundarzt, der bei Nacht die Leute überfiel und verwundete, um anderen Tages die Wunden zu heilen. — Das hieß doch den Kampf, den wir geführt haben, für thöricht zu erklären. (Sehr richtig!)

Man spricht von einem Kompromiß. Ich bin gewiß kein Gegner von Kompromissen. Vor 30 Jahren schon habe ich geschrieben, daß das ganze politische Leben eine Summe von Kompromissen ist zwischen verschiedenen Weltanschauungen, zwischen verschiedenen Interessen. In der französischen Revolution ist niemals tabula rasa gemacht worden; das ist eine Anschauung, die blos politische Kinder haben oder allenfalls unsere Regierungen und unsere Polizei. Für die Politik gilt das Gesetz vom Parallelogramm der Kräfte ebenso gut wie in der physischen Welt. Das erkenne ich vollständig an, und wenn

ich aus einem Kompromiß mit einer anderen Partei irgend einen Vortheil erhoffen könnte, der die Nachtheile überwiegt, so würde ich unbedingt zugreifen. Auer hat gestern gesagt, wir sollten für solche Fortschrittler eintreten wie Johann Jacoby und Guido Weiß. Ja, wo sind solche Fortschrittler heute? (Sehr wahr!) Jacoby ist Sozialdemokrat geworden und Guido Weiß ist mit seinem Herzen auch auf unserer Seite. Eine bürgerliche Demokratie giebt es nicht, und kann es nicht geben. Die Fortschrittspartei ist heute eine Partei, die mit Demokratie nichts gemein hat; und ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich eine Fortschrittsmajorität, erreicht durch unsere Stimmen, für ein gefährlicheres Uebel halten würde als eine Junkermajorität im Landtage. Ich will auch gleich sagen, warum: Die Junkermajorität erbittert die Massen, regt sie auf und treibt sie in unser Lager, und eine fortschrittliche Majorität würde aus unserem Lager gar Manchen abziehen. Je mehr der Kampf sich zuspitzt, desto besser für uns. Eine Abschwächung des Kampfes wird auch eine Abschwächung der Gegensätze und damit eine Abschwächung der Partei. (Sehr richtig!)

Aber wenn wir nun auch vermittelst eines Kompromisses eine Majorität von Fortschrittlern, meinetwegen auch einige Sozialdemokraten als Anhängsel, in den Landtag bringen, welche Garantie haben wir denn gegen eine Vergewaltigung? Was sind Spinnweben gegen eine Armee? Das Uebel sitzt eben weit tiefer; durch Ausnutzung des Dreiklassen-Wahlsystems kommen wir nicht über den Berg. Das Uebel sitzt tiefer; es liegt in der Unmöglichkeit für den Kapitalismus, auf friedlichem Wege, unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts das Staatsruder in der Hand zu behalten. Ich gebrauche das Wort Staatsstreich nicht leichtsinnig. Der Staatsstreich ist keine Phantasie, keine Willkür. Nein, der Staatsstreich wurzelt in den Verhältnissen, er wird allmälig, wenn der Sozialismus die Majorität im deutschen Volke gewinnen sollte, unseren Gegnern in der einen oder anderen Form durch die Logik der Thatsachen geradezu aufgezwungen. Hierin liegt die Gefahr. (Beifall.) Muß sich nicht — gerade wie sich Moltke vor 20 Jahren fragte, als die französische Armee immer stärker wurde: Wollen wir nicht angreifen, ehe sie zu stark für uns geworden sind? — muß nicht das Junkerthum, der Kapitalismus, der uns fürchtet, sich dieselbe Frage vorlegen? Damit haben wir zu rechnen und dagegen ist eine Majorität im Landtage gar kein Schutz. Und was soll denn durch eine Majorität im Landtage überhaupt erreicht werden? Sobald die Majorität der Regierung unbequem wird, so wird sie beseitigt. Das Abgeordnetenhaus kann ebenso wie der Reichstag in unbeschränkter Weise aufgelöst werden. Das hat Bismarck schon zur Zeit des großen Konflikts gethan. Und wenn dann schließlich die bürgerlichen Elemente blos durch die Sozialdemokratie gestärkt sind, wenn das Bürgerthum blos durch sozialdemokratische Stimmen in dem Landtag eine Majorität erlangt, wobei es vielleicht aus Gnade und Barmherzigkeit noch einige Sozialdemokraten mit hineinkommen läßt, um unsere Stimmen sich zu erkaufen — was haben wir denn damit gewonnen? Ist dann das Bürgerthum eine größere Macht geworden? Weiß die Regierung dann nicht ebenso gut wie heute, daß die Fortschrittspartei abgewirthschaftet hat? (Sehr richtig!) Es ist doch nicht das Dreiklassen-Wahlsystem, was das vollständige Abwirthschaften des bürgerlichen Liberalismus verursacht hat, denn in den Reichstag sind ja kaum mehr Fortschrittler gewählt als in den Landtag. Wenn das Bürgerthum selbst nicht aus eigener Kraft gegen das Junkerthum vorgeht, dann ist absolut nichts erreicht. Ja, wenn das Bürgerthum sich ermannte, wenn es so stimmte, wie 1862, 63 und 64, wenn wirklich ein Wiederaufleben einträte, dann sage ich zwar nicht, daß das ein großer Vortheil wäre, aber dann würde eine solche Majorität der Regierung jedenfalls mehr imponiren als eine Majorität, die durch unsere Hilfe erlangt ist; doch

das ist nicht möglich, und die Fortschrittspartei wird nicht dadurch lebensfähig, daß wir sie in den Landtag hineinschleppen.

Es soll ein Kompromiß geschlossen werden. Ich sagte bereits, gegen das Wort Kompromiß oder gegen diesen Begriff an sich habe ich nichts einzuwenden, allein der Vorschlag, den Bernstein in der „Neuen Zeit“ gemacht hat, wie man das Ding auch nennen will — ein „Handeln“ ist es und ein Schachern bleibts, und mögen Sie die Sache noch so sorgfältig verklausuliren, es wird nicht zu vermeiden sein, daß, wenn wir auf ein Kompromiß eingehen, die schmachvollsten Händel und Schachergeschäfte stattfinden. (Sehr richtig!) Wir sprachen gestern von Essen. Unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts haben dort die Genossen sich dafür gewinnen lassen, für einen Reaktionär und Kapitalisten allerersten Ranges gegen einen der Zentrumspartei angehörigen Arbeiter zu stimmen. Ja, wenn Solches am grünen Holz geschieht, was wird dann erst am dürren Holz des Dreiklassen-Wahlsystems geschehen? (Sehr gut!) Wohl wird gesagt: Die Sozialdemokratie ist so klug und so tugendhaft, die läßt sich nicht umgarnen, nicht anlocken. Ich wollte, das wäre wahr, aber es ist wohl Keiner hier, der das glaubt. (Sehr richtig!) Beispiele sind gehässig, aber ich könnte so manches Beispiel anführen, Beispiele aus den Kreisen der besten Parteigenossen. Namentlich wo der Kulturkampf zwischen Nationalliberalen und Zentrum betrieben wird, da ist vielfach eine Ideenverwirrung auch bei unseren Genossen vorhanden, die sehr leicht auch zu einer Verwirrung im Handeln und zu starker Korruption führen könnte. Ich wies schon vorher auf Sachsen hin, wo Sozialdemokraten ein Schachergeschäft mit den Antisemiten versucht haben, das, wie ich höre, noch nicht vollständig abgebrochen ist. Ja, Aehnliches wird dann in Masse vorkommen, und es wird sehr schwer sein, eine lähmende Demoralisation zu verhindern. Und die taktische Demoralisation! Man denke: Wir sollen einen Kompromiß machen mit den Freisinnigen. Bei den Landtagswahlen wird dann unseren Genossen gesagt: Für Eugen Richter habt Ihr zu stimmen, Ihr habt zu stimmen für Rickert, Barth, Parisius und wie sie Alle heißen, diese fortschrittlichen Größen. Nun kommt der Schlachtruf zur Reichstagswahl. Da heißt es: Rechtsum kehrt! Die Schlachtordnung ist geändert, jetzt geht es gegen die Truppe, für die, und an deren Seite wir gestern gefochten. (Sehr gut!) Wer Soldat gewesen ist, der weiß: eine Schlacht, in deren Verlauf die Schlachtordnung gewechselt werden muß, ist stets eine verlorene. Unsere Genossen wissen ja nicht mehr, woran sie sind, wenn sie einmal die Weisung bekommen: „Nieder mit den Fortschrittlern!“ und ein anderes Mal Hand in Hand mit ihnen gehen sollen. Auch die bestgeschulte Armee hält das im Felde nicht aus, und unsere Partei, gut disziplinirt wie sie ist, würde durch eine derartige Politik schwer geschädigt, als Truppe demoralisirt werden. (Sehr richtig!)

Die Gefahren eines Kompromisses werden ja auch von vielen unserer Genossen, die für Betheiligung sind, eingesehen, und sie sind deshalb zu einem anderen Vorschlage gekommen, dem sogen. Auer'schen, der merkwürdigerweise ursprünglich von einem Genossen ausgeht, der ihn heute aufs heftigste bekämpfen wird. Wir sollen von vornherein unsere Wähler, soweit sie überhaupt an die Wahlurne treten können, beauftragen, für einen Fortschrittler oder den Angehörigen einer anderen bürgerlichen Partei zu stimmen, der sich auf gewisse Forderungen verpflichtet, ähnlich wie es bei den Stichwahlen zum Reichstage der Fall ist. Aber bei den Stichwahlen zum Reichstage sind wir in unserem eigenen Hause, da geben wir auf unserem eigenen Gebiet eine Unterstützung, die nicht gegen uns mißbraucht werden kann und uns selbst zum Nutzen gereicht; hier aber haben wir zum Feind zu kommen, hier haben wir ihm die ganze Macht zu geben, die wir ihm bei den Reichstagswahlen zu entziehen suchen. Das ist doch etwas ganz anderes. Und die Fortschrittspartei ist keineswegs

im Stande, im Landtage das zu thun, was wir von ihr erwarten müssen; sie ist schwach geworden durch die Entwickelung des Kapitalismus. Das liegt in der Natur der Verhältnisse, und ich sehe gerade hierin den großen Triumpf unserer Partei. Sollen wir den Sieg wieder aus der Hand geben? Ich sehe keinen Grund, daß wir das, was wir mühsam der Fortschrittspartei abgenommen haben, ihr wieder zurückgeben sollen. Das wäre die Gutmüthigkeit doch zu weit getrieben. Nein, das ist doch wahrhaftig keine Taktik für die größte Partei Deutschlands.

Von Genossen, welche sonst in der schärfsten Weise betonen, daß die Partei ihren proletarischen Charakter behalten, Proletarierpolitik treiben müsse, ist gesagt worden, wir müssen uns an den Landtagswahlen betheiligen, denn dadurch stärken wir die Partei. Der proletarische Charakter der Partei soll dadurch aufrecht erhalten werden, daß wir mit der bürgerlichen Fortschrittspartei Hand in Hand gehen? (Sehr gut!) Ich glaube, wer das geschrieben hat, bei dem haben die Finger nicht gewußt, was der Kopf dachte, oder der Kopf nicht gedacht, was die Finger schrieben. (Sehr gut!) Worin besteht die Stärke unserer Partei? Gerade in ihrem proletarischen Charakter, nicht im Sinne der schwieligen Faust, sondern in dem Sinne, daß wir erkannt haben, daß nur aus der unterdrückten Arbeiterklasse die Sozialdemokratie ihre Kraft ziehen kann. In diesem proletarischen Charakter liegt unsere Kraft und wenn man nun fordert, wir sollen eine proletarische Politik schaffen — ja, wer das schreibt, der hat die Geschichte der Partei nicht gelesen. Aus unseren Kongreß-Protokollen vom Anfang der Partei an geht hervor, wie alles ringt, eine wirkliche proletarische Politik herbeizuführen. Aber Proletarierpolitik mit Eugen Richter, das ist etwas Unmögliches. Nein, Genossen, das geht nicht.

Hier noch eins. Ich habe in einer Berliner Versammlung, als man mir zurief, was soll denn aus dem Landtage werden, geantwortet: er mag verfaulen! Daraus hat man den Schluß gezogen, ich wollte den Rath geben, die Hände in den Schoß zu legen. Das ist doch mir wahrhaftig niemals eingefallen. Und das hat doch wahrhaftig kein Mensch, der mich kennt, mir im Ernst zutrauen können. Kämpfen wir nicht beständig gegen die Reaktion? Suchen wir nicht die bürgerliche Gesellschaft, die noch eine kolossale Lebenskraft hat, zu vernichten? Was durch die Kompromißvorschläge erstrebt wird, ist ein Schlag gegen die Reaktion, gegen das Junkerthum, gegen den Absolutismus. Allein der Schlag ist ein Schlag in die Luft. Wir haben weit bessere Waffen. Und kämpfen wir denn nicht beständig diesen Kampf gegen die Reaktion? Auf allen Gebieten? Aber der Schwerpunkt unseres Kampfes muß im Reichstage liegen — auf dem Boden des allgemeinen Stimmrechts. Was bedeutet dem Reichstag gegenüber an moralischem Ansehen der preußische Landtag? Je schlechter, je reaktionärer, je rückständiger er ist, desto mehr verliert er in der öffentlichen Achtung. Weil es eine so erbärmliche Volksvertretung giebt, deshalb bekämpfen wir ja das Dreiklassen-Wahlsystem. Und wenn gestern Auer sagte, der Kölner Beschluß, gegen das Dreiklassen-Wahlsystem zu agitiren, sei nicht durchgeführt — nun, ich habe schon damals, bevor über die Resolution abgestimmt wurde, gesagt, aus einer solchen Agitation kann nichts werden, denn hinter der Agitation mit Hilfe des Reichstagswahlgesetzes wird eine Agitation gegen das Dreiklassen-Wahlgesetz nothwendig zurücktreten.

Ich habe es schon bei anderer Gelegenheit ausgesprochen: Uns deutschen Sozialdemokraten ist, da unser Bürgerthum zu feige und schwach war, die bürgerliche Freiheit zu erkämpfen, die Doppelaufgabe zugefallen, neben dem sozialistischen Emanzipationskampf auch den Kampf zu führen für die bürgerliche Freiheit und den Plunder und Schutt wegzuräumen, den in anderen Ländern das Bürgerthum bereits, ehe das Proletariat auf die politische Bühne kam, weggeräumt hatte. Kampf unter allen Umständen, aber Kampf

unter günstigen Bedingungen. Leute, die außerordentlich klug, haben gesagt, der Kampf sei jetzt leicht, weil die beiden Haupt-Gruppen der kapitalistischen Gesellschaft, die Vertreter des Grundbesitzes einer- und des Handels mit der Industrie andererseits, im Kampf mit einander liegen; und das müßte ausgenutzt werden. Ja gewiß, die Grundbesitzer, die Junker auf der einen, die Industriellen, die Handelsbourgeoisie auf der anderen Seite haben widerstreitende Interessen. Allein bedeutet das denn eine Schwächung des Kapitalismus? Das braucht man uns doch jetzt nicht zu sagen, Bebel hat im Reichstag wiederholt ausgeführt, wenn die beiden sich streiten, so haben wir den Vortheil davon, und ihnen zugerufen: Ihr möchtet Frieden haben zum Bund gegen uns, aber Ihr könnt es nicht. Betrachten Sie doch die Bourgeoisie in England! Dort haben die beiden großen Parteien, die eigentliche Grundbesitzerpartei und die des beweglichen Kapitals sich gegenseitig viel bekämpft, sie haben jedoch da, wo es sich um das direkte Klasseninteresse handelte, sich wieder zusammengefunden. Je mehr der Kapitalismus sich entwickelt, desto mehr werden beide Zweige der kapitalistischen Produktionsweise einander gleich werden in ihren Interessen. Ist doch in England zwischen Konservativen und Liberalen prinzipiell so gut wie kein Unterschied mehr. Also auf diesen Zwiespalt dauernd zu zählen, wäre Thorheit, und ihn momentan zu benutzen, das braucht man uns jetzt nicht zu rathen, das haben wir alle Zeit gethan.

Ich muß also den Versuch, an den preußischen Landtagswahlen theilzunehmen, auf das Entschiedenste bekämpfen. Wir haben bisher unseren Klassenstandpunkt bewahrt, wir sind dabei vorzüglich gefahren. Wir haben unseren Stolz darein gesetzt, gegen alle übrigen Parteien den Kampf aufzunehmen, wir haben alle unsere Schlachten gewonnen, wir sind, obgleich alle übrigen Parteien gegen uns einig waren, niemals an uns und unsere Sache irre geworden, denn wir sehen scharf abgegrenzt vor uns das Ziel, wir sehen unseren Feind, wir wußten: Wer nicht für uns war, der war wider uns. Dort die kapitalistischen Parteien und hier der Sozialismus! Kampf gegen alle kapitalistischen Parteien! Das war die einfache Losung, so lange die Partei besteht. Sollen wir diese nun auf einmal aufgeben um eines augenblicklichen Vortheils willen, der obendrein gar kein Vortheil ist und unberechenbare Uebel nach sich zieht? Denn die innere Einheitlichkeit der Partei, das geschlossene Gerichtetsein auf das eine Ziel — das Alles fällt dann fort. Wir sollen uns eine Brücke bauen zu den anderen Parteien, die wir nicht brauchen und deren Gesellschaft uns nur verderblich sein kann. Wir sind stärker ohne den Fortschritt, als in seinem Gefolge. Ich warne Sie vor dieser Brücke — es ist eine **Fallbrücke**. Allein wird die Partei am glücklichsten sein. Erinnern Sie sich der Bibelfabel vom Simson! Dieser Klassencharakter, dieses elementare Kraftbewußtsein der Partei, das ist ihre Stärke. Hüten wir uns vor den **Delilas** des Liberalismus und des Opportunismus! (Beifall.)

Ich bitte Sie, **lassen Sie den Kölner Beschluß in allen seinen Theilen bestehen.** (Beifall.) Ich habe sehr sorgfältig mich mit dieser Frage beschäftigt, in mancher schlaflosen Nacht das Für und Wider erwogen. Es hat etwas Bestechendes, daß das Verbot aufgehoben werden soll, denn es sei ja ein gewisser Zwang. Nun, den Zwang will ich gern ertragen. Aber man sagt, wenn wir das Verbot nicht aufheben, so darf ein gewissenhafter Sozialdemokrat in manchen Wahlkreisen, wo es nur von wenigen Stimmen abhängt, nicht den Ausschlag geben, trotzdem es in seiner Macht stände. Das ist ein imaginärer Fall. Ueberhaupt, was können wir durch die Betheiligung besten Falls erreichen? Wir können den Fortschrittlern vielleicht 8 bis 10 Abgeordnete durchbringen. Aber Genossen, was bedeuten diese 8 oder 10 Stimmen mehr oder weniger? Ueber solche Zwirnsfäden wird die preußische Reaktion wahrhaftig nicht stolpern.

Und auf der anderen Seite, ziehen Sie die Konsequenzen der Betheiligung. Erst neulich hatten wir eine lange Debatte darüber, welche Kreise bei Reichstags-Stichwahlen für uns aussichtsvoll sind. Wir haben uns über eine feste Definition nicht einigen können. Und nun bedenken Sie, wenn die verschiedenen bürgerlichen Parteien kommen und sozialdemokratischen Stimmenfang treiben zu können glauben, so schließt das so schwere Gefahren in sich, daß die acht Mann mehr oder weniger, die in die Reihen der Fortschrittspartei hineingebracht werden, garnicht ins Gewicht fallen. Die Fortschrittspartei wird nicht stärker, aber die deutsche Sozialdemokratie wird schwächer werden. Es heißt ja in dem Kölner Beschluß, wir enthalten uns blos so lange der Wahl, wie das Dreiklassen-Wahlsystem in seiner jetzigen Gestalt besteht. Das ist doch kein Beschluß auf ewig, wie man behauptet hat. Die übrigen Theile der Kölner Resolution wird Niemand heute für unrichtig erklären, sie enthalten die Kennzeichnung des Dreiklassen-Wahlsystems, dessen kapitalistischer Charakter heute nach der Miquelschen Steuerreform noch weit greller zutage tritt als damals. Genossen! Es giebt ein gutes altes Wort, das heißt: Principiis obsta! Den Anfängen tritt entgegen! Ist in den Damm einmal ein Loch gerissen, dann wird es durch die andrängende Fluth rasch erweitert, bis der ganze Damm weggeschwemmt ist. Verwerfen Sie deshalb alle Anträge auf Abänderung des Kölner Beschlusses! Der Beschluß hat der Partei genutzt, er wird ihr auch ferner nutzen. Nicht, daß ich hier wie Jeremias klagen will auf den zukünftigen Trümmern der Partei — unsere Partei ist stark und in unaufhaltsamem Wachsen; sie kann auch einmal einen verkehrten Beschluß vertragen, und das weiß ich: wenn heute Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen und der Kompromiß beschlossen wird, der nächste Parteitag wird den Beschluß wieder aufheben. Ich glaube an die unverwüstliche Lebenskraft und an den gesunden Verstand der Partei, der, wenn ein Fehler gemacht ist, ihn von selbst korrigiren wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer schlägt mit Rücksicht darauf, daß sich 60 Redner zum Worte gemeldet haben, vor, der Parteitag möge das Bureau beauftragen, die Redezeit von zehn Minuten bei jedem Redner streng inne zu halten.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Nach einer kurzen Diskussion darüber, ob nicht in der Reihenfolge je ein Redner für, je einer gegen die Betheiligung sprechen solle, findet der Vorschlag des Vorsitzenden, es bei der bisherigen Geschäftsordnung zu belassen, Zustimmung.

Als erster Redner erhält das Wort

Zubeil-Berlin: Ich kann nicht beurtheilen, ob Auer durch seine meisterhafte Rede viele Delegirte für seine Ansicht gewonnen hat. Vor vier Jahren hat Bebel in Köln eine ebenso glanzvolle Rede gegen die Betheiligung gehalten und heute liegt von ihm eine Resolution vor, die die gegentheilige Ansicht vertritt. Man sagt, die Taktik kann jederzeit geändert werden, ob das aber bei einer so grundlegenden Frage möglich ist, das wird uns Bebel nachher beantworten müssen. Vielleicht kommen wir noch dazu, daß uns ein Genosse empfiehlt, uns an den preußischen Kirchenwahlen zu betheiligen. (Heiterkeit.) Wir sind auf dem besten Wege dazu. (Lachen.) Wenn Auer gestern die Berliner Stadtverordneten-Wahlen zum Vergleich herangezogen hat, so möge er dafür sorgen, daß das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause so geändert wird, daß die dritte Abtheilung ihre Abgeordneten selbst wählen kann. Dann würden wir uns jeden Augenblick bereit finden, mit aller Kraft trotz der öffentlichen Stimmabgabe uns zu betheiligen. (Sehr richtig!) Es ist sonderbar! von allen den hervorragenden Parteigenossen, die uns die Betheiligung an den Landtagswahlen empfehlen, macht nicht einer einen Vorschlag, der nicht dem des anderen gerade entgegengesetzt wäre. Die Resolution Bebel muß für jeden

Delegirten unannehmbar sein. Uns preußischen Genossen muß die endgiltige Entscheidung überlassen werden. Sollte die Resolution Bebel angenommen werden, so würde ich sofort den Antrag stellen, daß alle Bundesstaaten gehalten sein sollen, sich an die Vorschriften der Resolution zu halten. (Sehr wahr!) Maßen wir Preußen uns denn an, über die Beschlüsse der sächsischen Landesversammlungen unsererseits zu beschließen? Unser alter Soldat Liebknecht hat den Nagel auf den Kopf getroffen: ich möchte den Genossen sehen, der agitatorisch thätig sein soll und der Erfolge erringen will, mit dieser Resolution bepackt! (Sehr wahr!) Haben wir nicht schon früher eine starke radikale Opposition im preußischen Landtag gehabt? Und was hat das Proletariat damals von ihr erhalten? Nicht das Schwarze unter dem Fingernagel!

Oertel-Nürnberg: Soweit die Parteigenossen in Bayern Stellung zu der Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen genommen haben, sind sie zu dem Entschluß gekommen, sich für Aufhebung des Kölner Beschlusses und für Betheiligung auszusprechen. Wir betrachten die Frage nicht als eine prinzipielle, sondern als eine taktische. Aber wir wollen nur eine berathende Stimme hier zum Ausdruck bringen. (Bravo!) Liebknecht hat mich nicht überzeugt, noch weniger Zubeil. Ich sehe kein Aufgeben der Prinzipien, wenn die preußische Sozialdemokratie in einem Akt von Nothwehr sich an den Landtagswahlen betheiligt. Sonderbarerweise wird immer von den Erfolgen gesprochen; ist nicht sonst immer als Hauptwaffe im sozialdemokratischen Kampfe die agitatorische Thätigkeit betont worden? (Sehr richtig!) Wir Bayern haben praktische Erfahrungen; wir wählen, wenn auch unter einem freiheitlicheren Wahlgesetz wie in Preußen, aber es sind doch Klassenwahlen; und seit wir uns an diesen Wahlen betheiligen, ist unsere Agitation unzweifelhaft eine viel regere geworden. Ich bin aber gegen jeden Kompromiß. Die Gefahr, auf der schiefen Ebene herabzugleiten, ist nicht abzuweisen. Auer sagt: wir seien bescheidene Leute. Ja, aber schon jetzt kommen zweifellos viel mehr Stegmüllereien vor, als in der Oeffentlichkeit bekannt ist. Der Kompromiß führt nothwendigerweise zur politischen Demoralisation, das gilt auch heute noch. (Beifall.) Der Hinweis auf die Stichwahlen ist nicht berechtigt. Wir haben bei den Stadtverordnetenwahlen fortwährend den Kampf gegen den Freisinn zu führen, da würde nothwendigerweise eine Verwirrung die Folge sein, wenn wir den Freisinn bei den Landtagswahlen unterstützen. (Sehr wahr!) Ich meine, wir sollten allerdings in die Landtagswahlen eintreten, aber selbständig, ohne Kompromiß. Was erreicht wird, wird aus eigener Kraft erreicht und was nicht erreicht wird, sollen wir fahren lassen. Aus eigener Kraft ist stets die beste Politik. (Beifall.)

Börner-Berlin: Auer sagte gestern, bis zu einem gewissen Punkte sind wir reaktionär, wenn wir uns an den preußischen Landtagswahlen nicht betheiligen. Dann müßten wir ja immer reaktionärer werden, je mehr wir an Zahl zunehmen. Das hat ja die Fortschrittspartei immer gesagt; es ist aber nicht richtig. Auer hat sehr viel historisches Material beigebracht; wenn es uns in gleichem Maße zur Verfügung stände, könnten wir noch vielmehr historisches Material gegen die Betheiligung beschaffen. Redner beschwert sich über die Berichterstattung des „Vorwärts“ über die Versammlungen, in denen die Delegirten zur Provinzial-Konferenz gewählt wurden. Die Gegner der Betheiligung kamen ganz kurz weg, die Reden Auer's und Bebel's (Auer: Ich habe in den Versammlungen garnicht gesprochen!) wurden vier Spalten lang wiedergegeben. Dadurch wird auf die Genossen im Lande gewirkt. Was nutzt es, daß wir zwölf Fortschrittler mehr in den Landtag bringen. Die Regierung braucht den Nationalliberalen nur ein freundlicheres Gesicht zu machen, und sie hat wieder eine reaktionäre Mehrheit. Den Massen ist nicht

begreiflich zu machen, daß wir heute schreien: Hoch Munckel! und morgen: Nieder mit Munckel! (Sehr gut.) Wir halten einen besonderen preußischen Delegirtentag für überflüssig, wir können die Sache sehr gut hier abmachen, wenn die anderen Delegirten sich der Abstimmung enthalten. Wir werden aber namentliche Abstimmung beantragen, um kontrolliren zu können, ob die nichtpreußischen Delegirten so viel Anstandsgefühl besitzen wie wir (Rufe: Oho!), sich in solchem Falle der Abstimmung zu enthalten.

Singer: Ich muß dem Redner sagen, daß er gar keinen Anlaß hat, irgend einem Delegirten weniger Anstandsgefühl zuzutrauen, als er selber besitzt. (Heiterkeit.)

Börner: Es war nicht so gemeint.

Stolle: Daß der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen heute sehr ernsthaft diskutirt werden wird, war vorauszusehen. Der Zweck der Veränderung unseres Wahlrechts war ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie: die Aufregung der Massen zu verhindern und zweitens die Sozialdemokratie aus dem Landtag auszumerzen. Der erste Zweck ist nicht erreicht worden; noch niemals bei den Reichstagswahlen hat sich der Massen eine solche Aufregung bemächtigt, wie diesmal bei den Landtagswahlen. Eine wahre Wuth hat die Massen ergriffen, als sie sahen, wie die zwei Drittel das eine Drittel überstimmten. Die Reaktion hat sich da gründlich verrechnet. Von diesem Gesichtspunkte aus würde ich auch den preußischen Genossen die Betheiligung an den Wahlen empfehlen. Ihren zweiten Zweck hat die Reaktion zum Theil erreicht, wir haben eine Anzahl Mandate verloren. Das ist dadurch möglich geworden, daß ein Theil unserer Genossen uns den Arm gelähmt hat. Wären nicht die Leipziger abgeschwenkt, dann wären wir eine geschlossene siegreiche Phalanx gewesen wie seit 30 Jahren. Zuerst wurde in Leipzig ein Geschrei erhoben: Die Mandate niederlegen! Als die Fraktion dieser Forderung aus zwei Wahlkreisen nicht nachkam, da wurden uns gewinnsüchtige Absichten untergeschoben. Das war geradezu eine gemeine Handlungsweise. (Hört! hört!) Und als wir auch diesem Druck der Gemeinheit nicht nachkamen, griff man zu noch anderen Mitteln und machte Karrikaturen auf uns. (Hört! hört!) Alles das hat uns nicht veranlaßt, von unserem demokratischen Standpunkt abzugehen. Als dann die große Mehrheit der Genossen sich für die Wahlbetheiligung erklärte, da wäre Disziplin die Pflicht der Leipziger Genossen gewesen. (Sehr wahr!) Statt dessen errichtete man in Leipzig eine Wahlrechts-Liga. Mit Pauken und Trompeten wurde sie in die Welt gesetzt. Und was hatte man erreicht? Wo ist diese Wahlrechts-Liga mit Schoenlank an der Spitze geblieben? Es ging ihr wie den Blumen auf dem Felde: wenn der Wind weht, sind sie nicht mehr da. Man bildete sich ein, man kommt in ein Land und will da regieren, da muß erst die Landtagsfraktion beseitigt werden! 30 Jahre lang sind wir in Sachsen in geschlossener Phalanx in die Wahlen gegangen, jetzt ist ein Flügel abkommandirt worden. Wie soll eine Armee siegen, wenn ein Flügel sich nicht betheiligt? Dieses Abschwenken entmuthigte auch viele Andere, die sich ihrer Solidarität erinnerten. Ich klage geradezu die Leipziger an, daß sie den Verlust mehrerer Wahlkreise verschuldet haben. Ich werde den Beweis dafür ziffernmäßig liefern. Wir haben in manchen Kreisen die Wahlmänner der zweiten Klasse mit 7 oder 8 Stimmen verloren.

Die Redezeit des Redners ist abgelaufen.

Vorsitzender **Singer:** Der Redner hat, als er von den Leipziger Genossen sprach, den Ausdruck „Gemeinheit" gebraucht. Ich nehme an, daß er gemeint hat, daß wenn der Vorwurf des Klebens an den Mandaten wahr wäre, würde das eine Gemeinheit sein. (Heiterkeit.) Hat er aber gemeint, jener Vorwurf sei eine Gemeinheit, so würde ich das zu rügen haben. Ich nehme an, daß er das Erstere gemeint hat.

Ulrich-Offenbach: Wir Hessen haben auf der Landeskonferenz beschlossen, dafür zu wirken, daß der Parteitag den Kölner Beschluß aufhebt und so die preußischen Genossen in die Lage versetzt werden, selber zu entscheiden. Für den Punkt 1 der Bebel'schen Resolution werden wir also stimmen. Nun zur Sache: Ich bedaure, mit meinem alten Lehrer und Freund Liebknecht nicht übereinstimmen zu können. Ich verkenne die Schwierigkeiten der Dreiklassen-Wahl nicht, aber die Entwicklung geht dahin, daß immer weitere Theile des sogenannten Mittelstandes in unsere Kreise gerathen. So werden wir im Laufe der Zeit die zweite Wählerklasse gewinnen und dann aus eigener Kraft siegen. Die Schwierigkeiten der öffentlichen Abstimmung gebe ich unumwunden zu, doch sind sie gewiß nicht unüberwindbar. Die Schwierigkeit, Wahlmänner zu finden, die nicht wortbrüchig sind, haben wir in Hessen überwunden. Als wir vor sechs Jahren in Offenbach ansetzten, konnten wir die nöthigen Wahlmänner zuerst nicht finden. Es gelang schließlich, aber es waren Leute darunter, von denen wir nicht genau wußten, ob sie Sozialdemokraten waren. Von den 63 fiel aber Keiner um. Wir wollen uns an den preußischen Landtagswahlen betheiligen doch nicht nur der schönen Augen der Fortschrittler wegen — was sind sie uns — sondern unserer selbst wegen. Die Situation hat sich seit 1893 verändert und sie wird sich noch mehr ändern, wenn die Masse bei den preußischen Wahlen gleichgiltig bleibt. Die Kraut- und Schlotjunker bereiten einen großen Fischzug vor. Betheiligen wir uns nicht an den Landtagswahlen, dann macht man in den Einzellandtagen das, was im Reiche nicht geht. Auch die Landesfragen sind von Wichtigkeit. Wenn es schwer wird, die große indolente Masse in Bewegung zu setzen bei großen politischen Fragen, so ist es doch leicht, sie in Bewegung zu setzen, wenn wir über Schulfragen, Chausseefragen u. s. w. sprechen. (Bravo!)

Leid-Berlin: Das Opfer dürfen wir von unseren Genossen nicht verlangen, einen ganzen Tag im Wahllokale zu bleiben. Eine Massenbewegung bringen wir deshalb nicht zu Stande. Wenn selbst die eifrigsten Befürworter der Wahlbewegung zugeben, daß aus eigener Kraft von uns keine Mandate erobert werden können, dann ziehen wir daraus die Folgerung, daß wir uns nicht betheiligen dürfen. Die Voraussetzung eines starken liberalen Bürgerthums ist in Deutschland garnicht gegeben. Alle wahrhaft liberalen Elemente sind längst zur Sozialdemokratie gekommen. Wie sehen denn die Freisinnigen als Beschützer der bürgerlichen Freiheit aus? Wäre es ihnen ernst mit diesem Schutze, dann hätten sie bei den Stichwahlen zum Reichstag für uns stimmen müssen. (Sehr richtig.) Dabei sind sie in wirthschaftlichen Fragen die reaktionärsten Gegner. Das Vereinsgesetz wäre zweifellos angenommen worden, wenn es sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet hätte. (Sehr richtig!) Die Nationalliberalen fürchteten, daß auch sie getroffen werden könnten, wenn der Wind einmal gegen sie wehe. Hat doch Eugen Richter selbst erklärt: Wenn die Regierung alle bürgerlichen Parteien sammeln wollte, dann sei er auch dabei. Diese Leute können unsere Interessen nicht wahrnehmen. (Sehr richtig.) In der Parteipresse ist sogar gesagt worden: Es ist gleichgiltig, wie ein Arbeitervertreter ins Parlament kommt. Gegen solche Taktik, die den Klassenstandpunkt verwischt, müssen wir protestiren. Unsere Genossen sollen nicht durch solche Schmuggeleien, wie die Gegner, ins Parlament kommen. Zudem erreichen wir nichts bei dem Schacher. Der Preis ist zu theuer für solchen Erfolg. Wir dürfen nicht das Mitreden um jeden Preis als Ziel proklamiren. (Bravo!)

Frau **Zetkin**: Ich gehöre mit zu Denen, die darauf hinwirken möchten, daß sich unsere Partei bei den preußischen Landtagswahlen auf die Ebene begiebt, die als schiefe bezeichnet worden ist. Mir erscheint sie allerdings als ein ausgedehntes Blachfeld für den Klassenkampf (Rufe: Oho!), wo wir neue

proletarische Massen in die Gefechtslinie führen können. Wie lagen die Verhältnisse für uns in Köln? Sie lagen so, daß wir die Frage formulirten: Können wir uns mit Vortheil an den Landtagswahlen betheiligen? Unter Vortheil verstanden wir besonders die Eroberung von Mandaten. Anders liegen die Dinge heute. Heute haben sich die Verhältnisse derart geändert, daß ihr Gebot lautet: Wir müssen uns an den Wahlen zum preußischen Landtage betheiligen, um schwerwiegende Nachtheile zu verhindern. (Sehr richtig!) Treffend hat Genosse Auer nachgewiesen, wie zahlreich und vielgestaltig die Verhältnisse sind, auf welche der preußische Landtag einen bestimmenden Einfluß ausübt und wie tief er mit seiner Macht eingreift in das alltägliche Leben einer großen Anzahl von Staatsbürgern. Wir stehen jedoch noch einer anderen Erscheinung gegenüber. Je mehr die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen auf Grund des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts vorwärts schreitet von Sieg zu Sieg, je mehr ihr Einfluß steigt, um so größer wird auch die Neigung der Gegner, wichtige, entscheidende Materien aus dem Reichstag abzuschieben in die Einzellandtage (sehr richtig!), weil dieselben reaktionäre Mächte sind, die zusammengesetzt werden auf Grund von Wahlsystemen, die den Schwerpunkt der Macht in die Hände der Besitzenden legen. Ganz besonders gilt das von dem preußischen Landtag, der unter der Vorherrschaft des Junkerthums steht. Ich bin der Ansicht: Macht kann nur durch Macht bezwungen werden. (Beifall.) Eine Macht aber, die dem Junkerthum erfolgreich entgegentritt, kann heute nur dadurch geschaffen werden, daß das Proletariat kämpfend auf der Bühne erscheint.

Und noch in anderer Beziehung hat sich die Situation geändert. Wir haben heute thatsächlich die Erscheinung, daß das Bürgerthum ernste oppositionelle Anwandlungen hat. Ich trete durchaus nicht der Werthschätzung der bürgerlichen Demokratie seitens meines Freundes Bernstein bei. Ich vergesse nicht, daß wir nicht eine Bourgeoisie haben, die eine „gloriose Revolution" durchgemacht hat wie ihre englische, oder eine „große Revolution" wie ihre französische Schwester. Ich bin eingedenk, daß unsere Bourgeoisie nur ihr 1848 gehabt hat, wo sie aus Furcht vor den ersten instinktiven Zuckungen des Proletariats mit Junkerthum und Absolutismus paktirt hat, und ich vergesse nicht über der Opposition von heute den Verrath von gestern. Aber wenn es mir auch nicht einfällt, ihre heutige Opposition etwa einzuschätzen als die Tage eines sonnenkräftigen, knospensprengenden demokratischen Lenzes, sondern vielmehr als den bleichen Altweibersommer, und der dauert nicht lange — übersehe ich doch nicht, daß thatsächlich gegenwärtig die Bourgeoisie der Regierung und dem Junkerthum gegenüber ernstlicher als seit langem in der Opposition steht. Bourgeoisie und Junkerthum haben vielfach entgegengesetzte, wirthschaftliche Interessen, antagonistische politische und soziale Interessen. Heißer ist gegenwärtig der Kampf zwischen ihnen entbrannt, der Kampf zwischen befriedigten und unbefriedigten Appetiten. Und dieser Kampf wird verschärft durch den Zickzack-Kurs, durch absolutistische Neigungen, die eine moderne Bourgeoisie nicht ertragen kann. Denn die Bourgeoisie — wenn wir absehen von Kapitalmagnaten wie Krupp und Stumm, die sich auch bei feudalen Zuständen wohl befinden und sich zu feudaler Beschränktheit zurückentwickelt haben — die Bourgeoisie braucht ein gewisses Mindestmaß von politischer Freiheit, um ausbeuten zu können. Es ist Pflicht der Sozialdemokratie, dieses Mindestmaß von Freiheit mit erringen zu helfen, nicht der Bourgeoisie zu Liebe, sondern im eigenen Klasseninteresse. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß die bürgerlichen Oppositionsanwandlungen schwächer werden in dem Maße als der Klassenkampf sich zuspitzt. Aber gerade wenn dem so ist, so sage ich: es ist eine Nothwendigkeit, daß das Proletariat in den preußischen Landtagswahlen aktiv auf die Bühne tritt und die Opposition stärkt, bis es schließlich die endgiltige Führung im Kampfe gegen die Reaktion übernimmt. Denn vergleichen Sie

doch die Haltung der bürgerlichen Opposition im preußischen Landtag und Reichstag. Sie werden finden, daß im Reichstag die bürgerliche Opposition, die bei den Wahlen mit der Abrechnung der Massen zu rechnen hat, eine weit schärfere ist als im preußischen Landtag, wo die Herren hübsch unter sich bleiben. Betheiligen wir uns an den Wahlen zum preußischen Landtage, so haben wir die beste Gelegenheit zur öffentlichen Abrechnung mit der Politik der Regierung und der Politik aller bürgerlichen Parteien. Auch bezüglich der vom Landtage zu entscheidenden Fragen erscheint dann die Sozialdemokratie klar als die vornehmste Vorkämpferin für die Interessen der Massen.

Es wird behauptet, daß wir nicht im Stande sind, die Massen für diesen Kampf zu interessiren; man hat gegen unsere Betheiligung die Schwierigkeiten angeführt, welche der überzeugungstreuen Abstimmung der Arbeiter entgegenstehen. Ja, Genossen, ich frage Sie, wann sind denn je die Schwierigkeiten ein Grund gewesen, um Sozialdemokraten vom Kampfe zurückzuhalten? (Lebhafter Beifall.) Haben uns die Schwierigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung abgeschreckt? Haben nicht unsere österreichischen Genossen, die unter ähnlichen Verhältnissen indirekt und mit öffentlicher Abstimmung zu wählen haben, den Kampf aufgenommen? Wann, frage ich Sie weiter, haben wir den Schwerpunkt unserer Betheiligung an den politischen Wahlen allein auf die Eroberung von Mandaten gelegt? Bei aller Werthschätzung der Mandate haben wir doch allzeit betont, daß wir den Schwerpunkt unserer Wahlbetheiligung in ihrer agitatorischen Wirkung auf die Massen erblicken. Bedeutsam sicher ist die positive Arbeit in den Parlamenten, aber als positivste aller Arbeiten haben wir noch stets erachtet, das Denken, die Auffassung der Massen zu revolutioniren. (Lebhafter Beifall.) Die Landtagswahlen bieten uns reichliche Gelegenheit dazu, denn die Agitation muß dann an eine Reihe von Fragen anknüpfen, die von unmittelbarem Lebensinteresse für die Massen sind und die bei der Agitation zu den Reichstagswahlen nicht gründlich erörtert werden können. Mit dem neuen Agitationsstoff packen wir neue Massen. Von dem Augenblick an, wo wir uns an den Landtagswahlen betheiligen, gewinnt das ganze politische Leben Preußens eine ganz andere Perspektive, einen ganz anderen Hintergrund. Es wird aus einem halbfeudalen ein modernes politisches Leben, es tritt in das Zeichen des Klassenkampfes, in dem das Proletariat eine aktive Rolle spielt, und aus diesem Grunde halte ich unsere Betheiligung an den Landtagswahlen für nothwendig. Und weiter auch mit Rücksicht auf die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlsystems. Kommen Sie nicht damit, wir werden dieses Wahlsystem vermittelst des Reichstages beseitigen. Ich bin überzeugt, daß vielmehr die Tendenz der politischen Entwickelung Deutschlands den anderen Weg gehen wird: Bedrohung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zum Reichstag durch die Einzellandtage. Der Vorstoß gegen das Vereins- und Versammlungsrecht spricht sehr dafür. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem ist die Wahlenthaltung die schwächlichste jeder Protestaktion. (Sehr richtig!) Wenn wir den bloßen Protest beschließen, werden unsere Gegner sich ins Fäustchen lachen. Sie werden sagen, wir lassen Euch sehr gern das billige Vergnügen, gegen uns zu protestiren, wir behalten die Macht, Euch zu diktiren. (Lebhafter Beifall.) Und Genossen, eine äußerliche Demonstrationspolitik ist bei uns undurchführbar bei dem Charakter der Deutschen und unserer gesammten geschichtlichen Entwickelung. Das zeigt auch die Geschichte und der Charakter der Maifeier. Ich versichere Ihnen eins: so bereit ich jederzeit bin, meine Person einzusetzen in dem Klassenkampf, möchte ich nicht die Verantwortung übernehmen, angesichts der gegenwärtigen hysterischen Nervosität der Herrschenden zu einer rein äußerlichen Demonstrationspolitik zu drängen. Der wichtigste Protest bleibt die Wahlaktion, die Wahlbetheiligung (Beifall). Wenn wir nicht Erfolge erringen in Gestalt von Mandaten, so bin ich doch überzeugt, daß die Saat, die wir ausstreuen, üppig in die Halme

schießt und daß wir sie einernten werden bei den Reichstagswahlen. (Beifall.) Auch was Liebknecht aus Bosheit, aber mit seiner ganzen Opferfreudigkeit in Sachsen gesäet hat, er wird es bei den nächsten Reichstagswahlen für die Ernte reif finden. (Beifall.)

Wenn wir uns in Preußen an den Landtagswahlen betheiligen, so wird auch hier das Wort gelten, des bin ich überzeugt, heute wagen wir, über ein Weilchen schlagen wir! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Dr. **Arons**-Berlin: Der Umstand, daß zweifellos ein großer Theil unserer Wähler noch nicht Sozialdemokraten sind, ist meiner Ansicht nach durchaus ausschlaggebend dafür, daß wir gezwungen sind, uns an der gegenwärtigen — ich spreche ausdrücklich von der gegenwärtigen — preußischen Landtagswahl zu betheiligen. Denn wir haben Alle gesehen, daß thatsächlich — Genossin Zetkin hat das ja in glänzender Weise ausgeführt — ein demokratischer Zug durch die Oppositionsparteien geht. Und betrachten wir die preußischen Landtagswahlen diesmal wieder von dem Standpunkte des reinen Protestes und reinen Gehen- und Geschehenlassens, dann werden wir Folgendes erleben: die Liberalen werden sich als die eigentlichen Volks- und Freiheitsfreunde ausgeben, und von denjenigen Leuten, die sich bereits auf dem Wege der Entwickelung zur Sozialdemokratie befinden, werden eine ganze Reihe von ihnen ins Schlepptau genommen werden. (Sehr richtig!) Und dann kommt die weitere Folge: Wenn die Leute den Glauben gewinnen, sie haben die Volksrechte gewahrt, indem sie für die Liberalen gestimmt haben, werden sie auch bei den Reichstagswahlen sagen, diesmal können wir auch lieber für die Liberalen stimmen, als daß wir alle Fährlichkeiten auf uns nehmen, die das Eintreten für den Sozialdemokraten mit sich bringt. Es ist gesagt, wir dürfen unsere Taktik nicht auf diese minderwerthigen Elemente zuschneiden. Das wollen wir auch nicht. Der richtige Sozialdemokrat weiß ja genau, was wir wollen, wenn wir einmal für einen bürgerlichen Kandidaten eintreten; für uns ist es aber wichtig, die, die noch nicht durchgebildete Sozialdemokraten sind, festzuhalten, nicht um durch ihre Hilfe Mandate zu erringen, wohl aber, um nicht ein Agitationsmaterial an ihnen zu verlieren. Deshalb ist es nothwendig, daß wir diesmal in die Wahl eintreten. Wir haben ihnen in den Versammlungen und Flugblättern gerade bei dieser Wahl den ganzen Sündenzettel der Liberalen vorzutragen. Wir werden ihnen sagen können: Diese Leute, die wir Euch heute zu wählen empfehlen, sie haben diese und jene Verbrechen auf ihrem Konto, und ich glaube, kein einziger unserer Agitatoren wird in der Versammlung in Bezug hierauf in Verlegenheit kommen. Es ist als eine große Schwierigkeit betont worden, daß Reichstags- und Landtagswahlen bald auf einander folgen. Ich möchte sagen: Das betrachte ich gerade als einen Vortheil: denn in dem Moment, wo wir den Leuten sagen: hier bei den Landtagswahlen müssen wir die Liberalen unterstützen, denn hier kommt es darauf und darauf an, aber nachher bei den Reichstagswahlen werden wir mit ihnen abrechnen, lassen wir über die wirkliche Sachlage keinen Zweifel. Wir haben nicht nöthig, das eine Mal in den Himmel zu heben und das andere Mal herunterzureißen. (Sehr wahr.) Ich glaube, das ist überhaupt nicht die Art der Agitation, wie wir sie betrieben haben. (Lebhafter Beifall.) Wir sollen eben nicht sagen: Herr Munkel, diese Leuchte! — und nachher: Munckel, dieser Schuft! (Beifall), sondern: Herr Munckel als Liberaler will das, deshalb geben wir ihm unsere Stimme; nachher bei der Reichstagswahl handelt es sich um ganz andere Aufgaben, da werden wir ihn bekämpfen.

Und nun einige Worte über das „Wie“ der Betheiligung. Ich stehe, wie Sie wissen, schon seit vier Jahren auf dem Boden: Wir müssen uns an den Landtagswahlen betheiligen im Interesse der Agitation. Aber über das Wie habe ich hin und her geschwankt bis in die letzten Wochen, und ich weiß

nicht, ob ich bis zu den Wahlen meine gegenwärtige Ansicht nicht noch ändere. Deshalb wäre ich dafür, daß wir uns auf dem Parteitag auf das Prinzipielle beschränken. Das hat auch einen praktischen Werth: es ist mißlich, in eine Agitation mit gebundenen Händen hineinzugehen. (Sehr richtig!) Je größer unsere Aktionsfreiheit bis zum letzten Moment ist, desto besser für uns und desto gefährlicher für unsere Gegner. Deshalb würde ich es lieber sehen, wenn wir uns auf die Annahme der ersten beiden Absätze der Bebel'schen Resolution beschränken würden. Aber die Bebel'sche Resolution ist im Großen Ganzen so gefaßt, daß wir uns doch bis zu gewissen Grenzen etwas freier bewegen können, und um die Einmüthigkeit nicht zu stören, möchte ich bitten, sie anzunehmen.

Es ist hier vielfach von einem Handel gesprochen worden. Nun, ich meine, auf einen Handel würde es garnicht herauskommen. Wir würden in keine Verhandlungen mit den Parteien einzutreten brauchen, sondern einfach sagen: wir wählen bürgerliche Oppositionsleute, die in ganz bestimmten Punkten in ihrem eigenen Klasseninteresse gewisse Forderungen vertreten mussen, die auch wir für wünschenswerth halten. Ich erinnere an die Frage der Freizügigkeit, die jeder Industrielle nothwendig haben muß, der Agrarier aber beseitigen will; ich erinnere an die Schulfrage, wo es im Interesse der Industrie liegt, daß wenigstens ein gewisses Maß von Bildung auch der Arbeiter hat, den sie ausbeutet, während der Agrarier das Interesse hat, daß die Schulzeit möglichst kurz ist, erstmal, damit er die Kinder früher ausbeuten kann, und dann, weil er sich sagt, wenn der Kerl etwas gelernt hat, ist er nicht mehr derselbe. Wir können also, ohne erst zu verhandeln, einfach sagen: Wir wählen oppositionelle Leute, wir haben bei den Wahlen garnichts mit ihnen zu verhandeln.

Aber auch wenn wir Wahlmänner aufstellen, wo wir das Zünglein an der Waage sind — ich nenne Königsberg, Breslau, Frankfurt — wenn wir an solchen Orten erklären: wählt Ihr im ersten Wahlgang unseren Kandidaten — denn in den meisten Wahlkreisen Preußens wählen dieselben Wahlmänner zwei oder drei Abgeordnete — dann wählen wir im folgenden den Liberalen, so wäre das ein gangbarer Weg. (Die Redezeit ist abgelaufen.) (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer-Berlin: Wenn die von Arons vorgetragenen Grundsätze für die Partei jemals maßgebend werden sollten, dann würde man viel besser thun, mit den Parteien, die Arons meint, ein gemeinsames Programm zu machen (Sehr gut!), nicht nur ein gemeinsames Wahlprogramm, sondern auch ein gemeinsames Kampfprogramm. Davon kann natürlich niemals die Rede sein. Die Arons'schen Ausführungen beweisen, wohin man kommt, wenn man als ein um jeden Preis zu erreichendes Ziel die mit Mandaten belohnte Betheiligung an den Landtagswahlen hinstellt. Arons hat vielleicht in nicht gewollter aber sehr dankenswerther Weise diejenigen, die noch zweifelhaft waren, bewogen, sich ihre Schlußabstimmung noch einmal recht reiflich zu überlegen. (Sehr richtig!)

Mit Zubeil bin ich nicht darin einverstanden, daß die Entscheidung über das Ob und Wie der Betheiligung Sache der preußischen Delegirten sei. Die Frage steht doch nur so, ob wir uns betheiligen sollen, sondern wie wir uns betheiligen sollen, sondern wie wir uns betheiligen sollen, und an dem „Wie“ hat die gesammte deutsche Partei ein gleiches Interesse (Sehr richtig!) und sie muß daher das Recht der Entscheidung haben. In den andern Ländern, von denen Zubeil und auch Auer gesprochen haben, bestehen Wahlgesetze, die es uns ermöglichen, aus eigener Kraft in den Landtag zu kommen. (Sehr wahr!) Hier aber soll das erste Mal der Versuch gemacht werden, unter einem Wahlgesetz zu kämpfen und Erfolge zu erringen mit Hilfe

anderer Parteien, ohne deren Hilfe das nicht möglich ist. **Das ist keine preußische Frage,** sondern eine, über die die Gesammtpartei zu entscheiden hat.

Nun hat Auer in durchaus objektiver Weise seine Anschauung vertreten, aber das eine geht doch daraus hervor: er verspricht sich große politische Vortheile durch die Aufhebung des Kölner Beschlusses und durch die Betheiligung. Nein, diese Erfolge sehe ich nicht. Was haben wir denn für Hoffnungen zu setzen auf eine, sagen wir, etwas weniger regierungsfreundliche Majorität im preußischen Landtage. Denn daß die Majorität auch im Abgeordnetenhause nimmer regierungsfeindlich sein wird, lehren alle bisherigen Erfahrungen. Die Vorgänge in den 60er Jahren sind kein Beweis für das Gegentheil, denn damals handelte es sich nicht um den wirthschaftlichen Kampf, sondern um den Kampf um politische Freiheit. **Heute** aber steht der **wirthschaftliche** Kampf wenn nicht höher, so doch mindestens ebenso hoch wie der politische, und in diesem Kampf wird sich vermöge des Dreiklassen-Wahlsystems im preußischen Abgeordnetenhause nie eine Majorität finden, die auch nur annähernd einigermaßen vernünftige Anschauungen vertritt. (Sehr richtig!) Es ist eine Illusion, sich das Gegentheil einzureden. Und sitzt denn nicht neben dem Abgeordnetenhause das Herrenhaus und die Regierung? (Sehr richtig!) Gewiß haben wir auch neben dem Reichstage einen Bundesrath, aber dort liegen die Verhältnisse doch ganz anders.

Man redet davon, daß es möglich sein wird, durch eine Betheiligung an den Landtagswahlen den Kampf gegen das Dreiklassen-Wahlsystem zu führen, aber bei ruhiger und objektiver Ueberlegung muß man zu der Ansicht kommen, daß wir durch eine solche Aktion die Dreiklassenwahl niemals beseitigen werden. Das ist nur möglich, wenn sich im Reichstage eine Majorität findet, die einen so starken Druck — eventuell durch Etatsverweigerung — auf den Bundesrath ausübt, daß durch Reichsgesetz die Einzelstaaten gezwungen werden, ihre Wahlgesetze zu ändern. Nun hat namentlich die Genossin Zetkin mit gewohnter flammender Begeisterung darauf hingewiesen, daß durch die Wahlbetheiligung ein neues Kampffeld für uns sich eröffnet. Gründe dafür sind aber nicht angeführt. Wenn es sich nur darum handeln würde, sich an einer durch außerordentlich schöne Bilder geschmückten Rede zu begeistern, dann würde die Rede der Genossin Zetkin ganz gewiß den gewünschten Erfolg haben, aber wir sind doch nicht Leute, die blos schöne Reden halten, sondern die ruhig und klar überlegen, was zu thun ist. Das sagt Jeder: davon ist keine Rede, daß wir aus eigener Kraft einen Abgeordneten durchbekommen. Genossin Zetkin sagt, wir betheiligen uns nicht der Mandate, sondern der Agitation wegen. Ist das richtig, dann darf sie nicht für die Resolution Bebel stimmen, denn darin werden Mandate verlangt. Unsere Partei ist jetzt groß genug, sie braucht nicht ein neues Gebiet als Verbreitungsfeld für ihre Ideen, wir können über alle die einschlägigen Fragen auch verhandeln, ohne daß wir Wahlversammlungen für den Landtag einberufen. Selbst also können wir nicht in den Landtag kommen und deshalb sollen Kompromisse geschlossen werden. Da muß ich doch sagen: was Bebel in Köln ausgeführt hat, trifft heute noch zu. Was hat sich denn geändert, daß das, was vor vier Jahren zur Demoralisation geführt hätte, heute als erstrebenswerth bezeichnet wird? Es ist eine Reihe reaktionärer Gesetzesvorschläge gekommen, aber es ist nichts eingetreten, was die Partei zwingen könnte, ihre Todfeinde zu unterstützen und ihre Kräfte der Bourgeoisie zur Verfügung zu stellen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Es ist Gespensterseherei, wenn man glaubt, daß seit 1894 derartige Veränderungen in dem Kampfe mit dem Junkerthum sowohl als auch mit der Bourgeoisie eingetreten sind, und deshalb muß ich mich auf das Bestimmteste gegen Wahlbündnisse und Kompromisse mit anderen Parteien erklären.

Auer hat seinen früheren Vorschlag selbst zurückgezogen und kommt nun mit einem neuen Vorschlage. Aber für diesen Handel mit den bürgerlichen Parteien danke ich. Die bürgerlichen Oppositionsparteien müßten ja Narren und Esel sein, wenn sie uns auch nur ein Mandat dafür geben, daß wir in einem anderen Wahlgange für sie stimmen. Was sollen denn sozialdemokratische Wahlmänner, wenn sie gewählt sind, Anderes machen, als gegen die Reaktion zu stimmen? Die bürgerliche Opposition hat das volle Recht, uns zu sagen: Ihr müßt um Euer selbst willen für uns stimmen, weil Ihr es nicht zulassen dürft, daß die Reaktion gestärkt wird, gleichviel ob wir Euch nachher unsere Stimme geben oder nicht. Es bleibt also für mich beim Kölner Beschluß. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Aus der Rede Singer's ist mir so recht klar geworden, welches die Unklarheit ist, die uns noch trennt. Es dreht sich darum, festzustellen, ob die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen ein Aufgeben des Klassenkampfes bedeutet. Ist dies der Fall, so haben wir uns fernzuhalten, wenn nicht, so besteht kein Grund, uns nicht zu betheiligen. Nun bedeutet meines Erachtens die Wahlbetheiligung für uns sogar die Eröffnung des Klassenkampfes auf einem neuen von uns noch nicht praktisch bearbeiteten Gebiete. Man darf nur den Begriff des Klassenkampfes nicht so eng fassen, wie die Gegner der Betheiligung. In dem politisch weit hinter allen westeuropäischen Kulturstaaten zurückgebliebenen Preußen kämpft noch das oppositionelle Bürgerthum als nicht herrschende Klasse gegen das herrschende, im mittelalterlichen Feudalismus wurzelnde Junkerthum. Es kämpft neuerdings heftiger als je gegen diesen Feind, der auch unser Klassenfeind ist. Die Neigung zum Absolutismus und der Zickzackkurs haben thatsächlich auch das Bürgerthum in Preußen aufgerüttelt. Unser Wahlmißerfolg in Wiesbaden ist zum Theil auch darauf zurückzuführen, daß der Freisinn nicht ungeschickt mit diesem frischen Winde segelte. Diese frische Bewegung im Bürgerthum ist aber revolutionär im Sinne des Kommunistischen Manifests, sie richtet sich gegen Absolutismus und Feudalismus, will das parlamentarische Regime einführen, und das ist in den zurückgebliebenen preußischen Verhältnissen ein Fortschritt. Wir unterstützen diesen Kampf der Bourgeoisie gegen mittelalterliche Staatsformen, wenn wir uns an den Landtagswahlen betheiligen. Ich denke, wir brauchten uns gar nicht zu schämen, offen und nackt zu sagen: in der Hauptsache kommt unsere Wahlbetheiligung auf eine Unterstützung des Freisinns hinaus; in Bezug auf eigene Mandate denke ich nämlich ziemlich pessimistisch. Aber auch das ist in diesem Falle Proletarierpolitik, Proletarierpolitik mit Eugen Richter als Kanonenfutter. Denn es ist ja nicht richtig, daß wir kompromisseln, daß die Freisinnigen mit uns auch handelten oder wir mit ihnen. Eugen Richter ladet uns nicht als freundlicher Wirth ein, wie es das Bild des „Kladderadatsch" darstellt, das eben im Saale herumgeht. Umgekehrt: wir kommen zu den Freisinnigen als nachdrängende Hilfstruppe, die dem zögernden Vormarsch der bürgerlichen Opposition nicht immer sehr angenehm ist. Für die Ausführung der Betheiligung wäre mir der bekannte Auer'sche Vorschlag als der liebste und nützlichste erschienen. Ich bedaure, daß ihn Auer nicht mehr energisch aufrecht erhält. Dann giebt es auch keine Enttäuschungen und Verwirrungen. Zur Landtagswahl schicken wir die freisinnige Opposition hoffentlich verstärkt oder wenigstens im Rückgrat gestärkt vor, um uns zu helfen, dem Junkerthum in Preußen die Herrschaft zu entreißen. Zu den Reichstagswahlen stellen wir unsere eigenen Kandidaten auf, damit sie als Abgeordnete die Truppe bilden, welche später auch dem bürgerlichen Regime noch die Herrschaft entreißt. In diesem Verhalten liegt nicht der mindeste Widerspruch. Im Gegentheil: Wir setzen damit auf einem neuen Gebiet an Stelle der revolutionären Phrase die praktische, den Umständen angepaßte, und deshalb wirksame revolutionäre That! (Vereinzelter Widerspruch.)

Hoch-Hanau: Für mich ist der Satz in 4b der Bebel'schen Resolution, „eventuell für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen“ ganz unannehmbar. Was heißt eventuell? Entweder nichts oder es liegt darin ausgesprochen, daß wir uns in einen Handel einlassen. Das geht nicht. Der liberale Kleinbürger würde als Wahlmann garnicht die Kourage haben, öffentlich für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Wenn wir aber keinen Kompromiß schließen, liegt gar kein Grund vor, uns nicht an der Wahl zu betheiligen. Wir müssen eingreifen und zwar mit Rücksicht auf unsere Agitation. Die Protestagitation ist, wie die Erfahrung zeigt, gar nicht möglich. Wirkliche Agitation läßt sich nur bei Betheiligung erzielen. Die Frage, ob wir ein Mandat erobern, können wir getrost der Zukunft überlassen.

Schmitt-München: Nehmen Sie unseren Antrag 91 an. Es ist entschieden Sache der Genossen des betreffenden Landes, darüber zu entscheiden, ob sie sich betheiligen sollen oder nicht. Bei den komplizirten preußischen Verhältnissen ist es den außerpreußischen Genossen unmöglich, sich ein klares Bild zu machen. Die preußischen Genossen müssen endgiltig allein entscheiden.

Peus-Dessau: Ich bedaure, daß die Anschauungen der Genossen in solcher Schärfe zum Ausdruck kommen. Vielleicht ist der Wunsch, in glänzenden Antithesen zu sprechen, die Ursache. Besonders habe ich mich gewundert, daß Singer mit solchem Aplomb aufgetreten ist. Wurden doch gegen die Berliner Stadtverordnetenwahlen dieselben Gründe geltend gemacht, wie gegen die Betheiligung an den Landtagswahlen. Der Kölner Beschluß war verkehrt, denn es ist nichts nach ihm geschehen. Wir müssen uns aber immer mehr um alle Verhältnisse kümmern. Nehmen Sie die Resolution Bebel an. Es kommt darauf an, daß wir überhaupt etwas thun. Unsere Genossen setzen so oft ihre Existenz für uns aufs Spiel, da wird die öffentliche Stimmabgabe kein unüberwindliches Hinderniß sein. Es lebt so viel Idealismus in der Partei. Wir können von unseren Genossen verlangen, Farbe zu bekennen; sie sollen sich nicht schämen, Sozialdemokraten zu sein. Die Agitation für die Landtagswahlen wird vorläufig der größte Gewinn für uns sein; später wird es anders kommen. Gegen Kompromisse möchte ich mich bei der bevorstehenden Wahl doch entscheiden. Ob es später, wenn wir mächtiger sein werden, nicht geschehen wird, bleibe dahingestellt.

Emmel-Saarlouis: Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen ist von allen Seiten als Zweckmäßigkeitsfrage behandelt worden. Das halte ich auch für richtig. Ein einziger Sozialdemokrat im Landtage kann auf die Bergarbeiter, die Eisenbahn-Arbeiter viel mehr wirken als alle sonstige Agitation. Schon dieser einzige Umstand veranlaßt mich, unter allen Umständen ob mit, ob ohne Kompromiß für die Betheiligung einzutreten. Die kopfscheu werden, sind überhaupt keine Sozialdemokraten, sondern unklare Mitläufer, an denen uns nichts liegen kann. Was gegen die Betheiligung an den Landtagswahlen gesagt wird, kann man auch gegen die Betheiligung an den Reichstagswahlen einwenden. Der einzige ernsthafte Einwand dagegen ist der Hinweis auf die Schwierigkeiten, aber wir sind der Schwierigkeiten immer Herr geworden! (Beifall.)

Meist-Köln: Ueber die Urheber der Frontveränderung in Sachen der Landtagswahlen konnte ich mir zuerst nicht klar werden. Da hörte ich, daß es Bebel war. Ich war einigermaßen überrascht, hatte ich doch kurz zuvor eine Rede über die preußischen Landtagswahlen gehalten, zu der ich als Material Bebel's Schrift gegen die Betheiligung benutzt hatte. (Heiterkeit.) Mögen die nichtpreußischen Delegirten bei der Abstimmung wohl berücksichtigen, daß das preußische Dreiklassen-Wahlsystem ganz abweicht von den Wahlrechten zu den übrigen Landtagen. Die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen muß daher von einem ganz anderen Gesichtswinkel aus betrachtet werden.

Vor Allem müssen wir berücksichtigen, daß wir die Massen nicht zu dem Opfer der öffentlichen Stimmabgabe bringen werden. (Sehr richtig.) Ich bin aber mit dem Auftrage hierher geschickt worden, für die Aufhebung des Kölner Beschlusses zu stimmen. Wir haben uns den Gründen nicht verschlossen, die unsere Theoretiker dafür geltend gemacht haben. Es ist gut, daß die Bebel'sche Resolution den Wahlkreisen die Entscheidung darüber giebt, ob eine Wahlbetheiligung möglich ist. Auch ihr letzter Absatz ist von wesentlicher Bedeutung. Er verhindert, daß man, wenn man sich auf die schiefe Ebene des Kompromisses begiebt, nicht gar zu faule Kompromisse abschließt. Die Reichs- und Landtagswahlen liegen diesmal sehr nahe bei einander. Es wird Sache der Kreise sein, darüber zu entscheiden, ob Verwirrung entsteht, wenn man für die Freisinnigen eintritt. In meinem Wahlkreise Lennep-Mettmann haben die Freisinnigen beim letzten Wahlkampfe Flugblätter verbreitet, die Alles enthalten, was das Schimpflexikon der ödesten Impotenz auf die Beine bringen kann. (Heiterkeit.) Wird aus der Bebel'schen Resolution Punkt 4b weggelassen, der den Kuhhandel offen zum Ausdruck bringt (Heiterkeit), so bin ich bereit, für sie zu stimmen, weil sie den einzelnen Kreisen die selbständige Entscheidung läßt, und die ist diesmal besonders nothwendig. (Beifall.)

Die weitere Debatte wird auf die Nachmittagssitzung vertagt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird beschlossen, daß jeder Redner in dieser Debatte nur einmal das Wort ergreifen darf. Der weitere Vorschlag, die Debatte heute, eventuell unter Verlängerung der Sitzungsdauer um eine Stunde, zu Ende zu führen und dann noch die Abstimmung vorzunehmen, wird abgelehnt. Im Weiteren theilt der Vorsitzende dem Parteitag Folgendes mit: Der Vorstand der czecho-slavischen Sozialdemokratie richtet an den Parteitag ein Schreiben, worin er sagt, daß er den Verhandlungen des Kongresses mit großem Interesse folgt und hofft, daß sie der internationalen Sozialdemokratie von großem Nutzen sein werden. Dann aber legt er gegen den Ausspruch Pfannkuch's: Es kann keine polnischen Genossen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie geben, entschieden Protest ein.

Singer: Ich hoffe, daß der Vorstand der czecho-slavischen Sozialdemokratie aus unseren weiteren Verhandlungen bereits ersehen haben wird, daß in dieser Frage volle Klärung bereits erfolgt ist. Der beste Beweis für das Einverständniß Aller liegt in der Zurückziehung des Antrages Berfus (Zustimmung).

Geck-Offenburg: Durch eine unrichtige Wiedergabe meiner Ausführungen über die Abgrenzung des Agitationsgebietes der badischen Parteipresse wurde Genosse Dresbach aus Mannheim mit Recht veranlaßt, in Form einer Zuschrift zum Protokoll des Parteitages eine Richtigstellung zu geben. Er rennt aber offene Thüren ein; ich habe nichts Gegentheiliges behauptet. Ich berufe mich dafür auf das offizielle Protokoll und verweise auf das Zeugniß des anwesenden Vertreters von Mannheim, Kramer, daß meine Ausführungen am Dienstag zu einer Rektifikation keinen Anlaß geben.

Es ergeht die Einladung, heute oder morgen Mittag gemeinsam die Gräber von Geib und York zu besuchen.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zur Resolution Bebel (98) sind im Laufe der Debatte die unter 99 aufgeführten Amendements eingelaufen, die mit zur Diskussion gestellt werden.

v. Elm: Auer hat uns erklärt, daß er an die Möglichkeit des Staatsstreichs glaube, und hält deshalb die Betheiligung an den Landtagswahlen

für nothwendig, um durch eine starke oppositionelle Mehrheit die Möglichkeit des Staatsstreichs zu verhindern. Ja, wenn diese Möglichkeit nur vorhanden wäre! Wir werden vielleicht ein Dutzend Freisinnige mehr in den Landtag hineinbringen können; was bedeutet das gegenüber den 90 Nationalliberalen, die immer unsichere Kantonisten sind. Von den Nationalliberalen geht ja das Drängen auf eine Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Reichstag hauptsächlich aus. Weshalb haben sie denn gegen die lex Recke im Landtag gestimmt? Doch nur deshalb, weil sie sie noch nicht für eine ausreichende Handhabe für den Kampf mit dem Umsturz hielten. Kommt die Regierung ihren Wünschen entgegen, dann werden sie über den Stock springen, wie so oft schon. Unser Hauptkampf muß auf wirthschaftlichem Gebiete liegen. Wir müssen die Gewerkschaften stärken, müssen eine Organisation schaffen, so gewaltig wie in England. Freilich sagt man, für die gewerkschaftliche Bewegung ist eben ein freies Koalitionsrecht nothwendig. Aber wenn die Arbeiter nur das Koalitionsrecht, das sie gegenwärtig haben, benützen, dann werden sie sehr bald volle Koalitionsfreiheit besitzen. Nicht im Landtage wird der Konflikt zu Ende gekämpft werden, sondern im deutschen Reichstage. (Sehr richtig.)

Auer hat sich ja in der kurzen Zeit recht gut entwickelt! Ich bin nicht so entwickelungsfähig. Ich sage: keine eigenen Wahlmänner, keine eigenen Kandidaten, sondern nur ein Eintreten für bestimmte Mindestforderungen, aber nicht solche Mindestforderungen, die auf die erbärmliche Haltung der Freisinnigen zugeschnitten sind, wie in der Bebel'schen Resolution. Ich fordere das allgemeine gleiche Wahlrecht auch für die Gemeindewahlen und das Koalitionsrecht auch für die ländlichen Arbeiter. Wie sind die Freisinnigen in der Frage der Gesinde-Ordnung umgefallen! Ich bin also für die Betheiligung an den Landtagswahlen einzig und allein aus Gründen der Agitation, der Aufrüttelung der Volksmassen. Das würde auch eine gute Vorbereitung für die Reichstagswahlen sein. Für eine Politik der vollständigen Hoffnungslosigkeit aber wollen wir das Geld nicht zum Fenster hinauswerfen. (Beifall.)

Metzner-Berlin: Wie weit die Ansichten auseinandergehen, hat die heutige Debatte gezeigt. Die Hoffnungen auf den Erfolg theile ich nicht. Sollen wir den Kölner Beschluß nun aufheben? Er bindet den Genossen die Hände zu einer kräftigen Agitation. Aus seiner Aufhebung folgt aber noch nicht, daß wir in die preußischen Landtagswahlen eintreten. Das müssen die einzelnen Kreise entscheiden. Ein dementsprechender Beschluß sollte von diesem Parteitag gefaßt werden. In vielen Wahlkreisen ist man sich klar, daß ein Erfolg bei der Betheiligung nicht zu erzielen ist. Redner bezweifelt, daß die Freisinnigen die Versprechungen halten werden, die wir ihnen abfordern sollen. Deshalb nur Aufhebung des Kölner Beschlusses und Ueberlassung der Entscheidung, ob man sich an der Landtagswahl betheiligen soll, den einzelnen Wahlkreisen.

Bebel: Zehn Minuten sind eine kurze Zeit, das Viele zu widerlegen, was gegen mich gesagt wird. Dem Genossen v. Elm möchte ich sagen, daß es vollkommen unmöglich ist, daß die preußischen Landtagswahlen vor den Reichstagswahlen stattfinden werden. (Sehr richtig!) Sodann empfehle ich Ihnen dringend den von Singer aufgestellten Grundsatz zur Beachtung, dem einzigen, über den ich in dieser Frage mit ihm einer Meinung bin, diese Frage als eine Frage der deutschen Sozialdemokratie zu betrachten und den Parteitag endgiltig entscheiden zu lassen. Erlauben Sie mir einige Worte zu meiner Resolution. Parteigenossen, es geht nicht, daß wir den Kölner Beschluß einfach aufheben. Wenn wir die traurigen Erscheinungen vermeiden wollen, die sich in Sachsen leider gezeigt haben, dann müssen wir den Genossen eine feste Richtschnur geben, wie die Resolution es vorschlägt.

Insbesondere ist es nicht damit abgethan, daß man sagt, wo es wünschenswerth ist, in den Wahlkampf einzutreten, möge man es thun. Es handelt sich zunächst nur um einen Versuch, mißlingt er, so sind wir jederzeit in der Lage, wieder zurückzutreten. Aber jetzt einen Versuch zu machen, das halte ich unter den gegebenen Verhältnissen für absolut nothwendig, insbesondere bitte ich auch Diejenigen, welche glauben, daß sie Ziffer b meiner Resolution ablehnen müssen, das übrige aber nicht, auch diesen Punkt anzunehmen, um die Kräfte zusammenzuhalten. Wenn Sie das Kameel der Resolution nicht verschmähen, das sie nach der Ansicht der Gegner der Wahlbetheiligung sein soll, dann sollen Sie auch das kleine Mücklein verschlucken, das im Punkt b der Resolution enthalten ist.

Liebknecht hat sich eine große Zahl starker Widersprüche zu Schulden kommen lassen, es wird Sache Auer's sein, in seinem Schlußwort das genügend aufzudecken, ich will nur auf einen Punkt hinweisen. Er sagt, es sei nicht wahr, daß sich die Verhältnisse in den letzten fünf Jahren so geändert haben. Da muß ich doch darauf hinweisen, daß Liebknecht in dieser Beziehung genau das Gegentheil von dem sagt, was der „Vorwärts“ seit Jahren sagt. Der „Vorwärts“ druckt die Stimmen der bürgerlichen Presse ab, die beweisen, daß in weiten Kreisen des Bürgerthums ein Umschwung in Bezug auf die inneren Verhältnisse in Deutschland, insbesondere in Bezug auf die Stimmung des Bürgerthums, eingetreten ist. Und wie wollte man es denn auch erklären, daß nicht nur ich, sondern eine ganze Reihe von Genossen, die auf dem Kölner Parteitag meiner Ansicht waren, jetzt gleich mir anderer Meinung geworden sind? Das ist doch kein Zufall, da müssen doch tiefere Gründe vorhanden sein, und sie sind in der That vorhanden für Jeden, der objektiv die Verhältnisse betrachtet. Ist es nicht wahr, daß wir seit Jahren eine Reihe von Ereignissen gesehen haben, die das Kopfschütteln aller denkenden Leute nicht nur im Inlande, sondern in allen Kulturstaaten erregt haben? Ist es nicht wahr, daß es heute kein Land giebt, dessen innere politische Zustände so sehr der Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit und der Kritik geworden sind, wie Deutschland? (Sehr richtig!) Es ist wirklich kein Grund vorhanden, darauf stolz zu sein. Ich erinnere nur an die eigenthümlichen Vorgänge bei der Umsturzvorlage, bei der Vereins- und Versammlungsvorlage, ich erinnere vor Allem an das freche, schamlose und empörende Auftreten der Junker, die heute schon genug in Händen haben, aber noch immer mehr erbeuten und in noch immer höherem Maße auf Kosten des allgemeinen Volkswohls sich Genüsse verschaffen, aber das Volk entrechten wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erinnere an die widerspruchsvolle Art, wie regiert wird. Niemand hat mehr vom Zickzackkurs gesprochen wie gerade Freund Liebknecht, und dieser Kurs, der in den letzten Jahren immer widerspruchsvoller geworden ist, hat gerade die Stimmung erzeugt, die uns veranlaßt, in diesem Kampf zur Vernichtung des Junkerthums in Preußen und zur Bekämpfung absolutistischer Neigungen auch unser Theil beizutragen. Es ist nicht die Lust, ein Mandat zu haben oder elende Kompromißpolitik zu treiben, es ist einfach die Lust am Kampfe, die Kampfesfreudigkeit, die uns dazu nöthigt, es zum Mindesten einmal zu versuchen. (Sehr richtig!) Diesen Versuch können wir unter allen Umständen einmal riskiren. Man hat darauf hingewiesen, daß ich mich in einen starken Widerspruch gesetzt habe zu meinen Aeußerungen in Köln. Ja, Genossen, glaubt Ihr denn, dessen erinnere ich mich nicht? Glaubt Ihr denn, ich hätte nicht, bevor ich meinen Artikel in der „Neuen Zeit“ für die Wahlbetheiligung schrieb, erst selbst noch einmal meine Kölner Rede durchgelesen? Das habe ich gethan, und weil ich das gethan habe und anderer Meinung geworden bin, habe ich mich in erster Linie für moralisch verpflichtet gehalten, dieser Wandlung der Gesinnung vor der ganzen Partei Ausdruck zu geben und das durch

die Einbringung der Resolution zu dokumentiren. Drei Jahrzehnte ist es die bisherige Taktik, die Taktik der Partei gewesen. Es war also ganz selbstverständlich, daß, wenn es galt, in Köln dieser in der Partei stark eingewurzelten Taktik und den Gründen für sie Ausdruck zu geben, man dem durch starke Ausdrücke Ausdruck gab, durch Ausdrücke, die, wie man sich nachher sagte, besser unterblieben wären. Aber sie sind in ganz logischer Folge unserer damaligen Anschauungen und Ueberzeugungen gemacht worden. Nachdem nunmehr Ereignisse und Umstände eingetreten sind, die einen Gesinnungswandel, eine veränderte Auffassung der Verhältnisse herbeigeführt haben — nicht 24mal am Tage, wie Liebknecht seine Taktik unter Umständen zu ändern für seine Pflicht erklärte, aber im Laufe der Jahre einmal —, da haben wir uns verpflichtet gefühlt, so zu handeln, wie wir gehandelt haben.

Nun ist uns ja wieder der Kompromiß ins Angesicht geschleudert worden. Parteigenossen, was ist denn ein Kompromiß? Ein Kompromiß ist es nicht, wenn wir, wie es hier geschehen soll oder wie es bei den Stichwahlen zum Reichstag geschieht, wo wir einen Mann mit unseren Gesinnungen und unseren Prinzipien nicht zur Wahl bringen können, einen anderen wählen; sondern ein Kompromiß wäre es einzig und allein, wenn dabei politische Anschauungen und Grundsätze preisgegeben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wer muthet das aber unseren Parteigenossen zu? Wer glaubt denn, daß unsere Gegner uns das zumuthen könnten? Nein, wir sagen: wir sind bereit, allüberall, wo unsere Hilfe Euch in dem Kampfe gegen die Reaktion und das Junkerthum dienlich sein kann, Euch unsere Kräfte zur Verfügung zu stellen, weil wir leider nicht in der Lage sind, unsere eigenen Kräfte, die wir für weit besser, für weit tauglicher und zuverlässiger erachten, als Ihr es seid, nicht zu wählen vermögen. Und wenn wir Euch diese große Hilfe geben — und es ist eine große Hilfe, eine weit größere Hilfe, als die Meisten unter uns heute sich einbilden — wenn wir mit der an uns gewohnten Energie und Opferwilligkeit in den Wahlkampf eintreten, können wir auch umgekehrt von Euch verlangen, daß Ihr unbeschadet Eurer Grundsätze eventuell auch einem Mann aus unserer Mitte Eure Stimme gebt. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein solcher Vertrag offen vor der ganzen Welt abgeschlossen wird; und ich möchte den Mann sehen, der das Prinzipienverrath zu nennen wagte. (Lebhafter Beifall.) Und ich erinnere daran: es giebt auch innerhalb der gegnerischen Presse Stimmen, in der „Breslauer Morgen-Zeitung“, in der „Nation“, die sagen: Das Verhalten der Sozialdemokraten ist ein durchaus korrektes, helfen sie uns so und so oft zum Siege, es wäre ein Unrecht und eines liberalen Mannes unwürdig, wenn wir ihre Unterstützung ohne jede Gegenleistung annehmen wollten. Ich halte das in diesem Fall durchaus für keine Schande, und ich bitte Sie dringend, lassen Sie sich durch alle derartigen Einwände nicht irre machen. Wie wir 30 Jahre und mehr zu der Fahne der Sozialdemokratie gehalten haben, werden wir bis an unser Lebensende zu ihr halten. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ewald-Berlin, der als nächster Redner auf der Rednerliste steht, ist nicht anwesend.

Hoffmann (zur Geschäftsordnung): Ewald hat sich krankheitshalber Mittags auf einige Stunden hingelegt. Er hat mit mir verabredet, daß, sollte er während seiner Abwesenheit an die Reihe kommen, ich mit ihm tauschen sollte. Schoenlank und Bebel haben auch mit Anderen getauscht.

Vorsitzender **Singer**: Die letztere Thatsache ist allerdings richtig. Aber es lag da eine gleichzeitige Meldung beider Redner vor. Ich bezweifle ja nicht, daß Genosse Ewald seine Zustimmung gegeben hat. Aber mit Rücksicht auf die den Parteien schuldige Unparteilichkeit kann ich eine einseitige Meldung nicht entgegen nehmen. (Zustimmung.)

Schröer-Spandau: Sowohl der Referent wie alle Anhänger der Betheiligung, die hier gesprochen, haben erklärt, daß von einem Kompromiß nicht die Rede sein kann. Ist denn nun von unseren Grundanschauungen bei der Resolution Bebel nichts geopfert? Von den 15 Forderungen des zweiten Theils unseres Programms soll nur eine dem Kandidaten der bürgerlichen Parteien, für den wir stimmen, vorgelegt werden. Wo bleiben die vierzehn anderen? Sie sind fortgelassen, weil kein bürgerlicher Kandidat dafür zu haben wäre. Glauben Sie, daß diese praktische, diese staatsmännische Politik, wie sie sich auch in Schippel's Rede ausgesprochen, die Tausende von Hafenarbeitern zu begeistern vermag, deren Begeisterung wir gestern bei der Hafenfahrt gesehen haben. Die Freisinnigen ein Bollwerk gegen die Reaktion? Nein, in dem Maße, als die Entwicklung fortschreitet, opfern sie ein Freiheitsrecht nach dem andern, um Schutz für die Ausbeutung zu erhalten. Und welche Entwicklung vollzieht sich in unserer eigenen Partei? Unsere Forderungen sind nicht mehr Sozialismus. Nur wählen, wählen und wieder wählen und Politik treiben, das wird jetzt gepredigt. Die wirthschaftliche Entwicklung, nicht die großen staatsmännischen Reden haben uns die Massen zugeführt. Wenn wir aber so fortfahren wollen, wie es jetzt geschieht, dann lassen wir nur die großen Phrasen von der einzig revolutionären Partei und erklären, wir sind eine politische Partei wie alle anderen, vielleicht ein wenig radikaler, aber mehr nicht. (Sehr gut!)

Dr. Schoenlank: Das Referat Auer's zeichnete sich viel weniger durch die Neuheit der Argumente aus als durch die Art, wie er seine Argumente begründete, wie er die Dinge beleuchtete. Ich muß sagen: vom ästhetischen Standpunkte aus war diese Rede äußerst erfreulich, sie war ein Meisterwerk der Rhetorik. Er hat die ganze Skala der Empfindungen und Gefühle auf und ab erklingen lassen, er hat alle Saiten angeschlagen und wenn Auer auch nicht der Rattenfänger von Hameln ist, so ist er mindestens der Rattenfänger von Hamburg. (Große Heiterkeit.) In seiner ehrlichen und biederen Art hat uns Auer erzählt, wie er seine Ansichten gründlich geändert hat. Zum Schluß gab er zu, daß der Vater seines Gedankens Arons ist. Auer ist also der Adoptivvater des Kindes von Leo Arons. (Heiterkeit.) Aber mit diesem Kinde ist er nicht gerade sehr väterlich umgegangen; er hat gehandelt wie der Erzvater Abraham, der den Ismael und die Hagar in die Wüste getrieben, die Sarah aber behalten hat. Er unterhielt uns über Vorgänge im Reich, über Kometen-Kurs, Zickzack-Kurs und dann wollte er auf einmal den Eindruck bei uns erwecken, als wenn wir dagegen Wandel schaffen könnten durch einen Einfluß auf die Landtagswahlen, statt durch Schaffung eines Reichsparlaments, das Zickzack- und Kometen-Kurs zu verhindern im Stande ist. Gewiß ist es ganz schön, sich zu betheiligen, wenn man Erfolge haben kann. Aber Auer selbst glaubt ja an solche nicht, er hat selbst erklärt im „Vorwärts“ und in der Auseinandersetzung, die in den „Sozialistischen Monatsheften“ stattgefunden hat, als Partei könnten wir nicht einen einzigen Deputirten herauskriegen; denn was für das sächsische Wahlrecht gilt, gilt für das weit plutokratischere preußische noch mehr, für das System der öffentlichen Wahlen, das für Hunderttausende ein ehrliches Bekenntniß unmöglich macht, das Zehntausende von Beamten an der Wahl verhindert, viele Tausende von Arbeitern in den großen Bergwerken u. s. w., die schon bei den Reichstagswahlen von den Arbeitgebern in der brutalsten Weise terrorisirt werden. Wir scheiden also aus, wir sollen aber Vorspann leisten für die bürgerlichen Parteien, und Genossen, was für Parteien! Genossen, ach, Auer sagt, für demokratische Männer. Doch wo sind solche? Die Zeit ist vorüber, wo es einen radikalen demokratischen Liberalismus gab. Johann Jacoby, sagt Auer, und Guido Weiß! Heute heißen sie Pachnicke, Rickert, Richter und Barth. (Sehr richtig!) Und was ist der Liberalismus von

heute? Er ist die konzentrirte Säure des Kapitalismus, und da verlangt man von uns, daß wir für diese Leute eintreten — nicht in den Stichwahlen, wie für den Reichstag, nein, gleich von vornherein, für diese Leute, die ihre sozialpolitische Unfähigkeit bewiesen haben, die Gegner jeder Sozialpolitik sind. Und dann behaupte ich, die Genossen sind über das Dreiklassen-Wahlsystem nicht informirt, sonst wäre die Stimmung gegen die Betheiligung eine allgemeine.

Der Redner muß abbrechen, da seine Redezeit abgelaufen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hengsbach-Köln zur Geschäftsordnung: Es ist mir aufgefallen, daß Schoenlank und schon vorher Hoch abbrechen mußte, obgleich noch einige Minuten an den zehn Minuten fehlten. Ich habe genau nachgesehen.

Vorsitzender **Singer**: Ich muß das Bureau — nicht mich persönlich — dem Redner gegenüber dagegen verwahren, daß es Parteilichkeit walten läßt. Außerdem muß ich sagen, daß Diejenigen, die mit etwas Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgen, kaum in der Lage sein werden, die Behauptung aufzustellen, daß nicht mit gleichem Maße gemessen wird.

Hengsbach: Ich habe dem Bureau nicht Parteilichkeit vorgeworfen; ich konnte das um so weniger, als Schoenlank auf dem Standpunkte des Vorsitzenden steht.

Robert Schmidt-Berlin: Wir sind gewohnt, ruhig die Aussichten abzuwägen, wenn unsere Partei eine neue politische Aktion einleitet. Thun wir es auch hier. Die Anhänger der Wahlbetheiligung haben ihre Hoffnung, daß wir Mandate erringen oder der Partei viel nützen werden, sehr herabgedrückt. Sie haben heute deshalb mehr die ideelle Seite der Wahlbetheiligung in den Vordergrund gestellt, dazu gehört die Erweiterung unseres Kampfgebietes, wie es Genossin Zetkin genannt hat. Ich habe bisher das Gebiet unserer Agitation noch nie als zu klein empfunden. Massenhaft bringt uns jeder Tag neue Mittel für die Agitation, da brauchen wir nicht nach neuen Kampfgebieten zu spähen. Der Klassenkampf durchdringt bei uns die ganze Agitation. Bei einer politischen Aktion ist es nothwendig, daß der Glaube an ihren Nutzen vorhanden ist. Als ein solcher Nutzen erscheint uns doch die Aufgabe, aus eigener Kraft Vertreter in den Landtag zu bringen. Es ist ja möglich, daß eine ferne Zukunft uns diese Möglichkeit gewährt. Augenblicklich ist sie nicht vorhanden. Es hat mich ja sehr sympathisch berührt, daß diesmal der größte Skeptiker in der Partei einen Appell an den Glauben gerichtet hat. (Heiterkeit.) Es giebt aber Dinge, die man nicht glauben kann. Diese Aussichtslosigkeit raubt der Betheiligung das begeisternde Moment. Wenn wirklich ein Staatsstreich mit Hilfe des Landtages versucht werden soll, dann können wir es durch unsere Wahlbetheiligung nicht verhindern. Der Schwerpunkt wird doch immer im Reichstage liegen; er ist der einflußreichste Faktor. Reden wir nicht mit solcher Gleichgiltigkeit von der Protestbewegung. Die österreichischen Genossen haben ganz bedeutende Erfolge damit errungen und bei der Umsturzvorlage hat die Protestbewegung im Lande manchem bürgerlichen Abgeordneten erst den Rücken steifen müssen; also auch außerhalb des Parlaments bleibt uns ein weites großes Kampfgebiet. Es war doch sehr bezeichnend, daß gerade ein bayerischer Genosse — und die bayerischen Genossen stehen doch sonst in dem Ruf, daß sie eine mehr rechts neigende Richtung in der Partei einnehmen — sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Kompromiß mit bürgerlichen Parteien erklärt hat. Wenn wir den geringsten Erfolg erzielen wollen, müssen wir einen Handel mit unseren Gegnern abschließen, die aber nehmen zwar unsere Stimmen gern, stimmen aber nicht für uns. Wenn die Wahlen vorüber sind und nicht ein einziger Sozialdemokrat gewählt ist, müssen wir uns sagen, es ist nichts erreicht! Für eine aussichtslose Aktion sollte man die Partei nicht begeistern. Das

preußische Parlament ist und bleibt eine Ständekammer der Besitzenden; das Proletariat kommt dort nicht zu Wort. (Sehr richtig!)

Schrader-Osnabrück: Es ist bezeichnend, daß die Anhänger der Wahlbetheiligung in der Frage, wie wir uns betheiligen sollen, so weit auseinandergehen. Für die Ansicht, von vornhein für die linksstehenden bürgerlichen Oppositionsparteien einzutreten, scheint sich ja jetzt die Mehrheit der Befürworter der Betheiligung zu begeistern. Es ist in der Debatte das Wort gefallen, Mißtrauen ist eine demokratische Tugend, und kein anderer als Bebel hat gerade in Köln darauf hingewiesen, wie sehr wir berechtigt sind, Mißtrauen gegen die Freisinnigen zu hegen. In den damaligen Ausführungen hat Bebel die sogenannten Oppositionsparteien treffend gekennzeichnet. Ich bin heute noch der Meinung, würden Zentrum und Freisinnige die Mehrheit im Landtage haben, sie würden bei einer Abstimmung darüber, ob das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt werden solle, sich der Abstimmung entziehen, um nur ja zn verhüten, daß eine solche Vorlage Gesetz wird. Nach den bisherigen Erfahrungen haben wir keine Veranlassung, uns mit den bürgerlichen Parteien einzulassen, wir würden doch nur getäuscht. Auch auf einen Versuch dürfen wir uns nicht einlassen, sondern wir müssen von vornherein gegen die Betheiligung stimmen.

Kolb-Karlsruhe: Wir in Baden wollen bei den bevorstehenden Landtagswahlen das, wovor Sie sich fürchten, bereits thun; wir fürchteten eigentlich, daß wir hier elend heruntergerissen würden, denn wir haben schon Kompromisse geschlossen, und wir haben auch schon da, wo keine Aussicht für uns bestand, von vornherein für die Freisinnigen und das Zentrum zu stimmen erklärt. Das war nothwendig, denn in Baden ist der Nationalliberalismus ebenso schlimm wie in Preußen das Junkerthum. Brechen wir bei Zeiten die reaktionäre Macht und verhindern wir, daß den Arbeitern ihre Rechte noch mehr verkümmert werden. Erst wenn wir die Macht der Junker und der Nationalliberalen gebrochen haben, haben wir den Weg geebnet, auf dem das Proletariat vorwärts marschiren kann. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung fragt Hoffmann-Berlin IV an, wie es kommt, daß der Vorredner mit einem Delegirten aus Hannover in der Rednerliste getauscht habe, ohne daß letzterer dem Bureau davon Mittheilung gemacht habe.

Singer: Es ist verständiger, solche Fragen privatim an das Bureau zu richten und nicht die Verhandlungen dadurch zu verlängern. Im Uebrigen ist mir nichts davon bekannt. Sodann möchte ich noch darauf hinweisen, daß uns einige Schwierigkeiten dadurch bereitet werden, daß etwa 12 bis 15 Delegirte durch Versammlungen heute Abend engagirt sind. Die Genossen können sich, wenn sie ihre Pflicht erfüllen sollen, nicht dazu entschließen, den Kongreß vorher zu verlassen. Ich schlage deshalb vor, heute womöglich die Diskussion zu Ende zu führen, die Abstimmung aber jedenfalls erst morgen früh vorzunehmen. Dadurch werden wir allen Theilen gerecht.

Katzenstein: Wir dürfen diesen Punkt auf keinen Fall über das Knie brechen.

Singer: Ich habe mit keinem Worte verlangt, daß die Sache nicht zu Ende berathen wird. Werden wir heute nicht fertig, so wird morgen weiter geredet, das ist doch selbstverständlich.

Mit dem Vorschlage Singer's, die Abstimmung auf alle Fälle erst morgen stattfinden zu lassen, erklärt sich der Parteitag einverstanden.

Slomke-Bielefeld: Die Wahlenthaltung hat zur Folge gehabt, daß die Konservativen Mandate eroberten, die ihnen nicht zukommen. Sobald wir uns betheiligen, fliegen sie hinaus. Und das ist doch auch schon etwas werth. Wir sind deshalb für Betheiligung, aber nicht für eine theilweise, sondern für

eine allgemeine, sei es auch nur aus Agitationsgründen. Nur gegen Punkt b der Bebel'schen Resolution bin ich. Auf einen Kuhhandel dürfen wir uns nicht einlassen. Wollen die Freisinnigen für uns stimmen, so mögen sie es thun, aber ohne daß wir einen Handel mit ihnen abschließen. Wir sind für die Wahlbetheiligung, um den erzreaktionären Muckern den Boden abzugraben.

Lange-Leipzig: Genosse Stolle hat uns Leipziger so hingestellt, daß kein Hund in der Welt mehr ein Stück Brod von uns nehmen würde. (Oho!) Noch in keinem Parlament der Welt sind unsere Vertreter so behandelt worden, wie im sächsischen, zu keiner Kommission wurden wir zugezogen; selbst Bebel hat in einer Volksversammlung gerathen, wir sollten die Mandate niederlegen, denn die Politik der sächsischen Regierung sei eine solche, daß sie dem Hund den Schwanz stückweise abschneidet. Die Antwort werden wir der Regierung bei der nächsten Reichstagswahl geben. Was ist denn seit Köln geschehen? Die Vereinsgesetz-Vorlage giebt doch keine Veranlassung zu einer Aenderung der Taktik, denn die Nationalliberalen haben doch selbst erklärt, für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten würden sie stimmen. Erfolge können wir ja doch nicht erreichen. Das lehren die letzten Wahlen in Sachsen. Andererseits aber sind zahlreiche Maßregelungen sicher; und was sind denn das für Freisinnige, denen wir zum Siege verhelfen sollen? Von Agitation kann auch keine Rede sein, wohl aber werden unsere Kräfte zersplittert; das ist dasselbe, als wenn man Jemandem ein Schwert in die Hand giebt und ihm sagt, er solle mit der Scheide zuhauen. Ich bin für Beibehaltung der Kölner Resolution.

Ewald: Darüber, daß wir von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben und daß auf sie kein Verlaß ist, sind wir uns wohl Alle einig. In den Städten haben die Freisinnigen oder Nationalliberalen die Majorität, auf dem Lande würden sich kaum Wähler und noch weniger Wahlmänner finden, die für uns offen ihre Stimmen abgeben. Wenn wir uns betheiligen, so wird die Regierung ihre zahlreichen Arbeiter zur Wahlurne kommandiren. Die Leute, die zum Theil zu uns gehören, würden dann gegen uns stimmen. Wir würden also einen Gewissenszwang ausüben. Dazu kommt, daß wir unsere eigenen Anhänger zum Schwanz der Freisinnigen oder des Zentrums degradiren würden. Wenn wir ein revolutionäres Bürgerthum hätten, so ginge es noch. Hier aber sollen wir dieselben Freisinnigen unterstützen, die sich nicht scheuen, bei Reichstagswahlen für Konservative zu stimmen. Wir sollten die Betheiligung strikte ablehnen. Es geht ein Zug der Unzufriedenheit durch die Partei, und dieser Zug wird noch vermehrt, wenn wir uns an den Landtagswahlen betheiligen und mit bürgerlichen Parteien paktiren.

Frl. **Baader**-Berlin: Weder Auer noch Bebel glauben, daß wir aus eigener Kraft Kandidaten durchbringen. Wir sind ja nicht gegen die Betheiligung an den Landtagswahlen überhaupt, sondern nur gegen die Betheiligung an den Wahlen in Preußen wegen des schlechten Wahlsystems. Die Wahlbetheiligung hat auch nicht den agitatorischen Werth, den ihr die Genossin Zetkin beilegt. Es ist ja garnicht möglich, die Massen an die Wahlurne zu bringen. Nur eine ganz geringe Zahl von Wählern der dritten Klasse wird sich an der Wahl betheiligen können. Genossin Zetkin will die Wahlen zum Agitationsmittel benutzen; sie weiß aber selbst sehr wohl, daß wir das ungeheure Agitationsmaterial, das wir heute schon haben, garnicht bewältigen können. Agitiren wir lieber für die Abschaffung dieses Wahlsystems! Wir haben keinen Grund, uns an den Wahlen zu betheiligen und den Kölner Beschluß aufzuheben. Bebel redet von einem Versuch. Aber wir haben keine Veranlassung, Lufthiebe zu machen. Jeder Hieb, den wir austheilen, muß sitzen. Achten wir lieber mehr darauf, wie wichtige Vorlagen im preußischen Landtage zur Berathung kommen! Uns Frauen bleibt ja auch

kein Weg, als täglich darauf hinzuweisen, wie man uns entrechtet, und ich meine, das ist auch eine Agitation, die die Köpfe revolutionirt. Die Vereinsgesetz-Vorlage ist nicht gefallen, weil sich eine prinzipielle Mehrheit dagegen im Abgeordnetenhause fand, sondern weil das Proletariat dagegen Front machte. Lassen wir den Kölner Beschluß bestehen. (Beifall.)

Eitzinger-Nürnberg: Wäre in Köln Jemand aufgefordert, der einen Kompromiß das Wort geredet hätte, so würde man ihn so abgekanzelt haben, daß er ein zweites Mal nicht wieder gekommen wäre. Ich halte die Wahlbetheiligung nicht für eine Prinzipienverletzung, ich kenne den agitatorischen Werth der Betheiligung an den Landtagswahlen aus eigener Anschauung. Hierbei haben wir ein anderes Feld unserer Thätigkeit. In Bayern schließen wir keinen Kompromiß, denn dort ist das Bürgerthum ebenso reaktionär wie in Preußen das Junkerthum. Auch in Preußen wird es ohne Kompromisse gehen. Ich bitte Sie deshalb, heben Sie den Kölner Beschluß auf und betheiligen Sie sich an den Wahlen. Probiren Sie die Sache, dann kommt auch der Appetit.

Molkenbuhr-Hamburg: In großen Städten wie Berlin und Breslau, wo schon seit Jahrzehnten außer der freisinnigen keine Partei ernsthaft in Frage kommt, richtet man selbstredend bei der Wahlagitation sein Augenmerk nur auf diese, und ihr Sündenregister ist so groß, daß dem ehrlichen Proletarier ein Ekel aufsteigen kann, wenn er denkt, er soll für sie stimmen. Anders liegt aber die Sache, wenn wir die Freisinnigen mit den Konservativen und dem Junkerthum vergleichen. Wenn Liebknecht fragt, was denn seit 1893 geschehen ist, so darf ich wohl darauf hinweisen, daß 1893 der Kurs Caprivi-Marschall obenauf war und daß dieser heute dem des **Junkerthums** gewichen ist. Die Junker, die in ihrer Beutepolitik unendlich weit gehen, bereichern sich nicht allein aus eigener Kraft aus der Tasche des Volkes, auch das Schlotjunkerthum bietet ihnen die Hand dazu, um gemeinsam mit den Krautjunkern den Raubzug auszuführen. Auch aus den preußischen Staatskassen werden den Junkern erhebliche Zuwendungen gemacht, und wenn wir dieser Ausplünderung des arbeitenden Volkes durch den Staat entgegentreten wollen, dann müssen wir eine Majorität im Landtage haben, die dagegen Front machen kann. Das hat bisher die freisinnige Partei noch immer gethan. Wenn wir für die Wahlbetheiligung eintreten, so geben wir uns nicht der Illusion hin, daß wir dadurch viel erreichen und daß die Freisinnigen für sozialdemokratische Forderungen eintreten. Aber das Eine wissen wir, daß sie ihre Interessen verfolgen, die diametral entgegengesetzt sind denen des Junkerthums, und sie hindern dieses an seiner Beutepolitik. Ich sage: gerade unsere Agitation, gerade der Umschwung, der sich in der Ansicht der Partei über die Landtagswahlen vollzogen, hat mit dazu beigetragen, dem Liberalismus bei der lex Recke das Rückgrat zu steifen. (Sehr richtig!) In vielen Kreisen sind jetzt die Freisinnigen auf die Hilfe der Nationalliberalen angewiesen, wenn sie sich gegen die Junker behaupten wollen. Wenn wir uns an der Wahl betheiligen, machen wir die Freisinnigen liberaler. Die Fragen, die den **Landtag berühren**, sind tief einschneidender Natur. Sie **berühren**, wie die Schulfrage, **direkt unser Programm**. Weshalb sprechen wir so wenig von der wichtigen Schulfrage? Weil nur die Fragen für uns in den Vordergund treten, wo wir mitwirken können. Neben der Schulfrage steht die Agrarfrage, die Eisenbahnfrage, sie alle gehen den Landtag an. Wir schaffen uns also in der That ein neues Agitationsfeld, wenn wir uns an den Landtagswahlen betheiligen. Wir können den Massen im Einzelnen zeigen, welch schmähliche Klassenpolitik im Landtage getrieben wird. Wir bringen die Massen in Fluß und umsomehr haben wir Aussicht, das Dreiklassen-Wahlsystem abzuschaffen. (Bravo!)

Frau Zietz-Hamburg: Die Betheiligung halte ich für nöthig, schon aus dem einzigen Grunde, um die Reaktion abzuwehren. Die Herren im Landtag haben sich unter sich gefühlt und sich über unsere Wahlenthaltung sehr gefreut. Ich akzeptire das Wort Schoenlank's, daß Auer der Rattenfänger von Hamburg ist. Ich hoffe, daß seine Rede dazu führen wird, daß die Betheiligung mit großer Mehrheit angenommen wird. (Beifall.) Die Wahlen werden durch die Klarheit, die sie den Massen über den Charakter des elendesten aller Wahlsysteme bringen werden, ein gewaltiges Agitationsmittel sein. Gewiß sind die Umstände erschwerend, aber seit wann sind wir Sozialdemokraten Erfolgsanbeter? (Beifall.) Wenn wir die Oppositionsparteien unterstützen, ihnen unsere ganze Kraft zur Verfügung stellen, dann werden sie schon so viel politisches Anstandsgefühl haben, auch für die Wahl eines Sozialdemokraten zu sorgen. Die Hauptsache ist aber, daß wir ein mächtiges Agitationsmittel bekommen und der Reaktion einen Riegel vorschieben werden. (Lebhafter Beifall.)

Knappe-Stettin: Ich war schon vor vier Jahren für Wahlbetheiligung. Ueber die Art derselben sind die Ansichten ja selbstverständlich verschieden. Daß die Gegner der Betheiligung nicht verschiedener Ansicht sind, ist aber auch ganz erklärlich, denn zum Nichtarbeiten braucht man nur einer Meinung zu sein. Ob wir den Uebermuth der Junker wirklich durch unsere Betheiligung werden brechen können, wird freilich erst erwiesen werden müssen; aber probiren geht immer über studiren. Die Vereinsvorlage ist nur deshalb im Abgeordnetenhause abgelehnt worden, weil der linke Flügel der Nationalliberalen stärker war als der rechte, der gerne dafür stimmen wollte und nur durch den bindenden Fraktionsbeschluß daran verhindert wurde. Es muß also unsere Aufgabe sein, den linken Flügel in den Parteien zu verstärken. In Berlin mag ja eine Wahlbetheiligung keinen Erfolg haben; aber anders ist es zum Beispiel in Pommern, zum Beispiel in der Nähe von Stettin; da ist es sehr leicht möglich, statt zweier Konservativen zwei Freisinnige in den Landtag hineinzubringen. Die Wahlbetheiligung nach der Resolution Bebel soll ein Baustein sein für einen Damm gegen die Reaktion, den wir mit unseren eigenen Bausteinen nicht aufführen können, weil wir sie nicht hinaustransportiren können. Wir wollen ja keine Berge damit versetzen, wir sagen ja auch nicht: es soll proletarische Politik getrieben werden unter der Führung Eugen Richter's, sondern wir benutzen diese Leute nur, um einen Schaden, der uns droht, zu verhindern. Unterschieben Sie uns doch nicht Motive, die wir nicht haben; achten Sie doch unsere Ueberzeugung, wie wir die Ihre achten. Jedenfalls beschließen Sie die Betheiligung. (Beifall.)

Faber-Frankfurt a. O.: Will man dafür sein, dann muß man wissen, wie es gemacht werden soll. Mit den Wahlmännerwahlen allein ist es nicht abgethan. Wir erzielen mit der Wahl zwischen zwei schlechten Parteien nur Korruption. Bei der Reichstagswahl haben wir den Freisinn bis auf ein kleines Häuflein vernichtet; und da sollen wir ihn bei der Landtagswahl stärken? Das bischen freie Bürgerthum, das noch übrig geblieben ist, bleibt auch nicht beim Freisinn; es kommt zu uns oder geht nach rechts. Für die Aufhebung des Kölner Beschlusses werde ich eventuell stimmen können, für die Resolution in ihrem ganzen Umfange kann ich nicht stimmen. Eine Verpflichtung zu wählen, kann ich nicht festsetzen.

Hoffmann-Berlin: Bis auf Ulrich hat jeder Redner zugegeben, daß wir aus eigener Kraft keinen Kandidaten durchbringen können. Wir wollen nicht deshalb in die Landtagswahlen nicht eintreten, weil wir uns vor der Arbeit scheuen. Wenn alle Jahr Reichstagswahl wäre, würden wir alle Jahr mit Freuden wählen. Jeder Erfolg ist aber ausgeschlossen. Das Exempel bei der Landtagswahl ist sehr einfach und klar: 3 mal 2 sind 6, und davon sind

2 nur unser. Sie können also ebensogut beschließen, einen Abgeordneten in den Mond zu schicken, er wird auch nicht hinaufkommen. Ganz besonders gewundert hat mich die Stellung des Abg. Bebel. Hier von derselben Tribüne hat er vorher bei seinem Referat über die Reichstagswahl gesagt: Die Nationalliberalen warten nur auf ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie; und jetzt verlangt er von uns, daß wir diese Leute wählen! (Beifall.) Vorher sagte er: Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ist dem Bürgerthum tief verhaßt, und diesem Bürgerthum sollen wir jetzt zumuthen, unsere Interessen zu vertreten, ja, für den Landtag dieses ihnen verhaßte Wahlrecht einzuführen? (Beifall.) Ich hoffe, daß der Parteitag jeden Kompromiß ablehnen wird. Vorher haben Sie mit vollem Recht die Veröffentlichung der Liste der Vertrauensmänner abgelehnt, um sie nicht in die Hände der Behörden zu geben, und nun wollen Sie durch die öffentliche Wahl die gesammten Sozialdemokraten in die Hände der Herrschenden geben! (Beifall.) Die Freisinnigen müßten ja Narren sein, wenn sie nicht dieselben Kandidaten bei den Reichstagswahlen aufstellen wollten wie bei den Landtagswahlen. Wenn nun solch' ein Freisinniger bei den Landtagswahlen das Blaue vom Himmel herunterverspricht, dann sollen wir unseren Genossen sagen: glaubt dem und wählt ihn, und nachher kommt derselbe Freisinnige, verspricht wieder das Blaue vom Himmel herunter, und dann sollen wir sagen: glaubt dem ja nicht, der hält nicht, was er verspricht! (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich halte es für einen schweren Fehler von Schoenlank, daß er gegen die Wahlbetheiligung agitirte, hätte er im Gegentheil dafür agitirt, dann würde die Resolution Bebel jetzt einstimmig abgelehnt werden (Heiterkeit); denn dann könnte nicht Stolle kommen und sagen: Ja, wenn Schoenlank nicht gewesen wäre! (Sehr richtig.) Ich bitte Sie ja bei der Abstimmung zu bedenken, daß, wenn der Schritt einmal gethan ist, er nicht wieder gut zu machen ist, und indem ich an die von Auer gestern vorgebrachte Bitte aus dem Vaterunser denke, möchte ich den Genossen Auer und Bebel zurufen: Führet uns nicht in Versuchung! (Große Heiterkeit und Beifall, Händeklatschen.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird von Patzer-Delmenhorst begründet, von Werner-Berlin bekämpft und abgelehnt, weil das Bureau zweifelhaft ist.

Geyer-Leipzig: Das Ergebniß der sächsischen Landtagswahlen ist von den Gegnern der Betheiligung hier benutzt worden, um gegen die Betheiligung zu agitiren, ich muß deshalb darauf erwidern: das Wahlrecht in Sachsen ist anders wie das preußische. Das gebe ich zu, aber gegen unsere Betheiligung an den sächsischen Wahlen sind bei uns dieselben Vorwürfe und Einwände geltend gemacht worden. So ist behauptet worden, wir würden nicht genug Wahlmänner finden. Das Gegentheil hat sich herausgestellt. Wir hatten geradezu Ueberschuß an Wahlmännern. Es hat sich bestätigt, daß, wenn die Wähler öffentlich auftreten sollen für die Sozialdemokratie, sie durchaus nicht so zaghaft sind, wie ihnen nachgesagt wird. (Sehr richtig!) Dabei laufen doch die Wahlmänner viel mehr Gefahr, als die große Masse der Wähler bei öffentlichem Eintreten für uns. (Sehr richtig.) Auch der zweite Einwand ist hinfällig, daß es uns nicht möglich sein würde, die Wähler an die Urne zu bringen. Es ist wahr, in einigen Kreisen haben unsere Wähler nicht so gestimmt, wie wir es erwartet haben, in anderen aber war die Betheiligung um so lebhafter. Und wenn wir zu klagen haben, so trägt die Schuld daran die Trennung der Partei durch Leipzig. (Sehr richtig!) Nur ein Drittel der Mandate wird in Sachsen jedes Mal erneuert. Wenn aber das ganze Land wählt, ist die Bewegung ganz anders. Trotzdem hatte die Wahl bei uns diesmal größere Bedeutung als je zuvor. Da wird behauptet, die Kosten seien zu hoch gewesen, das Geld sei vergeudet worden, die Kosten für Dresden

seien höher gewesen als für die Reichstagswahl. Das ist Alles unwahr! (Hört! hört!) Die Kosten — noch ist die Abrechnung garnicht da — aber waren geringer, als wir erwartet haben. So wird mit Argumenten verfahren, um ihnen die Wahlbetheiligung mißliebig zu machen. (Bravo.) Ueber die Frage des Erfolges streiten wir uns in Sachsen noch. Für mich steht fest, daß die Partei Erfolge errungen hat, vor Allem in agitatorischer Beziehung. Neue Genossen sind durch die Betheiligung gewonnen, die Organisation gefestigt worden, überall konnten wir die Hebung des Interesses an den Landesangelegenheiten konstatiren. Wenn wir keine Mandate errungen haben, so ist das weiter nicht verwunderlich. Die Partei führte zum ersten Male unter dem neuen Wahlgesetz die Schlacht, wir müssen erst lernen, unseren Kampf in die neuen Verhältnisse hinüberzuleiten. Für mich ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß wir auch in nicht allzu ferner Zeit das eine oder andere Mandat aus eigener Kraft in Sachsen erobern. Wären wir nicht zu den Wahlen gegangen, unsere Gegner hätten sich gefreut. Wenn die Sozialdemokratie in der Ecke steht, dann giebt es keinen Kampf. (Sehr richtig!) Wir hatten den moralischen Erfolg. Den preußischen Genossen darf die Entscheidung nicht allein überlassen bleiben. **Wir Alle** sind an der Frage **interessirt**. Die stolze Verachtung der Dreiklassenwahl, die Noblesse der Enthaltsamkeit, führt zur Unthätigkeit, das Schädlichste für eine Kampfpartei. Nehmen Sie Bebel's Antrag an! Hüten Sie sich aber, dem Beispiel der Leipziger zu folgen. Wenn Sie wollen, daß die Partei Erfolge hat, dann müssen Sie einig sein! (Lebhaftes Bravo!)

Bruhns-Breslau verzichtet aufs Wort.

Windhoff-Düsseldorf: Der Zug nach links, den die Anhänger der Betheiligung bei den bürgerlichen Parteien entdecken, rührt von der Nähe der Reichstags-Wahlen her. Unser Ziel war immer, eine große linksstehende und eine große rechtsstehende Partei zu bilden. Das geben wir jetzt auf, wenn wir uns betheiligen. Ein paar Freisinnige mehr können die Reaktion nicht hemmen. Ich ersuche Sie, die Resolution Bebel niederzustimmen.

Ein Schlußantrag, den **Müller**-Darmstadt begründet, **Mittag**-Halle bekämpft, wird angenommen.

Persönlich bemerkt **Schoenlank**: Ich muß im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf die unqualifizirbaren Aeußerungen von Stolle erwidern, der die Sache so darstellte, als sei ich das Karnickel gewesen. (Zuruf von Bebel.) Aber August, Sie sind doch auch oft genug das Karnickel gewesen. (Große Heiterkeit.) Die Behauptung von Stolle ist durchaus unrichtig, die sächsischen Genossen, die sich für die Betheiligung entschieden haben, haben mit uns in Chemnitz ein von uns ehrlich gehaltenes Abkommen dahin getroffen, daß wir eine Art Urfehde schworen und den Genossen, die für Betheiligung waren, nicht entgegentreten. Wir haben in der Presse peinlichst jede Diskussion vermieden. Wir haben ....

Singer unterbrechend: Ich muß darauf hinweisen, daß Schoenlank nicht das Recht hat, das Verhalten der Parteigenossen Leipzigs zu erklären.

Schoenlank: Es handelt sich um meine Person. Ich habe dafür gesorgt, daß keine Diskussion angeschnitten würde, ich habe nirgends agitirt, wie es vielleicht von anderer Seite geschehen sein könnte, ich habe strikte die geschworene Urfehde gehalten, ich habe meinen Einfluß auf die sächsischen Genossen — (Glocke des Präsidenten.)

Mein Gott, ich muß doch erwidern. (Heiterkeit.)

Singer: Ich bitte Sie, sich auf persönliche Erwiderungen zu beschränken.

Schoenlank: Ich bin doch beschuldigt worden, auf meinen Vorschlag haben die sächsischen Genossen, die sich betheiligt haben — (Glocke des Präsidenten). Also mir war angeboten, hier das Korreferat zu übernehmen. Ich

habe darauf verzichtet, weil ich glaubte, in der Diskussion vielleicht 20 Minuten reden zu können. (Ruf: Das können Sie nachholen!) Nein, das will ich nicht.

Redner verbreitet sich von Neuem über die sächsischen Wahlen, wird aber wiederholt vom Präsidenten unterbrochen.

Schoenlank fortfahrend: Ich habe meine Pflicht erfüllt, wie ich es für nöthig hielt, im Auftrage und im Einverständniß mit meinen Parteigenossen. Wenn Stolle also von Gemeinheiten und Hetzereien gesprochen hat ... (Glocke des Präsidenten.)

Singer: Ich denke, wir machen der Szene jetzt ein Ende.

Schoenlank: Ich wäre längst fertig, wenn Sie mich nicht immer unterbrechen würden.

Singer: Ich frage den Parteitag, ob er wünscht, daß Schoenlank in dieser Weise weiter redet. (Rufe: Nein, nein!) Ich denke, das dürfte genügen.

Das Schlußwort hat nunmehr **Auer:** Ich glaube, daß wir Alle unter dem Eindrucke stehen, daß es langer Reden seitens der Schlußredner nicht mehr bedarf. Zunächst will ich einige Irrthümer berichtigen. Liebknecht meinte, ich hätte gesagt, es wäre plötzlich eine Erleuchtung über uns gekommen. So habe ich nicht gesagt, sondern: daß unsere negirende Haltung und die Bedeutung, die der Landtag unter Umständen für uns haben kann, plötzlich eine Beleuchtung erhalten hat durch die lex Recke und den Versuch, Reichsmaterien jetzt in den Landtag eines Einzelstaates zum Austrag zu bringen. (Sehr wahr!) Wir brauchten keine Erleuchtung; wir waren früher schon so gescheidt wie jetzt. Oertel hat mich auch mißverstanden; ich habe nicht einen Kompromiß verlangt, sondern nur die Gründe für und gegen einen solchen objektiv erörtert. Auch Börner aus Berlin hat Unrecht, wenn er der Redaktion des „Vorwärts" vorwirft, über die Reden der Freunde der Wahlbetheiligung in den Versammlungen, in denen die Wahl der Delegirten zum brandenburgischen Provinziallandtag vorgenommen wurde, ausführlich, über die der Gegner kurz berichtet zu haben. Bebel hat meines Wissens überhaupt nicht eine einzige Versammlung abgehalten, es ist also auch nicht möglich gewesen, daß Reden von ihm besonders bevorzugt worden seien, ich habe in der ganzen Zeit nur eine einzige Versammlung abgehalten, auch über sie ist nur sehr kurz berichtet worden. Und wenn Börner mir vorgehalten hat, ich hätte auch durch Artikel im „Vorwärts" Einfluß zu üben gesucht, so lasse ich mir das Recht, meine Meinung mündlich oder schriftlich zu äußern, nicht bestreiten. Im Uebrigen habe ich in dieser Sache nur einen einzigen Artikel für den „Vorwärts" geschrieben, und Bebel hat meines Wissens für den „Vorwärts" überhaupt keinen Artikel geschrieben, sondern es ist da nur sein Artikel aus der „Neuen Zeit" abgedruckt worden. Also auch der Vorwurf gegen die Redaktion des „Vorwärts" trifft nicht zu.

Singer meint, es habe sich nichts geändert, was uns veranlassen könnte, die sozialdemokratische Armee der bürgerlichen Opposition zur Verfügung zu stellen; das wollen wir nicht. Wir wollen nur dasselbe, was wir 1884 thaten, als wir aufforderten, für Virchow gegen Stöcker zu stimmen. Mandatlüsternheit wird uns vorgeworfen. Welches ist denn der entscheidende Grund für alle Gegner der Wahlbetheiligung? Daß wir doch keine Mandate bekommen würden. Also dieser Vorwurf, wenn er für einen zutrifft — ich bestreite das für beide — so trifft er mehr für die Gegner zu, denn diese wollen nicht mitthun, weil keine Mandate abfallen. Dann ist ein Einwand gemacht, nämlich der, die Genossen verstehen die Taktik nicht, bei den Landtagswahlen für und bei den Reichstagswahlen gegen denselben Freisinnigen zu stimmen. Ja, was unsere Genossen in dieser Beziehung verstehen und was man ihnen zumuthen darf, dafür hat uns doch Liebknecht in seiner Person ein geradezu glänzendes Beispiel gegeben. (Sehr gut!) Was hat er uns erzählt? Er ist als Gegner

der Wahlbetheiligung nach Sachsen gegangen und hat dort „aus Bosheit" (Heiterkeit) für die Wahlbetheiligung agitirt! Das erzählt uns der alte erfahrene Taktiker mit der ganzen Offenheit seines Wesens, wohl wissend, daß die Partei daran keinen Anstoß nehmen wird. Aber wenn man das thut und dann als Gegner der Wahlbetheiligung im eigenen Blatt von einem Resultat schreibt, das bewundernswerth ist, von einem Triumpf der Arbeitersache und zu schreiben, „ehrlos sei, wer seine Pflicht nicht thut!" wenn alle diese Widersprüche möglich sind, dann bin ich doch der Meinung, daß der Umstand, daß wir unter gewissen Verhältnissen unsern Genossen sagen: Parteigenossen, Anhänger unserer Grundsätze, wir sind unter der gegebenen Sachlage außer Stande, aus eigener Kraft einen Kandidaten durchzubringen; wir können aber verhindern, daß Stöcker siegt und können an seiner Stelle Virchow zum Abgeordneten machen — ich meine, diese Taktik ist doch viel klarer, als die, die ich Ihnen von den sächsischen Wahlen gekennzeichnet habe.

Es ist gesagt: welchen Eindruck wird es machen, wenn es einmal heißt! dieser Schuft, dieser ehrlose Kerl! — und nachher wählen wir ihn — ja, ist es denn nothwendig, daß wir im politischen Kampf zu derartigen Mitteln greifen? Wenn solche Praktiken hie und da noch üblich sein sollten, in solcher durchaus unangemessenen Weise den Kampf zu führen, und sie auf diese Weise aufhören würden, so wäre das ein Erfolg, der immerhin auch etwas werth wäre. (Lebhafter Beifall.) Liebknecht meinte, wenn schon ein Kompromiß, dann lieber mit den Konservativen als den Antisemiten, das dürfte Liebknecht denn doch sehr schwer werden, denn mir sind zwar Antisemiten bekannt, die nicht Konservative sind, aber es dürfte wenig Konservative geben, die nicht Antisemiten sind (Heiterkeit) und den Ausspruch, daß die Liberalen gefährlicher sind als die Konservativen, dürfte er bei näherer Ueberlegung wohl auch nicht aufrecht erhalten. (Sehr wahr!) Gewiß kann zu einem solchen Trugschluß kommen, wer da meint, daß man heute auf morgen in den Zukunftsstaat hineinspringen kann. Aber wer wie Liebknecht selbst der Meinung ist, daß die heutige Gesellschaft in die sozialistische hineinwächst, der wird auch nicht darüber im Zweifel sein können, daß wir nicht anders können, als die bürgerliche Entwickelung bis zu ihrem Ende auszuleben, und deshalb ist es ganz unsozialdemokratisch gedacht, eine konservative Politik einer liberalen vorzuziehen. (Lebhafter Beifall.)

Von der Korruption, welche unsere Wahlbetheiligung im Gefolge haben soll, will ich nicht sprechen, das sind nur Schlagworte, die auf die Elite der deutschen Sozialdemokratie, die wir hier doch repräsentiren, eine Wirkung nicht haben können. Proletarierpolitik unter Führung von Eugen Richter sollen wir treiben! Nein, aber Taktik ist es, Benutzung auch unserer Gegner, und wie richtig diese Taktik ist, dafür kann ich wohl keinen besseren Beweis anführen, als eine Aeußerung Liebknecht's aus den letzten Jahren sogar. In der Vorrede zum Leipziger Hochverrathsprozeß, die im März 1894 geschrieben ist, kommt er auf die Entwickelung unserer Partei zu sprechen und die Mittel, durch die unsere Erfolge vorbereitet worden sind. Es heißt da:

> „Solche Bündnisse und Verhältnisse sind in der praktischen Politik unvermeidlich, und unter verständigen Menschen sind sie auch durchaus ehrlich, man geht zusammen, so lange es nützlich ist, und trennt sich, sobald die Bedingungen des Zusammengehens erfüllt oder nicht mehr vorhanden sind, natürlich darf man sich nicht übertölpeln lassen." (Heiterkeit.)

Ja gewiß, man darf sich nicht übertölpeln lassen. Wenn aber unsere Partei, als sie noch klein und unerfahren war, sich unter der Führung von Bebel und Liebknecht nicht übertölpeln ließ, weshalb sollen wir jetzt, wo wir noch immer dieselben alten erprobten Führer und außerdem junge Kräfte, die auch schon

ihre Erfahrungen haben, nicht das Vertrauen besitzen, daß wir auch diesmal das Richtige treffen?

Der Kölner Beschluß, sagt Liebknecht, hat der Partei genützt, ich muß ihm die Aufgabe zuschieben, nachher den Beweis dafür zu erbringen; bei der ersten Rede ist er ihn schuldig geblieben, bei aller Dialektik, über die er verfügt, dürfte es ihm verdammt schwer werden. (Heiterkeit.) Ich warne Sie dringend, sich von den Sirenenstimmen, Sie möchten diese Sache nicht als Reichs-, nicht als allgemeine Parteiangelegenheit betrachten, sondern als spezifisch preußische, verlocken zu lassen. Am eindringlichsten kam dieser Rath von einem bayerischen Delegirten. Nun, daß nicht immer Schlechtes aus Bayern kommt, dafür bin ich selbst das beste Beispiel (große Heiterkeit). Wo aber Gutes herkommen kann, kann auch Schlimmes herkommen (Heiterkeit) und ich glaube, da haben die Bayern Ihnen ein Ei ins Nest legen wollen, von welchem Sie vielleicht selbst sich noch nicht klar geworden sind, was da für ein Küken herauskommen wird. Nein, Parteigenossen, das wollen wir nicht, und ich gebe den Genossen den dringendsten Rath, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Nicht darum handelt es sich, den preußischen Parteigenossen nicht das zu gewähren, was ihnen gebührt, was den Sachsen, Bayern u. s. w. zusteht. Wir wollen keine Parteigenossen erster und zweiter Klasse. Wir wollen aber nicht auseinandergehen, wenn die dringendste Nothwendigkeit dafür nicht vorhanden ist (lebhafter Beifall) und hier ist sie nicht vorhanden. Hier möchte ich Sie warnen, diese schiefe Bahn zu betreten. Sie haben es auch nicht nöthig! Denn ob wir hier Alle zusammen oder ob die Preußen für sich allein beschließen, die Erledigung der Einzelheiten wird doch Sache späterer preußischer Provinzial-Landtage und Wahlkreis-Zusammenkünfte bleiben müssen. Darüber ist kein Zweifel. Vergessen Sie nicht, was Preußen in Deutschland ist. Ich möchte Sie an das Wort Bismarck's erinnern: der preußische Partikularismus ist der gefährlichste und schlimmste. Wenn in anderen kleineren Bundesstaaten sich derartige Sonderbestrebungen geltend machen, so können wir die Achseln darüber zucken, solange im übrigen großen Deutschland und vor Allem in Preußen das Gefühl der gemeinsamen Sache nicht verloren geht. Aber wenn wir erst in Preußen solchen Sonderbestrebungen Platz gewähren, dann kommt es dahin, wovor Bebel in Erfurt warnte, dann zerfallen wir in eine bayerische, württembergische, badische und preußische Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Davor wollen wir bewahrt bleiben.

Weiter hat man es so hingestellt, als ob durch die Theilnahme an den Landtagswahlen die Thätigkeit für die Reichstagswahlen beeinträchtigt wird. Dieser Einwand ist absolut falsch. Wo will Jemand nachweisen, daß in Sachsen die Reichstags-Wahlkämpfe nicht mit ebenso großer Energie geführt werden wie in Preußen? Auch hier trifft das Wort zu, das Eine thun und das Andere nicht lassen. Der Genosse, der davon sprach, daß auf die Genossen ein Zwang zur Betheiligung ausgeübt werden soll, hat die Verhandlungen nicht mit genügender Aufmerksamkeit verfolgt. Kein Mensch denkt daran. Die Wahlenthaltung kann man verlangen, aber die Betheiligung setzt Verhältnisse voraus, die stärker sind als der Einzelne, und deshalb kann von Wahlpflicht nicht die Rede sein. In der Resolution steht auch vom Wahlzwang nichts, es heißt da ausdrücklich, daß die Wahlbetheiligung da stattfinden soll, wo die Verhältnisse es gestatten. Da, wo für unsere Partei nichts herauskommt, wo wir unseren Zweck nicht erfüllen, wo die Betheiligung nach jeder Richtung aussichtslos ist, kann sie jederzeit unterbleiben.

Ueber die Resolution selbst kein Wort. Wenn ich zu mäkeln anfangen wollte, so ließe sich das Eine oder das Andere daran aussetzen, aber heute erfolgt ja nur die prinzipielle Entscheidung: Bleiben wir bei dem Kölner Beschluß oder heben wir ihn auf? Die einzelnen Vorschriften der Resolution

können im Laufe der Zeit Aenderungen erfahren. Es soll nur die allgemeine Richtung bezeichnet werden, in der wir zu gehen haben. Die viel angefochtene Kompromißfrage brauchte vielleicht nicht darin zu stehen, sie steht aber einmal darin, und wenn wir diesen Punkt jetzt ablehnen, so würden wir damit indirekt aussprechen, daß wir von den Gegnern unter keinen Umständen Gegenleistungen erwarten. Heute handelt es sich nur darum, daß die preußische Sozialdemokratie Anweisungen für die Wahl bekommen soll und deshalb bitte ich Sie, den Kölner Beschluß aufzuheben und die Bebel'sche Resolution schlankweg anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Korreferent **Liebknecht:** Ich stimme mit Auer darin überein, daß die Frage nicht von den preußischen Genossen allein, sondern von dem ganzen Parteitag entschieden werden muß. Wir sind nicht eine bayerische, preußische oder sächsische Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie Deutschlands. Ich habe Auer insofern mißverstanden, als ich glaubte, er hätte von einer Erleuchtung durch die lex Recke gesprochen. Es war also blos eine Beleuchtung. Genosse Hoch meinte, ich hätte gesagt, daß wir durch die Betheiligung die Junker zu einem Staatsstreich provozirten. Ich habe gesagt, daß, wenn durch uns eine unbequeme Majorität in den Landtag käme, das Junkerthum in seinen Staatsstreichgelüsten bestärkt würde. Gegen den Vorwurf, als hätte der „Vorwärts" die Gegner der Wahlbetheiligung in seinen Berichten bevorzugt, verwahre ich mich. Die Berichte waren für Alle gleich kurz. Aber in den Auszügen der Zeitungsstimmen kamen die Gegner der Betheiligung allerdings besser weg, aber nur weil sie fleißiger schrieben. Die Redaktion als solche nahm keine Partei. Es ist eigenthümlich, daß im vorigen Jahre erklärt wurde, der „Vorwärts" müsse zu allen Fragen Stellung nehmen, und daß uns jetzt der Vorwurf der Stellungnahme gemacht wird, obgleich der „Vorwärts" sich in dieser Frage, wie das seine Pflicht als Zentralorgan war, ganz neutral verhalten hat.

Auer ist über den Unterschied hinweggegangen zwischen einem Landtagswahl-Erfolg aus einem Bündniß mit anderen Parteien oder aus eigener Kraft. Darüber herrscht in der ganzen Partei keine Meinungsverschiedenheit, daß wir da, wo wir aus eigener Kraft siegen können, sei der Erfolg auch noch so klein, in den Kampf eintreten müssen. Das habe ich selbst wohl zu allererst befürwortet und auch gethan. Eine Bemerkung von mir über den sächsischen Wahlkampf ist von Auer in eine wunderbare Beleuchtung gestellt worden. Ich soll — doch betrachten wir die Sachlage: In Sachsen hatte unsere Partei im Landtag 15 Sitze inne, die nicht ohne weiteres aufgegeben werden konnten. Im ersten Moment nach durchgeführter Wahlrechtsverschlechterung vertrat ich die Anschauung, es sei das Beste, die Mandate niederzulegen. Ich kam aber zu der Ueberzeugung, daß die Wähler über die Mandate zu verfügen haben, und diese Erwägung hat auch in Sachsen Platz gegriffen. Der sächsische Parteitag beschloß mit großer Mehrheit die Betheiligung, und ich hielt es für selbstverständlich, daß die Minderheit sich fügte. Dann hätte viel besser der Beweis erbracht werden können, wie völlig entrechtet die Arbeiter sind und wie unmöglich es ist, auf Grund jenes Dreiklassenwahl-Gesetzes unsere Kandidaten durchzubringen. Ich betheiligte mich selbst an der Wahlagitation, und als ich heute morgen davon sprach, habe ich das Wort gebraucht, daß ich nebenbei das Gefühl einer gewissen Bosheit gehabt habe. Das Wort Politik aus Bosheit stammt von Herrn von Schweitzer und hat hier vortrefflich gepaßt. Je mehr ich agitirte, desto stärker der Beweis für die Fruchtlosigkeit des Wählens unter dem Dreiklassen-Wahlsystem, das in Sachsen, wie gesagt, noch weit aussichtsvoller ist als in Preußen. Wenn ich in Sachsen sagte, ehrlos, wer jetzt nicht wählt, wo der Kampf entbrannt ist, so war mir das verteufelt ernst. Möge nur jeder Andere aus Disziplin und Parteigeist so eifrig in die Agitation eintreten, auch wenn er an Sieg nicht glaubt.

Ich habe in Sachsen auch ausgeführt, daß es für uns sich gar nicht darum handelte, Mandate zu erwerben, sondern ähnlich wie der Züricher „Sozialdemokrat“ 1887 nach den Faschingswahlen schrieb, um aller Entmuthigung die Spitze abzubrechen, daß wir zwar Mandate verlieren könnten, aber an Stimmenzahl wachsen müßten. Dieser Zuwachs wiege weitaus den Verlust der Mandate auf. Ich betonte die Nothwendigkeit eines Massenprotestes. Aber was ist aus diesem Massenprotest geworden? Wir haben noch nicht einmal in der dritten Klasse die Mehrheit der Mandate bekommen. Es ist ja eine Eigenthümlichkeit des Dreiklassen-Wahlsystems, daß infolge des schwerfälligen Apparates und der indirekten Wahl die Massen außerordentlich schwer zu begeistern sind. In Sachsen ist der Beweis erbracht, daß unter dem Dreiklassen-Wahlsystem eine Massenbetheiligung unmöglich ist; und in Preußen, wo die Wahl nicht geheim ist, kann von einer Massenbetheiligung noch weniger die Rede sein. Die Genossin Zetkin hat hier mit einem Faktor gerechnet, der nur in ihrer Phantasie besteht.

Auer macht mir noch einen ferneren Vorwurf daraus, daß ich gesagt habe, eine fortschrittliche Majorität sei für uns gefährlicher als eine Junkermajorität. Ich begreife nicht, wie Auer in ein sittliches Pathos gerathen konnte bei einem Satz, der in anderer Form tausendmal ausgesprochen ist und nur eine allgemein anerkannte Wahrheit ausspricht. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland so groß geworden durch das brutale Ungeschick ihrer reaktionären, jedes Verständnisses der Zeit unfähigen Gegner. Wäre in Deutschland ein liberales Regiment möglich — ähnlich wie in England — so würden die Sozialdemokraten nicht dieselben Fortschritte machen können. Daher hatte ich vollständig recht, daß eine Junkermajorität weit weniger gefährlich ist als eine Fortschrittsmajorität — natürlich keine blos vorübergehende. Ferner sagt Auer, ich hätte in der Vorrede zum Leipziger Hochverrathsprozeß selbst gesagt, man könne mit dem Gegner einen Kompromiß schließen. Gewiß. Und das habe ich nie geleugnet, aber die Parteien, um die es sich damals handelte, waren Embryo-Parteien, die uns nicht gefährlich werden konnten. Und damals spielte der sächsische und sonstige Partikularismus mit, die Sachsen und Süddeutschen fühlten sich durch die preußische Wirthschaft bedrückt; sollten wir denn das nicht benutzen? Dann hätten wir ja Thoren sein müssen. Gerade wie wir Thoren wären, wenn wir bei den Polen den nationalen Faktor nicht benutzen wollten. Das wäre ein Platonismus in der Politik, eine mönchshafte Entsagungstugend, die unserer Partei doch wahrhaftig sehr schlecht zu Gesicht stehen würde. Es wäre eine Dummheit und nichts weiter. (Sehr richtig!)

Und nun zum Punkt, um den es sich handelt. Wenn wir hier einen Kompromiß schließen, wie vorgeschlagen ist, dann geben wir einen Theil unserer Grundsätze auf, man mag es drehen und wenden, wie man will. Wir stellen an die Unterstützung, die wir gewähren, Bedingungen, die mit unserem Programm nicht voll in Harmonie stehen; wir geben einen Theil unserer Forderungen aus Zweckmäßigkeitsrücksichten auf. Und wir vermischen die Prinzipien zwischen uns und den bürgerlichen Parteien. Wir sollen vereint mit ihnen kämpfen, mit ihnen, die auch unsere Feinde sind. Das ist die Demoralisation der Truppe, ich nehme das Wort nicht im engern moralischen Sinne des Wortes, aber die Truppe wird verwirrt, die Kadres lösen sich und das sind Nachtheile, die bestehen. Wo aber sind die Vortheile? Man hat uns vorgerechnet — seinen eigenen Vorschlag scheint ja Auer ganz aufgegeben und sich auf Bebel zurückgezogen zu haben —, daß sechs, sieben, im günstigsten Falle zehn Fortschrittler mehr gewählt werden. Was macht das aus? Ist das der starke Wall gegen die Reaktion? Bebel will die Entscheidung den einzelnen Wahlkreisen überlassen, sie allein sollen bestimmen. Wer aber wird darüber wachen, daß richtig geurtheilt wird? Ach, Genossen, in jedem Kreis wird

man Aussichten entdecken. Die Genossen sind ja so optimistisch, das sehen wir bei jeder Reichstagswahl und der Vorstand wird überschüttet werden mit Anfragen. Er wird garnicht überblicken können, was die Genossen thun. Die Ueberwachung ist einfach nicht durchzuführen. Kurz, der Vorstand kann nicht Kompromisse und Kuhhändel verhüten, die der Partei zum Schaden und zur Unehre gereichen (sehr richtig!), und wäre auch seine Arbeitskraft zehnmal größer, als sie ist. So kann ich mich denn unter keinen Umständen für die Betheiligung der Partei an den Landtagswahlen erklären.

Auer hat zum Schluß noch eine Herausforderung an mich gerichtet, er hat den Beweis von mir verlangt, daß der Kölner Beschluß der Partei genutzt habe. Nun, darauf ist die Antwort leicht. Der Kölner Beschluß stellt den Klassencharakter der Partei unzweifelhaft fest. Er schließt den Kompromiß aus, er sagt, daß unsere Partei mit den anderen Parteien keine Gemeinschaft haben kann und darf. Hierin liegt sein außerordentlicher Werth in taktischer und prinzipieller Beziehung, er ist der werthvollste, heilsamste Beschluß, den die Partei jemals gefaßt hat. (Beifall.)

Es fällt mir nicht ein, noch eine lange Rede halten zu wollen. Die Zeit drängt. Wir müssen heute mit der Debatte fertig werden. Und es ist ja auch der Worte genug. Die Dinge liegen klar, die Erfolge, die in anderen Einzelstaaten mit der Betheiligung an den Landtagswahlen erreicht worden sind, beweisen nichts, denn dort sind die Erfolge der Partei ohne Kompromiß erzielt worden. Das Beispiel Sachsens bei den soeben vollzogenen Dreiklassenwahlen zeigt endgiltig, daß wir unter dem Dreiklassen-Wahlgesetz aus eigener Kraft Kandidaten in den Landtag nicht bringen können, und es zeigt weiter, daß ein Massenaufgebot auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems nicht denkbar ist. Und weiter: selbst wenn 6, 7, 10 Oppositionelle mehr in den preußischen Landtag kommen, wird damit der Reaktion ein Damm entgegengesetzt? Wahrhaftig nicht. Wird damit die Junkerherrschaft beseitigt? Wenn die Junker über Beschlüsse des Reichstags hinwegschreiten, dann schreiten sie über Beschlüsse eines Dreiklassenwahl-Parlamentes noch zehnmal leichter hinweg. Wir Gegner der Betheiligung sind alles weniger als Gegner des politischen Kampfes, aber das ist's gerade: der politische Kampf wird abgeschwächt durch die Betheiligung an den Landtagswahlen. (Sehr richtig!) Wenn wir den Kampf auch durch passende Waffen ausfechten können, dann ist es unendlich besser, als sich in solchen Scheinkampf einzulassen, wo wir neben — oder nach dem ursprünglichen Vorschlag Auer's — gar hinter der Fortschrittspartei einher marschiren.

Genossen! Glauben Sie nicht, daß die Bourgeoisie heute, wo die Sozialdemokratie so mächtig ist, das erreichen kann, was sie nicht erreichen konnte, als die Sozialdemokratie noch so schwach war. Ich will ein Wort, wiederholen, das 1863 fiel: „Die Fortschrittspartei wird im Kampf gegen Bismarck unterliegen, weil sie den Sozialismus und die Revolution mehr fürchtet als das Junkerthum und den Staatsstreich.“ Und so war es. Eine Partei, die bei der letzten Reichstagswahl aus eigener Kraft nicht im Stande war, ein Mandat zu erobern, sie vermag auch nicht, dem Junkerthum einen Damm entgegenzusetzen. Sie ist nicht aus dem Holze geschnitzt, mit dem feste Dämme zu bauen sind. Statt uns auf die Fortschrittspartei zu verlassen, müssen wir alles Vertrauen auf uns selbst setzen. Durch die Sozialdemokratie allein wird der Damm geschaffen, an dem die Macht der Reaktion zerschellen wird. Stärken wir unsere Partei! Wir haben mächtige Faktoren, die für uns kämpfen. Jeder Kampf erweitert unser Kampfgebiet. Und der preußische Landtag ist kein Kampfgebiet für uns. Wir haben weit bessere. Die Bourgeoisie, der Freisinn muß gegen bestimmte absolutistische Neigungen Front machen. Gut, da gehen wir mit ihnen, wie

wir es immer gethan haben. Darum brauchen wir aber nicht hinter ihr herzu marschiren und mit ihr Kompromisse und Bündnisse abzuschließen. Die Genossin Zetkin hat in ihrer schlagfertigen, und ich kann auch sagen, schlagwortfertigen Rede (Heiterkeit) geschlossen: wir wollen heute wagen und morgen schlagen. Das ist außerordentlich schön. Beim Wagen bin ich immer gern. Und gewiß, wir wollen morgen schlagen, auch übermorgen, und noch lange hinaus jeden Tag, bis wir gesiegt haben. Aber nicht die Fortschrittler ermöglichen uns, das Junkerthum zu schlagen. Diese Kraft liegt allein im Proletariat. Die Kraft nehme ich ihm, wenn ich der Bewegung den Klassencharakter nehme. Statt gekräftigt zu werden, wird das Proletariat entmannt. Und gerade damit wir schlagen können, lehnen Sie den Bebel'schen Antrag ab und glauben Sie dem Bebel von Köln mehr als dem Bebel von Hamburg. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer: Die Abstimmung kann nach unserem Beschluß erst morgen vorgenommen werden. Wir sind also am Ende.

Auer zur Geschäftsordnung: So gut, wie wir den Beschluß vorher gefaßt haben, können wir ihn auch wieder umstoßen.

Singer: Ich bin allerdings der Meinung, daß wir das den auf Grund unseres Beschlusses abgereisten Delegirten schuldig sind, unser Wort zu halten. (Zustimmung.)

Singer verliest ein Telegramm, wonach in Hagen, der Hochburg Eugen Richter's, die Arbeiter bei den Gewerbegerichts-Wahlen sämmtliche Plätze der Arbeitnehmer erobert haben.

Damit schließt die Sitzung gegen $^1/_2$8 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 9. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten: Die Abstimmungen über die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen.

Jahn-Ost und West-Sternberg macht auf § 9 des Organisationsstatuts aufmerksam. In Punkt 3 heißt es da: „Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben (am Parteitag) in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme." Wenn diese hier mitstimmten, könnten sie ohne Mandat einen Beschluß herbeiführen, gegen den sie als Mandatgeber vielleicht hätten stimmen müssen.

Vors. **Singer** widerspricht. Es ist weder eine die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion betreffende Frage, noch ist es eine die geschäftliche Leitung seitens des Vorstandes betreffende Frage. (Sehr richtig!) Ich meine, es wird doch auch kaum in der Absicht des Fragestellers liegen, die Genossen, die Mitglieder der Fraktion und der Parteileitung sind, bei dieser so wichtigen, allgemeinen Frage von der Beschlußfassung auszuschließen. Indessen werde ich den Beschluß des Parteitages herbeiführen.

Der Wunsch Jahn's wird fast einstimmig abgelehnt.

Nunmehr wird abgestimmt. Zunächst über Aufhebung oder Beibehaltung des Kölner Beschlusses. Die Frage wird auf Aufhebung gestellt. Die Abstimmung ist eine namentliche.

Für die Aufhebung stimmen: Abel, Adams, Albrecht, Antrick, Arndt, Arons, Auer, Bartels (Lübeck), Baudert, Bebel, Behnke, Beschning, Bérard, Blos, Blume, Brennecke, Brey, Brühne, Bruns (Oberbarnim), Bruhns (Breslau), Böhle, Cohns, Dejung, Dietz (Stuttgart), Dietz (Hamburg), Dreyer, Dubber, Frau Eichhorn, Eggert, Eitzinger, v. Elm, Emmel, Enders, Evers, Faber,

Fischer, Färber, Feldmann, Förster, Findewirth, Frohme, Geck, Gerhold, Gerisch, Gerlach, Gewehr, Geyer, Gilsbach, Göschl, Greiner, Groth, Grünwaldt, Güldenberg, Hase, Hafner, Hauck, Hedderich, Heine, Hengsbach, Hoch, Hoffmann (Hamburg), Hofmann (Chemnitz), Holzhäuser, Hug, Hugo, Jakobs, Inger, Kaden, Käppler, Kandt, Katzenstein, Kampkens, Klingenhagen, Knappe, Koenen, Koll, Kramer, Krapff, Krüger, Krumm, Kupke, Kutsche, Legien, Leinert, Lesche, Lohmann, Lützner, Lütgenau, Lux, Martikke, Matthis, Meist, Meister, Metzner, Metzger, Meyer, Millarg, Mittag, Molkenbuhr, Müller (Darmstadt), Nitschke, Oertel, Pape, Patzer, Peus, Pfannkuch, Pistorius, Pützfeld, Quarck, Rau, Reichelt, Reißhaus, Röder, Rohleder, Rohrhirsch, Rosbitzki, Roßkopf, Schaal, Schade, Scheidemann, Schilling, Schippel, Schmalfuß, Schmidt (Magdeburg), Schmitt (München), Schnell, Schrader, Schulze (Cossebaude), Schumacher (Lauenburg), Schüler, Schwartz, Seifert, Seiler, Semmler, Sindermann, Sittig, Slomke, Starke, Frau Steinbach, Stelzner, Stolle, Stolten, Ströbel, Stücklen, Thiele (Halle), Thiele (Göppingen), Ullenbaum, Ulrich (Offenbach), Ulrich (Stuttgart), Vetterlein, Wammes, Weinheber, Wenzel, Winter (Frankenhausen), Winter (Königshütte), Wittich, Wulf, Wurm, Frau Zetkin, Frau Zietz.

Gegen die Aufhebung des Kölner Beschlusses stimmen Frl. Baader, Bärer, Baker, Bartels (Halberstadt), Börner, Demmler, Dimmick, Eberhardt, Ewald, Freiwaldt, Grumbt, Gilek, Frau Greifenberg, Grönewold, Haenisch, Helbig, Hinsche, Hoffmann (Berlin), Frau Jaeger, Jahn, Joechel, Frau Kähler, Klose, Knüpfer, Kölle, König, Körsten, Krauße, Kurth, Lange, Leid, Liebknecht, Meisel, Michaelis, Morawski, Müller (Harburg), Richter, Roth, Runge, Schmalfeldt, Schoenlank, Schröer, Schulze (Pirna), Singer, Sperka, Wengels, Werner, Wilm, Windhoff, Zubeil.

Vor der Abstimmung sind bereits **abgereist** die Delegirten Baumann, Bock (Gotha), Gärtner, Herzfeld, Langenberg, Lienau, Reimers, Schmidt (Berlin), Schumacher (Solingen), Stadthagen, Vogtherr, Wolf.

Der **Kölner Beschluß** ist also mit 160 gegen 50 Stimmen **aufgehoben**. Das Resultat der Abstimmung wird mit Beifall begrüßt.

Es wird nun darüber abgestimmt, ob **nur die preußischen Delegirten über die Frage der Wahlbetheiligung zu entscheiden haben**.

Mit **Ja** stimmen: Abel, Arndt, Fräulein Baader, Baerer, Bartels (Wernigerode), Baudert, Blos, Börner, Dimmick, Dreyer, Dubber, Eberhardt, Eitzinger, v. Elm, Evers, Ewald, Findewirth, Freiwaldt, Frau Greifenberg, Greiner, Hauck, Heine, Hengsbach, Hinsche, Hoffmann (Berlin), Jahn, Jakobs, Jöchel, Kaden, Knüpfer, Kölle, König, Körsten, Krause, Krüger, Lange, Martikke, Meisel, Metzger, Morawski, Müller (Harburg), Richter, Roth, Roßkopf, Schmalfuß, Schmitt (München), Schoenlank, Schröer, Schüler, Seifert, Seiler, Semmler, Sindermann, Frau Steinbach, Stelzner, Stolle, Wenzel, Wengels, Werner, Wilm, Windhoff, Winter (Frankenhausen) und Zubeil.

Mit **Nein** haben gestimmt: Adams, Albrecht, Antrick, Arons, Auer, Baker, Bartels (Lübeck), Bebel, Behnke, Beschning, Bérard, Blume, Brenneke, Brey, Brühne, Bruns (Ober-Barnim), Bruhns, Böhle, Cohns, Dejung, Demmler, Dietz (Stuttgart), Dietz (Hamburg), Eggert, Frau Eichhorn, Emmel, Enders, Faber, Faerber, Feldmann, Fischer, Förster, Frohme, Geck, Gerhold, Gerisch, Gerlach, Gewehr, Geyer, Gilek, Gilsbach, Göschl, Groenewold, Groth, Grumbt, Grünwaldt, Güldenberg, Haase, Haenisch, Hafner, Hedderich, Helbig, Hoch, Hoffmann (Hamburg), Hofmann (Chemnitz), Holzhäuser, Hug, Hugo, Frau Jaeger, Inger, Frau Kähler, Käppler, Kandt, Katzenstein, Kempkens, Klingenhagen, Klose, Knappe, Koenen, Kolb, Kramer, Krapff, Krumm, Kupke, Kurth, Kutsche, Legien, Leid, Leinert, Lesche, Liebknecht, Lohmann, Lütgenau, Lützner, Lux, Matthis, Meist, Meister, Metzner, Meyer, Michaelis, Millarg, Mittag, Molkenbuhr, Müller (Darmstadt), Nitschke, Oertel, Pape, Patzer,

Pëus, Pfannkuch, Pistorius, Pützfeld, Quarck, Rau, Reichelt, Reißhaus, Röder, Rohleder, Rohrhirsch, Rosbitzki, Runge, Schaal, Schade, Scheidemann, Schillig, Schippel, Schmalfeldt, Schmidt (Magdeburg), Schnell, Schrader, Schulze (Pirna), Schulze (Cossebaude), Schumacher (Lauenburg), Schwartz, Singer, Sittig, Slomke, Sperka, Starke, Stolten, Ströbel, Stücklen, Thiele (Halle), Thiele (Göppingen), Ullenbaum, Ulrich (Offenbach), Ulrich (Stuttgart), Vetterlein, Wammes, Weinheber, Winter (Königshütte), Wittich, Wulf, Wurm, Frau Zetkin, Frau Zietz.

Das Ergebniß der Abstimmung ist also folgendes: An der Abstimmung betheiligen sich 210; davon stimmen 62 mit Ja, 148 mit Nein. Die Frage, ob nur die preußischen Delegirten in dieser Angelegenheit zu stimmen hätten, ist also **verneint**.

Die Grundlage für die nunmehr erfolgenden Abstimmungen ist die Resolution **Bebel** (98). Abgestimmt wird zunächst über die dazu gestellten Amendements (99).

Die Einleitung der Resolution Bebel (98) ist durch den vorigen Beschluß erledigt.

Zu Punkt 1 liegt das Amendement **Gewehr** vor, welches statt der Worte: „wo die Verhältnisse eine solche ermöglichen", setzen will: „wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen rathsam erscheinen lassen"

Dieses Amendement wird **abgelehnt**.

Punkt 1 der Resolution Bebel wird **angenommen**.

Zu Punkt 2 dieser Resolution liegt das Amendement **Mittag** vor, hinter dem Worte „Verhältnisse" zu setzen: „**Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden. Alles andere noch Folgende soll gestrichen werden.**"

Hiermit deckt sich inhaltlich ein Amendement **Baker**-Neustrelitz.

Das Amendement Mittag wird mit erheblicher Mehrheit **angenommen**. Das Ergebniß der Abstimmung wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Singer: Damit ist die Resolution im Uebrigen erledigt.

Hoch-Hanau zur Geschäftsordnung: Meiner Ansicht nach ist die Resolution noch nicht ganz erledigt. Sie enthält doch den Satz, daß da, wo es möglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen, sie unter allen Umständen aufgestellt werden müssen.

Singer: Ich fasse den eben gefaßten Beschluß dahin auf, daß da, wo nach Punkt 1 der Resolution eine Wahlbetheiligung erfolgt, überhaupt nur durch Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner in die Wahl eingetreten werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb wäre meiner Meinung nach der Rest der Resolution wohl erledigt. — Ich stelle fest, daß der Parteitag in diesem Sinne den Beschluß gefaßt hat. (Widerspruch.)

Molkenbuhr: Ich habe allerdings für den ersten Satz des Antrages gestimmt. Aber ich halte es keineswegs für einen Kompromiß, daß man gemeinsam mit Andern die Junker niederstimmt (lebhafte Zustimmung), daß man zu diesem Behufe also für einen Gegner eintritt.

Singer: Für den Fall, daß sich eine solche Gelegenheit bieten würde, würde diejenige Taktik zu beobachten sein, die die Partei für die Reichstagswahlen festgelegt hat, d. h. wo sozialdemokratische Wahlmänner gewählt sind, wählen sie von zwei Uebeln das kleinere. (Sehr richtig!)

Bebel: Auch ich bin der Ansicht, daß durch die Annahme des eben angenommenen Antrages zu Punkt 2 die Punkte 3 und 4 der Resolution erledigt sind (Zustimmung), daß es daher also da, wo die Parteigenossen beabsichtigen sollten, keine eigenen Wahlmänner aufzustellen, sondern von vornherein für liberale Wahlmänner zu stimmen, dies letztere absolut ausgeschlossen ist. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Also ich konstatire die Einmüthigkeit des Parteitages darin, daß auf Grund des hier gefaßten Beschlusses eine demnächstige Betheiligung nur durch Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner geschehen kann. (Zustimmung.) Damit ist die Resolution erledigt, ebenso sämmtliche zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge mit Ausnahme des Antrag 31. Der Antrag 38 war zurückgezogen worden.

Antrag 31 der die Herausgabe einer Wahlbroschüre fordert, wird angenommen.

Es folgt jetzt die Gesammtabstimmung über die Resolution **Bebel**, die durch die gefaßten Beschlüsse folgenden Wortlaut erhalten hat:

„Die Betheiligung an den nächsten preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. Inwieweit eine Wahlbetheiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden."

Die Abstimmung ist eine namentliche.

Für die so gestaltete Resolution Bebel stimmten: Adams, Albrecht, Antrick, Arndt, Arons, Auer, Bartels (Lübeck), Baudert, Bebel, Behnke, Beschning, Bérard, Blos, Blume, Brennecke, Brey, Brühne, Bruns (Ober-Barnim), Bruhns (Breslau), Böhle, Cohns, Dejung, Dietz (Stuttgart), Dietz (Hamburg), Dreyer, Frau Eichhorn, Eitzinger, Emmel, Enders, Evers, Faber, Faerber, Feldmann, Findewirth, Fischer, Förster, Frohme, Geck, Gerhold, Gerisch, Gerlach, Gewehr, Geyer, Gilsbach, Göschl, Greiner, Grönewold, Groth, Grünewaldt, Güldenberg, Haase, Hafner, Hauck, Hedderich, Hengsbach, Hoch, Hoffmann (Hamburg), Hofmann (Chemnitz), Holzhäuser, Hug, Hugo, Inger, Käppler, Kandt, Katzenstein, Kempkens, Klingenhagen, Knappe, Koenen, Kolb, Kramer, Krapff, Krumm, Kupke, Kutsche, Lesche, Lohmann, Lütgenau, Lützner, Martikke, Matthis, Meist, Meister, Metzger, Metzner, Meyer, Millarg, Mittag, Molkenbuhr, Morawski, Nitschke, Oertel, Pape, Patzer, Pëus, Pfannkuch, Pistorius, Pützfeld, Quarck, Rau, Reichelt, Reißhaus, Röder, Rohleder, Rohrhirsch, Rosbitzki, Roßkopf, Schaal, Schade, Scheidemann, Schillig, Schippel, Schmalfuß, Schmidt (Magdeburg), Schmitt (München), Schnell, Schumacher (Lauenburg), Schüler, Schwartz, Seifert, Seiler, Semmler, Sindermann, Sittig, Slomke, Starke, Stolle, Stolten, Ströbel, Stücklen, Thiele (Göppingen), Ullenbaum, Ulrich (Offenbach), Ulrich (Stuttgart), Vetterlein, Wammes, Weinheber, Winter (Frankenhausen), Winter (Königshütte), Wittich, Wulf, Wurm, Frau Zetkin, Frau Zietz.

Gegen die Resolution stimmten: Abel, Frl. Baader, Baerer, Baker, Bartels (Halberstadt), Börner, Demmler, Dimmick, Dubber, Eberhardt, Eggert, v. Elm, Ewald, Freiwaldt, Gilek, Frau Greifenberg, Grumbt, Hänisch, Heine, Helbig, Hinsche, Hoffmann (Berlin), Frau Jäger, Jahn, Jakobs, Jöchel, Kaden, Frau Kähler, Klose, Knüpfer, Kölle, König, Körsten, Kraußе, Krüger, Kurth, Lange, Legien, Leid, Leinert, Liebknecht, Lux, Meisel, Michaelis, Müller (Harburg), Müller (Darmstadt), Richter, Roth, Runge, Schmalfeld, Schoenlank, Schrader, Schröer, Schultze, Singer, Sperka, Frau Steinbach, Stelzner, Thiele, Wengels, Werner, Wilm, Windhoff, Zubeil.

Wenzel enthält sich der Abstimmung.

Das Ergebniß der Abstimmung ist also die **Annahme der Resolution mit 145 gegen 64 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.**

Dieser Punkt der Tagesordnung ist damit erledigt.

Es folgt Punkt VIII: **Organisation.** Hierzu liegt nur der Antrag 94 vor, da Antrag 73 nicht genügend unterstützt wurde.

Berichterstatter **Auer:** Wir alle wollen über diesen Gegenstand kurz hinwegkommen. Es handelt sich um die Frage, ob das Provisorium, wie es gegenwärtig

besteht, beibehalten werden soll oder nicht. Ich glaube, nachdem der Prozeß gegen die Parteileitung durch alle Instanzen für uns siegreich ausgegangen ist, liegt kein Grund mehr vor, nicht wieder zu unseren alten Einrichtungen zurückzukehren. Ich habe Ihnen deshalb, Namens der gesammten Parteileitung, den Vorschlag zu machen, daß wir den Status, wie er vor dem Köller-Coup gewesen ist, wiederherstellen, also den Sitz des Parteivorstandes wieder nach Berlin verlegen.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Es sind dieselben, die uns in Halle bestimmt haben, die Parteileitung nach Berlin zu verlegen. Die Uebersiedlung nach Hamburg war ja nur ein Nothbehelf. Berlin ist der Zentralpunkt des politischen Lebens für Deutschland. Die Leitung der Partei hängt auch zusammen mit bestimmten persönlichen Verhältnissen. Es muß uns daran liegen, bestimmte Personen wieder in die Parteileitung zu bringen. Der gegenwärtige Zustand hat soviel Schwierigkeiten zur Folge gehabt, daß auf die Dauer die Gefahr entstand, daß zwischen den leitenden Personen so viel Differenzen sich einstellten, wie es uns im Interesse der Partei nicht lieb sein konnte. Die rasche Mittheilung, die Aussprache, die Verständigung ist ausgeschlossen, wenn ein Theil der Leitung in Berlin, ein anderer, der ausführende Theil, in einer meilenweit entfernten Stadt wohnt. Diese Schwierigkeiten haben sich den Personen, die mit der Leitung zu thun haben, so überwältigend aufgedrungen, daß sie alle mit der Verlegung der Leitung nach Berlin einverstanden sind. Hinzu tritt noch weiter der Umstand, daß ja auch die Fraktion 6, 7 Monate im Jahre in Berlin zusammen ist.

Sie werden das Gewicht dieser Gründe anerkennen. Ich gebe zu, daß sich auch Bedenken gegen diesen Schritt geltend machen lassen. Ich will nicht davon reden, daß die Uebersiedelung nach Berlin mit gewissen Kosten verknüpft ist. Das sind eben Geschäftsspesen und nicht so bedeutend, daß sie von Einfluß auf unsere Beschlußfassung sein könnten. Wesentlicher ist der Einwand, daß dieselben Maßnahmen, wie sie Köller gegen unsere Organisation versucht hat, wiederholt werden können. Trotz des günstigen Ausganges unseres Prozesses will ich die Möglichkeit eines erneuten Vorgehens durchaus nicht bestreiten, aber so schwerwiegend ist diese Eventualität nicht. Außerdem werden es sich die leitenden Kreise doch wohl überlegen, ob zu der ersten noch die zweite Blamage gefügt werden soll. (Sehr richtig!) So oft sprechen wir doch auch aus, daß wir vor Gefahren nicht zurückweichen. Den neuen Prozeß würden wir so führen wie den ersten, und profitiren würden doch schließlich nur wir. (Sehr richtig!) Daß Berlin Sitz der Parteileitung werden muß, zeigt ja auch das Beispiel aller anderen Parteien, und was diesen möglich ist, muß es auch uns sein.

Sonstige Abänderungen an der Organisation halten wir nicht für nothwendig. Die Organisation hat sich bewährt, sie wird sich auch in Zukunft bewähren. Und es kommt ja auch mehr auf den Geist als auf den Wortlaut an. Das gilt auch vom Antrag 94. Ich weiß nicht, ob er wörtlich so ausgeführt werden kann, wie er lautet. Sein Sinn aber geht dahin, daß sich die Genossen im Lande mehr als bisher der Zentralkasse erinnern. Ob 10 Prozent, ob mehr oder weniger gezahlt werden soll, das hängt von den Umständen ab. Ich bitte Sie also nochmals, nehmen Sie den Vorschlag der Parteileitung an und beschließen Sie auch im Geiste und Sinne des Antrags 94. (Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Jahn-(Ost- und West-Sternberg): Ich kann mich dem, was Auer gesagt hat, nur anschließen. Nur eins möchte ich hinsichtlich des Geldpunktes betonen. Das Wort: „Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzmann leiden, doch seine Weine trinkt er gern“ — läßt sich für uns dahin umändern:

„Der Provinzler kann die Berliner nicht leiden, doch ihre Gelder nimmt er gern.“ (Große Heiterkeit und Gelächter.)

Vorsitzender **Singer:** Soweit der Ausdruck „Provinzler“ etwa auf die anwesenden Delegirten Bezug haben sollte (Große Heiterkeit), weise ich ihn als durchaus ungehörig zurück.

Jahn: Ich habe keineswegs die Delegirten gemeint. Aber die Stimmung ist doch vorhanden, und da wollte ich einmal darauf hinweisen, daß es die Berliner sind, die die Gelder aufbringen.

Frau **Zietz**-Hamburg: Ein Wort über die Frauenagitation. Das System der weiblichen Vertrauenspersonen hat sich bewährt und ist durchaus nothwendig. Nur lassen es manche weiblichen Vertrauenspersonen bei der erfolgten Wahl bewenden, ohne der Aufgabe, für die sie gewählt sind, sich besonders eifrig zu widmen. Gewiß hat die Agitation unter den Frauen ihre großen Schwierigkeiten, aber wann haben sich Sozialdemokraten durch Schwierigkeiten zurückschrecken lassen. Von welcher Wichtigkeit die Thätigkeit der Frauen ist, dafür hat der Hamburger Hafenarbeiter-Streik ein Beispiel geliefert. Während desselben haben sich meines Wissens die Genossen zum ersten Mal an die Frauen gewendet, und ich glaube, daß es nicht zum geringsten Theil gerade den Einfluß der Frauen zu danken ist, daß die Hafenarbeiter, die bis dahin fast garnicht organisirt waren, so treu zusammengehalten haben, solange der Ausstand währte. Wie in der Gewerkschaftsbewegung wird die Thätigkeit der Frauen auch in der politischen von großer Bedeutung sein. Auch wenn wir das Stimmrecht nicht haben, können wir doch unsern Einfluß auf die Männer ausüben und auch für die geschäftlichen Funktionen unsere Kräfte zur Verfügung stellen. Ich bitte also die Genossen: Sorgen Sie dafür, daß, wo es noch nicht geschehen ist, weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden und unterstützen Sie sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben. (Beifall und Händeklatschen.)

Börner-Berlin beantragt Schluß der Diskussion.

Knüpfer-Berlin legt im Namen der Berliner Verwahrung ein gegen die von Jahn vorgetragene Auffassung. (Beifall.)

Der Antrag der Parteileitung, den Sitz der Parteileitung wieder nach Berlin zu verlegen, wird angenommen, ebenso Antrag 94.

Es folgen die Anträge 4—8, die sich mit dem Ort des nächsten Parteitages beschäftigen. Vorgeschlagen sind Hannover, Magdeburg, Mannheim, Dortmund, Dresden und eine Stadt in Süddeutschland, speziell Stuttgart. Fast einstimmig entscheidet sich der Parteitag unter lebhaftem Beifall für Stuttgart. Die anderen Vorschläge fanden nicht die genügende Unterstützung.

Nunmehr folgen die Anträge, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages beziehen; es sind dies die Anträge 10, 11 und 12. Antrag 13 findet nicht genügende Unterstützung.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Auer: Ich halte es nicht für richtig, zu beschließen, daß wir diesen oder jenen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages setzen. Besser ist es, alle die in den Anträgen niedergelegten Wünsche der heute zu wählenden Parteileitung zur Erwägung zu überweisen. (Sehr richtig!) Wir können ja nicht wissen, welche brennenden Fragen im nächsten Jahre vorliegen, die unbedingt erledigt werden müssen. Es ist einem unangenehm, wenn die Tagesordnung schon so lange vorher feststeht. Das haben wir ja in Gotha bei dem Punkt „Proportionalwahlen“ gesehen. Ich bitte Sie deshalb, im Sinne meiner Ausführungen zu beschließen. (Beifall.)

Ohne Debatte wird der Vorschlag Auer's, die Anträge 10, 11 und 12 der Parteileitung zur Erwägung zu überweisen, mit großer Mehrheit angenommen.

Von den sonst noch vorliegenden Anträgen finden nicht die genügende Unterstützung die Anträge 14, 15, 16.

Zur Begründung des hinreichend unterstützten Antrages 22

Sindermann-Dresden: Wir wollen durch unseren Antrag nicht bezwecken, daß überhaupt jede Polemik unterdrückt wird. Aber gerade in letzter Zeit sind in manchen Blättern Polemiken eingerissen, die einen persönlichen gehässigen Charakter tragen. In der Partei giebt es Leute, die glauben, es muß immer ihr Wille durchgesetzt werden, und die, wenn ihnen die sachlichen Gründe ausgegangen sind, Jeden, der ihrem Willen entgegensteht, persönlich angreifen. (Sehr wahr!) Das muß vermieden werden. Die örtlichen Zeitungskommissionen sind nicht in der Lage, hier Wandel zu schaffen, deshalb muß der Parteitag einschreiten. Wir selbst schaden uns ja dadurch am meisten. (Sehr richtig!) Denn wenn wir bei unserer Agitation Denen, die wir für uns gewinnen wollen, Zeitungsblätter in die Hand geben, in denen unsere eigenen Genossen heruntergerissen sind, dann sagen sich solche indifferenten Leute: An Euch muß nicht viel daran sein, da lassen wir lieber die Hand von Euch weg. Auch die gegnerischen Blätter werden sich darauf berufen und uns sagen: Kehrt Ihr nur vor Eurer eigenen Thür, Ihr seht doch, wie Ihr Euch gegenseitig herunterreißt. Deshalb muß der Parteitag sein Veto dagegen einlegen und solchem Unfug steuern. (Beifall.)

Bebel: Wir leiden an der Krankheit, daß wenn Jemand etwas auf dem Herzen hat, was er zu Hause nicht gleich durchsetzen kann, er dann den Parteitag als Allheilmittel anruft. Mit derartigen Wünschen und Anträgen machen wir uns nach außen hin nur lächerlich. (Sehr richtig!) Was soll es denn heißen, wenn verlangt wird, der Parteitag möge darauf hinwirken, daß gehässige Polemiken vermieden werden? Wie soll denn der Parteitag das thun? Das geht ja garnicht. Mögen doch die Parteigenossen am Ort darauf hinwirken, daß unanständige Polemiken aufhören. (Sehr richtig!) Ganz gewiß ist das wahr, was der Vorredner sagt, daß insbesondere in der letzten Zeit bei einigen Parteiblättern ein Ton eingerissen ist, der einfach unerhört genannt werden muß. (Beifall.) Es ist dringend wünschenswerth, daß dieser Ton abgeschafft wird. Ich will hier Niemand angreifen und nenne deshalb keine Namen, aber Thatsache ist es, daß oft in einer gehässigen Weise geschulmeistert und kritisirt wird. Ich meine aber, die bloße Erörterung hier auf dem Parteitage wird genügen, um Wandel zu schaffen. Den Antrag selbst können wir als zwecklos ablehnen. (Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte.

Antrag 22 wird abgelehnt.

Die Anträge 63 und 79 werden nicht unterstützt.

Es sind somit alle Anträge erledigt.

Auch die Tagesordnung ist bis auf den letzten Punkt (Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat) erschöpft.

Da die Vorschlagslisten noch nicht im Druck vorliegen, tritt eine längere Pause ein.

Um 1 Uhr eröffnet Singer die Sitzung wieder und läßt die inzwischen gedruckte Vorschlagsliste vertheilen.

Vorgeschlagen sind zu Vorsitzenden Singer und Bebel, zum Kassirer Gerisch, zu Sekretären Pfannkuch und Auer. Außerdem werden für den Vorstand Adolf Hoffmann (Berlin) und Frau Zetkin vorgeschlagen.

Zu Kontrolleuren sind vorgeschlagen: Baker-Hamburg, Börner-Berlin, Bruhns-Breslau, Dubber-Hamburg, Eitzinger-Nürnberg, Kaden-Dresden, Katzenstein-Mainz, Kleemann-Leipzig, Klees-Magdeburg, Koenen-Hamburg. Meist-Köln, Meister-Hannover, Metzner-Berlin, Millarg-Berlin, Oertel-Nürnberg,

Schwartz-Lübeck, Schoenlank-Leipzig, Ulrich-Offenbach, Ullenbaum-Elberfeld, Frau Zetkin-Stuttgart, Frau Zietz-Hamburg.

Zur Ermittelung des Wahlergebnisses tritt eine Pause ein.

Nach etwa anderhalb Stunden wird die Sitzung wieder eröffnet und das Resultat der Wahl mitgetheilt.

Abgegeben wurden 185 Stimmzettel; ungiltig waren hiervon in Bezug auf die Kontrolleure 15.

Gewählt wurden zu Vorsitzenden: Bebel und Singer mit je 184 Stimmen, zum Kassirer: Gerisch mit 180 Stimmen; zu Sekretären: Pfannkuch mit 182 und Auer mit 175 Stimmen. Auf Ad. Hoffmann-Berlin fielen 10 Stimmen; die übrigen zersplitterten.

Als Kontrolleure wurden gewählt: Meister mit 144, Kaden mit 120, Oertel mit 95, Frau Zetkin mit 89, Koenen mit 82, Dubber mit 81 und Metzner mit 76 Stimmen.

Ferner erhielten noch Stimmen: Börner 58, Meist 66, Klees 46, Schwarz 44, Millarg 37, Ulrich 35, Bruhns-Breslau 37, Schoenlank 29, Eitzinger 29, Kleemann 27 und Ullenbaum 21. Die übrigen zersplitterten sich.

Damit ist die gesammte Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender **Singer**: Parteigenossen! Wir sind am Schluß unserer Arbeiten. Ich glaube aus dem Herzen jedes einzelnen Delegirten zu sprechen, wenn ich zunächst den Hamburger Genossen den wärmsten, aufrichtigsten Dank für die Gastfreundschaft sage, die sie uns erwiesen haben. (Beifall.) Sie haben uns nicht nur einen Arbeitsraum hergerichtet, der herrlich geschmückt war mit den Wahrzeichen der zielbewußten Arbeiterklasse, sie haben nicht nur während der Dauer des Kongresses hilfreiche Hand geleistet und so zum guten Theil dazu beigetragen, daß die geschäftlichen Angelegenheiten glatt und ohne Störung erledigt sind, nein sie haben uns noch eine besondere Freude bereitet durch die festlichen Veranstaltungen, die sie getroffen haben. Der Kommers, der am Donnerstag Abend stattgefunden hat, er hat die Brüderlichkeit, die Freude, die Herzlichkeit der Hamburger Genossen zu herrlichem Ausdruck gebracht. Aber der Glanzpunkt dieses Kongresses unter den äußeren Veranstaltungen war doch die Hafenfahrt; sie brachte uns so recht die Solidarität, die Einheit und Geschlossenheit der Hamburger Arbeiter zum Bewußtsein. Zu einer Vergnügungsfahrt waren wir eingeladen, eine Triumphfahrt der Sozialdemokratie ist sie geworden. (Lebhafte Zustimmung.) An den Arbeitsstätten im Hafen fuhren wir vorüber und dort sahen wir die Arbeiter, die, vor wenigen Monaten durch den Druck des Unternehmerthums in Noth und Elend gerathen, die thatkräftige Hilfe der deutschen Arbeiterklasse erfahren hatten, kaum erst aufathmend vom schweren, wirthschaftlichen Joch, stolz und frei ihre Zugehörigkeit zur deutschen Sozialdemokratie bekennen. (Bravo!) Es war ein erhebender Eindruck, als wir in dem Hafen umherfuhren, umtost von dem Jubel der Hafenarbeiter, die das rothe Banner mit stürmischer Begeisterung grüßend, durch diese Demonstration vor aller Welt, unbekümmert um die Folgen, zeigten, daß sie Sozialdemokraten sind und bleiben. (Beifall.) Es wäre Unrecht, wollten wir ihnen nicht dafür von dieser Stelle aus unseren Dank aussprechen. Diese erhebende Stunde im Hamburger Hafen wird in unvergeßlichem Andenken der Delegirten bleiben, denen es vergönnt war, sie mit zu erleben. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Wir haben eine arbeitsreiche Woche hinter uns. Ich will Sie nicht ermüden durch einen langen Rückblick auf unsere Thätigkeit. Aber das Eine darf ich hervorheben: Auch dieser Kongreß hat wie seine Vorgänger gezeigt, daß es wohl Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der Genossen giebt, die in ehrlicher Ueberzeugung zum Ausdruck kommen, daß sie aber nicht im Stande sind, das Gefühl der Zusammengehörigkeit auch nur im geringsten zu schwächen. (Beifall.)

Die Verhandlungen sind auch diesmal geführt worden mit dem kritischen Geist, der die Stärke unserer Partei ist. Sie sind aber auch geführt worden in dem brüderlichen Geiste, in dem man zwar dem Bruder nicht in allem, was er thut, recht giebt, in dem man aber doch, wenn es die großen Ziele gilt, Schulter an Schulter zum Bruder steht. (Beifall.) Unsere Gegner haben gemeint, daß bei der Erörterung der Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen die Partei auseinandersplittern würde. Nun, ich denke, wer unseren Verhandlungen beigewohnt hat, und dieselben vorurtheilslos betrachtet, wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Meinungsverschiedenheiten allerdings vorhanden waren, daß sie aber in sachlicher Weise zum Ausdruck kamen und zu einem Ausgang führten, bei dem es weder Sieger noch Besiegte giebt. (Lebhafter Beifall.) Auch diese Verhandlung hat den Beweis geliefert, daß, wo immer die Sozialdemokratie sich neue Aktionsfelder eröffnet, sie unverbrüchlich an dem Grundsatze festhält, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft, auf ihre eigene Kraft gestützt, jedes Bündniß, jeden Kompromiß mit bürgerlichen Parteien verschmäht. (Lebhafter Beifall.) Wir haben neue Ziele gesteckt für die Thätigkeit unserer Partei. Und wenn unsere Gegner, wenn die herrschenden Klassen jetzt den Augenblick gekommen wähnen, den Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, wenn man die Nation auf die Schanzen ruft zum Sturm gegen die Sozialdemokratie, so bleiben wir ruhig und stolz in dem sichern Bewußtsein, daß die Sozialdemokratie überdauern wird sowohl das Königthum von Gottes Gnaden, als auch die heutigen Republiken der bürgerlichen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialdemokratie wird so lange auf dem Kampfplatz stehen, bis der Kampf nicht mehr nöthig ist, und sie wird sich erst ausleben in einer Gesellschaft, die so organisirt ist, daß es keine Herren und keine Knechte mehr giebt. (Lebhafter Beifall.) Das nächste Jahr wird uns eine besonders harte aber auch erfolgreiche Arbeit bringen. Wir treten in die Reichstagswahlen ein, und auch hierfür haben wir unsere bisherige Taktik aufs Neue als Richtschnur genommen. Die Reichstagswahlen werden zeigen, was die Sozialdemokratie leisten kann; sie werden den Beweis liefern, wie der sozialdemokratische Gedanke in immer breitere Massen dringt, immer neue Kreise erobert! Und wenn wir, woran kein Zweifel ist, unsere Schuldigkeit thun, so werden wir am Abend der Wahlen stolz die neuen Regimenter zählen, die sich der sozialdemokratischen Armee wieder angegliedert haben. (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Wir gehen an die Arbeit in dem Bewußtsein, so unserem Ziele näher zu kommen, wir gehen an diese Arbeit in dem Willen und mit der Ueberzeugung, gesellschaftliche Zustände zu schaffen, in denen nicht wie heute: regis voluntas suprema lex (der Wille des Königs oberstes Gesetz) ist, sondern wo allein der Grundsatz gilt: des Volkes Wille ist das oberste Gesetz. (Lebhafter Beifall.) Wohlan denn, Parteigenossen, die Banner hoch! die Banner vorwärts zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen! Laßt uns den Treuschwur aufs Neue besiegeln durch den Ruf, der uns geführt hat bis hierher und der uns weiter führen wird: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch! hoch! hoch!

Dreimal braust das Hoch durch den Saal.

Die Parteigenossen erheben sich und singen stehend den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise.

Um 3 Uhr erklärt Singer den Parteitag für geschlossen.

Ergebniß der Abstimmungen
über die
dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut sämmtlicher Anträge (1—97) und Resolutionen (98—103) Seite 60—71.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

Antrag **1** (S. 77). **3** (S. 174). **13** (S. 219). **14, 15, 16** (S. 220). **17** (S. 174). **21, 23, 24** (S. 93). **48** (S. 84). **62** (S. 84). **63** (S. 220). **66** (S. 84). **73** (S. 217). **78** (S. 84). **79** (S. 220). **87** (S. 84). **93** (S. 110). Resolution Patzer (S. 155).

Veränderte Anträge.

Antrag **19** (S. 69). **37** (S. 92). **41** (S. 130). **72** (S. 69). **81** (S. 100 u. 114). **83** (S. 99 u. 114). **84** (S. 94). **90** (S. 130). **98** (S. 217). **100** (S. 128, 130, 133 und 135).

Erledigte Anträge.

Antrag **25** (S. 114). **29** (S. 92). **39, 40, 64** (S. 146). **43—51, 59—61, 67** (durch Resolution Bebel S. 217). **69** (nur irrthümlich als Antrag aufgeführt). **70, 77** (durch Resolution Bebel S. 217). **82** (S. 92). **89** (durch Resolution Bebel 217).

Zurückgezogene Anträge.

Antrag **20** (S. 93). **41** (S. 154). **38** (S. 217). **52** (S. 159). **65. 85** (S. 97). **95. 101** (S. 155).

Der Parteileitung überwiesene Anträge.

Antrag **10, 11, 12** (S. 219).

Der Fraktion überwiesene Anträge.

Antrag **55, 56, 57, 58, 71, 88, 92** (S. 123).

Abgelehnte Anträge.

Antrag **4, 5, 6, 7, 8** (S. 219). **9** (S. 174/5). **18** (S. 174). **22** (S. 220). **28** (S. 114). **32. 33. 34** (S. 114). **35** (S. 93). **36** (S. 159). **42** (S. 93). **53, 54** (S. 159). **62, 66** (S. 93). **68** (S. 174/5). **74** (S. 174/5). **76** (S. 114). **81, 84, 85** (S. 114). **90** (S. 154). **91** (S. 216).

Angenommene Anträge.

Antrag auf Decharge-Ertheilung für die Parteileitung (S. 115). Antrag auf Verlegung der Parteileitung nach Berlin (S. 219). **2** (S. 77). **26, 27** (S. 114). **30** (S. 154). **31** (S. 217). **37** (S. 92). **75** (S. 93). **80** (S. 159). **83** (S. 114). **86** (S. 93). **93** (S. 114). **94** (S. 219). **96** (S. 174). **97** (S. 219). **98** (in veränderter Gestalt) (S. 217). **99** (S. 216). **100** (S. 154). **102** (S. 162). **103** (S. 154 u. 159).

Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 93 fehlt zwischen Zeilen 9 und 10 von oben die Zeile: Nicht genügende Unterstützung finden die Anträge 21, 23 und 24.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Abel, Fritz	Elmshorn	Elmshorn-Pinneberg
Adams, Franz	Bochum	Bochum
Albrecht, Adolf	Halle a. d. S.	Anhalt II
Antrick, Otto	Berlin	Cottbus-Spremberg
Arndt, Karl	Berlin	Berlin I
Arons, Leo	Berlin	Berlin II
Auer, Ignatz	Berlin	
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin
Baerer, Heinrich	Harburg	Harburg
Baker, Adolf	Hamburg	Neustrelitz
Bartels, Th.	Lübeck	Lübeck
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt
Baudert, August	Apolda	Apolda-Weimar-Ilmenau
Baumann, Adolf	Frankfurt a. M.	Friedberg-Büdingen
Bebel, August	Berlin	
Behnke, Heinrich	Lüneburg	16. hannoverischer Wahlkreis
Bérard, R.	Hamburg	
Beschning, L.	Bremen	Bremen
Blos, Wilhelm	Stuttgart	
Blume, Georg	Hamburg	Hamburg II
Bock, Wilhelm	Gotha	Gotha und Coburg
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg
Börner, Wilhelm	Berlin	Berlin III
Brennecke, Carl	Achim	6. hannoverischer Wahlkreis
Brey, A.	Hannover	9. hannoverischer Wahlkreis
Brühne	Frankfurt a. M.	
Bruhns, Julius	Breslau	Breslau West und Ost, Liegnitz-Goldberg-Haynau
Bruns, Bernh.	Berlin	Ober-Barnim
Cohns, Joh.	Essen	Essen
Dejung, Jakob	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Demmler, Carl	Geyer (Erzgeb.)	19. sächsischer Wahlkreis
Dietz, Heinrich	Stuttgart	
Dietz, J.	Hamburg	Hamburg III
Dimmick, Karl	Berlin	Berlin III
Dreyer, Paul	Löbtau	6. sächsischer Wahlkreis
Dubber, Erdmann	Hamburg	
Eberhardt, Wilhelm	Britz bei Berlin	Teltow-Beeskow-Storkow
Eggert, L.	Rehme	Minden-Lübbecke
Eichhorn, Auguste	Dresden	Dresden-Altstadt

Name	Wohnort	Wahlkreis
Eitzinger, Georg	Nürnberg	Schweinfurt-Haßfurt-Ebern und Nürnberg-Altdorf
Elm v., Adolf	Hamburg	Elmshorn-Pinneberg
Emmel, Leopold	Saargemünd	Saarbrücken
Enders, Paul	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Evers, Joseph	Hildesheim	Hildesheim-Alfeld
Ewald, Ferdinand	Berlin	Jüterbogk-Luckenwalde-Zauch-Belzig
Faber, Emil	Frankfurt a. d. O.	Frankfurt-Lebus
Faerber, Simon	Braunschweig	Braunschweig 1
Feldmann, Franz	Ober-Langenbielau	Reichenbach-Neurode, Schweidnitz-Striegau, Bunzlau-Lüben, Frankenstein-Münsterberg, Glatz-Habelschwerdt
Findewirth, Robert	Böhringen	10. sächsischer Wahlkreis
Fischer, Richard	Berlin	
Förster, Hermann	Hamburg	
Freiwaldt, Georg	Pankow	Nieder-Barnim
Frohme, Carl	Hamburg	
Gärtner, Hugo	Buckau	Magdeburg
Geck, Adolf	Offenburg	Offenburg und 5. badischer Wahlkreis
Gerhold, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Gerisch, Albin	Hamburg	
Gerlach, Ferdinand	Halberstadt	Wanzleben
Gewehr, Wilhelm	Elberfeld	Altena-Iserlohn
Geyer, Friedrich	Leipzig	
Gilek, Fritz	Arnstadt i. Th.	Schwarzburg-Sondershausen
Gilsbach, Heinrich	Köln a. Rh.	Köln-Stadt
Göschl, Nepomuck	München	München I und II, Kempten-Lindau
Greifenberg, Marie	Berlin	Berlin
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Groenewold, Heiko	Münster	Münster-Coesfeld
Groth, E.	Rostock	2. mecklenburgischer Wahlkreis
Grünwaldt, Louis	Hamburg	Hamburg I
Grumbt, Paul	Annaberg i. S.	21. sächsischer Wahlkreis
Güldenberg, M.	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegelrück
Haase, Hugo	Königsberg i. Pr.	
Haenisch, Conrad	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Hafner, Hermann	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Haul, Jean	Ludwigshafen a. Rh.	Neustadt-Landau, Speier-Ludwigshafen-Frankenthal, Kaiserslautern-Kirchheimbolanden
Hedderich, J.	Cassel	Cassel-Melsungen
Heine, Johannes	Ottensen	Elmshorn-Pinneberg
Helbig, Karl	Berlin	Berlin VI
Hengsbach, Clemens	Köln	Duisburg-Mühlheim und Crefeld
Herzfeld, Josef	Berlin	Rostock
Hinsche, Johannes	Lägerdorf	5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Hoch, Gustav	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Hoffmann, Ad.	Berlin	Berlin IV
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II
Hofmann, Franz	Chemnitz	
Holzhäuser, Friedrich	Flensburg	2. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Hug, Paul	Bant	1. u. 2. oldenb. und 2. hannov. Wahlkreis
Hugo, Wilhelm	Eschwege	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden
Jaeger, Auguste	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Jahn, Paul	Berlin	Ost- und West-Sternberg
Jakobs, Hugo	Schwelm	Hagen-Schwelm
Inger, Peter	Solingen	Solingen
Joechel, Wilhelm	Berlin	Berlin IV
Kaden, August	Gohlis-Dresden	
Kähler, W., Frau	Wandsbek	Altona-Stormarn

Name	Wohnort	Wahlkreis
Käppler, Hermann	Altenburg	1. anhaltischer Wahlkreis
Kaudt, Ferdinand	Rostock	Rostock-Doberan
Katzenstein, Simon	Mainz	Mainz-Oppenheim und Bingen-Alzey
Kempkens, Reiner	Mülheim a. Rh.	Mülheim-Wipperfürth
Klingenhagen, Heinrich	Herford	Herford-Halle
Klose, Richard	Berlin	Berlin VI
Knappe,*) Gustav	Stettin	Stettin
Knüpfer, Hermann	Berlin	Berlin II
Koenen, Heinrich	Hamburg	
Kölle, F.	Hamburg	18. hannoverischer Wahlkreis
König, K.	Berlin	Berlin III
Körsten, Albin	Berlin	Randow-Greifenhagen
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal u. Durlach-Pforzheim
Kramer, Robert	Mannheim	11. badischer Wahlkreis
Krapff, Hermann	Hastedt	Bremen
Krauße, Ernst	Pankow	Nieder-Barnim
Krüger, Gustav	Schiffbeck	Altona-Stormarn
Krumm, Eduard	Gießen	Wetzlar-Altenkirchen
Kupke, Herm.	Görlitz	Görlitz
Kurth, Lorenz	Kalk	Köln-Land
Kutsche, Carl	Hannover	8. hannoverischer Wahlkreis
Lange, Heinr.	Leipzig	12 und 13. sächsischer Wahlkreis
Langenberg, Wilhelm	Solingen	Solingen
Legien, Karl	Hamburg	
Leid, Karl	Berlin	Berlin VI
Leinert, Robert	Hannover	8 hannoverischer Wahlkreis
Lesche, Friedr.	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Liebknecht, Wilhelm	Charlottenburg	
Lienau, Heinrich	Neumünster	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Lohmann, Wilhelm	Barmen	Barmen-Elberfeld
Lütgenau, Franz	Dortmund	
Lützner, Otto	Dresden	4 sächsischer Wahlkreis
Lux, Heinrich	Wilmersdorf	Sorau-Forst
Martikke, H.	Hamburg	Hamburg III
Matthis, Heinrich	Elbingerode	13 hannoverischer Wahlkreis
Meisel, Edmund	Crimmitschau	Crimmitschau-Zwickau-Werdau
Meist, Karl	Köln-Ehrenfeld	Lennep-Remscheid-Mettmann
Meister, Heinrich	Hannover	
Metzner, Theodor	Berlin	Züllichau-Krossen
Metzger, Wilhelm	Hamburg	
Meyer, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg
Michaelis, Emil	Waldenburg i. Schl.	Waldenburg i. Schl.
Millarg, Rudolf	Berlin	Friedeberg-Arnswalde
Mittag, Otto	Halle a. d S.	Merseburg-Querfurt
Molkenbuhr, Hermann	Hamburg	
Morawski	Berlin	Zabrze-Zaborze-Königshütte-Kattowitz, Posen
Müller, Carl	Harburg	17. hannoverischer Wahlkreis
Müller, Philipp	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau, Worms-Heppenheim
Nitschke, Ernst	Großenhain	7 sächsischer Wahlkreis
Oertel, Carl	Nürnberg	Würzburg
Pape, P.	Lübeck	Lübeck
Patzer, Reinhardt	Delmenhorst	Oldenburg III
Peus, H.	Dessau	Brandenburg-Westhavelland, Ruppin-Templin
Pfannkuch	Hamburg	
Pistorius, Heinrich	Braunschweig	Wolfenbüttel
Pützfeld, Joseph	Dortmund	Dortmund-Hörde

*) Im Protokoll ist irrthümlich Knapp gesetzt.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Quarck, Max	Frankfurt a M.	Wiesbaden
Rau, Andreas	Mühlheim a Main	Offenbach-Dieburg
Reichelt, Wilhelm	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Reimers, Wilhelm	Schleswig	3. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Reißhaus, Paul	Erfurt	
Richter, Robert	Berlin	Berlin V
Roth, Adolf	Berlin	Berlin V
Röder, Johann	Greiz	Reuß ä L.
Rohleder, Franz Robert	Elsterberg	22 sächsischer Wahlkreis
Rohrhirsch, Hugo	Itzehoe	5 schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Rosbitzki, Rudolf	Wandsbeck	Altona-Stormarn und Lauenburg
Roßkopf, Walter	Nürnberg	Ansbach-Schwabach
Runge, Franz	Sande	Altona-Stormarn
Schaal, Hugo	Wald	Solingen
Schade, Hermann	Halle a. d S.	Halle a d S
Scheidemann, Philipp	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda
Schilling, C	Peine	Celle
Schippel, Max	Berlin	
Schmalfeldt, J H.	Bremerhaven	19 hannov. Wahlkreis und Bremerhaven
Schmalfuß, Louis	Glauchau	17 sächsischer Wahlkreis
Schmidt, Albert	Magdeburg	
Schmidt, Robert	Berlin	
Schmitt, Franz	München	Augsburg, München I und II, Lechhausen
Schnell, Franz	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Schoenlauk, Bruno	Leipzig	
Schrader, Christian	Bramsche	Osnabrück
Schröer, August	Spandau	Osthavelland
Schulze, Alwin	Pirna	8 sächsischer Wahlkreis
Schulze, Ernst	Cossebaude	6. sächsischer Wahlkreis und Kalau-Luckau
Schumacher, Georg	Solingen	
Schumacher, J	Lauenburg	Altona und Lauenburg
Schüler, Max	Ronneburg	Altenburg
Schwartz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Seifert, Julius	Zwickau	
Seiler, Gustav	Berlin	Berlin I
Semmler, Gustav	Limbach	15 sächsischer Wahlkreis
Sindermann, Karl	Dresden	5 sächsischer Wahlkreis
Singer, Paul	Berlin	
Sittig, David	Hannover	8. hannoverischer Wahlkreis
Slomke, Gustav	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück, Lippe-Detmold
Sperka, Karl	Stuttgart	Stuttgart
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Starke, Paul	Wechselburg	14 sächsischer Wahlkreis
Steinbach, Helma	Hamburg	Hamburg III
Stelzner, Friedrich	Halle	5 sächsischer Wahlkreis
Stolle, Wilhelm	Gesau	
Stolten, Otto	Hamburg	Hamburg I
Ströbel, Heinrich	Kiel	Kiel
Stücklen, Daniel	Hof	Hof-Kronach-Lichtenfels und Bayreuth-Berneck
Thiele, Adolf	Halle a d S.	Naumburg-Weißenfels, Delitzsch-Bitterfeld, Eisleben
Thiele, Herm.	Göppingen	Schwäbisch-Gmünd, Eßlingen, 10. württembergischer Wahlkreis
Ullenbaum, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld
Ulrich, Karl	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Ulrich, Gustav	Stuttgart	9 württembergischer Wahlkreis
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vogtherr, Ewald	Berlin	

Name	Wohnort	Wahlkreis
Wammes, Sigmund	Fürth	Erlangen-Fürth
Weinheber, Paul	Hamburg	9. schleswig-holst. Wahlkreis, Hamburg II
Wengels, Robert	Berlin	Berlin IV
Wenzel, Gottlieb	Zittau	1., 2. und 3. sächsischer Wahlkreis
Werner, Hermann	Berlin	Berlin II
Wilm, Paul	Wilhelmsburg	17. hannoverischer Wahlkreis
Windhoff, Karl	Düsseldorf	Düsseldorf
Winter, August	Königshütte	Neustadt O.-Schl., Beuthen-Tarnowitz, Kattowitz-Zabrze
Winter, Franz	Frankenhausen	Saalfeld-Schwarzburg-Rudolstadt
Wittich, Manfred	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Wolf, Heinrich	Tietharz	Gotha
Wulf, Heinrich	Uelzen	15. hannoverischer Wahlkreis
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zetkin, Clara	Stuttgart	
Zietz, Frau	Hamburg	Hamburg I
Zubeil, Fritz	Berlin	Teltow-Beeskow-Charlottenburg

Als Gäste waren anwesend:

Furnemont, Brüssel, für die belgische Arbeiterpartei.
Schaper, J. H., Groningen, für den Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.
Skarlet, Wien, für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs.
Zeller, Teplitz, für den sozialdemokratischen Verband im österreichischen Reichsrath.

Vor Schluß des Parteitages haben sich beim Bureau abgemeldet:
Baumann-Frankfurt. — **Gärtner**-Buckau. — **Lienau**-Neumünster und **Reimers**-Schleswig.

Sach- und Sprech-Register.

Die Ziffern bedeuten die Seitenzahl; die eingeklammerten Ziffern (A. 1) beziehen sich auf die fortlaufend nummerirten Anträge der Vorlage.

Zuschriften und Telegramme.

Agram. Genossen.
Amsterdam. Fr. Gatzenmeyer.
Berlin. Agitationskommission der Gastwirthsgehilfen Deutschlands.
Brüssel. Genossen.
Budapest. Sozialdemokraten Ungarns.
Dortmund. Genossen.
Dresden. Genossen des 5. sächs. Reichstagswahlkreises.
Düsseldorf. Arbeiter-Sängerbund.
Durlach. Generalversammlung des pfälzisch-badischen Arbeitersängertages.
Elberfeld. Sozialdemokr. Handlungsgehülfen.
Essen. Genossen.
Gera. Sozialdemokratische Frauen.
Haag. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in den Niederlanden.
Hagen (Westf.). Genossen.
Hamburg. Hafenarbeiter und Seeleute.
Hannover. Mehrere Genossen im Passage-Restaurant.
Kalk. Arbeitergesang-Verein Bruderkette.
Kattowitz. Polnische Genossen.
Königslutter. Genossen.
Kopenhagen. Deutscher Arbeiterverein Vorwärts.
Krakau. Exekutivkomitee der poln. Arbeiterschaft.
Lemberg. Parteivertretung der polnischen und ruthenischen Sozialdemokraten.
London. Internat. Sozialdemokrat. Klub.
London. Sozialdemokratische Federation.
Madrid. Sozialdemokratische Partei.
Mailand. Sozialistenpartei.
Memel. Genossen.
Mittweida. Organisirte Schneider.
Münster (Westf.). Genossen.
Oderberg. Genossen in der Heilstätte für Lungenkranke.
Paris. Deutscher sozialdemokratischer Leseklub.
Pforzheim. Genossen.
Posen. Mehrere Posener Genossen beider Zungen.
Prag. Tschechische Sozialdemokratie.
Prag. Redaktion des Zentralorgans der tschechischen Sozialdemokratie.
Pretoria (Transvaal). Arbeiterverein.
Reichenberg in Böhmen. Sozialdemokratische Kreisvertretung.
Rußland. Allgem. jüdischer Arbeiterbund in Rußland und Polen.
Solingen. Genossen.
Stadtoldendorf. Genossen des 3. braunschweig. Wahlkreises.
Stockholm. Parteivorstand der schwedischen Arbeiterpartei.
Stuttgart. Arbeiterradfahrerbund Solidarität.
Wien. Parteiausschuß der tschechoslavischen Sozialdemokratie.
Wilhelmsburg. Zimmerer.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuthstraße 2.

Druck von Max Bading, Berlin SW.